Worum geht es eigentlich unterm Strich? Ja, das ist jetzt wirklich nicht schön. Es geht um die Errichtung eines totalitären Überwachungsstaates, in dem wir alle völlig verarmt und versklavt sind, um uns von einer Gesellschaft bestehend aus freien Individuen in ein Kollektiv zu überführen, in der der Einzelne lediglich noch Teil einer willenlosen, formbaren Masse ist, über das die globalitäre Elite frei verfügen kann. Darauf läuft es hinaus.“[1406]

In ihrer Rede im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 29. Juli 2023 verwendete Anderson (HE) das Narrativ an der „*Entrechtung aller Völker dieser Erde*“ arbeitenden „*globalitärer Misanthropen*“:

„*Liebe Parteifreunde, unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft, bestehend aus freien, mündigen Bürgern mit unveräußerlichen Grundrechten soll in ein unter totalitärer Herrschaft stehendes Kollektiv überführt werden, in dem der Einzelne lediglich noch Teil einer willenlosen, formbaren, völlig verarmten, entrechteten, entmündigten und entsolidarisierten Masse ist, über die die globalitären Misanthropen nach freiem Belieben verfügen können. Schluss damit! […] Während die EU, während die EU aber jetzt ‚nur‘ für die Entrechtung der europäischen Völker zuständig ist, schreitet man auf globaler Ebene zur Entrechtung aller Völker dieser Erde. Bislang musste man das so den Nationalstaaten überlassen, die öffentliche Gesundheit durch massive Grundrechtseinschränkung, Diskriminierung, Schikane und Ausgrenzung der Bürger ‚sicher zu stellen‘. In Zukunft will – nein, muss man das dem wesentlich einfacher zu steuernden Gremium der WHO überlassen. Dieses korrupte, von Multimilliardären gesteuerte und kontrollierte Gremium bietet zudem den Vorteil, dem Bürger gegenüber in keinster Weise politisch verantwortlich zu sein. Deshalb kann und wird die WHO gänzlich unbeeindruckt von der Bestrafung an der Wahlurne mit noch sehr viel totalitären Maßnahmen die öffentliche Gesundheit zu schützen wissen, verlassen sie sich darauf.*"[1407]

Im Mai 2024 äußerte sich Anderson erneut zur WHO und den Verhandlungen ihrer Mitgliedsstaaten zu einem Pandemievertrag:

[1406] Anderson, Christine: Rede auf der Veranstaltung „10 Jahre AfD in Hannover“ am 25.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.03.2023, Kanal: „Dirk Live“, abgerufen am 27.03.2023.
[1407] Anderson, Christine: Rede vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 30.07.2023.

„So geht nationale Selbstentmachtung zugunsten eines Clubs der globalen Eliten, in den sich die Reichsten der Superreichen per Spende einkaufen können."[1408]

Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) sendete am 18. Juli 2023 einen Tweet, der ein Foto von Ursula von der Leyen enthielt, wie sie mit George Soros spricht. Er schrieb hierzu:

„Ursula @vonderleyen wird unterwiesen! Von wem wohl?"[1409]

Auf Landesebene fiel in den letzten Jahren besonders der thüringische Co-Landesvorsitzende und Co-Fraktionsvorsitzende im thüringischen Landtag, Björn Höcke (MdL TH) wiederholt damit auf, dass er sich in seinen Reden auf eine von Globalisten gesteuerte Weltregierung bezog.

So führte er beispielsweise in seiner Rede auf einer Wahlkampfkundgebung in Lauda-Königshofen (BW) am 4. September 2021 in einer „*Analyse der weltpolitischen Lage*" aus, dass die Welt von einigen wenigen Superreichen regiert werde und die Politiker nicht dem Volk, sondern der Agenda der „*Globalisten*" diene und bemühte damit eine antisemitische Chiffre:

„Dieses Grundproblem ist die Existenz einer kleinen, superreichen Klasse. Einer kleinen Klasse von [unverständlich] Verdienern, einer kleinen Klasse, die mit Hilfe eines falsch konzipierten Geldsystems den Reichtum der arbeitsamen Bevölkerung seit Jahren und Jahrzehnten abschöpfen und zu ihrem Großkapital denn dazulegen. […] Ein Großteil der Richter des Europäischen Gerichtshofes, auch das wissen die Wenigsten, ist durch das Netzwerk von George Soros gegangen und dort sozialisiert worden. Angela Merkel, Annalena Baerbock, sind Young Leaderships. Sie sind im […] Young Leadership-Programm von wem? Klaus Schwab, der Speerspitze der Globalisten. Das sind nur einige Indizien, die dafür sprechen, dass die Superreichen versuchen, informell die Herrschaft in dieser Welt an sich zu reißen, demokratische Strukturen zu unterwandern und letztlich die Volkssouveränität auszuhebeln."[1410]

[1408] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 17.05.2024, abgerufen am 08.01.2025.
[1409] Beck, Gunnar: Tweet vom 18.07.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[1410] Höcke, Björn: Rede am 04.09.2021 in Lauda-Königshofen; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 06.09.2021, abgerufen am 07.09.2021.

Vor diesem Hintergrund, folgert er ferner, handele es sich gegenwärtig nicht um eine Demokratie, sondern um eine „*Demokratiesimulation*".[1411]

Höcke trat außerdem am 10. Juli 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung in Memmingen (BY) als Redner auf. Dort nahm er die Politik im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie zum Anlass, vermeintliche Pläne im Sinne einer „*Transformation der ganzen Welt in Richtung One-World und Weltregierung*" aufzugreifen. In diesem Zusammenhang lässt er mehrfach antisemitische Chiffren und Stereotype anklingen, indem er u. a. von „*globalen Geld-Eliten*" und „*Globalisten*" spricht, welche ein „*entortetes, wurzelloses Individuum*" schaffen und die „*One-World*" durchsetzen wollten. Höcke greift zudem erneut die Person George Soros auf und kokettiert damit, hierdurch die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes zu erregen.

> *„Nicht das Coronavirus ruiniert unsere Demokratie, nicht das Coronavirus ruiniert unseren Rechtsstaat, nicht das Coronavirus ruiniert unseren Staatshaushalt. Nein, die Corona-Maßnahmen-Politik ruiniert uns. […] Und DER SPIEGEL, früher mal das Sturmgeschütz der Demokratie, heute das Sturmgeschütz des Establishments ist ja auch ganz federführend beim Herbeischreiben einer todbringenden Pandemie. Und wen wundert es, wenn man annimmt, dass DER SPIEGEL von einem der größten Profiteure der Corona-Maßnahmen-Politik, nämlich Bill Gates, mal 2,3 Millionen Euro Spenden erhalten hat. ‚Des Brot ich ess, des Lied ich sing'. So war es immer und so wird es immer bleiben und deswegen brauchen wir ganz dringend endlich eine freie Presse in Deutschland. Corona ist für mich, und ich habe mich jetzt anderthalb Jahre in diesem neuen Politikfeld bewegt, viel gelesen und viel gelernt, ist für mich über weite Strecken eine einzige große Inszenierung. Diesmal wieder fragen: ‚Cui bono? Wem nützt es?' Ja, es nützt den schwarzen Amigos, die sich mit dem Maskenverkauf eine goldene Nase verdient haben, aber wem nützt es natürlich aber vor allem nützt es natürlich Big Data und natürlich Big Tech. Also all den Konzernen, die ich jetzt namentlich nicht nennen muss, die durch die Digitalisierung, die durch Corona natürlichen Schub erhalten hat, sich die Taschen richtig vollgemacht hat. […] Ernst Wolff, der eine oder andere von ihnen von euch kennt ihn vielleicht, ein unermüdlicher Aufklärer, was das Weltfinanzsystem angeht, was die Macht der globalen Geld-Eliten angeht, hat vor einigen Monaten mal eine sehr, sehr gute Rede in Stuttgart gehalten, es*

[1411] Ebd.

könnte jetzt schon ein Jahr her sein bei einer Querdenken-Demonstration. Und er hat die einfache aber richtige überzeitliche Einsicht nochmal wunderbar in Worte gefasst, indem er feststellte: Geld bedeutet Macht. Und noch nie in der Weltgeschichte haben so wenige Menschen so viel Geld und damit so viel Macht in ihren Händen gehalten, wie in der Gegenwart. Auch wenn sich ein George Soros, ein Bill Gates und wie sie alle heißen, obwohl George Soros darf ich gar nicht mehr erwähnen, wenn ich ihn erwähne bin ich schon im sogenannten Verfassungsschutzbericht, […].Ja, George Soros, Bill Gates und die anderen, die spielen sich immer gerne als Philanthropen auf, das wissen wir, die wollen aber vor allen Dingen die Welt als globale Freihandelszone, die wollen ein entortetes, wurzelloses Individuum, das sie im Profitinteresse überallhin schieben können, um für sie zu arbeiten. Sie wollen keine Kulturen, sie wollen keinen Nationen, sie wollen die One-World und sie wollen am Ende auch eine Weltregierung. Das ist ihr Plan, so erkenne ich das jedenfalls, wenn ich ihre Äußerung zusammenziehe und interpretiere, wenn ich auch ihre schriftlichen Äußerungen lese und zusammenziehe und interpretiere. Und mit dem Vehikel Corona ist dann tatsächlich dieser Vision, die für mich keine Vision ist sondern eine Dystopie, ein Schreckbild, dieser Vision der One-World und der World Governments einen großen Schritt näher gekommen, das müssen wir leider so konstatieren. Es gibt hinhaltenden Widerstand und der ist extrem wichtig. Wir sind in einer schwierigen Phase als Patrioten. Wir haben seit der Entmachtung von Donald Trump wirklich mit einem Frontalangriff des globalistischen Establishments zu tun. […] Diese Globalisten wollen das Ende von dem, was wir lieben, wofür wir leben und was wir an unsere Kinder weitergeben wollen. Wir allerdings, wir von der AfD, wissen, die Nation ist noch lange nicht am Ende. […]

Da gibt es verschiedene Theorien, die alle nicht bewiesen sind, aber man kann auch dieser Theorie, weil das Wetter sich ständig ändert und nicht beeinflusst werden kann, tatsächlich auch die Transformation der ganzen Welt in Richtung One-World und Weltregierung hin ausrichten und ablaufen lassen. So meine Befürchtung. […] Wir haben ein Altparteienkartell, das von den Globalisten angeführt wird und das sich inhaltlich mit großen Politikfeldern kaum noch unterscheidet und die […] drei großen, ideologisch aufgeladenen Politikfelder, deren Hand-

> *habung über das Wohl und Wehe unseres Landes entscheidet – die Euro-Rettung, Energiewende und die Einwanderung – in diesen drei großen Politikfeldern sprechen die Altparteien von der umbenannten SED bis zur Merkel-Söder-Laschet-Union mit einer Stimme. Sie sind gleichgeschaltet."*[1412]

Auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg am 29. März 2022 in Prenzlau (BB) bezeichnete Björn Höcke Deutschland als „*besetztes und unterwandertes und fremdbestimmtes Land*" und die Bundesregierung als „*globalistische Sprechpuppen*", die lediglich amerikanische und „*globalistische*" Interessen verträten:

> *„Liebe Freunde, Liebe deutsche Mitbürger, Deutschland ist ein besetztes und unterwandertes Land. Das ist das Erste, was er [Anm.: Otto von Bismarck] diagnostizieren würde. Ein besetztes und unterwandertes und fremdbestimmtes Land. [...] Die Freunde – in Anführungszeichen – die uns regieren, die sind in eine Schule gegangen, wo sie mit anderen Ideen konfrontiert worden sind, als dem eigenen Land zu dienen. Nein, diese Menschen, die uns regieren, liebe Freunde, das sind keine deutschen Patrioten. Das sind globalistische Sprechpuppen. Die machen deswegen auch keine deutsche Interessenpolitik, sondern sie machen eine Interessenpolitik für amerikanische Großkonzerne und für globalistische Strippenzieher."*[1413]

Am 30. März 2022 trat Höcke auf einer weiteren Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf und äußerte sich in ähnlicher Weise zur Außenpolitik im Ukraine-Krieg:

> *„Was würde er [Anm.: Otto von Bismarck] seinem deutschen Volk sagen? [...] Er würde zunächst einmal darauf hinweisen – mit Blick auf Deutschland, mit Blick auf dieses verlotterte politische Establishment – Deutschland, meine lieben Mitbürger, Deutschland ist ein unterwandertes, ein fremdbestimmtes, ein nicht souveränes Land. [...] Er würde darauf hinweisen, dass fast sämtliche Regierungsvertreter in Berlin irgendwie mal in den letzten Jahren und Jahrzehnten in den sogenannten transatlantischen Netzwerken unterwegs waren. [...] Und da hat man ihnen vielleicht die Reste an Patriotismus aberzogen, man hat sie in die*

[1412] Höcke, Björn: Redebeitrag am 10.07.2021 in Memmingen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.07.2021, Kanal: „Politwelt", abgerufen am 12.07.2021.
[1413] Höcke, Björn: Facebook-Video-Livestream vom 29.03.2022, abgerufen am 30.03.2022.

> *globalistische Denkweise vor allen Dingen US-amerikanischer Eliten hineingenommen, mitgenommen, integriert. Man hat sie transformiert, um sie dann als globalistische Sprechpuppen, als Marionetten zurückzuschicken in ihr Land.“*[1414]

Höcke verwendet in den Beiträgen mehrere Codes und Andeutungen, die, betrachtet man sie im Zusammenhang, eindeutig antisemitischen Gehalt besitzen. „*Sprechpuppen*“ bzw. „*Marionetten*“ gehören seit dem 19. Jahrhundert zu den verbreitetsten und wirkmächtigsten Bildern antisemitischer Propaganda; sie suggerieren, Juden übten aus dem Hintergrund Macht über Nicht-Juden aus. Trotz einer kulturell verankerten Verbindung von „*Marionettenspieler*“ und „Juden“ ist „*Marionette*“ jedoch kein ausschließlich in antisemitischen Kontexten gebräuchlicher Begriff. Ebenso grundsätzlich uneindeutig ist die Begrifflichkeit „*globalistisch*“, die jedoch ebenfalls – wie in den vorangegangenen Ausführungen bereits dargelegt – oftmals als antisemitisches Codewort herangezogen wird. Die von Höcke gewählte Kombination zweier solcher mehrdeutiger, gleichwohl unabhängig voneinander auch in antisemitischen Kontexten fest etablierter Begriffe kann nicht als Zufall bewertet, sondern muss – nicht zuletzt angesichts der wiederholten Nutzung solcher Begriffe und Argumentationen durch Höcke – als intentionale Setzung einer codierten antisemitischen Aussage verstanden werden, die dem sozialen und politischen Antisemitismus zuzuordnen ist.

Am 21. Mai 2022 sprach Björn Höcke im Rahmen einer Wahlkampfkundgebung der AfD Sachsen in Grimma (SN) und bediente abermals das antisemitisch konnotierte Narrativ einer die Fäden ziehenden globalistischen Elite:

> *„Und auch dieses Bewusstsein müssen wir immer und immer wieder jeden Tag reaktivieren: Freunde – die US-Amerikaner sind nicht unsere Feinde, die Russen sind nicht unsere Feinde, die Ukrainer sind nicht unsere Feinde. Diese Völker werden auch stellenweise fremdbestimmt. […] Und ich kann den Amerikanern nur wünschen, dass sie sich endlich von ihrem Tiefen Staat befreien, von einem globalistischen Establishment befreien und mit uns zusammen auf die Seite der Freiheit treten und diese Welt wieder sicher und schön machen.“*[1415]

[1414] Höcke, Björn: Redebeitrag am 30.03.2022 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.03.2022, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 30.03.2022.

[1415] Höcke, Björn: Redebeitrag in Grimma am 21.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.05.2022, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 27.05.2022.

In seiner Äußerung reiht Höcke mehrere verschwörungstheoretische Motive aneinander. Er behauptet, dass die USA, Russland und die Ukraine (wenn auch nur stellenweise) *„fremdbestimmt“* seien. Eine Benennung der eigentlich Mächtigen unterlässt Höcke und überlässt es den Rezipienten, diese Lücke zu füllen. Der verwendete Begriff der Fremdbestimmung ist untrennbar mit nationalstaatlicher Souveränität verbunden, er zielt hier keineswegs auf Abhängigkeiten etwa von Finanz- und Wirtschaftsunternehmen, in denen sich nationale Regierungen ggf. befinden können. Folglich muss davon ausgegangen werden, dass es sich bei diesen eigentlich Mächtigen um Instanzen handelt, die im Hintergrund agieren, mit ungeheurer Macht und konkreter Zielrichtung ausgestattet und sowohl über den USA als auch über Russland angesiedelt sind. Die von Höcke – zumindest auf der sprachlichen Oberfläche – im Vagen gehaltene Aussage wird durch verschwörungstheoretische Signalwörter ergänzt und verstärkt, dass es in den USA einen *„Tiefen Staat“* gebe, der von einem *„globalistischen Establishment“* getragen würde. Damit behauptet Höcke, die USA würden im Geheimen von einer Verschwörung – und zwar von einer über die ganze Welt verteilten Elite der Reichen und Mächtigen – in eine bestimmte Richtung gesteuert.[1416] Betrachtet man diese narrativen Elemente in der Gesamtschau, zeigt sich eine auf antisemitischen Ressentiments und Bildern basierende Erzählung, die dem politischen und sozialen Antisemitismus zuzuordnen ist.

Ähnlich ist ein Facebook-Post von Höcke vom 21. Mai 2023 zu verstehen, in dem er in kryptischer Weise im Zusammenhang mit dem 175-jährigen Jubiläum der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche schreibt:

> *„Das war der große Gegensatz zu heutigen überstaatlichen Konstrukten wie der Europäischen Union mit ihren ‚Transformationsprozessen‘, der das Wesen eines Obrigkeits-Projektes anhaftet, das den Bürgern zwangsverordnet wird.“*[1417]

Auch in diesem Zitat zeigen sich abermals die oben bereits beschriebenen antisemitisch konnotierten Erzählungen der von oben fremdbestimmten Bevölkerung und einer gesteuerten Transformation der Gesellschaft.

[1416] Vgl. Wetzel, Juliane: „Verschwörungstheorien“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart“, Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien“, Berlin/Boston 2010, S. 334 ff.

[1417] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.05.2023, abgerufen am 18.03.2024.

Am 4. August 2023 teilte Höcke auf seiner Facebook-Seite ein Bild, das ursprünglich vom Deutschland-Kurier erstellt wurde. Auf diesem wird er mit einem Zitat wiedergegeben, das er im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg (ST) äußerte.



Auch hier spricht Höcke abermals von der EU als „*Projekt globalistischer Eliten*", womit er an seine früheren antisemitisch konnotierten Äußerungen und Narrative anschließt.[1418]

Ähnlich äußerte sich Nicole Höchst (MdB, RP) in einem Telegram-Beitrag vom 8. Oktober 2023, in dem sie ebenfalls auf die Theorie vom „*Tiefe[n] Staat*" zurückgreift und Deutschland als nicht souveränes Land darstellt, dem drohe, von sozialistisch getriebene globalen Eliten geschädigt zu werden:

> „*Liebe Wähler, wenn Sie nicht Teil derer sein wollen, die zulassen, dass Deutschland immer stärker in eine Scheindemokratie abdriftet können Sie am heutigen*

[1418] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.08.2023, abgerufen am 18.03.2024.

Sonntag nur AfD wählen. Ich appellieren besonders inständig an alle Nichtwähler. Geben Sie uns, der Alternative für Deutschland, eine Chance, den Systemwechsel zu vollziehen: Weg von Filzokratie und Tiefem Staat, hin zu Rechtsstaat mit funktionierender Gewaltenteilung. Freiheitlich Demokratischer Grundordnung. Hin zu einem souveränen Deutschland, dessen Regierung deutsche Interessen vertritt. Werden Sie Teil des demokratischen Widerstands gegen Entrechtung. Verarmung und Menschenverachtung. Liebe Nichtwähler, Sie sind mit Abstand die größte Gruppe. Sie können an diesem den entscheidenden Unterschied machen zwischen einer Zukunft für sich und Ihre Kinder in Demokratie, Frieden, Freiheit- in Sicherheit und selbst erwirtschaftetem Wohlstand oder eben in sozialistischer Zwangs-, Verbots-, Entrechtungs- und Verarmungspolitik der globalen Eliten und ihren Willingen Vollstreckern in den deutschen Parlamenten nämlich der vergrünten AntideutschlandEinheitspartei bestehend aus CDUCSUFDPSPDBündins90dieGrünenDielinke. Stemmen Sie sich mit uns zusammen gegen die dritte sozialistische Diktatur auf Deutschem Boden. Auch wenn sie im netten grünen Kleidchen mit Heilsversprechen daherkommt. Wir, die AfD, sind keine Systempartei. Wir sind nicht fremdgesteuert, weder von Putin noch sonstwem, haben keine Young Global Leaders an Bord. Wir dienen Deutschland. Geben Sie uns eine Chance. Wählen Sie am heutigen Sonntag in Bayern und in Hessen die AfD. Wir alle wollen freie Bürger sein. Keine Untertanen. Werden Sie Teil des demokratischen Widerstands und bringen Sie mit uns Demokratie und Freiheit zurück nach Deutschland."[1419]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) beteiligte sich am 30. Juli 2022 an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Krieg in der Ukraine" beim Institut für Staatspolitik (mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) in Schnellroda (ST). Dort äußerte er:

„George Soros hat mit seinen Methoden, mit seinem Institut, mit seinen Netzwerken die Ukraine gedreht. Das wissen wir alle. Er hat den Leuten den Kopf verrückt gemacht. Die Erlösung läge im Westen und hat die Ukraine gedreht. Und damit wurde sozusagen die Ursache geschaffen für den Konflikt, den wir jetzt sehen und Russland war nicht in der Lage, ähnlich subtil und hintergründig zu arbeiten.

[1419] Höchst, Nicole: Telegram-Beitrag vom 08.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.

> *[…] Also was Russland lernen muss, ist, dass es den Methoden, den Schutz des George Soros auf gleicher Ebene Paroli bietet.“*[1420]

An anderer Stelle in der Diskussion sagte Tillschneider:

> *„Wäre Trump Präsident geblieben und wäre nicht sozusagen diese giftige Sprechpuppe der Globalisten, Biden, Präsident geworden, hätten wir in der Ukraine keinen Krieg gesehen.“*[1421]

Tillschneider zufolge habe Soros die Ukraine subtil und hintergründig in seinem Sinne beeinflusst und damit die Ursache für den nun ausgebrochenen Krieg geschaffen. Bei dieser Aussage handelt es sich um eine tradierte antisemitische Argumentationsfigur, wie sie bereits in klassischen Propagandaschriften wie den „Protokollen der Weisen von Zion“ enthalten ist.[1422] Juden agierten demnach im Geheimen und in indirekter Weise, sie manipulierten Nicht-Juden in ihrem Sinne und vor allem zettelten sie Kriege an, um ihre Macht zu festigen und auszubauen. Tillschneider nutzt den Verweis auf Soros nicht nur als Code, sondern er verstärkt ihn auch durch eine Darstellung von angeblichen Verhaltensweisen und Motiven, die zum Kernbestand judenfeindlicher Weltsichten gehören und dem politischen Antisemitismus entstammen.

Darüber hinaus nutzt Tillschneider mit Bezug auf US-Präsident Biden die Formulierung *„Sprechpuppe der Globalisten“*. Diese Bezeichnung ist praktisch deckungsgleich mit derjenigen Björn Höckes, wie sie oben[1423] betrachtet wurde. Tillschneider bedient sich derselben Vorgehensweise: Zwei Begriffe („*Sprechpuppe*“ und „*Globalisten*“), die, für sich genommen, jeweils uneindeutig und nicht klar als antisemitisch zu werten sind, werden in auffälliger Weise kombiniert, sodass sich ihre Mehrdeutigkeit zugunsten der antisemitischen Bedeutungsdimension auflöst. Biden wird somit als von jüdischen Strippenziehern abhängig dargestellt; hierbei handelt es sich um politischen Antisemitismus.

[1420] Tillschneider, Hans-Thomas: Podiumsdiskussion des IfS am 30.07.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.08.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.08.2022.

[1421] Ebd.

[1422] Vgl. Pomplan, Jan-Philipp: „Kriegs- und Krisengewinnler“, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): „Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart“, Bd. 3: „Begriffe, Theorien, Ideologien“, Berlin/Boston 2010, S. 181 f.

[1423] Vgl. S. 504.

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau gebrauchte in einem Facebook-Post vom 20. Februar 2022 die antisemitische Chiffre von einem im Hintergrund die Strippen ziehenden „*Weltfinanzkapital*":

> *„Die vom Weltfinanzkapital gesteuerten Machthaber sehnen sich einen Krieg gegen Russland herbei".*[1424]

Björn Höcke (MdL TH) veröffentlichte am 30. Oktober 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem er auf einen in der Online-Zeitung „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität" veröffentlichten Artikel des Autors Klaus Kunze verwies. Dazu schrieb er:

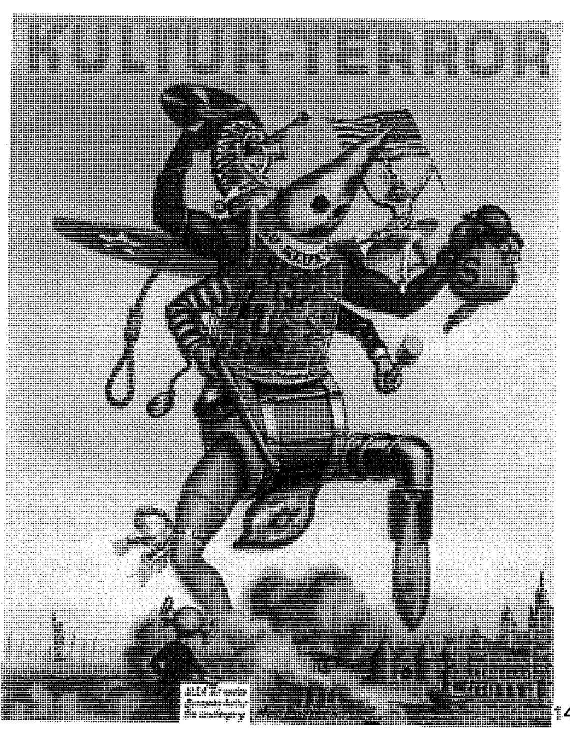
> *„Klaus Kunze stellt zurecht die Frage, wer und in welchem Interesse Deutschland regiert wird. Sein Beitrag zeigt indirekt auf, wie groß der Reformbedarf ist, wenn wir in und für Deutschland wieder das Prinzip der Volkssouveränität umsetzen wollen. Lesenswert!"*[1425]

Der geteilte Artikel ist dabei ebenfalls geprägt von antisemitischen Chiffren und konstruiert das Bilder einer global agierenden Elite, die zwecks eigener Profitsteigerung im Franchise-Stil („*politische[n] Lizenznehmer*") Demokratie-Dependancen lizensiere:

> *„Was die da oben als ‚unsere Demokratie' mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist tatsächlich: ihre Demokratie. Sie haben das politische System so genannt, weil der Begriff massentauglich ist und vielversprechend klingt. Wollten nicht schon die USA die ganze Welt safe for democracy machen? In Deutschland ist es ihnen gelungen. Ihre politischen Lizenznehmer legten uns 1948 ein System nahe, das bei theoretischer sozialer Durchlässigkeit doch gewährleistet, daß unser Land von einer mehr oder weniger großen politisch-medialen Funktionselite geleitet wird. Wer dazu gehören will, muß in ihrem totalen Parteienstaat so werden, wie die anderen da oben schon sind. Die Gesichter im Fernsehen wechseln gelegentlich, aber das System bleibt stabil. Deutsche mögen Stabilität und daß ihnen jemand das eigenständige Denken abnimmt. Das waren sie vor 1948 schon zwölf Jahre so gewohnt."*[1426]

[1424] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 20.02.2022, abgerufen am 21.02.2022.
[1425] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb)
[1426] Wir Selbst: „Wer regiert hier eigentlich?" vom 29.10.2024, in: https://wir-selbst.com, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb.)

Dieser Abschnitt ist dabei mit einer antisemitischen Karikatur bebildert, die 1943 als Propagandaplakat der Nationalsozialisten unter dem Titel „Kultur-Terror" erstveröffentlicht wurde:



[1427]

Die Karikatur zeigt stereotype Darstellungen von Juden, was insbesondere mit dem Davidstern offenkundig wird, und assoziiert diese mit Reichtum und dem Streben nach unterdrückender Macht.

Klaus Kunze resümiert:

> *„Unsere Demokratie' dieser Plutokraten hat mit unseren Ideen einer Demokratie als Volksherrschaft von unten, dem Volk, hinauf zu den Staatsorganen nichts zu tun, setzt die Spielregeln demokratischer Selbstorganisation außer Kraft, wäscht unseren Landsleuten tagtäglich die Gehirne mit einer globalistischen Propaganda und zerstört das nationale Selbstbewußtsein unseres Volkes. Wohin uns das geführt hat, können wir jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben."*[1428]

[1427] Vollständige Karikatur, im Text wurde der Titel abgeschnitten.
[1428] Ebd.

Der Beitrag von Höcke und damit auch der Artikel von Kunze wurden am 30. Oktober 2024 auch durch den Telegram-Account der AfD Thüringen geteilt.[1429]

Hans-Christoph Berndt (MdL und Fraktionsvorsitzender BB) äußerte sich in einem Interview bei AUF1 TV mit Martin Müller-Mertens vom 31. Oktober 2022:

> *„Und jetzt haben wir im Ergebnis dessen, dass wir nicht nur unter dem Corona-Diktat leiden bis heute in Deutschland und in Österreich, sondern eben auch zunehmend spüren die Folgen dieser Politik, die auf die ‚Große Transformation' zielt. Das ist nicht nur Gerede, es geht wirklich darum, dass unsere Art zu leben und wirtschaften ganz anders werden soll, wie es Angela Merkel im Jahr 2020 angekündigt hat. […] Ja das ist eine Transformation, die dann tatsächlich dazu führt, dass wirklich alles umgestülpt wird, insofern könnte man dann auch fast auch von Revolution sprechen. Und das ist ja auch eine längerfristig angesetzte Politik, die verfolgt längerfristige Ziele oder ist zumindest wirklich strategisch auch angelegt. Und das was wir 2015 erlebt haben mit der Grenzöffnung, mit dieser Migration habe ich spontan damals verstanden als Angriff auf die europäischen Nationalstaaten, auf die Nationalstaaten des weißen Mannes, in Amerika ist es ja nicht viel anders, in den USA. Und tatsächlich, das gehört in den ganzen Zusammenhang der Transformation. Wir haben dann den UNO-Migrationspakt und wir haben eben das Bestreben, nationalstaatliche Ordnung, nationalstaatliche Regelungen abzulösen, durch globale, durch den UNO-Migrationspakt aber auch durch die WHO, das sind dann nicht mehr staatliche Organisationen, sondern das ist eine Mischung von staatlich und privat und zielt wirklich darauf ab, unsere ganze Lebensweise komplett zu ändern. Diese Transformation ist tiefgreifend und da könnte man dann auch schon von Revolution sprechen. […] Wir sind in der Situation, dass wir von sehr reichen und sehr einflussreichen und mächtigen Leuten, dass sehr einflussreiche und mächtige Leute die Transformation wollen, dass wir nicht mehr so leben, wie wir es gewohnt sind, nicht mehr in National-*

[1429] AfD Thüringen: geteilter Telegram-Beitrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. e. bb.)

> *staaten leben, nicht mehr frei leben, sondern in einer, ich würde mal sagen maoistischen Weltkommune leben, so, wie die es für richtig halten. Das ist die Lage, und dagegen muss man sich wehren."*[1430]

Berndt bedient mit dieser Aussage ebenfalls Elemente des sozialen und politischen Antisemitismus, indem er behauptet, eine Personengruppe, die „*einflussreich*" und „*mächtig*" sei, strebe Veränderungsprozesse zu Lasten einer freien Gesellschaft an.

Bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR in Pulsnitz (SN) äußerte sich Jörg Urban (Landes- und Fraktionsvorsitzender, MdL SN) in ähnlicher Diktion, indem er von globalen Eliten und einer mächtigen Finanzindustrie spricht:

> *„Medien, Politiker und die globale Finanzindustrie haben inzwischen eine unheilige Allianz gebildet. Und ich sage euch noch etwas: Jede Form von Sozialismus braucht ihre Sklaven. Die roten Sozialisten benutzten die Menschen damals als Arbeitssklaven, um ihrer kommunistischen Träume umzusetzen und nebenbei als kleine Pseudo-Elite in Saus und Braus zu leben. [...]*
> *Liebe Freunde, der grüne Kommunismus klopft an der Tür, getragen von allen Altparteien, getragen von den meisten Mainstream-Medien, getragen und gelenkt von anglo-amerikanischen Globalisten und Milliardären."*[1431]

Die Vorstellung einer global agierenden „*Finanzindustrie*" verbreitete auch Beatrix von Storch (MdB, BR und stellvertretende Fraktionsvorsitzende) in einem Tweet vom 12. Januar 2024:

> *„#Deportation trendet um AfD-Verbot zu begründen:*
> *#Correctiv ist das Sturmgeschütz der grünen Milliardäre u. d. globalen Finanzindustrie."*[1432]

In ihrer Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin im Oktober 2024 in Jüterbog (BB) griff von Storch diesen Begriff – neben weiteren antisemitischen Chiffren

---

[1430] AUF1: „Christoph Berndt: ‚Wir brauchen den Druck auf der Straße'" vom 31.10.2022, in: https://auf1.tv, abgerufen am 01.11.2022.
[1431] Urban, Jörg: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des KV Bautzen in Pulsnitz am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.06.2023, Kanal: „Frank Chrischtschow", abgerufen am 19.06.2023.
[1432] Storch, Beatrix von: Tweet vom 12.01.2024, abgerufen am 17.01.2024.

(*„globalitische[r] Wahn“*, *„Hintermänner von BlackRock, World Economic Forum, Gates und Co.“*) – erneut auf:

> *„Wir stehen jetzt vor der Alternative linke woke Kulturrevolution oder geistig-moralische Wende, darum geht es bei der Bundestagswahl 2025. Die Linksgrünen führen einen Kulturkampf gegen alles, was wir lieben. Gegen Deutschland, gegen das christliche Abendland und gegen unsere Kultur und Identität. CDU, FDP, Wirtschaftsverbände, die Kirchen haben alle kapituliert, indem sie woke geworden sind. Aber wir führen diesen Kulturkampf nicht nur reaktiv, wir führen ihn aktiv. […]*
> *Wir brauchen keine Brandmauer gegen die AfD, wir brauchen eine Brandmauer gegen den globalistischen Wahn. Und die Brandmauer gegen den globalistischen Wahn, das ist die AfD. Was die woken Kräfte in Brüssel, Davos und New York entscheiden, zerstört unser Leben hier in Deutschland, in Lichtenberg, in Pankow, überall. Darum führen wir den Kampf auf allen Ebenen: lokal, national und global. […]*
> *Aktuelle Stunde zum UN-Zukunftsgipfel im Bundestag. Ich habe in meiner Rede dazu im Bundestag gezeigt, was die anderen alle verschwiegen haben: Das Ziel des UN-Generalsekretärs – eine Weltregierung installieren. Den globalen Notstand ausrufen können. Mit seinen Hintermännern von BlackRock, World Economic Forum, Gates und Co. […] Hinter der grünen Klimapolitik steckt die globale Finanzindustrie. Es geht nicht um Klimaschutz, es geht um Macht und Geld, um sehr viel Geld.“*[1433]

Der Deutschland-Kurier übertrug am 22. Februar 2023 live auf YouTube den Politischen Aschermittwoch der AfD Bayern in Osterhofen (BY), an welchem unter anderem auch Katrin Ebner-Steiner (MdL BY) als Rednerin teilnahm. In ihrem Redebeitrag äußerte sich diese unter anderem in verschwörungstheoretischer Weise:

> *„Wir [Anm.: die AfD] arbeiten nicht für Lobbyisten, Globalisten und Finanzeliten. Denn diese Leute verfolgen mit dem Allparteienkartell den Great Reset. […] Jetzt kommt mit mir auf eine Zeitreise. Ich nehme euch mit in eine Zukunft des Jahres*

[1433] Storch, Beatrix von: Bewerbungsrede auf dem Landesparteitag der AfD Berlin im Oktober 2024 in Jüterbog; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 14.10.2024, Kanal: „beatrix.von.storch“, abgerufen am 15.10.2024.

> *2040, nach dem Rot, Schwarz, Grün und Gelb noch weitere 17 Jahre regiert haben. Doch da müsst ihr jetzt durch. Die Bundesrepublik Deutschland wurde umbenannt in ‚Bunte Republik – nie wieder Deutschland' und der Bundestag in ‚Bunter Tag'. Das ist sowieso egal, denn die Regierungsgeschäfte werden jetzt direkt aus Brüssel und Washington erledigt."*[1434]

Am 24. November 2022 sprach der damalige Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham (BY) und Mitglied des Bezirkstags Oberpfalz Wolfgang Pöschl[1435] (BY) auf einem überparteilichen Vernetzungstreffen. Nachdem Pöschl die Anwesenden *„im Namen des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham"* begrüßt hatte, führte er in seinem Redebeitrag aus:

> *„Während euer Bankkonto geplündert wird, fließt das Geld in die Taschen der globalistischen Superreichen, der globalistischen Eliten, wie Klaus Schwab, George Soros, Bill Gates, König Charles III von Großbritannien und so weiter. Und deren korrupten Handlanger wie früher schon Merkel und jetzt unsere rot-grünen Politdarsteller in München, Berlin und Brüssel. [...] Mit allen Mitteln suchen sie nun nach Sündenböcken, um die Schuld am finanzwirtschaftlichen Zusammenbruch von sich abzuwenden. Die Zerstörer der freiheitlichen wirtschaftlichen und politischen Ordnung des Westens, die unermesslichen Reichtum gesammelt haben, wollen jetzt ihrer Verantwortung entkommen. [...] Das haben wir übrigens auch den korrupten, verlogenen Rundfunkmedien zu verdanken. Um ihre Macht und ihr durch Unrecht gerafftes Geld vor einem Crash wie 1929 zu schützen, wollen die Profiteure eine neue Ordnung der Welt und des Wirtschaftssystems den Menschen auferlegen. In einer unheiligen Allianz mit machtgierigen Neomarxisten wollen die globalen Spieler ihre Macht in einer globalen, totalitären Herrschaft sichern, der sogenannten Global Governance. [...] Sie haben uns Bürger dabei ausgenutzt und uns unseren Wohlstand genommen. Unsere Freiheit,*

[1434] Ebner-Steiner, Katrin: Redebeitrag auf dem Politischen Aschermittwoch der AfD Bayern; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 28.02.2023.

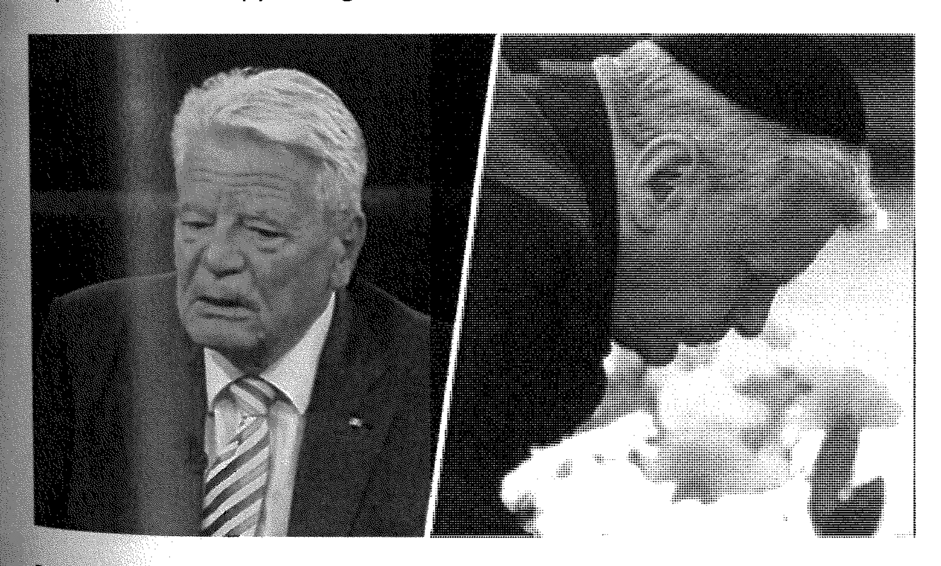
[1435] Gegen Wolfgang Pöschl lief ein Parteiausschlussverfahren, zu dessen Gründen und Ausgang keine Erkenntnisse vorliegen. Pöschl ist Stand Januar 2025 nicht mehr Mitglied der AfD.

unsere Demokratie, der Rechtsstaat, unsere Kultur, alles das wollen sie uns nehmen! Jetzt wollen sie uns auch noch eine neue, totalitäre Weltordnung aufzwingen, um uns zu unterwerfen und zu knechten."[1436]

Neben dem Verweis auf *„globalistische Eliten"* wie George Soros kommt der antisemitische Gehalt hier in der Bezugnahme auf *„durch Unrecht gerafftes Geld"* zum Ausdruck, worin ein Rückgriff auf die im Nationalsozialismus propagierte Unterscheidung zwischen „schaffendem" und „raffendem" Kapital zu sehen ist.

ee. Weitere antisemitische Aussagen und Positionen

Christina Baum (MdB, BW/ST) leitete am 25. Juli 2022 auf Telegram einen Post der Seite anonymousnews.org weiter, der vor dem Hintergrund eines manipulativen Videoclips mit Interview-Äußerungen des Bundespräsidenten a.D. Joachim Gauck dessen vermeintlichen Deutschland-Hass anprangerte.[1437] Während der gesamten 23-sekündigen Interviewsequenz wird per Splitscreen ein Standbild von Gauck mit gesenktem Kopf und einer Kippa eingeblendet.



Der Videoclip wie auch der Kommentar von anonymousnews.org reißen die Äußerungen Gaucks gezielt aus dem Zusammenhang. Denn obwohl Gauck seine in der ZDF-Sendung Markus Lanz am 13. Juli 2022 getätigten ablehnenden Äußerungen gegenüber Deutschland zweifelsfrei ausschließlich auf das nationalsozialistische Deutschland bezog, präsentieren sowohl der Clip als auch der Kommentar die Äußerungen so,

[1436] Pöschl, Wolfgang: Redebeiträge des Vernetzungstreffens; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Deutsche Konservative", abgerufen am 28.11.2022.
[1437] Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.07.2022, Kanal: „Klartext von Dr. Christina Baum MdB", abgerufen am 15.08.2022.

als bezögen sie sich auf Deutschland im Allgemeinen bzw. auf die heutige Bundesrepublik. In Kombination mit der demütigen Darstellung Gaucks mit Kippa wird suggeriert, der „*Deutschlandhass*“ des früheren evangelischen Pastors Gauck hänge mit dessen Haltung gegenüber dem Judentum zusammen. Die Botschaft, dass das (ehemalige) deutsche Staatsoberhaupt sich dem Judentum untergeordnet habe, von Juden beeinflusst worden sei und deren deutschlandfeindliche Agenda umgesetzt habe, nimmt einen wesentlichen Topos des politischen Antisemitismus auf. Durch das kommentarlose Teilen des Posts macht sich Christina Baum diese antisemitische Position zu Eigen und verbreitet sie durch ihr Teilen.

In einem Facebook-Post vom 27. August 2023 äußerte sich Björn Höcke (MdL TH) zu dem Skandal um das antisemitische Flugblatt, das der aktuelle bayerische Wirtschaftsminister und stellvertretende bayerische Ministerpräsident Hubert Aiwanger als Schüler in seiner Tasche mit sich führte:

> *„Rechtzeitig vor der Landtagswahl hat Bayern seinen ‚Skandal‘: Der stellvertretende Ministerpräsident und Freie-Wähler-Chef soll als Jugendlicher ein antisemitisches Flugblatt verfaßt haben. Das Machwerk wurde im Zusammenhang mit der Berichterstattung neu verbreitet, und wer das liest, erkennt sofort, daß es sich dabei um einen geschmacklosen und morbiden Schüler-Scherz handelt, der nur so vor pubertären Allmachtsphantasien trieft. Es ist primitiv und dumm, nicht sonderlich lustig – aber eben auch kein politisches Manifest. Das ist eine klassische Jugendsünde, und es ist davon auszugehen, daß sich Hubert Aiwanger seitdem sittlich weiterentwickelt hat. Über 35 Jahre ist es her: Als er das verfaßt haben soll, hieß die Partei ‚Die Linke‘ noch SED und hat auf Menschen schießen lassen.“*[1438]

Es handelt sich dabei um das folgende Flugblatt[1439]:

[1438] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 27.08.2023, abgerufen am 29.08.2023.
[1439] BILD: „Affäre um Auschwitz-Flugblatt: Söder bestellt Aiwanger ein“ vom 28.08.2023, abgerufen am 06.05.2024.

B U N D E S W E T T B E W E R B :

Wer ist der größte Vaterlandsverräter?

TEILNAHMEBERECHTIGT: Jeder, der Deutscher ist und sich auf deutschem Boden aufhält.

TERMINSCHLUSS: 1.1.88

BEWERBER: Melden sich im Konzentrationslager Dachau zu einem Vorstellungsgespräch.

PREISVERTEILUNG: Die Beleger der Plätze 1-1000 dieses Wettbewerbes werden noch im Laufe des Januars abgeholt.

Und nun die zu gewinnenden Preise im Einzelnen:

1.Preis: Ein Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz.
2. " : Ein lebenslänglicher Aufenthalt im Massengrab. (Ort nach Belieben).
3. " : Ein kostenloser Genickschuß.
4. " : Einjähriger Aufenthalt in Dachau. (Freie Kost und Logie).
5. " : Eine kostenlose Kopfamputation durch Fallbeil.
6. " : Eine Fahrkarte in die ewigen Jagdgründe. (Erfüllungsort ebenfalls das Vergnügungsviertel Auschwitz und Nebenlager).
7.-1000. Preis: Eine Nacht Aufenthalt im Gestapokeller, dann ab nach Dachau.

Wir hoffen auf zahlreiche Teilnahme und wünschen viel Vergnügen den Gewinnern der Plätze 1-1000!.

In dem Flugblatt werden in hämischem Ton verschiedene nationalsozialistische Mord- und Verfolgungspraktiken angepriesen.[1440] Höcke bezeichnet das Flugblatt als *„klassische Jugendsünde"*. Mit dieser Verharmlosung eines von Höcke selbst als antisemitisch bezeichneten Flugblatts, das von einem immerhin 16- bzw. 17-Jährigen verfasst wurde[1441] und das am Nationalsozialismus orientierte, brutalste Vernichtungsfantasien aufweist, verharmlost Höcke auch den grundsätzlich gegen die Menschenwürde gerichteten Antisemitismus.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) äußerte sich am 18. September 2023 in seinem Redetext zum „3. Preußenfest" am 15. September 2023 in Schnellroda (ST) auf seiner Facebook-Seite in ähnlicher Weise (vgl. auch Kapitel E. I. 4. b.):

[1440] Auch wenn in dem Flugblatt nicht explizit von Jüdinnen und Juden die Rede ist, wird durch den „1. Preis" eine Beseitigungsmethode von Leichen sowie das Lager Auschwitz herausgestellt, die unmissverständlich auf den Holocaust hinweisen. Insofern werden Jüdinnen und Juden hier als Inbegriff des gesuchten Vaterlandsverräters markiert.

[1441] Offenbar war Helmut Aiwanger (Jg. 1970) der Autor, nicht sein Bruder Hubert Aiwanger (Jg. 1971).

„Wenn einem 52jährigen Mann ein Flugblatt nachgetragen wird, in dem er als Schüler vor 35 Jahren darüber phantasiert haben soll, Vaterlandsverräter ins KZ zu schicken, dann ist das, was wir heute zu kritisieren haben, nicht die unbeholfene Provokation des pubertären Gernegroß von einst, sondern das schäbige Aufblasen einer solchen jugendlichen Verirrung, um draus Kapital zu schlagen. […] Und deshalb stürzen sie sich auf Flugblätter, die dumme Jungen vor 35 Jahren verbreitet haben."[1442]

Tillschneider tut das Flugblatt als *„unbeholfene Provokation"*, als *„jugendliche Verirrung"* von *„dummen Jungen"* ab. Wie Höcke, verharmlost auch Tillschneider damit den im Flugblatt enthaltenen mörderischen Antisemitismus.

Im selben Post äußerte sich Tillschneider, beworben mit einem Meme mit dem Text *„Schuld anerkennen, Schuldkult beenden!"*:

> *„Ein ganzes Volk wurde gestraft für die Verbrechen einer Parteioligarchie, als wäre es selbst durch deren Unrechtsherrschaft allein noch nicht gestraft genug gewesen. […] Groß war sicherlich die Schuld, aber gnadenlos auch die Strafe – so gnadenlos, daß die Strafe die Schuld gleich welcher Art bis in den letzten Winkel gesühnt und ausgetilgt hat. Wir können das Büßerhemd ein- für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenübertreten und all diejenigen munter vor den Kopf stoßen, die unsere deutsche Schuld niemals getilgt wissen wollen, und zwar nicht, weil es ihnen um Gerechtigkeit ginge, sondern im Gegenteil, weil es ihnen einzig und allein darum geht, uns in maßloser Verdammung niederzuhalten – oder schlimmer noch – weil es gebrochene Geister sind, die sich nur noch in der Selbsterniedrigung gefallen."*[1443]

Tillschneider räumt zwar die deutsche Schuld ein, vollzieht zugleich jedoch eine Täter-Opfer-Umkehr, indem er behauptet, die angeblich bereits getilgte Schuld werde den Deutschen unrechtmäßig noch immer vorgehalten. Die Betonung der angeblichen Gnadenlosigkeit nimmt den klassischen Vorwurf des religiösen Antisemitismus gegenüber den Juden auf, sie wären rachsüchtig und würden (anders als Christen) Sünden nicht vergeben. Weiterhin greift die Aussage, dass der Verweis auf deutsche Schuld

[1442] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 19.09.2023.
[1443] Ebd.

dazu diene, die Deutschen „*niederzuhalten*", auf eine der häufigsten Topoi des sekundären Antisemitismus zurück, wonach der Holocaust von Juden als Instrument der Machtausübung eingesetzt werde. Darüber hinaus verweist auch die Formulierung, dass es sich um „*gebrochene Geister*" handle, die sich selbst erniedrigten, auf den Juden zugeschriebenen Status als der Inbegriff des Opfers und wertet sie damit ab. Tillschneider legt mit dieser Beschreibung nahe, dass es sich bei der von ihm angeklagten, niederträchtigen Personengruppe um Juden handelt.

Am 28. Februar 2022 verlinkte der damalige thüringische Landtagsabgeordnete Thomas Rudy auf Facebook unkommentiert auf den Text „Welche Rolle spielt die jüdische Komponente im Ukraine-Konflikt?" des Blogs Conservo. In dem auf den 21. Februar 2024 datierten Text, dem am Tag des Kriegsbeginns (24. Februar) ein Vorwort beigegeben wurde, vertritt der Autor Peter Haisenko die Auffassung, dass khasarische Juden[1444] als Oligarchen die Ukraine beherrschten, so wie dies auch in Russland der Fall gewesen sei, bis Präsident Putin sie dort entmachtet habe. Die khasarischen Juden würden laut Haisenko nun ihr im 10. Jahrhundert verlorenes Herrschaftsgebiet zurückerobern wollen und sich gegen Russland wenden:

> *„Die khasarischen Juden haben den Warägern, den Russen, nie verziehen. [...] Allerdings war die kommunistische Revolution in Russland von Juden/Khasaren beherrscht. Die gesamte Führung unter Lenin waren Juden und ihr Werk hat Russland als Sowjetunion mehr als sieben Jahrzehnte in einen Unterdrückungsstaat verwandelt, der sich nicht mehr frei entwickeln konnte. [...] Festzustellen ist sowohl für die Ukraine als auch Russland, dass alle Oligarchen dort Juden sind. [...] Während Putin mit seinem Amtsantritt die Macht der russischen Oligarchen gebrochen hat, fand das in der Ukraine nicht statt. Die letzten beiden Präsidenten nach dem Putsch sind Juden/Khasaren. Könnte man also annehmen, dass diese Khasaren ihr ursprüngliches Herrschaftsgebiet zurückerobern wollen? Der verbreitete Hass von Juden gegen Russen zeigte sich sofort nach der Machtergreifung von Poroschenko. [...] Der Jude Igor Kolomoiski hat mit seinen Söldnern, den sogenannten ‚Asov-Brigaden', in der Ostukraine gewütet, Infrastruktur vernichtet inklusive des neu gebauten Flughafens von Donezk. Der Punkt dabei ist,*

[1444] Die Khasaren waren eine zwischen dem 7. und 10. Jahrhundert im westlichen Zentralasien, dem nördlichen Kaukasus und Teilen Osteuropas dominierende Regionalmacht, deren wichtigste Religion das Judentum war. Der Begriff „Khasaren" wird, auch wenn dies sachlich unzutreffend ist, in weiten Teilen als Synonym für das osteuropäische Judentum insgesamt gebraucht.

dass gerade der Donbas und die Krim Zentren des khasarischen Herrschaftsgebiets waren und gerade dort ist man mehr Russland zugeneigt. [...] Fakt ist, dass die Ukraine von khasarischen Juden beherrscht wird, Politiker und Oligarchen. Könnte ihr Ziel sein, auf dem Gebiet der Ukraine ein ‚kasarisches Israel' zu errichten und das kann dann nur in steter Feindschaft mit den Nachkommen der Waräger agieren, den heutigen Russen? [...] Nimmt man an, die Khasaren in Kiew sehen sich den Traditionen ihrer Urahnen verpflichtet, bekommt ihr Umgang mit den abtrünnigen Teilen der Ostukraine eine Basis. [...] Auch wenn ich hier nicht unbedingt die alleinige Ursache sehe, ist doch auffällig, dass die Hass-Kampagnen gegen Putin begannen, nachdem er die khasarischen Oligarchen in Russland entmachtet hatte. Der Zustand unter Jelzin war ja, dass die junge russische Föderation nahezu vollständig unter Kontrolle dieser Oligarchen stand und diese dabei waren, den Rest der russischen Nationalökonomie an ihre Freunde im Westen zu verhökern. Man könnte also auch sagen, dass diese Oligarchen Rache geübt haben an Russland für die Schmach vor 1.000 Jahren und der böse Putin hat ihnen da einen Strich durch ihre Rechnung gemacht. [...] Ich sage hier auch unmissverständlich, dass es sich nur um einen ganz kleinen Teil der Khasaren handelt, der üble Machenschaften betreibt. Es ist mit Juden/Khasaren dasselbe wie mit jeder Ethnie: Wenige Prozent sind abgrundtief schlechte Charaktere, machtgierige Psychopathen. Das Problem ist nur, dass diese skrupellosen Schurken es geschafft haben, überall Positionen zu erobern, die es ihnen erlauben, den 95 Prozent anständigen Menschen ihre kriegerische Agenda aufzuzwingen. Ganz allgemein muss ich feststellen, das der gesamte Westen, inklusive der Ukraine, von Oligarchen dominiert wird. Russland eben nicht mehr. Wir erleben, dass die Dominanz dieser Kapitalgewaltigen zu nichts Gutem geführt hat. In der Ukraine aber ist dieser Zustand auf die Spitze getrieben. Oligarchen regieren das Land und sie sind Khasaren mit der Dauerkriegs-Historie. [...] Nicht zu vergessen dabei, dass auch Merkel khasarische Wurzeln hat wie alle, die sich zwar aus dem Osten kommend Juden nennen, aber keine Semiten sind. Ob es da auch eine Rolle spielt, dass der US-Außenminister Antony Blinken ein Khasare ist?"[1445] [1446]

[1445] Rudy, Thomas: Facebook-Eintrag vom 28.02.2022, abgerufen am 01.03.2022.
[1446] Conservo: „Welche Rolle spielt die jüdische Komponente im Ukraine-Konflikt?" vom 24.02.2022, in: www.conservo.blog, abgerufen am 01.03.2022.

ANTISEMITISCHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

Haisenko entfaltet in seinem Artikel ein mehrere Jahrhunderte überspannendes antisemitisches Narrativ, das auf einer ganzen Reihe klassischer antijüdischer Ressentiments beruht. Hierzu gehört, dass Haisenko Juden gleichermaßen als Köpfe der kommunistischen Umwälzung und der kapitalistisch geprägten Bereicherung von Oligarchen in den postsowjetischen Staaten identifiziert: beide Gruppen bestünden ausnahmslos aus Juden. Juden werden somit entsprechend klassischer antisemitischer Propagandaschriften wie der „Protokolle der Weisen von Zion" entweder als Kommunisten oder als Kapitalisten dargestellt. Stets hebt der Autor zudem auf deren angebliche Machtposition in der Steuerung oder zumindest wesentlichen Beeinflussung historischer Abläufe ab. Laut Haisenko werde die Ukraine von Juden beherrscht, seien sie nun Oligarchen oder Politiker, die aktuell danach strebten, das vor eintausend Jahren verlorene Herrschaftsgebiet der Khasaren (nicht zuletzt die Ostukraine) wiederzuerlangen und für den damaligen Verlust Rache an den Russen zu üben. Haisenko behauptet hier einen unidirektionalen kollektiven Willen zur Herrschaft der von ihm als jüdisch bezeichneten Personen und erwähnt mehrmals, dass sie Russland nicht verzeihen könnten, es hassen würden und auf Rache aus wären, Kriege ohnehin eine Konstante in der Geschichte der khasarischen Juden seien. Damit greift er die aus dem Antijudaismus stammende Gegenüberstellung von alttestamentarischer (= jüdischer) Rache im Gegensatz zur neutestamentarischen (= christlichen) Vergebung auf. Im Weiteren nutzt er das Motiv einer jüdischen (Welt-) Verschwörung, wenn er den gesamten Westen als von Oligarchen – die er zuvor als Juden identifiziert hatte – dominiert sieht und auch die damalige Bundeskanzlerin Merkel und US-Außenminister Blinken hier miteinbezieht. Der Versuch der nachträglichen Abmilderung Haisenkos, dass er sich nicht auf alle khasarischen Juden beziehe, sondern lediglich diejenigen an den Hebeln der Macht meine, muss nach seinen Ausführungen, die sich stets auf ein undifferenziertes und in seinen Methoden und Zielen über Jahrhunderte stabiles und gleichgerichtetes Kollektiv beziehen, als bloße Schutzbehauptung gelten. Damit lassen sich sowohl in den verwendeten Bildern und Motiven als auch im gesamten Narrativ Belege für religiös, politisch und sozial begründeten Antisemitismus feststellen. Thomas Rudy macht sich durch das kommentarlose Teilen dieses Beitrags dessen gegen Juden gerichtete, antisemitische Aussage zu eigen.

Am 12. Mai 2021 teilte Falko Keller, AfD-Stadtrat in Aschaffenburg (BY), auf Facebook einen Artikel, in dem über die Verbrennung einer israelischen Flagge vor einer Synagoge berichtet wurde. Dazu schrieb er:

> *„Tatsächlich ist es nur eine kleine Auswahl des Gesindels, dass Merkel und Co seit Jahren einschleusen. Weiterhin ist es ein Zeichen, dass die jüdische und muslimische Religion voller Hass ist, und hier nichts verloren hat“*[1447]

Keller unterstellt sowohl der muslimischen als auch der jüdischen Religion pauschal, „*voller Hass*“ zu sein und spricht sich gegen jegliche Präsenz in Deutschland aus. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert, dass die jüdische Religion im Bezugssachverhalt lediglich das Ziel einer Straftat war und Keller somit quasi eine Täter-Opfer-Umkehr vornimmt.

Thomas Herrig, zum damaligen Zeitpunkt Wahlkreiskandidat der AfD Lübeck für die Kommunalwahl 2023 Schleswig-Holstein und Beisitzer im Vorstand der JA Schleswig-Holstein, veröffentlichte am 6. Juli 2023 folgenden Tweet:

> *„1. #Israel ist ein Apartheitstaat. 2. Israel bricht Völkerrecht und gehört vor Gericht 3. Israel gehört zu den Treibern des antideutschen #Schludkult|s. 4. Israel kontrolliert nicht den Bundestag, hat aber großen Einfluss auf verschiedene Gremien westlicher Länder.“*[1448]

In einem weiteren Tweet am gleichen Tag schrieb er:

> *„5. #Israel kooperiert nicht mit der #AfD. Wie könnten sie auch eine Partei unterstützen, die für ein selbstbewusstes, starkes Deutschland kämpft. 6. Viele AfDler sind Zionisten, die Israel mehr lieben als ihr eigenes Land. 7. #FreePalestine“*[1449]

Die Aussage, dass Israel zwar nicht den Bundestag kontrolliere, aber großen Einfluss auf nicht näher genannte „*Gremien westlicher Länder*“ nehme und Treiber des „*antideutschen Schuldkults*“ sei, ist dabei als Beispiel für israelbezogenen und politischen Antisemitismus zu werten, da hier ein bestimmender Einfluss Israels insinuiert wird. Israel wird hier pauschal als völkerrechtswidrig agierendes Unrechtsregime dargestellt und somit dämonisiert, sodass hierin keine zulässige Israelkritik mehr gesehen werden

[1447] Keller, Falko: Facebook-Eintrag vom 12.05.2021, abgerufen am 30.07.2021.
[1448] Herrig, Thomas: Tweet vom 06.07.2023, abgerufen am 29.09.2023.
[1449] Herrig, Thomas: Tweet vom 06.07.2023, abgerufen am 29.09.2023.

kann.[1450] Zudem beinhaltet die Äußerung Elemente des sekundären Antisemitismus, indem unterstellt wird, Israel forciere bewusst eine von Herrig abgelehnte Form der Erinnerungskultur und profitiere damit letztlich hiervon.

Herrig schrieb am 21. August 2023 in einem Tweet außerdem:

> *„Türken haben Deutschland wieder aufgebaut, Afrikaner wiedervereinigt und eine andere Minderheit, die wir fast ausgerottet haben, regiert dieses Land."*[1451]

Der Tweet nahm Bezug auf einen ZEIT-Artikel, in dem eine Familie mit afrikanischer Migrationsgeschichte ihre Wahrnehmung von Rassismus darstellt. Das Judentum wird darin nicht thematisiert.[1452] Der unvermittelte Verweis auf *eine „andere Minderheit, die wir fast ausgerottet haben"*, die Deutschland regiere, ist auch vor dem Hintergrund der oberen Tweets entsprechend so zu verstehen, dass Herrig hier ein verbreitetes Narrativ des politischen Antisemitismus verwendet. Durch die Bezeichnung als *„Minderheit, die wir fast ausgerottet haben"* wird das Judentum zudem unwürdig auf die ihm in der NS-Zeit zugeschriebene Bestimmung zur Vernichtung reduziert und damit gravierend diffamiert.

Im Übrigen finden sich bei der AfD vermehrt Aussagen, in denen Antisemitismus durch einen Vergleich der COVID-19-Schutzmaßnahmen der Bundesregierung mit der Verfolgung von Minderheiten im Nationalsozialismus zum Vorschein kommt.

Florian Jäger, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der AfD und zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Fürstenfeldbruck (BY), veröffentlichte im Dezember 2021 Beiträge auf seinem Facebook-Profil, in denen er die Lage der Ungeimpften angesichts der pandemiebedingten Beschränkungsmaßnahmen mit der Situation der Juden im Nationalsozialismus verglich. So äußerte er in einem Video:

> *„Als im Herbst 1938 in der Reichspogromnacht jüdische Geschäfte geplündert, Synagogen in Brand gesteckt und Juden misshandelt und ermordet wurden, sprach die nationalsozialistische Propaganda davon, dass sich in dieser Nacht ja der Volkszorn, der berechtigte Volkszorn gegen die Juden, spontan entzündet hätte. Es war relativ klar, dass dieser so genannte Volkszorn weitaus weniger*

[1450] Vgl. zur Abgrenzung ausführlich: Beauftragter der Bundesrepublik für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus: „3D_Regel", in: www.antisemitismusbeauftragter.de, abgerufen am 23.05.2024.

[1451] Herrig, Thomas: Tweet vom 21.08.2023, abgerufen am 29.09.2023.

[1452] ZEIT: „Die Kinder können sich schon wehren, Papa" vom 17.01.2021, in: www.zeit.de, ohne Abrufdatum.

spontan war, als die nationalsozialistische Propaganda verkündet hat. Und es war sehr schnell in der Geschichte, dann vom organisierten Volkszorn die Rede. [...] Wer sich ein wenig in der Geschichte auskennt, der er erinnert sich an Joseph Goebbels, der, der einst mitgeteilt hat: ‚Unsere Geduld mit den Juden geht zu Ende. Wir werden ihn bald das freche Lügenmaul stopfen.' Reden wir über Markus Söder- Markus Söder wird nicht müde, von einer Pandemie der Ungeimpften zu reden. [...] Natürlich wissen wir, dass der Ungeimpfte an der Pandemie genauso wenig schuld war wie früher die Juden daran schuld waren, dass das Reich in einer wirtschaftlich desolaten Verfassung war. Aber die Politik ist damals wie heute am Ende. [...] Es gibt für diese Politiker kein Zurück mehr. Also muss ein Schuldiger gefunden werden. Und dieser Schuldige ist für Markus Söder natürlich nicht Markus Söder. Es muss der Ungeimpfte sein. Und das ist genau die Methode, mit der ein so genannter Volkszorn erzeugt wird. [...] All diese Dinge, dann ist der Schritt von der klassischen Diskriminierung bis zu tatsächlich gewalttätigen Ausbrüchen nicht mehr groß."[1453]

In dem zum Videobeitrag gehörigen Facebook-Post schrieb Jäger:

„Im Herbst 1938 entlud sich in der Pogromnacht ein sogenannter Volkszorn gegen Juden im Deutschen Reich. Jüdische Geschäfte wurden geplündert, Synagogen in Brand gesteckt und unzählige Juden wurden misshandelt und ermordet. Jedoch war dieser ‚Volkszorn' nicht so spontan ausgebrochen, wie die nationalsozialistische Propagandamaschienerie behauptete. Aktuell wird nach bekanntem Muster ein Sündenbock für das katastrophale Politversagen der Regierenden gesucht und Söder hat ihn gefunden. Es ist der ‚Ungeimpfte'."[1454]

Im Juli 2022 wurde Florian Jäger auf Grund der getätigten Aussagen wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt.[1455] Das Landgericht München bestätigte die Verurteilung im August 2023. Im Januar 2024 hob das Bayerische Oberste Landesgericht das Urteil auf und sprach Jäger frei, da das Berufungsgericht den Schutzbereich der Meinungsfreiheit rechtsfehlerhaft bestimmt habe. Die gegenständliche Aussage

---

[1453] Jäger, Florian: Videobeitrag, veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 06.12.2021, Kanal: „Florian Jäger", abgerufen am 14.01.2022.
[1454] Jäger, Florian: Facebook-Eintrag vom 06.12.2021, abgerufen am 14.01.2022.
[1455] Merkur: „Geldstrafe für Ex-AfD-Bundestagsabgeordneten Florian Jäger wegen ‚Volksverhetzung'" vom 11.07.2022, in: www.merkur.de, abgerufen vom 12.07.2022.

lasse vielmehr verschiedene Interpretationen zu und könne nicht zwingend dahingehend ausgelegt werden, *„dass der Umgang mit Ungeimpften vergleichbar sei mit den Maßnahmen, denen die jüdische Bevölkerung in Deutschland bereits bei den Novemberpogromen 1938 ausgesetzt gewesen sei*".[1456]

Trotz der strafrechtlichen Bewertung des Bayerischen Obersten Landesgerichts kann die Aussage Jägers im Kontext der hiesigen Prüfung berücksichtigt werden, da die verfassungsschutzrechtliche Würdigung anderen Maßstäben folgt. Das Gericht hatte die Verurteilung nämlich vor dem Hintergrund aufgehoben, dass die Aussage so interpretiert werden könne, dass von der Politik immer einfache und populistische Lösungen und „Sündenböcke" gesucht würden, und dass das 1938 die Juden und heute die Ungeimpften seien. Dies genügt nach Ansicht des Gerichts nicht den Anforderungen an eine Verurteilung wegen § 130 StGB, der aufgrund des ultima-ratio-Charakters des Strafrechts recht hohe tatbestandliche Voraussetzungen aufstellt. Auch wenn Jäger damit nicht die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung unmittelbar mit dem den Juden im Nationalsozialismus widerfahrenen Unrecht vergleicht, trägt er mit der Wahl gerade eben dieses Beispiels dennoch zur Verharmlosung der NS-Gräueltaten an den Juden bei.[1457] Damit ist die Äußerung ungeachtet ihrer strafrechtlichen Beurteilung gleichwohl als – wenn auch schwacher – Anhaltspunkt für antisemitische Bestrebungen bei der AfD zu bewerten. Florian Jäger trat im Juli 2024 aus der AfD aus.

Auch der baden-württembergische AfD-Kreisrat Günter Geng veröffentlichte im Mai 2021 auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag, in dem er die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie zum Anlass nahm, den Umgang mit nicht geimpften oder auf das Virus getesteten Personen mit der Ausgrenzung und Diskriminierung von Juden im Nationalsozialismus zu vergleichen:

> *„Gerade war ich auf der Gaß, wollte was essen. Es war so, wie mir meine Großeltern erzählten, wie es damals vor über 80 Jahren war. Man wollte eine Art ‚Ariernachweis' von mir sehen - es klang auch wie, man ‚verkaufe nichts an Juden'. Auf NEUDEUTSCH meint das natürlich den Impfausweis, den Corona-Test oder die Genesenen- Bescheinigung. Ohne sowas gibt es keinen Sitzplatz - keine Speisen oder Getränke. Ich sehe da kaum einen Unterschied mehr, zwischen der*

[1456] Bayerisches Oberstes Landesgericht: „Pressemitteilung 1 vom 17.01.2024", in: www.justiz.bayern.de, abgerufen am 18.03.2024.
[1457] Lichtenthäler, Keine Strafbarkeit wegen Volksverhetzung bei Äußerungen, FD-StrafR 2024, 803553 zitiert nach Beck-Online, abgerufen am 23.05.2024.

‚Merkulatur' und dem Dritten Reich. Was kommt als Nächstes? Wenn doppelt Geimpfte erneut an Corona erkranken, Geimpfte an den Folgen versterben - was ist denn das für eine RNA-Vakzin-Plörre? Oder ist es gar eine Art ‚Euthanasie-Programm'?"[1458]

Die Losung „Kauft nicht bei Juden" wurde während des im April 1933 vom NS-Staat ausgerufenen Boykotts jüdischer Geschäfte und Unternehmen sowie weiterer Berufs- und Dienstleistungszweige verwendet. Der Boykott gilt als eine Wegmarke in der Geschichte der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Geng setzt mit seinen Ausführungen die Pandemiepolitik eines demokratisch legitimierten Staates mit der durch das NS-Regime vorgenommenen systematischen Diskriminierung jüdischer Bürger gleich. Damit verharmlost er den Antisemitismus und die Judenverfolgung im Nationalsozialismus. Dies gilt umso stärker für die provokative Suggestivfrage, ob die staatliche Impfpolitik ein *„Euthanasie-Programm"* darstelle.

Auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) veröffentlichte am 4. Mai 2021 einen Facebook-Beitrag, in dem er sich gegen eine mögliche Impfpflicht positionierte. Diesen Beitrag kommentierte ein Nutzer mit dem Bild eines sogenannten Judensterns mit der Aufschrift *„Nicht geimpft"*. Dies stellt eine antisemitische Verharmlosung der historisch einzigartigen Verbrechen der Nationalsozialisten dar, indem die fiktive Impfpflicht mit der systematischen Verfolgung und Tötung der Juden zur Zeit des Nationalsozialismus gleichgesetzt wird.[1459]

Helferich widersprach diesem Kommentar auf seiner Facebook-Seite nicht und löschte ihn auch acht Wochen nach Veröffentlichung nicht von seiner Seite.[1460]

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka (BY) schrieb in Bezug auf die COVID-19-Maßnahmen am 13. August 2021 auf Twitter:

„Ich bin Jetzt ein Mensch zweiter Klasse, ich bin #Ungeimpf. Muss ich jetzt irgend eine Armbinde tragen?"[1461]

[1458] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021.
[1459] Literatur und Rechtsprechung zur strafrechtlichen Einordung des „Ungeimpft-Sterns" sind uneinheitlich. Die Bewertung im Hinblick auf die Verfassungsschutzrelevanz bleibt hiervon jedoch unberührt, zumal sogar bzgl. des § 130 Abs. 3 StGB bestätigende Gerichtsurteile vorliegen. Vgl. hierzu Stegbauer, NStZ 2023, 400, 402 m. w. N., zitiert nach Beck-Online, abgerufen am 23.05.2024.
[1460] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 04.05.2021, abgerufen am 29.06.2021.
[1461] Protschka, Stephan: Tweet vom 13.08.2021, abgerufen am 18.08.2021.

Die damalige Bundestagsabgeordnete Barbara Lenk (mittlerweile: Barbara Benkstein; SN) würdigte durch einen Vergleich zur Situation von Ungeimpften in einer Facebook-Story Opfer des Nationalsozialismus herab. Sie teilte ein Meme des Films „Inglourious Basterds", welcher u. a. die Geschichte der nationalsozialistischen Besatzung von Frankreich (fiktiv) darstellt.[1462] Die Figur Hans Landa (SS-Oberst), dargestellt von Christoph Waltz (zu sehen in dem Beitrag), ist im Film für das Auffinden von versteckten Juden bekannt. In dieser im Meme dargestellten Szene des Films versteckt sich eine jüdische Familie unter dem Fußboden und wird von einer bewaffneten Einheit mehrheitlich ermordet. Durch den Satz *„Sie verstecken Ungeimpfte unter ihrem Fußboden, nicht wahr?!"* setzt Lenk bewusst das im Film dargestellte Leid der Juden in Europa mit der Situation von Ungeimpften in Deutschland heute gleich und relativiert damit NS-Verbrechen.

ff. Keine Relativierung durch Solidaritätsbekundungen mit Israel nach dem 7. Oktober 2023

Fraglich ist, ob die Positionierungen der AfD und ihrer Vertreterinnen und Vertreter zu den terroristischen Anschlägen der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 auf eine Relativierung der festgestellten Anhaltspunkte für antisemitische Bestrebungen hinweisen. So äußerten sowohl der Bundesverband wie auch Teile der Gesamtpartei in Reaktion auf den Terrorakt Solidaritätsbekundungen.

Der AfD-Bundesverband veröffentlichte am 7. Oktober 2023 folgende Aussage auf Facebook:

> *„AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Lage in Israel: Mit Erschütterung hat die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auf die Angriffe der Hamas auf Israel reagiert und fordert das sofortige Ende der Gewalt. […] Die Hamas ist eine Terrororganisation. Es wird nun endlich Zeit, die offenen und versteckten Finanzierungen dieser Organisation, auch aus Richtung der UN, der EU und von deutscher Seite, zu beenden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Familien."*[1463]

Die Bundesvorsitzende Alice Weidel (MdB, BW) schrieb in einem Beitrag auf Facebook am 12. Oktober 2023:

[1462] Lenk, Barbara: Facebook-Story vom 15.11.2021, abgerufen am 16.11.2021.
[1463] AfD: Facebook-Eintrag vom 07.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

„Der terroristische Angriff auf Israel hat uns alle tief geschockt. Die entschlossene Reaktion auf die Gräueltaten war notwendig und berechtigt. Deutschlands Beitrag muss sein, radikalislamistische Netzwerke zu zerschlagen und nicht weiter zu fördern.“[1464]

Der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla äußerte am 11. Oktober 2023:

„Der Angriff der #Hamas auf #Israel ist zu verurteilen. Ich trauere um alle Kriegstote. Jetzt müssen die Staaten der Region auf Deeskalation setzen, um einen Flächenbrand abzuwenden. Diplomatie ist das Gebot der Stunde. Eine tragfähige Lösung für alle Seiten muss das Ziel sein!“[1465]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Norbert Kleinwächter (BB) reagierte darauf in einem Kommentar:

„#Hamas ist eine Terrororganisation. Als du in die #AfD eingetreten bist, war diese noch gegen islamistischen Terror. Den unterbindet und vernichtet man. Das Existenzrecht und die Sicherheit #Israels sind unverhandelbar. Auch deshalb sind wir Teil des #Westens.“[1466]

Die auf eine solche Verurteilung der Taten gestützte Solidarisierung mit dem Staat Israel stellt jedoch keine Auseinandersetzung oder Distanzierung von den belegten antisemitischen Äußerungen und Positionen dar, da Antisemitismus nicht erst dort beginnt, wo Anschläge auf das Leben von Jüdinnen und Juden gutgeheißen werden. Es ist möglich, die Tötung und Verschleppung von Menschen aus einem souveränen Land zu verurteilen und gleichzeitig antisemitische Narrative zu verbreiten. Dass ein terroristischer Anschlag verurteilt wird, hat keinen Einfluss auf die Feststellung der dargelegten vielfältigen Formen von Antisemitismus. Dies gilt umso eher vor dem Hintergrund, dass die AfD den Angriff stets auch zu dem Zweck der Propagierung der eigenen migranten- und muslimfeindlichen Positionen instrumentalisiert hat.

So schrieb der der AfD-Bundesverband auf Facebook am 13. Oktober 2024 weiter:

„Nahost-Konflikt auf unseren Straßen: Hamas-Kriminelle abschieben!“[1467]

[1464] Weidel, Alice: Facebook-Eintrag vom 12.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1465] Chrupalla, Tino: Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1466] Kleinwächter, Norbert: Antwort auf einen Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 19.10.2023.
[1467] AfD: Facebook-Eintrag vom 13.10.2023, abgerufen am 30.10.2023.

Daniel Haseloff, Landesvorstandsmitglied der AfD Thüringen und ab 2024 auch Landtagsabgeordneter, schrieb in einem Beitrag auf X (ehemals Twitter) am 23. Oktober 2023:

> *„Herr im eigenen Haus! Seit der Eskalation zwischen #Israel und den #Gaza-Palästinensern spielen viele Akteure im patriotischen Lager Weltpolitik. Je nach Neigung will man mal Teheran bombardieren, mal die Zweistaatenlösung stärken, mal Friedenstruppen senden. Ich denke: Wir müssen als Opposition das stark machen, was unseren Wählern und uns selbst zuallererst am Herzen liegen sollte – Herr im eigenen Haus sein. Wir müssen dafür nicht Weltpolitik spielen. Reicht es nicht, wenn wir das Nahe, das Konkrete thematisieren? Drei Beispiele: 1. Wir haben uns immer für #Remigration eingesetzt. Das bleibt aktueller denn je: Denn mit der realexistierenden #Massenmigration importieren wir Konflikte, die nicht die unsrigen sind. 2. Wir sehen einer unfähigen Ampel-Koalition beim erneuten Scheitern zu: Die Evakuierung deutscher Staatsbürger funktioniert nur mit fremder Hilfe. Versagen der Staatsorgane heißt Kritik an den Verantwortlichen! 3. Wir beobachten eine neue Form der moralpolitischen Selbsterhöhung: Die #Ukraine-Fahne wird schnell ausgetauscht durch die nächste Nationalfahne. Hier heißt es also, das Establishment und seine willfährigen Helfershelfer zu kritisieren: Wann kümmert ihr euch um unsere Anliegen mit derselben Leidenschaft? Kurz gesagt: Herr im eigenen Haus sein. Das wäre schon was. Das heißt aber auch, Prioritäten zu klären. Für Weltpolitik sind derzeit andere zuständig.“*[1468]

Die angeführten Aussagen in Bezug auf die Ermordung und Verschleppung von Menschen durch die Hamas in Israel lassen daher die Feststellung von Anhaltspunkten für Antisemitismus in der AfD nicht entfallen.

gg.Zwischenfazit

Die angeführten antisemitischen Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene sind sowohl in ihrer Stärke, Codierung und thematischen Schwerpunkte unterschiedlich ausgeprägt. Bei den meisten Belegen handelt es sich um originäre Äußerungen der entsprechenden Personen, und

[1468] Haseloff, Daniel: Tweet vom 11.10.2023, abgerufen am 12.10.2023.

nicht um Zustimmungen zu bzw. ein Zueigenmachen von Äußerungen Dritter, beispielsweise durch Weiterleiten oder Teilen fremder Social-Media-Postings.

Direkt geäußerter und unverstellt zum Hass gegen Jüdinnen und Juden aufstachelnder Antisemitismus ist dabei nicht festzustellen. Belegt werden kann hingegen die Verwendung klassischer antisemitischer Narrative, Motive und einzelner judenfeindlicher Ressentiments, die fast durchgängig durch Andeutungen, Codes und Chiffren ausgedrückt werden. Der politische Antisemitismus – der Juden als Strippenzieher des Weltgeschehens und verschwörerisch imaginiert und dies teils auf einzelne Personen wie etwa George Soros projiziert – ist die am häufigsten festzustellende Ausprägung, gefolgt vom sozialen Antisemitismus, der Juden zumeist eine besondere Beziehung zu Geld und damit auch eine besondere Machtstellung gegenüber Nicht-Juden attestiert. Nur in einem Fall wurde hingegen israelbezogener Antisemitismus festgestellt, die in der Gegenwart im Allgemeinen häufigste Form des Antisemitismus.

Die überwiegende Zahl der angeführten Belege nutzt die Chiffre „George Soros" und vergleichbare andere Codierungen wie „Globalisten". In einigen Fällen werden mehrdeutige Begriffe kombiniert, die nur in Bezug aufeinander und/oder im konkreten Äußerungskontext als eindeutig antisemitisch erkennbar sind, während sie isoliert mehrere Lesarten zulassen. Damit eröffnet sich für die jeweiligen Rednerinnen/Schreiberinnen bzw. Redner/Schreiber die Möglichkeit, das Argument einer angeblich stets unverfänglichen Lesart der betreffenden Aussage als Schutzbehauptung in Stellung zu bringen, zugleich aber dennoch zielgerichtet Äußerungen zu tätigen, die als antisemitisch codiert und von der Zuhörer- bzw. Anhängerschaft decodiert werden können.

Zielobjekt dieser Äußerungen sind zum einen Juden, zum anderen Personen, die – wie Klaus Schwab – nicht jüdisch sind, die jedoch mit antisemitischen Negativattributen belegt und beschrieben werden, wie sie typischer- und traditionellerweise auf Jüdinnen und Juden angewendet werden. Damit wird nicht nur die Menschenwürde von Jüdinnen und Juden angetastet, sondern auch diejenige von Nicht-Juden, indem sie unter antisemitischem Vorzeichen de facto zu Juden erklärt werden. Antisemitische Stereotype und Ressentiments werden auf diese Weise zielgerichtet zur Diffamierung und Herabwürdigung eingesetzt.

Die festgestellten Äußerungen weisen in der Gesamtschau allerdings weder in der Anzahl noch in der Qualität der Belege eine solche Intensität auf, dass für die Gesamtpartei AfD von einer vorherrschenden antisemitischen Prägung gesprochen werden

kann. Ungeachtet dessen, dass die Reaktionen auf die Terroranschläge auf Israel nicht als entlastendes Moment zu bewerten sind, ist festzustellen, dass die meisten hier angeführten Belege zuvor entstanden sind. Dass insoweit zuletzt eher weniger Anhaltspunkte für Antisemitismus bei der AfD festzustellen waren, spricht gegen ein in der Gesamtpartei vorherrschendes antisemitisches Weltbild. Entsprechend kann in dieser Hinsicht keine Verdichtung der Anhaltspunkte hin zu einer Gewissheit festgestellt werden.

2. Demokratieprinzip

Im Folgegutachten AfD 2021 wurde bereits festgestellt, dass tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass die AfD eine gegen das Demokratieprinzip gerichtete und damit gegen Art. 20 GG verstoßende Agitation betreibt. Diese Anhaltspunkte ergeben sich sowohl unmittelbar aus entsprechenden Aussagen führender Funktionärinnen und Funktionäre der AfD, wie auch aus Äußerungen der Akteurinnen und Akteure der JA und des aufgelösten Flügels. Diese Anhaltspunkte sind mit Blick auf die Gesamtpartei in dem sie betreffenden Folgegutachten AfD aus 2021 auf den Seiten 575-693, 701-762, 944-953 und 954-956 und für die JA im Gutachten zur AfD und ihren Teilorganisationen aus 2019 auf den Seiten 284-290, 294-300 sowie im Folgegutachten zur Jungen Alternative 2023 auf den Seiten 127-137 aufgeführt; auf diese wird hier Bezug genommen. Zudem wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 338 ff., Bezug genommen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass die JA gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebungen verfolgt. Auch das OVG NRW bestätigte in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2024 – 5 A 1218/22 –, juris, Rn. 247 ff., das Vorliegen von tatsächlichen Anhaltspunkten für gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebungen innerhalb der Gesamtpartei AfD.[1469]

Hier soll nun untersucht werden, wie Äußerungen in der AfD sich mit Blick auf diese Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip weiterentwickelt haben.

Demokratie ist die Herrschaftsform der Freien und Gleichen. Sie beruht auf der freien Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.[1470] In einer Demokratie muss die Willensbildung sich stets vom Volk zu den Staatsorganen und nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk vollziehen (Prinzip der Volkssouveränität).[1471] Dieser Prozess der politischen Meinungsbildung muss zudem offen gestaltet und für alle wahlmündigen Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein. Er setzt somit die gleichberechtigte Teilhabe aller voraus.

Den Rahmen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verlässt, wer den Parlamentarismus verächtlich macht, ohne aufzuzeigen, auf welchem anderen Weg dem

[1469] Vgl. hierzu bereits im Kapitel A. Einführung, S. 21 f und C. Rechtliche Vorgaben, S. 38 ff.
[1470] BVerfG, Urt. v. 23.01.2024, 2 BvB 1/19, juris, Rn. 211 m. w. N.
[1471] Vgl. BVerwG, Urt. v. 28.11.1980, 2C 27.27, juris, Rn. 543.

Grundsatz der Volkssouveränität Rechnung getragen und die Offenheit des politischen Willensbildungsprozesses gewährleistet werden kann.[1472]

Auch wenn es einer politischen Partei nicht darauf ankommt, die parlamentarische Demokratie abzuschaffen und durch ein anderes System zu ersetzen, kann angenommen werden, dass eine auf das Außer-Geltung-Setzen des Demokratieprinzips gerichtete Verhaltensweise vorliegt, wenn es einer Partei darum geht, das Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie zu erschüttern, um sich die Gunst der Wählerinnen und Wähler zu sichern.[1473] Vor diesem Hintergrund kann bei Äußerungen, die darauf abzielen, das Vertrauen der Bevölkerung in die parlamentarische Staatsverfassung als Ganzes in Frage zu stellen, durchaus angenommen werden, dass diese über eine zulässige Machtkritik hinausgehen und auf ein Außer-Geltung-Setzen des Demokratieprinzips gerichtet sind.[1474]

Dabei reicht vor dem Hintergrund der Meinungsäußerungsfreiheit die bloße Kritik an etwaigen bestehenden Missständen des parlamentarischen Systems für die Annahme einer verfassungsfeindlichen Bestrebung nicht aus, gerade auch weil das Recht auf Ausübung einer parlamentarischen Opposition selbst zu den zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu zählenden Verfassungsgrundsätzen gehört.[1475]

Über solche Kritik hinausgehende gehäufte pauschale Beschimpfungen, Verdächtigungen und Verleumdungen gegenüber anderen demokratischen Parteien und deren Politikerinnen und Politikern können aber unter gewissen Voraussetzungen[1476] tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen darstellen.[1477] Solche Äußerungen offenbaren die Tendenz oder gar Intention, das Vertrauen zu den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik in der Bevölkerung von Grund auf zu erschüttern, damit ihr zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheine.[1478]

[1472] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 546.
[1473] VG München, Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 110 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 359.
[1474] VG Magdeburg, Beschl. v. 07.03.2022, 9 B 273/21 MD, juris, Rn. 58 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 361.
[1475] Vgl. VG München, Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 108 m. w. N.
[1476] Vgl. hierfür bereits die Ausführungen im Kapitel C. Rechtliche Vorgaben auf S. 39.
[1477] Vgl. BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, juris, Rn. 227 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 353 ff.
[1478] Vgl. VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 355 f.

Dies ist insbesondere der Fall, wenn bei der Beschreibung der Verfassungswirklichkeit sowie der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland unter Außerachtlassung jeder Bemühungen um Augenmaß an die Stelle des kritischen Urteils eine Darstellung tritt, die im Einzelnen kritikwürdige Zustände bewusst entstellt und überspitzt verallgemeinert, begleitet von einer Diffamierung der Einrichtungen des Staates und der etablierten politischen Parteien, sodass der Eindruck entstehen muss, diese allenthalben bestehenden Missstände hätten letztlich ihre Ursache in der Grundordnung selbst, am Maßstab praktischer Bewährung gemessen sei sie also untauglich. Dadurch wird ein Klima geschaffen, in dem – letztlich womöglich sogar auf Gewaltanwendung zielende – Neigungen gedeihen, diese Grundordnung als in ihren Auswirkungen „unerträglich" zu beseitigen.[1479]

Das vom Demokratieprinzip miterfasste Mehrparteiensystem verbietet es einer Partei auch, nach der Alleinherrschaft zu streben oder anderen Parteien die Daseinsberechtigung abzusprechen, und verpflichtet sie, wenigstens die Möglichkeit anzuerkennen, dass auch Ziele und Verhalten anderer Parteien gleichwertig und richtig sein können.[1480] Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip in Form des Mehrparteiensystems liegen daher vor bei Angriffen auf die Existenzberechtigung der übrigen Parteien, wenn diese in ihrer Gesamtheit als politische Dilettanten und Verräter beschimpft und verächtlich gemacht werden, und sind daher nicht erst dann anzunehmen, wenn das Parlament mit dem Ziel, ein Einparteiensystem zu etablieren, verächtlich gemacht wird.[1481] Eine auf die Außer-Geltung-Setzung gerichtete Verhaltensweise kann sich folglich aus gehäuften Beschimpfungen, Verdächtigungen, Verleumdungen und Verunglimpfungen des Staates und seiner Repräsentantinnen und Repräsentanten ergeben, bei denen es nicht mehr um Kritik und Auseinandersetzung geht, sondern darum, das Vertrauen der Bevölkerung in die verfassungsmäßige Ordnung von Grund auf zu erschüttern.

Für die Annahme einer mit dem Demokratieprinzip nicht im Einklang stehenden Verächtlichmachung spricht auch, wenn behauptet wird, die Nachkriegsentwicklung sei nicht frei und demokratisch erfolgt, sondern es handele sich dabei um die Folge einer „systematischen Umerziehung". Damit wird ein rechtsextremistisches Motiv bedient,

[1479] BVerwG, Urt. v. 12.03.1986, 1D 103.84, juris, Rn. 77, und Urt. v. 27.11.1980, 2 C 38.79, juris, Rn. 27 und VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 357 f.
[1480] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn. 363 f.
[1481] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/24, juris, Rn.365 f.

wonach dem deutschen Volk nach 1945 unter einer oktroyierten Einhegung des eigenen Selbstbewusstseins ein Schuldkomplex eingeimpft worden sei.[1482]

Hierbei wird anknüpfend an die Negierung der deutschen Souveränität die Medien-, Bildungs- und Kulturpolitik der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 als von außen aufgezwungen dargestellt und somit delegitimiert.[1483]

In der AfD wird immer wieder eine von außen oktroyierte Bekämpfung und Zerstörung der deutschen Kultur und Identität im Sinne eines fortgesetzten Kampfs gegen das deutsche Volk behauptet. Nach diesem Narrativ wird die deutsche Bevölkerung unter Mitwirkung der Bundesregierung und der etablierten Parteien von ausländischen Mächten wie den USA oder „globalen Eliten" durch die Ausnutzung eines auferlegten Schuldbewusstseins und das Schüren von Ängsten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unterdrückt, um die Etablierung eines starken, eigenständigen deutschen Staates zu verhindern.

a. Inabredestellen der Volkssouveränität der Bundesrepublik Deutschland – angebliche Steuerung durch die USA

Entsprechende Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip können sich aus Verhaltensweisen ergeben, durch die die Volkssouveränität der Bundesrepublik als solche bereits pauschal in Abrede gestellt wird und so das Vertrauen in die parlamentarische Staatsgewalt als Teil der verfassungsmäßigen Ordnung erschüttert wird.

So spricht etwa der pauschale Vorwurf, die Bundesrepublik sei nie ein souveräner Staat gewesen und sei es auch weiterhin nicht, der Bundesrepublik Deutschland in diffamierender Weise die Volkssouveränität und damit ihren demokratischen Charakter ab. Parlamentarische Entscheidungen werden letztlich als undemokratisch und illegitim verunglimpft. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn in einer Aussage nicht nur in überspitzter Weise auf ein „Zuviel" an Souveränitätsabgabe an suprastaatliche Organisationen verwiesen wird, sondern generell und pauschalierend die Souveränität Deutschlands infrage gestellt und so die Legitimation des demokratischen Systems in Abrede gestellt wird.

[1482] BVerwG, Beschl. v. 11.08.2009, 6 VR 2.09, juris, Rn. 16; BVerwG, Urt. v. 05.08.2009, 6 A 3.08, juris, Rn. 60.
[1483] BVerwG, Urt. v. 05.08.2009, 6 A 3.08, juris, Rn. 60.

Innerhalb der AfD ist insbesondere die vermeintliche Abhängigkeit Deutschlands von den sowie die angebliche Steuerung deutscher Regierungsvertreterinnen und -vertreter durch die USA oder „globale Eliten" ein wiederkehrendes Narrativ. Insbesondere der Krieg in der Ukraine wird regelmäßig herangezogen, um eine vermeintliche Fremdsteuerung Deutschlands durch die USA zu behaupten.

In einer Rede auf dem Wahlkampfauftakt der AfD Niedersachsen am 28. August 2022 in Uelzen (NI) behauptete der amtierende AfD-Bundessprecher und Bundestagsabgeordnete Tino Chrupalla (SN) etwa, Deutschland sei *„in vielen Bereichen"* nicht souverän, und warnte vor einer vermeintlich geplanten *„Transformation"* Deutschlands zum Nachteil des deutschen Volkes. Zudem bezeichnete er den amtierenden stellvertretenden Bundeskanzler und Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck und die amtierende Bundesaußenministerin Annalena Baerbock als *„Kriegstreiber"* und warf ihnen vor, im Auftrag der USA einen *„Wirtschaftskrieg"* gegen die eigene Bevölkerung zu führen:

> *„Habeck und Baerbock führen für die USA einen Wirtschaftskrieg gegen die eigene Bevölkerung, gegen unser Land und das ist die Wahrheit. Das sind die wahren Kriegstreiber, liebe Freunde. [...] Robert Habeck vertritt eine Agenda, die durch und durch radikal ist. [...] Perspektivisch muss aber Europa seine Verteidigung wieder in die eigenen Hände nehmen. Das muss es sein. Es muss souverän sein und auch Deutschland muss an seiner Souveränität arbeiten. Das sehen wir doch aktuell, dass wir das in vielen Bereichen eben nicht sind. Dass wir von außen manipuliert werden. Dass wir von außen gesagt bekommen, was wir sagen und wir nicht machen dürfen. Und das muss aufhören, liebe Freunde. Wir brauchen unsere Interessen und ein souveränes Deutschland. [...]*
> *Die Grünen nutzen diesen Wirtschaftskrieg für eine Transformation unseres Landes und genau das ist die Absicht, was dahintersteht. Wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch. Leidtragende sind die Bürger, die Mittelständler, die Handwerker und alle, die Interessen über Ideologie stellen."*[1484]

Mit dem Verweis auf die fehlende Souveränität der Bundesrepublik *„in vielen Bereichen"* kritisiert Chrupalla nicht etwa die Abgabe von Entscheidungskompetenzen an

[1484] AfD Niedersachsen: Facebook-Video-Livestream vom 28.08.2022, abgerufen am 29.08.2022.

supranationale Organisationen – dies wäre für sich genommen nicht verfassungsschutzrelevant – sondern impliziert, Deutschland sei schon nicht (mehr) souverän. Die „*Manipulation*" Deutschlands von außen werde von aktuell Regierenden aus ideologischen Gründen willentlich befördert, ihre Politik ziele auf eine vorsätzliche „*Transformation*" Deutschlands zum Nachteil der eigenen Bevölkerung ab. Chrupalla suggeriert also, die amtierende Regierung verfolge intentional einen Kurs gegen deutsche Interessen und fördere damit absichtlich eine Schlechterstellung Deutschlands aus ideologischen Motiven. Gerade im Kontext der Gesamtaussage ist die Behauptung, Deutschland werde von außen manipuliert und führende Regierende verträten eine radikale und im Kern deutschfeindliche Agenda, geeignet, das Vertrauen in die Wirksamkeit demokratischer Prozesse zu erschüttern.

In einer Rede zum Wahlkampffinale der AfD Sachsen im Rahmen des Landtagswahlkampfs am 29. August 2024 in Dresden (SN) behauptete Chrupalla erneut, dass „*dieses Land [Anm.: Deutschland] nicht souverän sein kann*":

> *„Was haben wir alles erlebt nach dem Anschlag auf Nord Stream? Da hieß es, der Russe war's, weil er uns Böses will. Jetzt heißt es, die Ukraine soll es gewesen sein und sie habe jedes Recht dazu. Tschechiens Präsident und Polens Ministerpräsidenten stimmen zu. Das sind also unsere Freunde. Und was macht die Bundesregierung? Sie reagiert darauf überhaupt nicht. Unsere Infrastruktur wird von sogenannten Freunden zerstört und wir, unsere Bundesregierung, steht da und zuckt mit den Achseln. Daran sieht man, dass dieses Land nicht souverän sein kann. Denn so reagiert man nicht, wenn man angegriffen wird, wenn unsere Infrastruktur zerstört wird. Und wir fordern die Aufklärung und wollen diejenigen zur Rechenschaft ziehen, die dafür verantwortlich sind, liebe Freunde."*[1485]

In einem Facebook-Beitrag vom 26. November 2023 warnte Nicole Höchst (MdB, RP):

> *„Hat Ihre Gemeinde auch z. B. einen hochdotierten Klimamanager? Fragen Sie doch mal nach, was dieser Posten an Besoldung wert ist. Mit ‚prima Klima' kann weltweit viel Geld verdient und eine Weltregierung installiert werden, die den Menschen, Demokratie und Freiheit dem Klima unterordnet."*[1486]

[1485] Chrupalla, Tino: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Dresden am 29.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.08.2024, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 11.09.2024.
[1486] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 26.11.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Der Begriff „*Weltregierung*" beinhaltet ebenfalls die Behauptung einer mangelnden Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, da er eine Steuerung der Regierenden durch äußere Kräfte unterstellt, die in letzter Konsequenz bereitwillig die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger allem anderen unterordnen würden.

In einem weiteren Facebook-Beitrag vom 6. Dezember 2023 schrieb Höchst:

> *„Wenn die Gesellschaft erst verstanden hat, dass die derzeitigen Nöte und Probleme geschaffen wurden, damit die von langer Hand erdachten ‚Lösungen' eingesetzt werden können, dann wird sie anfangen, die abgrundtiefe Bösartigkeit derer zu begreifen, die das Ganze orchestrieren und davon profitieren."*[1487]

Dazu verwendete Höchst die Hashtags *„#großeTransformation #globalismus #klimaherrschaft"*.[1488] Höchst behauptet hier, eine globale Allianz verfolge einen perfiden Plan, indem zunächst Probleme – hier gemeint ist wohl der Klimawandel – konstruiert würden, damit sie selbst dann die vermeintlichen Lösungen anbieten und sich dadurch bereichern könne. Die Behauptung der Steuerung Deutschlands durch fremde Mächte zielt darauf ab, politische Entscheidungen als illegitim und undemokratisch erscheinen zu lassen.

Der baden-württembergische Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier stellte durch das Teilen eines Tweets am 3. August 2022 die nationale Souveränität Deutschlands ebenfalls in Frage:

> *„Ein über hundert Jahre alter Trick des angelsächsischen Imperialismus besteht darin, die Kooperation (um es höflich auszudrücken) kleiner Staaten mit ihm als nationale Souveränität und Selbstbestimmungsrecht zu verkaufen. Müssen wir im Jahr 2022 wirklich noch darauf reinfallen?"*[1489]

Frohnmaier behauptet hier durch seine rhetorische Frage implizit, *„angelsächsische[n]"* Kräfte bestimmten in Wirklichkeit die nationalen Entscheidungen Deutschlands und stellt deutsche Regierungsentscheidungen damit als fremdbestimmt und in logischer Konsequenz undemokratisch dar.

Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BB) trat am 16. April 2023 im Rahmen einer sogenannten Friedensdemonstration in Cottbus (BB) als Rednerin

---

[1487] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 06.12.2023, abgerufen am 06.12.2023.
[1488] Ebd.
[1489] Frohnmaier, Markus: Retweet eines Tweets vom 03.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.

auf. Dort stellte sie die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich in Abrede:

„Was wir auch klar formulieren nach fast 80 Jahren Ende des Zweiten Weltkrieges und über 30 Jahren nach der Wiedervereinigung Deutschlands: Wir verlangen die Neuverhandlung der Souveränität Deutschlands. Wir verlangen den Abzug aller alliierten Truppen aus Deutschland, inklusive aller ihrer Waffen und Atomwaffen. Damit Deutschland endlich wieder eigene Souveränität hat. Denn gerade durch die fehlende Souveränität Deutschlands werden doch die Grundlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik durch die EU und durch die NATO entschieden. Und sie dienen äußerst selten unseren eigenen Interessen. Deswegen, liebe Freunde, lasst mich enden mit der Forderung, dass Deutschland seinen Kurs der Unterwerfung unter die Interessen raumfremder Mächte beenden muss und sich seiner nationalen Identität wieder bewusst werden muss!“ [1490]

Am 1. März 2023 veröffentlichte Karsten Hilse (MdB, SN) einen Livestream auf seinem Facebook-Kanal, in welchem er zusammen mit dem Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) Fragen der Zuschauer beantwortete. Unter anderem äußerte Hilse dort:

„Ja, also, es gibt ja immer wieder Rechtsgutachten. Leute äußern sich, Völkerrechtler, wie auch immer, die sagen okay, wir sind ein besetztes Land. Wir sind theoretisch nicht, so wie du [Anm.: auf Reichardt bezogen] das gerade gesagt hast, wir sind souverän, zumindest laut Vertrag. Ich persönlich habe keine Nebenabsprachen, Nebengesetze, Nebenvereinbarungen, die sozusagen neben dem Zwei-plus-Vier-Vertrag geschlossen worden sein sollen, je gesehen. Diejenigen, die davon erzählen, behaupten das auch nur, legen das nicht vor, weil es natürlich auch geheime Absprachen sind und so weiter und so fort. Aber rein praktisch sind wir natürlich, sind natürlich die Amerikaner nicht abgezogen […], halten hier ihre Militärbasen, von denen sie auch noch es schlechterweise Krieg in Asien führen, also von Ramstein. Von Ramstein werden unter anderem die Drohnen gesteuert, mit denen in Pakistan oder überhaupt in Ostasien dort einfach nur völkerrechtswidrig und rechtswidrig Menschen einfach in einem anderen Land umbringen, mit welcher Begründung auch immer. Und dann kann man

[1490] Bessin, Birgit: Redebeitrag am 16.04.2023 in Cottbus; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 19.04.2023.

schon sagen – ja, natürlich – sind wir besetzt. Wir könnten souverän sein, wenn es eine souverän denkende und souverän handelnde Regierung gäbe. Aber wir haben eben keine souverän handelnde Regierung. Schwachsinn. Also ich werde immer wieder mal zum Beispiel nach dem Morgenthau-Plan gefragt, ob der immer noch sozusagen gilt, ob das jetzt durchgezogen wird. [...] Und dann sag ich immer, diesen Morgenthau-Plan braucht es gar nicht bei dieser Regierung. Es braucht gar keinen Plan. Die sind einfach so, erstens verblödet, dumm und einen dummen Menschen kannst du natürlich viel, viel besser lenken. Und zweitens sind sie natürlich auch angetreten, um eben nicht deutsche Interessen, sondern amerikanische Interessen zu vertreten.“[1491]

Hilses hier angeführte Argumentation verdeutlicht exemplarisch, wie er mit Unterstellungen, Verzerrungen, Falschbehauptungen und Verunglimpfungen darauf abzielt, das Vertrauen in demokratische Institutionen und deren Repräsentantinnen und Repräsentanten zu erschüttern. Bereits der Verweis, unter Völkerrechtlern werde Deutschland bisweilen weiterhin als besetztes Land angesehen, ohne dass ihm persönlich ein Beleg für eine formal fortdauernde Besatzung vorliege, impliziert, dass er einen solchen fortgeltenden Status zumindest für möglich, wenn nicht gar für wahrscheinlich hält. Auch der Rekurs auf den sogenannten Morgenthau-Plan, der gegenwärtig überhaupt nicht benötigt werde, um Deutschland amerikanischen Interessen zu unterwerfen, folgt einem ähnlichen Argumentationsmuster. Hilse distanziert sich eben nicht von dem rechtsextremistischen Verschwörungsnarrativ, wonach der auf den US-amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau zurückgehende Plan zur Demilitarisierung und Deindustrialisierung Deutschlands die amerikanische Politik gegenüber dem deutschen Staat bis heute bestimme. Er geht vielmehr explizit davon aus, dass dieser Plan – der zu keinem Zeitpunkt über ein Entwurfsstadium hinausgelangte, geschweige denn als realisierbares politisches Umsetzungsszenario herangezogen wurde – zumindest gegolten habe. Hilse lässt die Frage einer formalen Besatzung Deutschlands schließlich offen, um zumindest eine faktische Nicht-Souveränität zu behaupten und die gesamte Regierung als *„verblödet“* und deshalb leicht lenkbar im Sinne US-amerikanischer Interessen zu verunglimpfen. Die Spekulation über eine formal fehlende und die Behauptung einer faktisch jedenfalls zu negierenden Souveränität Deutschlands zeigen, dass Hilses Ausführungen keine – auch nur ansatzweise

[1491] Hilse, Karsten: Facebook-Video-Livestream vom 01.03.2023, abgerufen am 03.03.2023.

sachlich motivierte – Kritik am Regierungshandeln darstellen, sondern vielmehr darauf abzielen, politische Institutionen, deren Repräsentanten und demokratische Entscheidungsabläufe insgesamt zu delegitimieren.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) stellte die Bundesrepublik Deutschland in einem Tweet vom April 2024 als nicht souverän dar:

> *„Wenn wir wirklich souverän werden und uns also von den USA emanzipieren wollen, brauchen wir Partner. Alleine schaffen wir das nicht."* [1492]

Der Bundestagsabgeordnete Fabian Jacobi (NW) bezeichnete die Bundesrepublik in einem Tweet vom 15. September 2022 als *„[a]utoritäre[n] Staat"* und *„[g]elenkte Demokratie"*.[1493]

Die WELT AM SONNTAG berichtete am 1. November 2024 darüber, dass Uwe Detert (Beisitzer im Landesvorstand NW) in den sozialen Netzwerken und via WhatsApp-Status in den Jahren 2023 und 2024 wiederholt antisemitische Verschwörungsmythen und geschichtsrevisionistische Thesen verbreitet habe. Unter anderem verbreitete er laut Medienbericht im Juli 2023 ein Video, in dem es heißt:

> *„Deutschland ist kein souveräner Staat. Ohne Souveränität, gibt es keine Beamten. Keine Bußgelder. Kein Arrest."*[1494]

Drei Monate später veröffentlichte er ein weiteres Video, in dessen Beschreibung geschrieben steht:

> *„Durch 70 Jahre systematischer Gehirnwäsche glaubt heute die Masse, dass die BRD ein Staat ist."*[1495]

In einem weiteren Videobeitrag aus November 2023 war folgender Text zu lesen:

> *„Das Deutsche Reich ist da – Es ist nie untergegangen – Es war in kein Kriegsgeschehen verwickelt – Es gehört uns."*[1496]

Im Februar 2024 teilte er laut WELT AM SONNTAG eine Filmsequenz, in der behauptet wird, dass Deutschland eine GmbH sei.

[1492] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 10.04.2024, abgerufen am 11.04.2024.
[1493] Jacobi, Fabian: Tweet vom 15.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
[1494] WELT AM SONNTAG: „‚Das Deutsche Reich ist da, es gehört uns'" vom 01.11.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 01.11.2024.
[1495] Ebd.
[1496] Ebd.

Ein Sprecher des nordrheinwestfälischen Landesverbands verteidigte Detert auf eine Anfrage der WELT AM SONNTAG hin und betonte, die *„mutmaßlichen Äußerungen“* seien alle von der Meinungsfreiheit gedeckt und in keiner Weise strafrechtlich relevant. Detert hingegen sei ein *„geschätztes Mitglied der AfD“* und es bestehe *„kein Zweifel“* daran, dass dieser *„fest auf dem Boden des Grundgesetzes“* stehe.[1497]

Marvin Weber, Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), verunglimpfte die Bundesrepublik in einem Facebook-Eintrag vom 21. August 2022 als *„gebrochenes Experiment der Siegermächte“.*[1498]

Björn Höcke bezeichnete im April 2022 die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien auf Facebook im Zusammenhang mit dem Ukraine-Konflikt als *„Statthalter des US-Establishments im Vasallenstaat BRD“* und behauptete zugleich, der Krieg sei von den USA auf Kosten Deutschlands zur Durchsetzung US-amerikanischer Interessen provoziert worden:

> *„Die Kriegsrhetorik auf allen regierungsnahen Medien ist unerträglich geworden. Der Krieg in der Ukraine ist schrecklich – aber es ist nicht unser Krieg! Und ich verwehre mich auch dagegen, daß er von den globalistischen Altparteienpolitikern vom Schlage eines Friedrich Merz oder einer Annalena Baerbock zu unserem gemacht wird. Sie tun das nur, weil sie die Statthalter des US-Establishments im Vasallenstaat BRD sind. Es besteht keine moralische Verpflichtung für den deutschen Steuerzahler, die Kosten für diesen aus amerikanischen Eigeninteressen provozierten Krieg zu übernehmen.“*[1499]

Jörg Dornau (MdL SN) [1500], Norbert Mayer (MdL SN)[1501] und Edgar Naujok (MdB, SN)[1502] zeigten ihre Zustimmung durch Teilen des Beitrags.

Am 21. Mai 2022 sprach Höcke im Rahmen einer Wahlkampfkundgebung der AfD Sachsen in Grimma (SN). In diesem Rahmen negierte er die Souveränität Deutsch-

[1497] Ebd.
[1498] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 21.08.2022, abgerufen am 22.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[1499] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 27.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.
[1500] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 28.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.
[1501] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 27.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.
[1502] Naujok, Edgar: Facebook-Eintrag vom 28.04.2022, abgerufen am 29.04.2022.

lands und unterstellte der damaligen Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht, Befehle von Regierungsvertreterinnen und -vertretern der USA entgegenzunehmen:

> *„Und es war doch bezeichnend, wie unsere Verteidigungsministerin, die Frau Lambrecht [...], wie die den Befehl bekommen hat, Waffen zu liefern und ukrainische Soldaten an diesen Waffen auszubilden. Wisst ihr, wo das passiert ist? Wisst ihr, wo die Befehlsübergabe vonstattengegangen ist? Die deutsche Verteidigungsministerin, die wurde aus Berlin nach Ramstein befohlen. Nach Ramstein, auf die größte US-amerikanische Militärbasis außerhalb der USA. Und da haben hochrangige Regierungsvertreter der USA der Frau Lambrecht den Marsch geblasen. Was ist das denn für ein Bild, dass die Ministerin eines Landes im eigenen Land von einer fremden Macht die Order bekommt, wie sie sich außenpolitisch, wie sie sich wehrpolitisch zu verhalten hat. Liebe Freunde, dieses Land ist immer noch nicht vollständig souverän. Dieses Land ist nach wie vor fremdbestimmt.“*[1503]

Im Mai 2022 erschien im rechtsextremistischen Magazin ZUERST! ein Interview mit Björn Höcke (MdL TH). In diesem leugnete er die Existenz eines fairen Parteienwettbewerbs ebenso wie die richterliche Unabhängigkeit in Deutschland:

> *„Die Gerichte in unserem Land, zumal die entscheidenden, sind fest in der Hand der machthabenden Kartellparteien. [...] Dabei zählt anscheinend die korrekte Gesinnung mehr als die fachliche Qualifikation. [...] Die bittere Wahrheit ist: Es gab nie einen fairen Parteienwettbewerb in der Bundesrepublik Deutschland. Der erlaubte Rahmen dafür war von Anfang an von den Siegern sehr eng gezogen worden, die alliierten Lizenzparteien brauchten wirkliche Konkurrenz nie zu fürchten. [...] Und dabei ging es nicht nur um die Abwehr der Gefahr einer kommunistischen Unterwanderung zu Zeiten des Kalten Krieges. Eine steuerbare Linke war vielmehr willkommen, denn diese war nach ihrer richtigen Einschätzung wenig*

[1503] Höcke, Björn: Redebeitrag in Grimma (SN) am 21.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.05.2022, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 23.05.2022.

‚patriotismusanfällig'. […] [E]ine antideutsche Kraft [Anm.: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] wurde damit strategisch im Parteiensystem der Republik plaziert."[1504]

Höcke diffamiert die anderen Parteien hier nicht nur als „*Kartell- und Lizenzparteien*" und spricht ihnen ihre Existenzberechtigung damit ab (siehe dazu im Weiteren auch in Unterkapitel 2. c.), sondern behauptet explizit, die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs hätten die Kontrolle über die Judikative ebenso wie über die existierende Parteienlandschaft. Diese werde von den Alliierten zu antideutschen Zwecken genutzt. Aus diesem angeblich „*antideutsch*" ausgerichteten Parteiensystem leitet Höcke eine fehlende Souveränität der Bundesrepublik ab und beantwortet die Frage, wie vor diesem Hintergrund die Wiedervereinigung ermöglicht werden konnte, mit dem Hinweis auf strategische Überlegungen der US-amerikanischen Politik, die von der Willfährigkeit der politischen Führung in Deutschland profitiert habe:

„Die Politik der USA war damals einfach besonnener als die der hysterischen Westeuropäer. […] [U]nd banden die willfährige politische Führung der Deutschen in ihre langfristige Strategie der Ostexpansion mit ein. Es mußte nur die Gefahr unterbunden werden, daß eine zu neuem Selbstbewußtsein erwachte Nation auch nationale Interessen vertritt. […] Das künftige Deutschland stellten sie sich wohl so vor: stark genug für Vasallendienste, aber zu schwach für eine eigenständige Politik."[1505]

Auch Höcke sieht mithin in den USA eine Kraft, die ein Erstarken Deutschlands zu einem eigenständigen Staat seit Ende des Zweiten Weltkriegs konsequent zu verhindern sucht. Die Mittel der USA zur Sicherung ihrer Dominanz über Deutschland sind laut Höcke neben Massenmigration und „*Multikulturalisierung*" der „*gnadenlose ‚Kampf gegen rechts'*", welcher vermeintlich nur der Unterdrückung jedweder nationalen Bewegung diene. Hiermit knüpft Höcke an die Verschwörungstheorie des Großen Austauschs an:

„Erstens die Einhegung und ökonomische Dienstbarmachung Deutschlands durch die ‚europäische Integration' […]. Zweitens durch die Massenmigration und

[1504] „‚Offensive statt Rechtfertigung'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 28 ff. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1505] Ebd.

Multikulturalisierung, um das neu entflammte Gemeinschaftsgefühl der Deutschen abzuwürgen und fremdenfeindliche Tendenzen anzustacheln, die wiederum eine willkommene Vorlage für den dritten Angriff bildeten: den damals ausgerufenen, gnadenlosen ‚Kampf gegen rechts'. Der war natürlich nur vordergründig gegen obskure extremistische Kleinstgruppen, aber vor allem gegen jede nationale Regung gerichtet."[1506]

In seiner Rede auf einer Demonstration von Miteinanderstadt Gera in Gera (TH) am 3. Oktober 2022 behauptete Höcke im Rahmen seiner Ausführungen zu den Folgen der Gasknappheit dann eine vermeintliche von den USA angeordnete und von der deutschen Regierung planmäßig umgesetzte Deindustrialisierung Deutschlands, die einem „*wirtschaftlichen Selbstmord*" gleichkomme:

> „*[D]ie deutsche Industrie verliert jede Woche dramatisch an Konkurrenzfähigkeit, hunderte energieintensive Unternehmen haben bereits ihre Produktion eingestellt, immer mehr kehren Deutschland den Rücken [...]. Es ist bitter, aber es ist so: Die US-amerikanische Regierung befiehlt der deutschen Regierung den wirtschaftlichen Selbstmord und Scholz & Co. führen ihn aus!"*[1507]

Schließlich knüpfte Höcke erneut an die Verschwörungstheorie des Großen Austauschs an, indem er die vermeintlich von den USA forcierte „*Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung"* anmahnte:

> „*Ich glaube tatsächlich, daß dieser Frontverlauf der bedeutendste der Gegenwart ist: [...]. Dieses Regenbogenimperium mit den USA als Kernland und der BRD als wichtigstem Brückenkopf in Europa ist es, das die Zerstörung der Nation durch Masseneinwanderung forciert."*[1508]

In derselben Rede kommentierte Höcke die Aussage des US-Präsidenten Joe Biden, die USA seien immer fähig, Nord Stream 2 zu verhindern, und erklärte mit eindeutig geschichtsrevisionistischem Unterton, das außenpolitische Interesse der Vereinigten Staaten bestehe in der Unterbindung jedweder Annäherung zwischen Russland und Deutschland, wobei er den USA und der angeblich durch diese „*fremdbestimmten*"

[1506] Ebd.
[1507] Höcke, Björn: „Höckes Rede zum Tag der Deutschen Freiheit am 3. Oktober in Gera" vom 04.10.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 07.10.2022.
[1508] Ebd.

Bundesregierung zudem vorwarf, Deutschland in einen fremden Krieg *„hineinzutreiben"*:

> *„Aber seit 100 Jahren ist es [...] das Ziel seines Landes, ein deutsch-russisches Zusammengehen zu verhindern, weil die Gefahr bestünde, das etwas entsteht, das sogar den globalen Machtanspruch der USA zurückweisen könnte. Und nun sind wir zum dritten Mal seit Beginn des letzten Jahrhunderts gegen unsere Interessen und gegen die Vernunft gegen Rußland aufgestellt [...]. Zum dritten Mal seit Beginn des letzten Jahrhunderts stehen auf dem europäischen Kontinent Nationen und Völker gegeneinander, obwohl nichts näher läge, als zusammenzuarbeiten und die USA mit ihrem primitiven Sendungsbewußtsein aus Europa fernzuhalten [...]! Es ist entsetzlich: Wir werden von einer raumfremden Macht und einer fremdbestimmten Bundesregierung in einen Krieg hineingetrieben, der nicht der unsere ist."*[1509]

In revisionistischer Umdeutung der seinerzeitigen Kriegsursachen sieht Höcke in der gegenwärtigen Haltung Deutschlands zu Russland Parallelen zur Mächtekonstellation vor Ausbruch des Ersten und Zweiten Weltkriegs. Den Anlass für die angeblich von den USA erzwungene Distanzierung Deutschlands gegenüber dem kulturell eigentlich nahestehenden Russland führt Höcke auf dessen Traditions- und Geschichtsbewusstsein, seine restriktivere Einwanderungspolitik und seine nationale Identität zurück, welche dem *„neuen Westen"* widerstrebten. Aus Sicht Höckes unterdrücken die USA weiterhin die Unabhängigkeit und das nationale Selbstbewusstsein Deutschlands, um die eigene amerikanische Hegemonialstellung abzusichern:

> *„Warum hacken westliche Politiker, westliche Medien [...] regelmäßig auf Ländern wie Rußland, Ungarn und Serbien herum? [...] liegt es vielleicht daran, daß sich diese Länder und ihre Staatslenker gegen die Veralberung der Tradition und Geschichte entschieden haben, gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten? Ist es dieser Widerstand, der den ‚neuen Westen', den alten klassisch-liberalen gibt es zu meinem Leidwesen nicht mehr, so provoziert?"*[1510]

[1509] Ebd.
[1510] Ebd.

DEMOKRATIEPRINZIP

Mit den wiederholten Behauptungen, die Bundesrepublik Deutschland sei kein souveräner Staat, zielen diese Äußerungen darauf ab, das Vertrauen in die staatliche Nachkriegsordnung von Grund auf zu erschüttern. Die Äußerungen, die an die regierenden Parteien anknüpfen und im Wesentlichen ebenfalls darauf abstellen, Deutschland werde durch externe Mächte gesteuert, bedeuten im Kern, die staatliche Ordnung sei in der Praxis nicht geeignet, um Deutschland davor zu schützen, fremdbestimmt zu werden. Sie zielen darauf ab, dass die Bevölkerung nicht mehr darauf vertrauen könne, dass gewählte Parteien auch die Entscheidungen treffen, die sie als im Interesse der Bevölkerung liegend erachten, sondern von vornherein den Interessen etwa der USA folgten. Es soll nicht nur ein Gefühl der unüberwindbaren Distanz zwischen dem Volk und der Regierung erzeugt, sondern auch ein tiefes Misstrauen in die staatliche Ordnung an sich geweckt werden, sodass die verfassungsmäßige Ordnung, wie sie derzeit besteht, im Ergebnis als abzulehnen erscheint.

Im AfD-internen „Sommerinterview" 2022 stellte der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) die Unabhängigkeit der deutschen Bundesregierung sowie der Regierungsvertreterinnen und -vertreter in ähnlicher Weise in Abrede, indem er sie als „*Vasallen*" und „*politische Marionetten*" der USA darstellte. Überdies behauptete er, die Bundesregierung werde Deutschland zu einer Autokratie machen:

> *„Denn es beginnt mit der Einschränkung der Meinungsfreiheit, es beginnt mit der Regulation im Haushalt. Aber es endet irgendwann bei der totalitären Ausgestaltung des Staates, in dem jede Freiheit des Individuums nur noch abhängt von der Willkür der Herrschenden. […] Das hat dann mit Demokratie nichts mehr zu tun. Und das ist die Gefahr, die ich am Ende dieser Entwicklung sehe, die sich gerade vollzieht. Dass wir am Ende einfach nur noch kleine Teile in einem großen System sind ohne individuelle Freiheit. […] Aber geopolitisch gesehen, ist die Ukraine momentan das Schlachtfeld eines Stellvertreterkrieges zwischen Russland und den USA. Und dieses Schlachtfeld soll vergrößert werden. […] Und wenn ich mich zurück erinnere an den Besuch Habecks in den USA, wo er gesagt hat, er sieht Deutschland in einer dienenden Führungsrolle, dann heißt das übersetzt nichts anderes, dass wir hier eine Vasallenregierung haben. Das sind politische*

> *Marionetten, die US-Politik umsetzen. [...] Und wir müssen uns aus dieser amerikanischen Umklammerung lösen. Dieser Vasallen-Status, den wir momentan haben, der muss überwunden werden.*"[1511]

Auch der damalige Abgeordnete im Europäischen Parlament und Beisitzer im Bundesvorstand Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) unterstellte der Regierung in einem Tweet vom 10. Januar 2023 eine Abhängigkeit von „*ausländischen Mächten*" und insinuierte, Deutschland sei nicht souverän:

> „*Die Mehrheit der Deutschen ist gegen Panzerlieferungen an die #Ukraine. Die Regierung liefert dennoch. Weil sie nicht dem Volk verpflichtet ist, sondern ausländischen Mächten. Wir müssen über Souveränität sprechen!*"[1512]

Christina Baum, Bundestagsabgeordnete (BW/ST), brachte in ihrer Bewerbungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 zum Ausdruck, das deutsche Volk sei aus ihrer Sicht weder frei noch souverän, und warf den Politikerinnen und Politikern der Regierungsparteien die Vernichtung des nach Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffenen Lebensstandards sowie die Versklavung des deutschen Volkes vor:

> „*Wir leben in einer Zeit, in der kaltherzige, inhumane, antideutsche Politiker unser Volk regieren, die aus Dummheit oder mit Absicht den von den Nachkriegsgenerationen durch großen Fleiß, einen hohen Arbeitsethos und viele Entbehrungen geschaffenen Lebensstandard seit Jahrzehnten sukzessive vernichten, durch diesen Raubbau den sozialen Frieden gefährden und die den frei geborenen Menschen nun vollständig zum Arbeitssklaven des Staates machen wollen. [...] Ich träume mit vielen von euch den Traum eines souveränen, freien, selbstbestimmten deutschen Volkes, das seine Geschicke wieder selber in die Hand nimmt.*"[1513]

Neben der diffamierenden Verleugnung der deutschen Volkssouveränität verunglimpft Baum hier die Vertreterinnen und Vertreter der regierenden Parteien, indem sie diese

---

[1511] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.09.2022, Kanal: „AfD-Landesgruppe Brandenburg im Bundestag", abgerufen am 16.09.2022.
[1512] Krah, Maximilian: Tweet vom 08.01.2023, abgerufen am 10.01.2023.
[1513] Baum, Christina: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation", abgerufen am 01.08.2022.

als *„kaltherzig, inhuman und antideutsch"* bezeichnet und ihnen vorwirft, dem deutschen Volk gezielt seine Freiheit zu nehmen, es für fremde Zwecke auszubeuten und als *„Arbeitssklaven"* quasi rechtlos zu stellen.

In dieser Logik teilte auch der sächsische Bundestagsabgeordnete René Bochmann am 1. Oktober 2023 auf Facebook ein Video mit dem Titel *„best of von Lug und Betrug"*, in dem Ausschnitte mit Aussagen verschiedener deutscher Politiker ohne Kontext zusammengeschnitten wurden. Zu sehen sind u. a. Joachim Gauck, Robert Habeck, Olaf Scholz, Karl Lauterbach, Christian Lindner, Markus Söder, Michael Kretschmer, Joe Biden und Gregor Gysi. Dazu wurden u. a. folgende Aussage eingeblendet:

> *„Gemeinsam mit den USA hat die Scholz Regierung unser Land angegriffen. […] Sie haben uns verraten und bewusst und gewollt unser Land wirtschaftlich ruiniert. Und sie lachen uns dabei aus […] Und sie stürzen uns durch Waffenlieferungen in einen Krieg gegen Russland."*[1514]

In der auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg im April 2023 Parteiangaben zufolge mit großer Mehrheit beschlossenen „Ukraine Resolution" wird Deutschland als Staat dargestellt, der seit Ende des Zweiten Weltkriegs keine Souveränität besitze und keine eigenen Interessen vertrete, sondern lediglich von *„raumfremden Mächten"* wie EU und NATO diktierte Interessen durchsetze. Hierin sieht der Landesverband auch die Ursache für eine Verwicklung Deutschlands in den Ukraine-Krieg:

> *„Der politisch-mediale Komplex bestehend aus Altparteien und etablierten Medien zieht Deutschland immer weiter in den Ukraine-Krieg hinein. Ursache hierfür ist auch die fehlende Souveränität Deutschlands, die dazu führt, dass die Grundlinien unserer Außen- und Sicherheitspolitik durch EU und NATO entschieden werden und häufig nicht deutschem Interesse dienen […]*
> *Die Wiederherstellung der außen- und sicherheitspolitischen Souveränität Deutschlands. Deutschland muss seinen Kurs der Unterwerfung unter die Interessen raumfremder Mächte beenden und sich seiner nationalen Identität wieder bewusst werden. […]*

[1514] Bochmann, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 01.10.2023, Kanal: „René Bochmann", abgerufen am 09.10.2023.

Über 30 Jahre nach der Wiedervereinigung Deutschlands und fast 80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Souveränität Deutschlands herzustellen.“[1515]

Auch Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) unterstellte der Bundesregierung in seinem Redebeitrag auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 28. August 2022 in Magdeburg (ST), auf Anweisung der USA und der EU die Freiheit der Deutschen *„vernichten“* zu wollen, um Deutschland im Interesse ausländischer Mächte damit *„kleinzuhalten“*, und bezeichnete die etablierten Parteien in diesem Rahmen als *„Helfershelfer der Deutschlandplünderer“*. Die AfD präsentierte Tillschneider als einzige Rettung vor einer *„Plünderung“* Deutschlands und verglich die Bundesregierung in diesem Zuge mit Hitler, indem er die AfD in eine Reihe mit Stauffenberg stellte:

„Unser heutiger Parteitag findet am Vorabend eines großen Raubzuges statt. Die Räuber sitzen in Washington und in Brüssel, ihre Handlanger in Berlin und Magdeburg. Über eine Explosion, über eine Explosion der Energiepreise soll der letzte Rest an Wohlstand, der uns noch geblieben ist, abgesaugt werden. Die Europolitik, die Klimapolitik, die Coronadiktatur und jetzt die Russlandsanktionen - all das hatte und hat zumindest immer auch einen Zweck: die deutschen Bürger verarmen, unsere Freiheit vernichten, Deutschland klein halten. Und die AfD ist die einzige relevante politische Kraft, die noch Widerstand leistet. Wir sind die einzigen, die Deutschland verteidigen. Was 1813 ein Blücher und ein Körner war, was 1871 ein Bismarck war und was 1944 ein Stauffenberg war, das ist 2022 die AfD. Auf unseren Schultern lastet die deutsche Sache! […] Ob CDU, FDP, SPD, Grüne oder Linke - sie sind alle gleich, sie sind die Helfershelfer der Deutschlandplünderer und wir sind die einzigen, die ihnen einen Strich durch ihre Rechnung machen wollen und deshalb hassen sie uns und grenzen uns aus. […] Unser Partner, das ist der Widerstand in all seiner Vielseitigkeit und seinem Facettenreichtum. Ich reiche jedem, der in diesen Tagen gegen das Altparteiregime der Deutschlandplünderer auf die Straße geht, die Hand. Frieden, Freiheit, Wohlstand - an erster Stelle Deutschland!“[1516]

[1515] AfD Brandenburg: Presseinformation „Resolutionen des AfD-Parteitages“, in: www.afd-brandenburg.de vom 23.04.2023, abgerufen am 25.04.2023.
[1516] Tillschneider, Hans-Thomas: Livestream zum Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 28.08.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.08.2022, Kanal: „TEAM HEIMAT – LIVE“, abgerufen am 29.08.2022.

Am 16. September 2022 warf Tillschneider der Bundesregierung im Rahmen der durch seinen AfD-Kreisverband Saalekreis (ST) organisierten Veranstaltung „2. Preußenfest“ die *„bedingungslose Unterwerfung“* Deutschlands unter die USA vor:

> *„Diese sogenannte Bundesregierung unterwirft sich bedingungslos den USA. Um den Herren in Washington sogar noch was besser zu gefallen, beschimpft und beleidigt sie Russland am laufenden Band. So vergiftet die Bundesregierung unser Verhältnis zu Russland. […] Diese Bundesregierung verhält sich wie eine abgetakelte weinerliche Dirne.“*[1517]

Nach der Auffassung Tillschneiders diente die NATO-Gründung nach Ende des Zweiten Weltkriegs zudem in erster Linie der Abgrenzung zu Russland, der Stärkung des US-amerikanischen Einflusses sowie der Unterdrückung Deutschlands:

> *„Zwei Jahre später, 1949, wurde dann die NATO gegründet, von der niemand anders als ihr erster Generalsekretär höchstselbst so treffend gesagt hat, der Zweck sei, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten. Die Amerikaner drinnen in Europa, die Russen draußen, die Deutschen unten. Und das ist bis heute das Programm der NATO. Preußen dagegen, Preußen dagegen bedeutet, dass die Deutschen oben, die Russen drinnen und die Amerikaner draußen sind. Preußen bedeutet: Raus aus der NATO!“*[1518]

In dieser vermeintlich *„antideutschen Politik der Unterwerfung“* unter die USA sieht Tillschneider die *„Zerstörung des Rechts im Namen der Menschenrechte“*:

> *„Das ist seit eh und je die antideutsche Politik der Unterwerfung unter die Mächte, die aus dem Westen hereindrängen. Das ist die Zerstörung des Rechts im Namen der Menschenrechte. Das ist das Regiment des Regenbogens. Das ist der Globalismus, gepaart mit dem Opportunismus und dem ganz individuellen Egoismus deutscher Fürsten und Altparteifunktionären.“*[1519]

In einem Tweet vom 29. September 2022 sprach Tillschneider der Bundesrepublik erneut ab, souverän zu sein:

[1517] Tillschneider, Hans-Thomas: Rede auf dem „2. Preußenfest“ am 16.09.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2022, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider“, abgerufen am 22.09.2022.
[1518] Ebd.
[1519] Ebd.

> *„Überhaupt: Was gehen uns soziale Konflikte im #Iran an? Anstatt uns in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten einzumischen, sollten wir besser dafür sorgen, selbst #souverän zu werden."*[1520]

In einem Facebook-Beitrag aus Januar 2023 bezeichnete er die Bundesregierung zudem als „*Marionetten-Regierung*" und unterstellte dieser, sich als willenlose Akteurin an einer vermeintlich geplanten Provokation Russlands beteiligt zu haben:

> *„Man wollte Rußland so lange reizen, bis es losschlägt, um dann mit dem Finger auf den Aggressor zu zeigen. Allerdings denke ich auch, daß die meisten Angehörigen unserer Marionetten-Regierungen in diese Strategie nicht eingeweiht waren. Wozu auch, wenn sie die ihnen zugedachte Rolle auch so spielen?"*[1521]

Auch weitere hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der AfD stellten die Regierung in ihren Aussagen als fremdgesteuert dar. So verunglimpfte der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) in seinem Redebeitrag auf einer Demonstration am 15. April 2023 in Nürnberg (BY) die Politikerinnen und Politiker der etablierten Parteien als „*Vasallen Amerikas*":

> *„Aber aktuell sehen wir, wer sind die Vasallen? Das ist Baerbock, das ist Merz, das ist Röttgen. Das sind die Vasallen Amerikas, die munter weitermachen und das wird uns ins Verderben führen."*[1522]

Auf einer Demonstration am Folgetag in Cottbus (BB) sprach Chrupalla erneut von einer Steuerung durch fremde Mächte:

> *„Und wer mit den Grünen koaliert auf Bund- oder Landesebene, macht sich gemein mit genau diesen Kriegstreibern, denn sie sind gesteuert, und sie werden bezahlt für ihr schlechtes Tun."*[1523]

Björn Höcke (MdL TH) äußerte in seinem Redebeitrag auf einer Kundgebung am 7. September 2023 in Oranienburg (BB):

> *„Wir Deutschen haben die braune Diktatur hinter uns gebracht und überlebt, wir haben die rote Diktatur überlebt. Wir werden auch die bunte Diktatur überleben.*

[1520] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 29.09.2022, abgerufen am 06.10.2022.
[1521] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 13.01.2023, abgerufen am 16.01.2023.
[1522] Chrupalla, Tino: Redebeitrag auf einer Demonstration in Nürnberg (BY) am 15.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.04.2023, Kanal: „Für Gerechtigkeit", abgerufen am 17.04.2023.
[1523] Chrupalla, Tino: Redebeitrag in Cottbus (BB) am 16.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 19.04.2023.

Wir werden sie besiegen! […] Erst die Umerziehung – versteht mich nicht falsch, Frau Müller vom SPIEGEL ist auch hier. Frau Müller, die Umerziehung hatte vielleicht zu Beginn durchaus auch den Sinn, wirkliche Nazis auf den besseren Weg der Demokratie zu bringen. Das will ich gar nicht in Abrede stellt. Aber man hat das Kind mit dem Bade ausgeschüttet, muss ich so einordnen. Am Ende ging es darum, den Deutschen jeden Nationalstolz auszutreiben. […] Deutschland ist heute im Status eines Landes, das ich als fremdbestimmt einordnen muss. Die Eliten haben nicht nur keine Liebe zu diesem Lande, man hat das Gefühl, sie sind korrumpiert und sie werden aus dem Ausland fremd- und ferngesteuert."[1524]

Auf dem „Deutschlandfest" der AfD Brandenburg am 3. Oktober 2022 in Nauen (BB) warnte der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) in seinem Redebeitrag anlässlich der Wiedervereinigung vor dem „*Ausverkauf und de[m] Niedergang der Deutschen*":

„*[D]er Tag, an dem Kollektivierung, Planwirtschaft, Willkür, Meinungsdiktat und Gängelung in der Deutschen sogenannten Demokratischen Republik überwunden wurden. So glaubten wir. Und heute ist das alles in ähnlicher Gestalt wieder da. Wie damals unterliegen wir wieder einem Willkürregime, das für sich in Anspruch nimmt, nur das Beste für den Menschen zu wollen und zu tun, das Begriffe wie Demokratie, Toleranz, Vielfalt, neuerdings auch Antifaschismus für sich besetzt, aber für den eigenen Machtgehalt, Machterhalt genau das Gegenteil meint. Bei dem nicht das Interesse und das Wohl des eigenen deutschen Volkes im Vordergrund steht, sondern ein links-grünes Regime, dass Deutschland zum Spielball anderer Weltmächte macht und ohne Rücksicht auf unwiederbringliche Verluste den Ausverkauf und den Niedergang der Deutschen in Kauf nimmt.*"[1525]

Auch Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 5. Dezember 2022 auf X (ehemals Twitter):

„*Wir werden von Antideutschen regiert.*"[1526]

Diese Äußerungen zielen darauf ab, die gesamte staatliche Ordnung als von außen oktroyiert und im Kern schädlich für Deutschland darzustellen; regierende Parteien,

---

[1524] Höcke, Björn: Redebeitrag in Oranienburg (BB) am 07.09.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.09.2023, Kanal: „______________", abgerufen am 11.09.2023.
[1525] AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 03.10.2022, abgerufen am 18.10.2022.
[1526] Krah, Maximilian: Tweet vom 05.12.2022, abgerufen am 07.12.2022.

die in dieser parlamentarischen Staatsordnung gewählt wurden und das Volk vertreten, werden als zerstörerische Kräfte diffamiert, die im Interesse anderer Mächte handelten und „*antideutsch*" seien.

Eine grundsätzliche Abwertung der Bundesrepublik Deutschland, die schon die Existenz einer verfassungsmäßigen Ordnung in Frage stellt, betrieb der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete und Anhänger des ehemaligen Flügels Jörg Dornau in einem Facebook-Beitrag vom 6. September 2021, in dem er behauptete, die Bundesrepublik Deutschland habe keine Verfassung:

> *„Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist keine Verfassung, weil sie dem Volk ‚gegeben wurde'"*[1527]

Mit der Formulierung „*gegeben wurde*" knüpft Dornau an Versuche an, das Grundgesetz als eine dem deutschen Volk durch die Alliierten oktroyierte Verfassung zu delegitimieren.

Am 1. Dezember 2022 veröffentlichte der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Dornau die erste Ausgabe seiner kostenlosen Zeitschrift Dornaus WahlkreisPost. Darin stellte er die Souveränität Deutschlands infrage und verunglimpfte die regierenden Parteien als „*Grüne Khmer*". Mit diesem Begriff knüpfte er explizit an die totalitäre und rassistische Staatspartei der Roten Khmer in Kambodscha an, die in den 1970er Jahren durch Hinrichtungen oder Hunger für den Tod von rund zwei Millionen Menschen verantwortlich waren. Die „*Altparteien*" in Deutschland, so der diffamierende Vorwurf Dornaus, seien von einer ähnlich „*tödlichen Ideologie*" durchsetzt:

> *„Doch es gibt Hoffnung: Wenn die Deutschen aus freiem Willen bereit sind, über ihre Geschicke wieder selbstbestimmt zu entscheiden, gibt es niemanden, der sie daran hindern kann. Wann und wo die Souveränität der Deutschen verloren ging, dürfte allen, die bereit sind darüber nachzudenken, schon bald klar werden! […] Manch Älterer mag sich beim Lesen grüner Grusel-Ideen an den puritanischen Agrarsozialismus der ‚Roten Khmer' erinnern, der in der Zeit zwischen 1975-79 etwa einem Viertel des kambodschanischen Volkes das Leben kostete. […] Auch hier sind die Altparteien tief von der tödlichen Ideologie der ‚grünen*

[1527] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 06.09.2021, abgerufen am 17.09.2021.

> *Khmer' durchsetzt, was in der schwarz-grün-roten Regierungskoalition zum Ausdruck kommt."*[1528]

Das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Harald Laatsch stellte im September 2022 auf Twitter (mittlerweile: X) folgende Frage:

> *„Wann wird endlich untersucht, wie deutsche Politiker von US Oligarchen bestochen werden, um dieses Land hinzurichten?"*[1529]

Mit dieser als Frage getarnten Behauptung insinuiert Laatsch, deutsche Politikerinnen und Politiker seien korrupt und wollten Deutschland „*hinrichten*".

Der AfD-Kreisverband Straubing/Bogen (BY) bezeichnete die Bundesregierung im September 2024 auf Facebook u. a. als „*Lakaienregierung aus US Gnaden*":

> *„Sie planen die Zerstörung unserer Kultur hier wieder ein Beispiel das Handbuch für Abschieblinge, damit die sich wehren können, bezahlt und herausgebracht von der Lakaienregierung aus US Gnaden*
> *Sie setzen den Verfassungsschutz gegen uns ein*
> *Sie setzen die öffentlich-rechtlichen Medien gegen uns ein*
> *Sie setzen Justiz und Polizei gegen uns ein*
> *Sie tun alles um die einzige Opposition in diesem Land zu schwächen und vermutlich werden Sie alles tun um unsere Partei zu verbieten."*[1530]

Mit den aufgeführten Äußerungen wird die Souveränität der Bundesrepublik pauschal in Abrede gestellt. Die Behauptung einer angeblichen Fremdsteuerung durch klandestine Akteure spricht der Bundesrepublik Deutschland eine funktionierende repräsentative Demokratie ab. Es wird suggeriert, die Regierenden seien eben nicht die Vertretenden des Volkes, sondern von außen eingesetzte oder von außen gesteuerte Handlanger fremder Interessen. Damit werden die parlamentarischen Entscheidungen als undemokratisch und illegitim verunglimpft. Die Äußerungen zielen darauf ab, das Vertrauen in die Unabhängigkeit und Funktionsfähigkeit der parlamentarischen Staatsgewalt als Teil der verfassungsmäßigen Ordnung grundlegend zu erschüttern.

[1528] Dornau, Jörg: „Dornaus Wahlkreis-Post", Ausgabe 01.
[1529] Laatsch, Harald: Tweet vom 25.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
[1530] AfD Kreisverband Straubing/Bogen: Facebook-Eintrag vom 04.09.2024, abgerufen am 28.10.2024.

b. Inabredestellen der Pressefreiheit

Im Zuge der Infragestellung der staatlichen Souveränität wird wiederholt unterstellt, es gebe keine Pressefreiheit, sondern die Medien würden durch die Regierung bzw. durch außenstehende Mächte gesteuert.

Eine entsprechende Haltung brachte etwa Björn Höcke (MdL TH) in seiner Wahlanalyse zur Bundestagswahl 2021 zum Ausdruck, indem er die medialen Methoden des vormaligen US-Präsidenten Trump als Vorbild darstellte und sich für Deutschland ebensolche Sender wünschte, die der AfD zur Macht verhelfen sollen:

> *„Es gibt in Deutschland keine Radio- und Fernsehsender, die als notwendige Gegenmacht gegen die zwangsfinanzierten Staatssender auftreten könnten, um unseren Weg zu unterstützen und ihm Gehör zu verschaffen. Präsident Trump wäre ohne Fox-News nicht möglich gewesen. Ebenso wird die AfD ohne starke Medien einen Durchbruch nicht schaffen können."*[1531]

Der AfD-Ortsverband Göppingen (BW) hat diese Wahlanalyse mit *„[v]ollste[r] Zustimmung"* weiterverbreitet.[1532]

In einem Beitrag auf Facebook vom 12. Mai 2022 diffamierte der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Eugen Schmidt (NW) staatliche Repräsentantinnen und Repräsentanten als *„Altparteienkartell"* und unterstellte eine *„politische Zensur"* sowie die Instrumentalisierung einer *„regierungshörigen Lobbypresse"*.[1533]

Bereits im März 2022 – also kurz nach Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine und ungeachtet der nochmals verschärften innerrussischen Repressionsmaßnahmen gegen die dortige Presse- und Meinungsfreiheit – stellte Schmidt in russischen Medien Deutschland als undemokratischen Unrechtsstaat dar, in dem Andersdenkende unterdrückt und verfolgt würden. Er äußerte in einem Interview mit dem russischen Radiosender Komsomolskaja Prawda:

> *„Es gibt keine Demokratie in Deutschland, d.h. es wird eine einheitliche Meinung aufgedrängt, und zwar von der regierenden Elite und alle anderen politischen Meinungen werden mit allen möglichen Mitteln unterdrückt: Im Internet, in den*

[1531] AfD OV Göppingen: Facebook-Eintrag vom 29.09.2021, abgerufen am 01.10.2021.
[1532] Ebd.
[1533] Schmidt, Eugen: Facebook-Eintrag vom 12.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.

> *Medien, unter anderem auch durch körperliche Übergriffe auf Andersdenkende.“*[1534]

Zudem negierte er im russischen Fernsehen die Existenz der Presse- und Meinungsfreiheit nach Artikel 5 GG in Deutschland:

> *„Die Medien werden in Deutschland selbstverständlich komplett von der Regierung kontrolliert. Alternative, oppositionelle Meinungen sind nicht vertreten.“*[1535]

Am 9. September 2024 teilte der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel auf X ein kurzes Video mit eigenen Aussagen zum Thema Pressefreiheit. Darin beklagt er eine vermeintlich gegen die AfD *gerichtete „Doktrin der Öffentlich-Rechtlichen und auch der Privaten*“, die u. a. von Staatsaufträgen abhingen. In der Folge müsse sich die AfD *„freien Medien*“ zuwenden und vor allem ihnen Zugänge gewähren. In seinem Tweet äußerte er:

> *„Die sogenannte ‚Qualitätspresse‘ kennt nur eine Marschrichtung, wenn es um die AfD geht. Was ärgert sie noch mehr als die blaue Partei? Medien, die ohne #Zwangsbeitrag eine andere Sicht auf die Dinge präsentieren.*
>
> *#GEZ #rundfunkbeitrag #AUF1 #freilich #compact #jungefreiheit“*[1536]

Weiterhin führt er in dem im Tweet eingebetteten Video aus:

> *„Das ist die Doktrin der Öffentlich-Rechtlichen und auch der Privaten, die ja über Gelder von Staatsaufträgen, Werbeeinnahmen abhängig sind. Die freien Medien sind das Scharnier in die Öffentlichkeit und umgekehrt sollten die freien Medien das Scharnier sein in unser Parteileben. Das heißt, ich kann mich gut damit anfreunden, mit dem Gedanken, dass unsere Interviews, unsere Originaltöne, unsere Reportagen über unsere Partei und unsere Sachpolitik eher von den freien Medien dargestellt wird, als von der Qualitäts… sogenannten Qualitätspresse, die uns eigentlich nur in die Pfanne haut.“*[1537]

[1534] ARD: „Kontraste: Putins Propaganda im Bundestag“ vom 10.03.2022, in: www.ardmediathek.de, abgerufen am 11.03.2022.
[1535] Ebd.
[1536] Weyel, Harald: Tweet vom 09.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[1537] Weyel, Harald: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 09.09.2024, Kanal: „Prof. Harald Weyel“, abgerufen am 24.09.2024.

Weyels Pauschalkritik unterstellt daher nicht nur eine staatliche Steuerung von öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, sondern auch von Privatmedien und zeichnet damit das Bild einer insgesamt unfreien Presselandschaft.

Der sächsische Bundestagsabgeordnete René Bochmann teilte am 11. November 2023 auf Facebook einen Beitrag von David Bendels, dem Herausgeber und Chefredakteur des Deutschland-Kuriers, mit folgendem Inhalt:

> *„Horror-Horden krimineller Migranten marodieren brandschatzend durch unsere Städte, nahezu täglich ertragen wir Meldungen über Migranten-Messermorde und Gruppenvergewaltigungen; links-‚grün'-woke Sozialspastiker und bildungsresistente Intelligenzallergiker rufen zeitgleich offen zur Abschaffung der deutschen Nation auf. Und DER SPIEGEL fordert ein Verbot der AfD! Logisch, oder?"*[1538]

Bochmann selbst schrieb hierzu:

> *„Hier ein weiterer Grund, um sich von den Systemmedien abzuwenden, hin zur Realität. Deshalb Deutschland Kurier statt Spiegel!"*[1539]

Zwar äußert Bochmann im ersten Teil seines Beitrags nur Kritik an einem einzelnen Presseerzeugnis, was verfassungsschutzirrelevant ist. Mit der anschließenden Forderung, sich generell von „*den Systemmedien*" abzuwenden, wird jedoch deutlich, dass es ihm nicht nur um ein einzelnes Publikationsmedium geht, sondern die deutsche Medienlandschaft insgesamt als „*Systemmedien*" diffamiert werden soll.

Der hessische Landtagsabgeordnete Dimitri Schulz verglich das Programm öffentlich-rechtlicher Sender in einem Facebook-Post mit *„einer politischen Umerziehungssendung aus totalitären Regimen".*[1540]

In einem Facebook-Beitrag vom 11. Dezember 2021 nahm Karsten Hilse Bezug auf ein Zitat[1541] des ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten Tobias Hans bei der TV-Sendung Maybrit Illner und warf in diesem Zusammenhang den „*Propagandamedien*" vor, sie bejubelten „*Parolen wie in den 30er Jahren*".[1542]

[1538] Bochmann, René: Facebook-Eintrag vom 11.11.2023, abgerufen am 14.11.2023.
[1539] Ebd.
[1540] Schulz, Dimitri: Facebook-Eintrag vom 07.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1541] „Es ist wichtig, den ungeimpften eine klare Botschaft zu senden: Ihr seid jetzt raus aus dem gesellschaftlichen Leben."
[1542] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 11.12.2021, abgerufen am 15.12.2021.

Dennis Hohloch (MdL BB) äußerte auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 6. April 2024:

> *„Diese Partei [Anm.: SPD] und dieser Rundfunk, die das Tag für Tag tun, haben keine Überzeugungen. Davon bin ich überzeugt. Sie betreiben Machterhalt und sie nutzen dabei jedes Mittel, das ihnen in die Hände kommt. Sie nutzen den Inlandsgeheimdienst, um ihn auf unschuldige Bürger loszuschicken. Sie nutzen die Macht über ihren Einfluss im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, um Andersdenkende zu stigmatisieren. Und, meine Damen und Herren, Sie haben aus unserer Demokratie einen Parteienstaat gemacht. Und diesen Parteienstaat lehne ich grundsätzlich ab. […]*
> *Wir müssen diesen Parteienstaat abschaffen und es schaffen, dieses Land wieder nach vorne zu bringen."*[1543]

Der ehemalige schleswig-holsteinische Landtagsabgeordnete Claus Schaffer kommentierte am 26. August 2022 den Umstand, dass die Landesrundfunkanstalten der ARD die Winnetou-Filme vorerst nicht mehr ausstrahlen werden, und zog anlässlich dessen einen Vergleich zur Bücherverbrennung durch die Nationalsozialisten im Jahre 1933:

> *„Der Öffentlich-Rechtliche- Rundfunk ergibt sich dem Trend der ‚Bücherverbrennung 2.0'."*[1544]

Im Rahmen einer Demonstration am 24. Juli 2022 unterstellte der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber der Presse, die er als *„gleichgeschaltete Kartellpresse"* verunglimpfte, lediglich der *„Agenda der Herrschenden"* zu folgen und Propaganda zu betreiben, während kritische Stimmen verfolgt und ausgeschlossen würden:

> *„Wo Millionen Bürger sich nicht mehr trauen, kritische Themen anzusprechen, ohne gesellschaftlich mit allen totalitären Mechanismen dieser staatlich alimentierten Denunziantenrepublik im Kulturkampf gegen Rechtstaatlichkeit und Rechtschaffenheit, also kurz gesagt: der ewige Kampf gegen rechts, als Staatsfeind gebrandmarkt werden und vollkommen ausgeschlossen werden. […] Es*

[1543] Hohloch, Dennis: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 06.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 06.04.2024, Kanal: „Björn Banane", abgerufen am 08.04.2024.
[1544] Schaffer, Claus: Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 29.08.2022.

waren nämlich in den letzten zwei Jahren totalitäre Mechanismen und Maßnahmen, die unser aller Grundrecht, das Demonstrationsrecht ad absurdum getrieben haben, während die linksterroristische ANTIFA, die rassistische Blackpower-Bewegung – kurz: Black Lives Matter – und die konformen Hedonisten der LGBTQ-Bewegung hier absolute Narrenfreiheit genießen! Sie sind ja Handlanger der Herrschenden Germanophobie, also der Auflösung alles Deutschen, der Kultur, der Nation, der Sprache und sie fungieren natürlich als Katalysator der schwarz-rot-grünen Deutschen-Feinde. […] Aber im Transformationsprozess gen allerbestes Deutschland aller Zeiten sind und waren diese Maßnahmen natürlich nicht dafür da, die Bevölkerung vor einer Grippe zu schützen, von der 99 Prozent der Infizierten wieder genesen sind, sondern zu schauen, wie leidensfähig und manipuliert dieses Volk auch die Aushebelung der Demokratie gen Postdemokratie beklatschen wird. […] Aber auch das ist ja nichts Neues im besten Deutschland aller Zeiten, wo die quasi gleichgeschaltete Kartellpresse immer der Agenda der Herrschenden folgt […] mit all ihren staats- und kulturzersetzenden Folgen für uns Einheimische gebetsmühlenartig mit den perfektionierten Propagandamechanismen aus zwei vergangenen sozialistischen Diktaturen im digitalen Zeitalter herunterbetet und die Kritik der Regierung oder die Kritik an der Regierung besser gesagt als Blasphemie erklärt. […] Man rettet und verteilt das Steuergeld im Weltretter-Wahn und der kollektiv-historischen Zwangsneurose an den Rest der Welt und vergisst mit voller Absicht das eigene Volk, die eigenen Deutschen, seine Nächsten. Die Herrschaft der Schlechtesten in Deutschland hilft allen Völkern auf dieser Welt aufopferungsvoll und mit ewigem historischen Schuld-Kult überweist gerne mal 10 Milliarden deutsches Steuergeld nach Indien aus vermeintlichen Klimaschutzgründen und lässt die eigenen Bürger im zerstörten Ahrtal alleine, um wiederum von Indien überteuertes Gas und Öl zu kaufen, welches diese wiederum aus Russland beziehen! Das ist die Idiotenherrschaft in Deutschland in Reinform, meine Damen und Herren."[1545]

Weber verkehrt hier die Aufarbeitung und die aus der NS-Vergangenheit gezogenen Lehren ins Negative, indem er sie in den Kontext einer vermeintlichen Vernachlässigung bzw. der willentlichen Schädigung des deutschen Volkes setzt und diffamiert die

[1545] Weber, Marvin: Rede in Paderborn (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.07.2022, Kanal: „Marvin Weber“, abgerufen am 27.07.2022.

Medien allgemein als „*Kartellpresse*“, die der Agenda der Regierung folge und keinen offenen Diskurs mehr ermögliche. Er spricht sowohl den etablieren Parteien wie aber auch den Medien ihr Existenzrecht ab, indem er sie als vollständig dysfunktional diskreditiert.

Die vorstehenden Äußerungen zielen in ihrer Gesamtschau und im Kontext mit den Behauptungen, Deutschland sei nicht souverän, darauf ab, etablierte Medien (insbesondere die öffentlich-rechtlichen) grundsätzlich als nicht verlässliche Informationsquelle zu diskreditieren. Die Aussagen legen den Schluss nahe, übliche Medien seien weder vertrauenswürdig noch sollten sie in den eigenen Meinungsbildungsprozess einbezogen werden. Sie stellten vielmehr nur den verlängerten Arm staatlicher Institutionen dar, die sich verschworen hätten, fremde über deutsche Interessen zu stellen, und ohnehin weder willens noch in der Lage seien, kohärente, demokratisch legitimierte Entscheidungen im Sinne des deutschen Staatsvolkes zu treffen. In ihrer Gesamtheit erzeugen die Äußerungen eine Atmosphäre tiefster Verunsicherung, wem überhaupt noch getraut werden kann. Durch die behauptete staatliche Steuerung der etablierten Medien würden in einem totalitären Sinne der für demokratische Systeme essenzielle Meinungspluralismus und in der Folge eine qualifizierte politische Meinungsbildung verwehrt. Als einzige Partei, die die Wahrheit ausspreche und Lösungen für gesellschaftliche Probleme bereithalte, werde die AfD deshalb medial und politisch unterdrückt.

Das von der AfD gezeichnete Bild, wonach Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ordnung öffentlich-rechtliche und etablierte private Medien in einem totalitären Sinne instrumentalisierten, um die Interessen der herrschenden Eliten durchzusetzen, verneint letztlich den demokratischen Charakter der Bundesrepublik Deutschland insgesamt. Die aufgeführten Aussagen gehen deshalb über einen bloßen Beitrag im Rahmen des pointierten politischen Meinungskampfs insoweit hinaus, als sie in ihrer verunglimpfenden Pauschalisierung darauf ausgerichtet sind, demokratische Institutionen und Strukturen selbst fundamental in Frage zu stellen, und deshalb gegen das Demokratieprinzip als solches verstoßen.

c. Nutzung von Begriffen wie „Systempartei“, „Kartellpartei“, „Blockpartei“

Eine Verunglimpfung des Staates kann etwa dann vorliegen, wenn mit Ausdrücken wie „Systemparteien“ oder „Kartellparteien“ wesentliche Bestandteile der verfassungsmäßigen Ordnung diffamiert werden.[1546] So stellte das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei fest:

> *„Die anderen Parteien, von Hitler ständig als ‚Systemparteien' verächtlich gemacht, werden heute mit der gleichen Beharrlichkeit als ‚Lizenzparteien‘ und 'Monopolparteien' bezeichnet, die Regierung als ‚Lizenzregime' herabgesetzt; statt ‚Erfüllungspolitiker' heißt es heute ‚Erschöpfungspolitiker', statt ‚Plutokraten‘ ‚Lumpokraten', statt ‚Novemberverbrecher' ‚Landesverräter'.“*[1547]

Auch das Bundesverwaltungsgericht hat bezüglich der Nutzung von Begriffen wie „Kartellparteien“ bereits festgestellt, dass sie Anhaltspunkte für gegen das Demokratieprinzip gerichtete Bestrebungen sind, da sie den anderen Parteien im Grunde unweigerlich ihre Existenzberechtigung und die Möglichkeit eines gleichberechtigten Miteinanders für eine definierte Dauer absprechen; damit wird das Mehrparteiensystem als ein Grundpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Zweifel gezogen.[1548]

Der Begriff hat auch eine abwertende Bedeutung, da er impliziert, die Parteien agierten aus egoistischen Interessen heraus und nicht als Sachwalter für Bürgerinteressen und wirkten zudem kollusiv zu Lasten neuer Parteien – namentlich der AfD – zusammen. Überdies besitzt der Begriff „Kartell“ eine negative Konnotation, da damit Zusammenschlüsse des organisierten Verbrechens oder illegale Zusammenschlüsse in der Wirtschaft assoziiert werden. Den als solche bezeichneten Parteien wird damit ihre Legitimität abgesprochen.

Auch durch die Bezeichnung als „Blockparteien“ kommt eine entsprechende Diffamierung zum Ausdruck, da dies auf die Parteien in der DDR Bezug nimmt, die neben der SED keine echte Opposition ausüben und keine echte Alternative bieten konnten. Hiermit soll das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik Deutschland

---

[1546] Vgl. BVerwG, Beschl. v. 25.03.1993, 1 ER 301.92, juris, Rn. 34.
[1547] BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, NJW 1952, 1407.
[1548] Vgl. hierzu BVerwG, Beschl. v. 25.03.1993, 1 ER 01.92, juris, Rn. 34; BVerwG, Gerichtsbescheid v. 06.08.1997, 1 A 13.92, juris, Rn. 5.

mit dem der DDR gleichgesetzt und so als undemokratischer Unrechtsstaat dargestellt werden.

Entsprechende Begriffe werden durch Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der AfD regelmäßig genutzt.

So bezeichnete beispielsweise Björn Höcke in seiner Rede am 13. September 2021 auf der PEGIDA-Veranstaltung in Dresden die Bundesrepublik Deutschland als auf dem Weg zu einem „*sanften Totalitarismus*“ befindlich und sprach von „*Kartellparteien*“. Den Aufbau der freiheitlichen Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg diffamiert Höcke als von außen „*aufgezwungen*“ und bloßes Mittel für die Einflussnahme durch die USA:

> *„Dieses Land ist keine Demokratie mehr. Wir sind in einem Übergangsstadium Richtung einem sanften Totalitarismus. Die Kartellparteien haben das Land heruntergewirtschaftet […] Und gleichzeitig arbeiten sie daran, dieses globale Establishment und seine Dienstklasse hier in der Bundesrepublik Deutschland, die Kartellparteien, allmählich einen Überwachungsstaat aufzubauen. Sie [die USA] marschieren ein, sie zerstören, sie besiegen, sie besetzen, dann wird die Regierung des besetzten Landes beseitigt und dem Land wird eine neue Regierung aufgezwungen, eine neue Staatsform aufgezwungen. Meistens eine sogenannte parlamentarische Demokratie, eine Herrschaftsform, eine Staatsform, die man von außen wunderbar kontrollieren kann. […]*
>
> *Liebe Freunde, wir kennen dieses Vorgehen und diese Einschätzung der Amerikaner in Afghanistan auch aus der deutschen Geschichte. Nach dem Zweiten Weltkrieg, da sollten auch wir umerzogen werden. Und diese Umerziehung war eine wissenschaftlich-psychologisch geplante Maßnahme, ein wissenschaftlich exakt geplantes, psychologisch ausgeklügeltes Verfahren und Programm“.*[1549]

Am 29. März 2022 trat Björn Höcke (MdL TH) auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg in Prenzlau (BB) als Redner in Erscheinung. In seiner Rede sprach er von einer „*Plandemie*“, womit er suggerierte, dass die COVID-19-Pandemie Teil eines übergeordneten Plans der Regierung sei, dem angeblich die Demokratie in Deutschland zum Opfer gefallen sei, und bezeichnete das „*politische Establishment*“ als „*Kartell*“:

[1549] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der PEGIDA-Veranstaltung in Dresden (SN) am 13.09.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.09.2021, Kanal: „Für Heimatliebe & Gerechtigkeit“, abgerufen am 14.09.2021.

> *„Und ich muss vor allen Dingen zu Beginn noch mal zu Corona reden, weil der Klabautermann in Berlin mit der mit der Plandemie ja immer noch nicht fertig ist. […] Hinter dieser Pandemie steckt der Ansatz einer Plandemie. Und dann wurde die heilige Inzidenz geboren. Die heilige Inzidenz, der alles geopfert wurde, unsere wirtschaftliche Wohlfahrt. Unsere Demokratie wurde geschreddert. Unser Rechtsstaat wurde geschreddert, unsere Freiheit wurde uns genommen. […] Dieses politische Establishment, das zu einem Kartell zusammengewachsen. Alle Teilnehmer wollten diese Pandemie nutzen und haben das in den vergangenen zwei Jahren auch gemacht. […] Und wenn ein Klabautermann an dieser Gentherapie festhält und weiter Werbung für die Pflichtimpfung macht, dann tut er das nicht, weil er sich um eure Gesundheit sorgt. Er macht das nicht, weil er die Volksgesundheit irgendwie [Unverständlich], er macht das, weil er weiß, dass er damit die Zahl darüber bekommt, wie viele Oppositionelle im Land es gibt und wieviel Regierungstreue es im Land gibt […]. Die Spritze ist nichts anderes als ein Zeichen für Regierungstreue, aber sie schützt euch nicht vor Erkrankungen.“*[1550]

In seiner Rede zum Wahlkampfabschluss der AfD Thüringen im Rahmen des Landtagswahlkampfs am 31. August 2024 in Erfurt (TH) verwendete Höcke den Begriff der „*Kartellparteien*“ als zentralen Wahlkampfbegriff. So äußerte er bereits zu Beginn seiner Rede:

> *„Dieser Sicherheitsaufwand […] für den sind die verantwortlich, die dieses Land seit Jahren und Jahrzehnten regieren, die die innere Sicherheit zerfallen lassen und die als Kartellparteien uns als Oppositionspartei in einer Art attackieren, die man als diktatorisch einordnen muss, die uns zum Freiwild gemacht haben, uns medial nicht nur, sondern auch tatsächlich zum Abschuss freigegeben haben.“*[1551]

Höcke erklärte in seiner Rede weiter, der Tag der Landtagswahlen werde eine Zäsur darstellen, die das Ende der „*Kartellparteienherrschaft*“ markieren werde:

[1550] Höcke, Björn: Facebook-Video-Livestream vom 29.03.2022, abgerufen am 30.03.2022.
[1551] Höcke, Björn: Rede auf Wahlkampfveranstaltung in Erfurt am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.08.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 02.09.2024.

„Es kann so sein, dass einmal dieser Tag, dieser 1. September 2024 von Historikern, die die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland einst schreiben werden, als politische Zäsur eingeordnet wird. Es kann sein, dass Historiker in der Zukunft so berichten werden, dass es eine Zeit davor gab und eine Zeit danach. Und die Zeit davor werden sie vielleicht die Zeit der Kartellparteienherrschaft nennen. Ja, Freunde, wir sind unter einer Kartellparteienherrschaft gefangen oder in einer Kartellparteienherrschaft gefangen. Es ist egal, ob ihr schwarz wählt, ob ihr rot wählt, ob ihr grün wählt oder irgendeine andere Farbe wählt. Ihr kriegt mehr EU, ihr kriegt mehr Zahlungen aus Berlin nach Brüssel, ihr kriegt mehr Euro-Rettung, ihr kriegt mehr Multikulti, ihr kriegt mehr Zerfall der inneren Sicherheit, mehr Plünderung der sozialen Sicherungssysteme, ihr kriegt mehr Gendergaga, ihr kriegt mehr Kriegsrhetorik in unerträglicher Art und Weise gegen Russland, das nicht im deutschen Interesse ist, ihr kriegt weniger deutsche Identität, liebe Freunde. Es ist egal, was ihr wählt, ihr kriegt immer weniger Deutschland. Die Kartellparteien lösen unser Deutschland auf wie ein Stück Seife unter einem lauwarmen Wasserstrahl und wir werden morgen diesen Hahn abdrehen."[1552]

Den „*Kartellparteien*" spricht Höcke dabei grundsätzlich die Fähigkeit zur Problemlösung ab, da diese entweder „*transatlantische Vasallenpartei*" seien oder die Wählerinnen und Wähler gezielt täuschten, um ihre „*Multikulturalisierungspolitik*" weiter fortzuführen und einen „*KI-generierten Überwachungsstaat*" zu errichten:

„Und was bieten uns die Kartellparteien an Lösungen an? Sie haben keine Lösung. Sie versuchen uns Schlafsand in die Augen zu träufeln, jetzt zu streuen, jetzt gerade wieder vor den anstehenden Wahlen morgen. Aber ich kann mich erinnern, 2015, 2016 war es nicht anders und ich möchte vor allen Dingen vor der Wahl der CDU warnen, die jetzt hier durchs Land zieht und wieder rechts blinkt und jeder weiß, dass sie links abbiegen wird nach der Wahl. Die hier groß plakatiert ‚Illegale Migration stoppen'. Ja, wer ist denn hauptverantwortlich als älteste Partei, Regierungspartei im Land und im Bund? Es ist die CDU. Das ist keine deutsche Partei, das ist eine transatlantische Vasallenpartei. Ich muss das nicht weiter ausführen. […] Und dann sind die Kartellparteien, und ich war ja nun auch in einigen Talkshows, immer auf der symptompolitischen Ebene unterwegs. Ja, jetzt haben wir das Desaster, dass die Kartellparteien eingerichtet haben. Wir

---

[1552] Ebd.

wissen, die Problemverursacher können niemals die Problemlöser sein. [...] Das Problem ist, dass die Kartellparteien Millionen haben einwandern lassen, die aus archaischen Kontexten kommen, wo das Recht des Stärkeren gilt, wo das Faustrecht und das Messerrecht gilt. [...] Freunde, die Kartellparteien haben das Fundament unseres Staates durch ihre Multikulturalisierungspolitik erodieren lassen. Sie haben unsere über Jahrhunderte gewachsene Vertrauensgemeinschaft mehr oder weniger zerstört. Es hat Jahrhunderte gedauert, bis wir Deutschen als Volk durch viele Konflikte sind wir gegangen. Viele Konflikte mussten wir austragen. Es gelernt haben, gemeinschaftsorientiert zu leben, uns aufeinander zu verlassen und zu vertrauen. Und das ist die Grundlage für Staatlichkeit. Diese Grundlage, dieses Fundament erodiert gerade. Und die Kartellparteien multikulturalisieren und schaffen sich damit die Ursache, um einen KI-generierten Überwachungsstaat aufzubauen. Und da sagen wir als AfD, als freiheitliche Partei, als Partei der freiheitsliebenden Bürger, nicht mit uns!"[1553]

Höcke erklärte, dass es nach seiner Auffassung fundamentale und unveränderliche Unterschiede zwischen der AfD und den „*Kartellparteien*" gebe:

„Ich will am Schluss zwei Prinzipien noch mal kurz einordnen. [...] Das erste Prinzip lautet, Deutschland darf kein Beuteland mehr sein. Deutschland ist unter der Herrschaft der Kartellparteien zum Beuteland geworden. [...] Fast eine Milliarde bezahlen wir an Kindergeld für Kinder von Ausländern, die im Ausland leben. 30 Milliarden Euro für eine Energiewende, die unser Land deindustrialisiert und die Explosion der Preise, der Energiepreise bewirkt. 50 Milliarden bezahlen wir für die illegale Einwanderung. Freunde, summiert das bitte mal auf. 100, 150 Milliarden Euro jedes Jahr für Politik, die nicht im deutschen Interesse ist. Nein, die deutsche Interessen konterkariert und aushebelt und entgegenläuft. [...] Die zweite Prämisse ist, wir müssen uns aus der Fremdbestimmung befreien. Deutschland ist kein selbstbestimmtes Land."[1554]

Abschließend erklärte Höcke:

„Liebe Freunde, der 1. September 2024 kann eine historische Zäsur bedeuten. Er kann dazu führen, dass das Kartellparteiensystem der Bundesrepublik

[1553] Ebd.
[1554] Ebd.

Deutschland implodiert und dass endlich etwas entsteht, was eine wirkliche Demokratie ist.“[1555]

Den Begriff der *„Kartellparteien“* verwendete Björn Höcke auch in seiner Rede auf der Wahlkampfveranstaltung am 13. August 2024 in Suhl (TH).*“*[1556]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 28. September 2024 auf X:

„Ihr habt die ‚anständigen Leute‘ von #CDU und #BSW gezwungen, die Masken fallen zu lassen. Sie delegitimieren sich und damit geht die Herrschaft der Kartellparteien zuende.“

Daniel Haseloff (MdL TH) antwortete am Folgetag darauf:

„In Thüringen wurde das Zwei-Parteien-System offensichtlich. Es gibt nur noch den Kartellblock und die #AfD. Die etablierten Parteien konnten sich damit auf Landesebene noch etwas Zeit verschaffen. Die erste Quittung kommt zur Bundestagswahl.“[1557]

In einer Instagram-Story vom 22. Januar 2024 nannte Beatrix von Storch (MdB, BR und stellvertretende Fraktionsvorsitzende) das Recherchenetzwerk CORRECTIV *„mediale Auftragskiller im Dienste der Kartellparteien“*[1558].

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (seit 2024 MdEP, HH) äußerte im Rahmen der Europawahlversammlung der AfD am 30. Juli 2023 in seiner Rede:

„Das alles ist nicht in unserem Interesse. Und was mich besonders aufregt, das ist die Heuchelei der Kartellparteien, die diese Politik vorantreiben. Sie sind feige, verlogen und gefährlich. […] Denn diese EU ist so tief im woken Sumpf versunken, dass sie als ernstzunehmender außenpolitischer Faktor ausscheidet. Sie suhlt sich in einer Dekadenz, die man bestenfalls noch als linksliberale Wohlstandsverwahrlosung bezeichnen könnte.“[1559]

[1555] Ebd.

[1556] Höcke, Björn: Wahlkampfrede in Suhl am 13.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.08.2024, Kanal: „Überzeugungsgamer“, abgerufen am 15.08.2024.

[1557] Haseloff, Daniel: Tweet vom 29.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

[1558] Storch, Beatrix von: Instagram-Story vom 22.01.2024, abgerufen am 23.01.2024.

[1559] Froelich, Tomasz: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung in Magdeburg (ST) am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.08.2023, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 01.08.2023.

Einen vom *„Parteienkartell“* vermeintlich geplanten *„Bevölkerungsaustausch“* bzw. *„Volkstod“* beschwor Tomasz Froelich auch herauf, als er am 26. Juli 2023 einen Fremdbeitrag teilte, der auf das Theaterstück einer afroamerikanischen Feministin verwies. Mit folgendem – zugleich völkischem und fremdenfeindlichem – Wortlaut kommentierte Froelich das angehängte Bild, auf welchem eine Szene des Theaterstücks mit einer nicht-weißen Schauspielerin gezeigt wird:

> *„Bevölkerungsaustausch und Volkstod in einem Bild. Unser Alptraum ist der Traum der Linksglobalisten. Die #AfD kämpft dagegen an, was das Parteienkartell umsetzt.“*[1560]

Auch Daniel Haseloff (AfD-Landesvorstandsmitglied und MdL TH) verwendete die Bezeichnung *„Parteienkartell“* in einem Tweet vom 6. September 2024 anlässlich eines Fremdbeitrags, der die Ablehnung der „Altparteien“ bei der Wahl eines AfD-Kandidaten als Landtagspräsidenten thematisierte:

> *„Die völlige Entkopplung vom Wähler geht weiter. Die Blase der Scheindemokratie des Parteienkartells muss deutlicher zum Platzen gebracht werden. #Brandenburgwahl2024 kann der nächste nötige Nadelstich sein.“*[1561]

Der damalige Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) schrieb am 23. November 2023 in einem Tweet:

> *„Die #BRD ist nach fast 75 Jahren ein Staat, den sich die #Kartellparteien zur Beute gemacht haben. Wir brauchen #Volksentscheide, auch über den Entzug der Alterssicherung für Politiker, die das Land zugrunde richten. #FailedStateGermany“*[1562]

Der hessische Landtagsabgeordnete Frank Grobe betitelte die etablierten Parteien am 1. Juli 2022 als *„gierige Kartellparteien“.*[1563]

Auch die bayerische Landtagsabgeordnete Katrin Ebner-Steiner bezeichnete die etablierten Parteien in einem Facebook-Post vom 2. Juli 2022 als *„Kartellparteien“.*[1564]

[1560] Froelich, Tomasz: Tweet vom 26.07.2023, abgerufen am 26.07.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1561] Haseloff, Daniel: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1562] Beck, Gunnar: Tweet vom 23.11.2023, abgerufen am 29.11.2023.
[1563] Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 01.07.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1564] Ebner-Steiner, Katrin: Facebook-Eintrag vom 02.07.2022, abgerufen am 25.10.2022.

Am 5. Februar 2024 veröffentlichte sie einen Tweet, in dem sie die Bezeichnung erneut aufgriff.[1565]

Ingo Hahn (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, BY) lud am 5. April 2023 anlässlich der Veröffentlichung der jüngsten polizeilichen Kriminalstatistik einen Videobeitrag auf Facebook hoch, in dem er die etablierten Parteien als *„Kartellparteien"* bezeichnete.[1566]

Auch Heiko Scholz (MdL HE und ab Juni 2024 zudem Beisitzer im AfD-Bundesvorstand) sprach in einem Facebook-Eintrag mit Bezug auf *„CDU/CSU, SPD, Grüne[n], FDP und Linkspartei*" von *„Kartellparteien*".[1567]

Martin Böhm (MdL BY) veröffentlichte am 2. Januar 2024 ebenfalls einen Kommentar auf Facebook, dem er einen Bildbeitrag mit folgender Aufschrift anhängte:

> *„Deutschland 2023 Nicht nur an Silvester: Migranten-Mob regiert die Straße, Kartell-Parteien das ganze Land!"*[1568]

Jochen Roos, Landtagsabgeordneter der AfD in Hessen, bezeichnete die etablierten Parteien in einem Gastbeitrag für den Deutschland-Kurier ebenfalls als *„Kartellparteien*".[1569]

Rene Dierkes (MdL BY) schrieb am 24. September 2024 in einer *„Wahlnachlese Brandenburg*":

> *„Altparteienkartell entlarvt sich als Einheitspartei"*[1570]

Der AfD-Kreisverband Hassberge/Rhön-Grabfeld (BY) verkündete am 12. Juni 2024 nach der Europawahl auf Facebook:

> *„Die Hasstriade die jetzt von den Kartellparteien auf uns niedergeht, haben wir uns redlich verdient. Denn sie konnten trotz ihrer kontrollierten Medien, ihrer Milliarden an Steuergeldern, Zensur, ihrer Fake-Demos ‚gegen Rechts' und dem Missbrauch der Justiz, unseren Sieg nicht verhindern. Die wahren Extremisten*

[1565] Ebner-Steiner, Katrin: Tweet vom 05.02.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1566] Hahn, Ingo: Videostatement, veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.04.2023, Kanal: „Prof. Dr. Ingo Hahn MdL", abgerufen am 27.07.2023.
[1567] Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 10.01.2024, ohne Abrufdatum.
[1568] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 02.01.2024, abgerufen am 25.06.2024.
[1569] Deutschland-Kurier „Der Zusammenschluss der Kartellparteien im Hessischen Landtag" vom 06.02.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 06.02.2024.
[1570] Dierkes, Rene: Tweet vom 24.09.2024, abgerufen am 25.09.2024.

> *sind unsere Regierung, sie haben Deutschland an die Wand gefahren und mit voller Absicht ruiniert!"*[1571]

Erika Steinbach, AfD-Mitglied und Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung, schrieb am 19. August 2022 auf Facebook:

> *„Unsere Demokratie verkommt unter Beteiligung des Parteienkartells von CDU/CSU, SPD, Grünen, FDP und Linkspartei zusehends in atemberaubender Geschwindigkeit."*[1572]

Ähnlich äußerte sich der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) in einem Interview mit dem Heimatkurier, das am 12. März 2023 veröffentlicht wurde:

> *„Das herrschende Altparteienkartell hat Deutschland längst als Nation und souveränes Land aufgegeben. Die so verhasste eigene Nationalität wird dem EU-Zentralisierungswahn, dem Primat der Ökonomie, der Fremdenliebe und der Unterwürfigkeit gegenüber fremden Mächten geopfert.*
>
> *Dieser wahnhafte Drang, Deutschland nur noch als Siedlungsgebiet für fremde Völker zu betrachten und dieses überhebliche Sendungsbewusstsein, der ganzen Welt das eigene Übel aufzuzwingen, wird gern mit superhumanistischen Begründungen kaschiert. Aber die Wurzel des Ganzen ist die Verachtung des Eigenen. Auch den Einfluss wirtschaftlicher Akteure auf die etablierte Politik sollte man nicht außer Acht lassen. Es ist pathologisch. Mit einer politischen Leitlinie, die sich einerseits der Selbstverachtung und anderseits einem im wahrsten Sinne des Wortes entgrenzenden Globalismus verpflichtet hat, können die Krisen und die Überfremdung nur zum Normalzustand werden. Und das wird unter diesen politischen Kräften auch so weiter gehen."*[1573]

Über die diffamierende Charakterisierung anderer Parteien als „*Parteienkartell*" hinaus enthalten die Ausführungen Springers zusätzliche Negativzuschreibungen, die darauf abzielen, das Misstrauen in die Integrität des Mehrparteiensystems und damit in die Funktionsfähigkeit der staatlichen Ordnung zu vertiefen. So behauptet er, dass die anderen Parteien die eigene Nationalität hassten, das Eigene gar verachteten, vom

---

[1571] AfD-Kreisverband Hassberge, Rhön-Grabfeld: Facebook-Eintrag vom 12.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
[1572] Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 12.08.2022, abgerufen am 21.09.2022.
[1573] Heimatkurier: „René Springer (AfD): ‚Wir stellen uns dem antideutschen Block entgegen!'" vom 12.03.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. cc.)

krankhaften Drang getrieben seien, der ganzen Welt das eigene Übel aufzuzwingen und Deutschland zum Siedlungsgebiet verkommen zu lassen.

Von einem „*Altparteienkartell*" sprachen auch Dirk Brandes (Beisitzer im Bundesvorstand und MdB, NI) in einem am 15. August 2024 auf Facebook veröffentlichten Videobeitrag[1574] sowie Markus Walbrunn (MdL BY) in einem Tweet vom 9. Juni 2024[1575].

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb in einem Tweet vom 4. Dezember 2023:

> *„Wer nicht zum Kartell gehört, soll verboten werden – namens der Demokratie. [...] Was für eine Verkommenheit!"*[1576]

Die AfD-Landtagfraktion Baden-Württemberg bezeichnete im Oktober 2023 auf Facebook die etablierten Parteien als „*Kartellparteien*" und „*Einheitsparteien*":

> *„Die Altparteien stilisieren sich gern als Freunde Israels und des jüdischen Volkes. So auch bei der letzten Landtagsdebatte, in der sie sich vermeintlich entschieden gegen jeglichen Antisemitismus in Deutschland stellten. Doch was genau soll das bedeuten? Was bekunden die Einheitsparteien...und wie handeln diese am Ende? So viel ist sicher: Dieser Auftritt der Kartellparteien war an Heuchelei schwerlich zu überbieten. Sie überschlugen sich förmlich in Schuldzuweisungen und gerade Grüne und CDU verleumdeten unsere AfD-Fraktion in altbekannter Weise als Partei von Antisemiten. So viel, so gut... aber definitiv nichts Neues im Westen."*[1577]

Anstelle des expliziten Vorwurfs eines „*Parteienkartells*" verunglimpfte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) die Regierungsparteien am 4. Juni 2023 auf Facebook als „*Gemeinschaft von Politgangstern*":

> *„Was die vergrünte CDU unter Merkel begonnen hat, wird von der gegenwärtigen Linksaußen-Regierung konsequent fortgesetzt: Sie brechen deutsches Asylrecht in dem Wissen, dass es niemanden gibt, der sie daran hindern wird. Die deutsche Justiz sowieso nicht und auch von internationalen Institutionen ist kein Widerstand zu erwarten. Der deutsche Wähler wird erkennen müssen, dass die alten*

[1574] Brandes, Dirk: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 15.08.2024, Kanal: „Dirk Brandes – Für Niedersachsen im Bundestag", abgerufen am 16.09.2024.
[1575] Walbrunn, Markus: Tweet vom 09.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
[1576] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 04.12.2023, abgerufen am 05.12.2023.
[1577] AfD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 15.10.2023, abgerufen am 17.11.2023.

> *Parteien sich dazu verschworen haben, unser geltendes Recht mit Füßen zu treten. Wenn er dies nicht akzeptieren will, bleibt ihm nur eine Chance: Die einzige Partei zu wählen, die sich dieser verschworenen Gemeinschaft von Politgangstern entgegenstellt. Auch wenn er nicht mit allem einverstanden ist, was die AfD sagt oder tut – auf eines kann sich jeder Deutsche verlassen: Die AfD wird deutsche Interessen vertreten und geltendes Recht konsequent umsetzen. Immer. Zu jeder Zeit und gegen jeden Widerstand.*“[1578]

Lindemann spricht hier allen Parteien außer der AfD die Legitimität ab, indem er ihnen unterstellt, sie hätten sich zum vorsätzlichen und fortlaufenden Rechtsbruch verschworen.

Im Nachgang zur brandenburgischen Landtagswahl im September 2024 gab die Co-Bundessprecherin Alice Weidel dem Magazin COMPACT ein Interview, in dessen Verlauf sie – in Anspielung auf frühere, undemokratisch geführte Institutionen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) – alle anderen politischen Parteien als „*Nationale Volksfront*“[1579] bezeichnete. Die Bezeichnung wird offenkundig als Synonym für „*Kartellparteien*“ verwendet und kann zugleich als Anspielung auf den DDR-Begriff „Nationale Front“ verstanden werden.

Am 20. Dezember 2022 beschuldigte Marvin Weber (Kreisverbandssprecher der AfD Paderborn, NW) die öffentlich-rechtlichen Medien, Propaganda für den Staat zu betreiben. Er warf ihnen vor, „*Narrative*“ der Regierung ungeprüft zu übernehmen und zu unterstützen, und verunglimpfte die Regierung zugleich als „*US-Statthalter*“, „*politmediales Verbrecherkartell*“ sowie als „*geistig verwahrloste, dummdreiste, bis masochistische Politelite*“:

> *„Die Ampelregierung der US-Statthalter geben alles dafür, dass Deutschland auf allen Ebenen ausblutet. Der ewige Beifall wird vom Staatsfunk propagiert bis niemand mehr diesen Schwachsinn schaut. Sie werden den ewigen ‚Nazi‘-Popanz ausspielen, bis Deutschland komplett ausgesaugt ist. Der Great Reset ist ihr Ziel. Die Masse ist arglos und scheint geistig wehrlos. Anstatt souverän und selbstbewusst zu handeln, übernimmt man lieber die einfachen Narrative des politmedia-*

[1578] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 04.06.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[1579] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zur Landtagswahl in Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 23.09.2024.

len Verbrecherkartells. [...] Doch es rumort in der Gesellschaft, viele wollen dieses Regime nicht mehr stützen und übernehmen teilweise unwissend AfD-Thesen, weil es der klaren Vernunft entspricht, ohne AfD-Wähler zu sein, da helfen auch keine inszenierten Putsche der Antidemokratin Faeser, die nun ihren Überwachungs- und Denunziantenstaat ausweiten will, um die Demokratie nachweislich zu schädigen. Doch in dieser verlumpten West-DDR und mit dieser geistig verwahrlosten, dummdreisten, bis masochistischen Politelite scheint in diesem Land jede totalitäre Geisteshaltung gegen das eigene Land möglich, umgesetzt zu werden."[1580]

Weber unterstellt der Regierung in seinem Beitrag die vollständige Ausbeutung des deutschen Volkes mit dem Ziel des „*Great Reset*". Aus der Sicht Webers erfährt der Staat dabei Unterstützung durch die Medien, die mit ständigen Beiträgen über die Zeit und Folgen des Nationalsozialismus die Vergangenheit instrumentalisierten, um einem neuen deutschen Selbstbewusstsein entgegenzuwirken und die Wahrnehmung deutscher Interessen zu verhindern. Webers Aussagen verunglimpfen grob Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Regierung und banalisieren die aufklärende Berichterstattung über die Zeit des Nationalsozialismus als „*ewigen ‚Nazi'-Popanz*", also als künstlich erzeugte Schreckgestalt. Damit wiederum geht auch eine Relativierung der NS-Verbrechen und eine Fundamentalkritik an der für das bundesrepublikanische Selbstverständnis enorm wichtigen Geschichts- und Vergangenheitsaufarbeitung nach 1945 einher. Zudem nutzt Weber hier wieder das antidemokratische Bild eines Kartells, indem er ein „*politmediale[s] Verbrecherkartell*" anprangert.

Im Februar 2024 äußerte sich Marvin Weber auf Facebook in vergleichbarer Weise. Er beantwortete eine Interviewfrage zu seiner Haltung in Bezug auf Protestkundgebungen gegen Rechtsextremisten folgendermaßen:

„Die Masse auf den Demonstrationen sind aus meiner Sicht der letzte Hilfeschrei eines politmedialen Kartells, das die Sorgen und Nöte der deutschen Bürger, beispielsweise das Aufbegehren der Landwirte in Form der Bauernproteste, zu unterdrücken und zu verschleiern versucht. Es wirkt wie die inszenierten Proteste der Nachfolgepartei der SED, nämlich der PDS aus dem Jahre 1990, als inszenierte Großproteste zum ‚Kampf gegen den Faschismus' und gegen ‚Rechts' als

[1580] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 20.12.2022, abgerufen am 22.12.2022.

letztes Aufbegehren eines entmachteten Unrechtsherrschaft inszeniert wurden. Die DDR-Staatsdoktrin lässt also grüßen im bunten Deutschland."[1581]

Am 24. November 2022 sprach Wolfgang Pöschl[1582], Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Schwandorf-Cham und Mitglied des Bezirkstags Oberpfalz (BY), auf einem überparteilichen Vernetzungstreffen und sagte:

„Wie kommt es dazu, dass unser Lebensstandard in den letzten Jahrzehnten so dramatisch gesunken ist? Weil wir von einer ideologieverseuchten Räuberbande regiert werden. Lobbyisten der Kartellparteien und vor allem voran der Grünen stopfen sich die Taschen voll, indem sie uns mit Steuern auf Energie CO2 und auf unser Vermögen unser Hab und Gut schleichend enteignen. […] Während euer Bankkonto geplündert wird, fließt das Geld in die Taschen der globalistischen Superreichen, der globalistischen Eliten, wie Klaus Schwab, George Soros, Bill Gates, König Charles III von Großbritannien und so weiter. Und deren korrupten Handlanger wie früher schon Merkel und jetzt unsere rot-grünen Politdarsteller in München, Berlin und Brüssel. […]
Mit allen Mitteln suchen sie nun nach Sündenböcken, um die Schuld am finanzwirtschaftlichen Zusammenbruch von sich abzuwenden. Die Zerstörer der freiheitlichen wirtschaftlichen und politischen Ordnung des Westens, die unermesslichen Reichtum gesammelt haben, wollen jetzt ihrer Verantwortung entkommen. […] Wir lassen uns von den Lügen dieser Gauner nicht mehr irreführen! Zum Teufel mit ihnen! […] Das haben wir übrigens auch den korrupten, verlogenen Rundfunkmedien zu verdanken. Um ihre Macht und ihr durch Unrecht gerafftes Geld vor einem Crash wie 1929 zu schützen, wollen die Profiteure eine neue Ordnung der Welt und des Wirtschaftssystems den Menschen auferlegen. In einer unheiligen Allianz mit machtgierigen Neomarxisten wollen die globalen Spieler ihre Macht in einer globalen, totalitären Herrschaft sichern, der sogenannten Global Governance. […] Sie haben uns Bürger dabei ausgenutzt und uns unseren Wohlstand genommen. Unsere Freiheit, unsere Demokratie, der Rechtsstaat, unsere Kultur, alles das wollen sie uns nehmen! Jetzt wollen sie uns auch noch eine neue, totalitäre Weltordnung aufzwingen, um uns zu unterwerfen und zu

---

[1581] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 03.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[1582] Gegen Wolfgang Pöschl lief ein Parteiausschlussverfahren, zu dessen Gründen und Ausgang keine Erkenntnisse vorliegen. Pöschl ist Stand Januar 2025 nicht mehr Mitglied der AfD.

knechten. Werdet ihr das wirklich zulassen? Wir sind die große Mehrheit, wir sind bereit, unsere Bestimmung für die Freiheit zu verteidigen. Nach Artikel 20 GG haben wir das Recht und die Pflicht dazu. Stehen wir jetzt gemeinsam auf, nehmen wir unser Schicksal in die Hand und holen wir uns unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung und unsere Zukunft wieder zurück! […] Stoppen wir den globalen Totalitarismus dieser Akteure und Volksverräter!"[1583] [1584]

Pöschl diffamiert die Bundesregierung als „*ideologieverseuchte Räuberbande*", „*Volksverräter*" und „*Lobbyisten der Kartellparteien*", die die deutsche Bevölkerung zum eigenen Vorteil und im Interesse „*globalistischer Superreicher und globalistischer Eliten*" ausbeuteten. Verantwortung für diesen Missstand trügen auch die „*korrupten, verlogenen Rundfunkmedien*". Mit dem Bedrohungsszenario einer „*globalen, totalitären Herrschaft*" spielt Pöschl auf die Verschwörungstheorie des „Great Reset" an, bei dessen Realisierung Deutschland der Verlust von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaat und Kultur drohe.

Es konnten im Beobachtungszeitraum zahlreiche weitere Instanzen festgestellt werden, in denen seitens der AfD und ihrer Politikerinnen und Politiker der Begriff der „*Kartellparteien*" oder Abwandlungen dessen verwendet wurde.[1585] Auch die Begriffe „*Blockparteien*"[1586] und „*Einheitsfront*"[1587] wurden vereinzelt verwendet.

Den aufgeführten Äußerungen ist gemein, dass sie die Parteienlandschaft mit Ausnahme der AfD als illegitim diffamieren. Dabei wird durch die Nutzung von Begriffen

---

[1583] Pöschl, Wolfgang: Redebeiträge des Vernetzungstreffens; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.11.2022, Kanal: „Deutsche Konservative", abgerufen am 28.11.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. dd.)

[1584] Endstation Rechts: „Vernetzungstreffen mit AfD und III. Weg in Ostbayern" vom 28.11.2022, in: www.endstation-rechts-bayern.de, abgerufen am 29.11.2022.

[1585] Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 31.12.2023, abgerufen am 04.01.2024. Storch, Beatrix von: Tweets vom 02.02.2024 und 03.02.2024, abgerufen am 07.02.2024. Storch, Beatrix von: Tweets vom 13.02.2024, 18.02.2024, 24.02.2024, 25.02.2024 und 03.03.2024, abgerufen am 04.03.2024. Storch, Beatrix von: Tweets vom 12.03.2024, 22.03.2024 und 29.03.2024, abgerufen am 03.04.2024. Oehme, Ulrich: Facebook-Eintrag vom 20.02.2024, abgerufen am 23.02.2024. Hilse, Karsten: Interview mit dem Deutschland-Kurier; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.08.2024, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 12.08.2024. AfD Thüringen: Facebook-Eintrag vom 04.09.2024, abgerufen am 24.09.2024. Haseloff, Daniel: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 26.09.2024. Weiß, Thorsten: Tweet vom 23.09.2024, abgerufen am 15.11.2024. Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 28.09.2024, abgerufen am 07.01.2025. Kaufner, Dominik: Tweet vom 30.09.2024, abgerufen am 01.10.2024. Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 13.10.2024, abgerufen am 25.10.2024. Weiß, Thorsten: Tweet vom 17.10.2024, abgerufen am 11.11.2024. Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 20.10.2024, abgerufen am 25.10.2024. Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 25.10.2024, abgerufen am 07.01.2025.

[1586] Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 29.09.2024, abgerufen am 02.12.2024.

[1587] Springer, René: Tweet vom 02.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.

wie „*Kartellparteien*" suggeriert, die (anderen) Parteien seien überhaupt nicht in der Lage, Teil eines freien Meinungsbildungsprozesses und entsprechend demokratischer Abläufe zu sein; damit wird in einer dem Demokratieprinzip widersprechenden Weise schon die Möglichkeit ausgeschlossen, die anderen Parteien könnten auch gleichwertig sein.

d. Gleichsetzung der Bundesrepublik etwa mit dem Nationalsozialismus und der DDR oder allgemein mit einer Diktatur

Die AfD bringt die Bundesrepublik, die Regierung, die etablierten Parteien und deren Vertreterinnen und Vertreter immer wieder mit dem Dritten Reich, Hitler und dem Nationalsozialismus in Verbindung oder vergleicht sie gar damit. Darin liegt neben der schwerwiegenden Verunglimpfung der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik zugleich eine Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Gräueltaten.

Zudem machen Vertreterinnen und Vertreter der AfD die Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ordnung regelmäßig auch durch wiederholte Vergleiche mit der DDR und der Staatspartei SED verächtlich. Dies geschieht sowohl allgemein wie auch unter Bezugnahme auf bestimmte Sachthemen, wie etwa die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie.

Hier werden zunächst die allgemeinen Aussagen dieser Art ausgewertet; im folgenden Unterkapitel e. folgen dann diejenigen Aussagen, die im Zusammenhang mit konkreten politischen Vorgängen stehen.

aa. Gleichsetzungen mit dem Nationalsozialismus

In einem am 26. November 2022 auf Facebook veröffentlichten Video äußerte sich Tino Chrupalla (Co-Bundessprecher und MdB, SN) etwa zum Umgang mit der Symbolik der LGBTQI+-Community im Rahmen der Fußball-WM seitens der FIFA und dem Gastgeberland Katar sowie der anschließenden Reaktion deutscher Politikerinnen und Politiker. Dabei zog er implizit einen direkten Vergleich zwischen der amtierenden Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die eine bunte Armbinde aus Solidarität mit der LGBTQI+-Community trug, und Nationalsozialisten mit Hakenkreuzarmbinde:

„Und Bundesinnenministerin Nancy Faeser stand mit bunter Armbinde auf der Tribüne. Deutsche Regierungspolitiker mit Armbinde. Ich hatte gehofft, dass wir dieses Bild nie wiedersehen müssen.“[1588]

Ebenfalls anlässlich der Debatte um die Fußball-WM in Katar kommentierte das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Thorsten Weiß am 23. November 2022 Faesers Armbinde auf ähnliche Weise in einem Tweet:

„Nach 80 Jahren tragen deutsche Minister im Ausland wieder Armbinde. #OneLove #Faeser“[1589]

Der AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) setzte in einem Facebook-Beitrag vom 29. Juni 2021 die Bundesrepublik Deutschland mit dem NS-Regime und der DDR gleich:

„In beiden deutschen Diktaturen forderten die politischen Machthaber diese Art von Untergebenheit. Geschichte wiederholt sich".[1590]

In einem Facebook-Beitrag vom 4. August 2021 sah Hilse die Bundesrepublik Deutschland bereits auf dem Weg in den „*Totalitarismus*“:

„Die Zeichen, dass sich die Berliner Republik gerade in Richtung Totalitarismus entwickelt, sind unübersehbar. Niemand wird sagen können: ‚Ich habe nichts gewusst‘.“[1591]

Auch Christine Anderson (MdEP, HE) attestierte mehreren westlichen Staaten eine totalitäre Ausrichtung, indem sie am 26. August 2024 auf Facebook eine angebliche Zensur sozialer Medien unterstellte:

„Das Ende einer Demokratie-Simulation? Frankreich inhaftiert den Gründer von Telegram, Pavel Durov. Angeblich im Auftrag der US-Administration. Die EU versucht Elon Musk wegen X mit hohen Strafen zu erpressen. […] Der sog. ‚Werte-Westen‘ lässt seine Masken fallen & dahinter sehen wir die hässliche Fratze des Totalitarismus. Die falschen Eliten setzen alles auf eine Karte. Es geht ihnen um

[1588] Chrupalla, Tino: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, Kanal: „Tino Chrupalla“, abgerufen am 29.11.2022.
[1589] Weiß, Thorsten: Tweet vom 23.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[1590] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.06.2021, abgerufen am 13.07.2021.
[1591] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 04.08.2021, abgerufen am 05.08.2021.

Meinungskontrolle & die Macht über Gedanken & Worte. Wenn sie jetzt gewinnen, leben wir ab morgen in einem feudalen Polizeistaat. Und zwar weltweit. Das dürfen wir niemals zulassen!“[1592]

Darunter veröffentlichte Anderson eine Grafik mit dem Text: „Meinungskontrolle & Gedankenverbrechen: Wie der Westen sich selbst verrät.“

Am 18. Juli 2022 kommentierte der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) den Umgang Faesers mit möglichen Protesten der Bevölkerung im kommenden Herbst und Winter und warf der Ministerin vor, unter einer irreführenden euphemistischen Bezeichnung die Errichtung von Gulags oder Konzentrationslagern zu prüfen:

> *„Die Frau Faeser wird bis dahin alles in Ruhe geordnet haben. Sie wird Meldestellen und Beruhigungsstätten für die darob aufgebrachten Menschen eingerichtet haben. Sie sucht nur noch nach einem gut klingenden Namen, da sie den Begriff ‚Gulag‘ aus nachvollziehbaren Gründen nicht verwenden will. Ich frage jetzt für einen Freund: Werden diese bürgerlichen ‚Beruhigungsstätten‘ für die unzählig vielen asozialen, also aufgewachten ‚Un‘bürger, dezentral in den Bundesländern eingerichtet? Oder zentral irgendwo in unserem Bundesstaat? Verwaltungstechnisch wäre die 2. Alternative sicher die einfachere und kostengünstigere Lösung. Sehr verehrte Frau Faeser, sollten Sie noch Berater für die Organisation oben genannter ‚Beruhigungsstätten‘ benötigen, wenden Sie sich gerne an mich. Ich habe mich zeitlebens mit kommunistischen - auch nationalsozialistischen - Gulags und Konzentrationslager und den damit verbundenen Unrechtsregimen beschäftigt.“*[1593]

Im August 2022 bezeichnete Martin Renner die Bundesrepublik unter der „Ampel“-Regierung mehrfach als *„öko-sozialistische[s] Grüne[s] Reich“.*[1594]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel verbreitete auf seinem Facebook-Account am 23. Mai 2024 anlässlich des 75-jährigen Jubiläums des Grundgesetzes einen demokratiefeindlichen Fremdbeitrag, in dem es heißt:

> *„Da sich heute besonders viele Heuchler und GG-Verfassungsrealitäten-Brecher des Themas medial bemächtigen, mal bitte zurück auf Anfang: ‚Der Staat ist um*

[1592] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.08.2024, abgerufen am 07.01.2025.
[1593] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 18.07.2022, abgerufen am 25.08.2022.
[1594] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 16.08.2022, abgerufen am 25.08.2022. Facebook-Eintrag vom 17.08.2022, abgerufen am 25.08.2022.

> *des Menschen willen da, nicht der Mensch um des Staates willen.' Artikel 1 des Entwurfs, den… #GG"*

sowie

> *„75 Jahre Grundgesetz | Deutschlands faktisches Ein-Parteien-Regime inszeniert Jubelfeiern während die*
> *- prominenten Dissidenten im Gefängnis*
> *- oder im Ausland sitzen*
> *- die einzige Opposition verboten werden soll*
> *- und Regierungskritik ‚unterhalb der Strafbarkeit' vom Geheimdienst verfolgt wird."*[1595]

Abgebildet war im Beitrag zudem ein an den Reichsadler angelehntes Adlersymbol, in welchem anstelle des Hakenkreuzes ein Herzsymbol platziert wurde:



Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka (MdB, BY) veröffentlichte am 22. Februar 2024 auf Telegram eine Grafik mit folgender Aufschrift:

> *„‚1933 darf sich nicht wiederholen!'*
> *Bürger wurden von den Nationalsozialisten diffamiert*
> *Andersdenkende wurden verraten*
> *Die Medien wurden kontrolliert*
> *Meldestellen wurden eingerichtet*
> *Das Volk wurde gespalten*
> *Parteien wurden verboten"*[1596]

[1595] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 23.05.2024, abgerufen am 27.05.2024.
[1596] Protschka, Stephan: Telegram-Beitrag vom 22.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

Dazu schrieb Protschka:

> *„All diese Dinge wiederholen sich heute. Doch es ist nicht die AfD, die dafür verantwortlich ist. Es sind die Sozialisten der SPD und ihre Koalitionspartner, die Grünen und die FDP. Wir sind nicht das Problem, wir sind die Lösung!*
> *Deshalb überlege dir gut, mit wem und wogegen du auf die Straße gehst. Denn 1933 ist näher, als du denkst!"*[1597]

Thomas Dietz (MdB, SN) und Carolin Bachmann (MdB, SN) teilten im Mai 2024 auf Telegram einen Beitrag von reitschuster.de, in dem die Verurteilung von Björn Höcke (MdL TH) folgendermaßen kommentiert wurde.

> *„Das Landgericht in Halle, an dessen Fassade der bekannte KZ-Spruch ‚Jedem das Seine' in Reinform prangt, verurteilt AfD-Mann Höcke zu 13.000 Euro Geldstrafe, weil ein Satz von ihm drei Wörter enthielt, die unbekannterweise auch die SA verwendete. Und die bei einer CSU-Frau und bei einem Spiegel-Journalisten keinerlei Konsequenzen hatten. Sollte das Urteil rechtskräftig werden, wäre Höcke damit vorbestraft, weil das Strafmaß bei 100 Tagessätzen liegt. Ab 91 Tagessätzen gilt ein Veurteilter als vorbestraft. Das Gericht machte also eine Punktlandung. Statt einem Rechtsstaat haben wir einen Linksstaat. Viele Richter versuchen nicht mal mehr den Eindruck zu erwecken, neutral zu sei. Das wäre wohl für die Karriere sehr ungünstig im rot-grünen Gesinnungsstaat. Wohin soll das alles noch führen? Was kommt als Nächstes? Internierungslager für ‚Rechte'? Bücherverbrennungen? Scheiterhaufen? Ich meine echte. Virtuell haben wie Bücherverbrennungen und Scheiterhaufen ja schon längst wieder."*[1598] [1599]

Zwar könnten die NS-Vergleiche am Ende des Zitats möglicherweise noch als in die Zukunft gerichtete Mahnung zu verstehen sein. Allerdings spricht Dietz hier bereits jetzt der Bundesrepublik die Rechtsstaatlichkeit ab, woran die NS-Gleichsetzungen anknüpfen.

Der sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse sagte in einer Rede am 19. Juni 2021:

[1597] Ebd.
[1598] Dietz, Thomas: Telegram-Beitrag vom 14.05.2024, abgerufen am 15.05.2024.
[1599] Bachmann, Carolin: Telegram-Beitrag vom 14.05.2024, abgerufen am 15.05.2024.

> „*Gegen das stetige Upgraden unserer Gesellschaft hin zur nächsten Diktatur, zur dann dritten sozialistischen Diktatur auf deutschem Boden, müssen wir hier - und wir tun es - wir müssen Widerstand leisten. Zwei sozialistische Diktaturen auf deutschem Boden sind genug. [...] Und natürlich trägt [...] diese ganze Misere, die wir heute sehen, diese andauernde Freiheitsberaubung, die Einschränkung der Meinungsfreiheit, die Ausgrenzung Andersdenkender - wir werden ja ausgegrenzt - mit teilweise linksfaschistischen Methoden eindeutig Züge eines totalitäres Regimes - ein totalitäres Regime kommt oft, nicht immer, aber oft, zustande, wenn menschenfeindliche Ideologie auf den Gleichmut eines großen Teils der Bevölkerung trifft.*
>
> *Das ist das, was wir heute sehen. Sophie Scholl hat mal gesagt, die große Schicht [...] der Bevölkerung müssen quasi den Mantel der Gleichmut ablegen und sich letztendlich informieren. Das ist das, was unsere Aufgabe heute ist. Wir müssen [...] die Menschen aufklären, dass wir eben auf dem Weg in so ein totalitäres Regime sind“.*[1600]

Durch die Behauptung, Deutschland werde zur nächsten Diktatur entwickelt und die explizite Bezugnahme auf zwei diktatorische Regime in der Vergangenheit, diffamiert Hilse die Repräsentantinnen und Repräsentanten der verfassungsmäßigen Ordnung in demokratiefeindlicher Weise. Seine These untermauert er, indem er behauptet, es würden „*linksfaschistische[r] Methoden*“ und eine „*menschenfeindliche Ideologie*“ angewandt. Die AfD habe – so die Quintessenz dieser Darstellung – heute dieselbe Aufgabe wie die Widerstandskämpfer um Sophie Scholl im Dritten Reich.

Auf dem politischen Aschermittwoch am 22. Februar 2023 in Osterhofen (BY) hielt der bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka eine Rede, in der er wiederholt den amtierenden bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder unter Anspielung auf Adolf Hitler als „*Södolf*“ verunglimpfte.[1601]

Martin Braukmann, Vorsitzender der ersten Kammer des AfD-Bundesschiedsgerichts und seit September 2024 sächsischer Landtagsabgeordneter, verglich den damaligen

---

[1600] Hilse, Karsten: Redebeitrag in Bernsdorf (SN) am 19.06.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.06.2021, Kanal: „Michel Michael Wittwer“, abgerufen am 30.06.2021.

[1601] Protschka, Stephan: Redebeitrag auf dem politischen Aschermittwoch am 22.02.2023 in Osterhofen; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Deutschland Kurier“, abgerufen am 28.02.2023.

Präsidenten des BfV Thomas Haldenwang in einem Facebook-Beitrag vom 26. April 2023 mit dem nationalsozialistischen Reichspropagandaleiter Joseph Goebbels:

> *„Haldenwang wird m.E. immer mehr zum neuen Göbbels. Seine Interpretation des Grundgesetzes wird zum Maßstab erhoben. Alles andere ist rechtsextrem. Widerlich und demokratiefeindlich.“*[1602]

Am 1. Mai 2023 verunglimpfte Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) den Verfassungsschutz in einem Facebook-Beitrag als *„neue Stasi-Behörde“*:

> *„Unsere Junge Alternative Sachen – das sind fleißige, fröhliche, feine junge Leute.*
> *Der Extremismus-Vorwurf der neuen Stasi-Behörde ist absurd, denn selbstverständlich gibt es ein deutsches Volk unabhängig vom Pass, genauso wie es ein französisches, ein jüdisches oder ein polnischen Volk gibt.“*[1603]

Als Reaktion auf die Verhaftung Daniel Halembas (MdL BY) schrieb Gunnar Lindemann (MdA, Beisitzer im Landesvorstand BR) am 30. Oktober 2023 auf X:

> *„Wenn die Regierung mit Methoden, wie es sie 1933 gab, gegen die demokratisch gewählte Opposition vorgeht, weiß man, wie es um die Demokratie in #Deutschland bestellt ist.“*[1604]

Eine ähnliche Gleichsetzung betrieb Lindemann, als er am 18. Januar 2024 auf einen Tweet antwortete, der besagte „Habeck will ‚systematisches Vorgehen der Sicherheitsbehörden‘ gegen AfD“:

> *„Wie 1933, da ging man auch gegen die Opposition vor.“*[1605]

Lindemann unterstellte der Regierung auch am nachfolgenden Tag die Unterdrückung der Opposition und zog dabei den Vergleich zu einer Diktatur. So schrieb er in einem Tweet vom 19. Januar 2024 als Reaktion auf einen tagesschau-Artikel mit der Überschrift „Scholz: Demokratie gegen Rechtsextremisten verteidigen“:

[1602] Braukmann, Martin: Facebook-Eintrag vom 26.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[1603] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 02.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[1604] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 30.10.2023, abgerufen am 06.11.2023.
[1605] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 18.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.

„Die Bundesregierung bekämpft die demokratische Opposition. Wie in einer Diktatur“.[1606]

Auch Martin Renner (MdB, NW) äußerte sich in einem Facebook-Beitrag vom 17. Februar 2024:

„Denkst Du oppositionell, dann wirst Du ausspioniert. Von Bürokraten, die das Werkzeug der Diktatoren sind.“[1607]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) verglich die Politik der etablierten Parteien in einem Facebook-Beitrag vom 30. Mai 2023 mit den Ideologien aus der Zeit des Nationalsozialismus sowie der DDR:

„Die Altparteien haben fertig – und sie wissen es! Ideologien haben unser Land zweimal in den letzten 100 Jahren an den Rand des Verderbens geführt. Und es waren kluge, gefährliche, anfangs undurchschaubare Verführungen. Verglichen mit den plumpen, dümmlichen Entscheidungen der Ampel nehmen sie sich aus wie nach Verständnis heischend.“[1608]

Moosdorf veröffentlichte zudem am 21. November 2023 auf Facebook einen Beitrag, mit dem er das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Haushaltsnachtragsgesetz unter dem Titel „*Ein Hauch von Weimar*“ kommentierte. Darin schrieb er unter anderem:

„Deutschlands Schicksalsmonat November, seit Heines ‚Wintermärchen‘ geschichtsbelastet wie kein anderer, wird zum politischen Grabstein einer Regierung, die es so seit Adolf Nazi niemals wieder gab. […] Dass diese Regierung eine von strukturellen Verfassungsbrechern ist, haben wir nun amtlich. […] Und heute sind sich die Kleptokraten ohne ökonomisches Grundwissen bereits einig: Die Ausrufung einer weiteren Notlage für das Jahr 2023 fortfolgend, soll es richten. […] Auf der Suche nach vergleichbarer Apokalypse muss man bis Weimar zurückgehen. Notstand, Rezession, explodierende Preise, Verarmung, wechselnde Regierungen. In diesem Kontext ist es fast folgerichtig, dass die Verbrecher ihre Kritiker zu verfolgen trachten und die einzige Partei, die ihnen seit ihrem Bestehen den Spiegel vor die Fratze hält, am liebsten verbieten möchten. Aber

[1606] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 19.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
[1607] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.02.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1608] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.

> *keine Angst: Noch ist Thomas Haldenwang kein Hermann Göring. Die Demokratie wird das diesmal überleben – und zwar mit unserer Hilfe!"*[1609]

Damit vergleicht Moosdorf die heutige Bundesrepublik mit der Herrschaft der NSDAP zur Zeit des Nationalsozialismus. Zudem diffamiert er Regierungsmitglieder als *„strukturelle Verfassungsbrecher"* und *„Kleptokraten"*. Dadurch kommt auch das Ziel zum Ausdruck, das Vertrauen in das Mehrparteiensystem zu erschüttern.

Auch die folgenden Beiträge enthalten Vergleiche der derzeitigen Gegebenheiten mit dem Nationalsozialismus und anderen totalitären Regimen:

Der Bundestagsabgeordnete Thomas Dietz (SN) verglich in einem Facebook-Beitrag vom 10. Mai 2023 die Bücherverbrennungen durch die Nationalsozialisten im Jahr 1933 mit den heutigen politischen Zuständen und behauptete, eine vergleichbare Unterdrückung bestimmter Meinungen bestehe weiterhin fort:

> *„Dass ausgerechnet in Deutschland Jahrzehnte nach der Bücherverbrennung Menschen mit ‚falscher' Meinung wieder reihenweise zensiert, schikaniert, entmenschlicht und verhetzt werden, dass Buchhändler wieder Bücher sortieren, um politisch ‚unreine' Bücher aus dem Sortiment zu halten, ist unerträglich. Die Denk- und Verhaltensmuster haben sich leider, anders als erhofft, nur wenig geändert - nur die Erscheinungsformen und vor allem die Lackierung sind andere."*[1610]

Fabian Jacobi (MdB, NW) likte auf X (ehemals Twitter) einen fremden Tweet vom 14. September 2022, in welchem dem amtierenden Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck das Herausgeben eines *„Nero-Befehl[s]"* vorgeworfen wurde.[1611]

Damit wird ein Befehl Adolf Hitlers betreffend Zerstörungsmaßnahmen im Reichsgebiet bezeichnet. Mit dieser „Taktik der verbrannten Erde" sollte Infrastruktur unbrauchbar gemacht werden, damit alliierte Kräfte im Jahre 1945 von einer Übernahme nicht profitieren konnten. In dem Tweet wird damit die vermeintlich bewusste und gewollte Zerstörung von Teilen Deutschlands durch die eigene Regierung angedeutet. Von einer persönlichen Identifizierung mit dem Inhalt des fremden Tweets kann angesichts des „Likes" ausgegangen werden.

[1609] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.11.2023, abgerufen am 22.11.2023.
[1610] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 10.05.2023, abgerufen am 16.05.2023.
[1611] Jacobi, Fabian: Gelikter Tweet vom 14.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

Siegbert Droese (bis 2021 MdB, seit Juni 2024 MdEP, SN) kommentierte in einem Tweet vom 18. September 2023 eine Aussage des CDU-Politikers Roderich Kiesewetter folgendermaßen:

> *„Ist Roderich Kiesewetter (CDU) ein Nazi? Der hatte gestern bei #AnneWill einen denkwürdigen Auftritt. Soviel widerlichen Russenhass hat man in D wahrscheinlich das letzte mal unter Himmlers Rassenkriegern erlebt.“*[1612]

Mit der Anfangsfrage insinuiert Droese, Kiesewetter sei ein Nationalsozialist. Denn im Kontext der übrigen Aussage wird deutlich, dass die Frage keine offene ist, sondern eine rhetorische. Dies zeigt der direkte Vergleich mit Heinrich Himmler, der im NS-Staat die Vertreibung, Verfolgung, Deportation und Ermordung der europäischen Juden organisierte.

Am 3. September 2023 veröffentlichte Droese des Weiteren einen Tweet, in dem er einen Beitrag mit Video von Gesundheitsminister Lauterbach kommentierte:

> *„Und zur freundlichen Erinnerung, die hässliche Fratze des Faschismus unserer Tage.“*[1613]

Am 9. August 2022 warf Marvin Weber (Vorsitzender der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn, NW) der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Telegram einen *„radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur“* vor:

> *„Die 68er-Denkschule und Ihre Agitatoren waren die geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten. Sie und ihre Post-68er-Nachfolger herrschen in ihrem radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur wie ideologisch vernarbte Nazirichter, die tagtäglich noch nach 75 Jahren die Rache an den eigenen Bürgern planen. […] Sie, also die Denkschule dar heutigen Grünen konnten durch die Institutionen marschieren und mit Hilfe von RAF-Terror, historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft ein traumatisiertes und ängstliches Volk in den Wahnsinn treiben und beherrschen. Die Multikulti-Abschaffung zum einen und fatale Abschaffung alles Deutschen durch die, die bis heute den Hitlerkult für ihren ewige Zwangsneurose konstruieren und den Rassismus gegen die eigenen zelebrieren, wird jeden Tag schlimmer. Wir müssen uns von Clans beherrschen, von den eingewanderten Kulturen aus den kriminellsten Regionen der Erde jeden*

[1612] Droese, Siegbert: Tweet vom 18.09.2023, abgerufen am 26.09.2023.
[1613] Droese, Siegbert: Tweet vom 03.09.2023, abgerufen am 05.09.2023.

Tag aufs Neue beglücken lassen und die westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat, schweigt, relativiert, inszeniert mit ihrer Wortakrobatik eine neue Normalität. Was für eine kalte, ideologisch vernarbte Führungsschicht dieses polit-medialen Systems, die immer im Sinne des kultur- und staatszersetzenden Globalismus denkt, aber nie an die eigenen Bürger und diese wie Untertanen behandelt.

Der größte Verrat aber haben die ‚Bürgerlichen' begangen, die sich aus Konformismus, Opportunismus und Machtgier diesem neuen anti-deutschen Totalitarismus nicht nur unterworfen haben, sondern ohne Gegenstimme im Kadavergehorsam diese Doktrin der totalen Zersetzung übernommen haben und bis heute mit ihren Kampf-gegen-Rechts-Gesetzen die eigenen Bürger für Freiwild ihrer Antifa-Schlägertrupps erklären und die Meinungsfreiheit in Feudalherrenart radikal verachten. Die geistigen Erben der Nazis fordern Brandbomben auf Dresden, brennende Deutschlandflaggen, Umvolkung und Kanthölzer gegen den freien Geist. Sie leben das Motto: ‚Alles, alles über Deutschland' und sind idR. zugleich alimentierte Nutznießer dieses Landes und seiner noch deutschen Mehrheitsbevölkerung: Das schlimmste Schmarotzertum auf Erden, die geistig degenerierteste Pöbelherrschaft, die uns Deutsche jeden Tag aufs Neue als Feindbild schärft und in Grund und Boden regiert."[1614]

Weber setzt in seinem Beitrag die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Nationalsozialisten gleich, indem er diese als deren „*geistig-reaktionäre Nachfolger*" und „*geistige Erben*" diffamiert, und macht diesen die Zerstörung der deutschen Kultur zum Vorwurf. So konstatiert er die vermeintliche „*fatale Abschaffung alles Deutschen*" und spricht von „*historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft*" sowie einem „*Hitlerkult*", der zur Förderung einer „*Zwangsneurose*" der Deutschen „*konstruiert*" worden sei, um die Beherrschung und Unterdrückung des deutschen Volkes unter Ausnutzung seiner traumatischen Erfahrungen aus zwei Weltkriegen zu ermöglichen. Auch in diesem Beitrag zeigt sich mithin deutlich eine Verächtlichmachung der deutschen Aufarbeitung des Nationalsozialismus, indem er dieser die Berechtigung abspricht und sie sogar als schädlich darstellt. Darüber hinaus verweist Weber in seinen Ausführungen auf die aus seiner Sicht von der Presse verbreitete „*Germanophobie*", deren Wirkweise

[1614] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.

er mit Antisemitismus gleichsetzt, wodurch letzterer, insbesondere mit Blick auf die Opfer des Holocaust, in erheblichem Maße relativiert wird.

Den anderen Parteien wirft Weber vor, die vermeintlich gegen das deutsche Volk gerichtete, von ihm als „*Doktrin der totalen Zersetzung*" bezeichnete Einstellung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ohne Widerspruch übernommen zu haben. Weber unterstellt den etablierten Parteien zudem ein dem Motto „*Alles, alles über Deutschland*" folgendes und damit explizit gegen die Interessen des deutschen Volkes gerichtetes Verhalten.

Am 20. Juli 2022 wurde auf der Internetseite des AfD-Kreisverbands Wittenberg (ST) ein Artikel unter dem Titel „*‚Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli*" veröffentlicht. Bereits kurz darauf wurde er nach medialer Kritik wieder offline genommen und später in modifizierter Form wieder online gestellt.

Im Originalbeitrag suggeriert der Kreisverband, die Dimension der Vernichtung, die von den etablierten Parteien ausgehe, sei mit den Auswirkungen des Nationalsozialismus vergleichbar, weshalb sich unter Verweis auf die Widerstandskämpfer des 20. Juli die Frage nach einem „*20. Juli 2.0*" stelle und mithin die Frage nach einem legitimen Umsturzversuch gegen die amtierende Regierung:

> *„Aktuell wird die Vernichtung Deutschlands durch die eigenen Bürger betrieben, die grünen Ökosozialisten durch Verblendung bei den Wahlen den Auftrag erteilt haben. Die schwarze Opposition im Lande ist da nicht besser, hat man doch seit Jahren den grünen Fackelmännern, Frauen und anders geschlechtlichen Individuen den Teppich zu Theodore N. Kaufman oder Henry Morgenthau ausgerollt. Wann wird es eigentlich einen 20. Juli 2.0 bei der Truppe geben?"*[1615]

bb.Gleichsetzungen mit kommunistischen Systemen

Auch Vergleiche mit der DDR, der SED oder anderen totalitären Systemen zielen darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in eine funktionsfähige Demokratie als Teil der geltenden verfassungsrechtlichen Ordnung zu unterwandern und letztere als letztlich untauglich ansehen zu lassen.

[1615] AfD Kreisverband Wittenberg: „‚Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli" vom 20.07.2022, in: www.afd-wittenberg.de, abgerufen am 22.07.2022 über archive.today mit Datum 20.07.2022.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) bezeichnete etwa in einem Tweet vom 17. November 2023 die etablierten Parteien als die „*Deutschen Demokratischen Altparteien*“ und schrieb zudem:

> „*Die Verfassungsfeinde sitzen in den Altparteien!*“[1616]

Der AfD-Bundesverband teilte den Beitrag Brandners.[1617]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) schrieb am 23. Juni 2023 auf X (ehemals Twitter):

> „*In #Sonneberg kehrt die CDU Thüringen zu ihren Wurzeln zurück: als Blockpartei der SED. Dagegen hilft nur, #AfD zu wählen.*“[1618]

Zwar bezieht sich die Äußerung konkret nur auf die Partei CDU. Mit der Verwendung des Begriffs „*Blockpartei*“ wird jedoch zum Ausdruck gebracht, dass insgesamt ein der DDR vergleichbares Regime bestehe, in dem eine Partei allein und absolut herrsche und die „*Blockpartei*“ sich diesem Führungsanspruch unterordne.

In einem Tweet vom 17. Mai 2022 betitelte Fabian Jacobi (MdB, NW) die etablierten Parteien im Stadtrat als „*Block der selbsternannten Exklusiv-Demokraten (SED)*“.[1619]

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) veröffentlichte auf Facebook am 10. März 2023 ein Video, in dem er die Personalpolitik des Auswärtigen Amts mit dem „*Kommissar-System*“ der Sowjetunion verglich:

> „*Zum Anderen bedeutet es gleichzeitig auch, so wie es hier die Frau Baerbock in ihren Leitlinien festlegt eine Säuberung. Der Auswärtige Dienst wird gesäubert. Sie sagt ganz klar, neu eingestellt werden nur Menschen mit - also, Gender-Kompetenz und Kompetenz für Diversity und auch innerhalb des Dienstes werden Schulungen diesbezüglich angeboten. Ganz perfide, es wird eine Botschafterin für feministische Außenpolitik installiert und eine Anlaufstelle für eben diese besagte Art der Politik. Nicht nur in allen Abteilungen des Auswärtigen Dienstes sondern eben auch in den Auslandsabteilungen. Das ist nichts anderes als ein Kommissar-System, wie wir es in der Sowjetunion erlebt haben, in der, in der Roten Armee damals. Völlig klar, wer da also ausschert, ´ne andere Meinung hat,*

[1616] Brandner, Stephan: Retweet eines Tweets vom 17.11.2023, abgerufen am 12.12.2023.
[1617] Ebd.
[1618] Krah, Maximilian: Tweet vom 23.06.2023, abgerufen am 26.06.2023.
[1619] Jacobi, Fabian: Tweet vom 17.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.

der kriegt gleich einen Punkt in der Akte und dessen Beförderung ist dann passé. Das ist nichts anderes als eine Säuberung."[1620]

Am 29. Juni 2021 unterstellte Karsten Hilse unter Berufung auf einen unzutreffenden und irreführenden Bericht von Tichys Einblick mit dem Titel „*Bildungsministerium erwägt Sozialpunktesystem nach chinesischem Vorbild für Deutschland*",[1621] im Bundesministerium für Bildung und Forschung planten „*die Erben von Lenin, Trotzki und Stalin*", kommunistische Umerziehungssysteme in Deutschland einzuführen.[1622]

Der seinerzeitige AfD-Wahlbewerber und spätere sächsische AfD-Bundestagsabgeordnete Mike Moncsek (mittlerweile MdL SN) setzte in einer Wahlkampfrede am 19. August 2021 in Stollberg (SN) die Bundesrepublik Deutschland mit der DDR gleich:

> „*Und diese Kommunisten – und ich sag's euch so wie's ist – diese Einheitspartei, die auch heute wieder regiert – alle zusammen, das ist genau die gleiche Situation, die wir '89 hatten. Und wir werden es diesmal selber wieder hier von Sachsen aus machen. Bloß diesmal machen wir's selber. […] Die Sachsen sind schlau. Wir sind diejenigen, die ein ganzes Regime, eine ganze Regierung demokratisch – ohne Waffen, ohne Gewalt – davongejagt haben. Und so wie's Honecker gegangen ist, wird's auch denjenigen gehen, die uns heute auf der Nase rumtanzen*".[1623]

Christine Anderson (MdEP, HE) veröffentlichte am 1. August 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem sie das heutige Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft mit dem zu DDR-Zeiten gleichsetzte:

> „*‚Wir brauchen neue Verschwörungstheorien – die alten sind alle wahr geworden!' Diesen Satz wiederhole ich nun bereits seit der Hochphase der Covid-19 P(L)andemie unablässig, als es jedem klar- und selbstdenkenden Menschen dämmern musste, daß so einiges am gleichgeschalteten Panik-Narrativ der Regierung(en) nicht stimmen konnte. […] Denn jeder mit Durchblick weiß: Die heutige sog. Zivilgesellschaft ist nichts anderes als das mit Steuergeld angefütterte*

[1620] Kotré, Steffen: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 10.03.2023, Kanal: „Steffen Kotré", abgerufen am 17.03.2023.
[1621] Zum tatsächlichen Vorgang vgl. BTDrucks. 19/32218.
[1622] Hilse: Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.06.2021, abgerufen am 13.07.2021.
[1623] Moncsek, Mike: Redebeitrag in Stollberg (SN) am 19.08.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2021, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation", abgerufen am 20.09.2024.

politische Vorfeld der Regierungs- und Altparteien. Durchsetzt mit staatlich finanzierten Vereinen, Bündnissen, Medienschaffenden und NGOs ist dies nichts anderes als das, was einst in der DDR die Massenorganisationen der SED waren: Kettenhunde und Speichellecker des Establishments. Wer hier ernsthafte Aufklärung erwartet, dem ist nicht mehr zu helfen. […] Auch weil die Mitläufer, die vielen kleinen Vollstrecker, Hetzer, Denunzianten und Feiglinge von damals noch immer unter uns sind. Auch in der staatlichen Administration. Wenn ihre übergriffigen Dienstherren heute ungeschoren bleiben, dann wird sich dieser spezielle Menschenschlag im Schutze seiner Behörden-Schreibtische beim nächsten Mal noch heftiger austoben."[1624]

Anderson wiederholte ihre Gleichsetzung der etablierten Parteien mit dem Regime der ehemaligen DDR, als sie anlässlich der Wiedervereinigung am 3. Oktober 2024 auf Facebook schrieb:

„Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens, machten sich die ehemalige DDR zur Beute. […] Es bedarf nun nicht mehr einer vorgeschalteten Bundesanstalt nach dem Muster einer Treuhand, um unser gemeinsames Volksvermögen aus dem Land zu transferieren. Heute haben unsere Regierung und ihre Erfüllungsgehilfen im politischen Establishment ihre Hände direkt im Spiel, wenn es erneut darum geht, das Geld der Deutschen auf Nimmerwiedersehen - diesmal in Richtung EU - verschwinden zu lassen. Dies alles geschieht heute mit derselben herablassenden Arroganz wie damals. Und wer das nicht möchte, seine berechtigten Sorgen und Kritik über die abgehobene und bürgerfeindliche Politik der deutschen Gegenwart zum Ausdruck bringt, wird als Wutbürger, Verlierer, Schwurbler, Dunkeldeutscher, Verschwörungstheoretiker oder gar gleich als Rechtsradikaler vom Altparteienkartell beschimpft. Die Vokabeln, mit denen Regierung und medialer Komplex mittlerweile Opposition und Kritiker verunglimpfen, haben sich freilich seit damals etwas geändert, der Geist einer SED wohnt aber auch ihnen wieder inne. Und so stehen sie heute wieder einträchtig beieinander - die charakterlosen und selbstverliebten Vertreter unserer Altparteien - und feiern den 34. Jahrestag unserer Wiedervereinigung, während sie gleichzeitig dabei sind, mit denselben Methoden und Zielsetzungen von damals,

[1624] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 08.01.2025.

eine neue DDR 2.0 entstehen zu lassen. Wer dies erst einmal bemerkt hat, dem ist nicht mehr ernsthaft nach Feiern zumute.“[1625]

Lars Kuppi (MdL SN) veröffentlichte im Juli 2024 auf Facebook einen Beitrag, in dem er schrieb:

> *„Sächsische Unternehmen und Vereine haben die Kampagne ‚#stabilbleiben‘ zur Landtagswahl gestartet. Angesichts einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung wollen sie ein ‚Zeichen für mehr Miteinander‘ und ‚Vielfalt‘ setzen und hoffen auf eine hohe Wahlbeteiligung. Beteiligt sind mehrere Staatsunternehmen und Vereine, die die Regierung mit Steuergeldern finanziert“.*[1626]

Dazu veröffentlichte Kuppi die beigefügte Grafik mit dem Slogan *„Einheitsfront wie in der DDR!“*:



Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) monierte in einem Facebook-Beitrag vom 23. Juli 2022 die *„totalitären Methoden“* der Regierung und zog einen Vergleich zur DDR:

> *„Das Ziel dieser neuen Sprachpolizei ist klar: Den Bürgern wird signalisiert, dass sie unter Beobachtung stehen, dass kritische politische Äußerungen erfasst und*

[1625] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 03.10.2024, abgerufen am 07.01.2025.
[1626] Kuppi, Lars: Facebook-Eintrag vom 11.07.2024, abgerufen am 29.07.2024.

gesammelt werden. […] Die Regierung setzt also, auch wenn kein juristisches Vergehen vorliegt, auf Einschüchterung – auf totalitäre Methoden, wie wir sie z.B. aus der DDR kennen.“[1627]

Am 15. Februar 2024 teilte das damalige Landesvorstandsmitglied Siegbert Droese (seit Juni 2024 MdEP, SN) folgenden Tweet der AfD-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, die darin Martin Vincentz (MdL NW und Landesvorsitzender NW) zitierte:

„‚Das erinnert dann schon stark an die DDR. Als #AfD werden wir dem Druck standhalten, denn es muss klar sein: Wer zu solchen Mitteln greift, entlarvt sich selbst als Gegner der Demokratie!‘ - @Vincentz_AfD“[1628]

Der Tweet erfolgte in Bezug auf die folgende Grafik:



Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verglich die Bundesrepublik Deutschland und deren Institutionen in seiner Rede in einer von PEGIDA organisierten Veranstaltung am 29. Januar 2024 in Dresden (SN) mehrfach mit der DDR und bezeichnete Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien als „*Postdemokraten*“:

„Diese Demos gegen rechts sind nichts Anderes als minutiös geplante Aufmärsche zur Einschüchterung und zur Demotivation aller, die sich den Kartellparteien beim Abbau unseres Landes und beim Rückbau der Demokratie entgegenstellen. Das schrieb mein Freund René Springer und er hat vollkommen recht. […] Bestätigt sich es, was Tichy berichtet hat, dass der Verfassungsschutz nach Art

[1627] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 23.07.2022, ohne Abrufdatum.
[1628] Droese, Siegbert: Retweet eines Tweets vom 13.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

der Stasi eine privates Treffen in einem Hotel mit Wanzen durchsetzt und mit Spitzeln durchsetzt hat, und dass er im Zusammenspiel mit den informellen Mitarbeitern von Correctiv damit den Anlass für eine Kampagne gegen die Opposition gegeben hat, dann ist nicht nur Erich Haldenwang fällig, dann muss Nancy Faeser weg und die ganze schändliche Ampel auch. […] Liebe Freunde, die Vorbereitung und die Durchführung dieser Aufmärsche der Regierenden zeigen, dass Deutschland in diesem Jahr 2024 nicht einfach in eine Krise treibt, sondern zielgerichtet von den Regierenden getrieben wird. […] In dieser Krise steckt auch eine Chance und steckt auch eine Ermutigung. Denn diese Krise gäbe es nicht ohne die rasant gewachsene Kraft der Antiregierungsproteste, der Bürgerbewegung und der Alternative für Deutschland. Die Postdemokraten haben einfach Angst. […] Allein die Angst vor Machteinbußen verzerrt das Gesicht unserer jetzigen Bonzen und es verzerrt diese Gesichter bis zur Kenntlichkeit und siehe da, [….] die im Reichstag sitzen und sich hinter einem Graben verstecken wollen, sie sehen zum Verwechseln denen ähnlich, die in Wandlitz[1629] saßen und sich dort eingemauert haben. […] Und diejenigen, diejenigen, die Martin Sellner nicht einreisen lassen wollen, sie sehen zum Verwechseln denjenigen ähnlich, die uns nicht ausreisen lassen wollten. Und liebe Freunde, die heute die AfD verbieten wollen, die heute die AfD verbieten wollen, die hätten 1989 beim neuen Deutschland mit unterschrieben, als es hieß: ‚Der Minister des Inneren der DDR teilt mit, dass ein von zwei Personen unterzeichneter Antrag zur Bildung einer Vereinigung Neues Forum eingegangen, geprüft und abgelehnt wurde. Ziele und Anliegen der beantragten Vereinigung widersprechen der Verfassung und stellen eine staatsfeindliche Plattform dar.' Zitat Ende. Das ist die Sprache derjenigen, die heute die AfD verbieten wollen. Die Bonzen von damals und heute sehen sich zum Verwechseln ähnlich. Liebe Freunde, […] 34 Jahre, 34 Jahre nach der Wende wird die BRD mehr und mehr zur Fortsetzung der DDR, zur Fortsetzung der DDR mit raffinierteren Mitteln, aber mit primitiverem Personal. Und liebe Freunde, das gilt in ganz besonderer Weise für die Christlich-Demokratische Union, die heute mehr denn je eine Blockpartei ist.“[1630]

[1629] In der Waldsiedlung Wandlitz lebte die politische DDR-Elite unter Abschottung nach außen.
[1630] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag bei einer PEDIGA-Veranstaltung am 29.01.2024 in Dresden (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.01.2024, Kanal: „Dr. Christoph Berndt“, abgerufen am 31.01.2024.

In einem Tweet vom 30. Mai 2024 nahm Alexander Wiesner (MdL SN) Bezug auf ein Banner der etablierten Parteien mit dem Slogan „Was auch immer du wählst: Wähl´ die Demokratie!". Dazu schrieb Wiesner:

„Die DDR hat angerufen und will ihr Blockparteiensystem wieder zurückhaben!"

In einer Grafik war zudem zu lesen :

„Ab jetzt nur noch Demokratie wählen!
Ihre Einheitspartei."[1631]

Das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Christina Baum (MdB, BW/ST) schrieb in einem auf Telegram veröffentlichten Beitrag vom 26. Januar 2024:

„Meine Kindheit und Jugendzeit in der DDR holt mich ein. Damals mussten wir dem Kommunismus und den Bonzen huldigen und zujubeln und den Klassenfeind verteufeln. […] Ich habe ein Déjà-vu. Die DDR 2.0 ist auferstanden."[1632]

Den Begriff „*DDR 2.0*" verwendete auch die Co-Bundessprecherin Alice Weidel in einem Sommerinterview mit der Stattzeitung vom 25. August 2024, in dem sie sich unter anderem verunglimpfend über die öffentlich-rechtlichen Medien und vermeintlich repressive Methoden der Regierungsparteien äußerte:

„Wenn man die Gebühren dieses gleichgeschalteten Staatsfunks – Ne? Also, Regierungskritik ist da ja nicht erlaubt. Nicht wahr? – Wenn man die nicht zahlt, dann landen Sie einfach ähm, einfach im Knast. […] Gegen die eigene Bevölkerung! Und vor allen Dingen gegen Kritiker. Und das kennen wir aus repressiven Regimen. Das ist DDR 2.0, das muss man mal ganz, ganz offen sagen."[1633]

Auch René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) zog einen solchen Vergleich zwischen dem Agieren der Bundesregierung und dem des DDR-Regimes und schrieb am 3. Oktober 2024 auf X:

„Die Frontstellung von etablierten Politikern und Teilen des Staatsapparats gegen das eigene Volk ist ähnlich wie in der Spätphase der DDR. Am Tag der deutschen

---

[1631] Wiesner, Alexander: Tweet vom 30.05.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[1632] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 26.01.2024, abgerufen am 02.02.2024.
[1633] Weidel, Alice: Sommerinterview mit Stattzeitung vom 25.08.2024; veröffentlicht in: www.stattzeitung.org, abgerufen am 30.08.2024.

Einheit ist leider wenig Einheit in Deutschland zu spüren. Meinungsfreiheit ist notwendig, wenn dieser Staat sich nicht selbst delegitimieren will.“[1634]

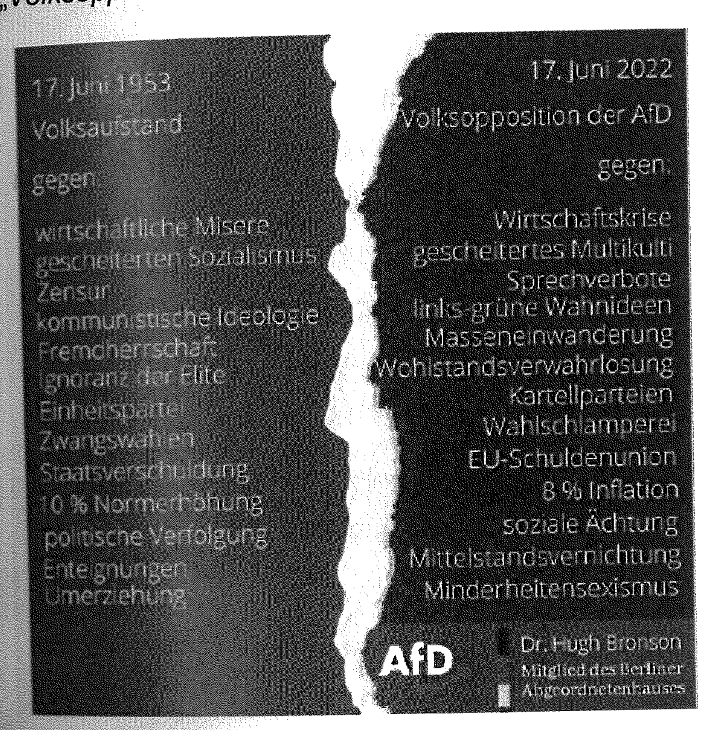
Bei einer Gedenkveranstaltung des AfD-Kreisverbands Bautzen (SN) zum 70. Jahrestag des Volksaufstands in der DDR auf dem Marktplatz in Pulsnitz (SN) verglich auch Jörg Urban (MdL SN) die Zustände in der Bundesrepublik mit denen zu Zeiten der DDR und behauptete eine massive Einschränkung der Freiheitsrechte und die Existenz diktatorischer Strukturen:

„Noch nie seit der Gründung der Bundesrepublik gab es so viele oder so abrupte Vorhaben in die Freiheitsrechte der Menschen einzuschreiten und so viele diktatorische Gesetzgebungsverfahren von oben. […]
Ich will noch mal darauf hinweisen: Es gibt viele andere kleine Hinweise noch, wo man sehen kann, wir haben eine Entwicklung, die tatsächlich uns Sorgen machen muss, dass wir zurück in die Diktatur gehen. […]
Und deshalb sage ich: Liebe Leute, werdet wach, währet den Anfängen. Wer in der Demokratie schläft, der wird in der Diktatur erwachen. Und deshalb muss der heutige Tag uns Mahnung sein, dass die Freiheit und die Demokratie keine Geschenke sind. Je länger eine Person oder je länger auch eine Partei an der Macht ist, desto größer wird ihr Verlangen, diese Macht dauerhaft zu behalten. Und das funktioniert am Ende nur durch die Schwächung und durch die Unterdrückung der Menschen, durch die Schwächung und Unterdrückung der Opposition. Und in diesem Stadium, in diesem Stadium, Schwächung der Menschen, Schwächung der Opposition, befinden wir uns derzeit. Es war seit 1945 im Westen oder auch seit 1989 bei uns im Osten – noch nie sind wir so nah an sozialistische Verhältnisse herangekommen wie jetzt, siebzig Jahre nach der Niederschlagung dieses ersten großen Volksaufstandes. […] Kämpfen wir für ein Deutschland, in dem das Volk tatsächlich wieder der Souverän ist, indem nach einem langen Arbeitsleben ein schöner und würdiger Lebensabend wartet, ein Deutschland, in dem sich Leistungen und Arbeit wieder lohnen.“[1635]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Harald Weyel teilte in zustimmender Weise auf Facebook eine ursprünglich von Hugh Bronson (MdA) gepostete Grafik, in welcher das

[1634] Springer, René: Tweet vom 03.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1635] Urban, Jörg: Rede anlässlich des 70. Gedenktages des DDR-Volksaufstandes bei der Veranstaltung des Kreisverbands Bautzen in Pulsnitz (SN) am 17.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.06.2023, Kanal: „Frank Chruschtschow“, abgerufen am 19.06.2023.

demokratische Staatssystem der Bundesrepublik mit dem der DDR verglichen wird. Darin werden die Bundesrepublik und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten durch Begriffe wie *„links-grüne Wahnideen*“, *„Kartellparteien*“; *„Wahlschlamperei*“ etc. verunglimpft. Der Volksaufstand in der DDR vom 17. Juni 1953 wird ferner mit der *„Volksopposition der AfD*“ verglichen.[1636]



Auch der Bundestagsabgeordnete Sebastian Münzenmaier (RP) veröffentlichte einen Facebook-Eintrag zum 70. Jahrestag des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 und unterstellte darin die Ausbreitung totalitärer Tendenzen und die Kriminalisierung oppositioneller Meinungen in Deutschland:

> *„Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 jährt sich zum 70. Mal und mahnt uns, nicht tatenlos zuzusehen, wenn sich totalitäre Tendenzen in Deutschland ausbreiten und oppositionelle Meinungen in zunehmendem Maße kriminalisiert werden.*
>
> *Wir werden weiter für die Zukunft unserer Heimat kämpfen!*“[1637]

Die Äußerung bettet sich in das ausweislich vielfältiger Zitate von AfD-Repräsentantinnen und Repräsentanten verbreitete Narrativ ein, die Bundesrepublik weise totalitäre Züge auf und werde durch die Regierung in Richtung einer Diktatur entwickelt.

[1636] Weyel, Harald: geteilter Facebook-Eintrag vom 18.06.2022, abgerufen am 20.06.2022.
[1637] Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 17.06.2023, abgerufen am 19.06.2023.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) am 21. Januar 2024 in einem Interview mit dem Magazin Die Weltwoche:

> *„Demokratie heißt, die Opposition zu gewähren bzw. sich mit der Opposition auseinanderzusetzen. Was macht man? Am liebsten den politisch Unwilligen verbieten, um natürlich selbst noch den warmen Sessel sich zu retten. Das erleben wir. Dann geht man natürlich mit solchen unsäglichen Kampagnen in Stasi-Manier, anders kann man es nicht sagen, wie wir es in Potsdam erlebt haben, gut vorbereitet gegen die einzig wahrnehmbare Opposition vor. […] Wir haben es erlebt bei den Demonstrationen jetzt am Montag hier in Berlin. Zehntausende gehen auf die Straße gegen diese Regierung. Und was ist die Antwort der Regierung? Wir machen jetzt und unterstützen Demos gegen die Opposition. Also das ist schon ein Stück weit lächerlich. Und das erinnert mich wirklich an die Geschehnisse ´89, ´90, die hier in Deutschland auf den Straßen passiert sind.“* [1638]

Auf die Nachfrage des Interviewers *„Mit anderen Worten, ein Déjà-vu. Sozusagen DDR-Groove, DDR-Stimmung in der Bundesrepublik?“* antwortete Chrupalla:

> *„Absolut. Und jeder, der das miterlebt hat, wird das bestätigen. Nun sagen viele Politiker, das darf man nicht und äh, kann man nicht vergleichen. Das kann man sehr wohl vergleichen. Wenn man die Sprechverbote, die Meinungsverbote, wenn man auch teilweise die Arbeitsverbote, die es ja gibt, wie Menschen aus dem öffentlichen Dienst gedrängt werden, nur weil sie AfD-Mitglied sind, oder wenn sie Positionen vertreten, das erleben Sie ja ähnlich in der Medienlandschaft, wenn man Positionen vertritt, die einfach nicht regierungskonform sind, ist man ganz schnell Rechtsextremist, schlimmstenfalls noch Nazi.“* [1639]

Martin Renner (MdB, NW) schrieb am 5. Februar 2024 auf Facebook:

> *„Die Regierung finanziert Organisationen, die die Regierungskritiker vertreiben sollen. Sozialistische Demokratie. DDR 2.0“* [1640]

Am 14. Mai 2022 schrieb Martin Renner (MdB, NW) auf Facebook als Anspielung auf die SED über die *„„Neue[n] Einheitspartei Deutschlands (NED)‘, bestehend aus CDU,*

[1638] Chrupalla, Tino: Interview mit Die Weltwoche (Teil 1) am 21.01.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „DIE WELTWOCHE“ am 21.01.2024, abgerufen am 23.01.2024.
[1639] Ebd.
[1640] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 05.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.

SPD, FDP und GRÜNEN" und behauptete, sie alle arbeiteten gemeinsam an der *„zunehmenden Unfreiheit und der kommenden Verarmung des Wählers und Bürgers"*:

> *„In der Tat macht es in der politischen Praxis keinen nennenswerten Unterschied mehr, bei welcher der genannten NED-Teilparteien man sein Kreuz macht. Im Ergebnis arbeiten sie alle gemeinsam an der zunehmenden Unfreiheit und der kommenden Verarmung des Wählers und Bürgers. [...] Herrschaftsfreier Diskurs – auch so eine schöne Worthülse unseres ‚Jahrtausend-Dampfdenkers' Habermas. Der aber in Wirklichkeit nie etwas anderes meinte und anstrebte, als ‚diskursfreie Herrschaft'. Und genau dafür haben sich die Medien à la ‚Rheinische Post' zur Kampfmaschine der europaweit grassierenden Korporatokratie transformiert".*[1641]

Im selben Monat schrieb Renner auf Facebook erneut über die *„NED"*:

> *„Das erste und wichtigste Problem in Deutschland ist der Eigennutz, die überall vorhandene Ignoranz und Dummheit der Politiker der ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)'."*[1642]

Auch in anderen Posts verglich Renner die etablierten Parteien mit der SED und warf ihnen u. a. die Zerstörung der Nation, Freiheit, Demokratie, des Rechtsstaates und des Wohlstands vor und verunglimpfte ihre Politik als *„freiheitszerstörend, demokratieschwächend, rechtsstaatsverachtend und wohlstandsvernichtend"*:

> *„Höchste Zeit, umzudenken und zu kämpfen. Die NED (Neue Einheitspartei Deutschlands) führt unseren Staat, unsere Nation und unsere Gesellschaft geplant und willentlich in den Abgrund. Aus reiner Machtgewinnungs- und Machterhaltungsabsicht und aus Opportunitätsgründen zerstören diese Politiker der NED alles, was die Grundlagen unseres gemeinschaftlichen Lebens ausmachen. Nation. Freiheit. Demokratie. Rechtsstaat. Wohlstand. [...] Diese Politiker planen sehenden Auges, dass die Gemeinschaft unserer Bürger – vornehmlich die unteren und die mittleren Bürgerschichten – völlig verarmen, um sie dadurch widerstandslos kollektivieren zu können. [...] Es geht um den grundsätzlichen Widerstand (selbstverständlich demokratisch) gegen die freiheitszerstörende, demo-*

[1641] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 14.05.2022, abgerufen am 25.05.2022.
[1642] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 26.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

kratieschwächende, rechtsstaatsverachtende und wohlstandsvernichtende Politik der NED-Parteien. Und ja, meinetwegen soll der instrumentalisierte Verfassungsschutz eine solche, eben getätigte, Positionsbeschreibung unserer alternativen politischen Aufgabe als ‚staatsdelegitimierende' Verlautbarung einstufen. Zur Not gehe ich wegen meiner hier gemachten Aussagen auch in einen der zukünftig neu eingerichteten Gulags."[1643]

In einem auf Facebook veröffentlichten Vortrag mit dem Titel *„Aus dem Linksstaat wieder einen Rechtsstaat machen"* vom 23. März 2023 sprach Renner erneut von der *„NED"* und insinuierte, gegen diese sei eine wirkliche Oppositionsarbeit angesichts der Machtverhältnisse kaum möglich. Im weiteren Verlauf warnte Renner vor einem *„Abgleiten"* der Bundesrepublik ins *„Totalitäre"* und suggerierte, es gebe in Deutschland keine Gewaltenteilung mehr, indem er diese als *„Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis"* bezeichnete:

> *„Die Politiker [...] gehen davon aus, dass die beeinflussenden Medien genau die Botschaften ausstrahlen, die die Unterstützung der jetzigen Altparteien auf Dauer realisieren. [...] Die Altparteien, das sag ich gar nicht mehr, sondern ich sag': die einzelnen Parteien der neuen Einheitspartei NED. Klingt ähnlich wie SED. Das ist auch gewollt. Ja, das ist eine Einheitspartei und da tut man sich natürlich als einzige Oppositionskraft schon relativ schwer, überhaupt zu Gehör zu kommen. Aber die Politiker glauben, sie brauchen sich nicht mehr rückzuversichern, weil eben die Medien ihnen diese Arbeit abnehmen und die Medien sich einfach von der Rolle der Kontrolleure der politischen Macht, denn, das sind sie, die Kontrolleure der politischen Macht nach der Definition auch in unserem Grundgesetz, haben sich entwickelt zu Herolden der politisch Mächtigen. [...]*
> *Welche Staatsform wollen wir bewahren? Autoritativ? Totalitär? Ich habe den Eindruck, dass wir ins Totalitäre abgleiten in unserem Land. [...]*
> *Und jetzt sage ich zum Abschluss noch mal ein richtig derbes endgültiges Wort. Wir haben eine Entwicklung hin, unsere Drei-Gewaltenteilung – Exekutive, Legislative, Judikative – die untereinander von sich getrennt und unabhängig sein sollen und müssen. Sollen und müssen. Haben wir aber im Bereich der Exekutive, Legislative, Judikative die Entwicklung hin zu einer von der Drei-Gewaltenteilung zu einer Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Wenn ein Verfassungsrichter*

[1643] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.

aus dem Kreis der Legislative gewählt wird, um dem Verfassungsgericht vorzustehen, der aber gleichzeitig auch der Buddy von der Frau Merkel war, also der Exekutive, dann kann man nicht mehr von einem Drei-Gewaltenteilung sprechen. Das ist eine Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Und wenn da die Medien sich noch damit hinsetzen, da haben wir nicht mehr eine Drei-Gewalten-Einheits-Tyrannis, sondern eine Vier-Gewalten-Einheits-Tyrannis. Und genau das ist der Zustand unserer heutigen politischen Bundesrepublik. Und das müssen wir ändern, wenn wir eine Zukunft haben wollen."[1644]

Am 22. April 2023 veröffentlichte Renner auf Facebook einen verunglimpfenden Beitrag, in dem er abermals unter Verweis auf die „*NED*" die Schädigung und Zerstörung der deutschen Demokratie anmahnte:

„*PARADOXON DER DEMOKRATIE. Mit den Mitteln der Demokratie kann man die Demokratie schwer schädigen und sogar endgültig zerstören. Und diese Zerstörung betreiben die Parteien der ‚Neuen Einheitspartei Deutschlands (NED)' immer unverhohlener und aggressiver.*"[1645]

Der ehemalige sächsische Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, SN) veröffentlichte am 30. Juli 2022 auf der Website des AfD-Kreisverbands Leipzig (SN) einen Artikel, in dem er das SED-Regime mit der heutigen Regierung der Bundesrepublik verglich:

„*Was ist in den 30 Jahren geschehen. Können wir aufatmen? Können wir sagen, dass wir den Opfern der SED-Diktatur gerecht geworden sind? Die Antwort lautet: Nein. […] Aufruf zur Denunziation, Ausspionieren über das Telefon, Demonstranten wird mit Psychiatrie gedroht, Andersdenkenden die Konten gesperrt, die Medien gleichgeschaltet. Um dieses gegen den Bürger in Anschlag bringen zu können, hat man einen Katalog von Angstszenarien aus der linksideologischen Wunderlampe aufsteigen lassen, die keinen Widerspruch dulden. Wieder ist Deutschland zu einem Gefängnis umfunktioniert worden, psychisch wie physisch geht man jetzt auch an die Kinder. Nein, ein Großteil der Deutschen*

[1644] Renner, Martin: Redebeitrag in Hamm (NW) am 23.03.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.04.2023, Kanal: „Pierre Jung", abgerufen am 15.10.2024.
[1645] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 22.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

hat nichts gelernt und die Opfer der DDR Diktatur noch einmal zu Opfern gemacht.“[1646]

Der Beitrag wurde durch den sächsischen Landtagsabgeordneten Jörg Kühne am darauffolgenden Tag auf Facebook geteilt.[1647]

Im November 2022 verunglimpfte Christine Anderson (MdEP, HE) auf Telegram die Bundesregierung, indem sie behauptete, dieser wohne der „*Geist der SED*“ inne, und unterstellte, das Ziel der Regierung sei die Schaffung einer „*DDR 2.0*“. In der Folge warnte sie davor, Deutschland sei auf dem „*Weg zurück zu Unfreiheit und Unterdrückung*“:

> „*[V]or 32 Jahren wurden die BRD und die DDR wiedervereint. [...] Doch dabei wurden auch wieder neue, unnötige und fahrlässige Wunden in das kollektive Bewusstsein vieler ostdeutscher Bürger geschlagen. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens, machten sich die ehemalige DDR zur Beute. [...]*
> *Heute haben unsere Regierung und ihre Erfüllungsgehilfen im politischen Establishment ihre Hände direkt im Spiel, wenn es darum geht, das Geld der Deutschen diesmal auf Nimmerwiedersehen in Richtung EU zu exportieren. Dies alles geschieht heute mit derselben herablassenden Arroganz wie damals. Und wer das nicht möchte, seine berechtigten Sorgen und Kritik über die abgehobene und bürgerfeindliche Politik der deutschen Gegenwart zum Ausdruck bringt, wird als Wutbürger, Verlierer, Schwurbier, Dunkeldeutscher, Verschwörungstheoretiker oder gar gleich als Rechtsradikaler vom Altparteienkomplex beschimpft. Die Vokabeln, mit denen Regierung und medialer Komplex mittlerweile Opposition und Kritiker verunglimpfen, haben sich freilich seit damals etwas geändert, der Geist einer SED wohnt aber auch ihnen wieder inne. Und so stehen sie heute wieder einträchtig beieinander - die längst bekannten und selbstverliebten Vertreter unserer Altparteien - und feiern den 32. Jahrestag unserer Wiedervereinigung, während sie gleichzeitig dabei sind, mit denselben Methoden und Zielsetzungen von damals, eine neue DDR 2.0 entstehen zu lassen. Wer dies erst einmal bemerkt*

[1646] Droese, Siegbert: „SED-Diktatur und Unrechtsstaat, 30 Jahre Honecker-Prozess“ vom 30.07.2022, in: www.afdleipzig.de, abgerufen am 22.08.2024.
[1647] Kühne, Jörg: Facebook-Eintrag vom 31.07.2022, abgerufen am 02.08.2022.

hat, dem ist nicht mehr ernsthaft nach Feiern zumute. Ich bin stolz auf die friedliche Revolution der Ostdeutschen, die unsere gemeinsame Zukunft in einem wiedervereinigten Deutschland erst ermöglichte. Eine Revolution die zeigt, welche Kraft ein Volk entwickeln kann, wenn es den Entschluss gefasst hat, ein diktatorisches Regime in die Knie zu zwingen. […] Daher möchte ich heute an alle Deutschen appellieren: Lasst uns endlich Rückgrat zeigen! Lasst uns auf die Warnungen aus Ostdeutschland hören! Die Menschen dort besitzen noch feinere Antennen und erkennen aus Erfahrung früher und besser, wenn Unfreiheit und Lüge wieder damit beginnen, ihr hässliches Haupt zu erheben. […] Feiern wir heute unser geeintes Deutschland. Aber seien wir ab morgen gemeinsam und entschlossen gleich doppelt so wachsam, damit wir den falschen Eliten und ihren politischen Handlangern den Weg zurück zu Unfreiheit und Unterdrückung ein für alle Mal austreiben!"[1648]

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) zog anlässlich der *„#StolzMonat"*-Kampagne der AfD in einem Gastkommentar mit dem Titel *„Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!"* auf Info-DIREKT Vergleiche zwischen den heutigen politischen Zuständen und den Verhältnissen zu Zeiten der DDR, während er der Politik der AfD den *„Geist des 17. Junis"* zuschrieb. In der Folge sprach sich Helferich für einen *„demokratischen Widerstand"* aus:

„Doch ihr Opfergeist war vergebens, wenn wir zulassen, dass sich die heutige Tyrannis zwar in bunte Farben hüllt, aber gleichsam düster gegen Andersdenkende vorgeht. Wenn all jenes Aufbegehren, welches den Geist des 17. Junis atmet - sei es der Widerstand gegen das Corona-Regime oder die anhaltende Ersetzungsmigration - ungestraft, so wie damals als faschistisch abgetan wird. Wenn erfolgreiche Oppositionspolitiker in Schauprozessen angeklagt werden, weil sie lediglich mit Worten für eine bessere Heimat streiten; ja dann wird es Zeit für ein neuerliches Aufbegehren. Dann müssen sich die Schwachen erneut verbinden und die Machtfrage stellen. Dann muss sich der demokratische Widerstand wieder unter Schwarz- Rot-Gold versammeln."[1649]

[1648] Anderson, Christine: Telegram-Beitrag vom 08.11.2022, abgerufen am 08.11.2022.
[1649] Helferich, Matthias: „Den Widerstandsgeist des 17. Juni 1953 atmen!" vom 17.06.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 19.06.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

In einem vom Co-Vorsitzenden der Gruppierung Christen in der AfD und ehemaligen Bundestagsabgeordneten Ulrich Oehme (SN) veröffentlichten Video zum 17. Juni 1953 behauptete dieser, die Zustände der DDR bestünden auch nach der Wiedervereinigung weiterhin fort:

> *„Das was zurzeit bei uns hier so abläuft, in Deutschland, in Europa, ist für mich ein sozioökonomisches, soziosozialistisches Experiment. Glauben sie mir, ich weiß was Sozialismus bedeutet. Sozialismus ist Kollektivismus statt Individualismus, ist Gleichheit statt Vielfalt, ist die Abschaffung von Privateigentum. Klaus Schwab hat uns schon gesagt: ‚Ihr werdet nichts besitzen und ihr werdet glücklich sein'. Es bedeutet Angriff auf die Familie, denn die Familie ist der Hort der Geborgenheit und der Staat hat wenig Zugriff […] Alles ist im Kampf gegen die Familie. […]*
>
> *Zwischen dem 17. Juni ´53 und ´89 sind einige Jahrzehnte vergangen. Und von 89 bis jetzt sind wieder einige Jahrzehnte vergangen. Und wir müssen feststellen, wir haben uns im Kreis gedreht. Wir haben eine 360 Gradwendung gemacht. Wieder haben wir Planwirtschaft, Verbote, Spaltung der Gesellschaft. Nein das brauchen wir nicht. Was wir brauchen […] das ist Einheit, das ist Freiheit. ‚Teile und herrsche' ist das System des Totalitarismus. Wenn wir einig sind, wenn Deutschland sich einigt, wenn der 17. Juni wieder der Feiertag der Deutschen wird, der Tag, der vom Volk kommt, der auf der Straße seine Opfer gefunden hat, der erlitten, der erkämpft wurde. Dann werden die jetzigen Machthaber keine Macht mehr über uns haben."*[1650]

Am 13. Dezember 2022 schrieb Harald Laatsch (MdA) auf Twitter (mittlerweile umbenannt in X):

> *„Faeser träumt vom Wiederaufbau des Totalitarismus. […] #DeutscheDemokratischeRepublikförderGesetz getarnt als #Demokratieförder-gesetz"*[1651]

Torsten Gahler (MdL SN) verunglimpfte die Bundesregierung in einem Facebook-Beitrag vom 18. April 2023 als *„#Stasi"*.[1652]

[1650] Oehme, Ulrich: Videobeitrag anlässlich des 70. Jahrestages des 17. Juni 1953; veröffentlicht in: www.youtube.com am 19.06.2023, Kanal: „Ulrich Oehme", abgerufen am 21.06.2023.
[1651] Laatsch, Harald: Tweet vom 13.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.
[1652] Gahler, Torsten: Facebook-Eintrag vom 18.04.2023, abgerufen am 21.04.2023.

In einem Facebook-Eintrag vom 2. Februar 2024 bezeichnete Matthias Moosdorf (MdB, SN) die etablierten Parteien als *„Demokratieverächter“* und *„Vaterlandsverräter“* und unterstellte ihnen, mit Stasi-Methoden zu agieren:

> *„Die Demokratieverächter wiegeln das halbe Land mit ihren Lügen auf und was? Die AfD verliert 1 Prozent in den Umfragen im Bund. In manchen Ländern gewinnt sie noch dazu? So ist es, die Menschen lassen sich von dieser Regierung und ihren Stasi-Helfern nicht mehr für dumm verkaufen. Wir werden weiter wachsen, Wahlen gewinnen und dieses Land aufräumen. Jetzt einfach weiter unsere Alternativen kommunizieren und die unsäglichen Vaterlandsverräter ihre Fehler weitermachen lassen!“*[1653]

Am 19. August 2023 veröffentlichte Martin Renner auf PI-News einen Artikel mit dem Titel *„Willkommen in der ‚DDR‘ (Dystopische Deutsche Republik)“*, in dem er die Mitglieder etablierter Parteien mitunter als *„öko-sozialistische[n] Politspinner“* verunglimpfte:

> *„Die ‚große Transformation‘ nimmt an Fahrt auf – Aktuelle Meldungen zum alltäglichen Irrsinn erreichen einen fast stündlich – hier vornehmlich in den alternativen Medien. Diese Vorkommnisse werden in den ‚klassischen‘ Medienkanälen allerdings entweder verschwiegen, oder mit unverschämter Penetranz als ‚Erfolgsmeldungen‘ unserer öko-sozialistischen Politspinner zurechtgebogen oder glatt gelogen. Was hier stattfindet, ist allerdings keine ‚große Transformation‘ hin zum Guten, so wie es die sich selbst Ordinierten – ins Amt Berufenen – Moralpropheten der neuen ‚One-World-Religion‘ mit vermeintlich progressivem Stolz beständig predigen. Es ist vielmehr eine ‚umgekehrte Metamorphose‘. Wo hier aus einer hässlichen und gefräßigen Raupe eben kein hübscher, farbenfroher Schmetterling wird. Sondern genau umgekehrt, es wird aus einer freiheitlichen, rechtsstaatlichen und den Wohlstand generierenden Demokratie eben eine dunkle, die Freiheit verneinende Dystopie. Hinter der bereits die hässliche Fratze des Totalitarismus ungeduldig auf ihren Auftritt wartet. Eine Dystopie, in der Täter zu Opfern und Opfer zu Tätern gemacht werden. Eine Dystopie, in der öko-sozialistische Terroristen zu Aktivisten und freiheitlich-konservative Menschen zu Extremisten erklärt werden. Eine Dystopie, in der der Staat dem Einzelnen den*

[1653] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 02.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.

Aufenthalt auf der Parkbank verbietet, während Vergewaltiger auf Bewährung laufen gelassen werden."[1654]

Hier behauptet Renner unter anderem, in Deutschland würden Freiheitsrechte sukzessive abgebaut und das Land entwickele sich hin zum Totalitarismus. Auch dies zielt darauf ab, tiefe Verunsicherung und Misstrauen gegenüber der staatlichen Grundordnung und ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten in der Bevölkerung zu schüren.

Auch in den folgenden Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und Funktionären bzw. AfD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern wird die Bundesrepublik Deutschland oder ihre politischen Vertreterinnen und Vertreter mit einer Diktatur verglichen.

Nicole Höchst (MdB, RP) kommentierte etwa im August 2023 auf Facebook die gesellschaftliche Debatte um die Abschaffung der Bundesjugendspiele folgendermaßen:

> *„So vernichtet die sozialistische Haltungschunta jede Tag Deutschland ein kleines Bißchen mehr.“*[1655]

Damit setzt sie die Bundesrepublik implizit mit einer sozialistischen Militärdiktatur gleich.

In einem Beitrag vom 13. Juli 2022 verunglimpfte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) die Bundesregierung als *„Hilfs-Maoisten“* und bezeichnete die Bundesrepublik als *„linksgrüne[s] Regime“:*

> *„Was wir in diesen Tagen erleben, ist seit Jahrzehnten einmalig. Die Hilfs-Maoisten im Regierungsviertel fahren unser Land mit ihrer idiotischen Energiepolitik schneller gegen die Wand, als ihre roten Vorgänger es je vermocht hätten. […] Wenn der feuchte Traum von sozialistischen ‚Wärmehallen‘ wahr wird, ist das Ende des linksgrünen Regimes nur noch eine Frage von Wochen.“*[1656]

In der AfD gibt es auch zahlreiche Äußerungen, die die Bundesrepublik Deutschland mit einer Diktatur gleichsetzen, ohne dass dabei konkret auf vergangene Regime Bezug genommen wird.

[1654] PI-News: „Willkommen in der ‚DDR‘ (Dystopische Deutsche Republik)“ vom 19.08.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 29.08.2023.
[1655] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 30.08.2023, abgerufen am 06.12.2023.
[1656] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 13.07.2022, abgerufen am 14.07.2022.

In einem Interview mit der Zeitschrift ZUERST! nahm etwa die AfD-Bundestagsabgeordnete und Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion Alice Weidel, damalige stellvertretende AfD-Bundessprecherin und Vorsitzende des AfD-Landesverbands Baden-Württemberg, seit dem 18. Juni 2022 Co-Bundessprecherin der AfD, die Feststellung von ZUERST!, die neue Bundesinnenministerin Nancy Faeser habe angekündigt, *„noch härter als bisher gegen unliebsame Meinungsäußerungen in sozialen Netzwerken vorzugehen"*, zum Anlass, zu behaupten, die Bundesinnenministerin begebe sich damit *„in die Gesellschaft von Diktatoren und autoritären Herrschern in der ganzen Welt"*.[1657]

Sie führte weiter aus, die bloße Idee zeuge davon, *„daß die neue Regierung den Ungeist der Zensur auf die Spitze treibt"*.[1658]

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Moosdorf (SN) beschrieb Deutschland in seinem Facebook-Eintrag vom 17. März 2022 angesichts der Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz als auf dem *„Weg in den Totalitarismus"* und bezeichnete das BfV in diesem Rahmen als *„Regierungsschutz"*, der eine Oppositionsarbeit faktisch unmöglich mache.[1659]

Auch Norbert Mayer (MdL SN) sprach in einem Facebook-Eintrag von einem *„Regierungsschutz"* und bezeichnete die Regierung am 1. Februar 2024 als *„Altparteien-Mafia"*:

> *„!! Altparteien-Mafia abwählen !!*
> *Auf unserer Freitaler Kundgebung unter dem Titel ‚Freiheit, Heimat Tradition.', fand ich deutliche Worte für die Märchenstunden-Propaganda des ‚Regierungsschutzes' gegen die AfD. […] Deshalb heißt es am 1. September: Altparteien-Mafia abwählen!"*[1660]

René Springer, AfD-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender AfD-Landesvorsitzender Brandenburg, bezeichnete so etwa in einem Redebeitrag auf einer AfD-Kundgebung am 22. August 2021 in Eberswalde (BB) die Bundesrepublik Deutschland als *„Tyrannei"*:

[1657] Weidel, Alice: „Ein Kabinett der Unfähigen", in: ZUERST!, Ausgabe 02/2022.
[1658] Ebd.
[1659] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 17.03.2022, abgerufen am 18.03.2022.
[1660] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 01.02.2024, abgerufen am 26.02.2024.

„Liebe Freunde, wenn sich Parteien den Staat zur Beute machen, wenn Grundrechte willkürlich außer Kraft gesetzt werden, wenn die Gewaltenteilung nur noch auf dem Papier existiert, dann nennt man das in allen Sprachen dieser Welt Tyrannei. Es ist einfache und absolute Tyrannei und sie mag noch so mild daherkommen, sie bleibt Tyrannei und sie nimmt uns die Freiheit“.[1661]

Am 13. Dezember 2022 warnte Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) auf Twitter (mittlerweile X):

„Deutschland auf dem Weg in die linksgrüne Diktatur.“[1662]

Lindemann behauptete in einem anderen Tweet aus Dezember 2022, die Regierung habe *„Zustände wie in einer Diktatur“* herbeigeführt.[1663]

Der ehemalige sächsische Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (mittlerweile MdEP) bezeichnete Deutschland auf Grund der Nicht-Wahl der AfD in das Parlamentarische Kontrollgremium als *„Demokratur“*. Dieses Oxymoron setzt sich aus „Demokratie“ und „Diktatur“ zusammen und bezeichnet ein diktatorisches System, bei dem es sich lediglich dem äußeren Anschein nach um eine Demokratie handelt:

„Deutsche Demokratur im Jahr 2022. Joachim Wundrak und André Hahn scheitern: Gremium zur Geheimdienstkontrolle gewählt - AfD und Linke nicht dabei“[1664]

Ebenso weisen andere Vergleiche und Gleichsetzungen mit Diktaturen oder autokratischen Systemen sowie die abwertende Bezeichnung als *„Regime“* auf eine auf die Außer-Geltung-Setzung des Demokratieprinzips gerichtete Verächtlichmachung hin.

Der Berliner Abgeordnete Gunnar Lindemann verunglimpfte die Bundesrepublik im Juli 2022 wiederholt durch Bezeichnungen als *„Regime“*, *„linksgrüne[s] Regime“* [1665] beziehungsweise *„linksgrüne[s] ‚Bullerbü‘-Regime“*[1666]. Er schrieb auf Facebook von der *„Zerstörung unserer Demokratie durch die buntsozialistischen Einheitsparteien“*[1667]

[1661] AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 22.08.2021, abgerufen am 02.09.2021.
[1662] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 13.12.2022, abgerufen am 19.12.2022.
[1663] Lindemann, Gunnar: Tweet vom 10.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.
[1664] Droese, Siegbert: Tweet vom 24.03.2022, abgerufen am 25.03.2022.
[1665] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 17.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.
[1666] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 14.07.2022, abgerufen am 18.07.2022.
[1667] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 12.09.2022, abgerufen am 12.09.2022.

sowie von einem „*Ampelregime*“[1668]. In Facebook-Einträgen aus November 2022 bezeichnete er die Bundesrepublik als „*Scholz-Regime*“[1669].

Am 3. August 2022 betitelte Lindemann die Bundesregierung auf Facebook als „‚*Ampel‘-Regime*“ und behauptete eine „*Umsiedlung von Teilen der afghanischen Bevölkerung*“ nach Deutschland, worin er eine „*Art Kriegserklärung an den deutschen Steuerzahler*“ zu erkennen meinte:

> „*‚Ampel‘-Regime siedelt 200 Afghanen um!*
> *Mittlerweile werden von der buntesten Regierung aller Zeiten sogar sogenannte afghanische ‚Ortskräfte‘ nach Buntland ausgeflogen, die bereits vor ihrem Abflug einräumten, dass sie nie in Gefahr waren und nur ‚ein besseres Leben‘ wollen. Die Umsiedlung von Teilen der afghanischen Bevölkerung ist insofern kein humanitärer Akt, sondern eine Art Kriegserklärung an den deutschen Steuerzahler.*“[1670]

Der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Rainer Podeswa bezeichnete die Bundesregierung in einem Facebook-Beitrag ebenfalls als „*Regime*“[1671], während Fabian Jacobi (MdB, NW) in einem Tweet vom 26. April 2022 suggerierte, die Bundesrepublik sei ein „*originär totalitäre[r] Staat*“.[1672]

Am 14. November 2022 hielt Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) auf einer Demonstration in Querfurt (ST) eine Rede. Darin verkündete er in Richtung der deutschen Bundesregierung:

> „*Eure Zeit geht zu Ende. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis euer Regime endet.*“[1673]

Mit diesen vorgenannten Äußerungen zielt die AfD darauf ab, das Vertrauen in die demokratischen Prozesse und die Integrität der Regierungsvertreterinnen und -vertreter zu unterlaufen. Die Repräsentantinnen und Repräsentanten der staatlichen Ord-

---

[1668] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 27.09.2022, abgerufen am 27.10.2022.
[1669] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 02.11.2022, abgerufen am 08.11.2022. Facebook-Eintrag vom 15.11.2022, abgerufen am 21.11.2022.
[1670] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 03.08.2022, abgerufen am 04.08.2022.
[1671] Podeswa, Rainer: Facebook-Eintrag vom 13.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[1672] Jacobi, Fabian: Tweet vom 26.04.2022, abgerufen am 25.05.2022.
[1673] Tillschneider, Hans-Thomas: Redebeitrag in Querfurt (ST) am 14.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.11.2022, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider“, abgerufen am 18.11.2022.

nung werden als Diktatorinnen und Diktatoren bzw. Mitglied eines diktatorischen Regimes diffamiert. Dabei wird auch die derzeit bestehende staatliche Ordnung massiv diskreditiert, denn sie wird so dargestellt, als sei sie in der praktischen Prüfung untauglich, demokratische Werte zu verteidigen. Die Verunglimpfungen der Bundesrepublik Deutschland als Diktatur gehen hierbei auch deutlich über eine reine Machtkritik gegenüber den anderen Parteien hinaus, denn aus ihnen geht nicht lediglich eine Kritik an einer zu starken oder dominanten Stellung der Parteien im politischen System hervor.[1674] Vielmehr zielen sie gerade auch in ihrer Häufigkeit und Vehemenz darauf ab, ein Klima der Verunsicherung und des Misstrauens in der Bevölkerung zu schaffen, indem die Regierungsparteien als autokratische Akteure in einer Diktatur dargestellt werden, wodurch wiederum die bestehende demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland insgesamt als illegitime Staatsform erscheint.

e. Bezeichnung der Bundesrepublik als Diktatur im Zusammenhang mit konkreten Sachthemen

aa. Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie

Die AfD knüpfte bei der Beschreibung des deutschen Staates als Diktatur oder Regime an das behördliche Agieren während der COVID-19-Pandemie an und versuchte, ihre – das politische Handeln delegitimierenden – Narrative insbesondere durch eine verzerrte Darstellung der COVID-19-Schutzmaßnahmen zu untermauern.

Am 19. Dezember 2021 bekundete AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla in einem Redebeitrag auf einer AfD-Großkundgebung „Freiheit statt Impfzwang" sogar, die Bundesrepublik Deutschland sei schlimmer als die DDR:

> *„Und wer das sogar mit der DDR vergleicht, da muss ich sagen: Nein, das kann man nicht mal vergleichen. Es ist schlimmer heute als 1989!"*[1675]

Norbert Mayer, sächsischer Landtagsabgeordneter, sprach am 7. Dezember 2021 auf Facebook von *„(Impf)-Diktatur"*, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland als *„totalitäres Unrechtsregime"* und setzte sie ebenfalls mit der DDR gleich:

> *„Dass Feinde der Freiheit ihr eigenes Volk mit Gewalt unterdrücken, werden wir niemals hinnehmen! […] Warum sich das für mich wie ein Déjà-vu anfühlt? Weil*

[1674] Zur näheren Darstellung der Rechtsprechung des BVerwG: Urt. v. 18.05.2024, 2 WD 42.00, juris, Rn. 68 ff. sowie das Kapitel C. Rechtliche Vorgaben, S. 29 ff.

[1675] AfD Bayern: Facebook-Video-Livestream vom 19.12.2021, abgerufen am 20.12.2021.

ich auch vor über 30 Jahren schon mal auf der Straße gegen ein totalitäres Unrechtsregime protestierte, welches sich mit Repressalien gegen Andersdenkende an die Macht klammerte: auf den Montagsdemos im Herbst 1989!"[1676]

Der bayerische AfD-Landesvorsitzende Stephan Protschka agitierte in seinem Redebeitrag am 19. Dezember 2021 in Nürnberg (BY) u. a. gegen das „*faschistische System der Altparteien*". Dieses mache den Bürgerinnen und Bürgern absichtlich Angst, um sie in die Enge zu treiben und zuhause einzusperren. Dies münde in einer „*DDR 2.0*".[1677]

Die AfD Bayern sprach am 13. August 2021 auf Facebook mit Blick auf die COVID-19-Beschränkungsmaßnahmen ebenfalls von einer „*DDR 2.0*"; 60 Jahre nach dem Mauerfall drohe „*den Deutschen erneut die Unfreiheit*".[1678]

In einem Facebook-Beitrag vom 21. Dezember 2021 stellte Björn Höcke die Rechtsstaatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland in Abrede:

> *„Die Stimmungsmache der regierungsnahen Medien mit ihren immer neuen Corona-Bedrohungsszenarien kann keinen aufgeklärten Demokraten in seinem Urteil mehr täuschen: Deutschland ist kein Rechtsstaat mehr!*"[1679]

Auch Erika Steinbach (AfD-Mitglied und Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung) sah Deutschland in ihrem Facebook-Beitrag vom 10. September 2022 angesichts der Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf dem Weg in den Totalitarismus:

> *„Deutschland macht sich lächerlich. Das ist das kleinere Übel. Schlimmer ist die Abkehr von den Grundrechten der Menschen. Totalitarismus überrollt uns.*"[1680]

Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB) äußerte sich in seiner Rede auf einer Demonstration am 31. Januar 2022 in Wandlitz (BB) in vergleichbarer Weise:

> *„Und wir sagen ‚Nein' zur Aushöhlung unserer Demokratie und dem Abdriften dieser Regierung in ein totalitäres Regime. Und gleichzeitig, liebe Freunde, sind wir heute hier, um ‚Ja' zu sagen. Wir sagen ‚Ja' zur Volksherrschaft, zu wahrer Demokratie. […]*

[1676] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 07.12.2021, abgerufen am 15.12.2021.
[1677] AfD Bayern: Facebook-Video-Livestream vom 19.12.2021, abgerufen am 20.12.2021.
[1678] AfD Bayern: Facebook-Eintrag vom 13.08.2021, abgerufen am 21.09.2021.
[1679] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.12.2021, abgerufen am 22.12.2021.
[1680] Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 10.09.2022, abgerufen am 21.09.2022.

Die Älteren unter euch – ich bin jetzt ein junger Mann, der nach der Wende geboren ist – aber die Älteren unter euch werden sich noch erinnern: War das vielleicht nicht auch mal das Versprechen der Wiedervereinigung? Rechtsstaat, Demokratie, Meinungsfreiheit, keine Medien mehr, die jeden Protest zum Putsch umdichten und kein Geheimdienst mehr, der friedliche Spaziergänger als Staatsfeinde diffamiert. Man schaue sich mittlerweile heute an, wo wir, man möchte fast sagen, leider wieder stehen.“[1681]

Auf einer Demonstrationsveranstaltung in Eberswalde (BB) am 25. Februar 2022 skandierte Gnauck des Weiteren:

> *„Unsere Grundrechte, liebe Freunde, sind kein Privileg, das allein der Willkür der Oligarchie aus Altparteien, Pharmalobby und Meinungsmachern unterliegt!“*[1682]

Damit unterstellt Gnauck allen etablierten Parteien, Teil einer Oligarchie zu sein, mithin einer Staatsform, die nicht demokratischen Interessen, sondern nur solchen einer elitären Minderheit diene. Grundrechte würden dabei willkürlich eingeschränkt.

Lars Hünich (MdL BB) veröffentlichte am 4. Dezember 2023 einen Tweet mit folgendem Wortlaut:

> *„Solange eine gründliche Aufarbeitung der diktatorischen Corona-Maßnahmen von #SPD, #CDU, #Grüne und auch #FDP verhindert wird, sollten wir uns immer wieder in Erinnerung rufen, mit welcher antidemokratischen Energie unsere Regierungen die Bürger drangsaliert haben!*
> *Mit Hilfe der Mehrheit unserer ‚Qualitätsjournalisten‘, aber auch Personen des öffentlichen Lebens, wurden Kritiker eingeschüchtert, gesellschaftlich ausgegrenzt und bei der Diskussion um ärztliche Versorgung beinahe für vogelfrei erklärt.“*[1683]

Viele Äußerungen stellen in diesem Zusammenhang auch dezidierte Vergleiche mit dem Nationalsozialismus an:

[1681] Gnauck, Hannes: Rede in Wandlitz am 31.01.2022; veröffentlicht in: www.telegram.org am 31.01.2022, Kanal: „Aktivist Mann #StopWar“, abgerufen am 26.01.2023.
[1682] Gnauck, Hannes: Redebeitrag bei einer Demonstration am 25.02.2022 in Eberswalde (BB); veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 25.02.2022, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 28.02.2022.
[1683] Hünich, Lars: Tweet vom 04.12.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Der bayerische AfD-Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer, seit 2022 stellvertretender AfD-Bundessprecher, bezeichnete in einem Videobeitrag vom 15. November 2021 die Schutzmaßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als *„Zivilisationsbruch"* und verwendete damit einen Begriff, mit dem sonst die Gräueltaten des Nationalsozialismus beschrieben wird. Dass er diesen Bezug herstellen wollte, wird daran deutlich, dass er mit Bezug auf die Schutzmaßnahmen angesichts der COVID-19-Pandemie von totalitären Maßnahmen sprach:

> *„Die juristische Begründung des Zivilisationsbruchs tja... letzten Endes wird hier mit Macht... man macht es, wenn man es kann und wenn man es will. Warum auch immer. [...] Das ist alles völlig totalitär, muss man inzwischen sagen".*[1684]

Der damalige nordrhein-westfälische AfD-Bundestagsabgeordnete Harald Weyel, von 2022 bis 2024 stellvertretender Bundesschatzmeister der AfD, setzte in zwei Tweets vom 6. Dezember 2021 die COVID-19-Maßnahmen mit der Politik im Nationalsozialismus gleich:

> *„Die 30er Jahre des 20. Jh. sind halt in die 20er des völlig überschätzten 21. verlegt worden – von den jeweils selbsternannten (und sich gegenteilig verhaltenden) ‚demokratischen Parteien und Nachgeburts-Antifaschisten'"*[1685]

In einem weiteren Tweet schrieb er:

> *„Ich sag doch: Das ‚Reich der III. Impfung' ist schon so gut wie da!"*[1686]

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Rolf Weigand sprach am 22. November 2021 auf Facebook mit Bezug auf eine vom Kultusministerium durchgeführte anonyme Umfrage zur COVID-19-Pandemie an sächsischen Schulen von einer *„Corona-Stasi"* und *„Stasi-Methoden".*[1687]

Karsten Hilse (MdB, SN) verunglimpfte in einem Interview im April 2023 in COMPACT die Bundesrepublik, indem er ihr angesichts der COVID-19-Politik Faschismus unterstellte und den Abgeordneten abseits der AfD vorwarf, das Grundgesetz *„mit Füßen getreten"* zu haben:

[1684] Boehringer, Peter: „Corona-Maßnahmen-Terror: Impfverweigerer müssen wie Aussätzige behandelt werden..."; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.11.2021, Kanal: „Peter Boehringer", abgerufen am 15.11.2021.
[1685] Weyel, Harald: Tweet vom 06.12.2021, abgerufen am 10.12.2021.
[1686] Weyel, Harald: Tweet vom 06.12.2021, abgerufen am 10.12.2021.
[1687] Weigand, Rolf: Facebook-Eintrag vom 22.11.2021, abgerufen am 22.11.2022.

„Ich will nochmal an die Corona-Zeit erinnern. Da haben ja die Abgeordneten – außer uns - das Grundgesetz letztendlich mit Füßen getreten. Man hat so viel Angst eingejagt, dass jetzt alle sterben, wenn wir das nicht tun, wenn wir nicht die Versammlungsfreiheit einschränken, wenn wir nicht einschränken, dass die Leute draußen spazieren gehen dürfen. Das haben viele schon vergessen! Man durfte teilweise nicht mal raus und sich auf eine Bank setzen, um ein Buch zu lesen! Das muss man sich mal reinziehen. Da ist für mich die Tür zum Faschismus aufgestoßen. Ich weiß es nicht, ob es Faschismus wird. Sobald ich mit dem Begriff irgendwo hantiere, erzählen mir vermeintlich kluge Leute: Du weißt ja gar nicht, was Faschismus ist, und dann schicken sie mir irgendwelche Links von Wikipedia und kaprizieren das dann letztendlich nur auf Italien oder NS-Deutschland - nur das sei dann echter Faschismus! Dabei sind wir, zumindest in der Zeit der Corona-Politik, ziemlich nah dran gewesen."[1688]

In einer Vielzahl von Posts bezeichnete der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) die COVID-19-Schutzmaßnahmen als *„faschistoide Methoden"*.[1689]

Der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Jörg Dornau wandte sich in mehreren Beiträgen gegen die Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie und diffamierte das politische System der Bundesrepublik. Er sprach in diesem Kontext wiederholt von *„Corona-Diktatur"*[1690], setzte COVID-19-Impfungen mit dem Bau der Berliner Mauer gleich,[1691] und sprach diffamierend von *„Impf-Rassismus"*[1692] sowie von *„Corona-Apartheid"*.[1693]

Auch Andreas Harlaß, Beisitzer im Vorstand der AfD Sachsen und Pressesprecher der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, sprach am 22. September 2021 auf Facebook von *„Impf-Apartheid"*.[1694]

[1688] Hilse, Karsten: „Am atomaren Abgrund" in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 34.
[1689] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 29.08.2021, abgerufen am 09.09.2021. Facebook-Eintrag vom 09.09.2021, abgerufen am 10.09.2021. Facebook-Eintrag vom 08.09.2021, abgerufen am 09.09.2021. Facebook-Eintrag vom 13.09.2021, abgerufen am 14.09.2021. Facebook-Eintrag vom 20.10.2021, abgerufen am 21.10.2021. Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 02.11.2021. Facebook-Eintrag vom 29.10.2021, abgerufen am 02.11.2021. Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021. Facebook-Eintrag vom 23.11.2021, abgerufen am 24.11.2021.
[1690] Dornau, Jörg: Facebook-Einträge vom 05.04.2021, 24.04.2021, 05.12.2021, 06.12.2021, 12.12.2021, 15.01.2022 und 28.01.2022, abgerufen am 20.08.2024.
[1691] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.03.2021, abgerufen am 20.08.2024.
[1692] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 15.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1693] Dornau, Jörg: Facebook-Eintrag vom 06.11.2021, abgerufen am 08.11.2021.
[1694] Harlaß, Andreas: Facebook-Eintrag vom 22.09.2021, abgerufen am 23.09.2021.

Andreas Geitz, kommunaler Mandatsträger im Rat der Stadt Hagen und der Bezirksvertretung Hagen-Haspe (NW), diffamierte Menschen mit COVID-19-Schutzimpfung, indem er behauptete, einige hielten sich nun für Mitglieder einer „*Herrenrasse*“, die andere als „*lebensunwerte[r] ‚Sozialschädling[e]‘*“ betrachteten; das sei „*Faschismus in Reinkultur!*“[1695]

Sven Tritschler, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen und stellvertretender Landessprecher des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, verbreitete am 13. November 2021 auf seiner Facebook-Seite eine Fotomontage, die den Bundespräsidenten mit „Hitler-Bart“ zeigt, und stellte ihn in seinem beigefügten Kommentar gleichfalls mit Hitler gleich:

> *„Ein deutsches Staatsoberhaupt auf der Suche nach Minderheiten, die als Sündenbock für die Versagerpolitik herhalten müssen. Bewährtes Konzept, allerdings seit rund 75 Jahren aus der Mode“.*[1696]

Dies stellt eine schwerwiegende Verunglimpfung und zugleich auch eine Verharmlosung der menschenverachtenden Maßnahmen in der NS-Zeit dar.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Infektionen wurden in der AfD auch häufig zum Anlass genommen, diese konkret mit Verfolgungsmaßnahmen gegen Juden während des Nationalsozialismus oder anderen Maßnahmen in totalitären Regimen zu vergleichen.

Am 27. August 2021 teilte der AfD-Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN) auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag des AfD-Bundestagsabgeordneten Martin Sichert (BY/NI), der die Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie als „*Impfdiktatur*“ und „*Willkür*“ diffamierte, und setzte in seinem Kommentar die Schutzmaßnahmen mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus gleich:

> *„Mit der Ausgrenzung von Bevölkerungsgruppen begann im letzten Jahrhundert der Faschismus! Haben die Deutschen nichts aus ihrer Geschichte gelernt?“*[1697]

Am 13. August 2022 verglich der Bundestagsabgeordnete Martin Renner (NW) die COVID-19-Schutzmaßnahmen auf Facebook beispielsweise mit der Unterdrückung und Verfolgung von Juden durch die Stasi und die Gestapo. Er verunglimpfte SPD und

---

[1695] Geitz, Andreas: Facebook-Eintrag vom 08.08.2021, abgerufen am 28.09.2021.
[1696] Tritschler, Sven: Facebook-Eintrag vom 13.11.2021, abgerufen am 15.11.2021.
[1697] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 27.08.2021, abgerufen am 30.08.2021.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zudem unter Anspielung auf die radikalislamische Terrororganisation Taliban als „*Moralibans*" und unterstellte ihnen eine faschistische Gesinnung:

> „*Aha – jetzt soll es also Farbanzeigen auf der App geben. […] Na, so können die ‚Ordnungskräfte' – früher wurden die auch schon mal als Spitzel, als Blockwart, als Stasi oder noch früher als Gestapo bezeichnet – ihrer Arbeit leichter nachgehen und die so dringend nötigen Selektionen fürs Gemeinwohl vornehmen. […] Viel einfacher wäre es doch, wenn wir zum Tragen unterschiedlich farbiger Oberarmbänder verpflichtet würden. Hatten wir doch alles schon einmal. Und hat doch auch bestens funktioniert. […] Was kruschtelt und klaubt die Ampelregierung (Rot, Grün, Gelb) und die sie unterstützende Scheinopposition (Schwarz) sonst noch so an altbewährten faschistischen Instrumenten aus dem Giftschrank der politischen Instrumentarien raus, um den souveränen Bürgern ihre Freiheit und ihre Grundrechte zu nehmen? Nie wieder Faschismus, auch nicht im rot-grünen Kleidchen der Moralibans !!!*"[1698]

Der Landtagsabgeordnete Frank Otto Lizureck (ST) verunglimpfte in einem Facebook-Post vom 20. März 2022 den amtierenden Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, indem er einen Zusammenhang zwischen dem im Nationalsozialismus als Propagandabegriff verwendeten „*Endsieg*" und den von Lauterbach beworbenen COVID-19-Schutzimpfungen herstellte:

> „*Karl Lauterbach ist die Schädigung von Kindern und Jugendlichen egal. Es muss gespritzt werden bis zum spritzen Endsieg.*"[1699]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) veröffentlichte auf Facebook am 27. April 2023 auch einen Beitrag, in dem er dem deutschen Staat totalitäre Züge unterstellte und unter anderem infolge der Politik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie einen beginnenden Faschismus zu erkennen meinte. Den Verfassungsschutz bezeichnet er in diesem Rahmen als „*Werkzeug zur Unterdrückung von Meinungen und dem dazugehörigen freien Diskurs*", beurteilte dessen Methoden und Ziele als extremistisch und warnte vor einer vermeintlich von diesem ausgehenden Gefahr für die Gesellschaft:

[1698] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 13.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[1699] Lizureck, Frank Otto: Facebook-Eintrag vom 20.03.2022, abgerufen am 23.03.2022.

„Abweichler, ob nun in Corona- oder Genderfragen, bei der Einordnung der Situation in der Ukraine oder der Vereinbarkeit des Islam mit der Europäischen Menschenrechtscharta, sollen mundtot gemacht werden. Das aber ist totalitär, in meinen Augen beginnt hier ein Faschismus, der in seinen Anfängen schon als solcher benannt und bekämpft werden muss. […]
Die moralisierende Dummheit des Verfassungsschutzes – ein institutionalisierter singulärer Anachronismus selbst unter westlich orientierten Staaten – ist nichts als ein Werkzeug zur Unterdrückung von Meinungen und dem dazugehörigen freien Diskurs. Es ist genau der Kampf gegen den vermeintlichen Faschismus, der ihn erst erzeugt. Extremistisch sind die Ziele und Methoden des Verfassungsschutzes – und damit gesichert verfassungsfeindlich. Der Geist der Überwachung, ob nun von Gestapo, Stasi oder Verfassungsschutz exekutiert, schützt unsere Gesellschaft nicht. Er gefährdet sie!“[1700]

In einem Redebeitrag auf einer AfD-Kundgebung am 25. Juni 2021 sprach der sächsische Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse vom Deutschen Bundestag als einer *„geschlossenen Anstalt“*, einer *„Scheindemokratie“* und *„Demokratie-Simulation“* und bezeichnete das Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (4. Bevölkerungsschutzgesetz), das sogenannte Infektionsschutzgesetz, als *„Ermächtigungsgesetz“*:

> *„Ich bin jetzt seit vier Jahren in dieser sogenannten geschlossenen Anstalt. Und was ich dort erfahren habe ist natürlich, dass es hier sich nur noch um eine Scheindemokratie handelt. Also um eine Demokratie-Simulation. […] Wenn wir uns anschauen: Am 18.11. - da hat das Parlament […] das zweite Mal nach 1933 in seiner Geschichte seine Macht abgegeben an die Regierung. Und an eine Regierung, von der wir sehen können, [...] dass sie teilweise korrupt ist und dass sie sich vor allen Dingen nicht an Recht und Gesetz hält. Seit 2015 zum Beispiel gegen das Grundgesetz verstößt [...]. Denen ist quasi Rechtsstaatlichkeit relativ egal. Und am 18.11. habe ich zu Recht dieses Gesetz, dieses Infektionsschutzgesetz, Ermächtigungsgesetz genannt, weil es noch nie so einschneidende Maßnahmen gab seit 1949 wie mit diesem Gesetz“.*[1701]

[1700] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 27.04.2023.
[1701] Hilse, Karsten: Redebeitrag in Lauchhammer (BB) am 25.06.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.06.2021, Kanal: „AfD Brandenburg“, abgerufen am 09.12.2022.

Auch in seiner Rede am 25. August 2021 in Bautzen (SN) bezeichnete Hilse das Infektionsschutzgesetz als „*Ermächtigungsgesetz*" und unterstellte der Regierung „*faschistische Methoden*" und den Aufbau einer „*Corona-Diktatur*" bzw. „*Klimadiktatur*".[1702]

Emil Sänze, AfD-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg, sprach in Bezug auf das Infektionsschutzgesetz von „*Ermächtigungsgesetz*"; die Bundesrepublik Deutschland setze „*den Weg in die dritte Diktatur fort*". Er verglich die Beschränkungsmaßnahmen angesichts der COVID-19-Pandemie mit einer „*üblen Science-Fiction-Dystopie*" sowie NS-Unterdrückungsmaßnahmen und sprach von einer „*Erniedrigung*" und „*Abwertung von Menschen*".[1703]

Der Kreisverbandssprecher der AfD Paderborn (NW) Marvin Weber resümierte in einem Facebook-Post vom 6. Februar 2024:

> *„Wie demokratie-, verfassungsfeindlich, demagogisch, korrupt, korrumpiert, psychopathisch, totalitär und faschistoid die Regierungskaste in Deutschland ist, konnte jeder Bürger beim Impfzwang-Verbrechen während der der Willkürherrschaft der Altparteien in der Coronazeit sehen."*[1704]

Der Kehler AfD-Kreisrat Günter Geng (BW) bezeichnete die Verabschiedung des Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite (4. Bevölkerungsschutzgesetz) auf Facebook als „*zweite[s] deutsche[s] Ermächtigungsgesetz[es]*", mit dem das „*4. Reich*" begonnen habe.[1705]

In mehreren Facebook-Beiträgen stellte Günter Geng COVID-19-Impfnachweise mit „*Ariernachweisen*"[1706] sowie dem „*gelben Judenstern*"[1707] und die Bundesregierung unter Merkel („*Merkulatur*"[1708]) mit dem NS-Regime gleich. Impfungen diskreditierte er gar als „*Euthanasie-Programm*"[1709].

[1702] Hilse, Karsten: Redebeitrag in Bautzen (SN) am 25.08.2021; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.08.2021, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden - Die Dokumentation", abgerufen am 27.08.2021.
[1703] Sänze, Emil: Facebook-Eintrag vom 26.08.2021, abgerufen am 01.09.2021.
[1704] Weber, Marvin: Facebook-Eintrag vom 06.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[1705] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 21.04.2021, abgerufen am 26.04.2021.
[1706] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. ee.)
[1707] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 30.05.2021, abgerufen am 02.06.2021.
[1708] Geng, Günter: Facebook-Eintrag vom 24.05.2021, abgerufen am 25.05.2021. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. d. ee.)
[1709] Ebd.

Im Juni 2022 wurde gegen den Reutlinger AfD-Stadtrat Hansjörg Schrade (BW) Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt. Schrade hatte auf seinem Telegram-Kanal eine Nachricht des bekannten Impfkritikers Paul Brandenburg unkommentiert geteilt und damit seine Zustimmung hierzu ausgedrückt. Die Nachricht war bebildert mit einer Collage aus Adolf Hitler, Erich Honecker und Angela Merkel. Im Text war unter anderem zu lesen:

> *„Die deutschen Regierungschefs mit den meisten Todesopfern waren stets bis zum letzten Moment ihres Lebens überzeugt, mit ihren Taten im Recht gewesen zu sein."*[1710]

Ferner könnten Politikerinnen und Politiker nach Auffassung Brandenburgs frei entscheiden, wer *„als Staatsfeind bekämpft"* werde.[1711]

Wiederholt wurden die COVID-19-Schutzimpfungen zudem mit den menschenverachtenden medizinischen Menschenversuchen unter dem nationalsozialistischen Regime gleichgesetzt.

So bekundete der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Galau auf einer AfD-Wahlkampfveranstaltung am 7. September 2021 in Hennigsdorf (BB):

> *„Trotz aller Diktatur-Erfahrungen im vergangenen Jahrhundert ignoriert man die damaligen verbrecherischen medizinischen Experimente an Menschen und spuckt auf den daraus entstandenen ‚Nürnberger Kodex'."*[1712]

Die unhaltbare Gleichsetzung[1713] von COVID-19-Schutzimpfungen mit den menschenverachtenden medizinischen Experimenten unter dem Nationalsozialismus stellt eine schwerwiegende Verunglimpfung nicht nur der Forscherinnen und Forscher bzw. Ärztinnen und Ärzte, sondern auch der Politikerinnen und Politiker dar. Indem suggeriert wird, handlungsleitend für die Entscheidungsträgerinnen und -träger seien nicht Wohl und Nutzen der Bevölkerung, sondern Maßstäbe, die mit nationalsozialistischen Positionen vergleichbar seien, wird das Vertrauen in die demokratischen Institutionen insgesamt in Zweifel gezogen

[1710] Reutlinger General-Anzeiger: „Volksverhetzung? Erneut Strafanzeige gegen Reutlinger AfD-Stadtrat" vom 15.06.2022, in: www.gea.de, abgerufen am 17.06.2022.
[1711] Ebd.
[1712] AfD Brandenburg: Facebook-Video-Livestream vom 07.09.2021, abgerufen am 08.09.2021.
[1713] Vgl. hierzu etwa BVerwG, Beschl. v. 07.07.2022, 1 WB 2.22, juris, Rn. 234 ff.; OLG Brandenburg, Beschl. v. 05.07.2022, 13 UF 42/22, juris, Rn. 36; VG Berlin, Beschl. v. 14.01.2022, 14 L 619/21, juris, Rn. 44.

Diese Äußerungen, die die amtierenden Regierenden mit Autokraten und gar Nationalsozialisten gleichsetzen, gipfeln dann im Postulat, Regierungsmitglieder vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen.

Am 1. September 2022 forderte die AfD Sachsen, der Bundesminister für Gesundheit Karl Lauterbach müsse „*weg*" und – auf die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse gegen nationalsozialistische Funktionsträger anspielend – vergleichbar vor Gericht gestellt werden:

> *„Lauterbach muss weg! Nürnberg 2.0"*[1714]

Auch Wolfgang von Eyb, AfD-Stadtrat in Würzburg (BY), sprach sich in einer Telegramgruppe im Zusammenhang mit der Debatte um die Einführung einer Impfpflicht für eine Eröffnung des „*Nürnberger Prozess[es] 2.0*" aus:

> *„Wir müssen dran bleiben, damit sich die Befürworter der ‚Impfung' nicht neu gruppieren. Gewonnen ist die Sache erst, wenn der Nürnberger Prozess 2.0 eröffnet wird."*[1715]

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie wurden in der AfD auch Verschwörungstheorien verbreitet, die die staatlichen Institutionen oder Repräsentantinnen und Repräsentanten mit Verbrechern gleichsetzen und das Vertrauen in diese entsprechend erschüttern möchten. Danach bediene die Regierung sich autoritärer Methoden, um einen größeren, dahinterstehenden Plan umzusetzen.

Christina Baum (MdB, BW/ST) stellte die COVID-19-Schutzimpfung in einem Facebook-Post als Vergewaltigung des Volkes dar und sah einen planmäßigen Krieg der Regierung gegen das eigene Volk im Gange:

> *„Generalstabsmäßig wird das Deutsche Volk mit einer mehr als zweifelhaften, oft unwirksamen, dafür häufig schädlichen #Injektion vergewaltigt. […] Diese #Regierung samt #Scheinopposition führen eine Art #Krieg der unheimlichen Art gegen das eigene #Volk."*[1716]

[1714] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 01.09.2022, abgerufen am 02.09.2022.
[1715] Screenshot Tweet vom 07.04.2022, abgerufen am 08.04.2022.
[1716] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 27.12.2021, abgerufen am 28.12.2021.

Hans-Thomas Tillschneider, AfD-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt, schrieb am 9. Oktober 2021 auf Facebook:

> *„Ich kann mir übrigens auch durchaus vorstellen, dass hinter der Corona-Politik eine Elite steht, die eine neue Weltordnung schaffen will!"*[1717]

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende Rainer Rothfuß (mittlerweile zudem MdB, BY) hielt auf dem Neujahrsempfang der AfD Lindau am 10. Januar 2023 in Oberstaufen (BY) einen Redebeitrag, in dem er die regierenden Parteien beschuldigte, die *„Menschen ins Unglück zu stürzen"*:

> *„Wir können diese Zahl nicht einfach so im Raum stehen lassen. Wir müssen die zur Verantwortung ziehen, die dazu geführt haben, dass die Menschen ins Unglück gestürzt wurden, dass die Abtreibungen in die Höhe schnellen, dass die psychischen Erkrankungen in die Höhe schnellen. Und da werden wir als AfD ein unangenehmer Begleiter weiterhin dieser Politik sein, die gegen den Menschen gerichtet ist. [...] Und viele Menschen sagen ja immer wieder: ‚Parteien können das Ganze eh nicht verändern. Wählen hilft eh nichts. Wenn Wahlen was verändern würden, wären sie längst verboten worden.' Aber ich würde sagen: Nein, sie wären nicht verboten worden, sondern sie würden manipuliert werden. Dadurch, dass einfach Gehirnwäsche gemacht wird, dass die Medien den Menschen falsche Fakten einflößen oder falsche Meinungen einflößen, dass sie gewisse Probleme einfach weglassen, dass sie die Verursacher nicht benennen der Probleme. Das ist ein ganz, ganz wichtiger Faktor der Manipulation."*[1718]

Christine Anderson (MdEP, HE) kritisierte in einem Facebook-Post vom 22. Juni 2022 die Verlängerung des digitalen COVID-19-Impfzertifikats, welche sie als Ausdruck einer erheblichen Einschränkung der Rechte und Freiheiten deutscher Bürgerinnen und Bürger wertete. Den Anlass hierfür sah sie nicht im Schutz der Gesundheit, sondern in der Unterdrückung der kritisch eingestellten Bevölkerung, die so angeblich an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte gehindert werden sollte:

> *„Es geht nicht um den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, sondern um den Schutz von Regierungen und Politik vor unangenehmen Bürgern und deren legi-*

[1717] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 09.10.2021, abgerufen am 12.10.2021.
[1718] Rothfuß, Rainer: Redebeitrag in Oberstaufen (BY) am 10.01.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.01.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß", abgerufen am 11.01.2023.

time Nutzung demokratischer Freiheiten und Grundrechten. Demokratische Beteiligung wird dann nur denjenigen Bürgern gewährt, denen zuvor von der Regierung einen ‚Digitalen Grundrechtsgutschein' ausgestellt wurde. Alle anderen werden stattdessen direkt in einen ‚Demokratie-Lockdown' geschickt."[1719]

Am 23. Juni 2022 bezog Anderson zu dem Thema in einem Facebook-Beitrag erneut Stellung, indem sie das Impfzertifikat als „*Grundrechte Bezugsschein*" bezeichnete und damit andeutete, die Zuerkennung der Grundrechte hänge vom Impfstatus der Betroffenen ab. Durch die Erwähnung eines „*pLandemischen*" Herbsts und Winters suggerierte auch sie, dass die COVID-19-Pandemie Teil eines übergeordneten Plans der Regierung sei:

> *„Unsere Befürchtung ist heute leider war geworden und der ‚Grundrechte Bezugsschein' – eine Bezeichnung die ich hier als wesentlich treffender erachte – wurde um ein weiteres Jahr bis Juni 2023 verlängert.*
> *Ich habe selbstverständlich zusammen mit einigen Mitstreitern dagegen gestimmt, jedoch war dem Durst der Mehrheit der EU-Abgeordneten nach weiteren Möglichkeiten zur Einschränkung von Bürgerfreiheit und Grundrechten nicht mehr beizukommen. […] Zu sehr hat man Gefallen daran gefunden, den Bürgern unter dem Vorwand der vermeintlichen ‚Gesundheitsfürsorge' die Grundrechte entziehen und bei regierungsfreundlichem Wohlverhalten ggf. wiedergewähren zu können, ganz so als handle es sich um Privilegien. Genießen Sie einen letzten Sommer der Freiheit. Ist er erst vorbei, wird uns allen wohl ein weiterer pLandemischer (sic) Herbst und Winter vor der Tür stehen! Aber eines ist jetzt schon sicher: Unser Kampf für die Freiheit wird weitergehen!"*[1720]

Am 21. Mai 2022 teilte Anderson einen Tweet des amtierenden Bundesgesundheitsministers Karl Lauterbach und bezeichnete die darin verkündete Einigung der WHO und der G-7 auf einen Pakt gegen neue Pandemien als einen Pakt mit dem Ziel, die Demokratie abzuschaffen:

> *„Dieser ‚Pakt gegen neue Pandemien' ist in Wahrheit ein Pakt um die Volksherrschaft (Art. 20, Abs. 2 GG) abzuschaffen. Das wissen Sie sehr genau, Herr*

[1719] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 22.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1720] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 23.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.

@Karl_Lauterbach! Geben Sie endlich Butter bei die Fische und hören Sie auf, die Bürger für dumm zu verkaufen!"[1721]

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) bezeichnete die Bundesrepublik am 27. August 2022 angesichts geplanter COVID-19-Schutzmaßnahmen auf Facebook als „*bunte[s] Regime*", welches das Volk seiner Grundrechte berauben wolle:

> *„Das hätte in den braunen und roten sozialistischen Diktaturen der Vergangenheit nicht besser gelöst werden können. Offenbar will das bunte Regime hier vorsorgen und im Fall der befürchteten Energieproteste ein Mittel zur Hand haben, den Souverän seiner Grundrechte zu berauben. Merken Sie sich diejenigen, die diese Willkürmaßnahmen im Bundestag durchwinken. Diese Leute haben sich von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit endgültig verabschiedet."*[1722]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) trat als Redner bei einer von PEGIDA organisierten Veranstaltung am 22. März 2022 in Dresden (SN) auf. In seinem Redebeitrag stellte er die Behauptung auf, dass die COVID-19-Pandemie ebenso wie andere Krisen dem Ziel des Großen Austauschs dienten und den Weg in eine totalitäre Staatsform bereiteten:

> *„Corona ist nichts weiter als eine [...] fortgeschrittene Übung in den Totalitarismus des 21. Jahrhunderts und eine, die in Deutschland wieder einmal mit besonderer Verbiesterung durchexerziert wird."*[1723]

In einem im Juli 2022 auf YouTube veröffentlichten Interview unterstellte der Bundestagsabgeordnete Peter Boehringer (BY), die zurückliegende Maßnahmenpolitik zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie habe auf „*monströsen Lügen*" gefußt:

> *„Es ist wahnsinnig, welche monströsen Lügen möglich waren und sind und wie viele Menschen und Verbände mitmachen. [...] Was auch erschreckend war die letzten zweieinhalb Jahre, und das war glaube ich in dieser Form auch einmalig*

[1721] Anderson, Christine: Tweet vom 21.05.2022, abgerufen am 31.05.2022.
[1722] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 27.08.2022, abgerufen am 06.09.2022.
[1723] Berndt, Hans-Christoph: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 23.03.2022, Kanal: „Dr. Christoph Berndt", abgerufen am 23.03.2022.

und erstmalig so, dass man weltweit [...] diese Volksverdummung durchsetzen konnte, weltweit. Das ist schon erstaunlich und erheblich."[1724]

Mit diesen Äußerungen suggeriert die AfD, die Regierung verfolge einen größeren Plan, dessen Kern nicht die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger sei. Dies sei lediglich ein Vorwand, um mit totalitären, undemokratischen Methoden ans Ziel zu kommen. Unterstützung erhalte die Regierung durch pauschal als jedenfalls unkritisch beschriebene Medien.

Auch diese Äußerungen sind darauf gerichtet, das Vertrauen in die Demokratie und die sie tragenden Institutionen sowie in die staatlichen Organe und ihre Repräsentantinnen und Repräsentanten zu erschüttern.

bb.Angeblich mangelnde Gewaltenteilung bzw. Aushöhlung demokratischer Prozesse

Auch über Äußerungen, die eine funktionierende Gewaltenteilung in Deutschland in Frage stellen oder negieren, wird bzw. wird versucht, die demokratische Nachkriegsordnung insgesamt in Zweifel zu ziehen.

So werden etwa die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 19. November 2021 zur sogenannten Bundesnotbremse von mehreren AfD-Politikern als Beweis für die Aufhebung der Gewaltenteilung und die faktische Außerkraftsetzung des Grundgesetzes beschrieben.

Stephan Brandner, Bundestagsabgeordneter (TH) und stellvertretender Bundessprecher der AfD, schrieb nach Veröffentlichung des Gerichtsbeschlusses am 30. November 2021 auf Facebook von „*Büttelrechtssprechung*". Das Bundesverfassungsgericht mache sich „*wieder mal zum #Büttel der Regierenden*", das Grundgesetz sei „*das Papier nicht mehr wert, auf dem es geschrieben steht*":

> *„Bundesverfassungsgericht macht sich wieder mal zum #Büttel der Regierenden! [...] Was aber soll man anderes erwarten von einem Bundesverfassungsgericht, das eng verbandelt mit der Regierung ist, sich sogar in vollständiger Besetzung zum Essen mit der Kanzlerin trifft und dort Vorträgen von Ministern lauscht? Ein Gericht, dessen Präsident ein enger Parteifreund von Merkel ist, der hoher Funk-*

[1724] Boehringer, Peter: Aussagen in einem Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2022, Kanal: „POLITIK SPEZIAL – Stimme der Vernunft", abgerufen am 20.09.2024.

tionär der Kanzlerpartei war und der sich schon vor Monaten öffentlich zustimmend zur Coronapolitik äußerte? Dass bei diesen Voraussetzungen keine seriöse juristische Prüfung, sondern Büttelrechtssprechung zu erwarten war, dürfte niemanden überraschen."[1725]

Björn Höcke unterstellte dem Bundesverfassungsgericht, es stelle den Regierenden einen *„Blankoscheck für Willkür"* aus, und behauptete das *„Ende der Gewaltenteilung"*:

> *„Wer schützt uns noch vor den Beschützern? Können wir noch sicher von einer gewährleisteten Gewaltenteilung in Deutschland ausgehen? Seit dem ‚Klimaurteil' ahnten wir es, nun dürfen wir uns wohl endgültig von der Vorstellung verabschieden, das oberste Gericht unseres Landes stünde noch als Schutzwall zwischen der Bundesregierung und unseren Grundrechten. Was bisher durch die Verzögerungstaktik bei wichtigen Urteilen nur erahnt werden konnte, wird nun zur Gewißheit: Das Bundesverfassungsgericht scheut nicht davor zurück, den Regierenden einen Blankoscheck für Willkür auszustellen."*[1726]

Der damalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments Bernhard Zimniok (BY) bezeichnete das Bundesverfassungsgericht angesichts der Debatte um eine Impfpflicht in einem Tweet vom 19. Mai 2022 ebenfalls als *„Erfüllungsgehilfen der Regierung"*[1727] und stellte damit die Gewaltenteilung in Abrede.

Anlässlich der gleichen Entscheidung äußerte Thomas Dietz (MdB, SN):

> *„Der Rechtsstaat ist in Teilen in seiner obersten INSTANZ nicht mehr existent. Das ist politisch gewollte Rechtsprechung!"*[1728]

Am 8. September 2022 veröffentlichte Björn Höcke auf Facebook einen Beitrag zum Urteil des Amtsgerichts Hamburg, das am Tag zuvor den islamfeindlichen Blogger Michael Stürzenberger wegen Volksverhetzung zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt hatte. Höcke sah in dem Urteil einen beispielhaften Beleg für den Verlust richterlicher Unabhängigkeit in Deutschland:

> *„Was sind das für Richter, die heutzutage, da islamischer Terror bereits in Deutschland stattfindet und sich deutsche Gerichte mit der Zwangsverheiratung*

[1725] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 30.11.2021, abgerufen am 20.08.2024.
[1726] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 02.12.2021, abgerufen am 02.12.2021.
[1727] Zimniok, Bernard: Tweet vom 19.05.2022, abgerufen am 19.05.2022.
[1728] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 19.05.2022, abgerufen am 20.05.2022.

> *von Kindern beschäftigen müssen, jegliche kritische Meinungsäußerung zu diesen Themen bestrafen? Man könnte fast annehmen, daß hier jemand vor den demographischen Realitäten der Verdrängungs-/Masseneinwanderung innerlich kapituliert hat und die Fortführung seiner Karriere im künftigen Kalifat auf deutschem Boden nicht gefährden will... Auch wenn Michael Stürzenberger, wie so viele Dissidenten, den Glauben an den Rechtsstaat längst verloren haben dürfte, geht er in die nächste Instanz. Ich wünsche dem leidenschaftlichen Aufklärer, daß ihn die Kraft nicht verläßt.*"[1729]

Der AfD-Kreistagsabgeordnete Thomas Naulin, zum damaligen Zeitpunkt zudem Sprecher des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen (MV), teilte diesen Beitrag und diffamierte Richter zudem als „*rückgratlose Marionetten*", indem er schrieb:

> „*Vieles ist nicht mehr hinzunehmen. Auch ich persönlich habe vor Richtern gesessen die nicht auf so einem Stuhl sitzen dürften. Diese rückgratlosen Marionetten müssen zur Verantwortung gezogen werden! Ich hoffe diesen Herbst erhebt sich das Volk und jagt dieses ganze verlogene Pack endlich zum Teufel!*"[1730]

Der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse, zu diesem Zeitpunkt außerdem Beisitzer im AfD-Landesvorstand Sachsen, äußerte anlässlich einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutz in einem Facebook-Post vom 3. Mai 2021 erhebliche Zweifel am Bestehen der Gewaltenteilung in Deutschland und bezeichnete neben den Medien die Exekutive, Legislative und Judikative in Deutschland als weitestgehend zentral gesteuert, um vermeintlich einen „*totalitären, antifreiheitlichen Staat*" aufzubauen. Das Bundesverfassungsgericht benannte Hilse in diesem Rahmen als „*willigen Erfüllungsgehilfen einer zukünftigen Öko-Diktatur*":

> „*Staatsstreich! Das Bundesverfassungsgericht hat sich zum willigen Erfüllungsgehilfen einer zukünftigen Öko-Diktatur degradiert! Damit ist nach den Medien (genannt 4.Gewalt), der Exekutive und der Legislative auch die Judikative (zumindest das oberste Gericht) offensichtlich größtenteils in der Hand derer, die Deutschland zu einem totalitären, antifreiheitlichen Staat umbauen wollen.*"[1731]

[1729] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 08.09.2022, abgerufen am 20.08.2024.
[1730] Naulin, Thomas: Facebook-Eintrag vom 08.09.2022, abgerufen am 14.09.2022.
[1731] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 03.05.2021, abgerufen am 03.05.2021.

Karsten Hilse bezeichnete zudem die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung in einer AfD-Publikation aus März 2022 beispielsweise als „*Demokratiesimulation*“[1732] und insinuierte durch die Bezeichnung des ehemaligen Bundespräsidenten Wulff und des amtierenden Bundespräsidenten Steinmeier als „*politische Sprechpuppen*“ eine externe Steuerung und damit fehlende Unabhängigkeit derselben:

> *„Wohin solche Kungeleien vorbei am Wahlvolk führen, zeigen Totalausfälle wie Wulff oder Steinmeier, die das Amt als politische Sprechpuppen immer mehr beschädigen.“*[1733]

Im Nachgang zur Wahl eines CDU-Politikers zum Landtagspräsidenten in Thüringen äußerte sich Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) folgendermaßen:

> *„Warum wird in #Thüringen überhaupt noch gewählt? Dem Machtkartell sind Wahlergebnisse offensichtlich schnuppe.“*[1734]

In einem weiteren Tweet schrieb er am selben Tag:

> *„In #Thueringen ist jetzt die mit Abstand stärkste Fraktion nicht im Parlamentspräsidium vertreten. Die Ausschüsse spiegeln zudem nach einer willkürlichen Veränderung ihrer Größe nicht mehr die Mehrheitsverhältnisse des Landtags wider. So sieht #Machtergreifung aus!“*[1735]

Mariana Harder-Kühnel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE und stellvertretende AfD-Bundessprecherin) verunglimpfte die amtierende Bundesinnenministerin Nancy Faeser am 4. Juli 2022 auf Facebook als „*Demokratiegefährderin*“ und das Bundesministerium des Innern als „*ideologisches Propagandaministerium*“, das die Abschaffung der Meinungsfreiheit und die Verbreitung eigener Ideologien zum Ziel habe:

> *„Demokratiegefährderin: Faeser erschafft ideologisches Propagandaministerium!*

[1732] Vgl. VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, Rn. 164.
[1733] Hilse, Karsten: „Mehr Demokratie wagen, statt Demokratiesimulation“, in: Blaue Post Bautzen, Ausgabe 03/2022, S. 3.
[1734] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.
[1735] Krah, Maximilian: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat Horst Seehofers Heimatministerium nach eigenen Angaben ‚umgebaut und verstärkt'. [...] Ehrlicher wäre allerdings die Bezeichnung ‚Propagandaministerium'. Denn verfolgt wird unter dem Deckmantel des ‚gesellschaftlichen Zusammenhalts' einzig das Ziel, eigene Ideologien zu verbreiten und unliebsame Meinungen zu unterdrücken. Große Teile der Gesellschaft werden schon jetzt in den unterschiedlichsten politischen Bereichen diskreditiert und in die Nähe des Extremismus gerückt. [...] Faesers Abteilung zur ‚Stärkung der Demokratie' ist deshalb nichts anderes als der nächste Baustein zur Abschaffung der Meinungsfreiheit. Die stets geforderte ‚Meinungsvielfalt' endet für Politiker der Ampelkoalition nämlich stets dort, wo sich geäußerte Meinungen nicht mit den von der Regierung propagierten Ideologien decken."[1736]

In ihrer Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg (NW) am 16. Februar 2024 in Kürten (NW) tätigte Mariana Harder-Kühnel folgende Aussagen:

„Der sogenannte Kampf gegen rechts ist fast so etwas wie eine Art Ersatzreligion geworden und in diesen Tagen erreicht er so langsam hoffentlich sein Endstadium und hat weite Teile der deutschen Öffentlichkeit in eine Art Wahnzustand versetzt. Ja, die Leute merken gar nicht mehr, dass das, was getrieben wird, eigentlich schon den Charakter eines autoritären Regimes angenommen hat. Erst wollte man uns als AfD politisch stellen, das hat irgendwie nicht so richtig funktioniert und weil man uns politisch nicht stellen konnte, greift man eben nun zu immer härteren Bandagen. Ja, sogar über ein Verbot der AfD wird offen gesprochen, die Verzweiflung muss da tatsächlich sehr, sehr groß sein und mit demokratischen Standards hat das alles längst nichts mehr zu tun."[1737]

Björn Höcke (MdL TH) veröffentlichte am 30. Oktober 2024 einen Beitrag auf Facebook, in dem er Deutschland abspricht, eine Demokratie zu sein, und Begriffe wie „*Kartellbildung*" oder „*Parteibuchgerichte*" verwendet:

[1736] Harder-Kühnel, Mariana: Facebook-Eintrag vom 04.07.2022, abgerufen am 05.07.2022.
[1737] Harder-Kühnel, Mariana: Rede auf dem „Politischen Ascherfreitag" der AfD Rhein-Berg am 16.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 23.02.2024.

DEMOKRATIEPRINZIP

„Wer die Bundesrepublik Deutschland im Brustton der Überzeugung als Demokratie (Volksherrschaft) bezeichnet, lebt entweder von ihr oder ist nicht im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte. Diese harte Aussage ist mit Blick auf das, was wir hierzulande vorfinden richtig und wichtig: Gebrochene Gewaltenteilung, Kartellbildung der Altparteien, Parteibuchgerichte, staatliche und halbstaatliche Propagandaproduktion, Herrschaft der politischen Korrektheit, Geheimdiensteinsatz gegen friedliche Opposition, Eingriff von in- ausländischen NGOs in den Meinungsbildungsprozeß, Mediatisierung und Manipulation des Volkes, ja, letztlich Zerstörung des Demos (Volkes) durch Multikulturalisierung..."

In dem Beitrag verweist Höcke auf einen verlinkten Beitrag in der Online-Zeitung „Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität" und schreibt dazu:

„Klaus Kunze stellt zurecht die Frage, wer und in welchem Interesse Deutschland regiert wird. Sein Beitrag zeigt indirekt auf, wie groß der Reformbedarf ist, wenn wir in und für Deutschland wieder das Prinzip der Volkssouveränität umsetzen wollen. Lesenswert!" [1738]

Der geteilte Artikel stellt die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland grundlegend in Frage:

„Was die da oben als ‚unsere Demokratie' mit Zähnen und Klauen verteidigen, ist tatsächlich: ihre Demokratie. Sie haben das politische System so genannt, weil der Begriff massentauglich ist und vielversprechend klingt. Wollten nicht schon die USA die ganze Welt safe for democracy machen? In Deutschland ist es ihnen gelungen. Ihre politischen Lizenznehmer legten uns 1948 ein System nahe, das bei theoretischer sozialer Durchlässigkeit doch gewährleistet, daß unser Land von einer mehr oder weniger großen politisch-medialen Funktionselite geleitet wird. Wer dazu gehören will, muß in ihrem totalen Parteienstaat so werden, wie die anderen da oben schon sind. Die Gesichter im Fernsehen wechseln gelegentlich, aber das System bleibt stabil. Deutsche mögen Stabilität und daß ihnen jemand das eigenständige Denken abnimmt. Das waren sie vor 1948 schon zwölf Jahre so gewohnt. […] ‚Unsere Demokratie' dieser Plutokraten hat mit unseren Ideen einer Demokratie als Volksherrschaft von unten, dem Volk, hinauf zu den

[1738] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)

Staatsorganen nichts zu tun, setzt die Spielregeln demokratischer Selbstorganisation außer Kraft, wäscht unseren Landsleuten tagtäglich die Gehirne mit einer globalistischen Propaganda und zerstört das nationale Selbstbewußtsein unseres Volkes. Wohin uns das geführt hat, können wir jeden Tag auf den Straßen unserer Städte erleben.“ [1739]

Der Beitrag von Höcke und damit auch der Artikel von Kunze wurden am 30. Oktober 2024 auch durch den Telegram-Account der AfD Thüringen geteilt.[1740]

In einem Facebook-Beitrag vom 7. Juni 2022 bezeichnete der hessische Landtagsabgeordnete Frank Grobe die Vertreterinnen und Vertreter der etablierten Parteien pauschal als *„Anti-Demokraten“*:

> *„Stoppt endlich die Anti-Demokraten der Altparteien“*[1741]

In einem Tweet vom 31. Dezember 2023 reagierte Harald Laatsch (MdA) auf einen Beitrag des Deutschlandfunks, demzufolge die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vor Wahlerfolgen der AfD gewarnt hätten:

> *„Zusammen mit Gewerkschaften, Kirchen, Medien, Parteien, WEF usw. bilden die Verbände den tiefen Staat, die größte Gefahr für die Demokratie.“*[1742]

Laatsch erklärte außerdem in seinem Tweet vom 21. Juli 2024 frei heraus:

> *„Es gibt keine Gewaltenteilung mehr in Deutschland, es gibt eine Gewaltenkoppelung.“*[1743]

Nach der Verschwörungstheorie vom „Tiefen Staat“ bestehen hinter der eigentlichen Regierung weitere staatliche Strukturen, die nicht demokratisch legitimiert sind und im Verborgenen das Staatsgeschehen lenken oder gegen dieses arbeiten.

Kay-Uwe Ziegler (MdB, ST) schrieb im Februar 2024 auf Telegram über die Bundesinnenministerin Nancy Faeser:

> *„Diese Person will bestimmen, wer ein Rechtsextremist ist und was eine Verhöhnung des Staates darstellt! DIE DIKTATUR BEGINNT JETZT! [...]*

[1739] Wir Selbst: „Wer regiert hier eigentlich?“ vom 29.10.2024, in: https://wir-selbst.com, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)
[1740] AfD Thüringen: geteilter Telegram-Beitrag vom 30.10.2024, abgerufen am 30.10.2024. (Doppelverwendung Kapitel E. I. 1. d. dd.)
[1741] Grobe, Frank: Facebook-Eintrag vom 07.06.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1742] Laatsch, Harald: Tweet vom 31.12.2023, abgerufen am 18.01.2024.
[1743] Laatsch, Harald: Tweet vom 20.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

In ihrem Umfeld werden Menschen, die nicht geimpft sind oder an zwei statt 170 Geschlechter glauben, als rechtsextrem bezeichnet. Faesers Behörde kann nun wirklich jeden willkürlichen Vorwand nehmen, um Menschen zu überwachen und zu diskriminieren. Unser Rechtsstaat wird in aller Öffentlichkeit demontiert. Ein antidemokratisches, dystopisches Szenario, das nur Ihr mit Eurer Stimme verhindern könnt."[1744]

Die Vorsitzende der Desiderius-Erasmus-Stiftung Erika Steinbach warf sowohl der CDU/CSU als auch der jetzigen Regierung in einem Facebook-Post vom 1. Juli 2022 vor, für den vermeintlichen Niedergang der Demokratie in Deutschland verantwortlich zu sein:

> *„Die Union unter der Herrschaft von Angela Merkel hat sich zum Totengräber unserer Demokratie gemacht. Die jetzige Regierung setzt das nahtlos fort."*[1745]

Am 19. August 2022 schrieb sie auf Facebook, Deutschland werde *„[z]ielgerichtet […] entdemokratisiert"*.[1746]

Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) sprach in einem Facebook-Beitrag vom 9. Februar 2023 von einer „*krankenden*" und „*defekten Demokratie*" in Deutschland[1747].

Auf einer Mahnwache in Bautzen (SN) am 13. Februar 2023 sprach Urban angesichts einer angeblichen Unterdrückung der Meinungsfreiheit durch die etablierten Parteien von „*demokratiefeindlichem*" Verhalten und „*Demokratiefeinden*":

> *„Hier ist vor kurzem was passiert, was aus meiner Sicht absolut demokratiefeindlich ist. […] Wenn man Veranstaltungen unterdrückt, ohne dass die Menschen, die da auftreten wollen, strafrechtlich relevant geworden sind. Volksverhetzungen, Aufrufe zur Gewalt. Nichts Strafrechtliches, nur weil einem die Meinung nicht gefällt, dann ist das das Gegenteil von Demokratie, dann sind das Stadträte, die Demokratie unterdrücken. Dann sind das Demokratiefeinde. […] Das geht von links bis grün, bis SPD, bis zur CDU. Wer so etwas macht, wer die Meinungsfreiheit und die Freiheit des Wortes unterdrückt, das ist ein Demokratiefeind."* [1748]

[1744] Ziegler, Kay-Uwe: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 15.02.2024.
[1745] Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 01.07.2022, abgerufen am 04.07.2022.
[1746] Steinbach, Erika: Facebook-Eintrag vom 19.08.2022, abgerufen am 21.09.2022.
[1747] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 09.02.2023.
[1748] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

Der sächsische Landtagsabgeordnete Norbert Mayer kommentierte im Oktober 2023 die Festnahme des bayerischen Landtagsabgeordneten Daniel Halemba folgendermaßen:

> *„Ein vom Volk frisch gewählter Landtagsabgeordneter wird von der Justiz direkt vor der konstituierenden Sitzung des Parlaments von Bayern abgefangen und in Haft genommen. CDU/CSU, in welche Bananenrepublik habt Ihr unser geliebtes Deutschland verschandelt?“*[1749]

Mayer diffamiert hier die Bundesrepublik als *„Bananenrepublik“*. Mit diesem Begriff werden im allgemeinen Sprachgebrauch autokratische, von Misswirtschaft und Korruption durchsetzte Staaten bezeichnet.

cc. Angebliche Gewaltausübung gegen die Bevölkerung und politische Gegner

In der AfD wird zudem ein gewaltsames Vorgehen des deutschen Staates gegen die eigene Bevölkerung sowie politische Gegnerinnen und Gegner behauptet.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) unterstellte der Bundesregierung in seiner Rede auf einer *„Friedensdemo“* am 20. Februar 2023 in Magdeburg (ST), einen regelrechten *„Krieg“* gegen die eigene Bevölkerung zu führen:

> *„Diese Bundesregierung hat Russland den Krieg erklärt. Noch viel mehr aber hat diese Bundesregierung dem eigenen Volk den Krieg erklärt. […] Wenn wir eine Regierung haben, die gegen uns Krieg führt, dann führen wir Krieg gegen diese Regierung. […] Es muss jede Bundesregierung, die aus Altparteien gebildet wird, vertrieben werden. Wir sind gekommen, diese Gestalten aus ihren Sesseln zu vertreiben.“*[1750]

Das damalige AfD-Landesvorstandsmitglied Roman Kuffert (mittlerweile MdL BB) äußerte auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg im April 2024:

> *„Zensur, Diffamierung, Repressalien. Schlimmer als in der DDR. Es ist nämlich - da könnte ich die Frage stellen: ein Bevölkerungsaustausch? Weil wir haben im*

[1749] Mayer, Norbert: Facebook-Eintrag vom 30.10.2023, abgerufen am 23.11.2023.
[1750] Tillschneider, Hans-Thomas: Redebeitrag auf der „Friedensdemo“ in Magdeburg (ST) am 20.02.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Rederei FM“ am 25.02.2023, abgerufen am 21.03.2024.

Grunde genommen eins, was wir erleben. Wir haben den Krieg mittels Migrationswaffe gegen uns, gegen das deutsche Volk.“[1751]

Karsten Hilse (MdB, SN) schrieb im Juli 2024 auf Facebook:

> *„Trauriger Alltag in Deutschland! Jeder, der die cduspdfdpgrünelinkebsw wählt, macht sich mitschuldig an zukünftigen Messermorden! Jeder, der am 01.09.2024 diese Einheitspartei wählt, wählt Mord, Totschlag und Vetgewaltigung auf Deutschlands Straßen und Plätzen!*
> *Nur die Alternative für Deutschland ist willens, diesen Zustand entschlossen und nachhaltig zu beenden!“*[1752]

Hilse wiederholte diese Aussage in einem Tweet vom 24. August 2024 fast wortgleich.[1753]

Der bayerische Landtagsabgeordnete Franz Bergmüller teilte im November 2022 auf Facebook einen Post des AfD-Kreisverbands Rosenheim (BY). Darin wurden Informationen verbreitet, die suggerierten, der deutsche Staat ziehe die Tötung von Oppositionellen in Erwägung:

> *„Bei der Anhörung der Chefs der Nachrichtendienste am 17.10.2022 hat Herr Haldenwang, Präsident des Verfassungsschutzes, erklärt:*
> *‚... Eine Gefahr besteht auch – ich habe es vorhin schon angesprochen – dass Oppositionellen-Beobachtung sehr viel stärker stattfinden wird. Und dass möglicherweise auch energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung vorstellbar erscheint.‘*
> *... energisches Vorgehen gegen Oppositionelle bis hin zur Tötung ... Für wen arbeitet dieser von Merkel berufene Mann? Wie lange geht das so weiter? Wer deckt ihn?“*[1754]

In der Anhörung hatte der damalige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz zu den Spionageaktivitäten Russlands ausgeführt. Das Zitat wird hier allerdings fälschlich so dargestellt, als beträfe es das Vorgehen deutscher Behörden.[1755]

[1751] Kuffert, Roman: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2024, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 08.04.2024.
[1752] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 02.07.2024, ohne Abrufdatum.
[1753] Hilse, Karsten: Tweet vom 24.08.2024, abgerufen am 26.08.2024.
[1754] Bergmüller, Franz: Facebook-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 14.11.2022.
[1755] Vgl. öffentliche Anhörung der Präsidenten der Nachrichtendienste am 17.10.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.10.2022, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 20.08.2024.

Harald Laatsch (MdA) nahm im Dezember 2022 einen Pressebericht zu den Exekutivmaßnahmen gegen Reichsbürger und die geplante Verschärfung des Waffenrechts zum Anlass für den Vorwurf eines „*Staatsstreich[s]*" des Bundesinnenministeriums und warnte unter Verweis auf die dort vermeintlich gebündelte staatliche Waffengewalt vor einer Vernichtung der Demokratie:

> „*Wir erleben einen Staatsstreich, aber nicht von #Reichsbürger Rentnern, sondern direkt aus dem Innenministerium, dort wo die staatliche Waffengewalt gebündelt ist. Das ist wahrhaft ein Grund Angst zu haben!*
> *#Faeser vernichtet die Demokratie.*"[1756]

Der thüringische AfD-Landtagsabgeordnete und Kandidat für die Landtagswahlen 2024 Wolfgang Lauerwald sprach in Gera (TH) auf einer Wahlkampfveranstaltung am 16. August 2024 davon, dass eine „*kleine superreiche Macht-Elite*" eine „*weiße Minderheit*" in Ghettos sperren und als Sklaven beherrschen wolle. Er charakterisierte diese Elite dabei als „*bösartig*" denkend und mit einer „*finsteren*" Agenda:

> „*Erst wenn wegen Windrädern der letzte Baum gerodet, das letzte Rind und Schwein wegen des Klimas getötet wurde, alle kritischen Medien verboten sind, in fast jeder Familie Messermorde und Vergewaltigungen stattfanden, der Krieg unsere Heimat verwüstete, der letzte Mensch seine Genspritzen unter Zwang verabreicht bekam, das Sozialkreditsystem Menschen entrechtet und ausgestoßen hat, die Opposition verboten und Widerstandskämpfer im Lager interniert wurden, eine weiße Minderheit in Ghettos lebt und eine kleine superreiche Macht-Elite Milliarden von Sklaven beherrscht, erst dann werdet ihr feststellen, dass ihr aus Gleichgültigkeit, Obrigkeitshörigkeit, Untertanengeist, Feigheit oder Dummheit die Freiheit aufgegeben und die Diktatur irreversibel erhalten habt.*
> *Ihr liebe Patrioten und Zuhörer, viele von euch haben bereits erkannt, dass die Politik weltweit in Deutschland und auch in Thüringen genau diese Ziele verfolgt. Einiges haben diese Eliten von ihren Plänen schon umgesetzt, der Rest wird noch kommen, auch wenn uns dies schwer vorstellbar erscheint, weil wir nicht so negativ und bösartig denken und handeln können, doch deren finstere Agenda steht. Aber ich will nicht, dass dies alles so kommt. […] Die Marionetten in Berlin und Thüringen überschlagen sich in Kriegstreiberei und Kriegshetze. Jährlich*

[1756] Laatsch, Harald: Tweet vom 11.12.2022, abgerufen am 13.12.2022.

werden 50 Milliarden Euro für eine unkontrollierte, vollends gescheiterte und lebensbedrohliche illegale Massen- und Messermigration zweckentfremdet. […] Der Plan, Deutschland zu zerstören, steht. Wenn wir die Regierungen in Thüringen und Berlin nicht aufhalten, ist unser Untergang besiegelt. Wann begreift das endlich der deutsche Michel, der die Kartellparteien wählt, die Parteien wählt, welche Deutschland hassen und abschaffen wollen? Das grenzt doch schon an das Stockholm-Syndrom, oder? […] Ja, wir können gemeinsam diese Politik der links-grünen Knechtschaft beenden, die uns jeden Tag ärmer, unsicherer und unfreier macht. Die unser hart erarbeitetes Geld für linke Ideologie-Projekte und unsere eigene ideologische Umerziehung verpulvert. […] Alles für unsere Heimat Thüringen! Für Deutschland alles!"[1757]

Lauerwald bedient sich zum Ende seiner Rede damit auch einer (nicht strafbaren) Abwandlung der SS-Losung „Alles für Deutschland", wegen deren Gebrauch Björn Höcke rechtskräftig verurteilt wurde.[1758]

Auch die AfD Hamburg-Mitte veröffentlichte am 31. August 2022 auf ihrem Facebook-Profil einen Beitrag, der das vermeintlich drohende Ende der Demokratie zum Inhalt hatte. Anlass hierfür war der Umstand, dass die Winnetou-Filme von der ARD vorerst nicht mehr ausgestrahlt werden:

> *„Die ARD hat Winnetou aus dem Programm gecancelt. Es ist wieder soweit. Bücher werden heute nicht mehr verbrannt, sie werden gelöscht. Wehret den Anfängen. […] Denn am Ende der links-grünen Transformation wider unserer Kultur werden wir ebenfalls zu Mohikanern werden. Nur die AfD ist noch bereit, sich dem aggressiven Druck der Bolschewoken zu stellen."*[1759]

Der Begriff „*Bolschewoken*" bezieht sich auf die „Bolschewiki", jene radikal revolutionäre Mehrheitsgruppe der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands unter der Führung von Wladimir Iljitsch Lenin, die im Zuge der Oktoberrevolution 1917 mit Unterstützung der Arbeiter- und Soldatenräte die Macht übernahm. Durch die Verwendung des Begriffs „*Bolschewoken*" in diesem Kontext werden die amtierenden Regierungsparteien als revolutionäre Gruppierung verunglimpft und es wird suggeriert, dass

---

[1757] Lauerwald, Wolfgang: Rede auf AfD-Wahlkampfveranstaltung in Gera (TH) am 16.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.08.2024, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 19.08.2024.
[1758] Vgl. Kapitel E. I. 4. c.
[1759] AfD Hamburg-Mitte: Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 31.08.2022.

sie die gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse binnen kurzer Zeit tiefgreifend im Sinne der Etablierung eines sozialistischen Systems verändern wollen.

Arthur Österle, zum damaligen Zeitpunkt Direktkandidat zur Landtagswahl 2024 in Sachsen (mittlerweile MdL SN), bezeichnete sich in seiner Kandidatenvorstellung als *„Politiker aus Notwehr“*:

> *„Politiker zu werden, stand niemals auf meiner Lebensagenda.*
> *Das Kartell der Altparteien und ihre Handlanger plündern uns und unsere Heimat aus. Das Kartell der Altparteien setzt das Grundgesetz als Waffe gegen uns, gegen unser Volk ein. Das Kartell der Altparteien manipuliert unser Volk oder ignoriert uns einfach. Deshalb fühle ich mich geradezu gezwungen, einzuschreiten - aus purer Notwehr für die Meinen und mein Volk!“*[1760]

f. Allgemeine Diffamierung der staatlichen Institutionen

Auch andere Aussagen, die die Tendenz in sich tragen, das Vertrauen zu den Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bundesrepublik in der Bevölkerung von Grund auf zu erschüttern und damit zugleich die freiheitliche demokratische Grundordnung als Ganzes fragwürdig erscheinen zu lassen, sind als Anhaltspunkte zu berücksichtigen. Denn die systematische Herabsetzung staatlicher Organe und demokratischer Politikerinnen und Politiker ist – wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Verbot der Sozialistischen Reichspartei ausdrücklich betonte – dieselbe Methode, die *„auch Hitler anwandte, um Demokratie und Freiheit zu beseitigen und eine Diktatur aufzurichten“*.[1761]

Dementsprechend können auch wiederholte Angriffe, die über eine scharfe Polemik und eine harte Auseinandersetzung in der Sache hinausgehen und dem politischen Gegner, anderen Parteien oder Politikerinnen und Politikern überhaupt jede Integrität im politischen Geschehen und deren Fähigkeit zu einer sinnvollen Mitwirkung an der demokratischen Willensbildung absprechen, Anhaltspunkte dafür sein, dass das Vertrauen in das politische System als Ganzes untergraben werden soll.

[1760] Österle, Arthur: „Arthur Österle – Politiker aus Notwehr“, in: https://arthuroesterle.de, ohne Datum, abgerufen am 24.06.2024.
[1761] BVerfG, Urt. v. 23.10.1952, 1 BvB 1/51, NJW 1952, 1407.

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) diffamierte in einem Facebook-Beitrag vom 26. Juni 2023 die übrigen politischen Parteien in Deutschland:

> *„Die #Altparteien tragen die Verantwortung für die Zustände in Deutschland: Sie regieren wie ein politischer #Swingerclub. Jeder mit jedem, alles und immer. Und das seit etwa 75 Jahren!“*[1762]

Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) kommentierte in einem Tweet vom 21. Februar 2023 die Presseberichterstattung über den amtierenden Bundeswirtschaftsminister Habeck und beschrieb die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Rahmen als einen *„antideutsche[n] Todeskult“*:

> *„Ihm geht die komplette ökonomische Zerstörung des Osten nicht schnell genug. - Die Grünen sind ein antideutscher Todeskult, keine politische Partei.“*[1763]

Zudem schrieb Krah in einem weiteren Tweet vom 11. Juli 2023:

> *„Wir werden von Antideutschen regiert, die nach dem Motto handeln: Deutschland zuletzt, und das für Moral halten.“*[1764]

Auch Karsten Hilse (MdB, SN) ließ sich in einem Facebook-Eintrag vom 22. Februar 2024 über die vermeintliche Zerstörung Deutschlands aus:

> *„Die sogenannte Dekarbonisierung ist in Wirklichkeit eine Deindustrialisierung Deutschlands.*
> *Und diese sukzessive Zerstörung Deutschlands erfolgt auch nicht aus Dummheit, sondern in böswilliger Absicht. Wie jeder normaldenkende Bürger in Deutschland weiß, haben die meisten Grünen Kommunisten weder einen Berufs- noch einen Studienabschluss und laufen Ihnen und Ihresgleichen wie geistig minderbemittelte Claqueure hinterher. Sie sind von Hass auf Deutschland zerfressen und haben zum Ziel, unser Deutschland bis zur Unkenntlichkeit zu transformieren, gelenkt von Sozialisten aus Brüssel und Washington, seiner Seele, seiner Identität*

[1762] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 26.06.2023, abgerufen am 17.10.2023.
[1763] Krah, Maximilian: Tweet vom 21.02.2023, abgerufen am 23.02.2023.
[1764] Krah, Maximilian: Tweet vom 11.07.2023, abgerufen am 17.07.2023.

und seiner Wirtschaftskraft beraubt. Die einzige Partei, die Ihnen bei der Umsetzung Ihres perfiden Plans noch im Weg steht, ist die AfD.“[1765]

Hilse attackiert in seinem Beitrag die *„grünen Kommunisten“*, stellt aber zugleich die AfD als einzige Partei dar, die sich den unterstellten zerstörerischen Aktivitäten widersetze und macht damit die gesamte übrige Parteienlandschaft verächtlich.[1766]

Marlon Deter (Landesschriftführer der AfD BB) unterstellte den von ihm als *„Kartellparteien“* bezeichneten Parteien auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 7. April 2024 kollektiv die Zerstörung Deutschlands:

> *„Wir werden das Imperium der Kartellparteien zum Einsturz bringen. Hier im Osten wird die Arroganz der Macht ins Rutschen kommen, hier in Brandenburg werden wir den roten Sumpf trockenlegen. All die Altparteien haben Verrat am deutschen Volk begangen. Grüne Ideologie, rote Idiotie, schwarze Verlogenheit und Gelbe, die mal vor langer, langer Zeit freiheitlich waren. Sie alle tragen die Verantwortung für die systematische Zerstörung unserer Wirtschaft, die systematische Zerstörung unseres Wohlstandes, die systematische Zerstörung unserer Kultur, unserer Identität und unserer Landschaft. Und die systematische Zerstörung der Zukunft folgender Generationen.“*[1767]

Der Beisitzer im Bundesvorstand Martin Reichardt (MdB, ST) äußerte im Rahmen einer sogenannten Friedensdemonstration in Cottbus (BB) am 16. April 2023:

> *„Wir müssen wieder auf die Straße, denn diese Regierung der linken und grünen Deutschland-Hasser, sie hat ihr Ziel vor Augen, und es ist die Zerstörung unseres Landes, die Zerstörung unserer Gesellschaft, die Zerstörung unserer Kultur, die Vernichtung unseres Eigentums und die Zerstörung unseres Wohlstands. Und dagegen stehen wir gemeinsam auf, Frau Baerbock, wir lassen uns von ihnen nicht kaputtmachen. Wir erleben die Zerstörung all dessen, was Generationen aufgebaut haben. Wir erleben die atemberaubend schnelle Vernichtung dessen, was unserer Väter und Großväter hier wieder aufgebaut haben. Das Land, das unsere Heimat ist. Dieses Land soll uns von den Linksgrünen genommen werden. Liebe Freunde, wir haben es bereits mehrfach gesagt, Deutschland ist zu*

[1765] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 22.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.
[1766] Siehe hierzu auch Kapitel E. 2. a.
[1767] Deter, Marlon: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 07.04.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2025, Kanal: „Björn Banane“, abgerufen am 08.04.2025.

einem rot-grünen Irrenhaus geworden, regiert von Sozialisten von einer aus Amerika gesteuerten pädophilen, grünen Clique von Lügnern und Lebenslauffälschern."[1768]

Auch Carolin Bachmann (MdB, SN) unterstellte in einem am 5. Januar 2024 auf Facebook veröffentlichten Video der Bundesregierung die Zerstörung des Landes:

> *„Arbeit muss sich wieder lohnen und diese Deutschlandzerstörer dürfen nicht länger unser schönes Vaterland regieren.*
> *Wir sehen uns auf der Straße."*[1769]

In seiner Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 für die Kandidatur zum Posten des Beisitzers im Bundesvorstand unterstellte auch der damalige Bundestagsabgeordnete Marc Jongen (mittlerweile MdEP, BW) der aktuellen sowie der ehemaligen Bundesregierung eine systematische Arbeit gegen Deutschland und das deutsche Volk; die etablierten Parteien beschuldigte er der Missachtung des Grundgesetztes und der Demokratie:

> *„Seit vielen Jahren arbeiten die deutschen Regierungen, die per Amtseid das Wohl des deutschen Volkes mehren sollen, systematisch gegen das eigene Land und das eigene Volk. Und die Ampel hat das noch intensiviert, und zum Teil wissen diese Leute ja gar nicht mehr, dass ein deutsches Volk überhaupt existiert. Oder sie schämen sich dafür. [...] Wir wollen ein souveränes, ein selbstbewusstes, ein blühendes Deutschland, das seine Interessen vertritt und das seiner Bürger in Frieden mit der Welt, aber eben nicht zu untertänigen Diensten der ganzen Welt. Und es liegt allein an uns, und das müssen wir uns immer wieder bewusst machen, allein an der Alternative für Deutschland, diese bessere Zukunft herbeizuführen und das Ruder noch herumzureißen. Und deshalb, liebe Freunde, dürfen wir uns doch nicht selbst streiten, uns selbst zerfleischen und lähmen. Damit betreiben wir das Geschäft unserer Gegner, denn die wollen uns vernichten, die*

[1768] Reichardt, Martin: Redebeitrag in Cottbus (BB) am 16.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.04.2023, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 19.04.2023.
[1769] Bachmann, Carolin: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 05.01.2024, Kanal: „Carolin Bachmann, MdB", abgerufen am 11.01.2024.

deutschen demokratischen Parteien, wie sie sich nennen und indem sie Grundgesetz und Demokratie mit Füßen treten."[1770]

Steffen Janich (MdB, SN) veröffentlichte am 3. September 2023 auf Facebook einen Beitrag, in dem er die Regierenden als „*Deutschlandhasser*" diffamierte:

> „*Guten Morgen Deutschland. Rassismus gegen die eigene Bevölkerung ist das Ergebnis und der Auswuchs einer völlig verfehlten Migrationspolitik in unserem Land durch die Bundesregierung und die Regierungen der Länder. Während durch die desaströse Innenpolitik der Nancy Faeser täglich neue Menschen illegal in unser Land eindringen, grenzen mittlerweile links-grüne Organisationen Menschen im eigenen Land aus. Wir sagen, Schluss mit diesem sozialistischen Kurs dieser Deutschland-Hasser, holen wir unser Land zurück.*"[1771]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) schrieb am 2. Februar 2024 auf Facebook von der Regierung als einer „*machtgeile[r] Clique von Deutschland-Hassern*":

> „*Diese Regierungsverbrecher haben Geld für Waffen, Munition und Korruption in der Ukraine. Selbst die Neubauprojekte der Deutschen Bahn, einer im Investitionsstau steckenden Lebensader dieses Landes und seiner Wirtschaft, werden dafür geopfert. Macht Euch selbst ein Bild und wählt diese machtgeile Clique von Deutschland-Hassern ab. Dieses Jahr ist dazu reichlich Gekegenheit.*"[1772]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 31. Januar 2024 auf der Plattform X:

> „*Die Politik der #Ampel (und ihrer Unterstützer) ist nur zu erklären mit Haß auf Deutschland und Verachtung des Eigenen.*"[1773]

Auch auf dem Landesparteitag der AfD Brandenburg am 6. April 2024 unterstellte Berndt den übrigen, im Bundestag vertretenen Parteien ein Agieren gegen die Interessen Deutschlands:

> „*Das Elend von heute war 2015 längst in der Parteienherrschaft angelegt. Das Elend von heute ist ja das Ergebnis der jahrzehntelangen Herrschaft der Staatsparteien SPD, CDU, FDP, Linke und Grüne, Parteien, die das Volk verneinen und*

[1770] Jongen, Marc: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation", abgerufen am 01.08.2022.
[1771] Janich, Steffen: Facebook-Eintrag vom 03.09.2023, abgerufen am 05.09.2023.
[1772] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 02.02.2024, abgerufen am 23.02.2024.
[1773] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.01.2024, abgerufen am 01.02.2024.

die nicht Deutschland verpflichtet sind, sondern gewissenlosen Weltverbesserern in Davos. Liebe Freunde, deshalb hat unser Freund Lars Hünich mit seiner Kritik am Parteienstaat vollkommen recht. […]

Zum Ende der Wahlperiode ist Woidke länger Minister oder Ministerpräsident, als Erich Honecker Generalsekretär der SED war. Und das merkt man, liebe Freunde. Woidke ist der personifizierte Parteienstaat, den wir überwinden müssen, um endlich wieder frei atmen zu können.“[1774]

Auch Äußerungen führender Vertreterinnen und Vertreter der AfD im Vor- und Nachgang zu der konstituierenden Sitzung des 8. Thüringer Landtags am 26. September 2024 zeigen ein gegen das Demokratieprinzip gerichtetes planvolles Vorgehen der AfD.

Der zugrundeliegende Sachverhalt betrifft den im Rahmen der ersten Sitzung des Thüringer Landtags am 26. September 2024 aufgetretenen Organstreit zwischen dem Alterspräsidenten des Thüringer Landtags, dem AfD-Abgeordneten Jürgen Treutler (MdL TH), und den weiteren Fraktionen, insbesondere der CDU, der am 27. September 2024 im Rahmen eines per Eilrechtsschutz beantragten Organstreitverfahrens vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof entschieden wurde.[1775]

Das Gericht verpflichtete auf Antrag der CDU-Fraktion sowie des Landtagsabgeordneten Andreas Bühl den Alterspräsidenten Treutler dazu, den Namensaufruf der Mitglieder des Thüringer Landtags durchzuführen, daran anknüpfend die Feststellung über die Beschlussfähigkeit des Landtags zu treffen und sodann die vorläufige Tagesordnung im Plenum zur Abstimmung zu stellen.[1776]

Dem Verfahren lag zugrunde, dass im Vorfeld der ersten Sitzung des Thüringer Landtags CDU und BSW einen Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags auf die vorläufige Tagesordnung eingebracht hatten, welcher sich mit den Regeln zur Wahl des neuen Landtagspräsidenten bzw. der neuen Landtagspräsidentin befassen sollte.

Der Alterspräsident Jürgen Treutler (MdL) lehnte es in der Sitzung sodann sowohl ab, die Beschlussfähigkeit des Landtags festzustellen, die den vorherigen Namensaufruf

---

[1774] Berndt, Hans-Christoph: Rede auf dem Parteitag der AfD Brandenburg am 06.04.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.04.2024, Kanal: „Dr. Christoph Berndt“, abgerufen am 08.04.2024.
[1775] Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24.
[1776] Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24.

der Mitglieder des Landtags zur Voraussetzung hat, als auch über die Tagesordnung durch das Plenum abstimmen zu lassen. Vielmehr unterbrach er mehrfach die Sitzung, ohne dem wiederholt vorgebrachten Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit nachzukommen. Begründet wurde dies damit, dass er sich der Rechtsauffassung der AfD-Fraktion zur Auslegung der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags anschließe, nach welcher der Landtag erst nach der Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin in der Lage sei, Beschlüsse zu fassen.

Das Gericht stellte in seinen Entscheidungsgründen indes u. a. fest, dass das Amt des Alterspräsidenten allein durch die funktionelle Notwendigkeit geprägt sei, in der konstituierenden Sitzung des Landtags das Verfahren bis zur Wahl des Landtagspräsidenten durchzuführen, er keine weitergehenden Befugnisse habe und er gerade nicht demokratisch legitimiert sei.[1777]

Der Sachverhalt rund um diese konstituierende Sitzung wurde hierbei vornehmlich zum Zwecke der fortwährenden Diffamierung und Delegitimierung der staatlichen Institutionen genutzt. Aussagen von AfD-Funktionären belegen dabei, dass durch die AfD planvoll die Delegitimierung des Thüringischen Verfassungsgerichtshofs betrieben wurde.

So veröffentlichte Björn Höcke bereits am 25. September 2024 einen längeren Beitrag auf Facebook, in dem er unter dem Begriff *„Demokratiedämmerung"* unter Berufung auf den antidemokratischen Staatsrechtler Carl Schmitt von einem *„Machtkartell"* sprach, das sich in einem Ausnahmezustand befinde, und Zweifel an der Legitimität des Verfassungsgerichtshofs säte:

> *„Das Machtkartell befindet sich seit den Wahltriumphen der AfD in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im Ausnahmezustand. Und Ausnahmezustände erlauben Ausnahmemaßnahmen. So jedenfalls die offizielle Rechtfertigung für bizarre AfD-Verhinderung-Koalitionen und parlamentarische Regelbrüche. Das läßt zwar immer mehr die demokratische Ordnung zerbröseln, aber wer den ‚Faschismus' in Land und Ländle verhindern will, darf nicht zimperlich mit Gesetz und Ordnung sein. Morgen bekommen die Bürger ein konkretes Beispiel im Erfurter Landtag geboten. […] Es steht zu vermuten, daß ein womöglich angerufenes Verfassungsgericht dem unheilvollen Treiben kaum Einhalt gebieten wird. In*

[1777] Thüringer Verfassungsgerichtshof, Beschl. v. 27.09.2024, 36/24, juris, Leitsatz 1, Rn. 63 f.

der Corona-Zeit folgten die Urteile der Verfassungsgerichtsbarkeit der Macht und nicht dem Recht. Letztlich verdanken die Verfassungsrichter ihre Position den Parteibüchern, die sie selbst besitzen – ein Schlag ins Gesicht der vielbeschworenen Gewaltenteilung. Der bedeutende Staatsrechtler Carl Schmitt sah für Ausnahmezustände die Möglichkeit von Ausnahmemaßnahmen vor. Er band allerdings diese ‚Souveränität' an das Staats- und Gemeinwohlinteresse, nicht an Partikular- und Einzelinteressen. Was gegen die Thüringer AfD jetzt in Stellung gebracht wird, ist das Partikularinteresse einer Beutegemeinschaft samt dem Egointeresse zweier eitler Personen: einem Wahlverlierer, der aus Machtambitionen doch noch Ministerpräsident werden möchte, und einer Talkshow-Diva, die aus dem fernen Saarland die Thüringischen belange zu gestalten gedenkt."[1778]

Dieser Beitrag wurde durch weitere Funktionäre der AfD Thüringen wie Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt noch MdB, TH)[1779], Daniel Haseloff (MdL TH)[1780] sowie den AfD-Landesverband[1781] selbst weiterverbreitet.

Nach dem Beschluss des Thüringer Verfassungsgerichtshofs erklärte die AfD zwar, sich an diesen halten zu wollen, gleichzeitig folgten daraufhin weitere massive Diffamierung. So sprach Höcke in einem Interview mit AUF1 von „*Parteibuchrichter[n]*"[1782]. Ähnlich äußerte sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Jörg Prophet (MdL TH).[1783] Der stellvertretende AfD-Bundesvorsitzende Stephan Brandner (MdB, TH) sprach von einem „*#Thüringenputsch*" und bezog dies auch auf den Verfassungsgerichtshof, in dem er dessen Beschluss am 27. September 2024 auf X teilte und dazu schrieb:

> „*Der nächste #Thüringenputsch nach #Merkel! Diesmal auch noch devot flankiert durch den Thüringer Verfassungsgerichtshof... Was ist nur in [Symbol Deutsche-Flagge] los? Demokratie, Gewaltenteilung, Parlamentarismus werden durch die #Altparteien vernichtet! Täglich!*"[1784]

[1778] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1779] Pohl, Jürgen: Telegram-Beitrag vom 26.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1780] Haseloff, Daniel: Telegram-Beitrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1781] AfD Thüringen: Telegram-Beitrag vom 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[1782] Höcke, Björn im Interview mit AUF1 vom 30.09.2024; veröffentlicht in: https://auf1.tv, abgerufen am 01.10.2024.
[1783] Prophet, Jörg: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 28.09.2024, Kanal: „doro hoff", abgerufen am 30.09.2024.
[1784] Brandner, Stephan: Tweet vom 27.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

Der AfD-Bundesverband sprach auf X von „*Clanstrukturen in allen relevanten Bereichen*“ und skizzierte ein Bild Organisierter Kriminalität, die durch die etablierten Parteien geschaffen worden sei:

> *„La familia nicht nur am Verfassungsgericht Thüringen: 5 Richter mit Parteibuch, einer davon mit einem Sohn, der Abgeordneter der CDU-Fraktion im Landtag ist. Eine über Nacht gelöschte Wikipedia-Seite über Jörg Hopfe, den unflätigen SPD-Landtagsdirektor, der jede Neutralität vermissen ließ. Und eine CDU-Fraktion, die schon einen Tag vorher wusste, dass sie das Verfassungsgericht anrufen würde: Das klingt nicht nach dem beschaulichen Thüringen, sondern eher nach einer filmreifen Story aus Sizilien. […]*
> *Ganz Deutschland kann sich nun anhand einer Auseinandersetzung über eine Geschäftsordnung selbst ein Bild von den Strukturen machen, die sich die etablierten Parteien nicht nur in Thüringen geschaffen haben – und die sie nun mit allen Mitteln zu erhalten versuchen“.*[1785]

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Beisitzer im Landesvorstand Daniel Haseloff (MdL TH) schrieb auf X:

> *„In #Thüringen wurde das Zwei-Parteien-System offensichtlich. Es gibt nur noch den Kartellblock und die #AfD.“*[1786]

Aus den dargestellten Äußerungen zeigt sich, wie ein planvoll inszenierter Konflikt mit den anderen Fraktionen des Thüringer Landtags und die Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof genutzt wurden, um die Behauptung der AfD hinsichtlich der angeblich herrschenden undemokratischen Zustände zu befeuern. Dem Verfassungsgerichtshof wird hierbei unterstellt, nicht unabhängig zu entscheiden, sondern als verlängerter Arm der anderen Parteien zu agieren. Damit wird insinuiert, dass die Gewaltenteilung nicht (länger) existiere, und das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Institutionen und das Demokratieprinzip bewusst erschüttert.

Zudem verdeutlichen weitere Belege die Intention der AfD, die ihnen zur Verfügung stehenden Einflussmöglichkeiten und Machtmittel planvoll zu nutzen, um unter Umgehung des dem Demokratieprinzip immanenten Mehrheitsprinzips und der Gleichheit

---

[1785] AfD: Tweet vom 28.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
[1786] Haseloff, Daniel: Tweet vom 29.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.

der Abgeordneten eine Lage herbeizuführen, die eine Ausdehnung des politischen Einflussbereichs der AfD ermöglicht.

So erklärte der Alterspräsident Jürgen Treutler am Nachmittag des 26. September 2024 in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier:

> *„Ich wollte tatsächlich souverän durch das Programm kommen. Es gab eine Strategie, die tatsächlich aufgegangen ist."*[1787]

Auf Nachfrage, ob es Teil dieser Strategie war, ein Verfahren vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof herbeizuführen, erklärte Treutler weiter:

> *„Natürlich ist das ein zusätzlicher Punkt. Man weiß ja nie, wie das Verfassungsgericht entscheidet. Aber es war tatsächlich Strategie, dass die CDU nach Weimar geht."*[1788]

Am 26. September 2024 gab Treutler auch dem rechtsextremistischen COMPACT-Magazin ein kurzes Interview und antwortete auf die Frage nach dem Vorwurf der *„Altparteien"*, Abgeordnetenrechte beschnitten zu haben, wie folgt:

> *„Also im Gegenteil. Das Gegenteil ist der Fall. Die haben ja einen Antrag eingebracht zur Geschäftsordnung. Sie wollten das durchsetzen und ich habe das dann verhindert, weil die wollten quasi sofort die Wahl durchführen. Dass nicht nach bisherigen Gegebenheiten, sondern jede Fraktion jemanden vorschlagen kann. Und es war ja auch im Beifall zu sehen, dass sich dann wieder alle auf einen Kandidaten vereinigt hätten."*[1789]

Einem Bericht der WELT vom 26. September 2024 zufolge hatte die AfD gezielt Landtagskandidaten aufgestellt, denen gemäß ihres Alters die Rolle des Alterspräsidenten zufallen würde. So äußerte Höcke gegenüber der WELT:

> *„Ich werde jetzt nicht aus meinem strategischen Nähkästchen plaudern. Sie können sicher sein, dass wir als AfD Thüringen eine sehr weitreichende strategische Planung haben. Selbst wenn Jürgen Treutler seinen Wahlkreis nicht gewonnen*

[1787] Treutler, Jürgen: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 27.09.2024, Kanal: „Chromie", abgerufen am 30.09.2024.
[1788] Ebd.
[1789] Treutler, Jürgen: Interview; veröffentlicht in: Tweet vom 26.09.2024, Kanal: „Jürgen Elsässer", abgerufen am 30.09.2024.

hätte, wäre unser Abgeordneter Wolfgang Lauerwald Alterspräsident geworden.“[1790]

Angesprochen auf die Regierungsbildung und eine mögliche Minderheitsregierung in Thüringen hatte Höcke bereits am 31. August 2024 in einem Interview am Rande einer Wahlkampfabschlussveranstaltung bezogen auf die konstituierende Sitzung des zu wählenden Landtags ausgeführt:

> *„[I]ch will jetzt auch noch nicht aus dem Nähkästchen plaudern, wir haben ja schon alles durchdekliniert und alles durchdacht, aber man muss in der Politik auch vielleicht das ein oder andere taktische Geheimnis wahren, ob wir zu einer schnellen MP-Wahl schreiten oder ob wir den Prozess eher mal begleiten, der relativ lange andauern wird, wenn man uns außen vor lässt. Nochmal, wir sind auf alles vorbereitet und wir werden genauso wie am 5. Februar 2020 eine sehr gute Rolle spielen, eine sehr dominante Rolle spielen. Alle Wähler, die uns wählen, können sicher sein, dass unsere Stimme unüberhörbar sein wird und dass wir auch in den nächsten Wochen und Monaten für Gesprächsstoff bundesweit sorgen werden, im positiven Sinne.“*[1791]

Nach Recherchen der BILD gab es im Vorfeld der konstituierenden Sitzung innerhalb der AfD Thüringen zumindest Überlegungen zu einem „Blitzplan“, der, sollten die anderen Fraktionen nicht ausreichend vorbereitet sein, eine Wahl eines Vorschlags der AfD-Fraktion zum Ministerpräsidenten oder -präsidentin hätte herbeiführen sollen.[1792]

Dem Landtagspräsidenten oder der Landtagspräsidentin kommt insofern auch für die Wahl eines Ministerpräsidenten oder einer Ministerpräsidentin eine besondere Rolle zu, als er oder sie nach der Geschäftsordnung verschiedene Möglichkeiten der Beeinflussung von Prozessen im Landtag hat, wie etwa in einem begrenzten Rahmen auch auf den Zeitpunkt der Wahl.

Zwar sind ein planvolles Agieren einer Partei und auch taktische Erwägungen für sich betrachtet nicht verfassungsschutzrelevant. Aus den vorstehenden Belegen wird aber

---

[1790] WELT: „Warum nach dem AfD-Sieg schon in der ersten Landtagssitzung Ärger droht“ vom 26.09.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 27.09.2024.
[1791] Höcke, Björn im Wahlkampfabschluss-Interview am 31.08.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Elijah Tee _ ET Video & Content“, abgerufen am 28.10.2024.
[1792] BILD: „Plant Höcke seine Blitz-Wahl?“ vom 07.09.2024, in: www.bild.de, abgerufen am 21.10.2024.

erkennbar, dass die AfD mit der missbräuchlichen Ausübung des Amts des Alterspräsidenten und entgegen der für sie erkennbaren Mehrheitsverhältnisse verhindern wollte, dass ein anderer Kandidat oder eine andere Kandidatin als Landtagspräsident bzw. Landtagspräsidentin gewählt werden würde.

Die AfD Thüringen hat damit die Absicht zum Ausdruck gebracht, demokratische Willensbildungsprozesse und durch demokratische Wahlen zustande gekommene Mehrheitsverhältnisse zu unterlaufen. Dadurch untergräbt sie das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Prozesse insgesamt.

Das die demokratischen Institutionen vorsätzlich schwächende bzw. untergrabende Vorgehen des thüringischen Landesverbands wurde und wird durch den AfD-Bundesverband aktiv unterstützt und gebilligt. Dies wird auch daran deutlich, dass die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) am 27. September 2024 eine Stellungnahme Daniel Haseloffs kommentierte, in der sich dieser beim parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion in Thüringen Torben Braga (zum damaligen Zeitpunkt MdL, seit 2025 MdB, TH) bedankte, dem von Seiten der AfD die erfolgreiche Vorbereitung und Durchführung ihres Plans zugeschrieben wird. Weidel griff die Danksagung auf, indem sie hierzu äußerte:

„Es gibt keinen Besseren! Dankeschön, lieber Torben #Braga“[1793]

Nach dem russischen Überfall auf die Ukraine fanden sich im Zusammenhang mit der drohenden Energiemangellage immer wieder Verlautbarungen der AfD, in denen der Regierung eine gezielte Ressourcenverknappung zum Nachteil der Bevölkerung unterstellt wurde.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Ulrich Singer sprach auf Facebook von einem *„womöglich ideologisch gewollten Gas- und Strommangel“*.[1794]

In einem Facebook-Eintrag vom 25. Mai 2023 bezeichnete Jörg Urban die von der Bundesregierung angedachte Wärmeplanung als *„Eintrittstor zum Überwachungsstaat“*. Des Weiteren schrieb er:

[1793] Haseloff, Daniel: Tweet vom 27.09.2024, abgerufen am 30.09.2024.
[1794] Singer, Ulrich: Facebook-Eintrag 30.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.

„Dass der Staat nun auch noch im Keller herumschnüffeln will und im Zweifelsfall eine Heiz-Polizei aktiv wird, ist eine Vorstellung, die an die DDR und Orwells 1984 erinnert.“[1795]

Anlässlich der seinerzeitigen Energiemangellage schrieb das Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus Gunnar Lindemann im August 2022 auf Facebook von einer *„Energiediktatur“* des *„Scholz-Regime[s]“*:

„Scholz-Regime bereitet Energiediktatur vor! Bei Gasmangel übernimmt das Regime die Verteilung!
Das Scholz-Regime perfektioniert seine Unfähigkeit, unsere Industriegesellschaft mit ausreichend Energie zu versorgen, auf die ihm typische Weise: Mit feudalen Maßnahmen und sozialistischer Zuteilung. Im Fall von Gasmangel im Winter will das Politbüro alleine entscheiden, wer wieviel Gas bekommt. [...] Hier geht es um den Machtrausch der rot- grün-gelben Sonnenkönige.“[1796]

Der AfD-Kreisverband Wuppertal (NW) unterstellte der Bundesregierung ebenfalls Absicht hinsichtlich eines drohenden Versorgungsmangels:

„Nein, wir glauben nicht, dass die Ampel pennt! Wir werten dies als Absicht!“[1797]

Dimitri Schulz (MdL HE) schrieb am 6. September 2022 auf Facebook sogar von einem *„Wirtschaftskrieg“*:

„Die Regierung führt einen Wirtschaftskrieg gegen das deutsche Volk!“[1798]

Am 22. Oktober 2022 wurde auf dem YouTube-Kanal „Digitaler Chronist“ ein Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Martin Sichert (BY/NI) veröffentlicht. Darin bezeichnete Sichert die Energie- und Migrationspolitik der Regierung als *„extremistisch“*:

„Das ist eigentlich [...] es ist eine extremistische Politik, die die Regierung betreibt. Die würde in nahezu jedem Land der Welt als extremistisch betrachtet werden.“[1799]

[1795] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 26.05.2023.
[1796] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 09.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.
[1797] AfD Wuppertal: Telegram-Beitrag vom 20.09.2022, abgerufen am 20.09.2022.
[1798] Schulz, Dimitri: Facebook-Eintrag vom 06.09.2022, abgerufen am 27.09.2022.
[1799] Sichert, Martin: „Im Gespräch mit... Martin Sichert“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.10.2022, Kanal: „Digitaler Chronist“, abgerufen am 24.10.2022.

In einem Telegram-Beitrag vom 8. September 2023 verunglimpfte Markus Frohnmaier (MdB, BW) die Bundesregierung, indem er das von ihr eingebrachte und zu dem damaligen Zeitpunkt zur Abstimmung stehende Gebäudeenergiegesetz folgendermaßen kommentierte:

> *„Den Heizungs-Faschismus der Ampelregierung stoppen!"*[1800]

Auch der Krieg in der Ukraine wurde durch die AfD wiederholt zum Anlass genommen, die Bundesregierung als Agitatorin in diesem Konflikt zu verunglimpfen.

So veröffentlichte Alice Weidel (Co-Bundessprecherin und MdB, BW) am 6. Januar 2023 einen Tweet anlässlich des Ukraine-Kriegs, in dem sie die Bundesregierung als *„größenwahnsinnige und ungebildete Hasardeurregierung"* bezeichnete, die Deutschland an den Rand eines dritten Weltkriegs führe:

> *„Statt sich für Verhandlungen einzusetzen, bringt diese fanatische, größenwahnsinnige und ungebildete Hasardeurregierung unser Land an den Rand eines 3. Weltkrieges."*[1801]

Jörg Urban (Landesvorsitzender und MdL SN) bezeichnete die Ukraine in einem Facebook-Post vom 8. Mai 2023 als *„neofaschistisches Regime"*, das mit Nationalsozialisten sympathisiere und diese verehre, und warf der Bundesregierung vor, dies zu unterstützen. Der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstellte Urban totalitäre Absichten und verunglimpfte diese als *„profaschistische Partei"*:

> *„+ + + Nie wieder Faschismus + + +*
> *Die Botschaft dieses Tages sollte lauten: Nie wieder Faschismus. Nie wieder Krieg. Stattdessen unterstützt die Bundesregierung in der Ukraine ein neofaschistisches Regime, das aus seiner Sympathie für die Nazis kaum einen Hehl macht.* **
> *Stattdessen ist in Deutschland mit den Grünen eine profaschistische Partei an der Regierung beteiligt, die davon träumt, die Menschen in totalitärer Weise ihrer Freiheit zu berauben.*

[1800] Frohnmaier, Markus: Telegram-Beitrag vom 08.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
[1801] Weidel, Alice: Tweet vom 06.01.2023, abgerufen am 12.01.2023.

*** In der heutigen Ukraine werden ehemalige Nazi-Kollaborateure wie Stepan Bandera als Nationalhelden verehrt. Bandera ist u. a. für die Ermordung tausender Juden und Polen verantwortlich.*"[1802]

Urban gab der Bundesregierung in seiner Rede auf einer Mahnwache in Bautzen (SN) am 13. Februar 2023 die Schuld am Ukraine-Krieg und bezeichnete diese in der Folge als „*Kriegstreiber*":

„*Zeigen wir nach oben auf die Verantwortlichen und sagen, ihr seid Schuld am Krieg, ihr seid die Kriegstreiber.*"[1803]

g. Zwischenfazit

Die vorstehende Untersuchung hat gezeigt, dass Funktionärinnen und Funktionäre der AfD Äußerungen und Positionen vertreten, mit denen sie das Demokratieprinzip in Frage stellen. Dabei vertreten sie weiter Positionen, die bereits Anlass zur Einstufung als Verdachtsfall gaben.

Insgesamt zeichnet die AfD das Bild einer Bundesrepublik, die im Verfall begriffen ist und in der demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien erodieren beziehungsweise bereits diktatorischen Strukturen gewichen sind.

Auf vielfältige Weise sprechen Abgeordnete und Organisationseinheiten der AfD der Bundesrepublik die demokratische Staatsform ab und werfen anderen Parteien sowie Politikerinnen und Politikern vor, die demokratische und rechtsstaatliche Verfasstheit in ein diktatorisches System zu transformieren. In diesem Rahmen wird immer wieder die Unabhängigkeit des deutschen Staates in Frage gestellt und eine vermeintlich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kontinuierlich bestehende Fremdbestimmtheit Deutschlands durch die Alliierten des Zweiten Weltkriegs – insbesondere die USA – oder „globale Eliten" behauptet. Der Bundesregierung wird die demokratische Legitimation abgesprochen.

Durch die Darstellung der Bundesrepublik als totalitäres System, so auch durch Vergleiche mit der DDR oder dem NS-Regime sowie die Entlehnung einschlägiger Begrifflichkeiten, wird diese massiv verunglimpft. Es wird wiederholt behauptet, elementare Rechte und Freiheiten der deutschen Bürgerinnen und Bürger würden vermeintlich

[1802] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 08.05.2023, abgerufen am 09.05.2023.
[1803] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 14.02.2023, abgerufen am 20.02.2023.

nicht gewährleistet, vielmehr erfolge eine gezielte Unterdrückung des deutschen Volkes durch oder mithilfe der Bundesregierung und der etablierten Parteien. Zugleich wird kontinuierlich die vermeintliche Zerstörung der deutschen Kultur und Identität thematisiert. Anknüpfungspunkte für die anhaltenden Diffamierungen suchte die AfD zudem weiterhin in den mittlerweile zurückliegenden Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie, die im Kontext der COVID-19-Schutzimpfungen bis hin zu Vorwürfen der vorsätzlichen Tötung deutscher Bürgerinnen und Bürger und der Forderung reichen, Regierende vor ein Kriegsverbrechertribunal zu stellen.

Ungeachtet der Verdachtsfalleinstufung der Gesamtpartei und der diese bestätigenden Gerichtsentscheidungen des VG Köln und des OVG NRW, in denen Verstöße gegen das Demokratieprinzip festgestellt wurden, hat eine kritische Auseinandersetzung mit diesen nicht stattgefunden. Vielmehr verdeutlicht die Aufrechterhaltung der gerügten Standpunkte auf allen Ebenen der AfD eine weitreichende Akzeptanz derselben innerhalb der Partei.

Demnach kann auch nicht lediglich von Entgleisungen einzelner Mitglieder ausgegangen werden. Die festgestellten Belege beschränken sich nicht auf die unteren Ebenen der Partei, sondern finden sich neben der Kreis- und Landesebene auch auf Bundesebene und selbst bei hochrangigen Funktionärinnen und Funktionären der Partei wie beispielsweise einem Großteil der Mitglieder des Bundesvorstands.

Ein Aufgeben oder Abschwächen der bereits im Rahmen der Verdachtsfalleinstufung beanstandeten Positionen ist ebenfalls nicht zu verzeichnen. Die ausgewerteten Äußerungen belegen vielmehr weitreichende Agitationen der AfD, die mit dem Demokratieprinzip nicht zu vereinbaren sind.

Gleichwohl kann eine rechtsextremistische Prägung der Gesamtpartei im Hinblick auf dieses Element der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mit Gewissheit festgestellt werden. So waren die demokratiefeindlichen Äußerungen vermehrt im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie festzustellen. Gerade zuletzt hat die AfD – mutmaßlich auch vor dem Hintergrund der gesamtgesellschaftlichen Debatte – ihren thematischen Schwerpunkt wieder auf Migration gesetzt und dabei hochfrequent völkische und fremdenfeindliche Positionierungen vertreten. Nach dem Ausbruch des Kriegs in der Ukraine und der damit einhergehenden Energiemangellage waren demokratiefeindliche Äußerungen kurzzeitig wieder häufiger zu verzeichnen.

Sie haben sich jedoch auch in diesem Zuge nicht als durchgängiges Element der Positionierungen etabliert. Das Agieren der Partei im Zusammenhang mit der konstituierenden Sitzung des Landtags in Thüringen zeigt jedoch, dass nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip gegeben sind.

In der Gesamtschau besteht daher aufgrund der Quantität der Belege und der Fortführung der Narrative weiterhin ein starker Verdacht im Hinblick auf eine demokratiefeindliche Grundhaltung der AfD.

3. Rechtsstaatsprinzip

Ein weiteres Schutzgut der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist das Rechtsstaatsprinzip, das auf die Bindung und Begrenzung der öffentlichen Gewalt zum Schutz individueller Freiheit abzielt und durch verschiedene einzelne Elemente geprägt ist. Bestimmend sind dabei die Gewaltenteilung, also einerseits die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und andererseits die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte. Zugleich erfordert der Schutz der Freiheit des Einzelnen, dass die Anwendung physischer Gewalt den an Recht gebundenen und gerichtlicher Kontrolle unterliegenden staatlichen Organen vorbehalten ist. Das Gewaltmonopol des Staates ist daher ebenfalls als Teil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anzusehen.[1804]

Anhaltspunkte für gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichtete Bestrebungen ergeben sich auch aus dem vielfach propagierten Widerstand gegen demokratisch zustande gekommene Entscheidungen. In einem solchen Widerstand, zumal er auch gewaltsame Formen annehmen kann, liegt nicht nur eine Missachtung des Demokratieprinzips, sondern auch des im Rechtsstaatsprinzip verankerten staatlichen Gewaltmonopols, da dieses einschließt, politische Entscheidungen in den verfassungsmäßig und gesetzlich geordneten Wegen und Formen herbeizuführen, und nicht durch die Gewalt der Straße zu ersetzen.[1805] Die „Herrschaft der Straße" führt notwendig auf eine dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderlaufende Gewalt- und Willkürherrschaft im Sinne von § 4 Abs. 2 lit. f BVerfSchG.

Es ist zu prüfen, ob tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen, die sich gegen das Rechtsstaatsprinzip richten, fortbestehen oder verdichtet sind. In der Einstufung zum Verdachtsfall wurden bereits Aussagen berücksichtigt, in denen Bedrohungsszenarien heraufbeschworen wurden, in welchen die staatliche Kriminalitätsbekämpfung vermeintlich keine angemessene Sicherheit mehr für die Bürgerinnen und Bürger leisten könne und diese daher selbst für ihre Sicherheit sorgen müssten.[1806] Eine kritische Auseinandersetzung der AfD mit ihren das Rechtsstaatsprinzip tangierenden Positionen hat seit der Einstufung als Verdachtsfall nicht stattgefunden. So wurden bereits im

[1804] Vgl. BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, Rn. 547 f. – NPD.
[1805] Vgl. OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260 zur Widerstandsrhetorik, dort unter dem Aspekt des Demokratieprinzips.
[1806] Vgl. Folgegutachten AfD 2021, S. 693 ff.

Rahmen der Verdachtsfalleinstufung beanstandete Positionen innerhalb der Partei vereinzelt aufrechterhalten und wiederholt.

Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) äußerte sich in einem Interview mit AUF1 vom 30. Januar 2023 zu der Frage „*Wie stehen Sie zum privaten Waffenbesitz? Und wieso will man den gesetzestreuen Bürger entwaffnen?*“ In seiner Antwort macht Komning Migrantinnen und Migranten für die Begehung zahlreicher Gewalttaten wie Amokläufe und Messerattacken verantwortlich. Als Lösung dieser vermeintlichen Problematik ging Komning auf eine Lockerung des Waffenrechts ein:

> *„Die Ursache von Amokläufen von Messerattacken, Angriffe auf Polizei oder eben auch Schutz- und Rettungskräfte: Das ist Gewalt durch Migranten. […] Wir als AfD und insbesondere auch ich stehe eher für eine Liberalisierung des Waffenrechts. Ich denke, dass gerade vor dem Hintergrund, dass der Staat offensichtlich unsere Bürger nicht mehr mit dem alleinigen Gewaltmonopol schützen kann, dass dann die Bürger durchaus die Möglichkeit haben müssen, sich selbst zu schützen. Und das eben auch durch Waffen. Insofern meine ich, ist es eher Zeit für eine Liberalisierung des Waffenrechts als für eine Einschränkung. […] Da wird eben tatsächlich die Ursache dieser Migrantengewalt nicht nur nicht erkannt, sie wird auch nicht angesprochen und erst recht nicht verhindert. Wir müssen also dafür Sorge tragen, dass die Migranten, die nach Deutschland gekommen sind, die sich strafbar gemacht haben und ich rede da nicht nur von Gewalttaten, sondern ich rede von Strafbarkeit jeglicher Art, wenn sie sich also gegen unser Rechtssystem wenden, dann müssen diese Täter unverzüglich abgeschoben werden. […] Ja und zum zweiten kommt wie gesagt dann die Entwaffnung der Bürger dazu. Also offensichtlich geht es der Innenministerin darum, dass man die Deutschen, das deutsche Volk, das angestammte Volk hier in Deutschland in eine Art Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten treiben will. Anders kann ich mir das letztlich nicht vorstellen. Diese Politik können wir auf keinen Fall mittragen. Wir können auch diese Innenministerin nicht mittragen. Wenn Sie mich also fragen, ob die Sicherheit in Deutschland durch das Handeln der Innenministerin gefährdet ist, dann kann ich das nur bejahen.“*[1807]

[1807] AUF1: „Enrico Komning: ‚Die Bürger müssen sich mit Waffen schützen können'“ vom 30.01.2023, in: https://auf1.tv, abgerufen am 17.02.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

Die Forderung nach einer Liberalisierung des einfachgesetzlichen Waffenrechts entfaltet für sich genommen keine Verfassungsschutzrelevanz. Komning stellt hier aber die Behauptung auf, der Staat könne einen hinreichenden Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr gewährleisten und zeichnet so ein Bedrohungsszenario, in dem die Bevölkerung mangels staatlicher Hilfe durch eine verstärkte eigene Bewaffnung diese vermeintliche Schutzlücke schließen müsse. Er behauptet somit das Vorliegen einer Lage, in der das Gewaltmonopol nicht mehr vom Staat ausgeübt wird und will es hierauf aufbauend für sich selbst in Anspruch nehmen.

In ähnlicher Weise äußerte sich Lena Kotré (MdL BB) in einem am 13. September 2024 auf Instagram veröffentlichten Beitrag, der einen sogenannten Kubotan[1808] mit Wahlwerbung für ihre Person im Landtagswahlkampf zeigte. Begleitend dazu schrieb sie:

> *„**Seid wehrhaft – mit dem offiziellen, limitierten Kubotan von Lena Kotré!** Während die Regierung den Opfern von Gewalt lächerliche Handlungsempfehlungen gibt, wie etwa anzufangen zu tanzen, zu singen oder sich krank zu stellen, setzen wir auf echte Sicherheit. In meinem Video präsentiere ich euch den **originalen ‚Lena Kotré Kubotan'** - der persönliche Begleiter für mehr Selbstschutz. Denn echte Sicherheit gibt es nur mit der AfD! Gemeinsam sorgen wir für ein sicheres Brandenburg!*
> ***Jetzt ansehen und wehrhaft werden!**"*[1809]

Der Besitz eines Kubotans ist in Deutschland waffenrechtlich erlaubt. Verfassungsrechtliche Relevanz entfaltet das Verteilen des Gegenstands in Zusammenschau mit der Äußerung jedoch angesichts der Verknüpfung mit dem Verweis auf vermeintlich „*lächerliche Handlungsempfehlungen*" der Regierung für Gewaltopfer und der Propagierung von „*mehr Selbstschutz*". Der Aufruf kann mit Blick auf die in Kapitel E. I. 1. b. belegte fremdenfeindliche Diktion der AfD so aufgefasst werden, dass der Staat sein Gewaltmonopol nicht mehr im erforderlichen Umfang ausübe und Privatpersonen aus diesem Grund selbst Maßnahmen zum Schutz vor Übergriffen ergreifen müssten.

[1808] Bei einem Kubotan handelt es sich um eine Waffe für den Nahkampf in verschiedenen Kampfkünsten.

[1809] Kotré, Lena: Instagram-Eintrag vom 13.09.2024, abgerufen am 19.09.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

RECHTSSTAATSPRINZIP

In ihrer Bewerbungsrede zur Europawahlversammlung in Magdeburg am 30. Juli 2023 forderte die stellvertretende Sprecherin der AfD Rhein-Sieg Irmhild Boßdorf (mittlerweile MdEP, NW) „*Pushbacks, egal was der Europäische Gerichtshof dazu sagt*", um der „*Massenzuwanderung*" zu begegnen und führte dabei aus:

> *„Was uns dann aber irgendwann fehlt, das ist unser Volk. Und dieses wird von Berlin und Brüssel der Auflösung preisgegeben. Es ist egal, wie die Frage lautet: Massenzuwanderung ist immer das Problem und niemals eine Lösung. Die Lösung lautet Remigration. Millionenfache Remigration.*
> *Deutschland leidet an einem noch nie dagewesenen Geburtenrückgang, und das mag die Endzeitapologeten der Grünen erfreuen. Schließlich bezeichnen sie Kinder als Klimaschädling Nummer eins. Man muss sich vorstellen, wie infam das ist, auszurechnen, wie viel CO_2 durch Kinder produziert wird. Aber was wir wirklich fürchten müssen, das ist nicht der menschengemachte Klimawandel. Nein, wir sollten uns viel eher fürchten vor dem menschengemachten Bevölkerungswandel, der das… der Bevölkerungswandel, der das alte Europa in eine Siedlungsregion für Millionen Afrikaner und Araber umwandeln soll.*
>
> *Das jüngst von den EU-Innenministern beschlossene ‚gemeinsame europäische Asylsystem ist reine Makulatur, denn im Außengrenzverfahren werden überhaupt nur 20% aller Asylforderer betroffen… Äh, das betrifft nur 20% der Asylforderer. Aber die Somalier, die Iraker und die Afghanen, die kommen weiter ungehindert nach Europa.*
>
> *Was wir brauchen, das sind Pushbacks, egal was der Europäische Gerichtshof dazu sagt.*
>
> *Was wir brauchen, sind Grenzanlagen, egal wie laut linke NGOs schreien. Was wir auch brauchen, ist eine europäische Grenzschutzagentur, die die Festung Europa endlich verteidigt!"*[1810]

Der Begriff der „Pushbacks" ist nicht legaldefiniert. Darunter werden im Allgemeinen staatliche Maßnahmen verstanden, bei denen Flüchtende meist unmittelbar nach Grenzübertritt zurückgeschoben werden, ohne die Möglichkeit einen Asylantrag zu

[1810] Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)

stellen oder deren Rechtmäßigkeit gerichtlich überprüfen zu lassen. Eine solche Verfahrensweise kann eine rechtsstaatliche Durchführung des Asylverfahrens in Frage stellen, zumal damit auch solche Flüchtende erfasst wären, die tatsächlich Anspruch auf Asyl haben. Der EuGH hält Zurückweisungen von Drittstaatangehörigen an EU-Binnengrenzen für rechtswidrig, es bedürfe einer Rückkehrentscheidung im Einzelfall.[1811] Boßdorf bekundet hier, dass sie die Entscheidungen des EuGH für unbeachtlich hält und stellt insofern die Bindung an Recht und Gesetz in Frage. Im Kontext der Forderung nach „*millionenfache[r] Remigration*" als Reaktion auf den „*Bevölkerungswandel*" wird deutlich, dass sich ihre Forderung, die Gerichtsurteile nicht zu berücksichtigen, auch auf an ethnischen Kriterien orientierte Massenabschiebungen bezieht und damit rechtsstaatswidrige Zurückweisungen intendiert sind.

Die Landtagsabgeordnete Lena Kotré (BB) sprach sich im Zuge des Landtagswahlkampfs in Brandenburg wiederholt für den Aufbau einer privaten „*Abschiebeindustrie*" aus. Im Rahmen einer Pressekonferenz der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg am 18. September 2024 führte sie hierzu aus:

> *„Ja, wie Sie wissen, haben wir im Land Brandenburg eine immense Anzahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern, circa 4.500. Rund die Hälfte davon sind vollziehbar ausreisepflichtige Ausländer, bei denen kein Abschiebehindernis besteht. Das bedeutet, sie könnten heute Abend ins Flugzeug gesetzt und außer Landes gebracht werden. Das ist aber nicht gewollt oder nicht gekonnt. Wenn der Staat versagt bei seiner Pflicht, diese Menschen außer Landes zu bringen, dann muss man Alternativen ins Auge fassen. Eine Alternative ist die Privatisierung von Abschiebungen, indem man Abschiebeunternehmen mit ins Boot holt. Das soll so stattfinden, die Unternehmen können sich nach einer öffentlichen Ausschreibung bewerben und wer das beste, das günstigste und das wirtschaftlich am ansprechendste Konzept uns vorlegen kann, der kriegt dann den Zuschlag und darf im Auftrag des Staates Abschiebungen durchführen. Warum dieses Konzept? Wie gesagt, der Staat kann es nicht schaffen. Durch private Abschiebeunternehmen haben wir eine Effizienzsteigerung. Es sind spezialisierte Unternehmen, sie können sich also auch den veränderten Gegebenheiten immer wieder anpassen und vor allem ist es ein optimierter Ressourceneinsatz. Man kann die staatlichen Ressourcen, die offenbar nicht ausreichen, dann sowieso*

[1811] Vgl. EuGH Urt. v. 21.09.2023, C-143/22, juris; Urt. v. 19.03.2019, C-444/17, juris.

komplett streichen und anderweitig im Staat unterbringen und für anderes ausgeben. Wir haben eine Kostenoptimierung, indem wir einen Wettbewerb stattfinden lassen zwischen diesen Unternehmen. Wer das beste Konzept vorlegt, das habe ich eben schon gesagt, kriegt den Zuschlag und dieser Wettbewerb ist für den Staat Gold wert. Wir werden die besten Anbieter zu den besten Konditionen ins Boot holen können. […]

Wir haben also Punkt 1, die Ausschreibung und die Vergabe an spezialisierte Unternehmen. Wir haben Punkt 2, die Zusammenarbeit, das ist auch wichtig und die Koordination mit staatlichen Stellen, was bedeutet: Natürlich werden Abschiebeunternehmen, private Abschiebeunternehmen nicht im Stich gelassen damit. Sie arbeiten weiterhin mit staatlichen Stellen zusammen und auch so kann natürlich eine Qualitätsüberwachung dieser Unternehmen stattfinden. Wir haben 3. die effizienzorientierten Prozesse und 4. die kontinuierliche Optimierung. Auch das habe ich schon gesagt, man kann sich an veränderte Gegebenheiten anpassen und somit immer wieder tagesaktuell diese Abschiebungen anpassen. Warum das Ganze? Ich habe es eben schon erwähnt, wir haben eine wahnsinnig hohe Zahl von vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländern im Land, das wird auch weiterhin zunehmen. Die angekündigten Grenzkontrollen sind Augenwischerei der Altparteien, das ist Wahlkampfgeplänkel, nichts anderes. Wir haben es hier mit einem Ausverkauf der inneren Sicherheit zu tun, seit Jahren schon, so wird es auch weitergehen und deshalb müssen wir jetzt einen Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beitragen."[1812]

Die Forderung nach einer solchen Beleihung von Privatunternehmen mit hoheitlichen Aufgaben ist nicht per se verfassungsschutzrelevant. Das vorgeschlagene Konzept stellt jedoch den Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Kostenoptimierung anstelle einer rechtsstaatlichen Verfahrensweise in den Vordergrund. Eine Privatisierung dergestalt, dass der Kostenfaktor bei der Durchführung von Abschiebungen letztlich entscheidend sein soll, lässt außer Acht, dass es sich bei Abschiebungen um menschenrechtsintensive Eingriffe handelt. Ein Konzept, das den geringsten Kostenfaktor in den Vordergrund und von Wirtschaftlichkeitsaspekten bei den Durchführenden zumindest mitbe-

[1812] Kotré, Lena: Beitrag im Rahmen einer Pressekonferenz der AfD-Landtagsfraktion Brandenburg am 18.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD-Fraktion Brandenburg", abgerufen am 21.10.2024.

stimmt ist, ohne die individuellen Sach- und auch Rechtslagen angemessen zu berücksichtigen, entspricht nicht rechtsstaatlichen Standards. Die abschließende Aussage Kotrés, es sei ein „*Ausverkauf der inneren Sicherheit*" im Gange, der die AfD in die Situation bringe, einen „*Beitrag zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung*" leisten zu müssen, impliziert zudem, dass der Staat sein Gewaltmonopol nicht im erforderlichen Maß ausübe.

Auch in einem Interview mit dem Deutschland-Kurier wiederholte Lena Kotré ihre Forderung, Abschiebungen an „*private Abschiebeunternehmen*" zu delegieren:

> *„Und da haben wir gesagt, wenn der Staat mit dieser Aufgabe nicht fertig wird, wenn er seiner Pflicht nicht nachkommen kann, dann müssen wir über Alternativen nachdenken und eine Alternative ist eben Ausschreibungen zu machen, öffentliche Ausschreibungen an private Abschiebeunternehmen. Wer uns da das beste Konzept vorlegt, der kriegt den Zuschlag und der darf dann im Namen des Staates abschieben."*[1813]

Karsten Hilse (MdB, SN) vermeldete in einem Facebook-Post vom 1. Dezember 2021 wahrheitswidrig, das Bundesverfassungsgericht habe das „*Grundgesetz faktisch außer Kraft*" gesetzt und rief dazu auf, vom „*Recht auf Widerstand*" Gebrauch zu machen:

> *„Mit seinem gestrigen Urteil setzt der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts unser Grundgesetz in großen Teilen faktisch außer Kraft. Die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte, welche als Abwehrrechte gegen den Staat, vor allem in Krisensituationen, in das Grundgesetz geschrieben wurden und auch noch mit einer Ewigkeitsklausel versehen sind, haben praktisch aufgehört zu existieren. Mit der Verkündung des Urteils begann auch die Diskussion für einen allgemeinen Impfzwang. Alle, die diese Entwicklung prognostizierten, wurden als Verschwörungstheoretiker diffamiert. Was gestern noch als absurde Behauptung bezeichnet wurde, ist heute Realität. Was heute als absurd und nie und nimmer eintretbar oder denkbar erscheint, wird die Realität von morgen sein, wenn nicht endlich ALLE, die sich gegen die Aushebelung unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung wenden, von ihrem Recht auf Widerstand Gebrauch machen."*[1814]

[1813] Deutschland-Kurier: „‚Wir brauchen eine private Abschiebeindustrie' | Lena Kotré (MdL | AfD)" vom 18.09.2024, in: www.deutschlandkurier.de, abgerufen am 19.09.2024.
[1814] Hilse, Karsten: Facebook-Eintrag vom 01.12.2021, abgerufen am 08.12.2021.

Verfassungsschutzrelevant ist hier nicht bereits die Kritik an der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das mit den in Bezug genommenen Beschlüssen Verfassungsbeschwerden betreffend Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen nach den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie zurückwies. Wohl aber ruft Hilse hier zur Inanspruchnahme des Rechts auf Widerstand auf und nimmt damit vom Wortlaut her auf das Widerstandsrecht des Art. 20 Abs. 4 GG Bezug. Damit wird deutlich, dass er eben nicht nur die konkrete Gerichtsentscheidung kritisiert, sondern so weit geht, zu behaupten, dass die Rechtsprechung zu einer Außerkraftsetzung der Gewaltenteilung führe und einen Widerstand erfordere, der bei tatsächlichem Vorliegen der Voraussetzungen des Art. 20 Abs 4 GG sogar gewaltsam erfolgen könnte.

Am 20. Juli 2022 wurde auf der Internetseite des AfD-Kreisverbands Wittenberg (ST) ein Artikel unter dem Titel *„Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli“* veröffentlicht. Bereits kurz darauf wurde er nach medialer Kritik wieder offline genommen und später in modifizierter Form wieder online gestellt. Im Originalbeitrag fragte der Kreisverband mit Blick auf Widerstandskämpfer zur Zeit des Nationalsozialismus nach einem *„20. Juli 2.0“*, also mithin einem Umsturzversuch gegen die amtierende Regierung:

> *„Aktuell wird die Vernichtung Deutschlands durch die eigenen Bürger betrieben, die grünen Ökosozialisten durch Verblendung bei den Wählen den Auftrag erteilt haben. Die schwarze Opposition im Lande ist da nicht besser, hat man doch seit Jahren den grünen Fackelmännern, Frauen und anders geschlechtlichen Individuen den Teppich zu Theodore N. Kaufman oder Henry Morgenthau ausgerollt. Wann wird es eigentlich einen 20. Juli 2.0 bei der Truppe geben?“*[1815]

Durch die Verwendung von Bezeichnungen wie *„Ökosozialisten“* und *„geschlechtliche Individuen“* als einziger inhaltlicher Anknüpfungspunkt und die Schlussfolgerung der *„Vernichtung“* Deutschlands durch diese kommt zum Ausdruck, dass bereits aufgrund allgemeinpolitischer Themen wie Umweltpolitik oder eine inkludierende Geschlechterpolitik die gravierenden Voraussetzungen des Widerstandsrechts gesehen werden.

[1815] AfD-Kreisverband Wittenberg: „Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli“, in: https://afd-wittenberg.de vom 20.07.2022, abgerufen am 22.07.2022 über https://archive.ph.

Dabei wird nicht nur auf das ohnehin bereits nur in absoluten Ausnahmefällen zu bejahende Widerstandsrecht des Grundgesetzes Bezug genommen, sondern sogar suggeriert, es bestünde eine Lage vergleichbar dem Nationalsozialismus.

Fraglich ist jedoch, inwiefern dieser Beleg als Anhaltspunkt berücksichtigt werden kann, da in der Löschung und Modifizierung möglicherweise eine Distanzierung zu sehen ist. Der Kreisverband[1816] sowie dessen Vorsitzender Matthias Lieschke[1817] (MdL ST) begründeten die Änderungen lediglich damit, dass der ursprüngliche Artikel nicht den „*Qualitätskriterien*" des Kreisverbands entsprochen habe. Angesichts des die Opfer des Nationalsozialismus verhöhnenden Vergleichs und der medialen Reaktionen hierauf, aufgrund derer ein bewusster Reflexionsprozess in Gang gesetzt wurde, wäre eine ausdrückliche Abstandnahme erforderlich gewesen. Insofern unterscheidet sich die Distanzierung nicht von den Parteiordnungsmaßnahmen, die nur parteiorganisatorisch und nicht mit der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Inhalten begründet werden. Der Kreisverband bringt durch das Löschen zwar zum Ausdruck, dass er sich den Inhalt nicht mehr zu eigen machen möchte. Gleichwohl könnte die Löschung auch taktisch motiviert gewesen sein. Die Äußerung des Kreisverbands wird hier daher als Anhaltspunkt bewertet, ist im Hinblick auf die Gesamtbewertung jedoch nur von untergeordneter Bedeutung.

Fabian Jacobi (MdB, NW) teilte und bekräftigte einen Tweet, der „*keine roten Linien [...] im Umgang mit dem Staat*" forderte. Darin hieß es wörtlich:

> *„Wenn der Staat uns damit droht, daß er im Umgang mit uns keine roten Linien mehr kennt, muß das umgekehrt auch für uns im Umgang mit dem Staat gelten."*[1818]

Jacobi schrieb dazu:

> *„Daß eine Regierung diesen Schluß auslöst, macht ihr Handeln zum Fehler; daß sie es vorsätzlich tut, zum Verbrechen."*[1819]

[1816] AfD-Kreisverband Wittenberg: „‚Es lebe das heilige Deutschland!' - ein Beitrag zum 20. Juli", in: https://afd-wittenberg.de vom 20.07.2022, abgerufen am 24.10.2024.
[1817] Süddeutsche Zeitung: „Verfassungsschutz und Polizei prüfen Text" vom 22.07.2022, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 24.10.2024.
[1818] Jacobi, Fabian: Tweet vom 22.12.2021, abgerufen am 22.12.2021.
[1819] Ebd.

Durch die Formulierung, dass keine roten Linien im Umgang mit dem Staat bestünden, wird deutlich, dass Jacobi keine Begrenzung des behaupteten Widerstandsrechts sieht und mithin auch Gewalt als probates Mittel anerkannt wird.

Auch der brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Andreas Galau rief in seinem Facebook-Beitrag vom 30. November 2021 zum Widerstand auf:

> *„Mir bleibt da nur ein weiteres Zitat: ‚Wenn Unrecht zu Recht wird, wird #Widerstand zu Pflicht und Gehorsam ist Verbrechen!'"*[1820]

Dabei handelt es sich um Zitat, das Bertolt Brecht zugeschrieben wird. Dessen Wiedergabe entfaltet für sich genommen selbstverständlich keine Verfassungsschutzrelevanz. Sie ist jedoch in einem völlig anderen Kontext zu verstehen. Während Brecht tatsächlich vor den Nationalsozialisten ins Exil fliehen und später im Rahmen der Kommunistenverfolgung vor einem Ausschuss zu „unamerikanischen Aktivitäten" aussagen musste und damit realer akuter Repression ausgesetzt war, wird die Äußerung hier auf die aktuelle demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik Deutschland bezogen. Damit wird suggeriert, es bestünde eine Widerstandslage, die hiermit vergleichbar sei.

Christina Baum (MdB, BW/ST) behauptete in einem Interview mit AUF1.TV vom Dezember 2021, Olaf Scholz habe in seiner Antrittsrede als Bundeskanzler quasi eine Kriegserklärung formuliert:

> *„Also ich sehe das auch fast wie eine Kriegserklärung. Ich war ja im Plenum. Ich habe das ja gehört. [...] Er hat geschworen, für das Wohl des deutschen Volkes sich einzusetzen und leider habe ich ja auch diese Polizeigewalt verfolgt. Ich war selber auch mittendrin bei solchen Demonstrationen und habe mit Entsetzen gesehen, dass es tatsächlich Polizisten gibt, die bereit sind, solche Gewalt anzuwenden. Und ich möchte damit auch gleichzeitig einen Aufruf starten, sozusagen an alle Polizisten, an alle Bundeswehrsoldaten, an alle Ordnungskräfte, dass sie sich das sehr gut überlegen müssen, wie sie in Zukunft mit solchen Bewegungen umgehen. Die Bewegungen sind absolut friedlich bisher. Die Bevölkerung ist sehr diszipliniert, und es kann nicht sein, dass die Polizei zu solchen harten Maßnahmen greift. Denn nach jeder Demonstration, wenn ich eine Rede halte, richte ich*

[1820] Galau, Andreas: Facebook-Eintrag vom 30.11.2021, abgerufen am 25.07.2024.

meine Worte auch an die Polizei, und ich sage ihnen, dass sie sich sehr gut überlegen müssen, auf welcher Seite sie stehen. Denn eines Tages werden sie diese Entscheidung treffen müssen: Erhebe ich die Hand gegen mein eigenes Volk oder geh ich mit ihm auf die Straße sozusagen, ja. Und diese Exekutive, die wird die Entscheidung bringen, in welche Richtung sich das Ganze entwickelt. Wenn die sagen, wenn die Polizei sagt ‚Wir machen da nicht mehr mit', dann können die in Berlin alle nach Hause gehen. Und auf diesen Zeitpunkt warte ich."[1821]

Baum suggeriert, dass die Regierung derart repressiv gegen ihr eigenes Volk vorgehe, dass Polizeibeamte im Dienst perspektivisch mit der Entscheidung konfrontiert seien, ob sie ebenfalls widerrechtlich gewaltsam gegen das eigene Volk vorgehen wollen oder ob sie sich letztlich ihrem Auftrag widersetzen. Sie stellt damit das Gewaltmonopol des Staates in besonders erheblicher Weise in Frage.

Christina Baum zeigte sich in einem Facebook-Post vom 6. August 2024 zudem solidarisch mit Martin Sellner und forderte Polizistinnen und Polizisten erneut dazu auf, sich Anordnungen zu widersetzen:

„Polizei stürmt erneut in voller Montur eine vollständig friedliche Veranstaltung Liebe Polizisten, was ist mit euch los? Seid ihr nur noch Erfüllungsgehilfen dieser deutschlandfeindlichen autoritären Berliner Clique oder habt ihr auch noch ein Gewissen? [...] Der Aktivist Martin Sellner liest aus seinem Buch vor und wird plötzlich durch die Polizei aufgrund von staatlicher Willkür nicht nur des Saales, sondern der Gemeinde verwiesen. Sellner war gerade dabei, die Repression gegenüber der Familie Elsässer zu schildern, als die Truppen den Saal stürmten. Besser als alle Worte dieser Welt kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, welchen autoritären Weg Deutschland unter diese Regierung eingeschlagen hat. [...] Ich verurteile diese Maßnahme gegen Martin Sellner auf das Schärfste, so wie ich es mit jeder anderen totalitären Maßnahme auch tun würde und ich werde mich immer jeder Form von totalitärer Entwicklung entgegen stellen.
Allen Polizisten gebe ich das Zitat von Angela Merkel mit auf dem Weg, das aus einer Rede zum Feierlichen Gelöbnis der Bundeswehr, am 20. Juli 2019 in Berlin, stammt: ‚Es gibt Momente, in denen Ungehorsam eine Pflicht sein kann – Momente, in denen man nur dann Anstand und Menschlichkeit wahrt, wenn man

[1821] Baum, Christina im Interview vom 21.12.2021; veröffentlicht in: https://auf1.tv, abgerufen am 22.12.2022.

> *sich gegen einen Befehl, gegen den Druck von Vorgesetzten oder auch den Druck der Masse auflehnt und gegenhält. Es gibt Momente, in denen der Einzelne die moralische Pflicht hat, zu widersprechen und sich zu widersetzen...'"*[1822]

Nach einer Recherche des Bayerischen Rundfunks haben zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der bayerischen AfD in der geschlossenen Facebook-Gruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern" nicht nur die Bundesrepublik Deutschland als totalitäres System verunglimpft, das beseitigt werden müsse, sondern wiederholt Umsturzfantasien und Aufrufe zur Gewalt geäußert.

Nach den Angaben des Bayerischen Rundfunks fanden sich 16 der 18 damaligen bayerischen AfD-Landtags- und 11 der 12 AfD-Bundestagsabgeordneten aus Bayern in der Gruppe, ebenso 10 Mitglieder des 13-köpfigen AfD-Landesvorstands. Zu den Administratoren der Gruppe zählten der im Oktober 2021 gewählte AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Stephan Protschka, der zum damaligen Zeitpunkt auch dem Bundesvorstand der AfD als Beisitzer angehörte, sowie der damalige AfD-Bundestagsabgeordnete Johannes Huber[1823].[1824]

In einem Bericht des Bayerischen Rundfunks vom 7. Dezember 2021 wurden Äußerungen von Mitgliedern der genannten Chatgruppe zu Vergleichen mit totalitären Systemen wie folgt wiedergegeben:

> *„Ein ehemaliger AfD-Landtagskandidat aus Oberbayern forderte im Januar 2021: ‚Die AfD muss auch endlich offen die Systemfrage stellen. Im bestehenden System wird sich nichts zum Besseren ändern'. Georg Hock, seit Oktober 2021 Mitglied des AfD-Landesvorstands, äußerte daraufhin ‚Zustimmung insbesondere zum Stellen der Systemfrage'".*[1825]

Vor dem Hintergrund dieser Forderungen nach einem „Systemwechsel" sind auch die im Chat geäußerten Gewalt- und Bürgerkriegsfantasien zu sehen, über die der Bayerische Rundfunk berichtete.

[1822] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 06.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.
[1823] Johannes Huber trat zum 31.12.2021 aus der AfD aus.
[1824] BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität" vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.
[1825] BR: „AfD-Chat: Gruppe gelöscht, Diskussion geht weiter" vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 07.12.2021.

So habe Alois Ostermair, seinerzeit AfD-Kreisvorsitzender, Deutschland gemäß der Berichterstattung als „*Bananenland*" bezeichnet, das System „*korrupt*" und „*kriminell*" genannt und von „*regierenden Verbrechern*" geschrieben. Wahlen würden „*ohnehin nicht mehr*" helfen. Ostermair sei zu dem Schluss gekommen:

> „*Ohne Umsturz und Revolution erreichen wir hier keinen Kurswechsel mehr.*"[1826]

Diese Aussage habe die AfD-Landtagsabgeordnete Anne Cyron wie folgt zustimmend kommentiert:

> „*Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie längst verboten – hat Tucholsky auch schon gewusst. Denke, dass wir ohne Bürgerkrieg aus dieser Nummer nicht mehr rauskommen werden*".[1827]

Das Mitglied des bayerischen AfD-Landesvorstands Georg Hock habe auf beide Beiträge mit der Nachricht

> „*Absolute Zustimmung.*"[1828]

geantwortet.

Im Juni 2021 habe Hock außerdem geäußert:

> „*Bekämpft bitte (oder auch gefälligst) mit dem vielen Geld, das ihr vier lange Jahre egal in welcher Partei bekommt, das Deutschland meuchelnde System. Das erwarten unsere Wähler. Der Widerstand der Straße würde es Euch danken.*"[1829]

Stephan Protschka, einer der Administratoren der Chatgruppe und seit Oktober 2021 Landesvorsitzender der bayerischen AfD, habe die zitierten Aufrufe zu Gewalt und Umsturz als „Meinungsfreiheit" verteidigt:

> „*Wenn sich Leute da intern was an den Kopf schmeißen, gehört das doch auch zur freiheitlich demokratischen Grundordnung dazu, dass man verschiedener Meinung ist.*"[1830]

[1826] BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität" vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.
[1827] BR: „AfD-Chat: Gruppe gelöscht, Diskussion geht weiter" vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 07.12.2021.
[1828] Ebd.
[1829] BR: „AfD Bayern: Interner Chat zeigt Radikalität" vom 01.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 01.12.2021.
[1830] Ebd.

Auch von Seiten der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag seien die betreffenden verfassungsfeindlichen Äußerungen verharmlost und in Schutz genommen worden. Ulrich Singer, zum damaligen Zeitpunkt AfD-Fraktionsvorsitzender im Bayerischen Landtag, ließ sich in Reaktion auf die Veröffentlichung damit zitieren, dass im Chat „*keine rechtswidrigen oder strafbaren Äußerungen getätigt worden*" seien. Weiterhin sagte er:

> „*Wir haben Meinungsfreiheit in diesem Land.*"[1831]

Auch das OVG NRW bewertete die vorgenannten Chatprotokolle als Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, da durch sie die Demokratie abgelehnt und ein gewaltsamer Umsturz befürwortet werde.[1832] Die Äußerungen seien insbesondere vor dem Hintergrund zurechenbar, dass diese nicht nur der Berichterstattung des Bayerischen Rundfunks zu entnehmen seien, sondern zusätzlich von der Landtagsabgeordneten Anne Cyron öffentlich als „*Meinungsfreiheit*" abgetan worden seien.[1833] Auch habe sich die Partei nicht ernsthaft und nachhaltig distanziert, da die erfolgten Stellungnahmen keine kritische Auseinandersetzung enthielten, ausgesprochene Abmahnungen nicht begründet worden und auch weitere Maßnahmen, wie etwa ein Ausschluss Georg Hocks aus dem Landesvorstand, unterblieben seien, und die Abmahnungen erst nach der öffentlichen Berichterstattung erfolgten.[1834] Die Äußerungen in den Chats ließen daher den Rückschluss darauf zu, dass sich Mitglieder der AfD in der Öffentlichkeit nur aus taktischen Gründen zurückhaltend äußerten.[1835] Im Hinblick auf die Gesamtpartei begründeten sie jedoch nur einen Verdacht demokratiefeindlicher Bestrebungen, da es sich nur um Äußerungen einzelner Mitglieder handelt, von denen sich die Klägerin durch die ergriffenen Parteiordnungsmaßnahmen jedenfalls in gewissem Umfang distanziert habe.[1836]

In einer Dokumentation des MDR wurden außerdem Inhalte einer AfD-internen WhatsApp-Chatgruppe „Stammtisch Pirna" bekannt, in der in einer Diskussion die folgende Forderung gestellt wurde:

[1831] BR: „Telegram-Chat: AfD-Fraktion äußert sich zu Umsturzfantasien" vom 07.12.2021, in: www.br.de, abgerufen am 08.12.2021.
[1832] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff.
[1833] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 259.
[1834] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.
[1835] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 261.
[1836] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 260.

„Ein geplanter Staatsstreich zur Abwehr des laufenden kommunistischen Staatsstreichs.“[1837]

Das VG Dresden sieht in seinem Beschluss vom 15. Juli 2024 darin *„einen deutlichen Hinweis auf die antidemokratische Einstellung innerhalb der sächsischen AfD-Basis“*.[1838]

Insgesamt wurden mit Blick auf die Widerstandsrhetorik und die Infragestellung des Gewaltmonopols im Begutachtungszeitraum vereinzelt weiterhin Anhaltspunkte für einen entsprechenden Verdacht festgestellt. So sind besonders die Ausführungen zu der stellenweise sehr offensiven Widerstandsrhetorik von Relevanz. Gleichwohl ist anzumerken, dass sich die Ausführungen des OVG NRW gerade nur auf die Feststellung von Verdachtsmomenten bezogen. Wegen ihrer eklatanten Infragestellung des Rechtsstaatsprinzips sind diese aber auch durchaus weiterhin von Bedeutung, sodass von einem Abklingen des Verdachts nicht die Rede sein kann. In der Gesamtschau lassen die Belege in Anzahl und Qualität aber nicht den Schluss zu, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird. Schon im Folgegutachten AfD 2021 waren bereits vergleichsweise wenige Anhaltspunkte festgestellt worden, was sich in diesem Gutachten fortsetzt. Eine Verdichtung zur Gewissheit liegt demnach in Bezug auf Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip nicht vor.

4. Positionierung zum Nationalsozialismus

Zu prüfen ist, ob bei der AfD Positionierungen zum Nationalsozialismus vorliegen, die Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen.

Laut Bundesverfassungsgericht besitzt der Nationalsozialismus *„für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland eine gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung, die einzigartig ist“*. Das Grundgesetz könne *„weithin geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet*

[1837] Screenshot aus der Dokumentation „Radikale Staatsdiener in der AfD"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.02.2023, Kanal: „MDR Investigativ", ohne Abrufdatum.
[1838] VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 173.

werden".[1839] Auch wenn das Verbot der nationalsozialistischen Betätigung kein genuiner Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstelle, komme

> *„der positiven historischen Bewertung des Nationalsozialismus und seiner führenden Repräsentanten oder der Leugnung der von den Nationalsozialisten begangenen Verbrechen" eine „erhebliche indizielle Bedeutung hinsichtlich der Verfolgung verfassungsfeindlicher, auf eine Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteter Ziele einer Partei zu".*[1840]

Relevant sind in diesem Zusammenhang insbesondere das aktive Befürworten, Rechtfertigen oder Verherrlichen des Nationalsozialismus ebenso wie eine beschönigende oder verharmlosende Darstellung und das Bestreiten der für die BRD aus dem Nationalsozialismus resultierenden Verantwortlichkeit.

Solcherlei positive Positionierungen erfolgen in der Regel unter Einsatz geschichtsrevisionistischer Strategien, die den Tabubruch der offenen Zustimmung zu nichtdemokratischen und diktatorischen Regimen und ihren Verbrechen mehr oder minder camouflieren. So werden konsensuale Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu diesen Regimen ignoriert oder ohne valide Begründung pauschal als falsch bestritten bzw. eigene, durch keinerlei Evidenz unterlegte Aussagen hinsichtlich tatsächlicher oder vermeintlicher historischer Vorgänge als erwiesen und „wahr" ausgegeben.

Wenn geschichtsrevisionistische Aussagen der fakten- und erkenntniswidrigen Positivdarstellung nichtdemokratischer und diktatorischer Regime, der von ihnen geschaffenen Verhältnisse sowie der Beschönigung oder Leugnung ihrer Verbrechen dienen, können sie Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen. Die nationalsozialistische Willkürherrschaft ist weder mit der Menschenwürde, noch mit dem Demokratie- oder Rechtsstaatsprinzip auch nur ansatzweise vereinbar. Eine Herausarbeitung des jeweils betroffenen Merkmals der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist daher im Falle einer positiven Bezug-

[1839] BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.
[1840] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 592, 591.

nahme auf den Nationalsozialismus beispielsweise durch Verwendung dessen Kennzeichen nicht erforderlich.[1841] Wer die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus beispielsweise pauschal als „Schuldkult" diskreditiert und einen „Schlussstrich" eben damit fordert, diffamiert nicht nur die geleistete Aufarbeitung und Erinnerungspolitik, sondern verlangt letztlich auch, dass Schluss sein müsse, aus der NS-Vergangenheit Lehren für die Zukunft zu ziehen, was der gegenbildlich identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für das Grundgesetz[1842] entgegensteht. Die endgültige Überwindung der nationalsozialistischen Strukturen und die Verhinderung des Wiedererstarkens eines totalitär nationalistischen Deutschlands sind jedoch identitätsprägend für das deutsche Grundgesetz.[1843]

a. Beschönigende und verharmlosende Darstellung des Nationalsozialismus

Der damalige sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Roland Ulbrich nahm Medienberichten zufolge in seiner Funktion als Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts in einem Schiedsspruch vom 11. Januar 2024 Bezug auf das sogenannte Reichsbürgergesetz von 1935. Geklagt hatte eine aus Polen stammende AfD-Politikerin, die sich in einem Facebook-Post als „*arisch*" bezeichnet hatte. In seinem Eilbeschluss begründete das Bundesschiedsgericht seine Entscheidung, warum nach dem „*Überprüfungsantrag der Antragsgegnerin [...] der Entzug der Mitgliedschaftsrechte der Antragsgegnerin aufgehoben*" werde, folgendermaßen:

> *„Die polnische Sprache ist als slawische Sprache den arischen Sprachen zuzuordnen. Es erschließt sich auch nicht, wieso der Begriff ‚arisch' der nationalsozialistischen Rassenideologie zuzuordnen ist. Insofern sei nur auf das Reichsbürgergesetz vom 15.09.1935 hingewiesen, in dem in § 2 I geregelt ist, dass Reichsbürger nur der Staatsbürger sei, der deutschen oder artverwandten Blutes sei."*[1844]

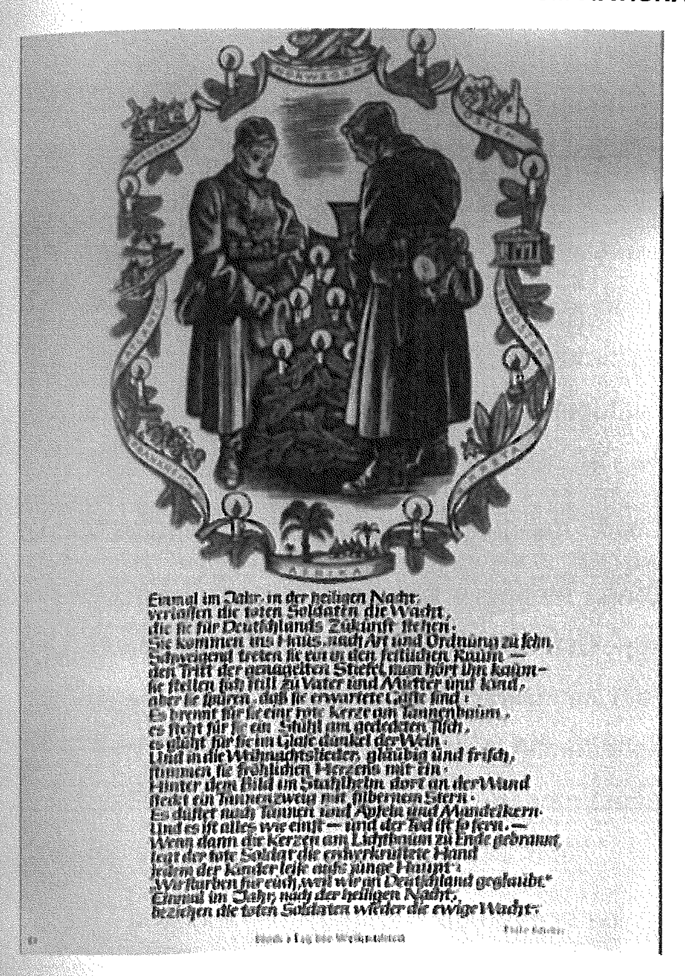
[1841] Das VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn.131 ff. sieht in der unkritischen Bezugnahme auf die nationalsozialistische Rassenlehre unter Zugrundelegung der einfachgesetzlichen landesgesetzlichen Definition der freiheitlich demokratischen Grundordnung die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte betroffen.
[1842] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 596.
[1843] Ebd.
[1844] ZDFheute: „Bezug auf Reichsbürgergesetz: AfD-Mann Ulbrich und die ‚arische Sprache'" vom 30.01.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 30.08.2024.

Das Reichsbürgergesetz regelte die Reichszugehörigkeit im nationalsozialistischen Deutschland. In der Verordnung war u. a. festgelegt, dass jüdische Staatsangehörige nicht als Reichsbürger gelten konnten. In dem Rückgriff auf die Verordnung positionierte sich Ulbrich verharmlosend gegenüber dem Nationalsozialismus[1845] und positionierte sich gleichsam in diametralem Gegensatz zum heutigen demokratischen Rechtsstaat.

Die sächsische AfD-Landtagsfraktion teilte als Reaktion auf den Sachverhalt zwar mit, dass Ulbrich *„in schwerwiegender Weise gegen die Parteigrundsätze verstoßen"*[1846] habe – woraufhin Ulbrich von seiner Funktion als Bundesschiedsrichter zurücktrat und die AfD-Landtagsfraktion verließ – jedoch kommt dieser vermeintlich sich von Ulbrich abkehrenden Äußerung der AfD-Landtagsfraktion keine entlastende Wirkung zu. Zum einen liegt eine Entscheidung über ein darauf bezogenes Parteiausschlussverfahren nicht vor. Zum anderen wurde Ulbrich im November 2023 als Direktkandidat für die Landtagswahl am 1. September 2024 aufgestellt und diese Aufstellung in der Folge des dargestellten Vorfalls nicht zurückgezogen.[1847]

Ekaterina Gutner, Vorstandsmitglied des der AfD zuzurechnenden Vereins Mit Migrationshintergrund für Deutschland e. V.[1848], veröffentlichte am 24. Dezember 2023 auf Facebook die Abbildung eines Kalenderblatts aus dem Jahr 1942. Es zeigt zwei Wehrmachtssoldaten in andächtiger Position, einen Weihnachtsbaum sowie ein Eisernes Kreuz. Eingerahmt wird die Szenerie von einer Abbildung des Frontverlaufs von 1942.

[1845] So auch VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn.131 ff.
[1846] Ebd.
[1847] AfD Sachsen: „Unsere Direktkandidaten in den Wahlkreisen" vom 30.08.2024, in: www.afdsachsen.de, abgerufen am 30.08.2024.
[1848] Weitere Ausführungen zum Verein Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V. sind Kapitel D. II. 5. zu entnehmen.



Unter dem Bild ist ein Gedicht von Thilo Scheller mit folgendem Inhalt abgedruckt:

> *„Einmal im Jahr, in der heiligen Nacht,*
> *verlassen die toten Soldaten die Wacht,*
> *die sie für Deutschlands Zukunft stehen.*
> *Sie kommen nach Haus, nach Art und Ordnung zu sehen,*
> *schweigend treten sie ein in den festlichen Raum –*
> *den Tritt der genagelten Stiefel, man hört ihn kaum –*
> *sie stellen sich still zu Vater und Mutter und Kind,*
> *aber sie spüren, daß sie erwartete Gäste sind.*
> *Es brennt für sie eine rote Kerze am Tannenbaum,*
> *es steht für sie ein Stuhl am gedeckten Tisch,*
> *es glüht für sie im Glase dunkel der Wein.*
> *Und in die Weihnachtslieder, gläubig und frisch,*
> *stimmen sie fröhlichen Herzens mit ein.*
> *Hinter dem Bild mit dem Stahlhelm dort an der Wand*

steckt ein Tannenzweig mit silbernem Stern.
Es duftet nach Tannen und Äpfel und Mandelkern,
und es ist alles wie einst – und der Tod ist so fern. –
Wenn dann die Kerzen am Lichtbaum zu Ende gebrannt,
legt der tote Soldat die erdverkrustete Hand
jedem der Kinder leise aufs junge Haupt:
Wir starben für euch, weil wir an Deutschland geglaubt.
Einmal im Jahr, nach der heiligen Nacht,
beziehen die toten Soldaten wieder die ewige Wacht"[1849]

Ergänzend hierzu schrieb Gutner in ihrem Facebook-Eintrag:

> *„Liebe Patrioten, egal aus welchem Land, ich wünsche euch ein besinnliches Weihnachtsfest, das leider nicht bei allen fröhlich wird. Von daher poste ich hier dieses Gedicht. Es ist allen gewidmet, die in den letzten 2 Jahren den Kriegen zum Opfer fielen. Seien wir dem Allmächtigen dankbar, dass Er auf uns aufpasste und wir heute zusammen mit unseren Liebsten beim Kerzenlicht am geschmückten Tannenbaum sitzen können."*[1850]

Dieser Facebook-Post Gutners übernimmt sowohl auf visueller als auch auf textlicher Ebene unverändert propagandistische NS-Inhalte, die – verbreitet 1940 und 1943 – der Stärkung und Aufrechterhaltung der Kampfesmoral während des Zweiten Weltkriegs dienten.[1851] Indem Gutner Bild und Text postet, um ihre eigenen Weihnachtswünsche zu ergänzen, unterstützt sie aktiv die propagandistische Botschaft des Gedichts. Die hierin enthaltene Glorifizierung und Romantisierung des Soldatentums im Zweiten Weltkrieg ist angesichts der allgemein bekannten und historisch unstrittigen Tatsache, dass die Wehrmacht als Instrument Hitlers völkerrechtswidrige Angriffskriege und einen als faktischen Völkermord konzipierten Vernichtungskrieg geführt hat, massive Kriegsverbrechen begangen und insbesondere am Holocaust beteiligt gewesen war, mindestens als Relativierung der nationalsozialistischen (Kriegs-)Ziele zu werten.

[1849] Gutner, Ekaterina: Facebook-Eintrag vom 24.12.2023, abgerufen am 10.04.2024.
[1850] Ebd.
[1851] WELT: „Deutsches Schwert, musst den Christbaum schützen"' vom 22.12.2000, in: www.welt.de, abgerufen am 28.12.2022.

Positionierung zum Nationalsozialismus

Einem Bericht des Nachrichtenportals T-Online aus August 2022 zufolge unterzeichnete ein „Steffen Kotré“ aus Frankfurt an der Oder – wobei es sich mit hoher Wahrscheinlichkeit um den AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré (BB) handelt – den folgenden Appell aus dem Jahr 2004 zugunsten des Holocaust-Leugners Horst Mahler:[1852]

> *„Das Komitee ‚Freiheit für Horst Mahler!‘ ruft zur Unterzeichnung folgenden Appells auf: internationaler Appell Wir – gleichgültig, welcher Herkunft, welcher Weltanschauung und ob Sympathisant oder Gegner – fordern, daß Horst Mahler, Reinhold Oberlercher und Uwe Meenen frei ihre Meinung äußern können. Schluß mit den Kriminalisierungsversuchen! Wenn Richter Faust oder Staatsanwalt Krüger unbedingt die Ansichten von Mahler, Oberlercher und Meenen kennenlernen wollen – bitte! Aber nicht zwangsweise vor einem Gericht. Wenn sie es unbedingt in der Öffentlichkeit tun wollen – um so besser! Aber dafür gibt es andere Orte als ein Kriminalgericht. Mit unserer Unterschrift unter den Appell des Komitees „Freiheit für Horst Mahler!“ bekunden wir keine Zustimmung zu den weltanschaulichen, politischen und sonstigen Positionen von Mahler, Oberlercher und Meenen. Uns geht es um die Meinungsfreiheit und darum, daß endlich eine von Offenheit und Ehrlichkeit geprägte Gesprächskultur platz greift. Erstunterzeichner: Bernhard Heldt Peter Töpfer*
> *Unterzeichnen auch Sie den Appell des Komitees ‚Freiheit für Horst Mahler!‘, indem Sie an die Kontaktanschrift schreiben: peter-toepfer @ web.de*
> *Virtuelle, pseudo- & anonyme Menschen bitte fernbleiben.“*[1853]

Zwei Monate darauf wurde durch Recherchen des ARD-Magazins Kontraste bekannt, dass unter dem Namen „Steffen Kotré“ Anfang der 2000er-Jahre auf der Website der Gruppierung Deutschherrenklub und in der Zeitschrift FRITZ der rechtsextremistischen Jungen Landsmannschaft Ostpreußen rund ein Dutzend Gedichte mit völkisch-rechtsextremistischem Gedankengut veröffentlicht wurden. Auf der Website des Deutschherrenklubs gab es sogar eine eigene Rubrik mit dem Titel „Kotrés Welt“. Die Gedichte

---

[1852] T-Online: „AfD-Abgeordneter setzte sich für Holocaustleugner Mahler ein“ vom 15.08.2022, in: www.t-online.de, abgerufen am 13.07.2023.
[1853] Nationalanarchismus: „Das Komitee ‚Freiheit für Horst Mahler ruft zur Unterzeichnung folgenden Appells aus“, in: http://adk.nationalanarchismus.org, abgerufen am 14.07.2023.

beinhalten völkische, nationalistische und militaristische Aussagen und Positionen.[1854] [1855] Die Website des Deutschherrenklub wurde im Jahr 2004 aufgrund von der den *„NS-Staat verherrlichender Ideologie*" und antisemitischen Inhalten durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) äußerte sich zu den Rechercheergebnissen nicht. In anderem Zusammenhang hatte er jedoch gegenüber dem RBB einmal bestätigt, eine *„lyrische Ader*" und sich *„mit Geschichte auseinandergesetzt"* zu haben.[1856]

Die Partei kündigte lediglich eine Prüfung des Sachverhalts der Appell-Unterzeichnung an.[1857] Das Ergebnis dieser Prüfung wurde nicht bekannt gegeben. Das Ausbleiben einer Distanzierung Kotrés von den etwa 20 Jahre zurückliegenden Veröffentlichungen und Positionierungen bzw. das Ausbleiben eines Dementis, dass die Äußerungen die seinigen seien, das Ausbleiben rechtlicher Schritte zur Unterbindung entsprechender Presseberichterstattung sowie das Schweigen der AfD-Gremien über das Prüfergebnis lassen den Schluss zu, dass es sich bei dem Verfasser der Gedichte und dem Unterzeichner des Appells tatsächlich um den Abgeordneten Kotré handelt.

Der Appell für Horst Mahler wendet sich gegen *„Kriminalisierungsversuche*" der *„Ansichten*" Mahlers und gibt vor, *„keine Zustimmung zu den weltanschaulichen, politischen und sonstigen Positionen von Mahler, Oberlercher und Meenen*" darzustellen. Diese Aussage kann angesichts der Strafbewehrung der öffentlichen Äußerung eben solcher Ansichten gemäß § 130 StGB als Schutzbehauptung gewertet werden. Eine solche öffentliche Solidarisierung mit dem gegenwärtig bundesweit wohl bekanntesten Holocaust-Leugner und Rechtsextremisten Horst Mahler kann auch als Unterstützung von dessen Positionen interpretiert werden. Holocaust-Leugnung stellt eine extreme Form der Verharmlosung des Nationalsozialismus dar, da dessen charakteristisches Menschheitsverbrechen – der Genozid an den Juden – faktenwidrig bestritten und das NS-Regime damit entkriminalisiert wird.

[1854] RBB24: „Nazi-Poesie im Namen des AfD-Politikers aufgetaucht" vom 04.10.2022, in: www.rbb24.de, abgerufen am 04.10.2022.
[1855] Deutschherrenclub: Auszüge der Internetseite http://deutschherrenclub.de, abgerufen über archive.org, ohne Datum.
[1856] tagesschau: „Brandenburger AfD-Bundestagsabgeordneter Kotré marschierte mit Neonazis" vom 16.02.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 19.02.2024.
[1857] Süddeutsche Zeitung: „Unterstützung für Holocaust-Leugner? AfD will aufklären" vom 15.08.2022, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 14.07.2023.

Gunnar Lindemann (Landesvorstandsmitglied BR und MdA) verglich in einem Facebook-Post vom 16. November 2021 die Politik der Bundesregierung zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie mit der Entrechtung der Juden im Nationalsozialismus:

> *„Ampel' zeigt ihr totalitäres Gesicht! 3G im öffentlichen Personen(nah)verkehr [...] Am 24. März 1942 hatten die braunen Sozialisten im damaligen ‚Großdeutschen Reich' verfügt, dass Juden keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen dürfen. Heute, nicht einmal 80 Jahre später, kommt die Koalition der bunten Sozialisten auf eine ähnliche Idee. Jetzt sind die ‚Ungeimpften' fällig. Damals wie heute geschah und geschieht das alles natürlich nur zu ‚unserem' Besten. Damals wie heute wurde und wird eine bestimmte Bevölkerungsgruppe stigmatisiert, öffentlich beschimpft und entrechtet. Wenn diese faschistoiden Pläne der ‚Ampel' umgesetzt werden, ist die Büchse der Pandora endgültig geöffnet. Dann haben die Buntsozialisten einem Teil der Bevölkerung offiziell den Krieg erklärt."*[1858]

Lindemann setzt hier Diskriminierungs-, Entrechtungs- und Verfolgungsmaßnahmen der NS-Diktatur, die eine Vorstufe von Deportation und Mord bildeten, mit den Maßnahmen der Bundesregierung im Rahmen der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie gleich, auch indem er sie als *„faschistoide Pläne"* geißelt. Dies stellt eine Banalisierung und Verharmlosung der im Völkermord gipfelnden Judenverfolgung durch das NS-Regime und des zugrundeliegenden staatlich propagierten Antisemitismus dar.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie unterstellte der sächsische AfD-Landtagsabgeordnete Thomas Prantl am 16. November 2021 regierenden Politikerinnen und Politikern Verstöße gegen den *„Nürnberger Kodex"*:

> *„Nochmal zur Erinnerung!! Der Nürnberger Kodex wurde eingeführt, damit Menschen nie wieder zu medizinischen Behandlungen GEZWUNGEN oder GENÖTIGT werden".*[1859]

Der Nürnberger Kodex wurde als Reaktion auf die durch die Nationalsozialisten begangen, zutiefst menschenverachtenden Experimente, Zwangssterilisierungen und Ermordungen entwickelt. Indem Prantl hierauf unmittelbar Bezug nimmt, deutet er eine

---

[1858] Lindemann, Gunnar: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 17.11.2021.
[1859] Prantl, Thomas: Facebook-Eintrag vom 16.11.2021, abgerufen am 16.11.2021.

Gleichsetzung der COVID-19-Schutzimpfung mit eben jenen Verbrechen an der Menschlichkeit an.

Der ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Hansjörg Müller (BY) verbreitete in einem Redebeitrag auf einer Kundgebung des AfD-Kreisverbands Würzburg (BY) am 12. November 2022 in Würzburg (BY) geschichtsverfälschende Narrative, die die Entlastung des NS-Regimes zum Gegenstand und Ergebnis haben:

> *„Also, was wir heute haben, die Konfrontation zwischen den USA und Russland, ist eine ganz alte Geschichte, in der wir Deutsche auch schon zweimal unter die Räder gekommen sind. Und dann verstehen jetzt vielleicht auch einige hier, warum wir Deutsche, die wir doch ein patriotisches Verständnis haben, heute seelisch auf der Seite der Russen stehen in diesem großen globalen Konflikt. Weil die Russen inzwischen von den gleichen dunklen Mächten zum Opfer gemacht wurden wie wir in zwei Weltkriegen. Wir wurden zweimal in Weltkriege getrieben, die wir nicht wollten. Und genau so wurden die Russen jetzt sind den Krieg gegen die Ukraine getrieben, den sie auch nicht wollten. Und das ist der historische Zusammenhang. […] Aber es geht noch weiter zurück. […] Die Wolfowitz-Doktrin ist von 1991, als der damalige Verteidigungsminister Wolfowitz genau das schon gesagt hat: es geht jetzt darum, den Zusammenbruch der Sowjetunion dahingehend auszunutzen, die NATO bis an die russische Grenze zu erweitern und im Endeffekt Russland zu zerschlagen. Und damit schlägt sich der Bogen wieder zu dem, was ich am Anfang gesagt habe: Wolfowitz ist ein Wanderer zwischen den Welten, zwischen amerikanischer Regierung und Weltbank, zwischen amerikanischer Regierung und Federal Reserve Bank, das ist diese Privatbank, die den US-Dollar herausgibt. Jetzt sind wir wieder genau bei dem Punkt, dass diese Leute keine Ruhe geben, solange es eigenständige, souveräne Staaten gibt, die außerhalb ihrer Diktatur des US-Dollars Handel treiben wollen. Und da war halt 1914 und 1939 das Deutsche Reich im Weg. 1941 war Japan im Weg. Und 2022 ist Russland im Weg."*[1860]

Müller behauptet, dass Deutschland von den USA bzw. von „*dunklen Mächten*" in beide Weltkriege getrieben worden sei, ebenso Japan als der Verbündete des Deut-

[1860] Müller, Hansjörg: Redebeitrag vom 12.11.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.11.2022, Kanal: „Hansjörg Müller MdB", abgerufen am 15.11.2022.

schen Reichs unter Hitler. Die Aussage, dass das Deutsche Reich den Zweiten Weltkrieg aktiv nicht angestrebt und auch nicht in eigener Entscheidung zielgerichtet angestrengt habe, widerspricht nicht nur fundamental sämtlichen Ergebnissen weltweit durchgeführter wissenschaftlicher Forschungen, sondern entlastet die damalige Führung Deutschlands ohne Anführung von Belegen von der Verantwortung für dieses Verbrechen, das etwa 60 Millionen Menschen das Leben kostete. Müllers Betonung der „*dunklen Mächte*" hinter dem angeblichen Aggressor USA und seinen finanziellen bzw. machtpolitischen Interessen zielt auf „Juden" als die eigentlichen Hintermänner. Damit greift Müller die NS-Propaganda auf, wonach Juden Deutschland in beide Weltkriege getrieben hätten. Müller führt somit die NS-Propaganda fort und verharmlost das NS-Regime und seine verbrecherischen Ziele und Handlungen.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW) Marvin Weber schrieb am 9. August 2022 auf Telegram:

> *„Die 68er-Denkschule und Ihre Agitatoren waren die geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten. Sie und ihre Post-68er-Nachfolger herrschen in ihrem radikalen Zersetzungswahn gegen die eigene Kultur wie ideologisch vernarbte Nazirichter, die tagtäglich noch nach 75 Jahren die Rache an den eigenen Bürgern planen. […] Sie, also die Denkschule der heutigen Grünen konnten durch die Institutionen marschieren und mit Hilfe von RAF-Terror, historischer Erpressung und kollektiver Sippenhaft ein traumatisiertes und ängstliches Volk in den Wahnsinn treiben und beherrschen. Die Multikulti-Abschaffung zum einen und fatale Abschaffung alles Deutschen durch die, die bis heute den Hitlerkult für ihren ewige Zwangsneurose konstruieren und den Rassismus gegen die eigenen zelebrieren, wird jeden Tag schlimmer. Wir müssen uns von Clans beherrschen, von den eingewanderten Kulturen aus den kriminellsten Regionen der Erde jeden Tag aufs Neue beglücken lassen und die westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat, schweigt, relativiert, inszeniert mit ihrer Wortakrobatik eine neue Normalität. Was für eine kalte, ideologisch vernarbte Führungsschicht dieses polit-medialen Systems, die immer im Sinne des kultur- und staatszersetzenden Globalismus denkt aber nie an die eigenen Bürger und diese wie Untertanen behandelt."*[1861]

[1861] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.08.2022, abgerufen am 15.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. d.)

Weber diffamiert hier durch die Anführung des Nationalsozialismus die „*68er-Denkschule*" und ihre „*Post-68er-Nachfolger*", wozu er die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zählt. Diese Gruppe bezeichnet er als die „*geistig-reaktionären Nachfolger der Nationalsozialisten*" und setzt sie mit „*ideologisch vernarbten Nazirichtern*" gleich. Dadurch verharmlost Weber in grober Weise den Nationalsozialismus und seine verbrecherische Dimension.

Mit der Behauptung Webers, es gebe eine „*westdeutsche Stürmerpresse, die den Antisemitismus durch Germanophobie eingetauscht hat*", wird der vulgäre und brachiale Antisemitismus des Hetzblatts Der Stürmer, der einen wesentlichen Teil zur Radikalisierung der antijüdischen Stimmung im Deutschen Reich und der antijüdischen Maßnahmen des NS-Regimes beitrug, mit einer angeblichen „*Germanophobie*", die sich in einem „*Rassismus gegen die eigenen*" äußere, parallelisiert. Der Stürmer stachelte in unverstellter Weise zum Hass gegen Juden auf, verleumdete sie auf das Abstoßendste und schuf den Boden für ihre Diskriminierung, Absonderung, Deportation und Ermordung. Nach Webers Erzählung „*schweige*" und „*relativiere*" die „*westdeutsche Stürmerpresse*", zudem „*inszeniere sie mit ihrer Wortakrobatik*" eine „*neue Normalität*". Weber gibt damit zum Zweck maximaler Diskreditierung Sachverhalte als gleichwertig aus, die unterschiedlicher nicht sein könnten. Diese Gleichsetzungen stellen eine massive Verharmlosung des ideologischen Kernelements des Nationalsozialismus, des Antisemitismus, dar und bedeuten damit auch eine Beschönigung des NS-Regimes.[1862]

Der AfD-Kreisverband Kleve (NW) veröffentlichte im Juni 2022 einen Beitrag von dem AfD-Mitglied Adolf Frerk, in dem dieser den regierenden Parteien unterstellt, politische Oppositionelle als „*Untermenschen*" zu klassifizieren. Damit bedient er sich eines Begriffs aus dem Sprachgebrauch der Nationalsozialisten, mit dem diese ursprünglich insbesondere Jüdinnen und Juden verunglimpften und zum Feindbild erklärten:

> *„Tradierte Werte wie Fleiß, Ordnung oder Pünktlichkeit gelten inzwischen als überholt. Mit ihnen ließe sich auch ein KZ betreiben, heißt es. […] Alle Verantwortlichen – deren Kreis ist weit anzusetzen – sollten mit ihrem gesamtem privatem Vermögen einschließlich ihrer Versorgungsansprüche für die skandalösen*

[1862] Vgl. hierzu auch Kapitel E. I. 1. d.

> *Verluste der Bürger herangezogen werden. Zu dieser Abrechnung mit den Schuldigen wird es nicht kommen, denn diese Herrschaften haben eine alte Masche neu entdeckt. Wer im Dritten Reich Kritik an den Mächtigen übte, wirkte ‚zersetzend' und wurde aus dem Verkehr gezogen. Manchmal erhielt der ‚Zersetzer' gnadenhalber einen Jagdschein', d. h. er wurde für unzurechnungsfähig erklärt und blieb unbehelligt. [...] Kritiker der aktuellen Politklasse wirken ‚delegitimierend', es wird ihnen also unterstellt, dass sie die Demokratie beseitigen wollen. Für solche Untermenschen gibt es keinen Jagdschein, sondern den Staatsschutz. Ihm kommt die Rolle des willigen Helfers gegen missliebige Argumente und unbequeme Parteien zu. So erklären sich die wüsten Attacken des Parteienkartells auf die AfD, die als einzige die Machenschaften der Abwickler Deutschlands zu entlarven sucht."*[1863]

In seinen Ausführungen setzt Frerk die Bundesregierung mit den Nationalsozialisten gleich und relativiert damit die Verbrechen des Nationalsozialismus. Durch die unkommentierte Veröffentlichung des Beitrags machte sich der Kreisverband die Aussagen Frerks zu eigen.

Anlässlich eines Artikels von Apollo News mit dem Titel „AfD-Verbotsantrag – Marco Wanderwitz fordert ‚das totale Auslöschen' der AfD" schrieb Martin Renner (MdB, NW) am 9. Juli 2024 auf Facebook:

> *„Diese Art ‚Musterdemokraten' verteidigen unsere Demokratie mit allen Mitteln und seien diese noch so faschistisch. Schön und wichtig, dass es Euch CDU-Musterdemokraten gibt. Ihr müsst Euch jetzt halt nur noch überlegen, wo ‚das totale Auslöschen' stattfinden soll - in Auschwitz oder in Bergen-Belsen?"*[1864]

Auch hier erfolgt eine relativierende Gleichsetzung von CDU-Politikerinnen und Politikern mit den Nationalsozialisten, indem Renner andeutet, die CDU plane, AfD-Politikerinnen und -Politiker in Konzentrationslagern auszulöschen.

Thomas Dietz (MdB, SN) schrieb anlässlich des 90. Jahrestags der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen von 1933 in einem Facebook-Post vom 10. Mai 2023:

[1863] AfD-Kreisverband Kleve: „Deutschland am selbstgewählten Ende – eine schonungslose Analyse" vom 16.06.2022, in: www.afd-kleve.de, abgerufen am 23.06.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)

[1864] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 09.07.2024, abgerufen am 23.09.2024.

> *„Dass ausgerechnet in Deutschland Jahrzehnte nach der Bücherverbrennung Menschen mit ‚falscher' Meinung wieder reihenweise zensiert, schikaniert, entmenschlicht und verhetzt werden, dass Buchhändler wieder Bücher sortieren, um politisch ‚unreine' Bücher aus dem Sortiment zu halten, ist unerträglich. Die Denk- und Verhaltensmuster haben sich leider, anders als erhofft, nur wenig geändert – nur die Erscheinungsformen und vor allem die Lackierung sind andere."*[1865]

Dietz stellt in seinem Vergleich, der faktisch eine Gleichsetzung darstellt, die Zustände der sich im Frühsommer 1933 noch festigenden NS-Diktatur mit denjenigen politischen Zuständen der Bundesrepublik des Jahres 2023 auf eine Stufe und insinuiert gar, in Deutschland werde Zensur praktiziert. Damit wird zum Ersten die bundesdeutsche Demokratie der Jetztzeit auf dieselbe Stufe einer Diktatur herabgewürdigt. Zum Zweiten wird im gleichen Zuge das NS-Regime und sein bereits Anfang 1933 hochgradig repressives, menschenwürdewidriges und nicht zuletzt mörderisches Handeln massiv verharmlost, da es demjenigen des heutigen demokratischen Deutschlands als gleichwertig ausgegeben wird. Zum Dritten usurpiert Dietz für diejenigen, für die er hier vorgibt Partei zu ergreifen, ohne Berechtigung den Opferstatus, was in einer Verhöhnung der tatsächlichen Opfer des Jahrs 1933 resultiert. Und zum Vierten stellt er die heute Handelnden als Wiedergänger der Nationalsozialisten mit anderer *„Lackierung"*[1866] dar, was eine ehrabschneidende Beleidung und Herabwürdigung dieser Personen ebenso darstellt wie zum Fünften erneut eine Verharmlosung der Nationalsozialisten des Jahres 1933 bedeutet.

b. Ablehnung der für die BRD aus dem NS-Regime folgenden rechtlichen, finanziellen und moralischen Verantwortlichkeiten

In ihrer Bewerbungsrede für den Posten als Beisitzerin im Bundesvorstand auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 äußerte Christina Baum (MdB, BW/ST):

> *„Und eine der wichtigsten Aufgaben, vielleicht sogar die allerwichtigste muss sein, unserem Volk wieder ein natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen, einen gesunden Nationalstolz zurückzugeben. Beides wurde unter den*

[1865] Dietz, Thomas: Facebook-Eintrag vom 10.05.2023, abgerufen am 16.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. d. aa.)
[1866] Der Topos der „Lackierung" geht auf die antikommunistische Positionierung der SPD der späten 1920er-Jahre zurück. Damals grenzte sich die SPD vom Totalitarismus der „rotlackierten Faschisten" der KPD (später auch der SED) ab.

> *Trümmern einer jahrzehntelangen Schuldhaftigkeit verschüttet. Und diese Trümmer müssen wir endlich beiseite räumen. Ich träume mit vielen von euch den Traum eines souveränen, freien, selbstbestimmten deutschen Volkes, das seine Geschicke wieder selber in die Hand nimmt.*"[1867]

Baum diagnostiziert, dass in Deutschland aktuell kein *„natürliches Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen*" und kein *„gesunder Nationalstolz*" vorhanden sei. Ebenso wenig sei das deutsche Volk souverän, frei und selbstbestimmt. Grund all dieser angeblichen Mangelerscheinungen sei eine *„jahrzehntelange Schuldhaftigkeit*". Baum fordert, diese *„Schuldhaftigkeit*" zu beseitigen, um das von ihr angestrebte *„natürliche Selbstbewusstsein und Selbstvertrauen"*, *„gesunden Nationalstolz*" sowie Souveränität, Freiheit und Selbstbestimmung wiederherzustellen. Diese Ausführung Baums ist als an das rechtsextremistische Narrativ des „Schuldkults"[1868] angelehnte Positionierung erkennbar. Hiernach sei die den Deutschen angeblich aufgezwungene Erinnerung an den Nationalsozialismus bzw. die Einforderung der Verantwortungsübernahme ein Instrument der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, Deutschland und das deutsche Volk fortgesetzt unterjochen und finanziell ausbeuten zu können. Wenn Baum von der als zentrales Übel ausgemachten *„Schuldhaftigkeit"* spricht, ist diese als moralische Verantwortungsübernahme des bundesdeutschen Staates und des deutschen Volkes für die Verbrechen des NS-Regimes zu verstehen. Obwohl diese Verantwortungsübernahme in keiner Weise im Widerspruch zu den von Baum angestrebten Zielen steht, vielmehr sogar deren (historische) Voraussetzung war und ist, lehnt Baum die Übernahme dieser Verantwortung ab bzw. fordert ihr Ende. Indem Baum die Berechtigung und Notwendigkeit moralischer, rechtlicher und finanzieller Folgen der Handlungen des NS-Regimes für die Bundesrepublik zurückweist, minimiert sie die unverkennbare Monstrosität dieser Verbrechen. Damit verharmlost sie den Nationalsozialismus und seine kriminelle wie menschenverachtende Natur.

[1867] Baum, Christina: Vorstellungsrede auf dem AfD-Bundesparteitag; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.07.2022, Kanal: „AfD in Sachsen und Dresden – Die Dokumentation", abgerufen am 01.08.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. a.)

[1868] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult", in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe", Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281; BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, juris, Rn. 831, 836, zur Bewertung des Terminus „Schuldkult" als antisemitisch und Holocaust-relativierend auch OLG Karlsruhe, Urt. v. 23.06.2021, 6 U 190/20, juris, Rn. 181, als „nicht auf dem Boden des Grundgesetzes stehend" ferner BGH, Urt. v. 05.10.2023, RiZ (R) 1/23, juris, Rn. 40.

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Am 10. und 11. September 2024 führte Fabian Küble (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand, stellvertretender Vorsitzender der JA Sachsen und Listenkandidat zur sächsischen Landtagswahl) auf X unter seinem Pseudonym Fabian Keubel eine Diskussion mit einem anderen Nutzer über die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Der Nutzer kritisierte dabei, in der Neuen Rechten fehle eine „*substanziell kritische Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich*". Küble entgegnete darauf:

> *„Für die ‚kritische Auseinandersetzung' mit dem Uraltkapitel aus Annodazumal haben wir ja die Linken mit ihrem Schuldkult. Eine Rechte braucht das nicht. Weder im positiven noch im negativen Sinne."*[1869]

Der andere Nutzer erwiderte darauf u. a., die NS-Zeit sei „*kein Uraltkapitel, sondern das Zentrum des geistigen Koordinatensystems im heutigen Deutschland.*" Küble entgegnete:

> *„Das mag vielleicht für Schuldkult-Boomer gelten, die von dieser Episode besessen sind. Für mich als Millenial ist das hingegen alter Kaffee und genau so relevant wie Nero, Atila der Hunnenkönig und die Hottentot."*[1870]

In einem weiteren Beitrag schrieb Küble:

> *„Die deutsche Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mag ja ganz interessant sein, aber ich hab nichts davon erlebt, nichts davon tangiert mich.*[1871]

Seinem Gesprächspartner warf er eine „*Schuldneurose*" vor.[1872]

Küble bestreitet damit die laut Bundesverfassungsgericht „*für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland […] gegenbildlich identitätsprägende Bedeutung*"[1873] des Nationalsozialismus und negiert die Dimension und Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen. Er äußert dabei nicht lediglich fehlendes persönliches Interesse, sondern lehnt jede Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ausdrücklich ab, indem er sie etwa als pathologisch diffamiert und mit Besessenheit, Neurose und Krampfhaftigkeit in Verbindung bringt. Die aus dem Nationalso-

---

[1869] Küble, Fabian: Tweet vom 10.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1870] Ebd.
[1871] Küble, Fabian: Tweets vom 11.09.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[1872] Ebd.
[1873] BVerfG, Urt. v. 04.11.2009, 1 BvR 2150/08, juris, Rn. 65.

zialismus gezogenen Lehren und die daraus erwachsende Verantwortung sollen demnach für die heutige Politik keinerlei Bedeutung haben. Die wiederholte Verwendung des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults" und der „Schuldneurose" als dessen Variation deuten darauf hin, dass Küble die Erinnerungskultur als ein Hindernis für eine durch ihn angestrebte politische Wende ansieht.

Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion Paderborn (NW), Marvin Weber, schrieb am 26. Juli 2022 auf Telegram:

> *„Ich bin fest davon überzeugt dass es den einheimischen Deutschen auf der Seele brennt endlich wieder ohne ewigen Schuldkult Deutsche im eigenen Land sein zu dürfen – und zwar stolz und tugendhaft, ohne sich einer sich diskriminiert fühlenden Minderheit von Diskriminierern und antideutschen Rassisten und eingewanderten Faschisten unterzuordnen. Wir wollen endlich wieder frei von den ewigen Ketten der ewigen Geschichtsinstrumentalisierung der uns ausplündernden Staaten sein. Wir sind die friedlichen Nachkriegsgenerationen und lassen uns nicht mehr entmüdigen, entrechten oder versklaven. […] Eure Nazikeule, die ihr inflationär und geschichtsrelativierend gegenüber uns nutzt ist das Abscheulichste und Erbärmlichste, was ich jemals gehört habe."* [1874]

Weber behauptet, Deutschland werde durch fremde Staaten mittels einer nicht enden wollenden „*Geschichtsinstrumentalisierung*" ausgeplündert, entmündigt, entrechtet und versklavt. Solches versuchten diese Staaten umzusetzen, obwohl es sich heute doch um „*friedliche Nachkriegsgenerationen*" handle. Weber nutzt in seiner Beschreibung den rechtsextremistischen Begriff des „Schuldkults".[1875] Ein solcher „Schuldkult" sei den Deutschen auferlegt worden und halte sie davon ab, sich stolz und tugendhaft zu fühlen und zu verhalten. Im Weiteren beschuldigt er in der Logik der Täter-Opfer-Umkehr die „*fremden Staaten*", sich unberechtigt an Deutschland zu bereichern und es durch „*Entmündigung, Entrechtung und Versklavung*", damit durch nicht rechtsstaatliche Mittel, zu beherrschen. In der Pauschalität seiner Behauptungen lehnt Weber die aus dem NS-Regime für die Bundesrepublik folgende rechtliche, finanzielle und moralische Verantwortung in ebenso undifferenzierter wie grober Weise ab. Hiermit

---

[1874] Weber, Marvin: Telegram-Beitrag vom 09.07.2022, abgerufen am 26.07.2022.
[1875] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult", in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe", Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

spielt Weber zugleich die verbrecherischen Handlungen des NS-Regimes als geringfügig und keiner Reaktion – beispielsweise im Sinne eines Versuchs der Kompensation – bedürfend herunter. Dies stellt eine Verharmlosung des Nationalsozialismus dar.

Weber äußerte im Rahmen einer Demonstration am 24. Juli 2022 außerdem:

> *„Man rettet und verteilt das Steuergeld im Weltretter-Wahn und der kollektiv-historischen Zwangsneurose an den Rest der Welt und vergisst mit voller Absicht das eigene Volk, die eigenen Deutschen, seine Nächsten. Die Herrschaft der Schlechtesten in Deutschland hilft allen Völkern auf dieser Welt aufopferungsvoll und mit ewigen historischen Schuldkult, überweist gerne Mal 10 Milliarden deutsches Steuergeld nach Indien aus vermeintlichen Klimaschutzgründen und lässt die eigenen Bürger im zerstörten Ahrtal alleine, um wiederum von Indien überteuertes Gas und Öl zu kaufen, welches diese wiederum aus Russland beziehen! Das ist die Idiotenherrschaft in Deutschland in Reinform, meine Damen und Herren.“*[1876]

Weber setzt eine von ihm als außergewöhnlich großzügig dargestellte finanzielle Unterstützung Indiens durch die Bundesrepublik in Kontrast zu einer angeblich systematischen Vernachlässigung Deutschlands durch die Bundesregierung. Als Ursache oder mindestens wesentlichen Faktor hierin macht er einen deutschen *„ewigen historischen Schuldkult“* und eine *„kollektiv-historische Zwangsneurose“* aus. Weber nutzt hier den rechtsextremistischen Begriff des *„Schuldkults“*[1877] und führt dessen zentrale Botschaft aus: Die Erinnerung an die Verbrechen des NS-Regimes und/oder die konkrete Übernahme von Verantwortung durch die Bundesrepublik werde genutzt, um Deutschland auszubeuten. Weber bestreitet damit grundsätzlich, dass die Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik angesichts der Dimension der NS-Verbrechen moralisch angemessen oder in materieller Hinsicht schlicht rechtlich verpflichtend sein könnte. Dies bedeutet eine Minimierung der verbrecherischen Dimension des Nationalsozialismus und beschönigt die zugrunde liegende menschenfeindliche Ideologie.

[1876] Weber, Marvin: Rede in Paderborn (NW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.07.2022, Kanal: „Marvin Weber“, abgerufen am 27.07.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 2. b.)

[1877] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult“, in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe“, Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

POSITIONIERUNG ZUM NATIONALSOZIALISMUS

Der Co-AfD-Bundessprecher Tino Chrupalla äußerte in einem Interview mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert für die rechtsextremistische Zeitschrift Sezession am 11. Mai 2023:

> *„Wir leben in einer Zeit großer Umbrüche. Historische Schuld sollte unser Handeln nicht länger bestimmen. Irgendwann wird der russische Botschafter zu unserer Gedenkfeier kommen. Das ist Teil meiner Arbeit für die beiderseitige Aussöhnung."*[1878]

Diese Aussage steht im Kontext dessen, dass Chrupalla selbst am 9. Mai 2023 anlässlich des Gedenktags des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft zu Gast in der russischen Botschaft in Berlin war. Chrupalla plädiert vor diesem zeitlichen Hintergrund dafür, dass historische „*Schuld [...] unser Handeln nicht länger bestimmen*" solle. Hiermit bezieht er sich auf die aus dem Nationalsozialismus und seinen Verbrechen resultierenden Konsequenzen für das deutsche Volk. Der vage Begriff „*historische Schuld*" umfasst dabei sowohl die Dimension der unleugbaren individuellen Schuld konkreter Täter wie des Deutschen Reichs im Allgemeinen als auch die Dimension heutiger moralischer, politischer und rechtlicher Verantwortung der Deutschen und der Bundesrepublik im Sinne historischer Kontinuität. Chrupalla stellt den Fortbestand dieser Linie der Verantwortungsübernahme von individuellen und kollektiven Taten zwischen 1933 und 1945 durch den Staat Bundesrepublik Deutschland in Abrede.

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) postete am 18. September 2023, beworben mit einem Meme mit dem Text „*Schuld anerkennen, Schuldkult beenden!*" seinen Redetext zum „3. Preußenfest" am 15. September 2023 in Schnellroda (ST) auf seiner Facebook-Seite. Dort sagte er u. a.:

> *„Unser ganzes Deutschland wurde für die Verbrechen einiger weniger Verbrecher mit der Amputation seiner Regionen im Osten bestraft, gut ein Drittel des Territoriums, und geographisch vielleicht ein Rand, aber kulturell alles andere als randständig, sondern bester deutscher Kultur- und Mutterboden. [...] Ein ganzes Volk wurde gestraft für die Verbrechen einer Parteioligarchie, als wäre es selbst durch deren Unrechtsherrschaft allein noch nicht gestraft genug gewesen. [...]*

[1878] Sezession: „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla" vom 11. Mai 2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 18.08.2023.

Groß war sicherlich die Schuld, aber gnadenlos auch die Strafe – so gnadenlos, daß die Strafe die Schuld gleich welcher Art bis in den letzten Winkel gesühnt und ausgetilgt hat. Wir können das Büßerhemd ein- für allemal ablegen und erhobenen Hauptes allen Völkern dieser Welt gegenübertreten und all diejenigen munter vor den Kopf stoßen, die unsere deutsche Schuld niemals getilgt wissen wollen, und zwar nicht, weil es ihnen um Gerechtigkeit ginge, sondern im Gegenteil, weil es ihnen einzig und allein darum geht, uns in maßloser Verdammung niederzuhalten – oder schlimmer noch – weil es gebrochene Geister sind, die sich nur noch in der Selbsterniedrigung gefallen. […] Liebe Freunde, unsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust.“[1879]

Tillschneider betont in Hinblick auf die NS-Zeit zwar mehrfach, dass es eine deutsche Schuld gebe und dass diese „*sicherlich*“ groß sei, jedoch sieht er diese zum einen als getilgt an, zum anderen schreibt er diese ausschließlich der NS-Führungsriege zu. In der Folge plädiert er für ein Ende des „*Schuldkults*“ und dafür, dass diese Vergangenheit Quell von „*Lust*“ werden solle. Tillschneiders Behauptung, ausschließlich die NS-Führungsriege habe Verbrechen begangen und das deutsche Volk sei dem wehrlos ausgesetzt gewesen, widerspricht in eklatanter Weise den seit vielen Jahrzehnten vorgelegten Forschungsergebnissen der internationalen Geschichtswissenschaft. Diese hat festgestellt, dass Hitler und die NS-Führungsriege auch ohne die Ausübung diktatorischen Drucks auf die passive und aktive Zustimmung zum NS-Regime und seiner Ideologie, Mitwirkung an der Etablierung des diktatorisch-totalitärer Verhältnisse und auf die Mittäterschaft weiter Teile des deutschen Volkes an Verbrechen bis hin zum Holocaust bauen und darauf zurückgreifen konnten.[1880] Unabhängig davon ist jedenfalls ab dem Zeitpunkt, zu dem der nationalsozialistische Machtapparat aufgebaut war, eine aktive Teilnahme an den Gräueltaten durch mehr als nur „*einige wenige Verbrecher*“ belegt. Tillschneider entlastet die Deutschen damit in geschichtsrevisionistischer Weise faktenwidrig und pauschal von ihrer Verantwortung für die Wahl Hitlers, für weitgehende Zustimmung zur Etablierung der NS-Diktatur und nicht zuletzt für die Teilhabe an Verbrechen und insbesondere Genoziden. Tillschneider verwendet im Weiteren

[1879] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 29.07.2024.
[1880] Eine klassische Studie, die die freiwillig ablaufende Beteiligung von durchschnittlichen Deutschen am Holocaust belegt, ist: Browning, Christopher: „‚Ganz normale Männer‘. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die ‚Endlösung‘ in Polen“, Reinbek bei Hamburg 1993.

den rechtsextremistischen Begriff des „*Schuldkults*",[1881] um eine fortdauernde Verantwortungsübernahme durch die Bundesrepublik und der deutschen Gesellschaft für die von ihm durch Gebietsverluste als getilgt ausgegebene deutsche Schuld zu diffamieren. Dass es sich bei Tillschneiders grundsätzlichem Bekenntnis zur deutschen Schuld um ein bloßes Lippenbekenntnis handelt, zeigt sein Ausspruch, „*unsere Vergangenheit soll uns keine Last mehr sein, sondern eine Lust*". Wäre die gegenüber anderen Völkern angehäufte deutsche Schuld – wie Tillschneider behauptet – tatsächlich vollständig getilgt, bliebe die Tatsache einer menschenverachtenden Diktatur im Inneren dennoch bestehen. Das Bild der NS-Zeit wäre darum schon angesichts des Leids und Unrechts, das deutsche Staatsbürger durch das NS-Regime erlitten haben, keineswegs positiv oder neutral, sondern unverändert negativ. Keinesfalls könnte die NS-Zeit jedoch als Quelle der „*Lust*" bezeichnet werden. Mit dieser Argumentation legt Tillschneider eine positive Bewertung des Nationalsozialismus – wenn auch abzüglich seiner Verbrechen – nahe.

In diesem Zusammenhang sind auch die folgenden Verwendungen des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults" zu bewerten:

In einem Facebook-Post vom November 2023 bediente sich Tillschneider dann eines Zitats von Bertolt Brecht und instrumentalisierte dessen Verse, um erneut „*den herrschenden Schuldkult zu hinterfragen*":

> *„Brecht gegen Schuldkult!*
> *Ich hör die Herrn in Downingstreet noch schelten! Weil Ihr´s gelitten, trüget Ihr die Schuld.*
> *Wie dem nun sei: Die Herren schelten selten der Völker unerklärliche Geduld.*
> *Das sind meine Lieblingsverse von Berthold Brecht. Sie stehen in der Kriegsfibel neben einem Hitlerbild und eignen sich hervorragend, um den herrschenden Schuldkult zu hinterfragen.*
> *Die Schuldzuweisung an das deutsche Volk durch die Siegermächte teilt Brecht nicht. Er bezeichnet die Siegermächte eher abfällig als scheltende ‚Herren in Downingstreet' und gibt ihre Schuldzuweisung nur im Konjunktiv wieder. Das ‚Wie dem nun sei' der dritten Zeile schreibt den Zweifel fest und suspendiert ihn*

[1881] Vgl. Suermann, Lenard: „Schuld-Kult", in: Gießelmann, Bente/ Heun, Robin/ Kerst, Benjamin/ Suermann, Lenard/ Virchow, Fabian (Hrsg.): „Handwörterbuch rechtsextremer Kampfbegriffe", Schwalbach/Taunus 2016, S. 269–281.

zugleich. Denn das Fazit und Faktum, an dem sich jeder, der an der deutschen Schuld zweifelt, festhalten soll, ist der Umstand, daß die Herren in aller Regel zufrieden damit sind, wenn das Volk keinen Widerstand leistet. So leichtfüßig ist noch kein Dichter mit der deutschen Vergangenheit umgegangen.“[1882]

Zudem negierte Tillschneider in einer Gedenkrede vom 20. November 2023 abermals die Beteiligung von Soldaten an NS-Massenverbrechen und projizierte diese Taten lediglich auf eine „*verschwindend geringe*“ Anzahl von Personen:

„Nur ein verschwindend geringer Teil der Wehrmachtssoldaten [hat] Verbrechen verübt. Unsere Urgroßväter und unsere Großväter waren keine Verbrecher!“[1883]

Tillschneider nimmt hier die seit Jahrzehnten von Rechtsextremisten so oder so ähnlich formulierte Aussage „Opa war Soldat – kein Verbrecher“ auf. Indem die systemische Rolle der Wehrmacht und die Ebene individueller Schuld vermischt werden, findet eine Exkulpierung nicht nur praktisch aller Wehrmachtssoldaten, sondern auch der Wehrmacht als Organisation statt. Tillschneider bestreitet also faktisch, dass, zum Ersten, die Wehrmacht im Osten einen Vernichtungskrieg führte, der in seiner Gesamtheit ein Kriegs- und Menschheitsverbrechen darstellt. Zum Zweiten verneint er, dass die Wehrmacht wesentlich an der organisatorisch-logistischen und auch unmittelbaren Durchführung des Holocaust, etwa durch Erschießungen, beteiligt und eng eingebunden war. Und zum Dritten behauptet Tillschneider wider jede wissenschaftliche Evidenz, dass lediglich *„ein verschwindend geringer Teil der Wehrmachtssoldaten“* Verbrechen begangen habe. Tillschneider bringt hiermit die geschichtsrevisionistische Argumentationsfigur der „sauberen Wehrmacht“ vor, die die Beteiligung oder (aus)führende Rolle der Wehrmacht an verschiedenen Verbrechen – vom Angriffskrieg über die auf Vernichtung ausgerichtete Kriegsführung bis zur Mittäterschaft am Holocaust – in Abrede stellt und die Zahl derjenigen, die sich tatsächlich schuldig gemacht haben, kontrafaktisch minimiert.

Am 10. Mai 2024 veröffentlichte das Freilich-Magazin einen Kommentar von Hans-Thomas Tillschneider zum Jahrestag des Endes des Zeiten Weltkriegs am 8. Mai 1945.

[1882] Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 09.11.2023, abgerufen am 10.11.2023.
[1883] Tillschneider, Hans-Thomas: Rede vom 20.11.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.11.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider“, abgerufen am 22.11.2023.

Darin äußerte sich Tillschneider ähnlich über die Wehrmacht:

> *„Für die deutsche Armee freilich war der 8. Mai eine Niederlage. Jeder Soldat will den Krieg, in dem er kämpft, gewinnen. Die Politik interessiert ihn nicht. Er ist ein Arbeiter im Kriegshandwerk. Er trifft keine Entscheidungen, er empfängt Befehle. Wird er missbraucht, trifft ihn keine oder nur eine sehr reduzierte und spezielle Verantwortung. Die durch das Hitlerregime missbrauchte Wehrmacht war am 8. Mai besiegt worden. [...] Der 8. Mai: Tag der militärischen Niederlage."*[1884]

Über die Nachkriegsentwicklung Deutschlands ab dem 8. Mai 1945 führte Tillschneider zudem aus:

> *„Deutschland wurde von der Hitlermacht befreit, um es unter die Herrschaft der Besatzer zu stellen. Und in den ersten Monaten war auch diese Besatzung Unrecht, denn wie will man die zahlreichen Verbrechen der Besatzungstruppen von den Rheinwiesenlagern bis zu den Vergewaltigungen im Osten anders bezeichnen? [...] Der 8. Mai: Tag der Besatzung und Teilung Deutschlands.*
> *Die Teilung endete 1990. aber noch stehen 38.000 amerikanische Soldaten auf dem deutschen Boden. [...] Ein Gedenken an den 8. Mai sollte deshalb in die Vergewisserung münden, dass es heute darauf ankommt, die Befreiung zu vollenden und echte Souveränität zu erlangen. Das ist das Vermächtnis des 8. Mai."*[1885]

In geschichtsrelativierender Weise nimmt Tillschneider das Ende des Zweiten Weltkriegs am 8. Mai 1945 nicht als positives Ereignis wahr, sondern rückt vielmehr die „*militärische Niederlage*" sowie die „*Besatzung und Teilung Deutschlands*" in den Fokus seiner historischen Betrachtung. Die damalige Besatzung in Deutschland begreift er als „*Unrecht*" und behauptet in faktenwidriger Weise, das diese bis heute fortdauere und es daher notwendig sei, „*die Befreiung zu vollenden und echte Souveränität zu erlangen*". Dies sei letztlich das Vermächtnis des 8. Mai – nicht das historische Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs.

[1884] Freilich: „Die Befreiung vollenden! – Dimensionen des 8. Mai" vom 10.05.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 13.05.2024.
[1885] Ebd.

Auch Christina Baum (zum damaligen Zeitpunkt AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdB, BW) monierte im Februar 2024 auf Telegram abermals einen vermeintlichen „*Schuldkult*“:

> *„Ich jedenfalls bin KONSERVATIV Weil es RECHT und RICHTIG ist.*
> *...weil ich WERTE in mir trage, die mir von meinen Großeltern und Eltern mit auf den Lebensweg gegeben wurden und die ich verinnerlicht habe.*
> *Dies fehlt dem linken und woken Teil unserer Gesellschaft, die einer Ersatzideologie hinterherlaufen weil sie mit sich selbst nicht im Reinen sind.*
> *Weil ihnen der Schuldkult Identität und Nationalstolz genommen hat und sie tatsächlich glauben, im Internationalismus mit der Vermischung der Völker könnte ihre Seele Ruhe finden.*
> *Das Gegenteil wird der Fall sein. Diese Entwicklung schadet allen Völkern dieser Erde.“*[1886]

Der AfD-Kreisverband Würzburg (BY) schrieb am 1. September 2022 zu den im Jahr 2022 von Polen erhobenen, auf den Zweiten Weltkrieg zurückgehenden Reparationsforderungen gegen die Bundesrepublik:

> *„Wenn einem über 70 jahre nach einem Krieg einfällt, dass man gerne nochmal über eine Billion an Reparationszahlung hätte, ist das einfach nicht ernst zu nehmen. Hier wird einfach auf die unvergleichliche Dummheit unserer aktuellen Regierung gebaut und darauf gehofft, dass wenn man nur genug fordert, man schon ein paar Milliarden Euro von den Deutschen abgreifen kann.“*[1887]

Ein Facebook-User kommentierte:

> *„Wer hat den den WW2 verursacht? Da is Polen ganz vorne dabei. Theoretisch müssten wir von Pole. Geld verlangen..“*[1888]

Der Kommentar war auch fast zwei Jahre nach Erstellung noch unwidersprochen abrufbar.

Der AfD-Kreisverband Würzburg negiert, dass eine Forderung von Reparationszahlungen im Jahr 2022 rechtens sein könne und suggeriert, dass die Forderung Polens

[1886] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 15.02.2024, abgerufen am 28.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[1887] AfD Kreisverband Würzburg: Facebook-Eintrag vom 01.09.2022, abgerufen am 06.08.2024.
[1888] Ebd.

unter Ausnutzung der Regierung Deutschlands aus Gier erhoben würde („*abgreifen*“) – und nicht, weil dahinter Schäden stehen könnten, deren legitime Kompensation bislang nicht erfolgt ist. Damit wird die Forderung Polens – ohne dass beispielsweise eine Abwägung unterschiedlicher Rechtsauffassungen über die völkerrechtliche Abgeschlossenheit von Reparationszahlungen der Bundesrepublik vorgenommen wird – pauschal als unberechtigt dargestellt. Polen werden zudem undifferenziert niedrige Beweggründe attestiert und damit wird ohne Benennung der vom Deutschen Reich zu verantwortenden, planmäßig ausgeführten enormen Verheerungen eine Täter-Opfer-Umkehr vorgenommen. Dies stellt eine Verharmlosung der Verbrechen dar, die das NS-Regime gegen Polen und auf besetztem polnischem Territorium begangen hat.

Zudem lässt der AfD-Kreisverband einen Kommentar unwidersprochen stehen, der Polen als wesentlichen Mitverursacher des Zweiten Weltkriegs bezeichnet und die im Referenz-Post vorgenommene Täter-Opfer-Umkehr noch steigert, indem die Forderung erhoben wird, Deutschland solle von Polen Reparationen fordern. Die Behauptung, Polen trage Verantwortung am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, widerspricht sämtlichen Ergebnissen geschichts- und politikwissenschaftlicher Forschungen der vergangenen Jahrzehnte und entlastet das nationalsozialistische Deutsche Reich ohne jeden Beleg von einem seiner größten Verbrechen.

Der damalige stellvertretende Bundesschatzmeister und Bundestagsabgeordnete Harald Weyel veröffentlichte am 1. September 2023 einen Facebook-Beitrag mit folgendem Inhalt:

> *„Eh bien, zurück im ehemaligen ‚Reichsgebiet‘…*
> *PS: Ob nun Rückkehrversuche über Gottard Tunnel oder Paß: Überall schaffen es dilettierende ‚gewerbliche Verkehrsteilnehmer‘ ihre Fahrzeuge trocken zu fahren oder ihre Anhänger umzukippen!*
> *PPS: So schon auf der Hinfahrt ein poln. Kleinlaster. Dergleichen sollte doch sofort in allfällige neue #Reparationsverhandlungen einbezogen werden, oder?!!! ;))“*[1889]

[1889] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 01.09.2023, abgerufen am 18.10.2023.

Auch hier zeigt sich erneut die dargestellte Täter-Opfer-Umkehr, indem Weyel sich belustigend über die Forderung Polens nach Reparationsleistungen äußert und alltägliche Verkehrsunglücke als Position in etwaige Reparationsverhandlungen miteinbezogen wissen will.

Die WELT berichtete am 29. Juli 2024 in einem Artikel davon, dass Alice Weidel (Co-Bundessprecherin und MdB, BW) der Zeitschrift Der Eckart ein Interview gegeben habe, in dem sie die nach 1945 gezogenen völkerrechtlich anerkannten Grenzen infrage stellte. So weigerte sich Weidel der WELT zufolge, den polnischen Namen des Heimatorts ihrer vertriebenen Familie zu nutzen. Sie selbst wird aus dem Interview mit folgenden Worten zitiert:

> *„Weidel ist ein oberschlesischer Name, meine Familie väterlicherseits kommt aus Leobschütz. Ich habe mich immer geweigert, nachzuschauen, wie der polnische Name der Stadt lautet, und diese Stadt umzubenennen.'"*[1890]

Weidels Bekundung, den polnischen Namen ihres Heimatortes nicht nur nicht zu kennen, sondern ausdrücklich auch nicht kennen zu wollen, lässt eine innere Distanz gegenüber der im Zuge der europäischen Nachkriegsordnung vorgenommenen deutsch-polnischen Grenzziehung erkennen.

c. Nationalsozialistisch geprägter Sprachgebrauch

Am 30. März 2022 trat Björn Höcke (Landessprecher und MdL TH) auf einer Kundgebung der AfD Brandenburg in Elsterwerda (BB) als Redner auf. In seiner Rede sprach er über die Zugewinne globaler Konzerne während der COVID-19-Pandemie, wobei er den Begriff „*Volksschädigung*" verwendete. Höcke sagte:

> *„Dem kleinen Mann wird genommen. Und den Superreichen wird gegeben. Es geht darum, das Geld aus euren Taschen rauszuholen und denen zu geben, die schon mehr als genug haben. Dieser Politikansatz wird von jeder dieser Altparteien genau so gewollt. Und genauso umgesetzt. Er ist schändlich, er ist verwerflich, er ist volksschädlich und Volksschädigung muss endlich enden, liebe Freunde."*[1891]

[1890] WELT: „‚Weidel stellt die nach 1945 gezogenen Grenzen infrage'" vom 29.07.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 01.08.2024.

[1891] Höcke, Björn: Redebeitrag am 30.03.2022 in Elsterwerda (BB); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD Brandenburg", abgerufen am 30.03.2022.

Höcke nutzt hier mit *„volksschädlich“* und *„Volksschädigung“* wiederholt eine grammatikalische Abwandlung des Worts „Volksschädling“. Bei dem Begriff „Volksschädling“ handelt es sich um einen Rechtsterminus des Nationalsozialismus („Verordnung gegen Volksschädlinge“ vom 5. September 1939).[1892] Auf dieser Grundlage wurde in der NS-Zeit bei Plünderungen – dem in der Verordnung angeführten Tatbestand, der dem von Höcke beklagten angeblichen heutigen Zustand am nächsten kommt – die Todesstrafe verhängt. Indem Höcke ohne Scheu wiederholt einen Terminus nutzt, der zum einen als typisch nationalsozialistischer Sprachgebrauch erkennbar ist und zum anderen nationalsozialistische Ideologie beinhaltet, zeigt er eine entsprechende Nähe und Zustimmung zu diesem Gedankengut auf.

Höcke war bereits in der Vergangenheit mehrfach durch die Verwendung nationalsozialistisch geprägter Begrifflichkeiten aufgefallen:

Im Mai 2023 wurde gegen Höcke durch die Staatsanwaltschaft Halle (ST) wegen des öffentlichen Verwendens von Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation Anklage erhoben. Das Landgericht Halle sprach Höcke nach Abschluss des Verfahrens im Mai 2024 schuldig.[1893] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Höcke hatte knapp zwei Jahre zuvor am 21. Mai 2021 auf einer Wahlkampfveranstaltung die verbotene Losung der Sturmabteilung (SA) der NSDAP *„Alles für Deutschland!"* verwendet, wobei er – als studierter und nicht zuletzt in der deutschen Zeitgeschichte bewanderter Geschichtslehrer – nach der Einschätzung der Staatsanwaltschaft um Herkunft und Bedeutung dieser Formel gewusst haben soll.[1894]

In einem weiteren Verfahren wurde Höcke erneut am 1. Juli 2024 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen schuldig gesprochen.[1895] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Der Verurteilung Höckes liegt zugrunde, dass dieser auf einem Bürgerstammtisch des AfD-Stadtverbands Gera (TH) am 12. Dezember 2023 – also bereits nach Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft Halle

[1892] RGBl. I (1939), S. 1679.
[1893] MDR: „‚Sie sind ein Mann, der weiß, was er sagt‘: Höcke wegen NS-Spruch verurteilt“ vom 15.05.2024, in: www.mdr.de, abgerufen am 30.08.2024.
[1894] Staatsanwaltschaft Halle: Pressemitteilung 2/2023 vom 05.06.2023, abgerufen am 03.09.2023.
[1895] MDR: „Höcke zu Geldstrafe verurteilt: Verteidiger legen erneut Revision ein“ vom 03.07.2024, in: www.mdr.de, abgerufen am 30.08.2024.

(ST) – die verbotene Losung der Sturmabteilung (SA) der NSDAP „Alles für Deutschland" mit den Worten *„Alles für..."* begonnen und sodann das Publikum mit Gesten aufgefordert hatte, die Losung mit dem Wort *„Deutschland"* zu beenden.

Der AfD-Bundesvorstand äußerte sich im Nachgang nicht zu den Verurteilungen Höckes. Im Rahmen einer Rede am 17. Mai 2024 in Aalen (BW) verharmloste die Co-Bundessprecherin Alice Weidel den Ausspruch Höckes jedoch und zog ihn ins Lächerliche, indem sie äußerte:

> *„Aber ich muss eins sagen: ich glaube, dass der Björn Höcke gar nicht ‚Alles für Deutschland' gesagt hat, sondern ‚Alice für Deutschland'. Da wäre eigentlich alles völlig... [Applaus] [Weidel lacht]. Und daran hatten sie jetzt wahrscheinlich gar nicht gedacht. Mensch, so, jetzt ist das ganze Ding durch. Aber das ist schon unglaublich albern, was hier in diesem Land eigentlich gerade so zugeht. Ich möchte gerne mal eine Liste haben der Sätze, die man noch sagen darf. [...] Dementsprechend ist das ganze natürlich extrem albern, was hier passiert. Aber dummerweise eben auch sehr gefährlich weil ja hier die Meinungsfreiheit eingeschränkt wird."*[1896]

In einem Interview mit der WELT vom 26. August 2024 äußerte Weidel im Hinblick auf Höcke außerdem:

> *„Wenn es etwas zu kritisieren gibt, dann machen wir das intern. Außerdem hat sich Höcke auch geändert. Das sehr provokante Element hat sich bei ihm abgeschwächt. Er macht einen hervorragenden Job in Thüringen. Die Strafprozesse finde ich lächerlich und fragwürdig."*[1897]

Mit beiden Äußerungen bringt Weidel aufgrund ihrer Eigenschaft als Co-Bundessprecherin und -Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion zum Ausdruck, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Äußerungen Höckes von Seiten der Gesamtpartei nicht erfolgt. Indem sie sagt, das Ganze sei *„albern"* bzw. *„lächerlich"*, unterlässt sie nicht nur jegliche Distanzierung, sondern belustigt sich über die Verwendung nationalsozialistischen Sprachgebrauchs. In Anbetracht der vor dem zweiten Zitat erfolgten zwischenzeitlichen Verurteilung wird offenkundig, dass die gerichtliche Entscheidung

---

[1896] Weidel, Alice: Rede am 17.05.2024 in Aalen (BW); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.05.2024, Kanal: „AfD Ostalb", abgerufen am 02.09.2024.

[1897] WELTplus: „Für eine Mäßigung gibt es überhaupt keine Veranlassung'" vom 26.08.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 03.09.2024.

nicht respektiert wird und nicht einmal als Reaktion auf diese eine kritische Reflexion zur Verwendung der Parole erfolgt.

Am 13. September 2024 veröffentlichte der stellvertretende AfD-Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) auf Facebook ein Video seines Formats „5 Fragen – 5 Antworten", in welchem er regelmäßig mit seiner Mitarbeiterin Alexandra Kloß (politische Referentin der AfD im thüringischen Landtag) über aktuelle Themen diskutiert. Im Verlauf des Videos trat Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB und parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, BR)[1898] spontan hinzu, woraufhin Brandner einwarf:

> *„Jetzt ist natürlich das wache Auge – Götz Frömming ist ja zuständig für Social Media in unserer Fraktion. [...] Da können wir uns jetzt hier keinen Fauxpas erlauben, ne?"*[1899]

Frömming reagierte daraufhin mit folgenden Äußerungen:

> *„Ich hoffe, ihr habt nichts Falsches gesagt. [...] Alles für Brandenburg? Darf man das sagen eigentlich, Stephan?"*[1900]

Alexandra Kloß warf ein: *„Das geht!"*, während Brandner entgegnete: *„Ja, alles von Brandner und alles für Brandenburg!"*

Frömming antwortete zuletzt:

> *„Alles für Brandner, alles von Brandenburg und für Brandenburg! Ich wünsche noch viel Erfolg!"*[1901]

Auch hier erfolgt seitens der Beteiligten weder eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Gerichtsurteil, noch eine Distanzierung von den Äußerungen Höckes.

[1898] Götz Frömming war von September 2017 bis Februar 2025 zunächst über die Berliner Landesliste im Deutschen Bundestag vertreten. Bei der Bundestagswahl 2025 errang Frömming dann in Brandenburg das Direktmandat des Wahlkreises Ostprignitz-Ruppin.
[1899] Brandner, Stephan: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.09.2024, Kanal: „Stephan Brandner, MdB", abgerufen am 16.09.2024.
[1900] Frömming, Götz: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 13.09.2024, Kanal: „Stephan Brandner, MdB", abgerufen am 16.09.2024.
[1901] Ebd.

d. Zwischenfazit

Die angeführten Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene zeigen unterschiedliche Aspekte der Positionierung gegenüber dem Nationalsozialismus auf. Eine ausdrückliche, aktive Befürwortung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus ist nicht festzustellen. Es finden sich jedoch mehrere Schattierungen der Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Verbrechen sowie die Negation fortdauernder Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland als Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs. Bei den meisten Belegen handelt es sich um originäre Äußerungen der entsprechenden Personen und nicht um Zustimmungen zu bzw. ein Zu-eigen-Machen von Äußerungen Dritter, beispielsweise durch Weiterleiten oder Teilen fremder Social-Media-Postings.

Inhaltlich wendet sich der Großteil der Äußerungen dagegen, dass die Bundesrepublik und das deutsche Volk moralische, rechtliche und finanzielle Verantwortung für das Agieren des NS-Staates übernehmen. Eine solche – zu großen Teilen völkerrechtlich bindende – Verantwortungsübernahme wird pauschal zurückgewiesen und die NS-Verbrechen werden als Marginalie abgewertet. Zumeist geht dies mit der Verwendung des rechtsextremistischen Signalworts „Schuldkult" und Argumenten einher, die als Täter-Opfer-Umkehr zu beschreiben sind.

Der Nationalsozialismus wird zudem verharmlost, indem das Deutsche Reich von der Verantwortung für den Beginn des Zweiten Weltkriegs und damit von gezieltem verbrecherischem Handeln faktenwidrig entlastet und andere Staaten der Kriegstreiberei beschuldigt werden. Darüber hinaus werden Gleichsetzungen vorgenommen, die im Ergebnis die verbrecherische Dimension des NS-Regimes beschönigen. In einem Fall wird ein als nationalsozialistisch erkennbarer Sprachgebrauch adaptiert und der damit verbundene ideologische Gehalt in zustimmender Weise weitergetragen.

Die festgestellten Äußerungen zum Thema Nationalsozialismus sind von Pauschalität geprägt. Differenzierungen oder nachträgliche, korrigierende Einschränkungen absolut formulierter eigener Aussagen finden ebenso wenig statt, wie dass nationalsozialistisches Unrecht und Verbrechen konkret eingeräumt würden. Der Nationalsozialismus wird sowohl gezielt entlastet als auch als Nebeneffekt offenkundig anderweitiger politischer Absichten bagatellisiert. Unabhängig von den primären Absichten handelt es sich in allen Fällen um Positionierungen, die keinen Wert auf Distanz zum Nationalsozialismus legen.

Auch wenn die angeführten Belege alle Parteiebenen umfassen und mit den Äußerungen von Tino Chrupalla und Alice Weidel auch Belege beider Co-Bundessprecher/Co-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag enthalten, sind bereits rein mengenmäßig nicht derart viele Feststellungen vorhanden, dass angesichts der Größe der Partei von einer Verdichtung zur Gewissheit gesprochen werden kann. Das Ergebnis fügt sich insofern auch in die charakteristischen Narrative der Neuen Rechten ein, da diese per definitionem vorgibt, eine Abgrenzung vom historischen Nationalsozialismus vorzunehmen. Verherrlichende Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus stellen daher kein zentrales Agitationsfeld der AfD dar.

Die angeführten Äußerungen knüpfen jedoch thematisch an das Folgegutachten zur AfD aus dem Jahr 2021 an, in dem bereits im Duktus ähnliche Verharmlosungen – wie sie besonders bildlich in der Verwendung des Begriffs „Schuldkult" zum Ausdruck kommen – festgestellt wurden. Auch der Umgang mit der Verurteilung Björn Höckes wegen der Verwendung einer Parole der SA zeigt zumindest, dass eine kritische Auseinandersetzung mit sprachlichen Anleihen beim Nationalsozialismus nicht stattfindet und sogar von der Co-Bundessprecherin und Co-Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Alice Weidel in diesem Fall kategorisch abgelehnt wird. Von daher ist im Ergebnis keine Verdichtung zur Gewissheit, wohl aber eine Aufrechterhaltung der Verdachtsmomente festzustellen.

II. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Schließlich kann sich ebenfalls aus dem fortgesetzten Bestehen von strukturierten Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben. Bereits im Vorfeld der Verdachtsfalleinstufung waren entsprechende Verbindungen festgestellt worden. Ferner wird auf den erstinstanzlichen Beschluss des VG Köln vom 5. Februar 2024 – 13 L 1124/23 –, Rn. 403 ff., verwiesen, in welchem das Gericht im Rahmen des Eilverfahrens bestätigt hat, dass die fortbestehenden Verbindungen der JA als Teilorganisation der AfD zu als verfassungsfeindlich eingestuften Bestrebungen die Annahme einer Verdichtung der Verdachtsmomente für das Vorliegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen der JA rechtfertigen. Demnach reicht der Kontakt zu entsprechenden Gruppierungen zwar allein nicht für eine Einstufung als gesichert rechtsextremistisch aus, wohl aber führt die Quantität und Qualität der Verbindungen bei einer Gesamtschau zur Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte. Ein relevanter Faktor ist auch die Bedeutsamkeit der Äußerungen, die sich daraus ergeben kann, dass diese von unterschiedlichen, auch führenden, Personen sowie Untergliederungen getätigt wurden. Um fehlende Distanzierungen von extremistischen Einzelpersonen oder Gruppierungen und langfristige Kontinuitäten klarer aufzeigen zu können, werden in diesem Kapitel an einigen Stellen auch ältere Beispiele für Verbindungen aufgeführt, die aber lediglich zur Kontextualisierung der relevanten neueren Belege dienen.

Von herausgehobener Relevanz sind in diesem Zusammenhang die strukturellen und ausgeprägten Verbindungen der AfD und ihrer Mitglieder zu den extremistischen Teilen der Neuen Rechten.

Ungeachtet dessen sind im Beobachtungszeitraum abermals auch einzelne Verbindungen der AfD zu rechtsextremistischen Parteien sowie der Reichsbürgerszene festgestellt worden. Beispielhaft für die Verbindungen in das rechtsextremistische Umfeld außerhalb der Neuen Rechten sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

Das Mitglied des Bundesvorstands Alexander Jungbluth (MdEP, RP) veröffentlichte auf X in Reaktion auf das behördliche Vorgehen gegen eine Kampfsportveranstaltung des III. Wegs die Aussage:

> *„Rechte die Kampfsport machen beschützen Frauen und Töchter. [...] #Hachenburg #Fassfabrik“.*[1902]

Die Tatsache, dass die Veranstaltung von der neonazistischen Partei Der III. Weg durchgeführt wurde, ist durch Medienberichte weitgehend veröffentlicht worden.[1903] Daher kann nicht davon ausgegangen werden, dass Jungbluth sich allenfalls positiv zu dem Kampfsport-Event, jedoch ambivalent zu dem Veranstalter positioniert.

Die Fassfabrik in Hachenburg (RP), wo die Veranstaltung stattfand, wurde auch von Seiten der AfD bereits mehrfach als Veranstaltungsort verwendet.[1904]

Die ehemalige AfD-Bundestagsabgeordnete Birgit Malsack-Winkemann (BR) wurde am 7. Dezember 2022 im Rahmen einer bundesweiten Razzia bei Mitgliedern der Reichsbürger-Szene vorläufig festgenommen und befindet sich seitdem in Untersuchungshaft. Der Gruppe um Prinz Reuß wird vorgeworfen, einen teilweise auch mit Waffengewalt geplanten Umsturz vorbereitet zu haben.[1905] Konkret lautet der Vorwurf des Generalbundesanwalts gegen Malsack-Winkemann, *„sich seit Ende des Jahres 2021 mitgliedschaftlich in einer Vereinigung gemäß § 129 Abs. 2 StGB beteiligt zu haben, deren Zwecke oder Tätigkeiten auf die Begehung von Mord (§ 211 StGB) und Totschlag (§ 212 StGB) gerichtet sind, und durch dieselbe Handlung ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen gegen den Bund vorbereitet zu haben.“*[1906]

Im Rahmen der Ermittlungen wurde bekannt, dass Malsack-Winkemann im September 2022 zwei ihrer Mitbeschuldigten durch das Reichstagsgebäude geführt habe, zu dem sie als ehemalige Bundestagsabgeordnete noch ungehinderten Zugang hatte.

[1902] Jungbluth, Alexander: Tweet vom 07.10.2024, abgerufen am 07.10.2024.
[1903] ZEIT: „Großrazzia bei mutmaßlich rechtsextremem Treffen im Westerwald“ vom 06.10.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[1904] taz: „Wo die AfD den III. Weg trifft" vom 24.10.2024, in: www.taz.de, abgerufen am 30.10.2024.
[1905] Tagesspiegel: „‚Reichsbürger‘-Szene stark gewachsen: 19 Personen nach bundesweiter Razzia in U-Haft“ vom 07.12.2022, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 21.10.2024.
[1906] Der Generalbundesanwalt: Anordnung der Untersuchungshaft gegen die Beschuldigte Birgit Malsack-Winkemann vom 28.11.2022, Az. 2 BJs 274/22-5.

Ebenfalls soll sie zu einem späteren Zeitpunkt einen Mitbeschuldigten durch das Regierungsviertel geführt haben, wo dieser Videoaufnahmen von Regierungsgebäuden und unterirdischen Zugängen zu diesen sowie vom Inneren des Plenarsaals des Deutschen Bundestags anfertigte. Auch soll sie ihm Informationen über die Sitzordnung in selbigem überlassen haben. Anhand dieser Informationen sollte ein bewaffnetes Eindringen in das Reichstagsgebäude geplant werden. Durch sichergestellte Chatnachrichten wird Malsack-Winkemanns Kenntnis über diese Planungen belegt.[1907]

Malsack-Winkemann, die in der 19. Legislaturperiode von 2017 bis 2021 für die AfD als Abgeordnete im Deutschen Bundestag saß, war zum Zeitpunkt ihrer Festnahme noch Beisitzerin im AfD-Bundesschiedsgericht.[1908]

Der Fokus dieses Kapitels liegt auf den zahlreichen belegten Verbindungen der AfD und ihrer Akteure zur Neuen Rechten. Unter dem Begriff Neue Rechte wird im Folgenden ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Hierfür werden parlamentarische und außerparlamentarische Bewegungen, metapolitische Theoriebildung und Praxis – also die Einflussnahme auf den vorpolitischen Raum, die den Boden für die erfolgreiche politische Verwirklichung dieser antidemokratischen Positionen bereiten soll – mit Protest- und Demonstrationsinitiativen eng verzahnt. Die Akteure füllen innerhalb dieses Netzwerks unterschiedliche und teils komplementäre Funktionen und Rollen aus, die dem gemeinsamen Ziel einer „Kulturrevolution von rechts" dienen sollen und sich jeweils an unterschiedliche Zielgruppen richten. Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ergeben sich in unterschiedlicher Ausprägung in Bezug auf die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes, das Rechtsstaats- und das Demokratieprinzip.

Die Akteure der Neuen Rechten sind untereinander gut vernetzt. Dabei nehmen die einzelnen Gruppierungen und Organisationen planvoll unterschiedliche Funktionen

---

[1907] Ebd.
[1908] AfD: „Bundesschiedsgericht", in: www.afd.de, abgerufen am 21.10.2024 über web.archive.org mit Datum 07.12.2022.

innerhalb dieses Netzwerks wahr und verstehen sich als Strategen, Journalisten bzw. „alternative Medien" oder Aktivisten. Beispielhaft formulierten dies im Jahr 2023 das damalige Mitglied des AfD-Bundesvorstands und des Europäischen Parlaments Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) und die Führungsfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung Martin Sellner in ihren im Verlag Antaios publizierten Büchern.

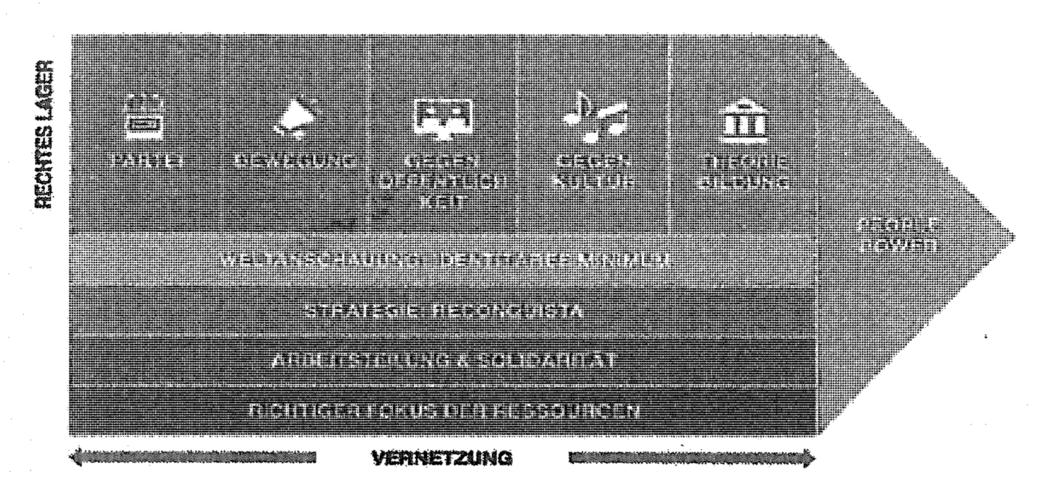
In seinem Buch „Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze" definiert Sellner das *„rechte Hauptziel"* als die *„Bewahrung der ethnokulturellen Identität und Substanz"*, wofür eine *„radikale Wende der Identitäts- und Bevölkerungspolitik"* nötig sei, die den *„Bevölkerungsaustausch"* aufhalte.[1909] Weiterhin führt er aus:

> *„Den Kern des rechten Lagers bildet das Bekenntnis zu einem ethnokulturell verstandenen Volk und die Forderung nach dessen Erhalt. Im Kern ist es daher meiner Ansicht nach das ‚identitäre' Lager, da in seinem Zentrum der Erhalt der eigenen Identität steht."*[1910]

An späterer Stelle kommt Sellner dann auf die Konstitution des *„rechten Lagers"* zu sprechen, das sich aus seiner Sicht in fünf unterschiedliche Bereiche aufgliedern lässt:

> *„Wir unterteilen es [Anm.: das rechte Lager] in fünf funktionale organische Bereiche. Alle Bereiche wirken organisch zusammen, was impliziert, daß jeder einzelne unverzichtbar ist. Ich unterscheide im rechten Lager: 1. Die Partei, 2. die Bewegung, 3. die Gegenkultur und 4. Theoriebildung, sowie 5. die Gegenöffentlichkeit. Rufen wir uns hier erneut die strategischen Ebenen ins Gedächtnis. Die Leitstrategie gibt das allgemeine Ziel vor. Aus ihr ergibt sich für jeden Bereich eine eigene Strategie zu ihrer Umsetzung. Fehlt eine Leitstrategie oder ist sie fehlerhaft, kommt es zu Verfallsformen oder Wucherungen dieser ‚funktionalen Organe'."*[1911]

[1909] Sellner, Martin: „Regime Chance von rechts. Eine strategische Skizze", Schnellroda 2023, S. 25.
[1910] Ebd., S. 54.
[1911] Ebd., S. 59 f.



Zur Funktion der Partei führt Sellner aus:

> *„Die Partei ist der effektiv politische Akteur des rechten Lagers. Ihre zentrale Aufgabe ist das Erlangen und Halten von ausreichend parlamentarischer Macht, um das Hauptziel umzusetzen, sprich: den Bevölkerungsaustausch durch eine alternative Politik zu stoppen. […] Eine weitere strategische Aufgabe einer rechten Partei besteht in ihrer einzigartigen metapolitischen Einflußmöglichkeit. Sie kann juristischen Schutz bieten, auf den Repressiven Staatsapparat einwirken und entscheidende Informationen gewinnen. Durch ihre materiellen Ressourcen kann sie auch andere, prekäre Bereiche des rechten Lagers stützen. […] Wie wir später sehen werden, kann die Partei ihr strategisches Ziel nur erreichen, wenn sie mit dem Umfeld zusammenarbeitet und die Bedeutung der Metapolitik anerkennt. Erfüllt die Partei diese Aufgabe nicht, verfällt sie in der Regel in den bewußt- und ziellosen Modus des ‚Parlamentspatriotismus'."*[1912]

Auch Maximilian Krah beschreibt in seinem Buch „Politik von rechts. Ein Manifest" das Verhältnis von Partei und Umfeld bzw. – wie er es nennt – von Partei und Peripherie.

[1912] Ebd., S. 60 f.

> *„Aus dem Vorfeld muß eine Peripherie werden, ein soziales Milieu an Menschen, bei denen innere Haltung und äußeres Leben zusammenfinden und die Attraktivität des Äußeren die Überzeugungskraft des Inneren induziert. Gerade in einer Epoche der Formlosigkeit und des Kulturverlustes, in der die üppig geförderte Staatskunst ja doch nur Niedergang und Häßlichkeit zu bieten hat, ist eine eigene rechte Kultur, sind Formen und Regeln, Gemeinschaft statt Masse, kurz: ist Gegenkultur unverzichtbar. Die Rechte muß von einer rein politischen zu einer sozialen Bewegung werden und braucht dazu ‚soft power'. Die politische Rechte muß von den Grünen lernen, daß sie ihre Peripherie zu fördern hat. Nicht der jammernde CDU-Kollege wählt rechts, sondern die Aktivisten in den oft genug verfolgten und verfemten Initiativen. Sie hängen Plakate und sammeln Unterschriften. Sie müssen durch Praktika, Bildungsangebote und schließlich Jobchancen gefördert werden. Die Verzahnung von Partei und Peripherie ist generell der Schlüssel zum Erfolg, angesichts des massiven sozialen wie juristischen Drucks auf die politische Rechte und der Erosion aller Werte, die der Rechten wichtig sind, ist sie für eine rechte Bewegung unerläßlich."*[1913]

Beide Autoren argumentieren in ihren Büchern dahingehend, dass für den Erfolg einer (rechten) Partei die enge Zusammenarbeit mit ihrer Peripherie bzw. ihrem Umfeld ein wichtiger strategischer Baustein sei.

Dass sich diese von den beiden Autoren theoretisch entwickelte Forderung auch in der Praxis durch eine anhaltend enge Verbindung zwischen den Akteuren des Vorfelds und der im politischen bzw. parlamentarischen Raum tätigen AfD aufzeigen lässt, kann anhand der nachfolgend aufgeführten Beispiele belegt werden. Die Grenze zwischen vorpolitischem und politischem Raum verwischt dabei immer stärker, sodass sich die beiden Sphären immer weiter miteinander verbinden. Beispielhaft zeigt das ein Artikel, der am 12. September 2023 auf der Internetseite des Vereins Ein Prozent veröffentlicht wurde.[1914] Unter der Überschrift „Patrioten brauchen Freiraum" werden in dem Beitrag mehrere sogenannte „*Orte des Widerstands*" vorgestellt. Hierzu heißt es:

[1913] Krah, Maximilian: „Politik von rechts. Ein Manifest", Schnellroda 2023, S. 222 f.

[1914] Ein Prozent: „Patrioten brauchen Freiraum", in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

> *„In einer Gesellschaft, die alles verteufelt, was sich geistig nicht im engen Meinungskorridor des Mainstreams befindet, gar Wirte und Vermieter angreift, die ihre Räume Patrioten zur Verfügung stellen, braucht es eigene Rückzugsorte – oder besser: Orte des Widerstands. In vielen Städten sind solche Projekte bereits entstanden. Oft laufen sie unter dem öffentlichen Radar und sind nur ‚Eingeweihten' bekannt. Doch es gibt auch patriotische Freiräume, die für alle Interessierten offen sind und damit ein Vorbild, ein Leuchtturm sind."*[1915]

Unter den anschließend vorgestellten *„Leuchttürmen"* finden sich mit dem Zentrum Rheinhessen in Mainz und Das Nest in Dortmund auch zwei Örtlichkeiten, die in direktem Zusammenhang mit der AfD stehen. So handelt es sich beim Nest um das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW). Im Artikel wird die Lokalität wie folgt beschrieben:

> *„Seit 2022 existiert das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich im Iggelhorst 23 in Dortmund-Dorstfeld. Es soll für Patrioten in Nordrhein-Westfalen einen sicheren Raum abseits der vielen linksliberalen Strukturen und Denunzianten bieten. ‚Das Nest' soll mehr sein als ein durchschnittliches Alibi-Abgeordnetenbüro – es sieht sich als Veranstaltungsort und Drehscheibe des patriotischen Lagers im Ruhrpott. Es ist ein Ort für Seminare, Podiumsdiskussionen, Buchlesungen und Film- sowie Liederabende. Zugleich dient es als Geschäftsstelle der Jungen Alternative NRW."*[1916]

Helferich selbst erklärt in einem Video zur Eröffnung im August 2022:

> *„Ich hoffe, dass hier in Nordrhein-Westfalen ja eine kleine patriotische Festung entsteht, wo gesellschaftliches Leben und politisches Leben vereint werden kann. In rund neunzig Quadratmeter, die wir haben, sollen vor allem zukünftig am stabilsten Tresen von ganz Deutschland nette Tresenabende stattfinden. Über dem Tresen herrscht wirklich noch der Geist der Meinungsfreiheit. Hier*

[1915] Ebd.
[1916] Ebd.

> *sollen Seminare stattfinden, politischer Austausch, aber natürlich auch ne Anlaufstelle für Bürger, die gerade in diesen Krisenzeiten Anliegen haben und diese an mich als Abgeordneten herantragen können."*[1917]

Als Beispiel für den genannten *„politischen Austausch"* und die Vernetzungen mit Akteuren der Neuen Rechten kann eine Veranstaltung am 19. Januar 2024 genannt werden, in deren Rahmen der rechtsextremistische Verleger und Publizist Götz Kubitschek zu einem Vortrag in die Räumlichkeiten eingeladen war.[1918]

Auch im Fall des Zentrum Rheinhessen in Mainz (RP) ist die Vernetzung zwischen AfD und politischem Vorfeld sichtbar. In der Beschreibung des Zentrums heißt es im oben genannten Artikel:

> *„Das ‚Zentrum' geht auf die Initiative regionaler AfD-Mitglieder und Abgeordneter zurück. Es soll ein ‚Anlaufpunkte für Patrioten und Konservative in Rheinland-Pfalz' sein und langfristigste Strukturen schaffen."*[1919]

Der Sitz des Vereins Zentrum Rheinhessen – Deutsches Kulturerbe in Rheinhessen e. V., der 2018 u. a. vom Vorsitzenden des seit Frühjahr 2023 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuften Vereins Ein Prozent Philip Stein sowie dem damaligen JA-Bundesvorsitzenden und heutigen rheinland-pfälzischen AfD-Landtagsabgeordneten Damian Lohr gegründet wurde, befand sich in einer Mainzer Immobilie.[1920] In dieser sind außerdem die Wahlkreisbüros des Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) und des erwähnten Damian Lohr (RP) als auch weiterhin die Landesgeschäftsstelle des AfD-Landesverbands Rheinland-Pfalz und die AfD-Kreisverbände Mainz und Mainz-Bingen untergebracht. Nach öffentlicher Berichterstattung über das Zentrum und die von ihm organisierten Veranstaltungen wurde das Mietverhältnis mit dem Verein seitens des Vermieters gekündigt. Der Auszug erfolgte nach Medienberichten Ende Januar 2024.[1921]

[1917] Helferich, Matthias: „SO war die Eröffnungsfeier!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.08.2022, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 20.02.2024.
[1918] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 20.01.2024, abgerufen am 22.01.2024.
[1919] Ein Prozent: „Patrioten brauchen Freiraum", in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[1920] Vereinsregisterauszug zu Zentrum Rheinhessen – Deutsches Kulturerbe in Rheinhessen e. V. (VR 41730 beim AG Mainz) vom 20.02.2024.
[1921] ECHO: „AfD-nahes ‚Zentrum Rheinhessen' ist in Mainz ausgezogen" vom 24.01.2024, in: www.echo-online.de, abgerufen am 19.02.2024.

Das Zentrum diente vor seinem Auszug beispielsweise im Oktober 2023 als Veranstaltungsort einer „alternativen Buchmesse" (s.u.), an der diverse Akteure der Neuen Rechten teilnahmen.

Beide Örtlichkeiten belegen beispielhaft die nun auch in westdeutschen Bundesländern offen zu Tage tretenden engen Verbindungen zwischen der AfD bzw. ihren Funktionärinnen und Funktionären sowie Mitgliedern und Akteuren der Neuen Rechten. Neben diesen Orten, in denen die Vernetzungsbestrebungen kulminieren, sind im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung weitere Verbindungen zu Akteuren der Neuen Rechten feststellbar.

Verschiedene AfD-Politikerinnen und Politiker betonten im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit dem politischen Vorfeld.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) bewarb am 26. Juni 2024 auf X (ehemals Twitter) eine von ihm erstellte „*Kampagnenseite zum Vorfeld*". Dazu schrieb er:

> „*Politik ist der Kampf um die Deutungshoheit. Wer meint, diesen Kampf alleine in den Parlamenten und Talkshows gewinnen zu können, hat schon verloren.*"[1922]

Auf seiner im Beitrag verlinkten Internetseite stellt er „10 Thesen zum Vorfeld" vor und erläutert darin dessen Bedeutung für die AfD und die Notwendigkeit gegenseitiger Unterstützung. In diesem Zusammenhang ruft er zur Förderung mehrerer Vorfeldorganisationen aus der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten auf, darunter auch Ein Prozent, der Verlag Antaios und die Zeitschrift Sezession.[1923]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schrieb am 16. September 2024 auf X:

> „*Danke, @tagesschau, dass Sie diese Aussage verbreiten. Sie liegt mir am Herzen. Dass Sie ein unvorteilhaftes Foto verwenden, ist gewiss nur ein Versehen. ‚Wir können nur eine Alternative für Deutschland sein, wenn wir im lebendigen Austausch mit dem Vorfeld sind, einem Austausch unter Gleichrangingen wohlgemerkt. Deshalb gelte für Junge Alternative, Compact oder ‚Ein Prozent', für*

[1922] Helferich, Matthias: Tweet vom 26.06.2024, abgerufen am 26.06.2024.
[1923] Helferich, Matthias: „Vorfeld? Fördern!", in: www.matthiashelferich.de, abgerufen am 26.06.2024.

> *Schnellroda, ,Pegida' oder ,Zukunft Heimat': ,Wir distanzieren uns nicht! Wir halten zusammen und wehren uns zusammen!'"*

René Springer (MdB, BB) teilte den Tweet.[1924]

Als Reaktion auf die Nachfrage eines X-Nutzers, warum eine bestimmte Organisation auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD stehe, schrieb Fabian Küble (damaliger stellvertretender Vorsitzender JA SN und Beisitzer im JA-Bundesvorstand) am 1. Juni 2024:

> *„Wieso gibt es überhaupt noch diese Unvereinbarkeitsliste @AfD? Luckistisches Relikt im Jahr 2024. Vollkommen aus der Zeit Gefallen."*[1925]

Daniel Haseloff (AfD-Landesvorstandsmitglied und seit September 2024 zudem MdL TH) antwortete auf diesen Tweet am gleichen Tag:

> *„Das ist die richtige Frage."*[1926]

Die Unvereinbarkeitsliste der AfD wurde am 3. Juni 2024 aktualisiert. In der aktuellsten Fassung ist die islamfeindliche Gruppierung Bürgerbewegung PAX Europa e.V. – Landesverband Bayern nicht mehr aufgeführt.[1927]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) beteiligte sich am 20. Oktober 2024 an der Demonstration anlässlich des zehnjährigen Bestehens von PEGIDA. In seinem dortigen Redebeitrag äußerte er sich wiederholt sympathisierend und unterstützend

> *„Liebe Freunde, PEGIDA war immer die große Schwester von Zukunft Heimat. Und in diesen Jahren zwischen Merkels Grenzöffnung und dem Corona-Regime, da waren Cottbus, aber da war vor allem Dresden ein Leuchtturm, ein Leuchtturm der Freiheit in Deutschland, ein Leuchtturm für alle, denen Heimat, Freiheit und Tradition irgendetwas bedeuten. Und wir wären doch erstickt in diesen Jahren, hätte PEGIDA nicht das Fenster aufgestoßen, hätte PEGIDA das Fenster nicht weit aufgestoßen.*
>
> *Und die Bundesverdienstkreuze, die ein unwürdiger Bundespräsident unwürdigen Funktionären verteilt, die es nicht verdient haben, hier namentlich genannt*

[1924] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 16.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.
[1925] Haseloff, Daniel: Antwort auf einen Tweet vom 01.06.2024, abgerufen am 15.07.2024.
[1926] Ebd.
[1927] „Unvereinbarkeitsliste für AfD-Mitgliedschaft Stand 03.06.2024", in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

> *zu werden, die landen auf dem Schrottplatz der Geschichte. Aber an PEGIDA wird man sich noch in Jahrzehnten erinnern. An PEGIDA wird man sich in Jahrzehnten erinnern, wenn wir Deutschland aus den Trümmern wieder aufgebaut haben, in die CDU, SPD und Grüne dieses Land geführt haben. Liebe Freunde, ich sagte es, wir wären erstickt ohne die PEGIDA-Demos und ich wäre nicht der Vorsitzende der Landtagsfraktion der AfD im Landtag Brandenburg ohne PEGIDA, Vorsitzender einer Fraktion, die jetzt in der vergangenen Woche erstmals mit einer Sperrminorität in den Landtag einzog und verhindern kann, dass die Verfassung künftig willkürlich geändert wird. Und liebe Freunde, ich sage es hier in Dresden mit Freude und mit vollem Bewusstsein, nirgendwo mehr als in Brandenburg, meine lieben Sachsen, ist PEGIDA Teil des AfD-Wahlerfolgs! […] Und unsere historische Aufgabe besteht nicht darin, irgendwelche Regierungsmehrheiten zu haben, sondern Deutschland als Staat der Deutschen zu erhalten und wo er verloren gegangen ist, wiederherzustellen. Nichts weniger ist unsere historische Aufgabe.*
>
> *Und nur diese Aufgabe kann der Maßstab unseres Handelns und unseres Erfolges sein. Und wenn ich von wir spreche, dann meine ich eben nicht nur die AfD. Ich meine die Bürgerbewegung, ich meine euch von PEGIDA, ich meine den Straßenprotest, ich meine die alternativen Medien und ich meine den vorpolitischen Raum. Wir alle gehören zusammen und nur wenn wir zusammen handeln, dann werden wir unserer historischen Verantwortung gerecht werden. […]*
>
> *Und liebe Freunde, in diesem Sinne, in diesem Sinne Teil des AfD-Erfolgs zu sein, das ist das größte Verdienst von PEGIDA. Und damit, liebe Freunde, habt ihr euch ein bleibendes Denkmal gesetzt.*
>
> *Ich bin traurig über euren Abschied, aber noch mehr bin ich euch dankbar, denn ihr habt uns Hoffnung gegeben."*[1928]

Berndt äußerte außerdem am 25. Oktober 2024 im Podcast „Am Rande der Gesellschaft" über PEGIDA:

[1928] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag auf der Demonstration von PEGIDA am 20.10.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.10.2024, Kanal: „Michael Michael Wittwer 2.0", abgerufen am 21.01.2025.

> *„Ja, das bewegt mich sehr. Mich hat vor allem erst mal bewegt, als ich kam. Der Dritte im Bunde, Musketier war ja immer Wolfgang Taufkirch, der Bayer. [...] Er hat mir gesagt, ab heute wird gekämpft und Wolfgang, wir unterstützen das, wo wir können. Und ansonsten PEGIDA ist etwas, also ich glaube, in dieser Zeit zwischen der Merkels Grenzöffnung und dem Corona-Regime, da hat PEGIDA etwas geleistet, was wir gar nicht genug würdigen können. […] PEGIDA hat es doch deutlich gemacht mit diesen zehntausenden Demonstranten, die sich schon gegen die Islamisierung des Abendlandes gerichtet haben. […]*
> *Das war eine ganz große politische und therapeutische Tat von PEGIDA. […] Wir, also wir in Brandenburg sowieso, mir war das immer bewusst, dass wir als Partei nur ein kleiner Teil sind und wenn wir, wenn wir unser Land retten wollen, dass wir das breite Umdenken brauchen und deswegen Vorfeld, Umfeld, alternative Medien, Metapolitik und sowas und Bürgerbewegung unverzichtbar sind und wir nur ein kleiner Teil sind mit der parlamentarischen Arbeit. Das war uns in Brandenburg immer ziemlich bewusst, das war eigentlich auch Kalbitz glaube ich bewusst. Das war in Brandenburg ziemlich unumstritten. Und wir sagen das, insofern hat schon Lutz Bachmann absolut recht, wenn er sagt, diese Wahlerfolge sind eben auch zum ordentlichen Teil PEGIDA zuzuschreiben, ist gar keine Frage. Wir sind uns dessen bewusst, deswegen werde ich immer mit Hochachtung von den PEGIDA-Leuten sprechen.“*[1929]

Die angeführten Aussagen belegen nochmals, dass führende AfD-Mitglieder eine enge Zusammenarbeit zwischen der Partei und dem außerparlamentarischen Vorfeld begrüßen und diese als Basis für den elektoralen und gesellschaftlichen Erfolg der AfD ansehen.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Partei AfD und dem neurechten Vorfeld kann auch anhand gemeinsamer Veranstaltungen beobachtet werden. So fand im Sommer 2024 der durch die AfD Schleswig-Holstein organisierte „Tag des Vorfelds“ sowie auf Einladung des rheinland-pfälzischen Landtagsabgeordneten Joachim Paul die „Messe des Vorfelds“ statt.

[1929] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft“, Folge 42; veröffentlicht in: www.youtube.com , Kanal: „Kanal Schnellroda“ am 25.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.

Auf einem durch die AfD Schleswig-Holstein zunächst auf Facebook veröffentlichten und in der Woche vor der Veranstaltung wieder gelöschten Flyer[1930] wurden ursprünglich Benedikt Kaiser (neurechter Theoretiker und Publizist), Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW), Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), Philip Stein (Leiter von Ein Prozent), Oliver Hilburger (Gründer einer neurechten Gewerkschaft) und Michael Scharfmüller (Chefredakteur eines neurechten, österreichischen Verlags) als Teilnehmer für den „Tag des Vorfelds" angekündigt, ebenso wie die Organisationen Ein Prozent, COMPACT (seit Dezember 2021 gesichert rechtsextremistische Bestrebung des BfV), ZUERST![1931] sowie weitere Magazine aus dem neurechten Vorfeld. Die Junge Alternative Schleswig-Holstein veröffentlichte am 18. Juli 2024 sodann einen aktualisierten Flyer[1932], auf dem Beckamp durch den Landtagsabgeordneten Joachim Paul (RP) ersetzt worden war und COMPACT sowie ZUERST! nicht mehr durch Logos vertreten waren. Stattdessen wurde das Identitäre Bewegung (IB)-nahe Antiquariat Zeitenstrom auf dem Flyer aufgeführt.

Durch Social-Media-Beiträge konnte die Teilnahme von Paul, Helferich, Kaiser, Scharfmüller, Hilburger und Stein bestätigt werden.[1933] Seitens der AfD Schleswig-Holstein waren außerdem Volker Schnurrbusch (stellvertretender Landesvorsitzender AfD SH und seit 2025 MdEP) und Kevin Dorow (Beisitzer im Landesvorstand der AfD SH) anwesend und sprachen auf der Veranstaltung.[1934] Anhand von auf der Website Pixelarchiv veröffentlichten Fotos kann ebenfalls die Teilnahme des Landesvorsitzenden Kurt Kleinschmidt (mittlerweile MdB, SH) sowie des stellvertretenden Landesvorsitzenden Julian Flak (beide SH) bestätigt werden.[1935]

Verantwortlich für die Organisation der Veranstaltung war Kevin Dorow, wie durch einen Tweet von Joachim Paul bestätigt wurde, in welchem er Dorow für seine Mühen

[1930] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 16.06.2024, abgerufen am 18.06.2024.
[1931] Das ZUERST-Magazin ist ein rechtsextremistisches Monatsmagazin aus der Verlagsgruppe Lesen und Schenken des Rechtsextremisten Dietmar Munier.
[1932] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Instagram-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.
[1933] Matthias Helferich: Tweet vom 21.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1934] Paul, Joachim: Tweet vom 20.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1935] PIXA Pixelarchiv: „20.7.2024 ‚Tag des Vorfelds' in Neumünster", in: www.pixelarchiv.org, abgerufen am 18.10.2024.

dankt.[1936] Während und im Nachgang der Veranstaltung berichtete die AfD Schleswig-Holstein auf Facebook[1937] und auf ihrer Website[1938] von der Veranstaltung.

Joachim Paul (MdL RP) lud am 17. August 2024 zu der Veranstaltung „Messe des Vorfelds" ein[1939], die in den Räumlichkeiten seines Wahlkreisbüros Quartier Kirschstein in Koblenz (RP) stattfand. Unter den Anwesenden befanden sich Vertreter bzw. Akteure aus dem AfD-nahen Umfeld, vorrangig aus dem Medienbereich.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von Andreas Lichert (Landessprecher und MdL HE) und Paul Klemm (COMPACT). Als „Akteure" der Veranstaltungen kündige Paul u. a. ein neurechtes Magazin, ein von Mitgliedern der JA organisiertes Frauennetzwerk sowie ein identitäres Medienunternehmen an.[1940]

Der rheinland-pfälzische Landesverband betonte, die „Messe des Vorfelds" sei keine AfD-Fraktionsveranstaltung, sondern eine private Veranstaltung des Joachim Paul. Jedoch hinterlegte Paul in dem Veranstaltungsflyer für Anmeldungen seine Landtags-E-Mail-Adresse und die Veranstaltung wurde auf der Website der AfD Rheinland-Pfalz vorab veröffentlicht.[1941]

1. COMPACT

Die rechtsextremistische Publikation COMPACT. Magazin für Souveränität, deren Beiträge revisionistische, verschwörungstheoretische und fremdenfeindliche Deutungsmuster enthalten, wird durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD-Bundesebene positiv bewertet. Die COMPACT-Magazin GmbH, geleitet vom Rechtsextremisten Jürgen Elsässer, setzt sich aus der Monatszeitschrift COMPACT, verschiedenen Sonderausgaben, einer Website und dem YouTube-Kanal COMPACTTV sowie weiteren Accounts in den sozialen Medien zusammen. Zudem werden verschiedene Veranstaltungen organisiert und Kampagnen durchgeführt. COMPACT wird vom

[1936] Paul, Joachim: Tweet vom 20.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1937] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 20.07.2024, abgerufen am 22.07.2024.
[1938] AfD Schleswig-Holstein: „'Tag des Vorfelds' ein voller Erfolg!", in: www.afd-sh.de, abgerufen am 26.07.2024.
[1939] Paul, Joachim: Telegram-Beitrag vom 17.07.2024, abgerufen am 29.07.2024.
[1940] Ebd.
[1941] AfD Rheinland-Pfalz: „Veranstaltungsübersicht für die Kalenderwochen 33 bis 35", in: www.alternative-rlp.de, abgerufen am 21.10.2024.

Bundesamt für Verfassungsschutz seit Dezember 2021 als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft.

Am 17. Juli 2024 verbot die Bundesministerin des Innern und für Heimat die COMPACT Magazin GmbH und ihre Teilorganisation CONSPECT FILM GmbH, da sich diese gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten würden.[1942] Das Bundesverwaltungsgericht hat mit Beschluss vom 14. August 2024 die aufschiebende Wirkung der Klage der COMPACT-Magazin GmbH gegen das Vereinsverbot nach § 80 Abs. 5 S. 1 , Abs. 2 S. 1 Nr. 4 VwGO wiederhergestellt.[1943] Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts im Eilrechtsschutzverfahren steht der Berücksichtigung der Verbindungen zwischen der AfD und der COMPACT-Magazin GmbH in diesem Gutachten nicht entgegen. Die anhängige Klage gegen die Bundesrepublik vertreten durch das BMI gegen das Verbot ist von der Einstufung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung durch das BfV losgelöst zu betrachten. Während sich das Vereinsverbot nach Art. 9 GG i. V. m. § 14 VereinsG richtet, ist Rechtsgrundlage für die verfassungsschutzrechtliche Einstufung §§ 3 und 4 BVerfSchG. Letztere ist nicht streitgegenständlich im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht.[1944] Vielmehr stellte das Bundesverwaltungsgericht a. a. O. sogar ausdrücklich fest, dass sich in den Print- und Online-Publikationen der COMPACT Anhaltspunkt für eine Verletzung der Menschenwürde aufgrund eines völkisch-nationalistischen Gesellschaftskonzepts finden.[1945] Zweifel bestanden nur insoweit, ob diese Verletzungen derart prägend sind, dass das Vereinsverbot unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten gerechtfertigt ist,[1946] und damit ausschließlich in Bezug auf die vereinsrechtlichen Verbotsvoraussetzungen.

Das Verbot wurde durch die AfD und die Junge Alternative kritisch kommentiert. Dabei erfolgte – neben dem verfassungsschutzrechtlich nicht relevanten Vorwurf eines

[1942] Bundesanzeiger: „Bekanntmachung eines Vereinsverbots gegen ‚COMPACT-Magazin GmbH' und ihre Teilorganisation ‚CONSPECT FILM GmbH'", in: www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 24.09.2024.
[1943] BVerwG, Beschl. v. 14.8.2024, BVerwG 6 VR 1.24, juris.
[1944] Eine gerichtliche Bestätigung der Einstufung der COMPACT-Magazin GmbH als gesichert rechtsextremistische Bestrebung besteht nicht, da das Unternehmen nicht gegen die Bewertung des BfV vorgegangen ist.
[1945] BVerwG, Beschl. v. 14.08.2024, BVerwG 6 VR 1.24, Rn. 32 ff.
[1946] BVerwG, Beschl. v. 14.08.2024, BVerwG 6 VR 1.24, Rn. 42.

rechtswidrigen Eingriffs in die Pressefreiheit – auch eine generelle Solidarisierung mit der gesichert rechtsextremistischen Publikation und ihren Hauptverantwortlichen.

Beispielhaft sind folgende Aussagen:

Hans-Christoph Berndt (MdL BB sowie Fraktionsvorsitzender und Spitzenkandidat AfD BB) vom 16. Juli 2024:

> *„Das Establishment der BRD hält es mit Erich Mielke. Wir halten zu Compact!“*[1947]

Der JA-Bundesverband veröffentlichte ein Bild, in dem nach Art einer Todesanzeige der 16. Juli 2024 als Todestag der *„Pressefreiheit in der BRD“* dargestellt wird. Auf X (ehemals Twitter) wurde dazu durch die JA kommentiert:

> *„Getroffen hat es #compact – gemeint sind wir alle!“*[1948]

Hannes Gnauck (damaliger JA-Bundesvorsitzender, Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, BB) schrieb am 16. Juli 2024:

> *„Heute ist es #Compact, morgen vielleicht die #JA und übermorgen?“*[1949]

Franz Schmid (MdL BY und damals zudem JA-Landesvorsitzender sowie JA-Bundesvorstandsmitglied) schrieb am 16. Juli 2024:

> *„Heute Compact und morgen Du! Die Herrschaft des Unrechts wird immer aggressiver. Jetzt verbietet SPD-Bundesinnenministerin Faeser unter Beifall des gesamten Establishments das regierungskritische Magazin Compact. Das ist der schwärzeste Tag der deutschen Nachkriegsgeschichte für die Pressefreiheit. Compact ist tot – die Freiheit tot bedeutet auch Widerstand jetzt erst recht!“*[1950]

Sven Kachelmann (damaliger stellvertretender JA-Bundesvorsitzender) schrieb am 16. Juli 2024:

[1947] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1948] Junge Alternative: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1949] Gnauck, Hannes: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[1950] Schmid, Franz: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024.

„Das Verbot von @COMPACTMagazin ist erst der Anfang. #Faeser und willfährige Helfer führen einen Vernichtungsauftrag für eine politische Kaste aus, deren Zeit längst abgelaufen ist. Wer ist der nächste? #Compact“[1951]

Anna Leisten (damalige Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) dokumentierte auf X, dass sie sich am 16. Juli 2024 im Laufe des Tages selbst vor der COMPACT-Redaktion in Falkensee aufgehalten habe. Sie veröffentlichte unter anderem ein Foto von Jürgen Elsässer mit geballter Faust und kommentierte in Anspielung auf das Attentat auf Donald Trump:

„Egal ob in Amerika oder Falkensee: wir werden weiterkämpfen“.[1952]

Auch zahlreiche weitere AfD- und JA-Funktionäre thematisierten das COMPACT-Verbot auf ihren Social-Media-Kanälen.[1953] Christina Baum (MdB, BW/ST und ehemaliges Mitglied des AfD-Bundesvorstands) verbreitete auf ihrem Telegram-Kanal am 23. Juli 2024 einen Spendenaufruf für den COMPACT-Chefredakteur Elsässer und seine Frau für *„Rechtskosten und für seine persönliche Unterstützung“*.[1954]

Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) kündigte am 1. August 2024 (und damit nach der Verbotsverfügung und vor dem Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts über die Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung der Klage) an, dass Jürgen Elsässer am Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 17./18. August 2024 teilnehmen und ein Grußwort sprechen werde:

[1951] Kachelmann, Sven: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1952] Leisten, Anna: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[1953] Beispielhaft: Baumann, Jörg: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Braga, Torben: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024. Braun, Jürgen: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Bystron, Petr: Telegram-Beitrag vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Ebner-Steiner, Katrin: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Eckert, David: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Gottschalk, Kay: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; AfD Thüringen: Retweet eines Tweets vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Hohloch, Dennis: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Möller, Stefan: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Protschka, Stephan: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Sichert, Martin: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Springer, René: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Weidel, Alice: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Weiß, Thorsten: Tweet vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 16.07.2024, abgerufen am 19.07.2024; Stein, Udo: Telegram-Beitrag vom 16.07.2024, abgerufen am 16.07.2024; Helferich, Matthias: Tweet vom 18.07.2024, abgerufen am 19.07.2024; Boßdorf, Irmhild: Instagram-Story vom 19.07.2024, abgerufen am 19.07.2024.
[1954] Baum, Christina: Telegram-Beitrag vom 23.07.2024, abgerufen am 26.07.2024.

> *„Ich freue mich, mit dem ehemaligen Compact-Chefredakteur Jürgen Elsässer eine starke Stimme für die Pressefreiheit auf unserem Parteitag am 17./18. August in Magdeburg begrüßen zu dürfen."*[1955]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) zeigte sich in einem Tweet vom 18. August 2024 gemeinsam mit Jürgen Elsässer am Rande des AfD-Landesparteitags am 17. August 2024 in Magdeburg (ST) und schrieb hierzu:

> *„Mit #JürgenElsässer beim Parteitag der #AfD #SachsenAnhalt am 17.8. in #Magdeburg. War gut, dass Du bei uns warst!"*[1956]

Laut eigener Angabe verfügt COMPACT über *„eine Reichweite von über eine[r] Million Zuschauer – pro Tag"*[1957] und ist damit als reichweitenstarkes Medium anzusehen. Diese Stärke will COMPACT ganz gezielt auch zur Unterstützung der AfD einsetzen:

> *„COMPACT kann 2024 das blaue Wunder möglich machen – dass die AfD die Regierung übernimmt. Das schafft die AfD alleine nicht – dafür braucht es zusätzlich den professionellen Journalismus von COMPACT mit unserer medialen Reichweite."*[1958]

Um dieses Ziel zu erreichen, kündigte die Redaktion im Februar 2024 eine Veranstaltungsanreihe mit dem Titel „Die Blaue Welle rollt" an, die an verschiedenen Orten in Thüringen, Sachsen und Brandenburg stattfinden solle:

> *„2024 veranstalten wir unter dem Motto ‚Die Blaue Welle rollt' überall Open-Air-Veranstaltungen, um endlich den Machtwechsel in Deutschland möglich zu machen. Das werden keine drögen Polit-Veranstaltungen sein, sondern Freiluft-Feste, die Jung und Alt ein paar mitreißende Stunden bereiten. Jeder wird danach von einem neuen Deutschland träumen: So schön kann Patriotismus sein. Die Blaue Welle durchbricht alle Brandmauern. Sie rollt im Mai vor den Europawahlen, im Sommer dann durch Thüringen und Sachsen (Landtagswahl am 1.9.2024), und sie rollt durch Brandenburg (Landtagswahl am 22.9.2024)."*[1959]

[1955] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.
[1956] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 18.08.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[1957] „Durch die Schallmauer", in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 8.
[1958] Ebd.
[1959] „Gegen die Brandmauer", in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 8.

„2024 muss das Jahr der patriotischen Wende werden! Die Blaue Welle von COMPACT macht den Weg zum Machtwechsel frei!“[1960]



Am 28. Februar 2024 hieß es in einer aktualisierten Mitteilung zur Veranstaltungsreihe außerdem:

„Vor allem Vorfeld der entscheidenden Wahlen helfen wir mit, die Altparteien zu entmachten – indem wir keine drögen politischen Veranstaltungen machen, […]. Auf der riesigen COMPACT-Bühne gibt es Live-Musik, knallige Reden von Politikern und Aktivisten, Disko-Schwof, Interviews mit betroffenen und betrogenen Bürgern, […]. Erleben Sie die besten Künstler aus dem patriotischen Spektrum und die COMPACT-Partyband! Das Ganze ist keine der üblichen Parteiveranstaltungen. Vielmehr handelt es sich um Volksfeste, die Lust auf die patriotische Wende machen. COMPACT – aus dem Volk, durch das Volk und für das Volk! So muss auch die neue Regierung sein!“[1961]

Die enge Zusammenarbeit und der gegenseitige Wille zur Zusammenarbeit zwischen AfD und COMPACT zeigt sich auch an den diversen Rednerinnen und Rednern, die bei den verschiedenen Terminen 2024 auftraten bzw. auftreten sollten, darunter u. a.:

[1960] „Balance auf der Mauer“, in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 8.
[1961] COMPACT: „‚Blaue Welle‘ rollt: mit Sesselmann, Höcke, Sellner“ vom 28.02.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.03.2024.

Robert Farle[1962] (30. März in Velten, BB und am 24. Mai in Mühlhausen)[1963], Petr Bystron (am 13. April in Sonneberg, TH)[1964], Oliver Kirchner (9. Juni in Magdeburg, ST) sowie Christina Baum und Robert Farle (gemeinsam mit Martin Sellner am 27. Juli in Stößen, ST)[1965]. Am 18. Mai 2024 war COMPACT auf Einladung von Christina Baum[1966] mit seiner Bühne zu Gast im Main-Tauber-Kreis (BW).[1967]

Mit dieser neuen Aktion zeigt COMPACT die besondere Nähe, die zur AfD und insbesondere zu den ostdeutschen Landesverbänden besteht, und dass sich COMPACT dezidiert mit seiner Arbeit auch in den Dienst der Partei stellt.

Im März 2024 distanzierte sich der Bundesvorstand Medienberichten zufolge von der Kampagne und erklärte, eine Abmahnung mit Unterlassungserklärung gegen COMPACT zu prüfen.[1968] Dies geschah allerdings im Zusammenhang mit öffentlichen Diskussionen um die Frage, ob es sich bei der Aktion um illegale Parteispenden handeln könnte. Dass ungeachtet dieser Debatte dennoch AfD-Mitglieder an Veranstaltungen der Reihe teilnahmen und weitere gemeinsame Auftritte geplant wurden, lässt auf eine rein taktische Distanzierung schließen.

Zahlreiche hochrangige Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei unterstützten die publizistischen Aktivitäten von COMPACT weiterhin nachdrücklich, indem sie diesem auch nach Einstufung von COMPACT zur gesichert extremistischen Bestrebung als Gesprächspartner, Referenten oder Autoren zur Verfügung stehen.

So gab beispielsweise die AfD-Bundessprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag Alice Weidel (MdB, BW) dem COMPACT-Magazin im

---

[1962] Robert Farle schied am 8. September 2022 aus der AfD-Bundestagfraktion aus. Im November 2023 trat Farle zudem auch aus der Partei aus. Als Grund für seinen Austritt gab Farle die aus seiner Sicht zu kritische Haltung gegenüber Russland an.
[1963] COMPACT: „Riesen-Erfolg für Blaue Welle: 600 für den Frieden!“ vom 31.03.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 06.05.2024.
[1964] COMPACT: „Die Blaue Welle rockt: Über 700 in Sonneberg vom 14.04.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 06.05.2024.
[1965] COMPACT: „Die Blaue Welle rollt: Schon über 10 Termine!“ vom 20.04.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 06.05.2024.
[1966] COMPACT: „‚Blaue Welle‘ rollt: mit Sesselmann, Höcke, Sellner“ vom 28.02.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.03.2024.
[1967] COMPACT: „Wertheim: Blaue Welle erobert den Westen!“ vom 19.05.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 24.09.2024.
[1968] tagesschau: „AfD prüft juristische Schritte gegen ‚Compact‘“ vom 14.03.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 06.05.2024.

Juli 2023 ein Interview am Rande des Bundesparteitags in Magdeburg (ST).[1969] Kurz danach erschien außerdem im Heft 8/2023 ein längeres gedrucktes Interview mit ihr.[1970] Im Heft enthalten war darüber hinaus ein Porträt zu ihr. Unter dem Titel „Der AfD-Sommer. Auf der blauen Welle ins Kanzleramt“ war Weidel außerdem auf dem Magazincover abgebildet.[1971]



Im Nachgang zur brandenburgischen Landtagswahl im September 2024 gab Alice Weidel COMPACT TV ein Interview. Darin gratulierte sie dem COMPACT-Moderator Paul Klemm sowie Stephanie und Jürgen Elsässer zur Wiederaufnahme des Medienprogramms:

> *„[Jeder] soll seine Meinung sagen dürfen. Das ist in unserer Verfassung, im Grundgesetz, verankert und darum bin ich so froh – bestellen Sie Jürgen Elsässer und seiner Frau viele liebe Grüße – […], dass Sie wieder auf Sendung sind. So, das einfach mal vorab zu sagen: es ist exzellent.“*[1972]

[1969] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.07.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[1970] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT im Juli 2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.07.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[1971] Cover des COMPACT-Magazins, Ausgabe 08/2023.
[1972] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zur Landtagswahl in Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 23.09.2024.

Zudem stand Weidel dem Magazin zuletzt im Oktober 2024 für ein weiteres Interview zur Verfügung und drückte damit ihre andauernde Unterstützung aus.[1973]

In der Ausgabe 11/2024 des COMPACT-Magazins erschien ein Interview mit der Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) mit dem Titel „'Die Angriffe werden zunehmen'. Alice Weidel im Gespräch mit Stephanie Elsässer und Paul Klemm". Darin sprach sie über ihre Rolle als AfD-Kanzlerkandidatin. Zudem ist Weidel auf dem Cover des Magazins zu sehen.[1974]

Auch der Co-Bundessprecher und Co-Fraktionsvorsitzende Tino Chrupalla (MdB, SN), stand COMPACT schon in der Vergangenheit wiederholt für Interviews zur Verfügung. So sprach er beispielsweise im August 2021[1975], im Juni 2022 am Rande des Bundesparteitags in Riesa (SN)[1976] und nach dem Wahlsieg bei der Landratswahl in Sonneberg (TH) im Juni 2023[1977] mit COMPACT TV.

Er zeigte sich, ebenso wie der Europaabgeordnete Tomasz Froelich (HH), in einem im Juni 2024 veröffentlichten Beitrag gegenüber COMPACT TV mit dem Ergebnis der EU-Wahl zufrieden[1978]. Auch gab er am Rande einer Wahlkampfveranstaltung im September 2024 in Lauchhammer (BB) ein Interview zur bevorstehenden Landtagswahl in Brandenburg.[1979] Die damalige Landtagsabgeordnete (BB) und Landesvorsitzende der AfD Brandenburg, Birgit Bessin (mittlerweile MdB, BB) und der Chef der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Oliver Kirchner (MdL, ST) gaben ebenfalls COMPACT bei zuvor genannter Veranstaltung in Lauchhammer ein Interview.[1980]

Maximilian Krah, zu diesem Zeitpunkt Europaabgeordneter, Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl 2024 und Mitglied des Bundesvorstands (mittlerweile MdB, SN)

[1973] COMPACT: „Weidel Interview: So werde ich Kanzlerin!" vom 27.10.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 28.10.2024.
[1974] „'Die Angriffe werden zunehmen'. Alice Weidel im Gespräch mit Stephanie Elsässer und Paul Klemm", in: COMPACT, Ausgabe 11/2024, S. 15 ff. Cover des COMPACT-Magazins, Ausgabe 11/2024.
[1975] COMPACT: „Corona-Gipfel: Interview mit AfD-Parteichef Tino Chrupalla" vom 12.08.2021, in: www.compact-online.de, abgerufen am 23.02.2024.
[1976] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1977] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT zur Landratswahl in Sonneberg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 27.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1978] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT zur EU-Wahl; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 10.06.2024, abgerufen am 25.03.2025.
[1979] Chrupalla, Tino: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.09.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 16.09.2024.
[1980] Ebd.

gab dem Chef von COMPACT TV, Paul Klemm, am Rande des AfD-Bundesparteitags in Magdeburg (ST) im Juli 2023 ein Interview. Neben Krah standen auch der auf Listenplatz 10 kandidierende Arno Bausemer (seit Juli 2024 MdEP, ST) und die damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand und Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) für Gespräche mit COMPACT TV zur Verfügung.[1981] Am 31. August 2023 teilte Krah außerdem einen Beitrag von COMPACT, der sich mit seinem Buch „Politik von rechts" beschäftigt.[1982]

Bereits in einem im Mai 2024 veröffentlichten TV-Interview empfing der damalige Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) COMPACT-Mitarbeiter Paul Klemm.[1983] Das Gespräch wurde ergänzend im COMPACT-Magazin 6/2024, auf dessen Cover Krah abgebildet ist, publiziert.[1984]

Maximilian Krah sagte im Juli 2024 seine Teilnahme am COMPACT-Sommerfest zu[1985], das letztlich aber aufgrund des Verbots nicht stattfand.

In Ausgabe 10/2024 des COMPACT-Magazins erschien ein Interview mit Krah.[1986]

Neben dem bereits erwähnten Interview wurde Christina Baum bereits im Jahr zuvor beim Bundesparteitag in Riesa (SN) im Juni 2022 für COMPACT TV interviewt[1987] und stand ebenfalls im Januar 2025, wie auch der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN),[1988] und im März 2025[1989] für eine Stellungnahme im Bundestag zur Verfügung. Auch die Bundestagsabgeordneten Martin Reichardt (ST) und Nicole Höchst (RP) gaben COMPACT im März 2025 im Anschluss an eine Bundestagsdebatte Interviews[1990]. Im Heft 11/2023 wurde Baum außerdem unter dem Titel „Die sanfte

---

[1981] Krah, Maximilian/ Bausemer, Arno/ Baum, Christina: Interviews mit COMPACT am Rande des AfD-Parteitags in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.07.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1982] Krah, Maximilian: Facebook-Eintrag vom 31.08.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[1983] Krah, Maximilian: Interview mit COMPACT zu gegen ihn erhobenen Vorwürfen; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 01.05.2024, abgerufen am 25.03.2025.
[1984] „„Hier wurde zielgenau inszeniert"", in: COMPACT, Ausgabe 06/2024, S. 18 ff. Cover des COMPACT-Magazins, Ausgabe 06/2024.
[1985] COMPACT: „Sommerfest – hier Tickets buchen und letzte Infos" vom 10.07.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.07.2024.
[1986] „„Liebt euch selbst!"", in: COMPACT, Ausgabe 10/2024,S. 25 f.
[1987] Baum, Christina: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[1988] Baum, Christina: Interview mit COMPACT im Bundestag; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 29.01.2025, abgerufen am 26.03.2025.
[1989] Baum, Christina: Interview mit COMPACT im Bundestag; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 18.03.2025, abgerufen am 26.03.2025.
[1990] Ebd.

Kriegerin“ in einem mehrseitigen Artikel porträtiert. Darin wird sie mit der Aussage zitiert:

> *„Parlamentsarbeit ist wichtig, aber ohne die Straße können wir die Regierung nicht stürzen.“*[1991]

Weiterhin teilte Christina Baum am 18. Dezember 2022 auf Facebook den Screenshot eines von COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer verfassten Beitrags zur Gaspipeline Nord Stream.[1992] Bereits am 14. Juni 2022 teilte Baum auf Facebook einen Artikel von COMPACT.[1993] Ferner war sie Studiogast in der „Brennpunkt-Sendung“ von COMPACT TV am 4. Oktober 2023 und sprach mit Jürgen Elsässer über die Demonstrationen am Tag der Deutschen Einheit.[1994] Im selben Monat gab sie COMPACT TV ein Interview.[1995] Medienberichten zufolge soll Baum Stephanie Elsässer (Geschäftsführerin der Conspect Film GmbH und Ehefrau des COMPACT-Chefredakteurs Jürgen Elsässer) zwischen 2022 und 2024 in einem Arbeitsverhältnis beschäftigt haben.[1996]

Weiterhin gaben die stellvertretenden Bundessprecher Stephan Brandner (MdB, TH) und Peter Boehringer (MdB, BY) COMPACT TV anlässlich des Bundesparteitags in Riesa (SN) im Juni 2022 Interviews.[1997]

Mit Martin Reichardt (MdB, ST) stand ein weiteres Mitglied des Bundesvorstands und gleichzeitig der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt Jürgen Elsässer im Juli 2023 für ein Interview zur Verfügung.[1998] In einem Tweet vom 8. Februar 2024 kritisierte Reichardt darüber hinaus, dass eine Bahnhofsbuchhandlungskette die Publikation COMPACT aus dem Sortiment genommen habe:

[1991] „Die sanfte Kriegerin“, in: COMPACT, Ausgabe 11/2023, S. 35 ff.
[1992] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 18.12.2022, abgerufen am 19.12.2022.
[1993] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 14.06.2022, abgerufen am 15.06.2022.
[1994] Baum, Christina: Studiogast in „Brennpunkt“-Sendung von COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.10.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[1995] Baum, Christina: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 20.10.2023, Kanal: „Dr. Christina Baum“, abgerufen am 30.10.2023.
[1996] ZEIT: „AfD-Abgeordnete bezahlte ‚COMPACT‘-Frontfrau“ vom 06.08.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 06.08.2024.
[1997] Brandner, Stephan/ Boehringer, Peter: Interviews mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[1998] Reichardt, Martin: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.07.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.

> *„In enger Zusammenarbeit von #OERR @MDRAktuell, der linken Lügen- & Agitationsplattform #Correctiv wird Zensur umgesetzt und schöngeredet! Als Scheinlegitimation gilt noch eine Petition, die ca. 100000 Zeichner hat! [Deutschland-Flagge] wird immer mehr zur linken Gesinnungsdiktatur! Man muss nicht alles teilen, was @COMPACTMagazin schreibt, aber dieses Vorgehen ist ein Schlag gegen die Presse- & Meinungsfreiheit!“*[1999]

Insbesondere im Nachgang des Verbots von COMPACT durch die Bundesinnenministerin äußerte sich Reichardt über einen Zeitraum von einem Monat regelmäßig unterstützend zu dem Magazin.[2000]

Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) war im September 2024 Studiogast der Sendung „COMPACT.DerTag“.[2001] Zudem gab Kotré am 13. April 2022 Jürgen Elsässer in dem Format „COMPACT.Debatte“ ein Interview zum Thema „Russland, Ukraine und die AfD“.[2002] Kotré nahm auch am 16. Mai 2022 an einer von COMPACT organisierten Veranstaltung der Reihe „Frieden mit Russland“ unter dem Motto „Druschba: Warum wir das Öl brauchen“ in Schwedt (BB) teil.

Neben Kotré trat bei der Veranstaltung auch der Bundesabgeordnete und damalige Bundesvorsitzende der Jungen Alternative Hannes Gnauck (BB) als Redner auf.[2003] Gnauck hatte bereits im April 2020 den Artikel „Meine Bundeswehr: Als Patriot in den Reihen der deutschen Armee“ bei COMPACT veröffentlicht.[2004] Diesen Artikel bewarb er am 6. April 2020 zusätzlich in einem Beitrag auf seiner Facebook-Seite.[2005] In einem Tweet vom 1. November 2021 hatte er außerdem erklärt, dass er aus seiner Abgeordnetenkostenpauschale 500 Euro für die „Fluthilfeaktion“ von COMPACT gespendet habe.[2006] Zu dieser Spende erklärte er:

[1999] Reichardt, Martin: Tweet vom 08.02.2024, abgerufen am 09.02.2024.
[2000] Reichardt, Martin: Tweets vom 16., 17., 21.07.2024, 06., 09., 14., 18.08.2024, Retweet eines Tweets vom 22.08.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2001] Kotré, Steffen: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 05.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.
[2002] COMPACT: „Russland, Ukraine und die AfD. COMPACT.Debatte mit MdB Steffen Kotré“ vom 13.04.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 14.04.2022.
[2003] COMPACT: „Alarm in Schwedt: In ein paar Tagen die Lichter aus“ vom 18.05.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 02.06.2022.
[2004] COMPACT: „Meine Bundeswehr: Als Patriot in den Reihen der deutschen Armee“ vom 05.04.2020, in: www.compact-online.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2005] Gnauck, Hannes: Facebook-Eintrag vom 06.04.2020, abgerufen am 23.02.2024.
[2006] Gnauck, Hannes: Tweet vom 01.11.2021, abgerufen am 23.02.2024.

„Unterstützungswerten Projekten, die sich für den Erhalt unserer Heimat einsetzen, werde ich immer unter die Arme greifen."[2007]

Zwar ist die Vornahme von Geldspenden zu wohltätigen Zwecken per se nicht verfassungsschutzrelevant. Jedoch war die Spendenaktion in das Gesamtnarrativ eines Regierungsversagens und letztlich in die demokratiefeindliche Agitation der COMPACT eingebettet.

Eine enge Verbindung zu COMPACT ist auch bei dem damaligen Bundestagsabgeordneten Robert Farle (ST) zu beobachten, der wiederholt als Redner bei COMPACT-Veranstaltungen auftrat. So war Farle auf dem am 22. Oktober 2022 von COMPACT organisierten „Politischen Oktoberfest", das unter dem Motto „Ami go home" in Stößen (ST) stattfand, als Referent festzustellen.[2008] Im Heft 10/2022 wurde unter dem Titel „‚Selenski ist ein Kriegsverbrecher'" eine gekürzte Rede von ihm abgedruckt.[2009] Einen Monat später, am 26. November 2022, fungierte Farle als Redner auf der von COMPACT maßgeblich mitorganisierten Demonstration „Ami go home!" in Leipzig (SN).[2010] Darüber hinaus hielt Farle am 22. Februar 2023 eine Rede auf dem „Patriotischen Aschermittwoch" in Gera (TH).[2011] Als Veranstalter trat u. a. COMPACT in Erscheinung.[2012] Im Februar 2024 trat er abermals bei der von COMPACT organisierten Aschermittwochs-Veranstaltung in Gera (TH) auf.[2013]

Auch Petr Bystron (bis 2024 MdB, mittlerweile MdEP, BY) pflegt eine Verbindung zu COMPACT. Er veröffentlichte am 5. November 2022 auf seinem YouTube-Kanal einen Ausschnitt aus der Sendung „COMPACT.DerTag". Darin gibt Bystron COMPACT ein Interview zum Thema „AfD-Anfrage enthüllt – Immer mehr Ukrainer wollen nicht

---

[2007] RBB24: „AfD-Abgeordneter spendet Steuergelder an rechte Organisationen" vom 04.11.2021, in: www.rbb24.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2008] Abakus.News: „#BURGENLANDKREIS: POLITISCHES #OKTOBERFEST AM 22.10.2022 AB 12 UHR – RITTERGUT #NÖBEDITZ" vom 29.09.2022, in: www.abakusnews.com, abgerufen am 30.09.2022.
[2009] „Selenski ist ein Kriegsverbrecher", in: COMPACT, Ausgabe 10/2022, S. 52 f.
[2010] Flickr: Auszug aus Fotoalbum zur Veranstaltung, in: www.flickr.com, ohne Abrufdatum.
[2011] Farle, Robert: Rede auf der Veranstaltung „Patriotischer Aschermittwoch" am 22.02.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2023, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 23.02.2023.
[2012] COMPACT: „Auf zum patriotischen Aschermittwoch, 22.2. in Gera!" vom 17.02.2023, in: www.compact-online.de, abgerufen am 23.02.2023.
[2013] Farle, Robert: Rede auf der Veranstaltung „Patriotischer Aschermittwoch" am 14.02.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 14.02.2024, Kanal: „Herr aber", abgerufen am 15.02.2024.

kämpfen".[2014] Einen Monat später veröffentlichte Bystron auf Telegram eine zweiminütige Videobotschaft, in der er die COMPACT-Dokumentation „Tatort Nord-Stream" als „*spannend, brisant informativ*" bezeichnete. Er äußerte zudem:

> „*Das COMPACT-Team trägt hier alle bekannten Fakten und Indizien für eine Täterschaft – und überraschenderweise liegen die Beweise nicht auf der Seite Russlands, wie uns das durch die Mainstream-Medien anfangs ohne jegliche Belege nahegelegt wurde, sondern es verhärtet sich der Verdacht, dass dieser Angriff von einer befreundeten Macht verübt wurde. [...] Die Wahrheit würde das Staatswohl gefährden. Was für ein Staatswohl ist das denn? Womöglich eins, das darauf aufgebaut ist, dass wir alle in einer Lüge leben müssen! Deswegen ist es eine große Leistung vom Team COMPACT. Diese Dokumentation deckt auf nicht nur Fakten zur Zerstörung von Nord Stream, sondern auch das totale Versagen der journalistischen Kaste in Deutschland. Denn bei so einer Situation müssten tatsächlich alle investigativen Medien recherchieren, hart dranbleiben und uns die Wahrheit präsentieren. Und das tut hier nur das COMPACT-Magazin. Kompliment dafür!*"[2015]

In einem am 7. Juni 2023 veröffentlichten Video von COMPACT TV äußerte sich Bystron außerdem u. a. zu der Frage, wie die Umfrageerfolge der AfD zu erklären sind.[2016]

Im Oktober 2022 veröffentlichte die Bundestagsabgeordnete Carolin Bachmann (SN) auf der Website von COMPACT einen zweiteiligen Beitrag mit dem Titel „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten" [2017] [2018] und teilte beide Beiträge im Anschluss auf Facebook[2019]. Im zweiten Teil des Beitrags schreibt Bachmann:

[2014] Bystron, Petr: „AfD-Anfrage enthüllt - Immer mehr Ukrainer wollen nicht kämpfen"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.11.2022, Kanal: „Petr Bystron MdB", abgerufen am 07.11.2022.

[2015] Bystron, Petr: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 19.12.2022, Kanal: „COMPACT.DerTag", abgerufen am 20.12.2022.

[2016] Bystron, Petr: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.

[2017] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 1" vom 08.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 11.10.2022.

[2018] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2" vom 11.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa. (1))

[2019] Bachmann, Carolin: Facebook-Einträge vom 10.10.2022 und 13.10.2022, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung zu Kapitel E. I. 1. a. bb.)

„Der Große Austausch nimmt konkrete Gestalt an: [...] Gegenwärtig leben in Deutschland laut Statistischem Bundesamt beinahe 12 Millionen Ausländer. Dazu kommen gute 22 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. Die Deutschen hingegen werden jedes Jahr weniger. Aktuell leben in Deutschland – diese Angabe stammt wieder vom Statistischen Bundesamt – knapp 60 Millionen Deutsche.“[2020]

Einen Beitrag für das COMPACT-Magazin leistete auch der Bundestagsabgeordnete Karsten Hilse (SN), der im April 2023 neben COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer Teilnehmer eines Expertengesprächs in einer COMPACT-Ausgabe war.[2021] Mit Mike Moncsek (zum damaligen Zeitpunkt MdB, mittlerweile MdL SN) gab im Januar 2024 ein weiteres Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion ein Interview bei COMPACT TV.[2022]

In der Ausgabe 10/2023 des COMPACT-Magazins erschien ein Interview mit dem bayerischen Bundestagsabgeordneten und AfD-Landesvorsitzenden Stephan Protschka (BY).[2023]

Der Bundestagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt (ST) teilte am 22. August 2022 einen COMPACT-Artikel, in dem über seinen Besuch im Leipziger Stadtviertel Connewitz (SN) berichtet wurde.[2024] Am 1. August 2024 veröffentlichte er auf Facebook, dass der COMPACT-Chefredakteur auch nach dem (zu dem Zeitpunkt noch nicht durch das BVerwG im Eilverfahren bis auf Weiteres teilweise aufgehobene) Verbot des Magazins auf dem Landesparteitag der AfD Sachsen-Anhalt am 17./18. August 2024 sprechen werde.[2025]

Am 9. August 2022 wurde Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) als Studiogast für das COMPACT-Videoformat „Der Tag“ interviewt. Dort verkündete sie mitunter, die JA sei der

---

[2020] COMPACT: „Die Flucht der Deutschen aus ihren Städten – Teil 2“ vom 11.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 13.10.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa. (1))
[2021] Hilse, Karsten: „Am atomaren Abgrund“ in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 34.
[2022] Moncsek, Mike: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.01.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2023] „„Mein Angebot an die Freien Wähler“", in: COMPACT, Ausgabe 10/2023, S. 28 f.
[2024] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 22.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
[2025] Schmidt, Jan Wenzel: Facebook-Eintrag vom 01.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.

radikalere und aktivistischere *„Motor“* der Mutterpartei AfD.[2026] Am 17. Juli 2023 war Leisten erneut in einem Videobeitrag für COMPACT TV zu sehen und gab dort ein Interview zum Thema „Umfrage-Hoch: Geheimdienst jagt AfD-Jugend“.[2027] Leisten bewarb im Oktober 2024 in einem Werbeclip die Ausgabe 10/2024 des COMPACT-Magazins mit dem Titel „Neue Deutsche Jugend – Warum Rechts jetzt angesagt ist“ und wies dabei auch auf das Heftcover mit der JA-Aktivistin Candy Jacob (JA TH) hin.[2028]

Auch zahlreiche hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der AfD-Landesebene unterstützen zudem die publizistischen Aktivitäten des COMPACT-Magazins in prägender Weise, indem sie diesem als Interviewpartner oder Autoren zur Verfügung stehen.

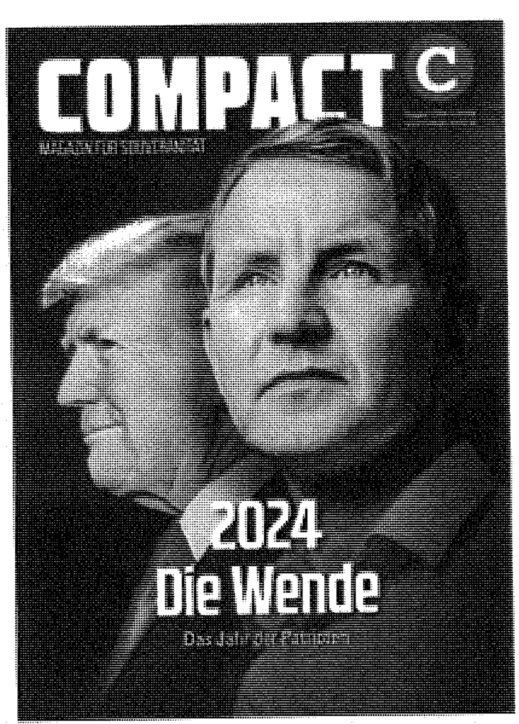
Insbesondere gilt dies für den thüringischen Co-Landessprecher und Co-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Björn Höcke (TH). So war dieser beispielsweise Interviewpartner am Rande des Bundesparteitags in Riesa (SN).[2029] Weiter begann er bei einer am 2. Dezember 2022 in Zwickau (SN) von der AfD organisierten Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!“ seinen Redebeitrag mit einer Danksagung an die *„treuen Mitstreiter des Vorfeldes“*[2030]. In seinen Ausführungen dankte Höcke explizit dem COMPACT-Magazin und führte weiterhin aus:

> *„Bevor ich aber in medias res gehen, bevor ich dann auch zur schlimmen Lage in diesem Land komme und die Schuldigen klar benenne, möchte ich auch noch einmal Danke sagen. Danke, an die treuen Mitstreiter des Vorfeldes, die heute hier sind. Ich hab das COMPACT-Magazin gesehen, ich hab Die Kehre gesehen, ich hab Ein Prozent gesehen. Liebe Freunde, das ist toll, dass ihr hier seid und gemeinsam mit uns, der AfD, dieses Zeichen für Einigkeit und Recht und*

[2026] COMPACT: „COMPACT.DerTag“ vom 09.08.2022; veröffentlicht in: www.tv.compact-online.de, abgerufen am 30.09.2022.
[2027] COMPACT: „Umfrage-Hoch: Geheimdienst jagt AfD-Jugend“ vom 17.07.2023, in: www.compact-online.de, abgerufen am 18.07.2023.
[2028] Leisten, Anna: Werbung für COMPACT 10-24 im Anschluss der Sendung COMPACT.DerTag; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 22.10.2024, abgerufen am 26.03.2025.
[2029] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT am Rande des Bundesparteitages in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.06.2022, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2030] Höcke, Björn: Rede auf der Veranstaltung „Zwickau heizt ein!“ am 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal“, abgerufen am 05.12.2022.

> *Freiheit setzt. Ja, wir sind die Partei aber ohne Vorfeld sind wir nichts, liebe Freunde.“*[2031]

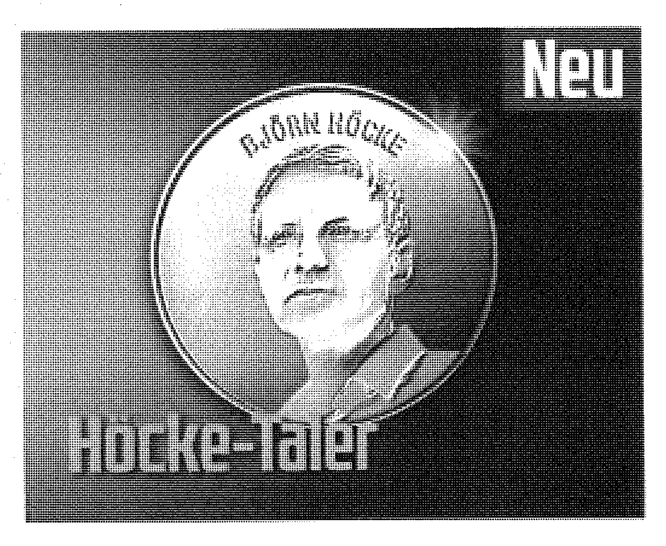
Zuvor hatte er in dem Magazin im November-Heft 2022 einen Beitrag unter dem Titel „An einer historischen Wegmarke“ veröffentlicht.[2032] Im Juli 2023 war Höcke Gast im Fernsehstudio von COMPACT und führte ein ausführliches Gespräch mit Jürgen Elsässer[2033], das im Heft 8/2023 zusätzlich in Teilen abgedruckt wurde[2034]. In der ersten Ausgabe des Jahres 2024 gab Höcke dem COMPACT-Magazin außerdem ein Interview und war zudem auf dem Cover des Magazins abgebildet.[2035]



[2031] Ebd.
[2032] „An einer historischen Wegmarke“, in: COMPACT, Ausgabe 11/2022, S. 17 ff.
[2033] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.07.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2034] „Nicht als Juniorpartner“, in: COMPACT, Ausgabe 08/2023, S. 13 ff.
[2035] „Wir werden schnell Dinge umsetzen“, in: COMPACT, Ausgabe 01/2024, S. 14 f.

Auch als Interviewpartner stand Höcke COMPACT TV in der Vergangenheit mehrfach zur Verfügung, so beispielsweise im Juni 2023[2036] im Kontext des Landesparteitags der AfD Thüringen sowie am 21. und 25. November 2023.[2037] [2038]

Im September 2024 gab Höcke (MdL TH) COMPACT zwei Interviews im Zusammenhang mit der Landtagswahl in Thüringen. Zum einen sprach er von einem *„historischen Sieg"*,[2039] zum anderen berichtete er in einem im Erfurter Landtag aufgenommenen Statement gegenüber COMPACT von der konstituierenden Sitzung des Landtags.[2040]



Die enge Verbindung zwischen COMPACT und Björn Höcke wurde durch eine weitere, dessen Person in den Vordergrund rückende Aktion überdeutlich zum Ausdruck gebracht. Auf der Webseite von COMPACT kann eine „COMPACT-Silbermedaille: Höcke-Taler" für den Preis von 74,95 Euro erworben werden.

In der Beschreibung wird der Taler mit den folgenden Aussagen beworben:

[2036] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT zur Landratswahl in Sonneberg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 27.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2037] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.11.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2038] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.11.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2039] Höcke, Björn: Interview zu Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 01.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.
[2040] Höcke, Björn: Interview mit Klemm im Landtag Thüringen; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 26.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.

> *„Der Höcke-Taler ehrt den bedeutenden Patrioten, der im Jahr 2024 die politische Wende möglich machen kann: Björn Höcke als Ministerpräsident Thüringens, das wäre der Durchbruch für Deutschland. Der Höcke-Taler ist ein patriotisches Bekenntnis – und eine stabile Kapitalanlage. In Zeiten der Inflation und unseriöser Staatsfinanzen behält oder steigert das Edelmetall seinen Wert. Und wer weiß: Wenn der Euro kollabiert, könnte er zur Währung eines echten Freistaates werden…“*[2041]

Eine öffentliche Positionierung oder gar Distanzierung Höckes von dieser – Züge eines Personenkults aufweisenden – Aktion konnte nicht festgestellt werden. Nach der öffentlich angekündigten Herausgabe der Silbermünze mit dem Konterfei Höckes stand dieser COMPACT TV am 12. Februar 2024 für ein weiteres Interview zur Verfügung, in dem er u. a. zu dem Treffen in Potsdam am 25. November 2023 und zu Martin Sellner Stellung nahm.[2042] Zuletzt wurde Höcke im Februar 2024 nochmals von Elsässer interviewt und äußerte sich in diesem Rahmen zu einem Artikel des Recherchenetzwerks CORRECTIV.[2043]

Mit dem Beisitzer im AfD-Landesvorstand Brandenburg Lars Günther (MdL BB) ist seit dem Jahr 2019 ein ehemaliger Mitarbeiter (u. a. persönliche Assistenz der Geschäftsführung) von COMPACT Mitglied des Landtags von Brandenburg.[2044] Dieser fungierte am 19. Juli 2022 als Interviewpartner für „COMPACT. Der Tag“. Am Folgetag teilte er den Beitrag auf Facebook und schrieb dazu:

> *„Ich war gestern mal wieder bei Freunden und war Teil der täglichen Nachrichtensendungen: COMPACT - Der Tag.“*[2045]

Günther nahm außerdem gemeinsam mit den Landtagsabgeordneten Felix Teichner (BB) und Steffen John (BB) am 16. Mai 2022 an einer von COMPACT organisierten Veranstaltung der Reihe „Frieden mit Russland“ unter dem Motto „Druschba: Warum

---

[2041] COMPACT-Shop: „Höcke-Taler“, in: www.compact-shop.de, abgerufen am 24.09.2024.
[2042] COMPACT: „Höcke gegen Correctiv: ‚Kindische Wirrköpfe!‘“ vom 12.02.2024, in: www.compact-online.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2043] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.02.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2044] Landtag Brandenburg: „Lars Günther“, in: www.landtag.brandenburg.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2045] Günther, Lars: Facebook-Eintrag vom 20.07.2022, abgerufen am 25.07.2022.

wir das Öl brauchen“ in Schwedt (BB) teil.[2046] Im August 2022 bewarb Günther einen Spendenaufruf für COMPACT TV.[2047] Am 11. November 2022 warb Günther auf Facebook für die Teilnahme an der von COMPACT maßgeblich mitorganisierten Demonstration unter dem Motto „Ami go home!" am 26. November 2022 in Leipzig (SN), indem er das dazugehörige Mobilisierungsvideo teilte. Er rief zudem dazu auf, das Video weiterzuverbreiten.[2048]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB und stellvertretender Vorsitzender der AfD Brandenburg) gab COMPACT TV ein Interview.[2049] Im April 2024 nahm Berndt unter anderem gemeinsam mit Marie-Thérèse Kaiser (Kommunalmandatsträgerin und Mitarbeiterin der AfD-Bundesgeschäftsstelle, NI) zu dem Thema: „AfD: So schaffen wir die blaue Wende!“, an einer Diskussionsrunde von COMPACT TV teil.[2050]

Auch der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider (ST) pflegt ein enges Verhältnis zu COMPACT. In Ausgabe 10/2022 des COMPACT-Magazins wurde der Redebeitrag von Tillschneider auf dem Sommerfest von COMPACT am 27. August 2022 in Stößen (ST) abgedruckt. Darin heißt es:

> *„Die AfD und ihr Umfeld brauchen Medien, die uns nicht mit schlechter Absicht, sondern mit guter journalistischer Neutralität gegenübertreten. [...] Wir müssen endlich aufhören, uns von Kräften, die auf der Seite des Volkes stehen, zu distanzieren! Wir müssen uns von dem ständigen Distanzieren distanzieren! Wir müssen mit Leichtigkeit und Offenheit herantreten an neue Partner, wir müssen lernen, uns zusammenzuschließen, anstatt uns spalten zu lassen. Und hier kommt wieder das COMPACT-Magazin ins Spiel. Keine Zeitschrift bildet so sehr die volle Breite und den vollen Facettenreichtum des Widerstandes ab. COMPACT ist das parteiübergreifende Leitmedium des Widerstandes gegen die volksfeindliche Politik der Altparteien. Deshalb habe ich mich sehr über diese*

[2046] COMPACT: „Alarm in Schwedt: In ein paar Tagen die Lichter aus“ vom 18.05.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 02.06.2022.
[2047] Günther, Lars: Facebook-Eintrag vom 09.08.2022, abgerufen am 10.08.2022.
[2048] Günther, Lars: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 11.11.2022, Kanal: „Lars Günther“, abgerufen am 11.11.2022.
[2049] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit COMPACTTV; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 23.09.2024.
[2050] Berndt, Hans-Christoph: Diskussionsrunde bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 27.04.2024, abgerufen am 26.03.2025.

Einladung gefreut - denn die hier gelebte Offenheit für alle Strömungen des Widerstandes ist genau die Grundhaltung, die wir brauchen, wenn wir politischen Erfolg haben wollen und irgendwann nicht nur regieren, sondern auch wirklich etwas verändern wollen in diesem Land!"[2051]

Im Oktober 2022 wurde von COMPACT die Teilnahme Tillschneiders an einer Planungskonferenz des Verlags zum Thema „Ami go home" am 21. Oktober 2022 angekündigt.[2052] Einen Monat später, am 21. November 2022, hielt Tillschneider auf einer Demonstration in Querfurt (ST) eine Rede. Darin bewarb er nachdrücklich die von COMPACT mitorganisierte Demonstration „Ami go home" am 26. November 2022 in Leipzig (SN):

„Da ihr alle beisammen seid, möchte ich nochmal darauf hinweisen. Auf den wichtigsten Termin in diesem Jahr. Und zwar nächster Samstag, 26.11., Ami go home-Demo ist Leipzig vor dem amerikanischen Konsulat. Ich habe versucht im Rahmen meiner Partei noch Busse zu organisieren [...] Aber wir müssen dann eben Fahrgemeinschaften organisieren, wir müssen schauen wie wir hinkommen [...]. Wichtig ist, wir müssen mit Mann und Maus am 26.11. nach Leipzig und wir müssen mit 10.000 Mann [...] Ami go home rufen".[2053]

Am 26. November 2022 beteiligte sich Tillschneider zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Daniel Wald (ST) an der von ihm mitbeworbenen Versammlung in Leipzig (SN).[2054] Zudem kündigte Tillschneider im Dezember 2022 auf Facebook an, mehrere Ausgaben einer bei COMPACT erschienenen Sammlung von Reden des Präsidenten der Russischen Föderation, Wladimir Putin, zu verlosen. Er verlinkte zudem auf die Broschüre im COMPACT-Onlineshop.[2055] Am 24. September 2022 teilte Tillschneider einen Tweet der Bundestagsabgeordneten Baum zu einem von ihr bei COMPACT gegebenen Interview.[2056]

Daniel Wald wiederum zeigte sich in einem Facebook-Eintrag vom 28. November 2022 am Rande einer Demonstration mit einer Flagge aus dem Onlineshop von

---

2051 „Neue Feinde, neue Freunde" in: COMPACT, Ausgabe 10/2022, S. 50 f.
2052 COMPACT: „Gratis für COMPACT-Club: Planungstreffen ‚Ami go home'" vom 14.10.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 14.10.2022.
2053 Tillschneider, Hans-Thomas: Telegram-Beitrag vom 25.11.2022, abgerufen am 25.11.2022.
2054 Wald, Daniel: Instagram-Einträge vom 27.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.
2055 Tillschneider, Hans-Thomas: Facebook-Eintrag vom 13.12.2022, abgerufen am 20.12.2022.
2056 Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 24.09.2022, abgerufen am 27.09.2022.

COMPACT. In einem Kommentar zum Beitrag verlinkte er den Onlineshop des Verlags.[2057] Bereits am 24. September 2022 teilte Wald einen Tweet der Bundestagsabgeordneten Baum zu einem von ihr gegenüber COMPACT gegebenen Interview.[2058]

Der Landtagsabgeordnete Matthias Lieschke (ST) teilte am 31. Januar 2023 auf Facebook einen COMPACT-Artikel zur Gründungsversammlung des prorussischen Vereins Ostwind.[2059]

Für Interviews stand außerdem der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Oliver Kirchner (ST) COMPACT wiederholt zur Verfügung. So gab er im Dezember 2022 COMPACT TV ein Interview zu den zuvor stattgefundenen Exekutivmaßnahmen gegen Reichsbürger. COMPACT veröffentlichte auch eine verschriftlichte Version zu den von Kirchner im Interview getätigten zentralen Aussagen.[2060] Einen Monat später, am 11. Januar 2023, gab Kirchner dem COMPACT-Magazin erneut ein Interview, das am 22. Januar 2023 auf dem YouTube-Kanal von COMPACT und der Facebook-Seite Kirchners veröffentlicht wurde. Das Interview wurde durch den COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer geführt.[2061] Am 2. Juni 2023 fungierte Kirchner ebenfalls als Interviewpartner für COMPACT.[2062] Überdies war er Teilnehmer einer von COMPACT TV am 1. April 2023 ausgestrahlten Diskussionsrunde zum Thema „Querfront – Können Rechte und Linke gemeinsam die Kriegstreiber stoppen?“ mit Jürgen Elsässer und weiteren Gästen.[2063] Der Telegram-Kanal des Formats „COMPACT.DerTag“ kündigte die Sendung bereits im Vorfeld am 27. März 2023 an.[2064] Für die am 4. November 2023 in Magdeburg (ST) stattfindende COMPACT-Konferenz „Raus aus der NATO! Frieden mit Russland!“ stand Kirchner

[2057] Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 28.11.2022, abgerufen am 08.12.2022.
[2058] Wald, Daniel: Retweet eines Tweets vom 24.09.2022, abgerufen am 06.10.2022.
[2059] Lieschke, Matthias: Facebook-Eintrag vom 31.01.2023, abgerufen am 08.02.2023.
[2060] COMPACT: „„Ein Witz‘: AfD-Politiker zum ‚Reichsbürger-Putsch‘“ vom 11.12.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 12.12.2022.
[2061] COMPACTTV: „Wir sind die neue Friedenspartei - Interview mit AfD-Fraktionschef Oliver Kirchner“; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 22.01.2023, abgerufen am 23.01.2023.
[2062] Kirchner, Oliver: Interview mit COMPACT vom 02.06.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 27.02.2024.
[2063] COMPACTTV: „Querfront – Können Rechte und Linke gemeinsam die Kriegstreiber stoppen?“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.04.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 03.04.2023.
[2064] COMPACT.DerTag: Telegram-Beitrag vom 27.03.2023, abgerufen am 27.03.2023.

als Referent zur Verfügung.[2065] In der Ausgabe 12/2023 des COMPACT-Magazins wurde die Abschlussdebatte der COMPACT-Konferenz „Frieden mit Russland" zwischen Jürgen Elsässer, Martin Sellner (Identitäre Bewegung), Peter Feist (COMPACT-Autor) und Kirchner abgedruckt.[2066] Im selben Heft veröffentlichte Kirchner außerdem einen Artikel.[2067] Neben Kirchner nahm auch das damalige Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft, Olga Petersen[2068] (HH), als Referentin an der genannten Veranstaltung teil.[2069]

Im Heft 4 des Jahres 2023 kam mit Jörg Urban (MdL SN) schließlich ein weiterer Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender im COMPACT-Magazin unter der Überschrift „‚Da muss Parteipolitik zurückstehen'" in einem Interview zu Wort.[2070] Hierbei handelte es sich um eine gekürzte Fassung eines längeren Gesprächs, das Urban bereits im März 2023 mit Jürgen Elsässer geführt hatte.[2071]

Ein weiteres ausführliches Interview mit Urban veröffentlichte COMPACT im August 2024. Dabei empfing er den Chefredakteur von COMPACT, Jürgen Elsässer in den Räumlichkeiten des sächsischen Landtags, ging inhaltlich auf das Wahlprogramm der AfD Sachsen ein und warb beim COMPACT-Publikum um Stimmen zur damalig bevorstehenden Landtagswahl in Sachsen.[2072]

Sein Fraktionskollege Thomas Kirste (MdL SN) bewarb am 7. Oktober 2023 auf Telegram eine für den 14. Oktober 2023 geplante Demonstration „gegen Masseneinwanderung", bei der er laut des Beitrags gemeinsam mit Jürgen Elsässer auftreten sollte.[2073]

[2065] Kirchner, Oliver: Referent auf der COMPACT-Konferenz „Raus aus der NATO!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 07.11.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2066] „Kriegsfanatiker als Bündnispartner?", in: COMPACT, Ausgabe 12/2023; S. 52 ff.
[2067] „Ein Rohrkrepierer'", in: COMPACT, Ausgabe 12/2023; S. 43.
[2068] Olga Petersen wurde im Mai 2024 aus der AfD-Fraktion ausgeschlossen. Im Dezember 2024 wurde ihr zudem das Mandat aberkannt, da sie monatelang nicht an Sitzungen teilgenommen hatte und sich offenbar dauerhaft in Russland aufhält. Gegen Petersen läuft zudem ein Parteiausschlussverfahren.
[2069] COMPACT: „Russlanddeutsche: Sprecherin auf COMPACT-Konferenz" vom 07.10.2023, in: www.compact-online.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2070] „Da muss Parteipolitik zurückstehen", in: COMPACT, Ausgabe 04/2023, S. 18 f.
[2071] Urban, Jörg: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.03.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2072] Urban, Jörg: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 23.08.2024.
[2073] Kirste, Thomas: Telegram-Beitrag vom 07.10.2023, abgerufen am 11.10.2023.

Die damalige Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende Brandenburg, Birgit Bessin (mittlerweile MdB, BB), ließ sich von COMPACT TV im Juni 2023[2074] und im Oktober 2023[2075] interviewen.

Der Landtagsabgeordnete Felix Teichner (BB) kam kurz nach seiner Teilnahme an einer von COMPACT organisierten Veranstaltung in Schwedt (BB) am 19. Mai 2022 bei COMPACT ebenfalls in einem Interview zu Wort.[2076] Sein Fraktionskollege Steffen John (MdL BB) war am 11. Oktober 2023 zu Gast im Fernsehstudio von COMPACT und sprach mit Jürgen Elsässer über das Thema „Asyl-Flut: Was wir tun müssen".[2077]

Elisabeth Mengel-Stähle (mittlerweile MdL TH) zeigte sich in einem TV-Beitrag gegenüber COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer begeistert über das TV-Format und das COMPACT-Magazin. COMPACT nutzte Mengel-Stähles Ausführungen in mehreren Ausgaben ihrer TV-Sendungen, um ihr Unternehmen zu bewerben:

> *„Es wird einfach mal direkt angepackt wo es unterm Nagel brennt. Ich warte schon regelrecht abends drauf, ich schalte ein, gucke und sage, ja genau, das wollte ich jetzt hören, das sehe ich ganz genauso und sitze dann auf der Couch und sage, jawoll, wo kann ich unterschreiben? Ich liebe die Zeitung, Sie treffen einfach den Nagel auf den Kopf! Sie gehen rein, da wo es anderen wehtut und holen raus, was wirklich gesprochen werden muss und das ist das, wo ich sage Mut zur Wahrheit ist nicht nur der Slogan von der AfD, sondern tatsächlich, COMPACT hilft uns diesen Mut zur Wahrheit in der Bevölkerung wirklich ankommen zu lassen."*[2078]

COMPACT veröffentlichte am 26. August 2023 einen Beitrag über den neugewählten Landrat von Sonneberg (TH), Robert Sesselmann (Mitglied im AfD-Landesvorstand

---

[2074] Bessin, Birgit: Interview mit COMPACT zur Landratswahl in Sonneberg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 27.06.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2075] Bessin, Birgit: Studiogast in „Brennpunkt"-Sendung von COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.10.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2076] COMPACT: „COMPACT. Der Tag" vom 19.05.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 01.06.2022.
[2077] John, Steffen: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.10.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2078] Mengel-Stähle, Elisabeth: Exemplarisch: Interview mit Jürgen Elsässer; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 26.09.2024, abgerufen am 26.03.2025.

TH). Dieser stand dem Magazin in diesem Rahmen auch für ein Interview zur Verfügung.[2079]

Am 12. November 2023 war der COMPACT-Mitarbeiter Paul Klemm zu Gast beim Landeskongress der JA Brandenburg und hielt dort einen Redebeitrag.[2080]

Zuletzt ließ sich im Januar 2024 das Mitglied im Thüringischen Landtags Uwe Thrum am Tag der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (TH) zu seiner Kandidatur befragen. In dieser Sendung äußerte sich auch Björn Höcke zum Thema.[2081]

Neben der Teilnahme an Veranstaltungen und Beiträgen im Magazin konnte außerdem festgestellt werden, dass einzelne Landtagsfraktionen und ein Landesverband Werbeanzeigen im COMPACT-Magazin geschaltet hatten. So wurde im Heft 11/2023 eine Anzeige des AfD-Landesverbands Brandenburg abgedruckt, in der um Spenden für Großplakate gebeten wurde.[2082]

Besonders ist in diesem Zusammenhang die AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt zu nennen, die in der Vergangenheit regelmäßig Anzeigen schaltete. So warb die Fraktion in den Heften 10/2023[2083] und 11/2023[2084] für ihre eigene kostenlose Zeitung Aufbruch, in den Heften 5/2023[2085] und 6/2023[2086] für die Bürgerdialoge der Fraktion und im Heft 02/2024 für die „familienpolitische Resolution" der Fraktion[2087]. In den Ausgaben, 8/2023,[2088] 9/2023 (Referent für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien)[2089], 12/2023 (Referent für Inneres und Sport)[2090] und 10/2024 (Referent (m/w/d) für Infrastruktur, Landwirtschaft und Umwelt)[2091] suchte sie über die Anzeigen außerdem nach neuen Mitarbeitenden.

[2079] Sesselmann, Robert: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 26.08.2023, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2080] Klemm, Paul: Instagram-Eintrag vom 12.11.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2081] Thrum, Uwe: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.01.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 20.02.2024.
[2082] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 11/2023, S. 38.
[2083] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 10/2023, S. 21.
[2084] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 11/2023, S. 31.
[2085] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 05/2023; S. 53.
[2086] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 06/2023, S. 28.
[2087] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 02/2024, S. 47.
[2088] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 08/2023, S. 20.
[2089] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 09/2023, S. 37.
[2090] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 12/2023, S. 31.
[2091] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 10/2024, S. 47.

Die Anzeigen wurden der Fraktion offensichtlich in Rechnung gestellt. So überwies die AfD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt beispielsweise am 2. Februar 2024 den Betrag von 2.368,10 Euro an COMPACT.[2092]

Auch die Landtagsfraktion Bayern schaltete im Heft 1/2024 eine allgemeine Stellenausschreibung im COMPACT-Magazin.[2093]

Das COMPACT-Magazin weist nicht nur Verbindungen zu Vertretern der Bundes- und Landesebene auf, sondern auch zu Untergliederungen und Einzelpersonen der Kreisebene.

So hielt der Kommunalpolitiker Stefan Treichel (MV), zu diesem Zeitpunkt AfD-Vertreter in der Bürgerschaft Rostock (MV), am 29. April 2022 auf einer Veranstaltung des COMPACT-Magazins einen Vortrag.[2094] Im selben Monat wurde auf der Website von COMPACT ein Vortrag des Rechtsextremisten und COMPACT-Chefredakteurs Jürgen Elsässer zum Thema „Ukraine-Krieg“ bei dem offenen Stammtisch des AfD-Ortsverbands Falkensee (BR) angekündigt.[2095] [2096] Der stellvertretende Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Wunsiedel (BY) und Direktkandidat für die Bezirkstagswahl Oberfranken 2023, Christian Engel, gab COMPACT TV im Rahmen des COMPACT-Sommerfests am 12. August 2023 in Stößen (ST) ein Interview.[2097]

Der AfD-Kreisverband München-Ost (BY) organisierte am 18. Februar 2023 eine Demonstration anlässlich der Münchener Sicherheitskonferenz. Als Redner traten neben den Bundestagsabgeordneten Petr Bystron (mittlerweile MdEP, BY), Christina Baum (BW/ST) und Steffen Kotré (BB) auch der COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer auf. Das COMPACT-Magazin fungierte zudem als „*Medienpartner*“ für die Kundgebung.[2098]

[2092] FIU-Verdachtsmeldung vom 09.02.2024 (VS-NfD).
[2093] Anzeige, in: COMPACT, Ausgabe 01/2024, S. 63.
[2094] Treichel, Stefan: Vortrag am 29.04.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.05.2022, Kanal: „Aktionsgruppe Nord Ost“, abgerufen am 17.05.2022.
[2095] COMPACT: „COMPACT-Großplakate „Frieden mit Russland‘ jetzt im Berliner Osten! Am Do. spricht Elsässer in Spandau!“ vom 20.04.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2096] AfD Falkensee: „Stammtisch in Falkensee“, in: www.afd-falkensee.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2097] Engel, Christian: Interview mit COMPACT im Rahmen des COMPACT-Sommerfests am 12.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.08.2023, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2098] AfD-Kreisverband München: Facebook-Eintrag vom 09.02.2023, abgerufen am 13.02.2023.

Am 20. April 2022 wurde für den Folgetag auf der Website von COMPACT ein Vortrag des COMPACT-Chefredakteurs Jürgen Elsässer zum Thema „Ukraine-Krieg“ bei dem offenen Stammtisch des AfD-Ortsverbands Falkensee (BR) angekündigt.[2099] [2100]

Der stellvertretende Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Anhalt-Bitterfeld (ST) und Kandidat bei der OB-Wahl in Bitterfeld-Wolfen, Henning Dornack (ST), gab Jürgen Elsässer im Juni 2023 im Rahmen seines Wahlkampfs ein Interview.[2101]

Anlässlich der Landratswahl im Saale-Orla-Kreis (TH) gab das Mitglied der dortigen AfD-Kreistagsfraktion Hartmut Lucas (TH) am 28. Januar 2024 COMPACT TV ein Interview.[2102]

Durch die Mitwirkung in Medienformaten von COMPACT und das Teilen der COMPACT-Inhalte vergrößerten die angeführten AfD-Untergliederungen und Mitglieder in erheblichem Maße deren virtuelle Reichweite und förderten damit die Verbreitung von deren Inhalten.

2. Ein Prozent

Der Verein Ein Prozent mit Sitz in Görlitz (SN) wurde Ende Oktober 2015 gegründet und treibt sowohl in materieller als auch in ideeller Form die Unterstützung, Bewerbung und Förderung verschiedener Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen voran. Hierbei handelt es sich in weiten Teilen um die Vernetzung verfassungsschutzrelevanter Akteure aus dem Spektrum der Neuen Rechten, mit denen der Verein darüber hinaus in nicht unerheblichem Maße in zentralen ideologischen Positionen übereinstimmt. Ein Prozent fördert Aktionen, Protestformen sowie Anlaufpunkte für Treffen und Veranstaltungen. Teilweise tritt Ein Prozent dabei auch selbst als Initiator auf. Erklärtes Ziel des Vereins ist es, ein dichtes Netzwerk aus Aktivistinnen und Aktivisten und eine „Gegenkultur“ zu schaffen, um auf diese Weise letztlich

---

[2099] COMPACT: „COMPACT-Großplakate ‚Frieden mit Russland‘ jetzt im Berliner Osten! Am Do. spricht Elsässer in Spandau!“ vom 20.04.2022, in: www.compact-online.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2100] AfD Falkensee: „Stammtisch in Falkensee, in: www.afd-falkensee.de, abgerufen am 21.04.2022.
[2101] Dornack, Henning: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.07.2023, Kanal: COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.
[2102] Lucas, Hartmut: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: www.youtube.com am 28.01.2024, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 20.02.2024.

die „patriotische Wende" zu erreichen. Der Name Ein Prozent spiegelt dabei insgesamt die Überzeugung wider, dass die Unterstützung von einem Prozent der Deutschen genüge, um eine Relevanz zu erreichen, die perspektivisch die Verwirklichung der eigenen Ziele ermögliche. Seit März 2023 wird Ein Prozent im BfV als gesichert rechtsextremistische Bestrebung bearbeitet.

Zu den Mitbegründern gehören die Rechtsextremisten Götz Kubitschek, Verleger des Verlags Antaios, verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Sezession und zudem stellvertretender Vorsitzender des im April 2024 aufgelösten Vereins Institut für Staatspolitik (IfS, mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG), und Jürgen Elsässer, alleiniger Gesellschafter, Geschäftsführer sowie Dreh- und Angelpunkt der COMPACT-Magazin GmbH. Der Verein wird durch den Vorsitzenden Philip Stein und seinen Stellvertreter John Hoewer geleitet.[2103] Stein ist als einer der zentralen Figuren innerhalb der Neuen Rechten anzusehen und u. a. als Verleger des Jungeuropa Verlags tätig. Darüber hinaus gehören Personen mit biographischen Hintergründen und Vorläufen in der Identitären Bewegung Deutschland (IBD) sowie im gewaltorientierten Rechtsextremismus zu den Mitgliedern und Mitarbeitenden des Vereins, beispielsweise Jonas Schick, ehemaliger Aktivist der IB. Schick tritt inzwischen als Verleger des Oikos Verlags und Herausgeber der Zeitschrift Die Kehre in Erscheinung. Er war in der Vergangenheit außerdem regelmäßiger Gesprächspartner im vereinseigenen Podcast „Lagebesprechung". Jonas Schick war überdies im März 2021 als Redner bei einer vom Brandenburger AfD-Landesverband und der Jungen Alternative Brandenburg gemeinsam organisierten Veranstaltung zum Themenkomplex „Heimatschutz, Naturschutz und Ökologie" geladen.[2104] Schick ist außerdem Mitarbeiter im Bundestagsbüro des Abgeordneten René Springer (BB).[2105]

Als Nebenorganisation von Ein Prozent ist außerdem das 2017 gegründete in Dresden ansässige Unternehmen Archetyp GmbH zu nennen, dessen Geschäftsführer Philip Stein ist. Ein Prozent ist hundertprozentiger Gesellschafter des Unternehmens.[2106] Archetyp erbringt Dienstleistungen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit und bietet neben dem Druck und Vertrieb von Werbematerialien und Broschüren u. a.

[2103] Auszug Vereinsregister (Amtsgericht Dresden, VR 8987) vom 31.03.2025.
[2104] Junge Alternative Brandenburg: Facebook-Eintrag vom 09.03.2021, abgerufen am 11.03.2021.
[2105] taz: „Die AfD und die Identitären: Ein Feigenblatt" vom 04.09.2023, in: www.taz.de, abgerufen am 29.02.2024.
[2106] Auszug Handelsregister (Amtsgerichts Dresden, HRB 36878) vom 06.01.2025.

auch die Erstellung von Film- und Fotoaufnahmen und Beratung in Fragen von Werbung sowie Public Relations an.

Zahlreiche hochrangige Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei unterstützen den Verein Ein Prozent, indem sie regelmäßig als Gesprächspartner für den Podcast „Lagebesprechung" zur Verfügung stehen und die Aktionen des Vereins, wie beispielsweise Wahlbeobachtungen bei Landtags- und Bundestagswahlen, in den sozialen Medien teilen.

Die Bundestagsabgeordnete Christina Baum (BW/ST) fungierte am 28. März 2022 als Gesprächspartnerin für den Podcast „Lagebesprechung" von Ein Prozent zum Thema Impfpflicht.[2107] Am 7. Juni 2022 dankte Ein Prozent Baum auf der vereinseigenen Website für die Unterstützung des „Solifonds", einem vom Verein eingerichteten Fonds zur Sammlung für die Opfer von *„linksextremer und migrantischer Gewalt"*, und eine Spende. In dem Dank heißt es:

> *„AfD-Abgeordnete Christina Baum zeigt Solidarität […]. Die Ärztin aus Baden-Württemberg bezieht in einem neuen Video klar Stellung gegen Linksextremismus und ruft zur Solidarität mit dem Opfer aus Erfurt auf. Ebenfalls im Fokus ihrer Stellungnahme: unser einzigartiger Solifonds für die Opfer von migrantischer und linksextremer Gewalt! Frau Baum ist jedenfalls mit gutem Beispiel vorangegangen und hat mit einer Spende über 1000 Euro mitgeholfen, dass das Opfer in Bälde einen Erholungsurlaub antreten kann."*[2108]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) weist ebenfalls eine Nähe zum Verein Ein Prozent auf. So bekundete Beckamp am 13. Juni 2022 in einem Tweet, eine Fördermitgliedschaft des Vereins Ein Prozent abgeschlossen zu haben, und empfiehlt den Abschluss einer solchen Mitgliedschaft.[2109] Am 14. Mai 2022, und damit einen Tag vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, warb Beckamp für die Unterstützung der Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen. Im August 2022 teilte Beckamp eine

[2107] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Corona-Impfpflicht – im Gespräch mit Dr. Christina Baum" vom 28.03.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 29.03.2022.
[2108] Ein Prozent: „AfD-Abgeordnete Christina Baum zeigt Solidarität" vom 07.06.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 08.06.2022.
[2109] Beckamp Roger: Tweet vom 13.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.

Ausgabe des Ein Prozent-Podcasts „Lagebesprechung"[2110] und eine Recherche von Ein Prozent auf seinem Telegram-Kanal[2111]. Am 26. April 2023 reagierte Beckamp auf die zu dem Zeitpunkt erfolgte Einstufung der Jungen Alternative (JA), des IfS und von Ein Prozent zur gesichert extremistischen Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz, indem er ein Video mit dem Titel *„JA, IFS, EIN PROZENT: Gesichert deutschlandfreundlich!"* auf YouTube einstellte und dieses u. a. über Telegram verbreitete.[2112] In einem weiteren Telegram-Beitrag am selben Tag gab Beckamp bekannt, nun Fördermitglied von Ein Prozent zu sein[2113], und kommentierte dies mit folgenden Worten:

> *„Nun bin ich auch Fördermitglied bei Ein Prozent. Vielen Dank für den Hinweis, Thomas Mecki Haldenwang!"*[2114]

Marie-Thérèse Kaiser (Kreistagsabgeordnete, NI) schrieb am 16. Mai 2024 auf X, dass Roger Beckamp anlässlich der gegen sie geführten Verfahren eine Spendengala veranstaltet habe, die über den *„Solifonds"* von Ein Prozent lief.[2115]

Ein enges Verhältnis zu Ein Prozent pflegt auch der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW). Am 11. Mai 2022 veröffentlichte Ein Prozent auf Twitter (heute: X) ein Video, in dem Helferich auf die „Wahlbeobachter"-Kampagne des Vereins zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen aufmerksam machte.[2116] Am 12. Mai 2022 postete Helferich das Video zudem auf Facebook.[2117] Am 15. und am 24. Mai 2022 teilte Helferich jeweils zwei Tweets des Vereins.[2118] [2119] Zwei Monate später, am 22. Juli 2022, teilte Helferich einen Tweet von Benedikt Kaiser, der wiederum einen Tweet von Ein Prozent zu möglichen Protesten im Herbst

---

[2110] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 19.08.2022, abgerufen am 22.08.2022.
[2111] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 10.08.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[2112] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 26.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[2113] Der vermeintliche Widerspruch zu seiner oben zitierten Äußerung vom 13.06.2022 kann hierbei nicht aufgeklärt werden.
[2114] Beckamp, Roger: Telegram-Beitrag vom 26.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[2115] Kaiser, Marie-Thérèse: Tweet vom 16.05.2024, abgerufen am 17.05.2024.
[2116] Helferich, Matthias: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 11.05.2022, Kanal: „Ein Prozent:", abgerufen am 12.05.2022.
[2117] Helferich, Matthias: Videostatement; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 12.05.2022, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 25.05.2022.
[2118] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 15.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.
[2119] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 24.05.2022, abgerufen am 30.05.2022.

2022 teilte.[2120] Am 4. Juni 2022 war Helferich zu Gast im Podcast „Lagebesprechung“ von Ein Prozent zum Thema „Die AfD, ein gäriger Haufen“.[2121] Am 16. Januar 2023 teilte Helferich auf Facebook eine Recherche von Ein Prozent, in welcher sich der Verein insbesondere auf Informationen bezog, die aus parlamentarischen Anfragen von AfD-Abgeordneten stammen.[2122] Helferich bewarb sein Wahlkreisbüro[2123] zudem als Versammlungsort, indem er in einem Telegram-Beitrag vom 12. September 2023 darauf hinwies, dass das Büro nun auf unter der Rubrik „Liste der patriotischen Zentren“ auf der Website von Ein Prozent gelistet sei:

> *„Mein patriotisches ‚Nest‘ in Dortmund findet sich nun auch in der Liste der patriotischen Zentren! […] Hier geht es zum Artikel bei #EinProzent“*[2124] [2125]

Matthias Helferich teilte am 11. März 2024 einen Beitrag von Ein Prozent auf Telegram.[2126] Ebenfalls verbreitete er am 5. März 2024 auf seinem Telegram-Kanal einen Beitrag von Ein Prozent mit einem Hinweis auf eine digitale Expertenschulung zur Wahlbeobachtung.[2127] Diesen Hinweis wiederholte er auf Telegram am 4. Juni 2024.[2128]

Als Gast beim Podcast von Ein Prozent trat in der Vergangenheit regelmäßig auch der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) auf. So war Springer jeweils am 8. Mai 2022[2129] und am 3. März 2023[2130] zu den Themen „Die Energiekrise und die sozialen Folgen“ bzw. „Rezession, Stagflation oder doch alles anders?“ Gesprächspartner von Ein Prozent. Unter dem Titel „Volksvertreter gegen Amadeu Antonio Stiftung“ beteiligte sich Springer am 3. April 2023 abermals als Gast am Podcast.[2131] Zudem gab Springer dem Verein zu dem Thema Inflation ein Interview, das er am

[2120] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 22.07.2022, abgerufen am 15.08.2022.
[2121] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung – Die AfD, ein gäriger Haufen – Matthias Helferich im Gespräch“ vom 04.06.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 08.06.2022.
[2122] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 16.01.2023, abgerufen am 17.01.2023.
[2123] Vgl. S 638.
[2124] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 12.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
[2125] Ein Prozent: „Patrioten brauchen Freiraum“, in: www.einprozent.de, vom 12.09.2023, abgerufen am 12.09.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 2.)
[2126] Helferich, Matthias: geteilter Telegram-Beitrag vom 11.03.2024, abgerufen am 13.03.2024.
[2127] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 05.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
[2128] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 04.06.2024, abgerufen am 06.06.2024.
[2129] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Energiekrise und soziale Folgen – René Springer im Gespräch“ vom 08.05.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 09.05.2022.
[2130] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung“, Folge „Rezession, Stagflation oder alles anders? – René Springer “ vom 03.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 16.03.2023.
[2131] Ein Prozent: „Volksvertreter gegen Amadeu Antonio Stiftung“ vom 03.04.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

5. April 2023 auf Twitter (heute: X) verbreitete.[2132] Springer teilte im September[2133] und Oktober[2134] 2024 Beiträge von Ein Prozent und Philip Stein, dem Vorsitzenden des Vereins, auf X. Er beschäftigt mit Jonas Schick ein Ein Prozent-Mitglied[2135] [2136] als Mitarbeiter.[2137]

Der Bundestagsabgeordnete und damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (BB) unterstützte ebenfalls die Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022. So veröffentlichte Ein Prozent am 13. Mai 2022 auf Twitter (heute: X) ein Video, in dem Gnauck für die „Wahlbeobachter"-Kampagne des Vereins warb.[2138] Zuvor hatte er in einem Tweet vom 1. November 2021 außerdem erklärt, dass er aus seiner Abgeordnetenkostenpauschale 500 Euro für den „Solifonds" von Ein Prozent gespendet habe.[2139] Zu dieser Spende erklärte er:

> *„Unterstützungswerten Projekten, die sich für den Erhalt der unserer Heimat einsetzen, werde ich immer unter die Arme greifen."*[2140]

Neben Gnauck erklärte Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) im April 2023 öffentlich, dass er an Ein Prozent gespendet habe. Diese von ihm so benannte „*Demokratiespende*" erfolgte vor der bekannt gewordenen Hochstufung von Ein Prozent zur gesichert extremistischen Bestrebung. Hierzu schrieb er auf Telegram:

> *„Die irre Begründung: Angeblich gebe es kein deutsches Volk außer dem deutschen Staatsvolk (den Passdeutschen). […] Die Beobachtung durch den VS ist zutiefst antidemokratisch und falsch. Damit sie sich juristisch wehren können,*

[2132] Springer, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Retweet eines Tweets vom 05.04.2023, Kanal: „René Springer", abgerufen am 12.04.2023.
[2133] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 18.09.2024, abgerufen am 24.09.2024. Retweet eines Tweets vom 25.09.2024, abgerufen am 01.10.2024.
[2134] Springer, René: Retweet eines Tweets vom 14.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[2135] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Türkei: Erdogan der Böse?" vom 16.05.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 12.03.2024.
[2136] Auszug Vereinsregister (Amtsgericht Dresden, VR 8987) vom 28.05.2021.
[2137] taz: „Die AfD und die Identitären: Ein Feigenblatt", in: www.taz.de, abgerufen am 29.02.2024.
[2138] Gnauck, Hannes: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 13.05.2022, Kanal: „einprozent.de", abgerufen am 16.05.2022.
[2139] Gnauck, Hannes: Tweet vom 01.11.2021, abgerufen am 23.02.2024.
[2140] RBB24: „AfD-Abgeordneter spendet Steuergelder an rechte Organisationen" vom 04.11.2021, in: www.rbb24.de, abgerufen am 19.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 1.)

spende ich eine ‚Demokratieabgabe' an JA, IfS und ‚Ein Prozent'. Macht ihr mit?"[2141]

Im Februar 2024 teilte Jan Wenzel Schmidt des Weiteren einen Tweet von Ein Prozent über eine Gedenkveranstaltung des Vereins in Dresden und lobte die Aktion folgendermaßen:

„Ein starkes und wichtiges Zeichen zum Jahrestag der #Bombardierung Dresdens im Jahr1945. Es ist Zeit für ein würdiges Gedenken."[2142]

Franz Schmid (MdL BY, Vorsitzender der JA BY bis März 2025) spendete im Oktober 2024 500 Euro an Ein Prozent und forderte auf X zudem *„Solidarität mit dem Vorfeld!"*. Ergänzend schrieb er:

„Wenn unser Vorfeld angegriffen wird, müssen wir zusammenhalten. Deswegen unterstütze ich die Kampagne des @ein_prozent Solifonds!"[2143]

Markus Frohnmaier (MdB, BW) nahm am 1. März 2023 als Gast an der Podcast-Folge zum Thema „Sanktionen ohne Ende, Europas Weg in die Sackgasse" teil.[2144] Mit Jürgen Pohl (TH),[2145] Christina Baum (BW/ST)[2146] und Jan Nolte (HE)[2147] waren drei weitere Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion zu Gast im Podcast.

Am 11. Oktober 2023 wurde auf der Internetseite von Ein Prozent eine am 21. Oktober 2023 in der Immobilie des Zentrum Rheinhessen in Mainz (RP) stattfindende „Alternative Buchmesse" beworben, die vom Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier (RP) organisiert wurde:

„Die Mannschaft um den Bundestagsabgeordneten Sebastian Münzenmaier hat in Mainz mit dem ‚Zentrum Rheinhessen' einen echten Freiraum für alle Patrioten geschaffen – wir hatten über das Projekt und die Bedeutung solcher

---

[2141] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.04.2023, abgerufen am 20.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[2142] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 13.02.2024, abgerufen am 15.02.2024.
[2143] Schmid, Franz: Tweet vom 31.10.2024, abgerufen am 31.10.2024.
[2144] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Sanktionen ohne Ende, Europas Weg in die Sackgasse – Markus Frohnmaier im Gespräch" vom 01.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2145] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Bürgergeld – verkapptes Grundeinkommen? Jürgen Pohl im Gespräch" vom 16.11.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2146] Ein Prozent: „Kommt die Corona-Impfpflicht? Im Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Christina Baum" vom 28.03.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2147] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Mit Leoparden zum ukrainischen Sieg?" vom 02.02.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 02.02.2022.

> *Freiräume berichtet. Nun bieten die Mainzer ein kleines Alternativprogramm zur immer weiter ins ‚woke' abrutschenden Buchmesse. Zwischen 10 und 18 Uhr wird es verschiedene Vorträge und Projektvorstellungen geben. Mit dabei sind u. a. der Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser, der Romanautor Volker Zierke, der Kalligrafie-Künstler Wolf PMS, ‚Ein Prozent'-Leiter Philip Stein uvm. Das genaue Programm hängt vor Ort aus. Als Aussteller sind bisher die Verlage Oikos (‚Die Kehre'), Hydra Comics und Jungeuropa sicher vertreten."* [2148]

Ein Prozent war schließlich mit einem Stand auf der Veranstaltung präsent.[2149]

Petr Bystron (zum damaligen Zeitpunkt MdB, mittlerweile MdEP, BY) veröffentlichte am 27. April 2023 auf Facebook eine Grafik mit der Aufschrift *„Junge Alternative & Ein Prozent sind nicht rechtsextrem"* und schrieb hierzu:

> *„Der Systemschutz versucht, den Höhenflug der AfD zu stoppen. Die ‚Junge Alternative' ist nicht rechtsextrem, genauso der Verein ‚Ein Prozent'. Beide leisten wichtige Arbeit zum Erhalt unserer Heimat."*[2150]

Weiterhin stand der damalige Europaabgeordnete Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) als Gesprächspartner für den Podcast „Lagebesprechung" zur Verfügung. Krah trat am 10. Juni 2022 im Vorfeld seiner Kandidatur bei der Oberbürgermeisterwahl in Dresden bei dem Podcast auf.[2151]

Am 5. Februar 2021 war Thomas Ladzinski, damaliger Bundesschatzmeister der JA, zu Gast im Podcast „Lagebesprechung" von Ein Prozent und sprach zu dem Thema „Digitale Infrastruktur in Sachsen voranbringen".[2152]

In der Podcast-Folge vom 27. März 2023 zum Thema „Platzende Blasen – Banken in der Krise" war Alexander Jungbluth (RP) zu Gast, der auf der Kandidatenliste für

---

[2148] Ein Prozent: „Alternative Buchmesse in Mainz" vom 11.10.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 04.03.2024.
[2149] Jungeuropa Verlag: Tweet vom 23.10.2023, abgerufen am 24.10.2024.
[2150] Bystron, Petr: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 20.07.2023.
[2151] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Oberbürgermeisterwahl in Dresden – Dr. Maximilian Krah im Gespräch" vom 10.06.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 08.07.2022.
[2152] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Digitale Infrastruktur in Sachsen voranbringen – Thomas Ladzinski im Gespräch" vom 09.02.2021; in: www.einprozent.de, abgerufen am 22.11.2022.

die Europawahl 2024 auf Platz 5 stand und später auch in den AfD-Bundesvorstand gewählt wurde.[2153]

Zahlreiche Funktionärinnen und Funktionäre der AfD-Landesebene unterstützen zudem die Aktivitäten von Ein Prozent in prägender Weise, indem sie dem Verein als Interviewpartner zur Verfügung stehen oder seine Inhalte in den sozialen Medien teilen.

Die AfD Brandenburg verbreitete am 18. September 2024 auf ihrem Instagram-Kanal einen Beitrag, der auf eine Recherche mit zugehörigem Artikel von Ein Prozent verweist. Neben einer eindeutigen Leseempfehlung werden in dem Beitrag auch Teile des Artikels wiedergegeben.[2154]

In einem Facebook-Eintrag vom 13. Februar 2024 dankte Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) Ein Prozent:

> *„In Gedenken an die Opfer der Bombenangriffe auf Dresden [...] Wir vergessen nicht, dass ein wichtiger Teil unserer Identität durch die Zerstörung unserer Städte ausradiert werden sollte. Wir vergessen sie nicht, die tausenden Menschen, die so grausam ihr Leben ließen. Und wir vergessen auch nicht das Leid, das ihre Familien bis heute ertragen müssen. An dieser Stelle möchten wir uns auch bei EinProzent bedanken, die mit ihrer wichtigen Aktion gestern ein Zeichen gegen das Vergessen gesetzt haben und zeigen, dass auch 79 Jahre später die Erinnerung nicht verblasst ist"*[2155]

Der damalige Landtagsabgeordnete Lars Schieske (mittlerweile MdB, BB) ließ sich wiederholt von Ein Prozent für deren Formate interviewen. So war Schieske am 11. Mai 2022 zu dem Thema „Der erste AfD-Oberbürgermeister Deutschlands?" Gast im Podcast „Lagebesprechung".[2156] Am 26. September 2022 trat Schieske zum Thema „Das Rathaus zum Greifen nah – Stichwahl in Cottbus – Lars Schieske im

[2153] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Platzende Blasen – Banken in der Krise" vom 27.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2154] AfD Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 18.09.2024, abgerufen am 19.09.2024.
[2155] Krah, Maximilian: Facebook-Eintrag vom 13.02.2024, abgerufen am 14.02.2024.
[2156] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Der erste AfD-Oberbürgermeister Deutschlands?" vom 11.05.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 11.05.2022.

Gespräch" erneut bei dem Podcast auf.[2157] Am 28. April 2023 brachte Schieske auf Facebook seine Unterstützung für den Verein Ein Prozent zum Ausdruck. Als Reaktion auf die Einstufung von Ein Prozent als gesichert extremistische Bestrebung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz schloss Schieske augenscheinlich eine Fördermitgliedschaft bei Ein Prozent ab. In einem Facebook-Eintrag veröffentlichte er einen an ihn adressierten Antrag auf Fördermitgliedschaft und schrieb über den Verein:

> *„Jetzt erst recht! Der politisch gesteuerte #Verfassungsschutz befindet sich auf einem #Irrweg und dies ist äußerst besorgniserregend. Deutschlands größtes patriotisches #Bürgernetzwerk ‚Ein Prozent' macht sich für all jene stark, die ihre #Heimat nicht kampflos einer politischen Elite von #Ideologen überlassen wollen. Es ist an der Zeit, dass jeder von uns Position bezieht und sich für das deutsche #Volk einsetzt. […] Tritt auch du in den #Widerstand ein! […] #fördermitglied"*[2158]

Daniel Roi (MdL ST) [2159] war seit spätestens Februar 2024 Fördermitglied von Ein Prozent und spendete dem Verein monatlich 20 Euro.[2160]

Der Landtagsabgeordnete Thore Stein (MV) teilte im April 2022 auf Twitter (heute: X) gleich mehrere Beiträge von Ein Prozent[2161] und war im August 2022 zudem Gast im Podcast Lagebesprechung[2162].

Jean-Pascal Hohm (Vorsitzender der AfD Cottbus, mittlerweile zudem MdL BB) ist neben Marie-Thérèse Kaiser (Kreistagsabgeordnete, NI) Moderator des Kanals „Wir

[2157] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Das Rathaus zum Greifen nah – Stichwahl in Cottbus – Lars Schieske im Gespräch" vom 26.09.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 22.03.2022.
[2158] Schieske, Lars: Facebook-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 07.06.2023.
[2159] Roi wurde im Dezember 2024 aus der Fraktion ausgeschlossen, ein Parteilausschlussverfahren gegen ihn läuft noch.
[2160] FIU-Verdachtsmeldung vom 19.02.2025 (VS-NfD).
[2161] Stein, Thore: Retweets von Tweets vom 04., 07. und 19.04.2022, abgerufen am 09.05.2022.
[2162] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Schlachtfeld ‚Landwirtschaft': zwischen ökologischen Problemen und Produktionszwängen – Thore Stein im Gespräch" vom 24.08.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

klären das".[2163] Außerdem verbreitete Hohm in der Vergangenheit mehrfach Inhalte von Ein Prozent und dessen Vorsitzenden Philip Stein.[2164]

Carlo Clemens, nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter und ehemaliger JA-Bundesvorsitzender, war am 16. April 2022 gemeinsam mit Zacharias Schalley (mittlerweile MdL NW) anlässlich des Themas „Umweltschutz und Patriotismus" im Podcast zu hören.[2165]

Die Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent zu der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2022 wurde vom Landtagsabgeordneten Ulrich Siegmund (ST) am 12. Mai 2022 per Video auf Twitter (heute: X) beworben und von Ein Prozent in einem Tweet weiterverbreitet.[2166] Siegmund, der im August 2022 zum Co-Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, nahm am 17. Januar 2024 außerdem als Gast im Podcast „Lagebesprechung" zum Thema „Das Potsdamer ‚Geheimtreffen' – Ulrich Siegmund im Gespräch" teil.[2167]

Am 14. Mai 2022 veröffentlichte Ein Prozent auf Twitter (heute: X) ein Video, in dem der nordrhein-westfälische Landtagswahlkandidat Zacharias Schalley (mittlerweile MdL NW) für die Unterstützung der Wahlbeobachtungskampagne von Ein Prozent warb.[2168]

[2163] Ein Prozent: „ZPS: die linke Propaganda-Maschine" vom 27.03.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „Podcast: Wie weiter, Junge Alternative?" vom 20.01.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „Podcast: Was darf man von Jungpolitikern erwarten?" vom 10.09.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „Video: Ukraine oder Russland: Welcher Weg, Europa?" vom 01.04.2022, in:www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025. Ein Prozent: „‚Wir klären das!' analysiert den Koalitionsvertrag" vom 01.12.2021, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025.

[2164] Hohm, Jean-Pascal: Retweet eines Tweets vom 02.11.2023, abgerufen am 10.11.2023. Retweet eines Tweets vom 28.11.2023, abgerufen am 05.12.2023; Retweet eines Tweets vom 12.02.2024, abgerufen am 04.03.2024; Retweet eines Tweets vom 16. und 19.04.2024, abgerufen am 21.05.2024. Tweet vom 24.02.2024, abgerufen am 04.03.2024; Retweet eines Tweets vom 28.08.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 05.09.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 09.09.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 18.09.2024, abgerufen am 24.09.2024; Retweet eines Tweets vom 22.09.2024, abgerufen am 24.09.2024.

[2165] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Konservative Umweltpolitik – Carlo Clemens und Zacharias Schalley im Gespräch" vom 16.04.2022; veröffentlicht in: www.einprozent.de, abgerufen am 21.03.2023.

[2166] Siegmund, Ulrich: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 12.05.2022, Kanal: „einprozent.de", abgerufen am 16.05.2022.

[2167] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Das Potsdamer ‚Geheimtreffen' – Ulrich Siegmund im Gespräch" vom 17.01.2024, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2168] Schalley, Zacharias: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 14.05.2022, Kanal: „einprozent.de", ohne Abrufdatum.

Gordon Köhler, Landtagsabgeordneter aus Sachsen-Anhalt, trat am 11. Juli 2022 als Gesprächspartner des „Lagebesprechung"-Podcasts von Ein Prozent auf.[2169]

Ebenfalls Gast im organisationseigenen Podcast war das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, Thorsten Weiß. So nahm Weiß an der am 21. November 2022 veröffentlichten Ausgabe des von Jonas Schick moderierten „Lagebesprechung"-Podcasts teil. Gegenstand des Gesprächs war das von Weiß neu gegründete Idearium-Debatten-Netzwerk.[2170] Zudem war Weiß gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten Jan Nolte (HE) am 2. Februar 2023 Podcast-Gast zum Thema „Mit Leoparden zum ukrainischen Sieg?".[2171] Weiß verbreitete am Vorabend des Jahrestags der Bombardierung Dresdens 1945 auf X hierzu einen Beitrag von Ein Prozent.[2172]

Mit Antonin Brousek[2173] nahm am 10. Februar 2023 ein weiteres Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses am Podcast von Ein Prozent als Gesprächspartner teil. Gemeinsam mit dem damaligen Berliner JA-Landesvorsitzenden Martin Kohler sprach Brousek über das Thema „Berlin kurz vor der Wahl".[2174]

Am 15. Mai 2023 war der damalige stellvertretende bayerische JA-Landesvorsitzende und Beisitzer im JA-Bundesvorstand Franz Schmid (mittlerweile MdL BY) zu Gast im Podcast und sprach über das Thema „Linke Strukturen zerschlagen – das Ende des Kollektivs".[2175]

Weiterhin war für die Podcast-Folge zum Thema „Gesprengte Pipelineträume – Klimastiftung im Visier" am 30. März 2023 der Landtagsabgeordnete und AfD-Fraktionsvorsitzende Nikolaus Kramer (MV) zu Gast.[2176]

[2169] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Wie sieht rechte Familienpolitik aus?" vom 11.07.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 12.07.2022.
[2170] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Das Debattennetzwerk ‚Idearium' – Thorsten Weiß im Gespräch" vom 21.11.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 21.11.2022.
[2171] Frei3: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Mit Leoparden zum ukrainischen Sieg?" vom 02.02.2023, in: www.frei3.de, abgerufen am 02.02.2023.
[2172] Weiß, Thorsten: Retweet eines Tweets vom 12.02.2024, abgerufen am 04.03.2024.
[2173] Am 29. August 2023 wurde bekannt, dass Antonin Brousek (MdA) aus der AfD und der Abgeordnetenhaus-Fraktion ausgetreten ist. Er gab persönliche Gründe als Motivation an.
[2174] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Berlin kurz vor der Wahl – Martin Kohler und Antonin Brousek im Gespräch" vom 10.02.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 14.02.2023.
[2175] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Linke Strukturen zerschlagen – das Ende des Kollektivs 26 – Franz Schmid im Gespräch" vom 15.05.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2176] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Gesprengte Pipelineträume – Klimastiftung im Visier – Nikolaus Kramer im Gespräch" vom 20.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

Nur einen Tag später, am 31. März 2023, veröffentlichte Ein Prozent einen Artikel, für den der AfD-Landesvorsitzende in Sachsen Jörg Urban (MdL SN) für ein Interview zur Verfügung stand.[2177]

Zudem beteiligte sich der damalige Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Torben Braga (seit 2025 MdB, TH) am 21. September 2023 an einer Folge des Podcasts mit dem Titel „Thüringen und der ‚Pakt mit dem Teufel'".[2178]

Neben den aktiven Teilnahmen an Formaten und Veranstaltungen von Ein Prozent drückten AfD-Politiker auch auf andere Weise ihre Unterstützung für den Verein aus. So beispielsweise Björn Höcke (TH): Bei einer am 2. Dezember 2022 in Zwickau (SN) von der AfD organisierten Demonstration unter dem Motto „Zwickau heizt ein!" begann Höcke seinen Redebeitrag mit einer Danksagung an die *„treuen Mitstreiter des Vorfeldes"*[2179]. In seinen Ausführungen dankte Höcke explizit u. a. auch Ein Prozent:

> *„Bevor ich aber in medias res gehe, bevor ich dann auch zur schlimmen Lage in diesem Lande komme und die Schuldigen klar benenne, möchte ich auch noch einmal Danke sagen. Danke, an die treuen Mitstreiter des Vorfeldes, die heute hier sind. Ich hab das COMPACT-Magazin gesehen, ich hab die Kehre gesehen, ich hab Ein Prozent gesehen. Liebe Freunde, das ist toll, dass ihr hier seid und gemeinsam mit uns, der AfD, dieses Zeichen für Einigkeit und Recht und Freiheit setzt. Ja, wir sind die Partei aber ohne Vorfeld sind wir nichts, liebe Freunde."*[2180]

Bereits im Jahr zuvor hatte Höcke am 17. September 2021 in einem Facebook-Eintrag für den „Solifonds" von Ein Prozent geworben:

> *„Eine uns sehr wohlgesonnene Bürgerinitiative ist nun dabei, diese Solidarität zu organisieren. Es soll nicht weiter dem Zufall überlassen bleiben, ob ein Fall*

[2177] Ein Prozent: „Asylproteste: Das sagen AfD, Freie Sachsen und Co." vom 31.03.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 31.03.2023.
[2178] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Thüringen: der ‚Pakt mit dem Teufel'? – Philip Stein und Torben Braga im Gespräch" vom 21.09.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2179] Höcke, Björn: Rede auf der Veranstaltung „Zwickau heizt ein!" am 02.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.12.2022, Kanal: „Der blaue Kanal", abgerufen am 05.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 1.)
[2180] Ebd.

öffentliche Bekanntheit erlangt und damit auch Hilfswillige erreicht. [...] Anwaltskosten, Öffentlichkeitsarbeit oder Geld für ein ausgebranntes Auto: Die neue Initiative Solifonds hilft, wenn es einen von uns trifft. Unterstützen Sie deshalb Solifonds – mit Spenden, aber auch, indem sie diese Initiative bekannt machen.“[2181]

Im Zusammenhang mit den Ermittlungsverfahren gegen den Landtagsabgeordneten Daniel Halemba (BY) solidarisierte sich Ein Prozent mit diesem und initiierte unter der Überschrift *„Aufruf: Solikonto für Daniel Halemba“* im Oktober 2023 eine Spendensammlung:

„Gestern Morgen wurde Daniel Halemba, ein blutjunger angehender Abgeordneter der Opposition, verhaftet. Sein Vergehen? ‚Volksverhetzung‘ – ein Gummiparagraf, dessen Anwendung von Staat und Justiz in den letzten Jahren immer weiter ausgedehnt und inflationär genutzt wird, um unliebsame ‚Meinungsverbrecher‘ mundtot zu machen. Er wurde per Haftbefehl gesucht (‚Verdunkelungsgefahr‘), medial durch den Dreck gezogen und verpasste so die konstituierende Sitzung des bayerischen Landtags. Sein Name ist nun deutschlandweit bekannt. Er wird als Verbrecher gebrandmarkt. Seit gestern Abend ist Halemba vorerst wieder frei. Doch die Ermittlungen dauern an. Es kann nach dieser Schikane nur eine Antwort geben: Solidarität! [...] Und betroffen ist jetzt ganz konkret Daniel Halemba – einer von uns. Es wäre feige, nun die Hände in den Schoß zu legen und darauf zu verweisen, dass Halemba Solidarität vor allem aus den Reihen seiner Partei, der AfD, erfahren solle. Denn so einfach ist es nicht: Partei und außerparlamentarische Opposition sollten einander trotz der Kritik, die vor allem von uns gegen die parlamentarische Trägheit immer wieder vorgebracht wird, im Ringen um unsere Heimat gegenseitig unterstützen. Deshalb handeln wir jetzt und rufen auf: Unterstützen Sie mit uns den jungen Abgeordneten Daniel Halemba! Ein 22-jähriger Jungspund hat nicht die finanziellen Mittel, um den dringend benötigten Strafverteidiger zu zahlen. Wir werden ihn dabei unterstützen und zunächst die Kosten decken, die entstehen. Halemba wird sich, nachdem er sein durchaus gut dotiertes Mandat im Bayerischen Landtag angetreten hat, ganz sicher revanchieren und dem Solidaritätsfonds die notwendige

[2181] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 17.09.2021, abgerufen am 23.02.2024.

Unterstützung zukommen lassen. Doch jetzt sind erst einmal wir an der Reihe, Halemba den Rücken zu stärken." [2182]

Der Sachverhalt wurde außerdem in einer Lagebesprechung-Folge am 2. November 2023 von Kaiser und Stein besprochen.[2183] Über das Ergebnis der Spendensammlung berichtete Ein Prozent einem Beitrag vom 17. November 2023, in dem mitgeteilt wurde, dass Halemba über den „Solifonds" zwischenzeitlich finanziell mit 5.000 Euro unterstützt worden sei:

„Die Vorgänge um den jungen bayerischen AfD-Landtagsabgeordneten Daniel Halemba haben in den etablierten Medien und auch in der patriotischen Bewegung für viel Wirbel gesorgt. Der ‚Ein Prozent'-Solifonds ist eingesprungen, um einem jungen Mann zu helfen, der grundlos ins Gefängnis gesteckt werden sollte. Der Fall ist eine gute Gelegenheit, um noch einmal klarzustellen, wie patriotische Solidarität funktioniert und wie wir arbeiten. In vorheriger Absprache mit Daniel Halemba haben wir einen Spendenaufruf gestartet. Denn Halemba ist zwar Landtagsabgeordneter – und verdient so verhältnismäßig viel Geld –, hatte aber zum Zeitpunkt der Hetzjagd gegen ihn noch keinen Cent erhalten. Nach unserem Spendenaufruf gingen 112 Einzelspenden mit einer Gesamtsumme von 4.643 Euro ein. Diese Summe runden wir auf 5.000 Euro auf und lassen Sie dem Abgeordneten zukommen. Sie sind eine Soforthilfe für die Kosten, die angefallen sind, um seine Freiheit sicherzustellen und ihn aus der drohenden Haft zu befreien. Das Besondere in diesem Fall: Wenn Daniel Halemba seine Abgeordnetenbezüge erhalten hat, wird er die Summe in den nächsten Monaten komplett an den Solifonds zurückzahlen. Das bedeutet, dass das eingenommene Geld anderen Patrioten in Not helfen kann und wird."[2184]

In einem Beitrag vom 2. November 2023 wurde sodann ergänzt:

[2182] Ein Prozent: „Aufruf: Solikonto für Daniel Halemba" vom 30.10.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 29.02.2024.

[2183] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Halemba: zwischen Repression und Solidarität" vom 02.11.2023, in: www.einprozent.de, ohne Abrufdatum.

[2184] Ein Prozent: „So haben wir Daniel Halemba geholfen" vom 17.11.2023, in: www.einprozent.de, ohne Abrufdatum.

> *„Im Fall Halemba übernehmen wir die ersten Anwaltsrechnungen, die angefallen sind, um den jungen Abgeordneten aus der Haft zu holen.*[2185]

Rene Dierkes (MdL BY) teilte im November 2024 auf X einen Beitrag von Ein Prozent.[2186]

Der Verein Ein Prozent wird auch von der AfD-Kreisebene positiv bewertet und unterstützt.

So beschloss der AfD-Kreisverband Magdeburg (ST) am 18. März 2023 im Rahmen eines Kreisparteitags einstimmig ein Bekenntnis zum *„Konzept der Bewegungspartei AfD"*. Damit einher gehe das *„Bekenntnis zum politischen Vorfeld der Partei und dessen Unterstützung, u. a. Ein Prozent, PEGIDA, Zukunft Heimat, Institut für Staatspolitik"*.[2187]

Dario Seifert, damaliger Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Vorpommern-Rügen (mittlerweile MdB, MV), warb für Ein Prozent, indem er bei einem AfD-Infostand am 4. Juni 2022 in Ribnitz-Damgarten (MV) ein T-Shirt der Organisation trug.[2188]

Insbesondere die AfD Hochsauerlandkreis (NW) teilte im Zeitraum zwischen April und August 2022 zahlreiche Inhalte von Ein Prozent auf Telegram[2189] und Instagram[2190]. Auch die AfD Erzgebirge (SN) teilte am 28. Juli 2022 auf Telegram einen Beitrag von Ein Prozent.[2191]

Der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Zwickau (SN) Jonas Dünzel (mittlerweile MdL SN) war am 2. Dezember 2022 zu Gast im Podcast „Lagebesprechung" und diskutierte über eine „Großdemo in Zwickau und die Zukunft der Proteste".[2192]

[2185] Ein Prozent: „Solifonds: Bereits über 52.000 Euro ausgezahlt" vom 02.11.2023, in: www.einprozent.de, abgerufen am 29.02.2024.
[2186] Dierkes, Rene: Retweet eines Tweets vom 01.11.2024, abgerufen am 12.02.2025.
[2187] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 19.03.2023, abgerufen am 21.03.2023.
[2188] Alternative für Deutschland Vorpommern-Rügen - AfD VR: Facebook-Eintrag vom 04.06.2022, abgerufen am 14.06.2022.
[2189] AfD Hochsauerlandkreis: Telegram-Beiträge vom 04.04.2022, 07.04.2022, 11.04.2022, 16.04.2022, 21.04.2022, 28.04.2022 und 29.04.2022, abgerufen am 05.05.2022. Telegram-Beitrag vom 07.06.2022, abgerufen am 13.06.2022. Telegram-Beitrag vom 17.08.2022, abgerufen am 18.08.2022.
[2190] AfD Hochsauerlandkreis: Instagram-Eintrag vom 22.06.2022, abgerufen am 23.06.2022.
[2191] AfD Erzgebirge: Telegram-Beitrag vom 28.07.2022, abgerufen am 29.07.2022.
[2192] Ein Prozent: Podcast „Lagebesprechung", Folge „Großdemo in Zwickau und die Zukunft der Proteste" vom 02.12.2022, in: www.einprozent.de, abgerufen am 19.02.2024.

Die Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Rotenburg (Wümme) und Kreistagsabgeordnete Marie-Thérèse Kaiser (NI) moderiert regelmäßig Videos für den Kanal „Wir klären das!" von Ein Prozent, beispielsweise eine Folge am 12. Januar 2024 mit dem Titel „‚Wir klären das!' Wie verbietet man die AfD?"[2193] und zuletzt am 6. März 2025[2194]. Kaiser wurde in der Vergangenheit außerdem finanziell durch den Solifonds unterstützt:

> *„Marie-Thérèse Kaiser ist keine Bürgerin wie alle anderen. Sie steht zu ihrer Meinung, moderiert ein patriotisches Videoformat, arbeitet im Bundestag und geht ihren Weg. Als Preis dafür kann sie nicht unbeschwert durch Instagram scrollen, ohne wenigstens einen abwertenden Kommentar, eine beleidigende Nachricht oder eine Drohung zu lesen. Nachts kann sie nicht sicher sein, ob nicht Linksextreme im Dunkeln einen Angriff planen, ob nicht morgen schon ein Auto oder ein Haus brennen. Sie müsste unsicher werden, wüsste sie nicht, dass es das wert ist. Aber Politik hat in Deutschland eben ihren Preis. Und durch unseren Solifonds hat sie jetzt starke Rückendeckung."*[2195]

Der AfD-Kreisverband Paderborn (NW) teilte im April 2024 auf Telegram einen Beitrag von Ein Prozent, in dem für den „Solifonds" der Organisation geworben wurde.[2196]

Wie bereits oben erwähnt, lassen sich zwischen den Gliederungen und Mitgliedern der AfD und der JA neben der inhaltlichen Zusammenarbeit auch finanzielle Verbindungen aufzeigen, sei es in Form von Spenden oder Fördermitgliedschaften bei Ein Prozent oder Aufträgen an die Archetyp GmbH als Teilorganisation von Ein Prozent.

So wurden zwischen Oktober 2017 und August 2022 insgesamt mindestens 294.739,20 Euro von AfD-Gliederungen, darunter die Bundestagsfraktion, vier Landtagsfraktionen und sechs Landesverbänden, an die Archetyp GmbH für Auftragsarbeiten überwiesen. Im gleichen Zeitraum konnten außerdem noch Zahlungen in der

---

2193 Ein Prozent: „‚Wir klären das!': Wie verbietet man die AfD?" vom 12.01.2024, in: www.einprozent.de, abgerufen am 23.02.2024.
2194 Ein Prozent: „Darf der Staat so mit ‚Verbrechern' umgehen?" vom 06.03.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025.
2195 Solifonds: „Marie-Thérèse Kaiser - Die ganze Geschichte: Wer ist Marie-Thérèse Kaiser?", ohne Datum, in: www.solifonds.me, abgerufen am 27.02.2024.
2196 AfD Paderborn: Telegram-Beitrag vom 24.04.2024, abgerufen am 25.04.2024.

Gesamthöhe von 53.153,77 Euro vom JA-Bundesverband und elf Landesverbänden an die Archetyp GmbH festgestellt werden.[2197]

Die Höhe der Summen sprechen dafür, dass die Verbindung zwischen Ein Prozent bzw. deren Teilorganisation Archetyp und diversen Fraktionen und Untergliederungen der AfD sowie der JA dabei über die Jahre hinweg kontinuierlich und in einer finanziell relevanten Größenordnung bestanden und bis heute fortbestehen. Auch die im Juni 2020 erfolgte und öffentlich bekanntgegebene[2198] Einstufung von Ein Prozent zum rechtsextremistischen Verdachtsfall hatte keinen Einfluss auf diese finanziellen Verbindungen.

3. Menschenpark Veranstaltungs UG (ehemals Institut für Staatspolitik)/Verlag Antaios

Der im Jahr 2000 u. a. durch Götz Kubitschek und Karlheinz Weißmann gegründete Verein Institut für Staatspolitik (IfS) ist einer der zentralen Impuls- und Ideengeber der Neuen Rechten und stellt als „Denkfabrik" einen der wichtigsten Diskussions- und Vernetzungsorte der Neuen Rechten dar.[2199] [2200] Der Verein hat seit 2003 seinen Sitz in Schnellroda (ST).

Der Verein für Staatspolitik e.V., offizieller Träger des Instituts für Staatspolitik, wurde durch die nunmehr ehemaligen Vorsitzenden Erik Lehnert und Götz Kubitschek zum

---

[2197] Vermerk vom 19.02.2025 über finanzielle Verbindungen zwischen verschiedenen Organisationsstrukturen der Partei Alternative für Deutschland (AfD) und der Junge Alternative für Deutschland (JA) zum Verein Ein Prozent e. V. und dessen hundertprozentigen Tochterunternehmen, der Archetyp GmbH, welche Teil der Bestrebung um den Verein ist. (VS – NfD)

[2198] Siehe zu der damaligen Presseberichterstattung bspw.: SPIEGEL: „Rechter Verein ‚Ein Prozent' ist Verdachtsfall" vom 29.06.2020, abgerufen am 31.03.2025; ZEIT: „Verfassungsschutz stellt Ein Prozent unter Beobachtung" vom 29.06.2020, abgerufen am 31.03.2025; Freilich Magazin: „Verfassungsschutz stuft nun auch ‚Ein Prozent' als Verdachtsfall ein" vom 29.06.2025, abgerufen am 31.03.2025.

[2199] Pfahl-Traughber, Armin: „Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme", Wiesbaden 2019, S. 123.

[2200] Der Politikwissenschaftler Samuel Salzborn bezeichnete die Zeitschrift Sezession im Jahr 2015 gar als „eine[m] der wichtigsten, wenn nicht sogar dem zentralen Theorieorgan im bundesdeutschen Rechtsextremismus". Salzborn, Samuel: „Religionsverständnisse im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession", in: Martin H. W. Möllers/ Robert Chr. van Ooyen (Hrsg.): „Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2014/2015", Frankfurt 2015, S. 297.

17. April 2024 liquidiert.[2201] Die Auflösung wurde gemäß eines aktuellen Vereinsregisterauszugs[2202] auf zwei Mitgliederversammlungen am 28. Februar und 20. März 2024 beschlossen.

Bereits am 28. Februar 2024 erfolgte die Neugründung der Menschenpark Veranstaltungs UG, deren alleiniger Geschäftsführer Götz Kubitschek ist. Am 29. Februar 2024 wurde zudem die Metapolitik Verlags UG durch den Geschäftsführer Erik Lehnert gegründet.

Die bisher vom IfS herausgegebene Zeitschrift Sezession wird seit Ausgabe 119 (April 2024) von der Metapolitik Verlags UG verantwortet;[2203] die Ausrichtung der Veranstaltungen des IfS („Akademien") ist seit Sommer 2024 auf die Menschenpark Veranstaltungs UG übergegangen.[2204]

Beide neugegründeten Unternehmergesellschaften können aufgrund einer inhaltlichen Kontinuität sowie der personellen und postalischen Übereinstimmungen als Fortsetzung der Aktivitäten des IfS angesehen werden.

Noch im März 2006 wurde als vertretungsberechtigter 1. Vorsitzender des Vereins für Staatspolitik der heutige Co-Landessprecher Hessen und stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Andreas Lichert (MdL HE), aufgeführt. Lichert schied laut Vereinsregister im Oktober 2018 aus dieser Funktion aus.[2205]

War das IfS in seinen Anfangsjahren noch eng mit der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT verbunden, ist spätestens seit dem Jahr 2014 eine zunehmende Distanzierung zwischen beiden Organisationen zu beobachten. Als ursächlich für diese Spaltung können u. a. unterschiedliche Haltungen zur AfD und der Frage der strategischen Positionierung der Partei gesehen werden, die auch zum Ausscheiden von Karlheinz Weißmann aus dem IfS führten.[2206]

[2201] Sezession: „Das Institut für Staatspolitik ist Geschichte – warum?" vom 13.05.2024, abgerufen am 14.05.2024.
[2202] Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, VR 46786), abgerufen am 02.05.2024.
[2203] Handelsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, HRB 34030), abgerufen am 03.05.2024.
[2204] Handelsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, HRB 34026), abgerufen am 03.05.2024.
[2205] Vereinsregisterauszug (Amtsgericht Stendal, VR 46786), abgerufen am 20.02.2024.
[2206] Kellershohn, Helmut: „Das Institut für Staatspolitik und das jungkonservative Hegemonieprojekt", in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (Hrsg.): „Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, 2., aktual. und erw. Aufl., Wiesbaden 2019, S. 455.

Als Kernthema des IfS wird die „staatspolitische Ordnung" genannt. Hierzu werden Veranstaltungen durchgeführt und Publikationen hergestellt, wozu Einzelveröffentlichungen sowie insbesondere die dem IfS zurechenbare Zeitschrift Sezession gehören. Eine große Reichweite entfaltet in diesem Zusammenhang auch der Internetauftritt der Sezession, auf dem eine Mischung aus bereits in der Zeitschrift publizierten Beiträgen, eigens für die Website verfassten Artikeln, Hinweisen und Nachbetrachtungen zu Veranstaltungen sowie umfangreiche Leserkommentare und ein Heftarchiv zu finden sind. Verantwortlicher Redakteur der Sezession ist Götz Kubitschek. Organisatorisch zwar formal unabhängig vom IfS ist der Verlag Antaios, der allerdings als Hausverlag des IfS angesehen werden kann.[2207] Dieser übernimmt faktisch auch den Direktvertrieb der Sezession. Sitz des Verlags ist – wie auch im Falle des IfS – das Rittergut Schnellroda (ST), der Wohnsitz von Götz Kubitschek. Dieser ist als Verleger des Verlags Antaios, Co-Leiter des IfS sowie Redakteur und Stammautor der Sezession als die zentrale Figur im beschriebenen Geflecht von Organisationen zu sehen. Aufgrund dieses personellen und inhaltlichen Zusammenhangs werden die drei Organisationen zusammen betrachtet. Das IfS – und damit gleichzeitig auch die Sezession – werden vom BfV seit April 2023 als gesichert extremistische Bestrebungen eingestuft. Der Verlag Antaios wird als gesichert rechtsextrem eingestuft.

Strategisch reklamiert das IfS für sich selbst eine wichtige metapolitische Rolle, was die Herausgeber der Sezession im Jahr 2020 entsprechend auch als eine der konzeptionellen Säulen der Zeitschrift formulierten:

> *„Sezession ist maßgeblich. Das bedeutet: Vieles, was an der AfD und an anderen Widerstandsprojekten grundsätzlich, kompromißlos, nicht verhandelbar und angriffslustig wirkt und ist, wurde in unserer Zeitschrift vorausgedacht, ausformuliert und in die Debatte erst eingespeist. Mehr kann man sich von einem metapolitischen Zeitschriftenprojekt nicht wünschen!"*[2208]

Bereits in dieser Aussage zeigt sich, dass sich das IfS bzw. dessen Zeitschrift als programmatischen Vordenker u. a. der AfD ansieht. Dass diese Deutung nicht nur

[2207] Pfahl-Traughber, Armin: „Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen", Wiesbaden 2019, S. 13.
[2208] Sezession: „Konzept", in: www.sezession.de, abgerufen am 25.11.2020.

eine rein einseitige Sichtweise des IfS ist, lässt sich auch an den folgenden festgestellten Verbindungen zwischen IfS, Sezession bzw. Verlag Antaios und Mitgliedern der AfD erkennen.

So äußerten sich diverse Akteure der AfD-Bundesebene wiederholt eindeutig positiv zum IfS und zu dessen inhaltlichen Positionen. Spitzenpolitikerinnen und -politiker der AfD standen der Sezession in der Vergangenheit sogar selbst als Autoren von Gastbeiträgen zur Verfügung oder traten bei IfS-Veranstaltungen als Rednerinnen und Redner auf und unterstützten das Medium auf diese Weise.

So veröffentlichte der YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda" anlässlich der Feierlichkeiten zum 20-jährigen Jubiläum der Zeitschrift Sezession am 25. März 2023 in Schnellroda (ST) im April 2023 ein Video, in dem sich die AfD-Vertreter Hans-Christoph Berndt (MdL BB), Antonin Brousek[2209] (MdA), Hans Neuhoff (AfD-Landesvorstandsmitglied und mittlerweile MdEP, NW), Björn Höcke (MdL TH), Oliver Kirchner (MdL ST), Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN), Nikolaus Kramer (MdL MV), Jörg Urban (MdL SN) und Thorsten Weiß (MdA) positiv über die Sezession äußerten und die freundschaftlichen Kontakte zu deren Vertretern und Autoren betonten. Als weitere Teilnehmer des Jubiläums waren im Video zudem Dimitrios Kisoudis (Referent von Tino Chrupalla und der AfD-Bundestagsfraktion) und Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) zu sehen.[2210]

Am 11. Mai 2023 erschien ein Interview der Sezession mit dem AfD Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) mit dem Titel „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla".[2211] Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN)[2212], Oliver Kirchner (MdL ST)[2213] und Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, Landesvorstandsmitglied AfD Sachsen)[2214] teilten das Interview im Nachgang in den sozialen Netzwerken.

[2209] Am 29. August 2023 wurde bekannt, dass Antonin Brousek (MdA) aus der AfD und der Abgeordnetenhaus-Fraktion ausgetreten ist. Er gab persönliche Gründe als Motivation an.
[2210] Kanal Schnellroda: „„20 Jahre Sezession' – Jubiläumsfeier in Schnellroda" vom 26.04.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 27.04.2023.
[2211] Sezession: „9. Mai? Ein Gespräch mit Tino Chrupalla" vom 11.05.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 12.05.2023.
[2212] Krah, Maximilian: Tweet vom 11.05.2023, abgerufen am 12.05.2023.
[2213] Kirchner, Oliver: Facebook-Eintrag vom 12.05.2023, abgerufen am 22.02.2024.
[2214] Droese, Siegbert: Tweet vom 11.05.2023, abgerufen am 12.05.2023.

Im Juni 2022 nahm der Europaabgeordnete Maximilian Krah (SN) an einer privaten Veranstaltung mit ca. 60 Gästen in Pirna (SN) teil, auf welcher neben ihm auch Götz Kubitschek und Erik Lehnert als Redner auftraten.[2215] Weiterhin hielt er im Rahmen der vom 2. bis 4. September 2022 in Schnellroda (ST) stattgefundenen „22. Sommerakademie“ des IfS einen Vortrag mit dem Titel „Energie, Wirtschaft, Umbau – eine Analyse“.[2216] Im April 2023 nahm Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) an einer Lesung von Benedikt Kaiser teil.[2217] Beim Sommerfest des IfS im Juli 2023 war Krah überdies mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) sowie den Landtagsabgeordneten Andreas Lichert (HE) und Hans-Christoph Berndt (BB) Teil einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wie weiter?“.[2218] An der Veranstaltung nahmen auch damalige Mitglieder der Jungen Alternative auf Bundesebene teil, etwa Anna Leisten (Beisitzerin)[2219] und Tomasz Froelich (stellvertretender JA-Bundesvorsitzender, seit 2024 MdEP, HH)[2220]. Zudem war Maximilian Krah im Januar 2023[2221] und September 2023[2222] Gast der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“ auf dem YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda“, der vom IfS betrieben wird. In der Folge vom September 2023 mit dem Titel „Kür in Magdeburg, Politik von rechts, Spezial Fall AfD“ äußerte sich Krah gegenüber seinen Gesprächspartnern Götz Kubitschek und dessen Ehefrau Ellen Kositza nach seiner Wahl zum Spitzenkandidaten der AfD für die Europawahl im Jahr 2024 wie folgt:

> *„Ich bin ja auch noch hier heute, um Ihnen zunächst beiden [Anm.: Ellen Kositza und Götz Kubitschek] zu danken. […] Sie haben immer gestanden, sie hatten*

[2215] Lochner, Tim: Facebook-Eintrag vom 03.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[2216] Krah, Maximilian: Rede auf der „22. Sommerakademie“ des IfS in Schnellroda (ST); veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.09.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 22.09.2022.
[2217] JA Altmark: Instagram-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[2218] Kanal Schnellroda: „Sommerfest-Podium #AfD – mit Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich, Christoph Berndt“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 18.07.2023.
[2219] Leisten, Anna: Instagram-Eintrag vom 09.07.2023, abgerufen am 10.07.2023.
[2220] Froelich, Tomasz: Tweet vom 09.07.2023, abgerufen am 11.07.2023.
[2221] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft“, Folge 33; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.01.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.01.2023.
[2222] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft“, Folge 35; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.09.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 18.03.2024.

die richtigen Hinweise, sie haben die richtigen Ratschläge gegeben. Ich wäre nicht Spitzenkandidat ohne Ihrer beider Hilfe. Insofern vielen Dank dafür.“[2223]

Am 13. September 2023 wurde auf der Website der Sezession ein Interview mit dem Titel „Ich provoziere mit Selbstverständlichkeiten“ mit Maximilian Krah veröffentlicht.[2224] Am 23. und 30. November 2023 teilte Krah auf X (ehemals Twitter) zudem Tweets der Sezession. In dem Tweet vom 30. November 2023 ging es um einen Beitrag, den er selbst in der Sezession veröffentlicht hatte.[2225]

Im November 2023 hielt Krah außerdem auf einer Tagung des IfS einen Vortrag zum Thema „Nahost-Konflikt und Vergangenheitspolitik“.[2226] Gemeinsam mit Kubitschek nahm Krah im Januar 2024 weiterhin an zwei Veranstaltungen in Wien und Budapest teil. Hierzu und zum offenbar guten Zusammenspiel mit Krah führte Kubitschek aus:

> *„Das Format war diesmal ein anderes, wir trugen nicht einfach vor, sondern antworteten stets beide auf Fragen zur Lage und zu den Hintergründen der Kampagne. Das war lebendig, man ergänzte sich und kam in Fahrt, vor allem, weil man einander nicht ausstechen wollte, sondern gemeinsam an der Lagefeststellung arbeitete. In Budapest war es anders. Wir waren zu Gast im Institut Imre Kertész, einer aufwendig renovierten und hervorragend ausgestatteten Jugendstilvilla. Ich trug dort zehn Thesen zur ‚Lage der nationalen Opposition in Deutschland‘ vor, Krah sprach über das Europakonzept der AfD und gab danach fünf oder sechs Interviews, wobei neben regierungsnäheren auch oppositionelle Medienvertreter zum Zuge kamen“.*[2227]

Darüber hinaus erschien am 15. Juni 2023 im Verlag Antaios ein Buch von Maximilian Krah mit dem Titel „Politik von rechts. Ein Manifest“, das aufgrund der großen

---

[2223] Ebd.
[2224] Sezession: „‚Ich provoziere mit Selbstverständlichkeiten‘ – Krah im Gespräch“ vom 13.09.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 13.09.2023.
[2225] Krah, Maximilian: Retweets von Tweets vom 23.11.2023 und 30.11.2023, abgerufen am 04.12.2023.
[2226] Sezession: „Kontrovers: Maximilian Krahs Vortrag über Nahost und Geschichtspolitik“ vom 06.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2227] Sezession: „Hinter den Linien. Tagebuch – Mittwoch, 7. Februar“ vom 15.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.

Nachfrage bisher in sechs Auflagen erschienen ist und dem Verlag einen entsprechend großen Umsatz eingebracht haben dürfte. [2228] Der Ehrenvorsitzende der Bundespartei Alexander Gauland (MdB, BB) schrieb für das Buch ein Vorwort.[2229]

Krah nahm zudem gemeinsam mit unter anderem dem jetzigen Europaabgeordneten Petr Bystron (BY) und Götz Kubitschek im Januar 2024 an einer Vortragsreise nach Budapest (HUN) teil.[2230]

Für den 1. und 2. März 2024 lud Krah zu einer von ihm organisierten und von der ID-Fraktion im Europäischen Parlament finanzierten Tagung zum Thema „Postkoloniale Theorie und politische Realität im Widerstreit" ein.[2231] [2232]

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) weist ebenfalls eine Nähe zum IfS und dem Verlag Antaios auf. So berichtete Helferich am 8. Juni 2022 von seiner Teilnahme an einer Vortragsveranstaltung mit Günther Scholdt, Autor des Verlags Antaios. Den Verlag erwähnte Helferich in einem Hashtag seines Facebook-Posts.[2233] Am 13. September 2022 bewarb Helferich in einer Instagram-Story ein Buch des Verlags Antaios zum Thema „Bevölkerungsaustausch und Great Reset".[2234] Wenige Tage später, am 26. September 2022, gab Helferich an, eine vom IfS ausgerichtete Veranstaltung, an der auch Götz Kubitschek teilnahm, mit der Bezeichnung „Staatspolitischer Salon" in der Berliner „Staatsreparatur" besucht zu haben.[2235] [2236] Auf Facebook teilte Helferich am 21. April 2023 einen Sezession-Artikel, der sich mit dem Entzug der Immunität Björn Höckes auseinandersetzt.[2237]

[2228] Antaios: „Politik von Rechts. Ein Manifest", in: www.antaios.de, abgerufen am 01.08.2024.
[2229] Alexander Gauland: Vorwort, in: Maximilian Krah: „Politik von rechts. Ein Manifest", Schnellroda 2023, S. 7 ff.
[2230] Bystron, Petr: Instagram-Eintrag vom 29.01.2024, abgerufen am 29.01.2024.
[2231] Sezession: „Historische Schuld und Europa – eine Tagung in Brüssel" vom 16.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.
[2232] Veranstaltungsprogramm „Historische Schuld und Europa: Postkoloniale Theorie und politische Realität im Widerstreit", ohne Datum, www.sezession.de, ohne Abrufdatum.
[2233] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[2234] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 13.09.2022, abgerufen am 14.09.2022.
[2235] Staatsreparatur: „Programm September 2022", in: www.staatsreparatur.de, abgerufen am 27.09.2022.
[2236] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.09.2022, abgerufen am 12.10.2022.
[2237] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.04.2023, abgerufen am 24.04.2023.

Helferich verbreitete in einer Instagram-Story im Januar 2024 folgendes Zitat von Götz Kubitschek:

> *„Unser Volk ist noch lange nicht am Ende, und wir alle werden in den kommenden Monaten noch erleben, welche Kraft zum Widerstand dieses Volk noch hat!“*[2238]

In einem Tweet vom 30. Mai 2023 lobte Helferich zudem den neurechten Publizisten, langjährigen Mitarbeiter des Verlags Antaios und Mitglied des IfS Benedikt Kaiser:

> *„Kaiser ist einer der klügsten Köpfe des publizistischen Vorfelds. Die #AfD wäre dumm, wenn sie sich von ihm lösen würde, nur um der WELT zu gefallen. #solidaritaetisteinewaffe“*[2239]

Auf seine augenscheinliche Nähe zu Benedikt Kaiser in einem Kommentar zu einem Tweet angesprochen, erwiderte Helferich zu einem späteren Zeitpunkt:

> *„Ich bin Kaiser-Mann.“*[2240]

Im Oktober 2023 lud Helferich Kaiser in sein Dortmunder Wahlkreisbüro ein, um dort mit rund 60 Gästen über sein Buch „Konvergenz der Krisen“ zu diskutieren.[2241] Unter den Gästen war auch der Bundestagsabgeordnete Rüdiger Lucassen (NW), der sich im Nachgang in einem Facebook-Kommentar für die Veranstaltung bedankte.[2242]

Kaiser ist nach Presseberichten neben seinen publizistischen Tätigkeiten außerdem als Mitarbeiter bei Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt MdB, TH) angestellt.[2243]

Am 15. Juni 2022 veröffentlichte der Bundestagsabgeordnete René Springer (BB) gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Hans-Christoph Berndt (BB) auf der Internetseite der Sezession einen Gastbeitrag mit dem Titel „Betrachtungen der Zukunft der AfD“.[2244]

[2238] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 10.01.2024, abgerufen am 10.01.2024.
[2239] Helferich, Matthias: Tweet vom 30.05.2023, abgerufen am 01.06.2023.
[2240] Helferich, Matthias: Kommentar unter einem Instagram-Eintrag vom 21.07.2024, abgerufen am 23.07.2024.
[2241] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 08.10.2023, abgerufen am 12.10.2023.
[2242] Cassel, Felix Alexander: Facebook-Eintrag vom 07.10.2023, abgerufen am 09.10.2023.
[2243] WELT: „AfD-Abgeordneter im Bundestag beschäftigt langjährigen Neonazi“ vom 28.05.2023, in: www.welt.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2244] Sezession: „Betrachtungen zur Zukunft der AfD“ vom 15.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 15.06.2022.

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) bewarb am 21. September 2022 in einem YouTube-Video die Sezession als Medium einer *„virtuelle[n] Gegenöffentlichkeit“*.[2245]

Er empfahl zudem als Reaktion auf die Einstufung des Instituts für Staatspolitik als gesichert extremistische Bestrebung die Lektüre eines im Verlag Antaios veröffentlichten Buchs:

> *„Thomas Haldenwangs Entscheidung, den Verlag Antaios als ‚gesichert rechtsextrem‘ einzustufen, erinnert doch ein wenig an Ray Bradburys dystopischen Roman ‚Fahrenheit 451‘. In ‚Fahrenheit 451‘ geht es um eine Gesellschaft, in der Bücher verboten sind und VS-Schlapphüte – Verzeihung – „Feuerwehrmänner beauftragt sind, diese zu verbrennen, um unabhängiges & kritisches Denken zu unterdrücken und die Bevölkerung zu kontrollieren.*
> *Ähnlich dazu könnte die Einstufung des Verlags Antaios als ein Versuch gesehen werden, dissidente Positionen zu überwachen und zu unterdrücken. […]*
> *Auf diesen Schock hin: Bestellen Sie doch beim Verlag Antaios!“*[2246]

In einem am 16. Dezember 2022 veröffentlichten YouTube-Video des Schnellroda-Kanals sprach Hannes Gnauck (damals Bundesvorsitzender der JA und MdB, BB) mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert über die Junge Alternative und Gnaucks biographische Hintergründe.[2247]

Das Mitglied des AfD-Bundesvorstands Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) nahm im Rahmen des IfS-Sommerfests 2023 an einer Podiumsveranstaltung zum Thema „Transgender“ teil.[2248] Jongen veröffentlichte außerdem am 22. Dezember 2023 einen Gastbeitrag auf der Internetseite der Sezession, in dem er Stellung nahm zum Beschluss des AfD-Bundesvorstands, Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei zu setzen.[2249]

[2245] Beckamp, Roger: „Ohne freie Medien? Ohne mich!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.09.2022; Kanal: „Roger Beckamp“, abgerufen am 26.09.2022.
[2246] Beckamp, Roger: Instagram-Eintrag vom 19.06.2024, abgerufen am 20.06.2024.
[2247] Gnauck, Hannes: Podcast „Am Rande der Gesellschaft“ vom 16.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.12.2022.
[2248] Sezession: „In den Schulen Regenbogenbeflaggung wie zu Kanzlers Geburtstag“ vom 28.07.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 23.02.2024.
[2249] Sezession: „Über der AfD hängt das Damoklesschwert der Vernichtung, sagt Marc Jongen“ vom 22.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.

Hans Neuhoff (mittlerweile MdEP, NW) hielt am 18. April 2023 bei der Veranstaltung „20 Jahre Sezession" in Schnellroda die Hauptrede zum Thema „Der Ukrainekonflikt und die neue Weltordnung".[2250]

Der Bundestagsabgeordnete und Generalsekretär des AfD-Landesverbands Sachsen-Anhalt Jan Wenzel Schmidt (ST) erklärte im April 2023 öffentlich, dass er an das IfS gespendet habe. Diese von ihm so benannte „Demokratiespende" erfolgte vor der bekannt gewordenen Hochstufung des IfS zur gesichert extremistischen Bestrebung.[2251] Schmidt nahm außerdem im November 2023 in Wien gemeinsam mit Götz Kubitschek an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Linksextremismus als wachsende Gefahr" teil.[2252] [2253]

Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Siegbert Droese (seit 2024 MdEP, SN) teilte am 22. September 2022 im sozialen Netzwerk Twitter (heute: X) einen Beitrag der Sezession und schrieb dazu:

> *„Hervorragend! LESEEMPFEHLUNG!"*[2254]

Neben den bereits erwähnten Mitgliedern der Bundesebene zeigten auch zahlreiche Untergliederungen und Vertreter der AfD auf Landesebene eine positive und unterstützende Haltung zum IfS.

An erster Stelle in diesem Zusammenhang ist der thüringische Landes- und Fraktionsvorsitzende Björn Höcke (TH) zu nennen, der dem IfS und insbesondere Götz Kubitschek eng verbunden ist. So wurde am 9. September 2023 auf dem vom IfS betriebenen YouTube-Kanal „Kanal Schnellroda" aus der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft" ein Gespräch zwischen Björn Höcke, Götz Kubitschek und Ellen Kositza veröffentlicht.[2255] Höcke äußert sich in dem Video wie folgt:

> *„Aber ich glaube, klar ist, dass mit einem Trivialliberalismus, mit einer mit einer liberal-konservativen Partei, wie sie Lucke vorschwebte, als Juniorpartner für*

[2250] Sezession: „20 Jahre Sezession – wie wir feierten" vom 27.03.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2023.
[2251] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.04.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2252] Schmidt, Jan Wenzel: Instagram-Eintrag vom 23.11.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2253] Info-DIREKT: „Sensation: Götz Kubitschek spricht im Parlament!" vom 16.11.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 16.11.2023.
[2254] Droese, Siegbert: Tweet vom 22.09.2022, abgerufen am 23.09.2022.
[2255] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 36; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.09.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 06.05.2024.

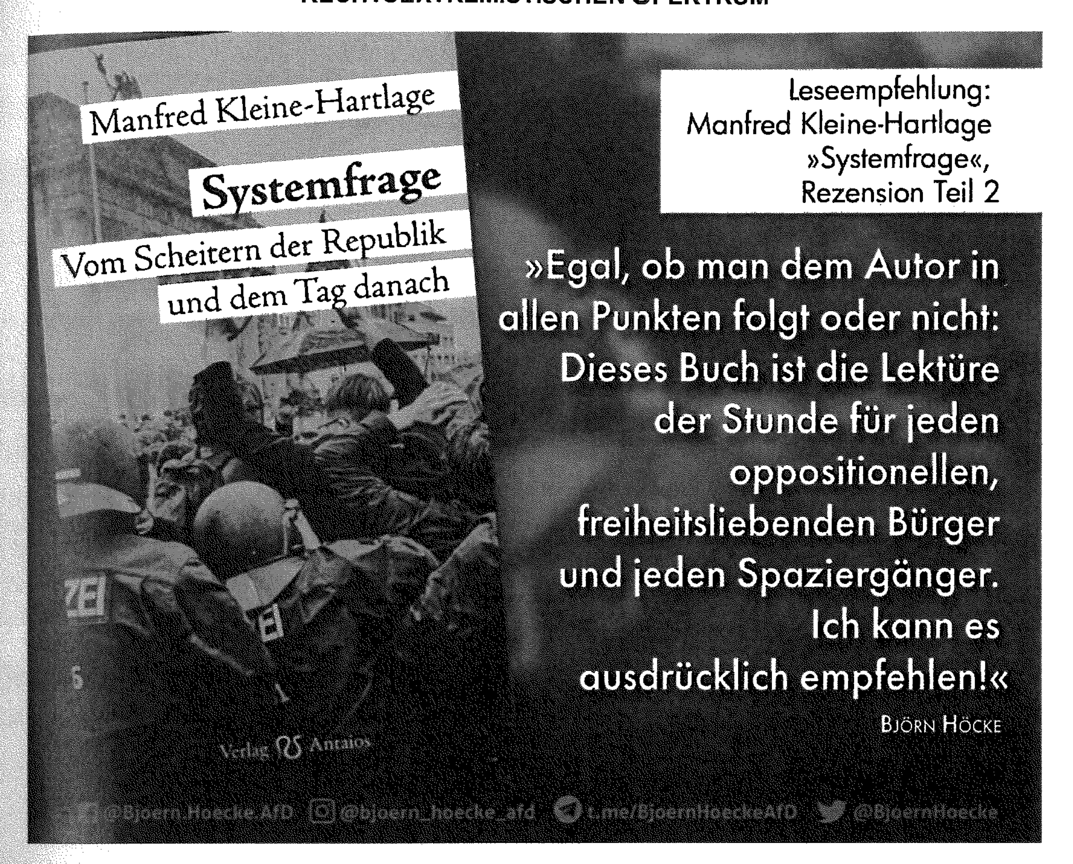
eine CDU, dass wir damit keinen Blumentopf gewonnen hätten. Und dass wir damit, mit diesem Ansatz jetzt in Thüringen nicht bei 34 Prozent ständen. Also, das ist eine parallel gehende weltanschauliche, aber auch strategische Häutung gewesen. Also klare Oppositionsinhalte natürlich mit der Offenheit, die einer angehenden Volkspartei auch gut zu Gesicht steht, aber trotzdem klare Kante. Und dann auch die deutliche Ansage, es gibt keine Alternative im Establishment. Und ich glaube, das ist mittlerweile allgemein das Bewusstsein in der Partei."[2256]

Im Zeitraum zwischen dem 24. August und 2. September 2022 teilte und kommentierte Höcke auf Facebook die Sezession-Beiträge der Reihe „Herbst, Empörung, Grundsätze" von Götz Kubitschek. In der Beitragsreihe thematisierte Kubitschek das Spannungsverhältnis zwischen AfD und den neurechten bzw. rechtsextremistischen Vorfeldorganisationen im sogenannten Heißen Herbst.[2257]

Auch teilte Höcke am 10. Oktober 2023 abermals auf seiner Facebook-Seite einen Beitrag der Sezession.[2258] Darüber hinaus besprach er in der Vergangenheit mehrfach Bücher des Antaios Verlags und empfahl diese zur Lektüre. Mit dem Buch von Manfred Kleine-Hartlage „Systemfrage. Vom Scheitern der Republik und dem Tag danach" beschäftigte er sich am 30.[2259] bzw. 31. Januar 2022[2260] in zwei ausführlichen Beiträgen und kam am Ende des zweiten Beitrags zum Fazit:

„Egal, ob man dem Autor in allen Punkten folgt oder nicht: dieses Buch ist die Lektüre der Stunde für jeden oppositionellen, freiheitliebenden Bürger und jeden Spaziergänger. Ich kann es ausdrücklich empfehlen!"[2261]

[2256] Ebd.
[2257] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 24.08.2022, abgerufen am 25.08.2022. Facebook-Eintrag vom 26.08.2022, abgerufen am 29.08.2022. Facebook-Eintrag vom 02.09.2022, abgerufen am 05.09.2022.
[2258] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 10.10.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2259] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 30.01.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2260] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 31.01.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2261] Ebd.



Weiterhin beschäftigte sich Höcke mit den folgenden Büchern aus dem Verlagsangebot des Verlags Antaios: „Versuch über den Riß“ von Caroline Sommerfeld[2262], „Die Partei und ihr Vorfeld“ von Benedikt Kaiser[2263], die kaplaken-Bände 82-84 im Rahmen einer Sammelbesprechung[2264] und zuletzt das oben[2265] bereits erwähnte Buch „Regime Change von rechts“ von Martin Sellner. Dieses bezeichnete Höcke als *„großen Wurf“*, das sich *„zum Handbuch für die deutsche Volksopposition mausern“* könnte. [2266] In einem weiteren Facebook-Eintrag vom 21. Dezember 2023 bewirbt Höcke abermals das Buch, indem er eine aus seiner Sicht *„kluge Passage“* zitiert:

> *„Das ureigene Interesse einer Partei ist, daß in ihrem Vorfeld keine unberechenbaren extremistischen Bewegungen oder radikale Konkurrenzparteien entstehen. […] Distanzierung, Abgrenzung und Ignoranz bewirken das Gegenteil und schaden somit auch dem Eigeninteresse der Partei.“*[2267]

[2262] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 03.03.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2263] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.06.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2264] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 05.03.2023, abgerufen am 12.03.2024.
[2265] Vgl. S. 701 f.
[2266] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 17.09.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2267] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 21.12.2023, abgerufen am 27.02.2024.

Das Zitat ordnet Höcke anschließend folgendermaßen ein:

> *„Nicht alle Parteifreunde haben diese Erkenntnisse verinnerlicht. Der eine oder andere braucht vielleicht noch einen Denkanstoß, damit sie sich unserer tatsächliche Situation bewußt zu machen. Es ist Weihnachtszeit. Vielleicht freut sich der eine oder andere über ein gutes Buchgeschenk. Ich hätte da eine Empfehlung…“*[2268]

Zusammen mit dem Landtagsabgeordneten und Fraktionsvorsitzenden Hans-Christoph Berndt (BB) sowie Götz Kubitschek und Erik Lehnert nahm Höcke im Februar 2024 an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 24. Winterakademie des IfS in Schnellroda teil.[2269]

Der Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider (ST) war ebenfalls bereits zu Gast bei der Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft“, die das IfS auf ihrem YouTube-Kanal regelmäßig online stellt. Nachdem vom 17. bis 19. Juni 2022 in Riesa (SN) der AfD-Bundesparteitag stattfand, traf sich Tillschneider, der als Delegierter am Parteitag teilgenommen hatte, am folgenden Tag mit Götz Kubitschek in Schnellroda (SN), um seine Sicht auf die Ereignisse des Parteitags darzulegen. Das Gespräch wurde am 21. Juni 2022 auf dem YouTube-Kanal des IfS veröffentlicht.[2270] Bei der Winterakademie 2023 des IfS vom 27. bis 29. Januar 2023, die unter dem Thema „10 Jahre AfD“ stattfand, nahm Tillschneider als Gesprächspartner neben u. a. dem Landtagsabgeordneten Oliver Kirchner (ST) am Abschlusspodium teil.[2271]

Tillschneider teilt auch regelmäßig die Beiträge der Protagonisten des IfS und Beiträge der Sezession und verschafft den Posts damit eine größere Reichweite. So sendete er am 21. Juli 2022 einen Retweet eines Beitrags von Ellen Kositza.[2272] Wenige Tage später, am 30. Juli 2022, teilte er einen Beitrag der Sezession, der Till-

[2268] Ebd.
[2269] Sezession: „Mit Björn Höcke und Christoph Berndt über die Lage 24“ vom 20.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.
[2270] Tillschneider, Hans-Thomas: „AfD Bundesparteitag in Riesa: Hans-Thomas Tillschneider im Gespräch“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.06.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 23.06.2022.
[2271] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 29.01.2023, abgerufen am 01.02.2023.
[2272] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 21.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.

schneiders Auftritt bei einem Podiumsgespräch zusammen mit dem damaligen Landtagsabgeordneten Daniel Zerbin (mittlerweile MdB, NW) sowie dem damaligen IfS-Leiter Erik Lehnert auf dem IfS-Sommerfest 2022 in Schnellroda (ST) thematisiert.[2273] Am 29. August 2022 teilte Tillschneider erneut einen Beitrag der Sezession.[2274]

Auch der Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der brandenburgischen AfD-Landtagsfraktion Hans-Christoph Berndt (BB) sucht mittlerweile die Nähe zum IfS. So war Berndt auf dem IfS-Sommerfest vom 30. bis 31. Juli 2022 zu Gast und nahm an einer Podiumsdiskussion teil.[2275] Auch ein Jahr später war Berndt auf dem IfS-Sommerfest präsent und nahm als Gesprächspartner an einer Podiumsdiskussion zu dem Thema „Wie weiter?“ teil.[2276] Zudem veröffentlichte Berndt am 15. Juni 2022 gemeinsam mit René Springer auf der Website der Sezession einen Gastbeitrag mit dem Titel „Betrachtungen der Zukunft der AfD“.[2277] Der Beitrag wurde auch vom Vorsitzenden der AfD Cottbus, Jean-Pascal Hohm (mittlerweile MdL BB), am 15. Juni 2022 auf Twitter (heute: X) geteilt.[2278] Zuletzt nahm Berndt wie oben bereits erwähnt gemeinsam mit Björn Höcke an einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 24. Winterakademie des IfS in Schnellroda teil.[2279] Bei dieser Gelegenheit betonte er u. a. auch die Bedeutung des Vorfelds für die AfD hinsichtlich der ideologischen wie personellen Ebene:

> *„Ich komme ja aus der Umgebung, aus dem sogenannten Vorfeld. Und wir sollten uns auch in Erinnerung rufen, dass die AfD, wie wir sie jetzt haben, die AfD, die seit Sommer 22/23 ja diesen, doch diese wachsende Zustimmung erhalten hat, nicht die AfD wäre, ohne dass sie sozusagen, die Gedanken, den Impulse und auch wichtige Vertreter dieser ganzen Protestbewegungen der letzten zehn Jahre aufgenommen hätte. Nämlich der Protestbewegung gegen die Grenzöff-*

[2273] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 30.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[2274] Tillschneider, Hans-Thomas: Retweet eines Tweets vom 29.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
[2275] Sezession im Netz: Tweet vom 31.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[2276] Kanal Schnellroda: „Sommerfest-Podium #AfD – mit Maximilian Krah, Andreas Lichert, Matthias Helferich, Christoph Berndt“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.07.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 18.07.2023.
[2277] Sezession: „Betrachtungen zur Zukunft der AfD“ vom 15.06.2022, in: www.sezession.de, abgerufen am 15.06.2022. (Doppelverwendung des Belegs im selben Kapitel)
[2278] Hohm, Jean-Pascal: Tweet vom 15.06.2022, abgerufen am 16.06.2022.
[2279] Sezession: „Mit Björn Höcke und Christoph Berndt über die Lage 24“ vom 20.02.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.

nung seit 2015, die anhält, der Protestbewegung gegen die Corona-Zwangsmaßnahmen, der Protestbewegung gegen die Kriegs- und Embargopolitik und jetzt der Bürger- und Bauernprotest. All das haben wir aufgenommen. Da haben wir wichtige Leute, die zu uns gekommen sind und wir haben es inhaltlich aufgenommen und deswegen ist die AfD so stark. Und das ist ja ganz klar, was Björn sagte, jetzt ist es die Junge Alternative, aber wir wissen doch auch, dass die Corona-Proteste als Delegitimierung des Staates schon beim Verfassungsschutz registriert werden. Dass jetzt die Verächtlichmachung des Staates nach diesem 13-Punkte-Papier bereits ein Grund ist zur Beobachtung oder zum Verbot oder zur Verfolgung. Da ist keine Grenze in Sicht und deswegen kommt es für uns überhaupt nicht in Frage uns von irgendjemanden zu distanzieren. Kommt überhaupt nicht in Frage, wir haben gar keinen Grund. Die einzigen, von denen wir uns distanzieren, das sind die Ampelleute und die CDU, die unser Land ruiniert haben."[2280]

Berndt war zuletzt am 25. Oktober 2024 zu Gast im Podcast „Am Rande der Gesellschaft" und sprach dort mit Ellen Kositza, Erik Lehnert und Götz Kubitschek.[2281]

Der ehemalige Vereinsvorsitzende Andreas Lichert (Landessprecher und MdL HE) verfasste anlässlich der „Stolzmonat"-Kampagne im Juni 2023 einen Gastkommentar für Info-DIREKT. Darin bezeichnete er sich selbst als *„durch das ‚Institut für Staatspolitik' in Meta-Politik geschult"*.[2282]

Die Landtagsabgeordneten Jan-Philip Tadsen[2283] und Enrico Schult[2284] (alle MV) berichteten am 8. Juni 2022 über den Vortrag des Sezession-Autors Heino Bosselmann bei der JA Westmecklenburg in Schwerin (MV). Tadsen kündigte an, der ganze Vortrag werde *„auch bald auf dem Podcast unserer Jugendorganisation ‚In Aufruhr'*

[2280] Kanal Schnellroda: „‚Lage 2024' Podium mit Björn Höcke, Christoph Berndt, Erik Lehnert und Götz Kubitschek"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2024, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 12.03.2024.
[2281] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 42; veröffentlicht in: www.youtube.com , Kanal: „Kanal Schnellroda" am 25.10.2024, abgerufen am 28.10.2024.
[2282] Info-DIREKT: „‚Gender-Klimbims und LGBTQ-Gedöns´ als Ablenkungsmanöver" vom 26.06.2023, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 26.06.2023.
[2283] Tadsen, Jan-Philip: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[2284] Schult, Enrico: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.

nachzuhören“[2285] sein. Tadsen besuchte auch das IfS-Sommerfest vom 30. bis 31. Juli 2022 in Schnellroda (ST).[2286]

Weitere Landtagsabgeordnete drückten ihre Unterstützung für das IfS bzw. den Verlag Antaios aus. So lobte das Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses Antonin Brousek in einem Facebook-Eintrag vom 8. Juli 2022 den damaligen Leiter des IfS Erik Lehnert als *„ganz herausragende[n] Intellektuelle[n] der Neuen Rechten“*.[2287] Der Landtagsabgeordnete Ulrich Siegmund (ST) teilte im Juli 2022 zwei Tweets von Ellen Kositza.[2288] Jens Oberhoffner, Landtagsabgeordneter aus Sachsen, teilte am 2. August 2022 auf Facebook einen Beitrag der Sezession und fand für den Artikel lobende Worte.[2289] Der Landtagsabgeordnete Jan Moldenhauer (ST) postete am 26. März 2023 auf Facebook das Foto des Buchs „Deutsche Opfer Fremde Täter“ aus dem Verlag Antaios.[2290] Der ehemalige JA-Vorsitzende und Landtagsabgeordnete Carlo Clemens (NW) teilte am 9. Januar 2023 einen Tweet der Sezession.[2291] Thorsten Weiß (MdA) teilte im Oktober 2024 auf X einen Beitrag der Sezession.[2292]

Die Landtagsfraktion Brandenburg beschäftigt laut Presseberichten Erik Lehnert als Referenten.[2293] Im Jahr 2021 hatte Lehnert auf Vorschlag der brandenburgischen Fraktion bereits als Mitglied an der 17. Bundesversammlung teilgenommen.[2294] Vor seiner Tätigkeit in Potsdam (BB) hatte Lehnert von 2018 bis mindestens ins Jahr 2021 hinein für den damaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Harald Weyel gearbeitet.[2295] [2296]

[2285] Tadsen, Jan-Philip: Facebook-Eintrag vom 08.06.2022, abgerufen am 10.06.2022.
[2286] Pixelarchiv: „30.7.2022 Sommerfest des ‚Institut für Staatspolitik‘ in Schnellroda“, in: www.pixelarchiv.org, abgerufen am 13.10.2022.
[2287] Brousek, Antonin: Facebook-Eintrag vom 08.07.2022, abgerufen am 25.07.2022.
[2288] Siegmund, Ulrich: Retweet eines Tweets vom 30.07.2022, abgerufen am 01.08.2022. Retweet eines Tweets vom 31.07.2022, abgerufen am 01.08.2022.
[2289] Oberhoffner, Jens: Facebook-Eintrag vom 02.08.2022, abgerufen am 02.08.2022.
[2290] Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 26.03.2023, abgerufen am 30.03.2023.
[2291] Clemens, Carlo: Retweet eines Tweets vom 09.01.2023, abgerufen am 11.01.2023.
[2292] Weiß, Thorsten: Retweet eines Tweets vom 06.10.2024, abgerufen am 25.10.2024.
[2293] ZDF: „Geldflüsse von Abgeordneten - Wie die AfD rechte Aktivisten finanziert“ vom 14.08.2021, in: www.zdf.de, abgerufen am 27.02.2024 über: www.web.archive.org.
[2294] Landtag Brandenburg: „Brandenburg entsendet 24 Vertreterinnen und Vertreter zu Wahl des Bundespräsidenten“ vom 11.02.2022, in: www.landtag.brandenburg.de, ohne Abrufdatum.
[2295] ZEIT: „AfD-Abgeordnete beschäftigen Rechtsextreme und Verfassungsfeinde“ vom 21.03.2018, in: www.zeit.de, abgerufen am 19.02.2024.
[2296] DER SPIEGEL: „AfD-Bundesvorstand sieht kein Problem in Nähe zum ‚Institut für Staatspolitik‘“ vom 15.10.2021, in: www.spiegel.de, abgerufen am 19.02.2024.

Neben den genannten Mitgliedern der AfD unterstützten auch Landesverbände der Jungen Alternative das IfS und dessen anhängige Formate und Autoren. So war Benedikt Kaiser am 4. Mai 2022 Gesprächsgast im Podcast „Basislager" der JA Nordrhein-Westfalen[2297] und referierte darüber hinaus auf der Veranstaltung „Sachsen-Akademie" der JA Sachsen am 14./15. Mai 2022.[2298]

Im Mai 2022 bewarb die JA Brandenburg die neue Veröffentlichung Benedikt Kaisers, „Die Partei und ihr Vorfeld", auf Instagram und bot ein Exemplar des Buchs im Rahmen eines Gewinnspiels an.[2299]

Beim Sommerfest des IfS in Schnellroda (ST) im Juli 2023 war neben den bereits genannten AfD-Funktionären und damaligen Mitgliedern der Jungen Alternative auf Bundesebene auch Stefan Pfau anwesend, der den stellvertretenden Vorsitz der JA Brandenburg innehatte.[2300]

Seitens der Untergliederungen und Mitglieder der AfD-Kreisebene lassen sich ebenfalls diverse Verbindungen zum IfS feststellen. So brachten u. a. ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD auch nach dem Mandatsverlust ihre Unterstützung für das IfS zum Ausdruck.

Bei der Winterakademie 2023 des IfS vom 27. bis 29. Januar 2023, die unter dem Thema „10 Jahre AfD" stattfand, hielt der ehemalige Bundestagsabgeordnete und ehemalige Referent von Alice Weidel, Roland Hartwig (NW), einen Vortrag.[2301] [2302] Hartwig hatte zuvor der Sezession im März 2021 ein Interview zur Lage der AfD gegeben.[2303]

In einem Facebook-Eintrag vom 6. April 2023 erklärte Dimitrious Kisoudis (BW), Grundsatzreferent des AfD-Fraktionsvorsitzenden Tino Chrupalla (MdB, SN) und der

---

[2297] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Basislager Ep. VIII: Soziale Frage" vom 04.05.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Junge Alternative NRW", abgerufen am 23.08.2022.
[2298] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 20.05.2022, abgerufen am 31.05.2022.
[2299] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Story vom 20.05.2022, Instagram-Eintrag vom 20.03.2023.
[2300] Pfau, Stefan: Instagram-Eintrag vom 12.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.
[2301] Sezession im Netz: Tweet vom 28.01.2023, ohne Abrufdatum.
[2302] Gegenstimme TV: „‚Die #AfD und der #Verfassungsschutz' - Dr. Roland Hartwig auf der IfS-Winterakademie 2023"; veröffentlicht in: www.gegenstimme.tv am 27.04.2023, Kanal: „commander_logic", abgerufen am 03.04.2024.
[2303] Sezession: „Verdachtsfall auf dem Prüfstand – Roland Hartwig im Gespräch" vom 15.03.2021, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.

AfD-Bundestagsfraktion, dass er Autor beim Verlag Antaios sei.[2304] In der ersten Jahreshälfte 2023 veröffentlichte er daraufhin sein Buch „Mitteleuropa und Multipolarität".[2305] In der Oktober-Ausgabe der Sezession im Jahr 2022 erschien außerdem ein Beitrag von Kisoudis.[2306] Zuletzt war er Gast auf dem IfS-Sommerfest 2023 in Schnellroda.[2307]

Der Kreisvorsitzende der AfD Bielefeld (NW), Florian Sander, verfasste einen Artikel, der in der Sezession-Ausgabe 10/2023 erschien.[2308]

Auch der AfD-Kreisverband Magdeburg (ST) bekennt sich zum IfS. So beschloss der Kreisverband am 18. März 2023 im Rahmen eines Kreisparteitags einstimmig ein Bekenntnis zum „Konzept der Bewegungspartei AfD". Damit einher gehe das *„Bekenntnis zum politischen Vorfeld der Partei und dessen Unterstützung, u.a. Ein Prozent, PEGIDA, Zukunft Heimat, Institut für Staatspolitik"*.[2309]

Der damalige IfS-Vorsitzende Erik Lehnert hielt am 13. November 2022 in Rathenow (BB) auf einer von dem AfD-Kreisverband Havelland (BB) und der JA Brandenburg durchgeführten Gedenkveranstaltung zum Volkstrauertag einen Vortrag.[2310]

Die Junge Alternative Altmark (ST) veröffentlichte am 26. Januar 2023 einen Beitrag auf Instagram, demzufolge sie am Vortag die Buchvorstellung von Benedikt Kaisers „Die Partei und ihr Vorfeld" besucht hatte. Mit folgendem Wortlaut bewarb sie das Buch und verschenkte zudem laut eigener Aussage zwei Exemplare an ihre Instagram-Follower:

> *„Die Lektüre kann sich nicht nur sehen lassen, sondern auch sehr gut lesen. Eigentlich müsste sie in der kommenden Sitzungsschiene an jedem Plantz eines unserer Abgeordneten liegen. Politisches Vorfeld ist wichtig – politischer Aktivismus nur dadurch lebendig."*[2311]

2304 Kisoudis, Dimitrios: Facebook-Eintrag vom 06.04.2023, abgerufen am 17.04.2023.
2305 Kanal Schnellroda: „‚Mitteleuropa und Multipolarität' – Buchpräsentation mit Dimitrios Kisoudis" vom 03.08.2023, in: www.odysee.com, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 04.03.2024.
2306 Europa – der ungewollte Großraum", in: Sezession, Ausgabe 10/2022, S. 18 ff.
2307 Sezession: „Der westliche Weg führt zu dem, was wir Wokeness nennen, sagt Kisoudis" vom 04.08.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 23.02.2024.
2308 „Der ‚Fall Hohmann' – ein Paradebeispiel für Meinungsmacht", in: Sezession, Ausgabe 10/2023, S. 54 f.
2309 Moldenhauer, Jan: Facebook-Eintrag vom 19.03.2023, abgerufen am 21.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 2.)
2310 AfD Havelland: Facebook-Eintrag vom 08.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
2311 Junge Alternative Altmark: Instagram-Eintrag vom 26.01.2023, abgerufen am 22.02.2023.

Am 28. April 2023 teilte sie zudem ebenfalls auf Instagram mit, dass sie an einer Lesung Benedikt Kaisers aus seinem Buch „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts" teilgenommen habe. Zudem wurde eine Verlosung von insgesamt 20 Buchexemplaren ausgerufen sowie ein für den Herbst geplanter Besuch Kaisers in der Altmark angekündigt.[2312]

Am 14. März 2024 veranstaltete der AfD-Kreisverband Jerichower Land (ST) eine Vortragsveranstaltung mit Benedikt Kaiser.[2313]

4. Identitäre Bewegung Deutschland

Die 2012 hauptsächlich im Internet und nach Vorbild der französischen Génération Identitaire entstandene[2314] Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) ist als deutscher Ableger der Identitären Bewegung (IB) vom Bundesamt für Verfassungsschutz seit Juli 2019 als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft. Das VG Köln hat diese Einstufung bereits im Oktober 2022 in seinem rechtskräftigen Urteil für rechtmäßig erklärt.[2315] Ausschlaggebende Gründe waren demnach der von der IB verfolgte völkisch-abstammungsmäßige Volksbegriff und die massive ausländerfeindliche Agitation.[2316]

Die Jugendorganisation sieht den Multikulturalismus als besondere Bedrohung Europas an und fürchtet durch eine *„unkontrollierte Massenzuwanderung"* die Homogenität des Volkes zu verlieren. Insbesondere Konzepte wie der Ethnopluralismus, das Narrativ vom Großen Austausch und die damit zusammenhängende, angeblich planvoll durchgeführte Islamisierung Europas sind zentrale Themen der Identitären.[2317]

Die IBD ist als Teil der Neuen Rechten zu betrachten und innerhalb dieser gut vernetzt. Aufgrund des vornehmlich jungen Alters ihrer Mitglieder bestehen häufig Verbindungen zu weiteren rechtsextremistischen Jugendorganisationen, wie beispielsweise der Jungen Alternative.

[2312] Junge Alternative Altmark: Instagram-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[2313] Kaiser, Benedikt: Tweet vom 06.03.2024, abgerufen am 08.03.2024.
[2314] Bruns, Julian/ Glösel, Kathrin/ Strobl, Natascha: „Die Identitären – Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa", Münster 2017, S. 71.
[2315] Vgl. VG VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18.
[2316] Vgl. VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23.
[2317] Vgl. VG Köln, Urt. v. 13.10.2022, 13 K 4222/18, Rn. 49 ff.

Das Verhältnis zwischen der IBD und der AfD ist dagegen seit der öffentlich gewordenen Beobachtung der IBD durch das Bundesamt für Verfassungsschutz im Jahr 2016 als ambivalent zu bezeichnen. So setzte der damalige – noch von Vertretern des liberalkonservativen Lagers dominierte – Bundesvorstand die Gruppierung im Juni 2016 auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei.[2318] [2319] [2320] Diese Entscheidung wurde in der Folgezeit aber immer wieder in Frage gestellt, besonders von Anhängern des solidarisch-patriotischen Lagers.[2321] Im Dezember 2023 sorgte die Entscheidung des Bundesvorstands, den regionalen Ableger der IB in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, Revolte Rheinland[2322], neu auf die Unvereinbarkeitsliste aufzunehmen, für kontroverse Diskussionen und teils lautstarke Kritik in der Partei und aus dem Vorfeld.[2323] [2324] [2325] [2326] Laut einem Artikel, der am 18. Dezember 2023 im IB-nahen Heimatkurier erschien, war dieser Beschluss auch im Bundesvorstand umstritten:

> *„Der hauptsächliche Grund dafür [Anm.: gemeint ist der Beschluss des Bundesvorstands] dürfte in den Abgrenzungsbemühungen des nicht unumstrittenen AfD-Vorstandsmitgliedes Roman Reusch zu suchen sein. Mit einer offensiven Distanzierung vom Vorfeld will er der Beobachtung des Verfassungsschutzes entgehen – ein Bemühen, das wie aus der Zeit gefallen zu sein scheint: Der juristische Abwehrkampf der AfD gegen den Verfassungsschutz hat schließlich gezeigt, dass der Kern der Beobachtung nicht auf organisatorischen Schnittstellen zum Vorfeld aufbaut, sondern auf einem ethnisch-kulturellen Volksbegriff,*

[2318] Eventuell erfolgte die Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste – zumindest partiell - auch bereits im Jahr 2015. Vgl. AfD Vulkaneifel: „Unvereinbarkeitsliste der Alternative für Deutschland Lt. § 2 (4) der Bremer Satzung" vom 17.04.2015, in: www.afd-vulkaneifel.de, ohne Abrufdatum.

[2319] DER SPIEGEL: „Wie AfD-Leute und Rechtsextreme kooperieren" vom 09.02.2018, in: www.spiegel.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2320] taz: „Nach rechts offen" vom 21.11.2017, in: www.taz.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2321] DER SPIEGEL: „Das stille Aus der Identitären: Warum die AfD die rechten Hipster nicht mehr braucht" vom 28.11.2019, in: www.spiegel.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2322] Die Revolte Rheinland hat sich im November 2024 aufgelöst. (Kölner Stadtanzeiger: „Nachfolgeorganisation der ‚Identitären Bewegung' gibt Auflösung bekannt" vom 22.11.2024, in :www.ksta.de, abgerufen am 06.03.2025.)

[2323] Sezession: „Unvereinbarkeitsbeschluß der AfD gegen Revolte Rheinland" vom 20.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.02.2024.

[2324] Sezession: „Über der AfD hängt das Damoklesschwert der Vernichtung, sagt Marc Jongen" vom 22.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024.

[2325] Heimatkurier: „Warum es richtig war, die ‚Revolte Rheinland' auf die Unvereinbarkeitsliste zu setzen" vom 20.12.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 19.02.2024.

[2326] Heimatkurier: „Warum es falsch war, die ‚Revolte Rheinland' auf die Unvereinbarkeitsliste zu setzen" vom 20.12.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 19.02.2024.

der gegen alle Akteure der patriotischen Opposition ins Feld geführt wird. Wesentlich soll das Vorgehen zudem von Jan Bollinger, dem AfD-Landesvorsitzenden in Rheinland-Pfalz, vorangetrieben worden sein – hier dürften nicht zuletzt parteiinterne Konflikte eine wesentliche Rolle gespielt haben. Doch das Abstimmungsergebnis im Bundesvorstand fiel keineswegs eindeutig aus. Zwar stimmten insgesamt sechs Vorstandsmitglieder – Tino Chrupalla, Roman Reusch, Marc Jongen, Peter Boehringer, Stephan Brandner und Carsten Hütter – für den Beschluss, doch gab es auch vier Gegenstimmen: EU-Spitzenkandidat Maximilian Krah, Carlo Clemens, Dennis Hohloch und Martin Reichardt. Mariana Harder-Kühnel enthielt sich, Alice Weidel, Harald Weyl und Christina Baum waren nicht anwesend. Zwar konnte der unerfreuliche Beschluss mit vier Gegenstimmen nicht verhindert werden, doch stimmt es zuversichtlich, dass der in die Jahre gekommene Abgrenzungskurs auch im Bundesvorstand einflussreiche Gegner besitzt."[2327]

Das Mitglied des Bundesvorstands Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) nahm in einem Artikel ausführlich Stellung zu der Entscheidung und erläuterte seine Überlegungen:

„Als ich vor Monaten von Ferne wahrnahm, dass eine Aktivistengruppe am Bonner Hauptbahnhof einen Regenbogen Zebrastreifen mit den Farben Schwarz Rot Gold überklebt hat, auch ein vom links-grünen Stadtrat in Düsseldorf installiertes arabisches Straßenschild in Karl-Martell-Straße umbenannt hat, da dachte ich: jawohl, so muss sie sein, eine – horribile dictu – Antifa von rechts. Oder sollte man sagen, eine Antiglob. Kreativ, provokativ, gewaltlos, die Linken mit deren eigenen Waffen schlagend und dabei nebenbei deren ganze Heuchelei bloßstellend. Als dann vor wenigen Tagen der Antrag in den AfD-Bundesvorstand kam, diese Gruppe, die Revolte Rheinland, auf die Unvereinbarkeitsliste der Partei zu setzen und zur Begründung die Verwendung der Odal Rune als Zeichen der Bewegung angeführt wurde, die schon der 7. SS-Freiwilligen-Division als Erkennungszeichen diente und seither immer wieder von rechtsextremen Gruppen benutzt worden ist, da war mein erster Gedanke –

[2327] Heimatkurier: „Enttäuschend: AfD setzt ‚Revolte Rheinland' auf umstrittene Unvereinbarkeitsliste" vom 18.12.2023, abgerufen am 06.05.2024.

warum?! Warum nur müssen Akteure und Aktivisten im patriotischen Bereich immer wieder mit vollkommen kontaminierter Symbolik aus der düstersten Zeit deutscher Geschichte hantieren? Warum diese Anspielungen, diese Uneindeutigkeiten? Ist es mangelnde Geschichtskenntnis, eine pubertäre Lust an der Maximalprovokation, oder schlicht und einfach Dummheit? Dass ein tatsächliches Einverständnis mit dem historischen Vorbild besteht, dem die frivole Anspielung gilt, möchte ich ausschließen. Fest steht, dass der Bundesvorstand einer Partei, die mittlerweile in Deutschland weit über 10 Millionen Wähler repräsentiert und auf der die ganze Hoffnung dieses wachsenden Teils unseres Volkes ruht, dass sie das Ruder noch einmal herumreißt und verhindert, dass unser Land vollständig den Bach runtergeht – die zugleich aber von einer links-grünen Übermacht, die sich den Staat und seine Institutionen zur Beute gemacht hat, existenziell bedroht wird –, gar nicht anders handeln kann, als eine klare Trennungslinie zwischen sich und einer solchen Himmelfahrtstruppe zu ziehen. […] Es gibt ein Paralleluniversum, in dem gewaltlose patriotische Aktionen nicht als Zeichen von Rechtsextremismus gebrandmarkt werden, in dem es umgekehrt nicht ohne rechtliche Konsequenzen bleibt, etwa die erneute Bombardierung Dresdens durch Bomber Harris zu verlangen. In dem ‚Deutschland verrecke!' als Hassrede gilt und nicht eine objektive Tatsachenfeststellung zur Kriminalitätsrate von Migranten. In dem, vor allem, das Zeigen von Symbolik gleich welcher Couleur (vor allem patriotischer Couleur) nicht als schlimmer erachtet wird als das Begehen schlimmster Gewaltverbrechen, solange diese von angeblich Schutzsuchenden begangen werden. In solch einem Paralleluniversum – früher nannte man es die Normalität – wäre es dem Bundesvorstand einer patriotischen Partei möglich, sich Aktivisten mit Verirrung im Bereich der politischen Symbolik zur Brust zu nehmen und nach der Korrektur selbiger das Ganze als Dumme-Jungen-Streich abzuhaken und zur Tagesordnung überzugehen. In dem Universum fast totaler links-grüner Hegemonie, in dem wir aber tatsächlich aktuell noch leben, ist mit unverfrorenen Doppelstandards, mit vollkommen pervertierten Beurteilungsmaßstäben und vor allem mit dem unbedingten Willen zur maximalen Repression bis hin zum Parteiverbot der patriotischen Opposition und der Vernichtung der bürgerlichen Existenz ihrer Mitglieder jederzeit zu rechnen. […] Und es geht bei solchen Entscheidungen, um auch diesem oft

kolportierten Missverständnis noch entgegenzuwirken, nie darum, dem Verfassungsschutz zu gefallen. Das ist unmöglich, denn er ist (bis auf weiteres) ein weisungsgebundenes Instrument der politischen Kräfte, die uns Übelstes wollen. Es geht einzig und allein um unsere Argumentation gegenüber den Gerichten, deren zumindest Rest-Unabhängigkeit wir idealtypisch unterstellen müssen, wenn wir uns im deutschen politischen System überhaupt noch sinnvoll bewegen wollen. Entscheidungen wie die jüngst zu treffende gehören zu den unangenehmsten und undankbarsten eines Bundesvorstands. Jeder Einzelfall will genau abgewogen sein, es gibt keine Pauschalkriterien. Der Schutz der Partei – und damit des Landes – vor Gefahren, die der Vorstand nicht kontrollieren und noch weniger verantworten kann, muss aber immer dessen oberste Handlungsmaxime sein. Dagegen zu verstoßen kann kurzfristige (persönliche) Vorteile bringen. Der Schaden für die Partei und damit indirekt auch für ihr Vorfeld würde langfristig dafür umso größer sein.“[2328]

Jongen macht in seinem Statement anfangs mit seinem Lob für die früheren Aktionen der Revolte Rheinland deutlich, dass er die Gruppierung und deren politische Ausrichtung nicht per se negativ betrachtet. Erst durch die Nutzung eines auch bereits von nationalsozialistischen Organisationen verwendeten Symbols sah er eine Linie überschritten, wobei er dies zumindest indirekt als *„Dumme-Jungen-Streich“* bagatellisierte. Seine Entscheidung für die Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste begründet er auch im Folgenden nicht mit dem von der IBD vertretenen Volksverständnis oder ihrer politischen Forderung nach Remigration und Reconquista, die er im Gegenteil gar nicht problematisiert und durch sein Lob zu Beginn des Texts sogar implizit unterstützt. Vor diesem Hintergrund muss zumindest in Bezug auf Jongen die Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste differenziert als Ergebnis eines singulären Abwägungsprozesses, nicht aber als grundsätzliche Distanzierung von der IB betrachtet werden.

Mehrere Bundestagsabgeordnete der AfD äußerten in den sozialen Netzwerken offen ihre Sympathie für die IB und ihre Protagonisten. Der damalige Bundestagsab-

[2328] Sezession: „Über der AfD hängt das Damoklesschwert der Vernichtung, sagt Marc Jongen“ vom 22.12.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 27.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 3.)

geordnete Roger Beckamp (NW) stellte im Mai 2022 in einem Video auf seinem YouTube-Kanal die Arbeit des identitären Tarnvereins AHA! in Syrien vor.[2329] Er schrieb am 22. August 2022 auf Twitter (heute X):

> *„Warum ist die Antifa grundsätzlich gewalttätig und schlecht erzogen, vor allem im Gespräch? Warum ist die identitäre Bewegung stets friedlich, klettert auf Häuser und entrollt kreative Sprüche?“*[2330]

Beckamp gab zudem Martin Sellner im November 2022 ein Interview. Sellner begrüßte Beckamp in seinem Videoformat „MSLive“ als „Gast des Monats“. Auf die Frage, ob er keine Bedenken habe, in einem IB-Podcast aufzutreten, äußert Beckamp:

> *„Jetzt, wo du es sagst...schwierig... Nein. Ich habe die Bedenken lange abgelegt, ehrlich gesagt. Ich rede mit jedem, fast jedem und ganz besonders gerne mit Euch heute Abend.“*[2331]

In einem Facebook-Eintrag vom 20. Juni 2023 warb Beckamp für einen Vortrag, der durch ihn oder sein Bundestagsbüro in Siegburg (NW) organisiert wurde und bei dem es um das im österreichischen Steyregg angesiedelte identitäre Hausprojekt Castell Aurora gehen sollte.[2332] [2333]

Im März 2023 fand Beckamp lobende Worte für eine Aktion der Revolte Rheinland:

> *„Gute Arbeit, Revolte Rheinland: REMIGRATION STATT UNTERWERFUNG! In der vergangenen Woche wurde international über Deutschlands erstes arabisches Straßenschild in der Ellerstraße in Düsseldorf berichtet. Damit diese Unterwerfungsgeste der Stadt Düsseldorf nicht unbeantwortet bleibt, äußerten die Aktivisten von Revolte Rheinland ihren Unmut in friedlichen Protest. Weiterhin fordern sie geschlossene Grenzen und Remigration statt Unterwerfung.“*[2334]

[2329] Beckamp, Roger: Vorstellung der Arbeit des Vereins „AHA!“ in Syrien; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.05.2022, Kanal: „Roger Beckamp“, abgerufen am 20.02.2024.
[2330] Beckamp, Roger: Tweet vom 22.08.2022, abgerufen am 23.08.2022.
[2331] Beckamp, Roger: „MSLive #153“ vom 29.11.2022; veröffentlicht in: www.odysee.com, abgerufen am 13.12.2022.
[2332] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 20.06.2023, abgerufen am 23.06.2023.
[2333] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 20.06.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2334] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 27.03.2023, abgerufen am 23.02.2024.

Noch nach der Aufnahme der Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD am 18. Dezember 2023 veröffentlichte Beckamp am 24. Dezember 2023 eine Solidaritätsbekundung:

> *„Frohe Weihnachten auch an die mutigen Aktivisten der Gruppe ‚Revolte Rheinland'! Möge Eure kraftvolle Botschaft des Friedens und der Liebe auch im Jahr 2024 im ganzen Deutschland gehört werden. […] Die Revolution frisst ihre eigenen Kinder? Möge es bei uns anders laufen!"*[2335]

Weiterhin weist der Bundestagsabgeordnete Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) eine Nähe zur IBD auf. So teilte Helferich am 30. August 2022 auf Facebook ein Video zu einer öffentlichkeitswirksamen Aktion der IBD.[2336] Weiterhin äußerte auch er sich im März 2023 positiv über die oben genannte Straßenschild-Aktion[2337] der Revolte Rheinland und schrieb auf Twitter (heute: X) hierzu:

> *„Reconquista! Bravo, Revolte Rheinland"*[2338].

Am 5. April 2023 teilte Helferich eine Instagram-Story des damaligen JA-Landesvorsitzenden Felix Cassel, in der dieser das maßgeblich von identitären Aktivisten verantwortete Projekt Gegenuni bewarb.[2339] In einer weiteren Instagram-Story vom 10. Mai 2023 waren auf dem Account von Helferich Inhalte der IBD zu sehen.[2340]

Helferich veröffentlichte in seiner Instagram-Story vom 20. Juli 2023 ein Bild, auf welchem er das White-Power-Symbol zeigt. In der Story verlinkte er den Instagram-Account @wackre_schwaben. Hierbei handelt es sich um einen regionalen Ableger der Identitären Bewegung Deutschland.[2341] Außerdem teilte er am 23. Juli 2023 in seiner Instagram-Story einen Bildbeitrag der Wackren Schwaben.[2342]

Am 30. Oktober 2023 schrieb Helferich in einem Facebook-Eintrag über eine gemeinsame Aktion mit dem regionalen IBD-Ableger Revolte Rheinland:

2335 Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 24.12.2023, abgerufen am 23.02.2024.
2336 Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 30.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
2337 Vgl. Kapitel E. I. 1. b. ff., S. 417 f.
2338 Helferich, Matthias: Instagram-Eintrag vom 27.03.2023, abgerufen am 23.02.2024.
2339 Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 05.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
2340 Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 10.05.2023, abgerufen am 11.05.2023.
2341 Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 20.07.2023, abgerufen am 20.07.2023.
2342 Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 23.07.2023, abgerufen am 24.07.2023.

„Ernst Moritz Arndt bleibt! Doch die patriotische Gegenöffentlichkeit nimmt die nationale Selbstauflösung durch die Linken nicht hin. Die Bonner AfD machte zusammen mit dem Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich über Medien auf die linken Bilderstürmer aufmerksam. Gleichzeitig organisierte die patriotische Jugendorganisation ‚Revolte Rheinland' einen Infostand vor der Schule, um die Schüler über Arndt und den linken Kulturkampf gegen ihn aufzuklären."[2343]

Matthias Helferich äußerte sich in einem Interview mit SPIEGEL TV im November 2023 zur Zusammenarbeit mit Organisationen, die durch den Verfassungsschutz beobachtet werden, folgendermaßen:

„Frage: Da ist dann auch die Zusammenarbeit mit Gruppierungen recht, die vom Verfassungsschutz als rechtsextrem oder verfassungsfeindlich eingeschätzt werden?

Helferich: Also da hat die AfD große Schwierigkeiten, wenn sie auf die Bewertung des Verfassungsschutzes etwas geben würde, weil es ja die Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist, alle rechten Gruppierungen, und seien sie noch so demokratisch, zu kontaminieren, um eben auch diesen Kulturkampf zu behindern. Also unsere Jugendorganisation ist ja in Teilen als Verdachtsfall oder als rechtsextreme Bestrebung eingestuft. Ich hielte nichts davon, sich von der eigenen Jugendorganisation, wie es das Establishment letztlich ja beabsichtigt, zu distanzieren. Auch die AfD ist momentan nach der Rechtsprechung Verdachtsfall, wehrt sich dagegen. Aber es ist… Also ich gebe auf dieses Amt und auch auf Herrn Haldenwang als weisungsgebundenen Spitzenbeamten nichts.

Frage: Und als Bundestagsabgeordneter gibt es denn Gruppierungen, von denen Sie sich eindeutig distanzieren würden, beispielsweise die Identitäre Bewegung oder ähnliche im rechten Raum?

Helferich: Also es gibt bestimmt Organisationen, mit denen ich keine Kooperation anstreben würde und die ich auch ablehne in ihren Zielvorstellungen. Das gilt für eine Identitäre Bewegung nicht, dass ich mich von denen distanzieren würde, weil ich glaube, dass man sich nicht von einer Organisation distanzieren

[2343] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 30.10.2023, abgerufen am 31.10.2023.

> *muss, die friedlich für ähnliche Ziele, wie es auch die AfD auf dem parlamentarischen Parkett tut, eintritt. Herbert Kickl hat das letztens auch ganz klar gesagt, dass letztlich diese Jagd auf die Identitäre Bewegung dadurch begründet war, dass sie eben so erfolgreich war. Sie war eine popkulturelle Bewegung, ästhetisch ansprechend, mutig, auch gleichzeitig sehr smart, durchaus sehr intellektuell, hat ja auch vieles aus den erfolgreichen linken Bewegungen kopiert und deshalb wurde sie auch so massiv innerhalb Europas bekämpft. Letztlich haben ja auch in Österreich die Prozesse gegen die Identitäre Bewegung gezeigt, dass sie, weiß Gott, keine terroristische Vereinigung ist, wie man es versucht hat, ihr zu attestieren."*[2344]

In einem Artikel des Heimatkuriers wird Helferich im November 2023 außerdem in Bezug auf die IB mit folgender Aussage zitiert:

> *„Ich glaube, dass man sich nicht von einer Organisation distanzieren muss, die friedlich für ähnliche Ziele, wie es auch die AfD auf dem parlamentarischen Parkett tut, eintritt."*[2345]

Im Dezember 2023 bedauerte er aus seiner Sicht folgerichtig – wie schon Roger Beckamp – die Aufnahme der Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste in einem Beitrag:

> *„Schlimme Entwicklung im patriotischen Lager: #RevolteRheinland wird auf UVL gesetzt und zwei nette #Homos kriegen Druck bei der @AlternativeNRW, weil sie Jesiden abschieben wollen."*[2346]

Zu den Sympathisanten und Unterstützern der IBD ist weiterhin auch der Bundestagsabgeordnete Jan Wenzel Schmidt (ST) zu zählen. So unterstützte Schmidt im April 2022 nach eigener Aussage das identitäre Hausprojekt Castell Aurora im österreichischen Steyregg bei Linz (AUT) mit einer Spende von 5.000 Euro. Hierzu erklärte er:

[2344] Helferich, Matthias: Interview mit SPIEGEL TV; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.11.2023, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 24.04.2024.
[2345] Heimatkurier: „AfD-Bundestagsabgeordnete sagen ‚Distanzeritis' den Kampf an" vom 13.11.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.11.2023.
[2346] Helferich, Matthias: Tweet vom 19.12.2023, abgerufen am 23.02.2024.

„Erneut besuchte ich Castell Aurora. Das Hausprojekt verbindet politische Bildung und Aktionismus mit geselliger Freizeitgestaltung. Eine Bar, Platz für Vorträge und die Vorbereitung von politischen Aktionen machen das Haus einzigartig. Zur Unterstützung habe ich 5000€ gespendet.“[2347]

Am 21. Juli 2024 teilte Schmidt dann auf X (ehemals Twitter) einen Beitrag der Identitären Bewegung Österreich und sprach sich in seinem dazugehörigen Tweet klar unterstützend zu einer Aktion der Organisation aus:

„Gut, dass es eine Jugend gibt, die sich laut, aber friedlich gegen die Verdrängung wehrt.“[2348]

Gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten und späteren Bundesvorstandsmitglied Kay Gottschalk (NW) spendete Schmidt im Januar 2023 eigenen Angaben zufolge 1.500 Euro für das identitäre Hausprojekt, wobei er 1.000 Euro und Gottschalk 500 Euro zahlte. Schmidt schrieb dazu am 12. Januar 2023 auf Telegram:

„Die Unterstützung des patriotischen Vorfeldes liegt uns sehr am Herzen. Für eine patriotische Wende braucht es auch die wichtige Arbeit außerparlamentarischer Akteure. Deshalb haben Kay Gottschalk und ich dem patriotischen Hausprojekt Castell Aurora 1.500 Euro gespendet. Besucht doch mal die Seite unserer Freunde aus Österreich“.[2349]

Zudem nahm Schmidt in seinem Magazin Blaue Zukunft, Ausgabe 03/2023, an mehreren Stellen Bezug auf die IBD. So lobte er beispielsweise als Gewinnspielpreis drei T-Shirts der IB aus dem der IBD zurechenbaren Bekleidungsshop Phalanx Europa aus. [2350] Zudem berichtete er über seine Teilnahme und Rede auf dem IB-Bundeslager im August 2022[2351] sowie von einer Spende in Höhe von 5.000 Euro an die Gruppierung. Die Arbeit der IBD bezeichnete er dabei als wichtig:

„Aus diesem Grund unterstütze ich seit Jahren die identitäre Bewegung (IB) bei ihrer wichtigen Arbeit.“[2352]

[2347] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 28.04.2022, abgerufen am 23.02.2024.
[2348] Schmidt, Jan Wenzel: Tweet vom 21.07.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2349] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 12.01.2023, abgerufen am 13.01.2023.
[2350] Blaue Zukunft: Ausgabe 03/2023, S. 2 und S. 29.
[2351] Heimatkurier: „Identitäres Bundeslager: Exklusiver Bericht eines Lagerteilnehmers“ in: www.heimatkurier.at vom 09.09.2023, abgerufen am 12.09.2023.
[2352] „Bundeslager der Identitären Bewegung“, in: Blaue Zukunft: Ausgabe 03/2023, S. 29.

Am 17. April 2023 veröffentlichte Schmidt einen Beitrag auf Telegram, in welchem er über eine Aktion der IB in Wien schrieb:

> *„Patrioten um Martin Sellner setzten gestern in Wien ein starkes Zeichen gegen Frühsexualisierungsshows von Transen vor kleinen Kindern. Vor dem ‚Schwulenhaus', wo die Indoktrination stattfand, fanden sich mutige Patrioten ein, um gegen den Wahnsinn zu demonstrieren. Die Woke-Ideologie greift nach unseren Kindern. Wer hier noch schweigt, stimmt zu."*[2353]

Zu einer weiteren Aktion der IB in Dresden (SN) äußerte er sich am 29. Oktober 2023 auf Telegram erneut positiv und teilte einen Bericht über selbige sowie einen Spendenaufruf.[2354] Einen entsprechenden Aufruf verbreitete er auf Telegram bereits am 31. August 2023.[2355]

Eine von Schmidt am 9. Mai 2023 ebenfalls auf Telegram verbreitete „Aufklärungskampagne" der Identitären Bewegung Deutschland kommentierte Schmidt des Weiteren mit folgendem Wortlaut:

> *„‚No Way – Do not come to Europe' – Identitäre Aufklärungskampagne in Afrika gestartet*
> *Die Identitäre Bewegung hat in zahlreichen afrikanischen Staaten und Regionen eine Aufklärungskampagne zur Verhinderung der Masseneinwanderung nach Europa gestartet. In Ländern wie Uganda, Ghana, Somalia und vielen mehr platzierten unsere Aktivisten mit örtlichen Agenturen mehrere Großflächenplakate und setzten ein deutliches Zeichen gegen den zunehmenden Ansturm aus Afrika in die europäischen Länder. Wir zeigen mit unserer Aktion, was die Regierung tatsächlich unternehmen müsste, um die Wanderungsbewegungen nach Europa schon in den Herkunftsländern der Migranten zu stoppen."*[2356]

Schmidt teilte am 27. Oktober 2023 auf Telegram einen Beitrag von Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), in welchem sich dieser anlässlich eines Beitrags

---

[2353] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 17.04.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2354] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 29.10.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2355] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 31.08.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2356] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 09.05.2023, abgerufen am 16.11.2023.

von DER SPIEGEL eine Distanzierung von der Identitären Bewegung Deutschland vermied:

> *„Ob ich mich als Bundestagsabgeordneter von der Identitären Bewegung distanziere? Immerhin sagen die obersten Schlapphüte, dass die ganz böse sind. Da muss der SPIEGEL jemand anderes fragen, aber seht selbst!“*[2357]

Am 9. November 2023 erklärte Schmidt in einem Video, das er auf seinem Instagram-Profil veröffentlichte, dass er die IB nicht für rechtsextrem halte.[2358] In einem Artikel des Heimatkuriers vom 13. November 2023 wird Schmidt zur IB ferner mit folgenden Worten zitiert:

> *„Für mich sind das keine Extremisten. Sie wenden keine Gewalt an, um ihre politischen Ziele umzusetzen.“*[2359]

Diese Meinung wiederholte er anlässlich einer Podiumsdiskussion, an der er gemeinsam mit Götz Kubitschek teilnahm, in Wien im November 2023 nochmals zumindest implizit:

> *„Und ich finde das sehr mutig, was die FPÖ hier heute gemacht hat und dass sie eben auch das Thema Linksextremismus, was auch ein unangenehmes Thema ist, so in den Fokus schieben, und dabei auch das politische Vorfeld einbinden, was ja am längsten schon mit Linksextremismus zu tun hat. Immer wieder werden sie angegriffen und auch immer wieder wird das politische Vorfeld, Identitäre Bewegung und auch andere Institutionen, als rechtsextrem bezeichnet. Aber hier sieht man den großen Unterschied, denn die Identitäre Bewegung fällt nicht mit Gewalt auf, die Linksextremen, vor allem die Antifa, immer wieder.“*[2360]

Nachdem im Januar 2024 bekannt geworden war, dass sein Mitarbeiter Mario Müller, ein ehemaliger Aktivist der IBD, bei dem Vernetzungstreffen am 25. November 2023

[2357] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 27.10.2023, abgerufen am 16.11.2023.
[2358] Schmidt, Jan Wenzel: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 09.11.2023, Kanal: „jws_afd“, abgerufen am 23.02.2024.
[2359] Heimatkurier: „AfD-Bundestagsabgeordnete sagen ‚Distanzeritis‘ den Kampf an“ vom 13.11.2023, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.11.2023.
[2360] Info-DIREKT: „Partei & Vorfeld: Selbstbewusste Patrioten gegen linksextreme Netzwerke“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.11.2023, Kanal: „info-DIREKT Magazin“, abgerufen am 20.02.2024.

in Potsdam (BB) teilgenommen hatte, stellte sich Schmidt öffentlich hinter diesen und verteidigte ihn:

> *„Es geht hier natürlich nicht um Herrn Müller, sondern um die Partei, die man am Nasenring durch die Manege führen möchte. Ich nehme den Etablierten ihre moralische Entrüstung darüber, dass ich einen ehemaligen und wegen Notwehr gegen linksextreme Angriffe verurteilten IB-Aktivisten im Bundestag beschäftigt, schlichtweg nicht ab. […] Man will hier das Vorfeld von der Partei isolieren, um es zu zerschlagen. Dieses Spiel sollten wir nicht mitspielen. Wer sich distanziert und linken Hetzkampagnen nachgibt, wird nicht in Ruhe gelassen, sondern immer wieder Ziel solcher Hetzkampagnen, weil die Strategie der Spaltung aufgeht.“*[2361]

Dem Freilich-Magazin gab Schmidt in diesem Zusammenhang ebenfalls ein Interview und bestätigte darin explizit das Angestelltenverhältnis mit Mario Müller:

> *„Herr Müller hat ein abgeschlossenes politikwissenschaftliches Studium und war damit für die Grünen überqualifiziert, also habe ich ihm eine Chance gegeben.“*[2362]

Am 28. Januar 2024 solidarisierte sich Schmidt mit der Leitfigur der deutschsprachigen IB, Martin Sellner, und forderte zur Unterzeichnung einer Petition zu seinen Gunsten auf.[2363] Am selben Tag veröffentlichte er auch in seiner Instagram-Story eine entsprechende Solidaritätsbekundung. Wörtlich schrieb Schmidt:

> *„Jeder Mörder und Vergewaltiger darf in dieses Land einreisen, bekommt zum Teil dutzende Identitäten und Bürgergeld! Solidarität mit Martin Sellner!“*[2364]

Eine beigefügte Grafik, deren Darstellung an den Schriftzug „Refugees welcome“ angelehnt war, enthielt den Text *„Martin Sellner is welcome“*.[2365]

Martin Reichardt (MdB, ST und Beisitzer im AfD-Bundesvorstand) solidarisierte sich in einem Tweet vom 27. Januar 2024 mit dem IB-Aktivisten Martin Sellner:

[2361] Heimatkurier: „Correctiv-Hetzkampagne gegen Mitarbeiter – jetzt spricht Jan Wenzel Schmidt (AfD)“ vom 19.01.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 20.02.2024.
[2362] Freilich: „Jan Wenzel Schmidt (AfD) über Correctiv: ‚Mich erinnert das an Stasi-Methoden‘“ vom 19.01.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 22.01.2024.
[2363] Schmidt, Jan Wenzel: Telegram-Beitrag vom 28.01.2024, abgerufen am 20.02.2024.
[2364] Schmidt, Jan Wenzel: Instagram-Story vom 28.01.2024, abgerufen am 29.01.2024.
[2365] Ebd.

„Neutrale Rechtsstaatlichkeit löst der #Ampel-Staat weiter auf! Gewaltverbrecher werden mit albernen Begründungen nicht ausgewiesen oder zu lächerlichen Strafen verurteilt. Wer aber linken Meinungstotalitaristen nicht passt, darf nicht einreisen! #Sellner“[2366]

Weiterhin positionierte er sich in einem Tweet vom 4. August 2024 abermals unterstützend zu Sellner:

„Polizei stürmt #Sellner-Vortrag! Aus [Deutschland] als Garten des Geistes ist ein Gulag des Geistes geworden!“[2367]

Auch Christina Baum (MdB, BW/ST) zeigte sich in einem Facebook-Post vom 6. August 2024 solidarisch mit Martin Sellner:

„Polizei stürmt erneut in voller Montur eine vollständig friedliche Veranstaltung Liebe Polizisten, was ist mit euch los? Seid ihr nur noch Erfüllungsgehilfen dieser deutschlandfeindlichen autoritären Berliner Clique oder habt ihr auch noch ein Gewissen? […] Der Aktivist Martin Sellner liest aus seinem Buch vor und wird plötzlich durch die Polizei aufgrund von staatlicher Willkür nicht nur des Saales, sondern der Gemeinde verwiesen. Sellner war gerade dabei, die Repression gegenüber der Familie Elsässer zu schildern, als die Truppen den Saal stürmten. Besser als alle Worte dieser Welt kann man der Öffentlichkeit nicht zeigen, welchen autoritären Weg Deutschland unter diese Regierung eingeschlagen hat. […] Martin Sellner wird gestärkt aus diesem Angriff hervorgehen und die Kritiker dieses Systems werden lauter und stärker werden, bis dieses Berliner Unrecht endlich beendet sein wird.
Ich verurteile diese Maßnahme gegen Martin Sellner auf das Schärfste, so wie ich es mit jeder anderen totalitären Maßnahme auch tun würde und ich werde mich immer jeder Form von totalitärer Entwicklung entgegen stellen.“[2368]

Franz Schmid (MdL BY, Vorsitzender der JA BY bis März 2025) kritisierte in einer auf X veröffentlichten Pressemitteilung im Oktober 2024 den Polizeieinsatz gegen Martin Sellner:

[2366] Reichardt, Martin: Tweet vom 27.01.2024, abgerufen am 15.01.2025.
[2367] Reichardt, Martin: Tweet vom 04.08.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2368] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 06.08.2024, abgerufen am 06.08.2024.

„Ich fühle mich an den Geschichtsunterricht erinnert. In der sogenannten Vormärz-Zeit terrorisierten absolutistische Fürsten patriotisch-freiheitliche Bürger. Heute sind es keine demokratiefeindlichen Monarchen, sondern Machthaber der Kartellparteien, wie Katrin Albsteiger und ihre Antifa-Helfer, die friedliche Aktivisten unterdrücken. Ich werde mein Recht als Abgeordneter nutzen und der Söder-Regierung unangenehme Fragen zu der Schande von Neu-Ulm stellen: Wie oft in der Vergangenheit wurden Versammlungen durch vermummte Polizisten gesprengt, angeblich weil keine Schanklizenz vorlag und wie verhältnismäßig ist ein solches Vorgehen des Staates? Widerstand gegen das drohende Ende der Meinungsfreiheit ist Pflicht!“[2369]

Der AfD-Landesverband Sachsen veröffentlichte am 18. März 2024 auf Telegram ein Bild von einer Aktion der Identitären Bewegung in Ribnitz-Damgarten (MV) und schrieb dazu in anerkennender Weise:

„Starke Aktion“[2370]

Am 20. Oktober 2024 teilte Götz Frömming (parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion und MdB, BR/BB) einen Tweet von Martin Sellner.[2371]

Daniel Wald (MdL ST) teilte in der Vergangenheit wiederholt Beiträge von Martin Sellner.[2372]

Besonders auffällig ist die positive Positionierung von Organisationseinheiten sowie hochrangigen Mitgliedern der Jungen Alternative zur IB.

Beim JA-Bundeskongress in Apolda (TH) im Oktober 2022 war der IBD-Merchandise-shop Phalanx Europa mit einem eigenen Stand vertreten und konnte dort seine Produkte anbieten.[2373] Betreiberin des Phalanx Europa-Shops ist das Wirtschaftsunternehmen Kohorte UG, ansässig in Rostock, die gleichzeitig auch den Patria Laden betreibt, den offiziellen Materialversand der JA. Vertretungsberechtigt ist in beiden

---

[2369] Schmid, Franz: Tweet vom 19.10.2024, abgerufen am 21.10.2024.
[2370] AfD Sachsen: Telegram-Beitrag vom 18.03.2024, abgerufen am 22.03.2024.
[2371] Frömming Götz: Retweet eines Tweets vom 20.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.
[2372] Wald, Daniel: Retweets von Tweets vom 24.08.2024, 31.08.2024, 01.09.2024, abgerufen am 13.09.2024.
[2373] Phalanx Europa: Telegram-Beitrag vom 15.10.2022, abgerufen am 23.02.2024.

Fällen der langjährige identitäre Führungsfunktionär Daniel Sebbin.[2374] [2375] An diesem Beispiel zeigt sich eine bestehende strukturelle Verbindung zwischen JA und IBD.

Weiterhin teilte der Bundesverband der Jungen Alternative auf Instagram am 5. April 2023 einen Veranstaltungshinweis zum „Aktivistenwochenende" des IBD-Ablegers Wackre Schwaben (BW) mit dem Thema „Identität und Weltanschauung".[2376] Auch die Junge Alternative Baden-Württemberg[2377], Carolin Lichtenheld (damalige Landesvorsitzende der JA TH)[2378], Florian Ruß (damaliger stellvertretender Vorsitzender der JA ST)[2379] und Anna Leisten (zum damaligen Zeitpunkt Vorsitzende der JA Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand) [2380] verbreiteten den Beitrag der Wackren Schwaben am 4. bzw. 5. Mai 2023 auf ihren Instagram-Profilen.

Auf dem Telegramkanal des Castell Aurora wurde am 20. Juni 2023 ein Beitrag veröffentlicht, in dem man sich für die Einladung zur 10-Jahres-Feier des JA-Bundesverbands bedankte.[2381]

Im Rahmen der Demonstration des AfD-Bundesverbands am 8. Oktober 2022 in Berlin skandierte der am Anfang des Demonstrationszugs laufende Block der JA den Slogan „Heimat, Freiheit, Tradition – Multikulti Endstation".[2382] Hierbei handelt es sich um ein von der IB seit Jahren verwendetes Motto, in dem ihre fremden- und migrationsfeindliche Haltung zum Ausdruck kommt. Durch das Skandieren machte sich die JA die hinter dem Slogan stehenden Ansichten zu eigen.

Anna Leisten, damalige Vorsitzende der Jungen Alternative Brandenburg und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, bekannte sich am Rande des AfD-Bundesparteitags in Riesa (SN) am 19. Juni 2022 zur engen Zusammenarbeit mit den sogenannten Vorfeldorganisationen der AfD und verwies dabei explizit auf die IB:

[2374] Patria: „Impressum", abgerufen am 22.02.2024.
[2375] Phalanx Europa: „Impressum", abgerufen am 22.02.2024.
[2376] Junge Alternative: Instagram-Story vom 04.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2377] Junge Alternative Baden-Württemberg: Instagram-Story vom 05.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2378] Lichtenheld, Carolin: Instagram-Story vom 04.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2379] Ruß, Florian: Instagram-Story vom 05.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2380] Leisten, Anna: Instagram-Story vom 04.04.2023, abgerufen am 05.04.2023.
[2381] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 20.06.2023, abgerufen am 20.02.2024.
[2382] Jüdisches Forum: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 08.10.2022, Kanal: „Jüdisches Forum (JFDA e. V.)", abgerufen am 01.12.2022.

> *„Wir [die JA] decken also den ganzen Bereich Parteipolitik ab […] und das Vorfeld wird eben von anderen jungen Menschen abgedeckt, zum Beispiel, du hast es angesprochen, die Identitäre Bewegung. Ich persönlich habe überhaupt gar kein Problem mit diesen Vorfeldorganisationen. Ich unterstütze sie, wo ich nur kann. Wir arbeiten Hand in Hand zusammen. Wir brauchen alle Kräfte für dieses Land, wenn wir dieses Land noch retten wollen. Und ich arbeite seit Jahren hart, dass wir eben auch die Vorfeldorganisationen aktiv in die Arbeit einbinden und umgekehrt.“*[2383]

Anna Leisten nimmt generell eine herausgehobene Stellung in Bezug auf Verbindungen zur IB ein. Am 12. Juli 2023 veröffentlichte sie beispielhaft auf ihrem Instagram-Account eine Story, in der sie für das identitäre Hausprojekt Castell Aurora aus Österreich warb.[2384] Ende September bzw. Anfang Oktober 2023 besuchte Anna Leisten gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Jungen Alternative Brandenburg[2385] das Castell Aurora und berichtete davon auf ihrem Instagram-Kanal.[2386]

Am 29. Juli 2023 führte die IB in Wien (AUT) eine Demonstration unter dem Titel „Remigrationsdemo“ durch. Dabei konnte eine Reihe von Teilnehmenden aus dem Kreis der Jungen Alternative festgestellt werden. So waren neben Anna Leisten auch mehrere JA-Mitglieder der Landes- und Kreisebene anwesend, die zeitweise gemeinsam an der Spitze des Demonstrationszugs liefen.[2387] Anna Leisten war für diese Veranstaltung als Rednerin angekündigt.[2388] Laut Presseberichterstattung hatte Leisten diese nach einer kritischen Thematisierung in einer Vorstandssitzung der AfD Brandenburg im Zuge der Einstufung als gesichert rechtsextremistische Bestrebung abgesagt.[2389]

Des Weiteren veröffentlichte Leisten am 1. September 2023 auf TikTok einen Videobeitrag, in welchem sie anlässlich von Durchsuchungsmaßnahmen bei Mitgliedern der Identitären Bewegung eine Solidaritätsbekundung für die IBD veröffentlichte und

---

[2383] Leisten, Anna: „AFD-Bundesparteitag: Mein Interview mit zwei Mitgliedern der Jungen Alternative!“ am 29.06.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.06.2022, Kanal: „Irfan Peci“, abgerufen am 21.11.2022.
[2384] Leisten, Anna: Instagram-Story vom 12.07.2023, abgerufen am 12.07.2023.
[2385] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Story vom 01.10.2023, abgerufen am 02.10.2023.
[2386] Leisten, Anna: Instagram-Eintrag vom 03.10.2023, abgerufen am 04.10.2023.
[2387] Vierfuß, Gerhard: Tweet vom 29.07.2023, abgerufen am 31.07.2023.
[2388] Gnauck, Hannes: Instagram-Story vom 29.06.2023, abgerufen am 29.06.2023.
[2389] WELT: „Warum die AfD die Chefin der Jungen Alternative in Brandenburg abmahnt“ vom 09.08.2023, in: www.welt.de, ohne Abrufdatum.

zur Unterstützung derselben in Form von finanziellen Spenden aufrief. Sie sagte darin unter anderem:

> *„Wir stehen auf jeden Fall zu euch, wenn ihr jetzt Unterstützung braucht, wir sind für euch da. Wir sammeln auf jeden Fall Spenden. Und ich rufe jetzt hiermit alle Abgeordneten der Partei, alle Abgeordneten im Landtag, im Bundestag und sonst wo auf, unterstützt die jungen Leute. […] Und ansonsten nochmal der Aufruf: spendet, was das Zeug hält, und jeder Cent kommt an. Meine Spende ist auch grad rausgegangen, wir haben zwar alle nicht so viel, aber wir unterstützen uns trotzdem, wo wir nur können.“*[2390]

Unterstützer der IBD finden sich außerdem vereinzelt innerhalb der AfD auch auf Landes- und Kreisebene. Insbesondere Beiträge von Martin Sellner werden dabei in den sozialen Netzwerken geteilt.

Der damalige JA-Bundesschatzmeister Franz Schmid (mittlerweile MdL BY) positionierte sich mehrfach zugunsten der IB. Am 9. November 2022 veröffentlichte Schmid einen Instagram-Eintrag, dessen Foto ihn gemeinsam mit Annie Hunecke im Bayerischen Landtag zeigt. [2391] Hunecke wird seit mindestens 2018 der IB zugerechnet und hat sich seither zu einer bundesweiten Führungsfigur entwickelt. Schmid dokumentiert damit öffentlich das gemeinsame Auftreten mit einer Protagonistin der IB.

Anlässlich des von österreichischen Parteien forcierten „Aktionsplans gegen Extremismus“, der sich gemäß Medienberichterstattung gegen „Identitäre, Burschenschaften und Corona-Demonstranten“ richte, schrieb Schmid am 12. Juli 2023:

> *„Ich verstehe dieses Verhalten nicht? Was erwarten unsere Freunde aus Oberösterreich, wenn sie einem Aktionsplan gegen Extremismus aka Repression gegen unser friedliches, patriotisches Vorfeld zustimmen? Applaus vom Gegner? Akzeptanz in hohen Kreisen? Das wird nicht passieren!“*[2392]

Er antwortete auf seinen eigenen Tweet:

[2390] Leisten, Anna: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 01.09.2023, Kanal: „anna.leisten“, abgerufen am 11.09.2023.
[2391] Schmid, Franz: Instagram-Eintrag vom 09.11.2022, abgerufen am 10.11.2022.
[2392] Schmid, Franz: Tweet vom 12.07.2023, abgerufen am 13.07.2023.

„Anstatt unser Vorfeld zum Abschuss freizugeben müssen wir es stärken! Die mutigen Aktivisten von @WiderstandB, @Wackre_Schwaben, @lederhosen_rvlt und co sind keine Extremisten! Aktionspläne braucht es in diesem Land gegen Linksterrorismus und für Remigration! Nicht gegen patriotische Aktionsgruppen!“[2393]

Gemeinsam mit Daniel Halemba (MdL BY) besuchte Schmid am 11. November 2023 außerdem den sogenannten Schwabenkongress der regionalen IB-Gruppierung Reconquista 21 (R21). Schmid trug bei der Veranstaltung ein Shirt mit der Aufschrift „Sturmfest und Erdverwachsen“, das im identitären Phalanx Europa-Shop gekauft werden kann.[2394] [2395] Bei der Veranstaltung trat u. a. die Leitfigur der deutschsprachigen IB, Martin Sellner, auf und hielt einen Vortrag zum Thema „Remigration“.[2396] Am 24. November 2023 nahm Schmid, u. a. mit einem Aktivisten der IB Schwaben, an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Partei und Vorfeld“ teil, die im Castell Aurora in Steyregg (AUT) stattfand.[2397]

Halemba hatte laut Presseberichten bereits am 20. November 2021 an einer Demonstration der IB in Wien teilgenommen.[2398]

Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) verkündete im März 2024 auf X (ehemals: Twitter) angesichts kritischer Berichterstattung über Martin Sellner:

„Was soll an den ‚Ideen eines Herrn Sellner‘ denn so schlimm sein?“[2399]

Der ehemalige Schriftführer im Landesvorstand BW, Reimond Hoffmann, schrieb am 18. Dezember 2023 als Reaktion auf die Aufnahme von Revolte Rheinland auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD:

[2393] Schmid, Franz: Tweet vom 12.07.2023, abgerufen am 13.07.2023.
[2394] Identitäre Bewegung Deutschland: Telegram-Beitrag vom 31.01.2024, abgerufen am 23.02.2024.
[2395] BR24: „Rechtes Treffen mit Sellner in Schwaben: AfD-Abgeordnete dabei“ vom 31.01.2024, in: www.br.de, abgerufen am 23.04.2025.
[2396] Heimatkurier: „Der Schwabenkongress: Patriotische Vernetzung bei Augsburg“ vom 31.01.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 20.02.2024.
[2397] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 25.11.2023, abgerufen am 20.02.2024.
[2398] DER SPIEGEL: „Daniel Halembas rechtsextreme Verbindungen“ vom 31.10.2023, in: www.spiegel.de, ohne Abrufdatum.
[2399] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 04.03.2024, abgerufen am 05.03.2024.

> *„Ich fand die Revolte Rheinland und ihre Aktionen immer sehr gut bisher. Eine öffentliche Unvereinbarkeit, die diesen mutigen jungen Leuten in den Rücken fällt halte ich für überflüssig."*[2400]

In einem Kommentar zu diesem Tweet führte er aus:

> *„Parteiräson nötigt mich dazu sachlich zu bleiben. Ich bin schon recht wütend. Weil wir diesen Fehler seit nunmehr zehn Jahren wiederholen. Wer mich kennt weiß, dass ich seit zehn Jahre diese(n) Fehler bekämpfe."*[2401]

Der Sprecher der AfD-Bezirksverbands Düsseldorf (NW) Elmar Salinger verbreitete am 25. Dezember 2022 einen Telegram-Beitrag von Martin Sellner, in welchem auf einen vermeintlichen *„Bevölkerungsaustausch[s]"* verwiesen wird.[2402]

Auch die AfD Düsseldorf (NW) verbreitete am 18. März 2023 auf Telegram einen Beitrag von Martin Sellner weiter.[2403]

Jurij Kofner, Fachreferent der Landtagsfraktion BY, positionierte sich in einem Facebook-Eintrag vom 6. September 2024 auf Seiten der Identitären Bewegung und plädierte für deren Entfernung auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD:

> *„Ich bin rechts-LIBERTÄR. Aus gutBÜRGERLICHEM Hause. Mit MIGRATIONSHINTERGRUND. So sehe ich auch meine Rolle In der #AfD.*
>
> *Aber verdammt nochmal, die @IBDeutschland gehört RUNTER von der Unvereinbarkeitsliste! Die #IB hätte auch niemals drauf sein sollen. Das ist ein Relikt der feigen Meuthen-Ära der AfD. Die IB ist genau so wenig rassistisch, wie die AfD. Sie vertritt richtige und absolut normale Standpunkte: Bewahrung der eigenen #Identität, #Ethnopluralismus, #Multipolarität. Die VS-Einstufung der IB ist genau so haltlos, wie bei der AfD. Die AfD und die IB, als eine bedeutender und aktiver (im Gramsci-Sinne) Akteur des patriotischen Vorfeldes, sollten offen und eng zusammenarbeiten. #Privatmeinung"*[2404]

[2400] Hoffmann, Reimond: Tweet vom 18.12.2023, abgerufen am 19.12.2023.
[2401] Ebd.
[2402] Salinger, Elmar: Telegram-Beitrag vom 25.12.2022, abgerufen am 27.12.2022. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. bb.)
[2403] AfD Düsseldorf: Telegram-Beitrag vom 18.03.2023, abgerufen am 23.03.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. b. aa.)
[2404] Kofner, Jurij: Facebook-Eintrag vom 06.09.2024, abgerufen am 13.09.2024.

Für die Landesebene ließen sich zudem diverse Verbindungen zwischen der JA und der IB und der ihr nahestehenden Organisationen feststellen.

Die JA Bayern führte am 10. Dezember 2022 eine Lesung mit Volker Zierke in Memmingen (BY) durch.[2405] Zierke weist einen Vorlauf in der IB auf und arbeitet für den Verein Ein Prozent.

Die JA Brandenburg teilte zudem einen Beitrag der IB-nahen Seite „Aktionsmelder", in dem das IB-Bundeslager 2022 beworben wurde.[2406] Im April 2023 bedankte sich der Verband bei den *„Jungs von @CastellAurora"* für den Besuch beim Landesparteitag der AfD Brandenburg.[2407] Am 11. November 2023 besuchten abermals österreichische Aktivisten Brandenburg:

> *„[A]m vergangenen Samstag (11.11.23) waren wir mal wieder außerhalb der österreichischen Grenze unterwegs. Die Junge Alternative Brandenburg hat uns anlässlich des Landeskongresses zu sich nach Deutschland eingeladen. Dort konnten wir uns, das Castell Aurora, vorstellen, uns austauschen und vernetzen. Dieser grenzüberschreitende Austausch sowie die daraus entstehende Vernetzung zeigt, dass es viele Gleichgesinnte gibt, die ihresgleichen suchen und etwas verändern möchten."*[2408]

Zu dem Oktoberfest der JA Düsseldorf (NW) am 23. Oktober 2022 veröffentlichte die JA Nordrhein-Westfalen ein Bild mit Lebkuchenherzen vor einer Flagge der JA. Eines der Herzen trug die Aufschrift *„mehr IB wagen"*, mit der offenbar auf eine entsprechende Äußerung Björn Höckes in seiner Rede auf dem vorangegangenen JA-Bundeskongress rekurriert wurde.[2409]

Die Junge Alternative Thüringen veröffentlichte am 5. September 2023 auf Instagram einen Beitrag zur Mitgliederanwerbung, in dem mit einem Willkommensgeschenk in Form eines Buches geworben wurde. Jedem Neumitglied, das im September 2023 einen Mitgliedsantrag stellte, versprach sie wahlweise den Titel „Politik von rechts –

[2405] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 11.12.2022, abgerufen an 12.12.2023.
[2406] Junge Alternative Brandenburg: Telegram-Beitrag vom 28.08.2022, abgerufen am 30.08.2022.
[2407] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 24.04.2023, abgerufen am 20.02.2024.
[2408] Castell Aurora: Telegram-Beitrag vom 17.11.2023, abgerufen am 09.01.2024.
[2409] Junge Alternative NRW: Facebook-Eintrag vom 23.10.2022, abgerufen am 24.10.2022.

ein Manifest" von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorstandsmitglied und MdEP, mittlerweile MdB, SN) oder „Regime Change von rechts – Eine strategische Skizze" von Martin Sellner.[2410]

Auf dem Sommerfest der AfD Brandenburg am 16. September 2023 an der Havel (BB) war die Junge Alternative Brandenburg gemäß Flickr-Profil eines freien Journalisten mit einem Informationsstand vertreten. Dort lagen gemäß Fotografie neben Werbematerial der Jungen Alternative selbst auch Aufkleber der Identitären Bewegung mit der Aufschrift *„Wir sind die Jugend ohne Migrationshintergrund"* zur Mitnahme aus.[2411]

Am 23. Oktober 2023 berichtete die Junge Alternative Sachsen-Anhalt auf Facebook, dass sie sich in ihrem Lesekreis eingehend mit dem Buch „Regime Change von rechts" von Martin Sellner beschäftigt habe.[2412]

5. ZUERST!

Verschiedene AfD-Mitglieder der Bundesebene gaben dem rechtsextremistischen Nachrichtenmagazin ZUERST! Interviews. Das Magazin wird von dem Verleger rechtsextremistischer Literatur, Dietmar Munier, herausgegeben.

Zu den interviewten Personen der AfD-Bundesebene zählen der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion und Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (SN)[2413] im Juni 2022, die Bundestagsabgeordneten Jörn König (NI)[2414] im April 2022, Hannes Gnauck (BB)[2415] im Mai 2022, Steffen Kotré (BB)[2416] im November 2022 und Harald Weyel (NW)[2417] im Januar 2023. In dem Interview zweifelte Weyel, der zum damaligen Zeitpunkt auch dem AfD-Bundesvorstand angehörte, die Souveränität der Bundesrepublik an und suggerierte den Einfluss von fremden Mächten:

[2410] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 05.09.2023, abgerufen am 14.09.2023.
[2411] Flickr: Fotostrecke vom 16.09.2023, in: www.flickr.de, Kanal: „Pressefuchs", abgerufen am 26.10.2023.
[2412] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 23.10.2023, abgerufen am 24.10.2023.
[2413] „Grüne sind Kriegstreiberpartei'", in: ZUERST!, Ausgabe 06/2022, S. 21.
[2414] „Der Titel ist nicht das Wichtigste'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2022, S. 17 ff.
[2415] „Entnationalisierung Deutschlands'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 36 f.
[2416] „Ausdruck perverser Politik'", in: ZUERST!, Ausgabe 11/2022, S. 17 ff.
[2417] „Dienende Führungsrolle'", in: ZUERST!, Ausgabe 01/2023, S. 17 f.

„Wir reden hier wohl eher von Jahrzehnten der Selbstaufgabe beziehungsweise des (un)freiwilligen Souveränitätsverzichtes. [...] Es würde zunächst reichen, wenn Deutschland eine ‚Führungsrolle' in Deutschland übernähme. Vielleicht denkt Klingbeil aber an die ‚dienende Führungsrolle' seines Mitkoalitionärs Habeck, also eine führende Rolle bei der devoten Umsetzung der Pläne supranationaler Instanzen oder fremder Mächte oder doktrinärer Parteiideologie. Eine solche Rolle füllt Deutschland jetzt schon aus."[2418]

Im April 2023 erschien außerdem ein Interview mit dem Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST).[2419]

Auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2022 in Riesa (SN) war ZUERST! mit einem Werbestand vertreten.[2420] Von einem Journalisten auf diesen Umstand angesprochen, bekundete die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (BW) ihre Verwunderung darüber.[2421] Weidel selbst hatte dem Magazin im Mai 2018 jedoch ein Interview gegeben.[2422]

Der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) bewarb in einem Tweet vom 18. Juni 2022 das Magazin mit den Worten:

„Abo ist gebucht. Leseempfehlung!"[2423]

Auch der damalige Europaabgeordnete Gunnar Beck (NW) stand dem Magazin in der Juli/August-Ausgabe 2022 für ein Interview zur Verfügung.[2424]

Der brandenburgische Landtagsabgeordnete Lars Günther lud am 25. November 2021 zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Ami go home" im Landkreis Märkisch-Oberland (BB). Im Zuge der Diskussionsrunde äußerte sich Günther unter anderem wohlwollend über das ZUERST!-Magazin:

„Wir müssen selbstverständlich in vielen Kategorien denken. Der vorparlamentarische Raum auf Metaebene, muss das alles besprochen werden. Wir haben

---

[2418] Ebd.
[2419] „Gleichberechtigung statt Gleichstellung'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2023, S. 36 f.
[2420] Merkur: „Rechtsextremes Magazin auf AfD-Parteitag? Alice Weidel gerät ins Stocken, als sie konfrontiert wird" vom 20.06.2022, in: www.merkur.de, abgerufen am 20.06.2022.
[2421] Weidel, Alice: Interview in der ARD-Sondersendung „Bericht vom Parteitag der AfD" vom 19.06.2022; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de, abgerufen am 23.06.2022.
[2422] „‚Ideenschmiede der AfD'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2018, S. 32 f.
[2423] Beckamp, Roger: Tweet vom 18.06.2022, abgerufen am 20.06,2022.
[2424] „‚Erhaltung der nationalen Identität'", in: ZUERST!, Ausgabe 07-08/2022, S. 38 ff.

super Leute. Ich nenne da jetzt mal ein Musterbeispiel: Martin Sellner mit seinen Kanälen bei Telegram et cetera. Das ist wirklich eigentlich für jeden Pflichtprogramm, für jeden Jüngeren, für jeden Älteren. Und wir haben ja viele andere. Wir haben, Gott sei Dank, das Compact-Magazin und vieler andere freie Medien. Die sollte man eigentlich auch unterstützen. […] Bitte unterstützt die Zeitungen ‚COMPACT', ‚ZUERST!', wie sie alle heißen. Kauft sie, gebt sie weiter. Guckt ‚CompactTV' am Tag, bringt was in die sozialen Medien, verstreut es, verteilt es. Denn jeden Tag können wir selber was bewirken und Leute beim Aufwachprozess unterstützen."[2425]

Weiterhin gaben auch AfD-Vertreter der Landesebene dem Magazin ZUERST! Interviews. Zu den interviewten Personen zählen die Landtagsabgeordneten Bernd Gögel (BW)[2426] im April 2022, der thüringische Co-Landesvorsitzende Björn Höcke (TH)[2427] und der damalige saarländische AfD-Landesvorsitzende Christian Wirth (mittlerweile MdB, NW)[2428] im Mai 2022 sowie Lars Schieske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, BB)[2429] im November 2022.

Am 18. Februar 2022 lud die baden-württembergische AfD-Landtagsfraktion die europapolitischen Sprecher der Partei zu einer internen Tagung nach Stuttgart ein. Neben Parteivertretern wie dem Landtagsabgeordneten Emil Sänze (BW) und dem damaligen Europaabgeordneten Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) nahm hieran auch der ZUERST!-Chefredakteur Andreas Karsten teil.[2430] Zudem wurde im März 2022 in dem Magazin eine Anzeige der AfD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg veröffentlicht.[2431]

Der Landtagsabgeordnete Christoph Maier (BY) teilte am 16. September 2022 auf Facebook einen ZUERST!-Artikel.[2432]

[2425] Günther, Lars: Diskussionsabend „Ami go home" am 25.11.2021; veröffentlicht in: www.videos.wir-tube.de, Kanal: „Robert Götz Matuschewski" am 26.11.2023, abgerufen am 28.11.2023.
[2426] „‚Eine echte Debatte führen'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2022, S. 35 ff.
[2427] „‚Offensive statt Rechtfertigung'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 28 ff.
[2428] „‚Verhärtete Fronten'", in: ZUERST!, Ausgabe 05/2022, S. 24.
[2429] „‚Kampf gegen die Einheitsfront'", in: ZUERST!, Ausgabe 11/2022, S. 75 ff.
[2430] „‚Freiheit statt Eurokratie'", in: ZUERST!, Ausgabe 04/2022, S. 31.
[2431] Anzeige, in: ZUERST!, Ausgabe 03/2022, S. 27.
[2432] Maier, Christoph: Facebook-Eintrag vom 16.09.2022, abgerufen am 19.09.2022.

6. PI-NEWS

Der islamfeindliche Blog PI-NEWS wurde im Jahr 2004 von dem Kölner Sportlehrer Stefan Herre unter dem damaligen Namen Politically Incorrect (PI) gegründet. Herre verließ den Blog nach eigenen Angaben bereits wieder im Jahr 2007. Die derzeitigen Betreiber von PI-NEWS sind nicht öffentlich bekannt und agieren zum Teil konspirativ. PI-NEWS wird vom BfV als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft und bearbeitet.

Mehrere AfD-Mitglieder der Bundesebene standen dem rechtsextremistischen Blog für Interviews zur Verfügung bzw. teilten Blogbeiträge in den sozialen Netzwerken.

So gab der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) im April 2022 PI-NEWS ein Interview, in dem er die Publikation wie folgt lobte:

> *„Schön, dass also hier jetzt so ein Blog existiert, hier so ein Medium, PI-NEWS, das wirklich unabhängig berichten kann.“*[2433]

Darüber hinaus wurde auf PI-NEWS im Oktober 2022 ein „Offener Brief an die Sponsoren des Grünen-Parteitages“ von Kotré veröffentlicht. Er teilte im Nachgang den Beitrag zusätzlich auf Facebook.[2434]

Das damalige Mitglied des Bundesvorstands und des Europäischen Parlaments Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) gab PI-NEWS im April 2022 ein Interview, in dem er sich u. a. zu den Themen „Strategische Ziele der AfD“ und „Zusammenarbeit mit Vorfeldorganisationen“ äußerte.[2435]

Mit Harald Weyel (bis März 2025 MdB, NW) veröffentlichte am 29. März 2022 ein weiteres damaliges Mitglied des Bundesvorstands auf Facebook ein gemeinsames Foto mit Stefan Herre, dem Gründer von PI-NEWS.[2436]

[2433] Kotré, Steffen: Interview mit PI-NEWS TV; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.04.2022, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 19.04.2022.
[2434] Kotré, Steffen: Facebook-Eintrag vom 27.10.2022, abgerufen am 31.10.2022.
[2435] PI-NEWS TV: „Maximilian Krah (AfD-MdEP): ‚Wir dürfen uns beim Thema Ukraine nicht zerstreiten‘“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.04.2022, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 06.04.2022.
[2436] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 29.03.2022, abgerufen am 06.04.2022.

Das Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) teilte am 3. April 2022 auf Facebook[2437] einen Artikel[2438] von PI-NEWS zu einer Rede von Reichardt im Deutschen Bundestag. Am 25. Mai 2022 teilte Reichardt erneut einen Beitrag[2439] von PI-NEWS auf Facebook[2440], in dem auf vorherige Aussagen von ihm Bezug genommen wurde. Auch im Oktober 2024 teilte Reichardt einen Telegram-Beitrag von PI-NEWS.[2441]

Am 21. September 2022 veröffentlichte der damalige Bundestagsabgeordnete Roger Beckamp (NW) auf YouTube ein Video, in dem er PI-NEWS als Medium einer *„virtuelle[n] Gegenöffentlichkeit“* bewarb.[2442]

Am 19. August 2023 wurde auf der Internetseite von PI-NEWS ein Artikel des nordrhein-westfälischen Bundestagsabgeordneten Martin Renner veröffentlicht.[2443]

Zudem veröffentlichte der damalige Bundestagsabgeordnete Dietmar Friedhoff (NI) auf PI-NEWS am 8. Februar 2024 den Artikel *„Dietmar Friedhoff: Afrikanische Verhältnisse in Deutschland“*.[2444]

Am 14. April 2024 erschien ein Artikel von Rainer Rothfuß (stellvertretender Landesvorsitzender und MdB, BY) auf der Internetseite von PI-NEWS.[2445]

Gereon Bollmann (MdB, SH) veröffentlichte am 1. Mai 2024 einen Artikel auf PI-NEWS.[2446]

Am 19. Oktober 2024 verbreitete Götz Frömming (parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion und MdB, BR/BB) auf seinem X-Account einen Artikel

[2437] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 03.04.2022, abgerufen am 05.04.2022.
[2438] PI-NEWS: „Reichardt: ‚Der Spiegelismus ist die Endstufe des feministischen Egoismus!‘“, in: www.pi-news.net, abgerufen am 05.04.2022.
[2439] PI-NEWS: „Reichardt: ‚Entlastungspaket‘ der Bundesregierung ist Mogelpackung“ vom 21.05.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 27.05.2022.
[2440] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 25.05.2022, abgerufen am 27.05.2022.
[2441] Reichardt, Martin: Telegram-Beitrag vom 27.10.2024, abgerufen am 15.01.2024.
[2442] Beckamp, Roger: „Ohne freie Medien? Ohne mich!“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.09.2022, Kanal: „BECKAMPS NEUE...“, abgerufen am 26.09.2022.
[2443] PI-NEWS: „Willkommen in der ‚DDR‘ (Dystopische Deutsche Republik)“, in: www.pi-news.net vom 19.08.2023, abgerufen am 29.08.2023.
[2444] PI-NEWS: „Dietmar Friedhoff: Afrikanische Verhältnisse in Deutschland“ vom 08.02.2024, in: www.pi-news.net, abgerufen am 30.07.2024.
[2445] PI-NEWS: „Das ‚Erdgas-Harakiri‘ der Bundesregierung“ vom 14.04.2024, in: www.pi-news.net, abgerufen am 06.02.2025.
[2446] PI-NEWS: „Fachleute warnen: Neue Gender-Leitlinie empfiehlt ‚Pubertätsblocker‘“ vom 01.05.2024, in: www.pi-news.net, abgerufen am 16.05.2024.

von PI-NEWS über seine Person mit dem Titel „Frömming erteilt CDU-Abgeordnetem Lehrstunde in Demokratie“[2447]

Harald Weyel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) gratulierte im November 2024 PI-NEWS zum 20-jährigen Jubiläum.[2448]

Auch Landtagsabgeordnete gaben PI-NEWS Interviews bzw. teilten Artikel des Blogs auf ihren Präsenzen in den sozialen Medien. So veröffentlichte der sächsische Landtagsabgeordnete Jörg Dornau am 1. Dezember 2022 die erste Ausgabe seiner kostenlosen Zeitschrift Dornaus WahlkreisPost. Darin war ein vom sächsischen Landtagsabgeordneten Mario Beger verfasster PI-NEWS-Artikel zum Thema „Pressevielfalt“ zu finden.[2449]

Ebenfalls im Dezember 2022 erschien auf der Internetseite von PI-NEWS ein Artikel, in dem die damalige AfD-Landesvorsitzende und Landtagsabgeordnete Birgit Bessin (mittlerweile MdB, BB) zitiert wurde.[2450] Bessin teilte den Beitrag anschließend auf Facebook.[2451] Im Februar 2023 erschien auf PI-NEWS erneut ein Artikel von Bessin, der von dieser am 2. Februar 2023 auf Facebook geteilt wurde.[2452] Einen Monat später, im März 2023, verbreitete Bessin erneut einen von ihr auf PI-NEWS veröffentlichten Artikel auf Facebook.[2453]

Der Landtagsabgeordnete und Fraktionsvorsitzende Hans-Christoph Berndt (BB) gab PI-NEWS im Januar 2023 ein Interview[2454] und teilte dieses am 4. Januar 2023 auf Facebook[2455].

Ein Artikel des Landtagsabgeordneten Christian Blex (NW) erschien am 4. Januar 2023 auf PI-NEWS.[2456]

[2447] Frömming, Götz: Tweet vom 19.10.2024, abgerufen am 24.10.2024.
[2448] Weyel, Harald: Videobotschaft vom 05.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV“, abgerufen am 08.11.2024.
[2449] Dornau, Jörg: Dornaus Wahlkreis-Post“, Ausgabe 01, S. 3.
[2450] PI-NEWS: „Birgit Bessin: Brandenburg muss migrationspolitische Wende jetzt einleiten!‘“ vom 27.12.2022, in: www.pi-news.net, abgerufen am 27.12.2022.
[2451] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 28.12.2022, abgerufen am 17.01.2023.
[2452] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 02.02.2023, abgerufen am 06.02.2023.
[2453] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 08.03.2023, abgerufen am 20.03.2023.
[2454] PI-NEWS: „Christoph Berndt: ‚Es wird kein Umdenken bei Altparteien geben!‘“ vom 04.01.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 09.01.2023.
[2455] Berndt, Hans-Christoph: Facebook-Eintrag vom 04.01.2023, abgerufen am 17.01.2023.
[2456] PI-NEWS: „Worin liegen die Ursachen der Silvesterkrawalle begründet“ vom 04.01.2023, in: www.pi-news.net, abgerufen am 05.01.2023.

Björn Höcke teilte am 10. Februar 2023 auf seiner Facebook-Seite einen Artikel von PI-NEWS und bezeichnete den Autor des Beitrags dabei anerkennend als *„die Edelfeder von PI-NEWS“*.[2457]

Der AfD-Kreisverband Würzburg (BY) teilte auf Facebook regelmäßig Beiträge von PI-NEWS, u. a. am 8. und 19. April 2022, am 10. und 11. Juni 2022, am 5. und 11. Juli 2022 und am 11., 17. und 18. August 2022.[2458]

7. Zwischenfazit

In einer Gesamtschau belegen die aufgeführten Sachverhalte die fortbestehenden strukturellen Verbindungen führender Funktionäre der AfD und JA mit rechtsextremistischen Akteuren. Dieser Befund gilt speziell für Personen und Organisationen aus dem Bereich der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten. Er erhärtet den bisherigen Verdacht, dass die AfD strukturell in den genannten Vereinen und Organisationen ihre politischen Partner erkennt, mit denen sie sowohl die ideologischen Grundannahmen als auch die strategischen Überlegungen teilt.

Besonders in Bezug auf das COMPACT-Magazin und seine diversen Formate konnten fortgesetzt enge Verbindungen auf unterschiedlichen Ebenen nachgewiesen werden. COMPACT begleitete die AfD und ihre Aktivitäten aufs Engste und war in den vergangenen Jahren bei allen wichtigen Wahlen zumeist sowohl im Wahlkampf als auch in der Nachwahlberichterstattung vor Ort. Mit der Kampagne „Die Blaue Welle rollt“ unterstützte COMPACT die AfD ganz offen und formuliert als dezidiertes Ziel die Ermöglichung des „Machtwechsels“ zugunsten der AfD. Durch die im überwiegenden Teil sehr wohlwollende und positive Berichterstattung über die Partei und die Zurverfügungstellung der unterschiedlichen Medienkanäle mit ihren entsprechenden Reichweiten fördert COMPACT die AfD im politischen Wettbewerb nachhaltig. Durch das Veröffentlichen von Stellenausschreibungen bot COMPACT der AfD – gegen Bezahlung – eine Hilfestellung zur Personalrekrutierung. Die beiden genannten Landtagsfraktionen suchten somit in einem gesichert rechtsextremistischen Medium nach

[2457] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 10.02.2023, abgerufen am 23.02.2024.
[2458] AfD-Kreisverband Würzburg: Facebook-Einträge vom 08.04.2022, 19.04.2022, 10.06.2022, 11.06.2022, 05.07.2022, 11.07.2022, 11.08.2022, 17.08.2022 und 18.08.2022, abgerufen am 01.09.2022.

neuen Mitarbeitenden. Hieraus kann auch abgeleitet werden, dass in der ideologischen Grundausrichtung des Magazins und seiner Leserschaft kein Ausschlusskriterium gesehen wurde.

Vice versa können ebenfalls diverse Formen der Unterstützung seitens der AfD für COMPACT festgestellt werden. So tragen die festgestellten Werbeanzeigen der unterschiedlichen Landtagsfraktionen in der Printausgabe des Magazins zumindest zu einem gewissen Teil zu dessen Finanzierung bei. Weiterhin konnten in Einzelfällen Spenden zugunsten von COMPACT festgestellt werden. Stärker noch als die direkten finanziellen Zuwendungen dürfte allerdings die breite Bereitschaft von führenden AfD-Mitgliedern zur Mitwirkung an den unterschiedlichen Medienformaten von COMPACT wiegen. Diese ist über alle Ebenen der Partei hinweg zu beobachten und umfasst auch einen großen Teil des Bundesvorstands, inklusive der Bundessprecherin und des Bundessprechers. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern stehen mit den Fraktions- und Landesvorsitzenden außerdem die führenden Köpfe der Landesverbände COMPACT als Gesprächspartner regelmäßig zur Verfügung. Insbesondere ist dies für Björn Höcke festzustellen. Sein Verhältnis zu COMPACT muss als sehr eng betrachtet werden, was sich auch in einer fast heroisierenden Berichterstattung und der Herausgabe des „Höcke-Talers“ ausdrückt. Zuletzt tragen AfD-Mitglieder durch das Teilen von COMPACT-Inhalten auch zu dessen Verbreitung und Popularisierung unter der eigenen Anhänger- und Wählerschaft bei.

Auch in Bezug auf Ein Prozent konnten weiterhin enge Verbindungen von einer größeren Anzahl von Bundes- und Landespolitikern festgestellt werden, darunter sind mit Christina Baum und Maximilian Krah auch zwei damalige Mitglieder des Bundesvorstands. Besonders die sehr regelmäßige Teilnahme von AfD-Politikern am Podcast „Lagebesprechung“ ist herauszustellen. Im Vergleich zu COMPACT fällt auf, dass sich die Verbindungen stärker für jüngere Mandatsträger und JA-Mitglieder feststellen lassen. Dies zeigte sich auch in dem besonderen Näheverhältnis zur JA und der öffentlichen Unterstützung dieser durch Ein Prozent. Auch kommentieren die unterschiedlichen Protagonisten von Ein Prozent die Entwicklung der AfD teils kritisch, besonders wenn es dabei um das Verhältnis der Partei zum politischen Vorfeld und die gelegentlichen Abgrenzungsbemühungen speziell des Bundesvorstands geht. Im solidarisch-patriotischen Lager der Partei kann sich Ein Prozent der Unterstützung

der Parteimitglieder allerdings sicher sein, was sich u. a. auch an den entsprechenden Erklärungen von Björn Höcke zeigen lässt. In zwei Fällen konnte festgestellt werden, dass Ein Prozent Mitglieder der AfD über den Solifonds auch finanziell unterstützte. Gleichzeitig dürfte die Partei bzw. ihre Mitglieder auch ein wichtiger Geldgeber des Vereins Ein Prozent und seiner ihm nahestehenden Projekte (z. B. Solifonds) sein. Dies kann bereits allein aufgrund der öffentlich bekannten Fälle von Fördermitgliedschaften (Beckamp, Schieske), Einzelspenden (Baum, Gnauck, Schmidt) und Spendenaufrufen (Höcke) geschlussfolgert werden.

Die Verbindungen zum vormaligen Institut für Staatspolitik (mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) sind auch in der Zeit der Verdachtsfallbearbeitung weiterhin als eng zu bewerten. Das IfS kommentierte besonders durch regelmäßige Beiträge in der Sezession die Entwicklungen innerhalb der AfD und versuchte außerdem durch Beiträge, selbst Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Partei zu nehmen. Diese Einflussversuche unterstützten dabei überwiegend das solidarisch-patriotische Lager in der Partei und dabei insbesondere das Netzwerk um Björn Höcke und den ehemaligen Flügel. Durch die Auftritte von AfD-Politikern bei den digitalen und realweltlichen Veranstaltungen bot das IfS diesen außerdem die Möglichkeit, für ihre politischen Positionen und Ansichten zu werben. Gleichzeitig profitierte das IfS durch die Teilnahmen auch selbst, aufgrund der so vergrößerten Rezeption seiner Formate. Für die Verbindung zwischen Verlag Antaios und der AfD ist insbesondere das auflagenstarke Buch des damaligen Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament und ehemaligen Mitglieds des Bundesvorstands Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN) zu nennen. Der Verlag ermöglichte es Krah durch die Aufnahme seines Buches im Vorfeld der Wahl, sein politisches Programm und seine Grundüberzeugungen einer breiteren Öffentlichkeit näherzubringen.

Die Identitäre Bewegung (IB) stellt im Vergleich zu den drei bisher genannten Organisationen einen Sonderfall dar, da sie als einzige dieser Organisationen auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD geführt wird. Dies kann im Rahmen einer Gesamtschau allerdings nicht uneingeschränkt als entlastendes Moment gewertet werden. Die Entscheidung des Bundesvorstands, auch die Revolte Rheinland als regionale Gruppierung der IBD auf die Unvereinbarkeitsliste zu setzen, kann ebenfalls nicht durchgreifend als entlastend gewertet werden, zeigt doch das enge Abstimmungsergebnis die

Zerrissenheit der Partei in dieser Frage. Am Beispiel von Marc Jongen zeigt sich außerdem, dass die Entscheidung nicht als grundsätzliche Abgrenzung zur IBD und ihren politischen Positionen zu bewerten ist. Weiterhin bedürfte es für eine glaubhafte und konsequente Distanzierung von der IBD außerdem, dass auch die anderen, z. T. deutlich größeren und aktiveren, regionalen IB-Gruppierungen auf die Unvereinbarkeitsliste aufgenommen werden würden. Stattdessen bestehen trotz der Unvereinbarkeitsliste weiterhin diverse Beziehungen von AfD-Mandatsträgern und Parteimitgliedern zur IBD. Unter diesen finden sich diverse Bundestagsabgeordnete, die z. T. öffentlich erklärt haben, Spenden an die IBD geleistet zu haben. In besonderem Maße finden sich die Verbindungen zur JA, deren Gliederungen und Mitglieder weiterhin eng mit der IBD verbunden sind. Im Fall von Mario Müller zeigt sich außerdem beispielhaft, dass ehemalige IB-Kader inzwischen auch als Mitarbeiter in den Parlamenten beschäftigt werden und somit die parlamentarische Arbeit der Abgeordneten unterstützen und beeinflussen.

Die weiterhin festgestellten Verbindungen zum Magazin ZUERST! und zu PI-NEWS ergänzen den Befund, dass die AfD fortgesetzt über ausgeprägte Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen verfügt, noch zusätzlich. Zwar sind diese in den beiden genannten Fällen nicht in einem solch quantitativen Umfang feststellbar, als dass von strukturellen Verbindungen zur Gesamtpartei die Rede sein könnte, allerdings sind die Verbindungen qualitativ dennoch erwähnenswert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass weder die während der letzten zwei Jahre öffentlich bekannt gemachten Hochstufungen von Ein Prozent oder dem Institut für Staatspolitik im April 2023 zu gesichert extremistischen Bestrebungen noch die gerichtliche Bestätigung von Einstufungen wie beispielsweise im Fall der IBD innerhalb der Partei zu einem Umdenken oder einem Abstandnehmen von den extremistischen neurechten Akteuren geführt haben. Im Gegenteil lösten die Hochstufungen in einigen Fällen wie gezeigt sogar öffentliche Solidaritätsbekundungen und den Abschluss von Fördermitgliedschaften aus.

Die verschiedenen Beispiele belegen außerdem finanzielle Unterstützungshandlungen innerhalb des neurechten Netzwerks zwischen AfD und den anderen Teilen. Au-

ßerdem konnte in einigen Fällen nachgewiesen werden, dass Mitarbeiter in den Parlamenten z. T. aus der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten rekrutiert werden und im Fall von COMPACT auch gezielt nach neuen Mitarbeitenden gesucht wird.

Aufgrund dieses Verdichtungsgrads können die AfD und ihre Teilorganisationen als Teil des neurechten Netzwerks begriffen werden, in dem die Partei vor dem Hintergrund ihrer finanziellen und strukturellen Möglichkeiten eine wichtige Rolle für das Gesamtkonstrukt einnimmt.

In der Phase der Verdachtsfallbearbeitung haben sich die Verbindungen somit auf einem hohen Niveau weiter verfestigt und verstetigt, sodass von einer Verdichtung der Anhaltspunkte gesprochen werden kann. Die zahlreichen Kontakte werden von unterschiedlichen Exponenten, die in weiten Teilen auch für die Partei repräsentative Funktionen wahrnehmen, unterhalten. Die aufgezeigte Qualität und Quantität der Verbindungen belegen daher komplementär zu den eingangs dargelegten tatsächlichen Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die Menschenwürde und das Demokratieprinzip eine weitere und signifikante Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

III. Verfassungsschutzrechtliche Relevanz des ehemaligen Flügels und der JA für die AfD

Gruppierungen und Strömungen innerhalb einer Partei sowie der Partei zuzurechnenden Personenzusammenschlüssen wie anerkannten Jugendorganisationen kommen im Rahmen der vorzunehmenden Gesamtschau maßgebliche Bedeutung für die verfassungsschutzrechtliche Bewertung der Gesamtpartei zu. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sie keine innerhalb der Partei unbedeutenden Splittergruppen sind, sondern nach ihrer satzungsmäßigen Stellung, der Zahl ihrer Mitglieder, ihrem Rückhalt bei der Gesamtheit der Parteimitglieder und dem sich hieraus ergebenden Einfluss nennenswertes Gewicht innerhalb der Partei besitzen.[2459]

[2459] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, BVerwGE 137, 275 Rn. 46 ff.; OVG NRW, Urt. v. 13.02.2009, 16 845/08, juris, Rn. 70.

Verfassungsschutzrechtliche Relevanz des ehemaligen Flügels und der JA für die AfD

1. Der Flügel

Der Personenzusammenschluss Der Flügel wurde vom BfV nach entsprechender gutachterlicher Prüfung im Januar 2019 zum Verdachtsfall erklärt und im März 2020 zur gesichert extremistischen Bestrebung hochgestuft. Diese Einstufungen wurden erstmalig durch das VG Köln in seinem Urteil vom 8. März 2022 gerichtlich bestätigt.[2460] Aufgrund des Urteils wurde der Flügel allerdings in der Folge wieder zum Verdachtsfall heruntergestuft, da das Gericht keine Gewissheit mehr über die Existenz des Flügels als Personenzusammenschluss gegeben sah. Gleichwohl bestätigte die erkennende Kammer, dass auch noch zum Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung im März 2022 Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen seitens des Flügels vorlagen:

> *„Betrachtet man den Flügel als Teilorganisation, so ist daher davon auszugehen, dass dieser jedenfalls bis zu seiner formalen Auflösung von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz beherrscht war, da gegenläufige Äußerungen, Zurechtweisungen oder Distanzierungen innerhalb des Flügels nicht verzeichnet werden können. Für die Beurteilung ist nicht relevant, ob der Flügel im hier maßgeblichen Zeitpunkt immer noch als gesichert extremistische Bestrebung eingestuft werden kann. Diese Frage hat das erkennende Gericht im Verfahren 13 K 207/20 verneint und damit begründet, dass keine Gewissheit (mehr) über die Existenz des Flügels als Personenzusammenschluss vorliegt. Im Rahmen der Einstufung der Gesamtpartei als Verdachtsfall kommt es hierauf aber nicht an. Es ist vielmehr ausreichend, dass hinsichtlich des Flügels im maßgeblichen Zeitpunkt der mündlichen Verhandlung noch tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen und damit auch hinsichtlich der Frage, ob der Flügel als Personenzusammenschluss noch existiert, vorliegen. Dies ist - wie oben dargelegt - der Fall. Dies gilt nicht nur für die Existenz als Personenzusammenschluss, sondern auch (und erst recht) für die inhaltliche Ausrichtung des Flügels. Denn die bereits genannten Anhaltspunkte werden durch Belege aus der jüngsten Zeit noch untermauert, wie die Fortschreibung der Materialsammlung zeigt. Darin kommen*

[2460] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 207/20, juris.

erneut ein ethnisches Volksverständnis und eine pauschale ausländerfeindliche Agitation zum Ausdruck."[2461]

Das BfV ist im Rahmen der Fortführung des Verdachtsfalls zum Ergebnis gekommen, dass die Anhänger des Flügels sich weiterhin eng untereinander vernetzen und ihre politische Agenda gemeinsam verfolgen. Dies geschieht allerdings nicht mehr unter der formalen Hülle des Flügels, weshalb die Bearbeitung als eigenständiger Verdachtsfall zum 1. Januar 2024 eingestellt wurde. Die ehemaligen Anhängerinnen und Anhänger des Flügels werden seitdem größtenteils im Rahmen des Verdachtsfalls AfD beobachtet, den sie in z. T. erheblichem Maße weiterhin prägen. Dass die Anhänger des Flügels trotzdem weiterhin – unabhängig von der Existenz eines Personenzusammenschlusses – für die Beurteilung der der Gesamtpartei von Relevanz sind, stellte das VG Köln in seinem Urteil außerdem fest:

„Selbst wenn man dies anders sähe und den Flügel auch unter dem Aspekt des Verdachtsfalls nicht (mehr) als Personenzusammenschluss auffassen würde, so beeinflusste dies allein die Beurteilung des Flügels als Beobachtungsobjekt, nicht aber die Beurteilung der Klägerin. Denn durch den Umstand, dass die Mitglieder des Flügels nach dessen Auflösung (großenteils) in der Klägerin verblieben sind - einen Austritt aus der Klägerin oder auch nur eine Aufforderung dazu sah der damalige Vorstandsbeschluss nicht vor - und ihre Auffassungen, Ideologie und Positionen nicht aufgegeben haben, verbleiben jedenfalls auch die damit verbundenen Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen im Rahmen der Bewertung der Klägerin als Beobachtungsobjekt."[2462]

Der BayVGH kommt in seinem Beschluss vom 14. September 2023 zum Ergebnis, dass der Einfluss des ehemaligen Flügels aufgrund der Anzahl seiner Anhänger und der herausgehobenen Stellung dieser Personen im bayerischen Landesverband und der Gesamtpartei zumindest nicht unerheblich sei.[2463]

Diese Auffassung bekräftigte zuletzt auch das VG Berlin in seiner Entscheidung vom 2. Februar 2024 nochmals:

[2461] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 791-793.
[2462] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 541.
[2463] BayVGH, Beschl. v. 14.09.2023, 10 CE 23.796, juris, Rn. 104.

> *„An dieser Einschätzung ändert der Umstand nichts, dass sich der Flügel im Frühjahr 2020 aufgelöst haben soll. Denn der Flügel als Personenzusammenschluss innerhalb der Antragsgegnerin kann nicht losgelöst von seinen Anhängern/Mitgliedern betrachtet werden. Ein Rechtsextremismuspotenzial ist mit der Auflösung des Flügels nicht verschwunden, so dass bei einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern der Antragstellerin tatsächliche Anhaltspunkte von gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebungen bestehen, selbst wenn der Flügel als deren ‚Überbau' fehlt."*[2464]

Zur Bewertung der Anhänger des ehemaligen Flügels führt die Kammer weitergehend aus:

> *„Es ist nicht dargetan oder sonst ersichtlich, dass sich die politischen Grundhaltungen der vorerwähnten führenden Mitglieder des ehemaligen Flügels (Björn Höcke, Dr. Christina Baum, Andreas Kalbitz und Dr. Hans-Thomas Tillschneider) in der Folgezeit verändert haben. Alle vier Personen werden deshalb als rechtsextrem eingestuft. Baum, Kalbitz und Tillschneider werden jetzt dem rechtsextremen Netzwerk um Björn Höcke zugerechnet. Andreas Kalbitz gehört der Antragstellerin zwar nicht mehr als Parteimitglied an. Er ist aber weiterhin Mitglied der AfD-Fraktion im Brandenburgischen Landtag und – wie die Antragsgegnerin unwidersprochen ausgeführt hat – häufig Gast bei Veranstaltungen der Antragstellerin in Ostdeutschland."*[2465]

Das auf das Urteil des VG Köln folgende Berufungsverfahren vor dem OVG NRW fand seinen Abschluss im Urteil vom 13. Mai 2024. Das OVG NRW bestätigte hierin die Rechtmäßigkeit der Beobachtung des ehemaligen Flügels am 15. Januar 2019 und im Zeitraum vom 16. Januar 2019 bis zum 11. März 2020 als Verdachtsfall sowie am 12. März 2020 als gesichert extremistische Bestrebung.[2466] Die Äußerungen verschiedener Führungspersonen des Flügels begründeten nach den Ausführungen des Gerichts *„am 15. Januar 2019 jedenfalls den starken Verdacht und rechtfertigten am 12. März 2020 auch die Schlussfolgerung, dass die politischen Zielsetzungen des*

[2464] VG Berlin, Beschl. v. 02.02.2024, VG 1 L 340/23, juris, Rn. 31.
[2465] VG Berlin, Beschl. v. 02.02.2024, VG 1 L 340/23, juris, Rn. 40.
[2466] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22, juris, Rn. 93.

Flügels auch beinhalteten, den Schutz der Menschenwürde hinsichtlich bestimmter Personengruppen außer Geltung zu setzen“.[2467] Näher führte das OVG aus:

> *„Es lagen konkrete und hinreichend verdichtete Anhaltspunkte dafür vor, dass nach dem politischen Konzept des ‚Flügel‘ jedenfalls deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund und deutschen und ausländischen Staatsangehörigen islamischen Glaubens die Anerkennung als gleichberechtigte Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt werden sollte.“*[2468]

Somit bleibt festzuhalten, dass trotz der Auflösung der Struktur des gesichert extremistischen Flügels davon auszugehen ist, dass dessen Anhängerinnen und Anhänger in der AfD weiter wirken und damit auch die entsprechenden verfassungsfeindlichen Positionen in der AfD fortbestehen.[2469] Darüber hinaus gibt es vereinzelt Veranstaltungen wie das „Preußenfest“, die auf die Strukturen des ehemaligen Flügels zurückgreifen.

Das sogenannte „Preußenfest“ ist eine seit 2022 jährlich stattfindende Veranstaltungsreihe, die in direkter Nachfolge und gemäß Ausrichter in der Tradition des 1. Flügeltreffen Sachsen-Anhalt steht, welches im Jahr 2020 die letzte offizielle Veranstaltung des ehemaligen Flügels vor dessen formaler Selbstauflösung war.[2470] Alle vier Veranstaltungen fanden in Schnellroda (ST) statt. Als formeller Veranstalter tritt der AfD-Kreisverband Saalekreis (ST) in Erscheinung[2471], dessen Vorsitzender der ehemalige exponierte Kernfunktionär des Flügels und Obmann für Sachsen-Anhalt Hans-Thomas Tillschneider ist. Als Redner auf der Veranstaltungsreihe traten neben den Führungsfunktionären des ehemaligen Flügels Björn Höcke (2020[2472] und

---

[2467] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22, juris, Rn. 189.
[2468] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22, juris, Rn. 192.
[2469] So auch VG Dresden, Beschl. v. 15.07.2024, 6 L 20/24, juris, Rn. 96 ff. hinsichtlich des sächsischen Landesverbands. Das Gericht begründete seine vorläufige bestätigende Bewertung im Hinblick auf die Einstufung durch das LfV als gesichert rechtsextremistisch mit der hohen personellen Kontinuität zwischen dem Flügel und dem Landesverband und zahlreichen dort festgestellten Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.
[2470] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 22.01.2020, abgerufen am 23.10.2024.
[2471] Ebd.
[2472] Ebd.

2022[2473] [2474], Teilnahme 2023 wegen eines Zerwürfnisses zwischen Höcke und Tillschneider abgesagt[2475]) und Andreas Kalbitz (2020)[2476], die führenden Vertreter des ehemaligen Flügels und des AfD-Landesverbands Sachsen-Anhalt Hans-Thomas Tillschneider, Martin Reichardt und Oliver Kirchner (2020-2024[2477] [2478] [2479] [2480]) sowie Maximilian Krah (2022-2024[2481] [2482] [2483]) auch Personen auf, die eigentlich nicht dem Personenpotenzial des ehemaligen Flügels zugerechnet werden. So war 2022 der neu zum stellvertretenden Bundessprecher gewählte Peter Boehringer als Redner angekündigt[2484], 2023 der damalige niedersächsische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Frank Rinck als Moderator[2485], 2023 der damalige Mitarbeiter der Co-Bundessprecherin Alice Weidel und ehemalige Leiter der AG Verfassungsschutz Roland Hartwig als Redner[2486] sowie 2024 der neu zum stellvertretenden Bundessprecher gewählte Kay Gottschalk als Moderator[2487] [2488] auf der Veranstaltung in Erscheinung. Auch weitere hochrangige Funktionärinnen und Funktionäre der AfD wie 2023 die damalige brandenburgische Landesvorsitzende Birgit Bessin[2489] (mittlerweile MdB, BB) oder 2024 die AfD-Abgeordneten Gereon Bollmann, Tomasz Froelich und Matthias Moosdorf[2490] sowie externe Redner wie 2020[2491] und 2022[2492] Götz Kubitschek oder 2024 Jürgen Elsässer[2493] (Ankündigung der Teilnahme unmittelbar nach dem noch einer gerichtlichen Überprüfung unterliegenden COMPACT-

---

[2473] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2474] Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 17.09.2022, abgerufen am 11.02.2025.
[2475] „Zerwürfnis unter Völkischen" vom 22.09.2023, in: DIE WELT Berlin, S. 4.
[2476] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 22.01.2020, abgerufen am 23.10.2024.
[2477] Ebd.
[2478] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2479] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 23.10.2024.
[2480] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 23.10.2024.
[2481] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2482] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.09.2023, abgerufen am 23.10.2024.
[2483] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 23.10.2024.
[2484] Mücher, Christian: Facebook-Eintrag vom 20.08.2022, abgerufen am 11.02.2025.
[2485] Tillschneider, Hans-Thomas: Eröffnungsrede des „Preußenfests" 2023; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 17.09.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 11.02.2025.
[2486] Tillschneider, Hans-Thomas: Videobeschreibung der Rede von der Rede Birgit Bessins; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.09.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 11.02.2025.
[2487] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
[2488] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.09.2024, abgerufen am 11.02.2025.
[2489] Tillschneider, Hans-Thomas: Videobeschreibung der Rede von der Rede Roland Hartwigs; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.09.2023, Kanal: „Hans-Thomas Tillschneider", abgerufen am 11.02.2025.
[2490] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.09.2024, abgerufen am 11.02.2025.
[2491] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 22.01.2020, abgerufen am 23.10.2024.
[2492] Rechercheplattform zur Identitären Bewegung: Tweet vom 19.09.2022, abgerufen am 23.10.2024.
[2493] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 17.09.2024, abgerufen am 11.02.2025.

Vereinsverbot[2494]) nahmen als Rednerinnen bzw. Redner an der Veranstaltungsreihe teil.

Mit Blick auf den Ausrichter, die wesentlichen Rednerinnen und Redner sowie die teilnehmenden Personen handelt es sich bei der Veranstaltungsreihe um ein Treffen des insbesondere aus dem Personenpotential des ehemaligen Flügels gebildeten solidarisch-patriotischen Lagers innerhalb der AfD. Eine Distanzierung vom ehemaligen Flügel erscheint nur insofern erkennbar, als dass damit eine Distanzierung von der damaligen auf Höcke fokussierten Organisation des Flügels gemeint ist. Eine inhaltliche Mäßigung oder Abkehr der grundlegenden völkisch-nationalistischen Ideologie des ehemaligen Flügels kann nicht festgestellt werden. Die Veranstaltungsreihe, bei der gerade auch öffentlich gemäßigter agierende Personen wie Boehringer, Rinck und Hartwig auftraten, zeigt den Einfluss und die Bedeutung der völkisch-nationalistischen Strömung und das Fortwirken des ehemaligen Flügels auch nach seiner Auflösung hinaus.

Darüber hinaus liegen Erkenntnisse über verschiedene weitere geplante, angekündigte oder auch durchgeführte Treffen aus dem Personenpotenzials des ehemaligen Flügels vor. Diese Zuordnung erfolgt insbesondere im Hinblick auf die Beteiligung des Führungsfunktionärs des ehemaligen Flügels Andreas Kalbitz.

So fand im Februar 2023 ein Patriotentreffen West- und Mitteldeutschland im Erzgebirge (SN) statt, an dem u. a. Andreas Kalbitz und Martin Böhm sowie weitere AfD-Funktionäre aus Bayern, Brandenburg, Sachsen und Thüringen teilnahmen.[2495] Am 3. Juni 2023 fand ein weiteres Patriotentreffen unter dem Motto „Ost trifft West“ in Niederbobritzsch (SN) statt.[2496] Für den 30. Juni 2023 war außerdem ein vergleichbares Treffen in Hachenburg (RP) geplant.[2497] Für den 10. Juni 2023 war darüber hinaus das „1. Barbarossafest“ in Thüringen mit führenden Vertretern des ehemaligen Flügels angekündigt worden. Diese Veranstaltung fand jedoch nicht statt.[2498]

[2494] AfD Kreisverband Saalekreis: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 23.10.2024.
[2495] Böhm, Martin: Facebook-Eintrag vom 12.02.2023, abgerufen am 22.10.2024.
[2496] Oehme, Ulrich: Telegram-Beitrag vom 07.06.2023, abgerufen am 22.10.2024.
[2497] Abakus News: Telegram-Beitrag vom 24.04.2023, abgerufen am 08.05.2023.
[2498] Gerlach, Joachim: Telegram-Beitrag vom 13.04.2023, abgerufen am 05.12.2023.

Am 13. Juli 2024 fand jedoch in Gremheim (BY) ein Treffen eines ehemaligen Flügelkreises mit Teilnahme von Andreas Kalbitz statt.[2499] Am 19. Oktober 2024 wurde darüber hinaus das „Ost trifft West – Patriotentreffen" in Sachsen auf Einladung von Andreas Kalbitz und mit Beteiligung von Hans-Thomas Tillschneider und Maximilian Krah in Niederbobritzsch (SN) abgehalten.[2500] [2501]

Aufgrund seiner formalen Auflösung werden die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, die sich aus Äußerungen seiner ursprünglichen Anhängerinnen oder Anhänger ergeben, an der Stelle im Gutachten bewertet, an der sie relevant werden. Im Übrigen muss der Umstand der Fortwirkung von durch den Flügel initiierten und im solidarisch-patriotischen Lager fortgeführten rechtsextremistischen Narrativen im Rahmen der einer Gesamtwürdigung angemessen berücksichtigt werden.

2. Junge Alternative

Die Junge Alternative[2502] war bis zu ihrer Auflösung am 31. März 2025 bei Zugrundelegung der oben genannten Kriterien eine Teilorganisation der AfD, der als offizieller Jugendorganisation der Partei eine erhebliche Bedeutung zukommt. Nach § 17a Abs. 2 Satz 1 der AfD-Bundessatzung war die JA der *„Innovationsmotor der AfD und hat das Ziel, das Gedankengut der Partei in ihrem Wirkungskreis zu verbreiten sowie die besonderen Anliegen der Jugend innerhalb der AfD zu vertreten"*.[2503] Laut der JA-Bundessatzung war ihr Zweck neben der Förderung von politischer Bildung, Teilhabe und Willensbildung explizit die Unterstützung der AfD in Bund und Ländern bei ihrer politischen Tätigkeit.[2504] Die JA diente der Gesamtpartei als Sprachrohr zur Verbreitung ihres Gedankenguts unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen wie auch zur Gewinnung neuer Anhängerinnen, Anhänger und Mitglieder für die AfD.

[2499] Mandic, Dubravko: Tweet vom 13.06.2024, abgerufen am 16.07.2024.
[2500] Tillschneider, Hans-Thomas: Telegram-Beitrag vom 17.10.2024, abgerufen am 22.10.2024.
[2501] Andi Hoffnung: Telegram-Beitrag vom 20.10.2024, abgerufen am 22.10.2024.
[2502] Bei den Ausführungen in diesem Kapitel handelt es sich um Erkenntnisse zu der formal am 31. März 2025 aufgelösten Jugendorganisation Junge Alternative.
[2503] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 2 S. 1 AfD-Bundessatzung" vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2504] Junge Alternative für Deutschland: „§ 2 Abs. 2 JA-Bundessatzung" vom 10.01.2015, zuletzt geändert am 15.10.2022, in: www.netzseite.jungealternative.online, ohne Abrufdatum.

Mit Urteil vom 13. Mai 2024 bestätigte das OVG NRW die Rechtmäßigkeit der Beobachtung der JA als Verdachtsfall.[2505] Das Gericht stellte hierbei fest, dass sich die von ihm aufgestellten rechtlichen Maßstäbe für politische Parteien vollumfänglich auf Jugendorganisationen einer politischen Partei übertragen lassen, *„die – wie die JA – darauf ausgerichtet sind, die Partei bei ihrer politischen Tätigkeit zu unterstützen und auf die politische Meinungsbildung innerhalb der Partei Einfluss zu nehmen“*.[2506] Es lagen und lägen weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte dafür vor, namentlich in den programmatischen Schriften und Äußerungen verschiedener Verbände und Mitglieder der JA, dass die JA Bestrebungen verfolge, die gegen das für den freiheitlichen demokratischen Verfassungsstaat unverzichtbare Grundprinzip der Menschenwürdegarantie gerichtet sind, da sie den starken Verdacht begründeten, dass die politischen Zielsetzungen der JA auch beinhalteten, den Schutz der Menschenwürde außer Geltung zu setzen.[2507]

Das VG Köln hat mit Beschluss vom 5. Februar 2024 zudem die Hochstufung der JA zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung durch das BfV nach summarischer Prüfung im Eilrechtsschutzverfahren als rechtmäßig bewertet.[2508] Maßgeblich war für das Gericht ein in den Positionierungen der JA feststellbarer völkisch-abstammungsmäßiger Volksbegriff. Die Beschwerde gegen den Beschluss des VG Köln zum OVG NRW ist rechtshängig, eine Entscheidung ist derzeit noch nicht absehbar.[2509]

a. Satzungsbezogene Verbindungen und Verknüpfungen

Die Bedeutung der JA als Jugendorganisation für die AfD kam einerseits in satzungsbezogenen Verbindungen und Verknüpfungen zum Ausdruck. Eine AfD-Mitgliedschaft war zumindest für die Mitglieder des JA-Bundesvorstands obligatorisch.[2510] [2511] Ähnliche Vorgaben existierten für die Vorstände der JA-Landesver-

[2505] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22, juris, Rn. 147.
[2506] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22, juris, Rn. 182.
[2507] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1217/22, juris, Rn. 194 f.
[2508] VG Köln, Beschl. v. 05.02.2024, 13 L 1124/23, juris, Rn. 190.
[2509] Das Verfahren wird geführt unter dem Az. 5 B 131/24, vgl. hierzu: OVG NRW: „Bundesamt für Verfassungsschutz darf AfD und JA als Verdachtsfall beobachten“ vom 13.05.2024, in: www.ovg.nrw.de, abgerufen am 10.09.2024.
[2510] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 4 S. 2 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2511] Junge Alternative für Deutschland: „§ 29 Abs. 3 JA-Bundessatzung“ vom 10.01.2015, zuletzt geändert am 15.10.2022, in: www.netztseite.jungealternative.online, ohne Abrufdatum.

bände. So bestimmte beispielsweise § 12 Abs. 5 der Satzung des AfD-Landesverbands Nordrhein-Westfalen, dass Vorstandsmitglieder der JA NW und ihrer Gliederungen der AfD angehören müssen.[2512]

Die JA hatte in der AfD im Gegenzug satzungsmäßig garantierte Mitwirkungsbefugnisse. So hatte sie die Möglichkeit, stimmrechtslose Vertreter in den Bundeskonvent und den Bundesvorstand der AfD zu entsenden.[2513] Die stimmrechtslosen Vertreter der JA waren den anderen Mitgliedern dieser Organe in anderen Belangen gleichgestellt, hatten also entsprechend Anwesenheits-, Rede- und Antragsrecht in diesen Parteiorganen. Schließlich hatten die Organe des Bundesverbands der JA das Recht, Anträge an die Organe des AfD-Bundesverbands zu stellen.[2514] Hierzu führt das VG Köln aus:

> *„Durch diese Instrumente ist es der JA per Satzung der Klägerin möglich, ihre Auffassungen in die Gesamtpartei zu tragen und dort für Unterstützung zu werben. Sie kann im Bundesvorstand der Klägerin und in den sonstigen Gremien ihre (in Teilen verfassungswidrige) Position vertreten und kann auch dort - wenn auch ohne Stimmrecht - für ihre Anliegen werben und argumentativ auf die Beschlüsse des Vorstands der Klägerin einwirken. Der JA kommt daher für die Ausrichtung der Klägerin eine gewichtige Rolle zu."*[2515]

Das VG Stuttgart führte in seinem Beschluss vom 6. November 2023 hinsichtlich des Einflusses des JA-Landesverbands auf den AfD-Landesverband außerdem aus:

> *„Die JA BW konnte und kann ihren Einfluss auf den Antragsteller dadurch geltend machen, dass sie nach § 14 Satz 1 der Satzung des Antragstellers dessen Jugendorganisation ist und nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ihrer Satzung die Alternative für Deutschland in Baden-Württemberg bei ihrer politischen Tätigkeit unterstützt. Dies tut sie vor allem durch die aktive Teilnahme ihrer Mitglieder an Veranstaltungen des Antragstellers und seiner Untergliederungen […]. Des Weiteren ergeben sich auch personelle Überschneidungen, weil Mitglieder der JA BW*

[2512] Alternative für Deutschland Nordrhein-Westfalen: „§ 12 Abs. 5 Satzung des AfD-Landesverbands NRW" vom 15.11.2015, in: www.afd.nrw, ohne Abrufdatum.
[2513] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 6 AfD-Bundessatzung" vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2514] Alternative für Deutschland: „§ 17a Abs. 5 AfD-Bundessatzung" vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2515] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 528.

häufig auch dem Antragsteller angehören und dies für den geschäftsführenden Vorstand der JA BW nach § 11 Abs. 3 Satz 2 der Satzung der JA BW sogar zwingend ist. Aktuell ist zudem der ehemalige Bundesvorsitzende der JA M.F. einer der beiden Co-Vorsitzenden des Antragstellers. Des Weiteren gehören zwei aktuelle Mitglieder der JA BW dem Vorstand des Antragstellers an, sodass auch hierdurch eine Beeinflussung des Antragstellers mit dem Gedankengut der JA und JA BW erfolgt."[2516]

Auch mit Blick auf ihre Mitgliederzahl kam der JA – auch nach Ansicht des VG Köln[2517] – ein nennenswertes Gewicht innerhalb der Gesamtpartei zu. So wies die JA nach eigenen Angaben 4.000 Mitglieder[2518] gegenüber 48.000 Parteimitgliedern[2519] auf; als „Splittergruppe" konnte die JA mithin nicht angesehen werden.

Die strukturelle Verknüpfung von Jugendorganisation und Mutterpartei ließ sich auch daran erkennen, dass auf der Website der AfD unter der Rubrik „*Über uns*" auf die JA verlinkt wurde. Die JA wurde damit von der Mutterpartei ohne Weiteres zur Partei gerechnet.[2520] Ähnliche Zuordnungen der JA zur AfD fanden sich auch auf den Websites von AfD-Landesverbänden. So erfolgte die Verlinkung der JA auf den Websites der AfD-Landesverbände Bayern[2521], Hessen[2522], Nordrhein-Westfalen[2523] und Sachsen-Anhalt[2524] bezeichnenderweise unter der Rubrik „*Partei*", in Sachsen[2525] im Foo-

---

[2516] VG Stuttgart, Beschl. v. 06.11.2023, 1 K 167/23, juris, Rn. 243.
[2517] VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 526.
[2518] Schmid, Franz: „Es ist gut, dass patriotische Leute im #Landtag sitzen und #Politik für die eigenen Leute machen" vom 17.12.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.12.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß", abgerufen am 14.03.2024.
[2519] tagesschau: „AfD zählt mehr Mitglieder" vom 22.06.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 27.06.2024.
[2520] Alternative für Deutschland: „Über uns", in: www.afd.de, abgerufen am 28.09.2023.
[2521] Alternative für Deutschland, Landesverband Bayern: „Partei", in: www.afdbayern.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2522] Alternative für Deutschland, Landesverband Hessen: „Partei", in: www.afd-hessen.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2523] Alternative für Deutschland, Landesverband Nordrhein-Westfalen: „Partei", in: www.afd.nrw, abgerufen am 20.08.2024.
[2524] Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen-Anhalt: „Partei", in: www.afd-lsa.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2525] Alternative für Deutschland, Landesverband Sachsen: Website Footer, in: www.afdsachsen.de, abgerufen am 20.08.2024.

ter der Website. Die AfD Brandenburg verknüpfte die JA Brandenburg auf ihrer Website unmittelbar im Header der Website.[2526] Der AfD-Landesverband Baden-Württemberg verlinkte auf seiner Website unter *„Landesverband"* auf *„Jugendorganisation"*, was nach Anklicken auf die Website der JA Baden-Württemberg führte.[2527]

b. Rekrutierung und Ausbildung von künftigen AfD-Funktionärinnen und -Funktionären durch die JA

Die JA spielte für die AfD eine relevante Rolle bei der Heranbildung aktueller und künftiger Funktionäre. So wurden auf dem Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN) zwei Vollmitglieder der JA in den AfD-Bundesvorstand gewählt. Carlo Clemens (MdL NW) war von April 2021 bis Oktober 2022 Bundesvorsitzender der JA.[2528] Im Juni 2022 sprach Clemens angesichts seiner Wahl explizit davon, als *„JA-Spitzenkandidat zum Beisitzer in den AfD-Bundesvorstand"* gewählt worden zu sein.[2529] Diese Formulierung bringt die Bedeutung, die der AfD-Bundesparteitag bei den Vorstandswahlen der JA und deren Vertreter hat, deutlich zum Ausdruck. Neben Carlo Clemens ist insbesondere erwähnenswert, dass der AfD-Bundesschriftführer Dennis Hohloch (MdL BB) von 2015 bis 2020 Landesvorsitzender der JA Brandenburg war.[2530] Wenngleich Carlo Clemens auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2024 in Essen (NW) nicht wieder für ein AfD-Bundesvorstandsamt kandidierte, sind ehemalige JA-Funktionäre auch gegenwärtig noch hochrangig im AfD-Bundesvorstand vertreten. Mit Alexander Jungbluth (MdEP RP, stellvertretender Bundesschatzmeister) und Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer) sind ein langjähriges JA-Landesvorstandsmitglied sowie der letzte JA-Bundesvorsitzende Teil des AfD-Bundesvorstands geworden.[2531]

Im Rahmen des AfD-Bundesparteitags 2024 in Essen (NW) hob Gnauck die Rolle der JA bei der Rekrutierung von zukünftigen AfD-Mandatsträgerinnen und -trägern hervor:

[2526] Alternative für Deutschland, Landesverband Brandenburg: Website Header, in: www.afd-brandenburg.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2527] Alternative für Deutschland, Landesverband Baden-Württemberg: „Landesverband", in: www.afd-bw.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2528] Landtag Nordrhein-Westfalen: „Detailansicht des Abgeordneten Carlo Clemens", in: www.landtag.nrw.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2529] Alternative für Deutschland: „Über uns. Bundesvorstand", in: www.afd.de, abgerufen am 31.01.2023.
[2530] Ebd.
[2531] Ebd.

> *„Wir müssen unser Personal professionalisieren, wir müssen Schulungen abhalten für die Mitglieder, weil in der JA sind eben auch die zukünftigen Mandatsträger der Partei engagiert. Und es geht ja immer darum, bei Wahlen maximale Erfolge zu erreichen und dann eben auch unsere Mandatsträger irgendwann mal in Regierungsverantwortung zu bringen. Und auch das ist eine Aufgabe der Jugendorganisation, eben diese jungen Mandatsträger heranzuführen, zu schulen, weiterzubilden und dann in die AfD einfließen zu lassen, damit sie dann irgendwann mal für den Landtag, für den Bundestag oder für ein kommunales Amt kandidieren.“*[2532]

Die von Gnauck formulierte Perspektive, dass JA-Mitglieder sich durch ihre Zeit in der Jugendorganisation in ihren Fähigkeiten entwickeln sollten, damit sie später einmal auch erfolgreich für Mandate in den Parlamenten kandidieren könnten, hat sich in den vergangenen Jahren bereits in größerer Zahl erfüllt.

Die AfD-Delegation im Europäischen Parlament verfügt seit der Europawahl 2024, bei der die Partei 15,9 % der Stimmen erreichte, über 15 Sitze im Parlament. Mit den fünf Abgeordneten René Aust (TH), Alexander Jungbluth (RP), Arno Bausemer (ST), Tomasz Froelich (HH) und Mary Khan-Hohloch (HE) sind 33,3 % der Delegation (ehemalige) Funktionäre der JA.[2533]

Der damalige thüringische AfD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landessprecher der AfD Thüringen René Aust (Listenplatz 3, gewählt mit 67,8 %) war jedenfalls 2018 stellvertretender Vorsitzender der JA Thüringen.[2534]

Alexander Jungbluth (Listenplatz 5, gewählt mit 75,4 %) war von April 2019 bis Juli 2021 Vorsitzender der JA Rheinland-Pfalz.[2535] Aktuell fungiert er als stellvertretender AfD-Bundesschatzmeister.[2536]

[2532] Gnauck, Hannes: „Interview Hannes Gnauck zum 15. AfD-Bundesparteitag in Essen“ vom 05.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.07.2024, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 05.09.2024.

[2533] Die Bundeswahlleiterin: „Europawahl 2024“, in: www.bundeswahlleiterin.de, abgerufen am 29.08.2024.

[2534] Friesen, Anton: Facebook-Eintrag vom 15.12.2018, abgerufen am 08.02.2019.

[2535] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Facebook-Einträge vom 08.04.2019 und 14.07.2021, abgerufen am 27.09.2023.

[2536] AfD: „Bundesvorstand“, in: www.afd.de, abgerufen am 20.08.2024.

Arno Bausemer (Listenplatz 10, gewählt mit 86,7 %, damaliger Landesschatzmeister der AfD Sachsen-Anhalt) war bis 2019 Vorsitzender des JA-Kreisverbands Altmark (ST).[2537]

Tomasz Froelich (Listenplatz 12, gewählt mit 85,8 %) war von Februar 2019 bis März 2025 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungen Alternative.[2538]

Mary Khan-Hohloch (Listenplatz 14, gewählt mit 52 %) war von Februar 2019 bis Oktober 2022 stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Alternative.[2539] [2540]

Darüber hinaus wurden im Rahmen der AfD-Europawahlversammlung am 29./30. Juli und 4./5. August 2023 in Magdeburg (ST) vier weitere (ehemalige) Funktionäre und Mitglieder der Jungen Alternative auf die Liste für die Wahl zum Europäischen Parlament 2024 gewählt:[2541] [2542] [2543] [2544]

Michael Schumann (Listenplatz 24) war von Januar 2024 bis März 2025 Vorsitzender der JA Hamburg.[2545]

Alexander Wiesner (Listenplatz 26, MdL SN) war Vorsitzender der JA Sachsen.[2546]

David Christopher Eckert (Listenplatz 29) war Landesvorsitzender der JA Berlin.[2547]

Arnold Fiz (Listenplatz 33) war von Juli 2023 bis Januar 2025 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Rheinland-Pfalz.[2548]

Die Ergebnisse der Europawahlversammlung zeigten einen zunehmenden Erfolg der JA und ihrer Mitglieder bei Listenaufstellungen, was u. a. auch auf ein strategischeres

---

[2537] Altmärkische Zeitung: „Altmärkischer AfD-Nachwuchs schießt gegen die CDU" vom 15.05.2019, in: www.az-online.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2538] Froelich, Tomasz: Facebook-Eintrag vom 16.10.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2539] Alternative für Deutschland: „Listenplätze Europawahl", in: www.afd.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2540] Business Insider: „Besuch beim AfD-Nachwuchs. Wie die Junge Alternative versucht, sich politisch zu häuten" vom 22.02.2019, in: www.businessinsider.de, abgerufen am 27.09.2023.
[2541] Alternative für Deutschland: „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg" vom 29.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 30.07.2023.
[2542] Alternative für Deutschland: „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg" vom 30.07.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.
[2543] Alternative für Deutschland: „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg! 04.08.2023" vom 04.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023.
[2544] Alternative für Deutschland: „Live: Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg! 05.08.2023" vom 05.08.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.08.2023.
[2545] Junge Alternative: „Junge Alternative Hamburg", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 20.08.2024.
[2546] Junge Alternative: „Junge Alternative Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2547] Alternative für Deutschland: „Listenplätze Europawahl", in: www.afd.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2548] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Instagram-Eintrag vom 23.07.2023, abgerufen am 27.09.2023.

Vorgehen der JA und eine bessere Vernetzung in der Gesamtpartei zurückzuführen war.

Auch im Deutschen Bundestag fanden und finden sich in der AfD-Fraktion ehemalige Mitglieder der JA. Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 weisen 18 der insgesamt 152 gewählten AfD-Abgeordneten einen Vorlauf in der JA auf:

Dario Seifert (MV) war Gründungsvorsitzender der JA Mecklenburg-Vorpommern.[2549] Die JA MV gratulierte dem *„JA-Spitzenkandidaten"* zur Wahl in den Bundestag.[2550]

Robert Teske (TH) war von 2016[2551] bis 2019[2552] Landesvorsitzender der JA Bremen. 2020 war er Mitglied des Landesvorstands der JA Thüringen.[2553]

Christopher Drößler (TH) war Landesschatzmeister der JA Thüringen.[2554]

Torben Braga (TH) war von 2019 bis 2025 Landtagsabgeordneter der AfD Thüringen und Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag[2555]. Er war stellvertretender Sprecher der AfD Thüringen[2556] und ist gegenwärtig als Beisitzer Mitglied des Landesvorstands der AfD Thüringen[2557]. Er war zudem JA-Mitglied[2558] und trat im Jahr 2018 als Sprecher des JA-Bundesvorsitzenden auf.[2559] [2560]

Micha Fehre (NI) war bis zu deren Auflösung Mitglied der JA Niedersachsen.[2561]

[2549] NDR: „‚Heldengedenken' und ‚Deutschland zuerst' – AfD driftet weiter ins Völkische", in: www.ndr.de vom 25.11.2024, abgerufen am 27.03.2025.
[2550] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 24.02.2025, abgerufen am 28.03.2025.
[2551] Junge Alternative Bremen: Facebook-Eintrag vom 17.10.2016, abgerufen am 06.11.2024,
[2552] Junge Alternative Bremen: Facebook-Eintrag vom 11.03.2019, abgerufen am 11.03.2025.
[2553] Junge Alternative Berlin: Facebook-Eintrag vom 14.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2554] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025.
[2555] Thüringer Landtag: „Abgeordnete & Fraktionen & Gruppe, Sitzordnung", in: www.thueringer-landtag.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2556] AfD Thüringen: „Ihr Landesvorstand Thüringen", in: www.afd-thueringen.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2557] AfD Thüringen: „Landesvorstand Thüringen", in: www.afd-thueringen.de, abgerufen am 27.03.2025.
[2558] Junge Alternative Thüringen: Facebook-Eintrag vom 20.11.2023, abgerufen am 22.08.2024.
[2559] ZEIT: „AfD-Jugend wird Verfassungsschutz nicht los" vom 06.11.2018, in: www.zeit.de, abgerufen am 26.02.2024.
[2560] Tagesspiegel: „AfD Nachwuchs Junge Alternative löst Landesverband Niedersachsen auf" vom 04.11.2018, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 26.04.2024.
[2561] Junge Alternative Niedersachsen: Instagram-Eintrag vom 27.12.2024, abgerufen am 07.03.2025.

Carsten Becker (SL) war neben seiner Tätigkeit als Landesvorsitzender der AfD Saarland auch Mitglied des saarländischen JA-Landesverbands.[2562]

Maximilian Kneller (NW) war von September 2019 bis Oktober 2022 Beisitzer im Landesvorstand der JA Nordrhein-Westfalen.[2563] [2564]

Tobias Ebenberger (NW) war bis zur Auflösung der JA NW Mitglied der Jugendorganisation.[2565]

Bastian Treuheit (BY) war Mitglied der JA Bayern.[2566]

Dem 21. Deutschen Bundestag gehören weiterhin Tobias Matthias Peterka (BY), Markus Frohnmaier (BW), Sebastian Münzenmaier (RP), Andreas Bleck (RP), Michael Espendiller (NW), Jan Wenzel Schmidt (ST), Jan Nolte (HE), Hannes Gnauck (BB) und Matthias Helferich (NW) an.[2567]

Bereits bei der Bundestagswahl 2021, bei der die AfD 83 Mandate gewinnen konnte, waren mit Tobias Matthias Peterka[2568] [2569] (BY), Markus Frohnmaier[2570] [2571](BW), Sebastian Münzenmaier (RP), Andreas Bleck (RP), Michael Espendiller (NW), Jan Wenzel Schmidt (ST), Jan Nolte (HE), Hannes Gnauck (BB) und Matthias Helferich (NW) insgesamt neun ehemalige und aktuelle Funktionäre der JA ins Parlament gewählt worden.[2572]

Des Weiteren waren in der abgelaufenen Legislaturperiode der im Oktober 2024 aus der AfD ausgetretene damalige Bundestagsabgeordnete Dirk Spaniel[2573] (BW) sowie

---

2562 Becker, Carsten: „Zeit für Deutschland': 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
2563 Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Facebook-Eintrag vom 23.09.2019, abgerufen am 28.03.2025.
2564 Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 01.10.2022, abgerufen am 28.03.2025.
2565 Junge Alternative Köln: Instagram-Eintrag vom 25.03.2024, abgerufen am 11.02.2025.
2566 Junge Alternative Bayern: Instagram-Eintrag vom 31.05.2023, abgerufen am 07.03.2025.
2567 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Abgeordnete", in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 07.04.2025.
2568 Deutscher Bundestag: „Biografien: Tobias Peterka", in: www.bundestag.de, abgerufen am 20.08.2024.
2569 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Tobias Matthias Peterka", in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 12.09.2024.
2570 Deutscher Bundestag: „Biografien: Markus Frohnmaier", in: www.bundestag.de, abgerufen am 20.08.2024.
2571 AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Fraktionsvorstand", in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 27.03.2025.
2572 Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 29.09.2021, abgerufen am 05.10.2021
2573 Spaniel, Dirk: Facebook-Eintrag vom 29.05.2022, abgerufen am 11.09.2024.

die AfD-Bundestagsabgeordneten Malte Kaufmann[2574] (BW), René Bochmann[2575] (SN), Marcus Bühl[2576] (TH) und der parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion Enrico Komning[2577] (MV) Fördermitglieder der JA.

Neben dem Europäischen Parlament und dem Deutschen Bundestag wurden (ehemalige) Mitglieder der JA auch auf Landesebene in Parlamente gewählt, zuletzt bei den drei Landtagswahlen in Ostdeutschland im Jahr 2024:

Seit der Landtagswahl am 1. September 2024 in Thüringen[2578] weisen mit Vivien Rottstedt und Peter Gerhardt zwei von insgesamt 32 AfD-Abgeordneten im Thüringer Landtag einen Vorlauf in der JA auf.[2579]

Vivien Rottstedt (Listenplatz 22) war ab 2020 Beisitzerin im Landesvorstand der JA Thüringen,[2580] Peter Gerhardt (Listenplatz 25) war von 2020 bis 2022 stellvertretender Vorsitzender der JA Thüringen.[2581] [2582]

Neben den beiden genannten Personen kandidierten außerdem noch zwei weitere JA-Mitglieder auf der Landesliste:

Christopher Drößler (Listenplatz 23) war Landesschatzmeister der JA Thüringen.[2583]

Alexander Claus (Listenplatz 38) war Beisitzer im Landesvorstand der JA Thüringen.[2584]

Auch in Sachsen waren mehrere JA-Mitglieder bzw. -Funktionäre Teil der Landesliste der AfD für die Landtagswahl am 1. September 2024.[2585] Hier gelang es mit Alexander Wiesner und Jonas Dünzel zwei JA-Mitgliedern, in den Landtag (wieder-) gewählt

---

[2574] AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag: „Landesgruppe Baden-Württemberg: Wir stellen uns vor" in: www.afdbundestag.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2575] Bochmann, René: Tweet vom 09.02.2024, abgerufen am 11.09.2024.
[2576] Junge Alternative Thüringen: Facebook-Eintrag vom 10.06.2021, abgerufen am 11.09.2024.
[2577] Komning, Enrico: Facebook-Eintrag vom 28.10.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2578] AfD-Landesverband Thüringen: „AfD wählt Landesliste zur Landtagswahl 2024" vom 18.11.2023, in: www.afd-thueringen.de, abgerufen am 08.12.2023.
[2579] Landtag Thüringen: „Abgeordnete nach Fraktionen & Gruppen", in: www.thueringer-landtag.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2580] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 14.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2581] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 14.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2582] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025.
[2583] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025
[2584] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Thüringen" vom 22.08.2024, in: www.junge-alternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2585] MDR: „Kandidaten zur Landtagswahl in Sachsen 2024", in: www.mdr.de, abgerufen am 14.10.2024.

zu werden. Wiesner wurde im Anschluss sogar in den Vorstand der aus 40 Abgeordneten bestehenden Fraktion gewählt.[2586] Er (Listenplatz 10) war Vorsitzender der JA Sachsen.[2587]. Dünzel (Listenplatz 9) war Mitglied der JA.[2588]

Neben den beiden waren außerdem drei weitere Personen mit Bezügen zur JA auf der Landesliste:

Marius Beyer (Listenplatz 43) war Mitglied der JA.[2589]

Nicole Scharpe (Listenplatz 48) war stellvertretende Landesvorsitzende der JA Sachsen.[2590]

Fabian Küble (Listenplatz 69) war Beisitzer im Bundesvorstand der JA.[2591] Darüber hinaus war er stellvertretender Landesvorsitzender der JA Sachsen.[2592]

In Brandenburg kandidierten für die Landtagswahl am 22. September 2024 ebenfalls mehrere (ehemalige) Mitglieder der JA als Listenkandidaten der AfD.[2593] Der neu gewählten 30-köpfigen Fraktion gehören drei Abgeordnete mit JA-Vorlauf an[2594]: Der parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Dennis Hohloch (Listenplatz 2), war Mitglied der JA Brandenburg.[2595] Felix Teichner (Listenplatz 3) war Mitglied der JA.[2596] Darüber hinaus ist er Vorsitzender des AfD-Kreisverbands Uckermark (MV) und Beisitzer im Landesvorstand der AfD Brandenburg.[2597] Der Abgeordnete Jean-

---

[2586] Sächsischer Landtag: „Fraktionen im 8. Sächsischen Landtag", in: www.landtag.sachsen.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2587] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2588] Junge Alternative Sachsen: Tweet vom 12.06.2024, ohne Abrufdatum.
[2589] Junge Alternative Sachsen: Tweet vom 12.06.2024, ohne Abrufdatum.
[2590] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2591] Junge Alternative für Deutschland: „Bundesvorstand", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2592] Junge Alternative für Deutschland: „Vorstand der JA Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 29.08.2024.
[2593] AfD-Landesverband Brandenburg: „AfD Brandenburg bestens aufgestellt zur Landtagswahl 2024" vom 07.04.2024, in: www.afd-brandenburg.de, abgerufen am 08.04.2024.
[2594] RBB24: „Wer neu im Brandenburger Landtag ist und wer seinen Platz verliert" vom 24.09.2024, in: www.rbb24.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2595] Landtag Brandenburg: „Abgeordnete: Dennis Hohloch", in: www.landtag.brandenburg.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2596] Landtag Brandenburg: „Felix Teichner", in: www.landtag.brandenburg.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2597] AfD Brandenburg: Facebook-Eintrag vom 22.07.2019, abgerufen am 22.08.2024.

Pascal Hohm (Listenplatz 9) war bis 2016 Landesvorsitzender der JA Brandenburg.[2598]

Daneben schaffte es mit Lion Edler (Listenplatz 28) ein weiteres Mitglied der JA Brandenburg auf die Landesliste. Edler war bis November 2023 Schriftführer im Landesvorstand der JA Brandenburg.[2599] [2600]

Auf der Ebene der Landesverbände lassen sich unter den Funktions- und Mandatsträgern außerdem zahlreiche weitere Parteikarrieren feststellen, die mit Tätigkeiten in der JA begannen. Beispielhaft seien hier folgende Personen genannt:

Reimond Hoffmann, bis Februar 2024 Schriftführer im AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg, war 2018 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Baden-Württemberg.[2601]

Severin Köhler war zunächst stellvertretender Landesvorsitzender der JA Baden-Württemberg[2602] und ab 2022 deren Vorsitzender.[2603] Er war von Juli 2022[2604] bis Februar 2024 Beisitzer im AfD-Landesvorstand Baden-Württemberg.[2605] Sein Nachfolger in dieser Funktion ist seit Februar 2024 der zuletzt stellvertretende JA-Landesvorsitzende Baden-Württemberg Benjamin Götz[2606] [2607].

Miguel Klauß (MdL BW) war ab 2016 Mitglied der JA.[2608]

Das Mitglied der JA Bayern Michael Stauch fungierte von Oktober 2021 bis Januar 2024 als Beisitzer im Landesvorstand der AfD Bayern. Die JA Bayern gratulierte am 17. Oktober 2021 mit folgenden Worten zu dessen Wahl: *„vor allem herzliche Glückwünsche an unseren Kandidaten der Jungen Alternative Bayern, Michael*

[2598] Lausitzer Rundschau: „Ex-Chef der Jungen Alternative ist neuer Vorsitzender der AfD Cottbus" vom 12.04.2021, in: www.lr-online.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2599] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Story vom 13.11.2021, abgerufen am 14.11.2021.
[2600] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Eintrag vom 11.11.2023, abgerufen am 09.01.2024.
[2601] Junge Alternative Baden-Württemberg: „Vorstand", in: www.ja-baden-wuerttemberg.de, abgerufen am 20.08.2024 über web.archive.org mit Datum 28.09.2018.
[2602] Junge Alternative Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 01.03.2020, abgerufen am 04.03.2020.
[2603] Konflikt Magazin: „Ein neuer Vorstand für die Junge Alternative Baden-Württemberg", in: www.konfliktmag.de vom 12.06.2022, abgerufen am 13.06.2022.
[2604] Junge Alternative Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 19.07.2022, abgerufen am 14.10.2024.
[2605] AfD Baden-Württemberg: Facebook-Eintrag vom 02.03.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2606] Götz, Benjamin: Instagram-Eintrag vom 29.02.2024, abgerufen am 22.04.2024.
[2607] AfD Baden-Württemberg: „Der Landesvorstand der AfD Baden-Württemberg", in: www.afd-bw.de, abgerufen am 22.04.2024.
[2608] Klauß, Miguel: Facebook.-Eintrag vom 27.04.2023, abgerufen am 11.09.2024.

Stauch."[2609] Das deutet darauf hin, dass er von der JA Bayern für die Wahl vorgeschlagen worden war. Stauch wurde im Januar 2023 zum Landesvorsitzenden der JA Bayern gewählt.[2610] Das Amt hatte er bis Januar 2024 inne.[2611]

Franz Schmid (MdL BY) war Vorsitzender der JA Bayern.[2612] Seit Januar 2024 ist er zudem Beisitzer im Landesvorstand der AfD Bayern.[2613] Außerdem war er von Oktober 2022 bis März 2025 JA-Bundesschatzmeister.[2614]

Der bayerische Landtagsabgeordnete Daniel Halemba war ebenfalls JA-Mitglied.[2615]

Benjamin Nolte (MdL BY) war von 2013 bis 2018 Mitglied der JA. Bis April 2014 war er stellvertretender Bundesvorsitzender der JA.[2616] Nolte schied 2018 altersbedingt aus der JA aus.[2617]

Jochen Roos (MdL HE) war seit Juni 2024 Vorsitzender der JA Hessen; Maximilian Müger (MdL HE) war von Juni 2024 bis September 2024 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Hessen.[2618] [2619] Gerhard Bärsch (MdL HE) war Mitglied der JA.[2620] Pascal Schleich (MdL HE) war ab 2022 Beisitzer im Vorstand der JA Hessen und ab Juni 2024 Schatzmeister der JA Hessen.[2621] [2622] Der zuletzt Vorsitzende der

---

[2609] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 17.10.2021, abgerufen am 22.08.2024.
[2610] Junge Alternative Bayern: Telegram-Beitrag vom 20.01.2023, abgerufen am 22.08.2024.
[2611] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 27.01.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2612] Junge Alternative Bayern: „Landesvorstand", in: www.generationdeutschland.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2613] AfD Bayern: „Landesvorstand", in: www.afdbayern.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2614] Junge Alternative: Instagram-Eintrag vom 15.10.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2615] Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 31.10.2023, abgerufen am 19.03.2024.
[2616] ZEIT: „Die rechten Burschen bei der AfD" vom 01.04.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2617] Bayerischer Landtag: „Biografien: Benjamin Nolte", in: www.bayern.landtag.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2618] Hessenschau: „AfD will Junge Alternative beruhigen" vom 24.06.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2619] Hessenschau: „Nach Sturmgewehr-Auftritt: AfD-Politiker Müger verlässt Partei und Fraktion" vom 06.09.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2620] ZEIT: „Gericht: AfD-Jugend extremistisch, Mitglieder im Landtag" vom 06.02.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2621] Junge Alternative Hessen: Facebook-Eintrag vom 06.11.2022, abgerufen am 07.11.2022.
[2622] Hessenschau: „AfD will Junge Alternative beruhigen" vom 24.06.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 29.08.2024.

JA Sachsen-Anhalt[2623] Christian Mertens (MdL ST) ist als „Vertreter der Jungen Alternative“ Teil des AfD-Landesvorstands[2624], Vorsitzender der AfD-Fraktion im Magdeburger Stadtrat[2625] und seit 2023 Abgeordneter des Landtags von Sachsen-Anhalt[2626]. Thorsten Weiß, AfD-Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und von 2016 bis 2020 Landesvorstandsmitglied der AfD Berlin, war vom Dezember 2014 bis November 2017 Vorsitzender der JA Berlin.[2627]

Marc Vallendar (MdA) wurde 2015 zum stellvertretenden Vorsitzenden der JA Berlin gewählt.[2628]

Alexander Bertram (MdA) war ab 2016 Beisitzer im Vorstand der JA Berlin.[2629]

Der frühere stellvertretende Landesvorsitzende der JA Bremen[2630] Mercan Karakaya (2019) ist gegenwärtig Mitglied des AfD-Landesvorstands Bremen.[2631]

Krzysztof Walczak (MdHB) war stellvertretender JA-Bundesvorsitzender[2632] und bis 2018 Vorsitzender der JA Hamburg.[2633] Ab 2016 war er Schriftführer der AfD Hamburg, seit 2020 ist er deren stellvertretender Landesvorsitzender.[2634] [2635]

Sven Tritschler (MdL NW) war von 2014 bis 2017 Landesvorsitzender der JA Nordrhein-Westfalen und von 2015 bis 2018 Bundesvorsitzender der JA.[2636] Aktuell ist er

2623 Junge Alternative für Deutschland: „Junge Alternative Sachsen-Anhalt“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
2624 AfD Sachsen-Anhalt: „Vorstand“, in: www. afd-lsa.de, abgerufen am 26.02.2024.
2625 AfD Magdeburg: „Stadtratsfraktion“, in: www.afd-md.de, abgerufen am 26.02.2024.
2626 Landtag Sachsen-Anhalt: „Biografien: Christian Mertens“, in: www.landtag.sachsen-anhalt.de, abgerufen am 20.08.2024.
2627 Abgeordnetenhaus Berlin: „Abgeordnete: Thorsten Weiß“, in: www.parlament-berlin.de, abgerufen am 22.08.2024.
2628 Junge Alternative Berlin: Facebook-Eintrag vom 27.11.2015, abgerufen am 22.08.2024.
2629 Junge Alternative Berlin: Facebook-Eintrag vom 07.05.2016, abgerufen am 11.09.2024.
2630 Junge Alternative Bremen: Facebook-Eintrag vom 11.03.2019, abgerufen am 10.07.2019.
2631 AfD Bremen: „Landesvorstand“, in: www.afd-bremen.de, abgerufen am 14.10.2024.
2632 Walczak, Krzystof: „Junge Alternative (AfD): Krzystof Walczak im Interview #DuhastdieWahl2017“ vom 15.09.2017; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Futurezone.de“, abgerufen am 14.10.2024.
2633 Hamburger Abendblatt: „Krzystof Walczak und Delphine Thiermann: Die Junge Alternative“ vom 15.07.2016, in: www.abendblatt.de, abgerufen am 14.10.2024.
2634 AfD Hamburg: „Krysztof Walczak“, in: www.afd-hamburg.de, abgerufen am 30.05.2023.
2635 AfD Hamburg: „Vorstand“, in: www.afd-hamburg.de, abgerufen am 20.08.2024.
2636 Landtag Nordrhein-Westfalen: „Detailansicht des Abgeordneten Sven W. Tritschler“, in: www.landtag.nrw.de, abgerufen am 14.10.2024.

stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen[2637] und stellvertretender Sprecher das AfD Nordrhein-Westfalen.

Der nordrhein-westfälische AfD-Landtagsabgeordnete Zacharias Schalley war langjähriges Vorstandsmitglied der JA Nordrhein-Westfalen. [2638] [2639]

Damian Lohr (MdL RP), der zum damaligen Zeitpunkt auch Bundesvorsitzender der JA war, wurde 2019 als Beisitzer in den Vorstand der JA Rheinland-Pfalz gewählt.[2640] Zurzeit ist er Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz.[2641]

Robin Classen, Beisitzer im Landesvorstand der AfD Rheinland-Pfalz[2642], war langjähriger Schriftführer der JA Rheinland-Pfalz.[2643] [2644]

Rolf Weigand war Vorsitzender der JA Sachsen.[2645] Von 2018 bis 2024 war er Mitglied des Sächsischen Landtags und Teil der AfD-Fraktion. Seit Herbst 2024 ist er Bürgermeister von Großschirma (SN).[2646]

Kevin Dorow, Beisitzer im AfD-Landesvorstand Schleswig-Holstein, war zunächst stellvertretender Vorsitzender der JA Schleswig-Holstein[2647] und ab 2019 dann weiterhin im Landesvorstand aktiv.[2648]

Jan-Phillip Tadsen (MdL MV), stellvertretender Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion, war Beisitzer im Vorstand der JA Mecklenburg-Vorpommern.[2649] [2650]

[2637] AfD-Fraktion NRW: „Sven Werner Tritschler: Werdegang in der AfD", in: www.afd-fraktion.nrw, abgerufen am 09.09.2024.
[2638] Junge Alternative NRW: Facebook-Eintrag vom 03.10.2021, abgerufen am 22.08.2024.
[2639] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Vorstand", in: www.jungealternative-nrw.de, abgerufen am 08.02.2019.
[2640] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Facebook-Eintrag vom 17.11.2019, abgerufen am 22.08.2024.
[2641] Landtag Rheinland-Pfalz: „Die AfD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz", in: www.landtag-rlp.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2642] AfD Rheinland-Pfalz: „Vorstand", in: www.alternative-rlp.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2643] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: „Landesvorstand", in: www.ja-rlp.de, abgerufen am 21.05.2019.
[2644] Junge Alternative Rheinland-Pfalz: Facebook-Eintrag vom 08.04.2018, abgerufen am 22.08.2024.
[2645] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 23.01.2019, abgerufen am 08.02.2019.
[2646] Freie Presse: „Rolf Weigand als Bürgermeister von Großschirma verpflichtet" vom 29.10.2024, in: www.freiepresse.de, abgerufen am 27.03.2025.
[2647] Junge Alternative Schleswig-Holstein: „Vorstand", in: www.jungealternative-sh.de, abgerufen am 22.08.2024 über web.archive.org mit Datum 22.01.2019.
[2648] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 09.02.2019, abgerufen am 12.03.2019.
[2649] Junge Alternative: „Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.03.2024.
[2650] Holm, Leif-Erik: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, abgerufen am 14.10.2024.

Paul-Joachim Timm (MdL MV) war Vorstandsmitglied der JA Mecklenburg-Vorpommern.[2651]

Die Aufzählung zeigt einerseits die quantitative wie qualitative Repräsentanz von Personen in der AfD, die über einen Vorlauf in der JA verfügen. Über die Jahre ist es vielen JA-Mitgliedern gelungen, sich erfolgreich um Mandate zu bewerben oder aber in der AfD selbst in einflussreiche Parteiämter gewählt zu werden.

Welchen Stellenwert der AfD-Bundesvorstand den JA-Mitgliedern für die zukünftige Entwicklung der Partei beimaß, lässt sich auch anhand des ersten Seminarwochenendes der parteieigenen „Nachwuchsakademie Schwarz-Rot-Gold" aufzeigen. Dieses fand am 18. und 19. November 2023 in Leipzig (SN) statt. Unter den Teilnehmern waren die damaligen Vorsitzenden der JA-Landesverbände Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, Martin Kohler[2652] und Alexander Tschich[2653] [2654], die stellvertretenden Vorsitzenden der JA-Landesverbände Sachsen und Sachsen-Anhalt, Fabian Küble[2655] und Kevin Michalzik[2656], der ehemalige Beisitzer im Vorstand der JA Sachsen-Anhalt Thorben Vierkant[2657] und der frühere Beisitzer im Vorstand der JA Hessen Pascal Schleich[2658] [2659]. Lediglich zwei Teilnehmer sind nicht als JA-Funktionäre bekannt. Zudem trat der stellvertretende Vorsitzende der JA Thüringen[2660] [2661], Dante Riedel, hier als Dozent auf. Damit rekrutierten sich die von der AfD für die Schulung und damit offenkundig als zukünftige Funktionäre und Mandatsträger vorgesehenen Nachwuchspolitiker maßgeblich aus den Reihen der Jungen Alternative.[2662]

[2651] AfD Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 28.11.2021, abgerufen am 29.11.2021.
[2652] AfD Bezirksverband Charlottenburg-Wilmersdorf: „Stellvertretender Sprecher Martin Kohler", in: www.afd-charlottenburg-wilmersdorf.online, abgerufen am 14.10.2024.
[2653] Junge Alternative: „Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2654] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 03.12.2023, abgerufen am 04.12.2023.
[2655] Junge Alternative: „Junge Alternative Sachsen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2656] Junge Alternative: „Junge Alternative Sachsen-Anhalt", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2657] AfD Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 27.06.2021, abgerufen am 14.10.2024.
[2658] Junge Alternative Hessen: Facebook-Eintrag vom 06.11.2022, abgerufen am 07.11.2022.
[2659] Hessenschau: „AfD will Junge Alternative beruhigen" vom 24.06.2024, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 29.08.2024.
[2660] Junge Alternative: „Junge Alternative Thüringen", in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
[2661] JA Thüringen: Instagram-Eintrag vom 12.12.2022, abgerufen am 11.03.2025.
[2662] Riedel, Dante: Instagram-Eintrag vom 24.11.2023, abgerufen am 01.12.2023.

c. Äußerungen von AfD-Funktionärinnen und -Funktionären zur Bedeutung der JA

Weiterhin existieren zahlreiche Äußerungen von AfD- und damaligen JA-Funktionärinnen und -Funktionären, die die Bedeutung der JA für die AfD deutlich bekunden.

Der AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) gratulierte dem im Rahmen des JA-Bundeskongresses am 15. Oktober 2022 in Apolda (TH) neugewählten Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck und betonte die Zusammenarbeit der JA mit der *„Mutterpartei"*:

> *„Jugendorganisation und Mutterpartei werden zum Wohl unseres Landes Hand in Hand gehen. Auf gute Zusammenarbeit!"*[2663]

Über entsprechende Unterstützungsbekundungen hatte bereits Anna Leisten, bis zuletzt Beisitzerin im JA-Bundesvorstand, in einem Interview am Rande des AfD-Bundesparteitags im Juni 2022 berichtet:

> *„Zum Verhältnis zur Jungen Alternative. Also das ist wirklich jetzt ein Bundesvorstand, der definitiv sich von vornherein schon für die JA ausgesprochen hat. Die haben erkannt, dass wir also auch die Zukunft dieser Partei sind, dass wir die Zukunft dieses Landes sind und dass wir garantiert, also es wird ganz sicher gefördert werden, und dass wir auch, Tino Chrupalla hat es ja auch in seiner Rede angekündigt, dass die Jugend also durch Schulungen, durch Seminare, durch Presse- und Öffentlichkeitsschulungen halt gefördert werden, und ich blicke da wirklich sehr positiv in die Zukunft."*[2664]

Dennis Hohloch, AfD-Bundesschriftführer und brandenburgischer Landtagsabgeordneter, bekannte sich auf der AfD-Facebookseite zur Förderung der jungen AfD-Mitglieder und sah die Unterstützung der JA als Teil der Nachwuchsförderung für die AfD:

> *„‚Man muss ihnen sagen: Wir unterstützen Euch, wir helfen Euch gegebenenfalls und wir binden Euch ins Parteigeschehen ein', erklärt Hohloch, ‚dann schafft man die Verbindung zwischen Jung und Alt und kann noch mehr junge*

[2663] Chrupalla, Tino: Tweet vom 15.10.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2664] Leisten, Anna: „AfD-Bundesparteitag: Mein Interview mit zwei Mitgliedern der Jungen Alternative"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.06.2022, Kanal: „Irfan Peci", abgerufen am 21.11.2022.

> *Wähler begeistern'. Die Nachwuchsförderung ist ein Thema, für die sich der Geschichts- und Geografielehrer im Vorstand gerne einsetzen würde. Dazu gehört auch, Angebote wie Schulungen oder eine Akademie zu schaffen. Und die Unterstützung der Jugendorganisation Junge Alternative – finanziell und repräsentativ.“*[2665]

Birgit Bessin, die damalige Vorsitzende des AfD-Landesverbands Brandenburg und heutige brandenburgische AfD-Bundestagsabgeordnete, betonte in ihrer Rede vom 3. Juni 2022 auf dem Bayerisch-Brandenburgischen AfD-Infoabend die Bedeutung der JA:

> *„Das gehört nämlich dazu, dass die Junge Alternative auch in Brandenburg immer mit dabei ist, die Junge Alternative ist bei uns im Landesvorstand kooptiert. Die jungen Leute gehören einfach dazu, denn die Zukunft gehört nun mal den jungen Leuten. […] Unsere jungen Leute gehören nicht ausgegrenzt, sondern unterstützt und mitgenommen, so dass wir uns gegenseitig unterstützen. Wir brauchen die jungen Leute, die die jungen Wähler ansprechen.“*[2666]

Der AfD-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern und der AfD-Landesvorsitzende Leif-Erik Holm (MdB, MV) sprachen mit Bezug auf die JA Mecklenburg-Vorpommern explizit von *„unseren jungen Nachwuchskräften“*:

> *„Unser Landessprecher Leif-Erik Holm ermunterte unsere jungen Nachwuchskräfte auf der Wahlversammlung in Bergen, mit vielen pfiffigen und frechen Aktionen für noch mehr Zustimmung für die zweitstärkste politische Kraft in MV zu sorgen. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit.“*[2667]

Enrico Komning (MdB, MV), bekundete seine enge Verbundenheit mit der JA und gab an, eine Fördermitgliedschaft beantragt zu haben:

> *„Die Arbeit unserer AfD-Jugendorganisation liegt mir sehr am Herzen. Die Aktivitäten und Aktionen der Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern haben sich in den letzten Monaten hervorragend entwickelt. Die Teilnahme der Jungs*

[2665] AfD: Facebook-Eintrag vom 21.06.2022, abgerufen am 22.08.2024.
[2666] Bessin, Birgit: Rede auf dem Bayrisch-brandenburgischen Info-Abend der AfD am 03.06.2022 in München; veröffentlicht in: www.youtube.com am 06.06.2024, Kanal: „AfD Kreisverband Bad Tölz“, abgerufen am 07.06.2022.
[2667] AfD Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 27.11.2021, abgerufen am 22.08.2024.

> *und Mädels an regionalen aber auch bundesweiten Aktionen sind ebenso präsent wie die kreative Protestgestaltung an öffentlichen Orten. Ich habe deshalb letzte Woche einen Fördermitgliedsantrag gestellt. Ordentliches Mitglied darf ich ja leider altersbedingt nicht mehr sein."*[2668]

Der Vorsitzende der AfD Thüringen Björn Höcke (MdL TH) nahm am Bundeskongress der JA am 15. Oktober 2022 in Apolda (TH) teil und betonte am Rande der Veranstaltung in einem Interview mit dem Magazin Info-DIREKT die besondere Bedeutung der Jugendorganisation für die Gesamtpartei:

> *„Ein Dienst, den die Jugendorganisation uns als Mutterpartei leisten kann, ist, uns immer wieder mal […] in den Hintern zu treten, damit wir lebendig bleiben. Sie muss selber dafür lebendig bleiben, also die Jugendorganisation, damit die Mutterpartei lebendig bleiben darf. Und das ist mir ein wichtiges Anliegen, und auch den Jugendlichen Mut zu machen. Denkt nicht so sehr in Funktionskategorien, denkt nicht so sehr in Organisationskategorien. Geht vor allen Dingen raus. Wir müssen draußen sein, wir müssen sichtbar sein. Das ist das allerentscheidenste. Der Kampf, den wir kämpfen, um die Existenz unserer Nation und Europas, der wird nicht in den Parlamenten entschieden."*[2669]

Vor dem Hintergrund der Hochstufung der JA zur gesichert extremistischen Bestrebung und der beim VG Köln eingereichten Klage dagegen rief Höcke am 23. Juni 2023 auf seiner Facebook-Seite zu Spenden für die JA auf:

> *„Wir lassen uns nicht verleumden, erst recht nicht von einer politisch instrumentalisierten Behörde. Wir wehren uns! Nach jahrelangen Anfeindungen wissen wir, wie wichtig es ist, uns nicht von außen gegeneinander ausspielen zu lassen. Es ist der neue Zusammenhalt, der die AfD jetzt mit guten Umfrageergebnissen belohnt. Nun braucht die Junge Alternative unsere Unterstützung! Spenden Sie großzügig für das Gerichtsverfahren."*[2670]

[2668] Komning, Enrico: Facebook-Eintrag vom 28.10.2022, abgerufen am 22.08.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. III. 2.b.)
[2669] Höcke, Björn: „JA-Kongress: Eine fröhliche Leistungsschau der Gegenkultur"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.10.2022, Kanal: „info-DIREKT Magazin", abgerufen am 22.08.2024.
[2670] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.06.2023, abgerufen am 14.03.2024.



Der auf dem JA-Bundeskongress in Apolda (TH) neugewählte JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) formulierte die Aufgabe der JA als Unterstützung der AfD ebenso wie seinen Anspruch, die JA zur Rekrutierung für Mandate auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zu nutzen:

> *„Nonkonformität ist ja da das Stichwort, und ich habe die JA natürlich immer als, klar, Unterstützung für die Partei gesehen und als Bewegung auf der Straße. Und das soll sie ja auch sein, diese Jugendorganisation. Wir preschen voran und wir bringen die PS auf die Straße. Das hat man jetzt auch gerade wieder bei der AfD-Demo in Berlin gesehen, am 8. Oktober. Da ist die JA geschlossen aufgetreten und hat wahrscheinlich den, ja, wohl stabilsten Block gebildet, möchte ich es mal nennen. Aber was auch mein Ziel ist, ich möchte auch tatsächlich neue Mandatsträger aus den Reihen der JA rekrutieren. Denn diese lagerübergreifende, dieses lagerübergreifende Verständnis, was bei uns herrscht, das ist ein Kriterium dafür, warum neue Mandatsträger aus den Reihen der JA kommen sollten, aber auch die fachliche Expertise. Lebensalter ist nicht*

immer ein Indikator für fachliches Wissen oder für fachliche Expertise. Wir haben hervorragende junge Menschen in unseren Reihen, die top ausgebildet sind und die auch schon Berufserfahrung haben. Und es gibt viele, viele Beispiele im Bundestag oder in den Landtagen, wo junge Menschen wirklich reüssieren. Und man darf ja immer nicht vergessen, dass unsere stärkste Wählerschicht bei den Wahlprognosen, ebenfalls jetzt in den neuen Bundesländern, liegt nun mal zwischen 18 und 45 Jahren, also Menschen, die mitten im Berufsleben stehen, die Steuern zahlen. Und das muss natürlich auch bei den Mandatsträgern dann irgendwann abgebildet werden. Also das ist für mich auch ein ganz klarer Auftrag, mehr junge Menschen in die Mandate zu bekommen. Ich möchte nicht, dass wir die nächste Altparteien-Jugendorganisation werden, die nur noch Mandatsträger nachzieht, klar. Aber es müssen deutlich mehr junge Leute in die Mandate kommen, gepaart mit dem Straßenkampf, nenne ich es mal. […] Ich würde mir mehr junge Menschen wünschen, die sich in dieser Partei engagieren, vor allem auch auf kommunaler Ebene. Ich breche das immer gern runter auf meinen Kreisverband. Wir hatten 2019 30 Mitglieder. Wir sind jetzt bei 150. Wenn man mit einer jungen Truppe engagiert für seine Region arbeitet, dann kann man diese Partei auch nach vorne bringen und vor allem in breiteren Bevölkerungsschichten verankern. Die AfD muss frischer werden. Die AfD muss auch ein bisschen, ich nenne es jetzt mal cooler werden, damit man bei jungen Menschen auch eine breite, eine breite Unterstützung erfährt. Aber ich bin mir sicher, dass das in den nächsten Jahren passieren wird, wenn wir dann eben auch diese jungen Leute in die Mandate bringen und in die erste Reihe stellen.“[2671]

Nikolaus Kramer (MdL MV) skizzierte in seinem Podcast „Kramers klare Kante“ am 12. Juli 2023 seine Unterstützung für die JA. Er legt dar, dass er aktiver Unterstützer und seit 2018 Fördermitglied der JA sowie eine Art *„Verbindungsoffizier“* zwischen JA und AfD sei. Die Gesamtpartei sei ohne die Ressourcen und Unterstützung der

[2671] Gnauck, Hannes: Aussagen im Gespräch in dem Format „Am Rande der Gesellschaft“ mit Götz Kubitschek und Erik Lehnert vom 08.12.2022; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.12.2022, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.12.2022.

JA, explizit des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern, kaum mehr in der Lage, Veranstaltungen wie zum Beispiel Parteitage selbstständig durchzuführen.[2672]

Eine besonders enge Verbindung zwischen JA und AfD zeigt sich in Sachsen-Anhalt anhand der anlassbezogenen Unterstützung von Parteiakteuren für die JA. So wurde das bis zuletzt jährlich durch die JA Sachsen-Anhalt ausgerichtete und überregional bedeutsame JA-Sommerfest von zahlreichen Amts- und Mandatsträgern der AfD Sachsen-Anhalt finanziell unterstützt. Im Jahr 2023 wurden als Spender die Landtagsabgeordneten Oliver Kirchner, Ulrich Siegmund, Daniel Wald, Nadine Koppehel, Jan Moldenhauer, Florian Schröder, Hagen Kohl, Christian Hecht, Matthias Lieschke, Daniel Roi (seit Ende 2024 fraktionsloser Abgeordneter), Daniel Rausch, Matthias Büttner und Christian Mertens sowie die sachsen-anhaltischen Bundestagsabgeordneten Thomas Korell, Jan Wenzel Schmidt und Martin Reichardt und der AfD-Kreisverband Harz aufgeführt.[2673] Auch das Sommerfest im Jahr 2022 war von zahlreichen Amts- und Mandatsträgern der AfD gefördert worden.[2674]

Auch am Beispiel der AfD-Europawahlversammlung im Juli und August 2023 in Magdeburg (ST) kann die Bedeutung der ehemaligen JA für die AfD abermals exemplarisch dargestellt werden. So äußerte der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Tomasz Froelich (MdEP HH), dass die JA in der Vergangenheit an Bedeutung gewonnen habe:

> *„Wir haben an Bedeutung und Akzeptanz in der Partei gewonnen.“*[2675]

Auf der AfD-Europawahlversammlung hatte die JA mit ihren nach eigenen Angaben 4.000 Mitgliedern[2676] laut Froelich rund zehn Prozent der Delegierten gestellt. Unter dem mittlerweile aus der AfD ausgetretenen Ex-Parteichef Jörg Meuthen habe es

---

[2672] Kramer, Nikolaus: „Kramers klare Kante: Jugend in Bewegung“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.07.2023, Kanal: „Nikolaus Kramer – AfD MV“, abgerufen am 27.09.2023.
[2673] Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 26.08.2023, abgerufen am 11.09.2024.
[2674] Leisten, Anna: Instagram-Story vom 21.08.2022, abgerufen am 21.08.2022.
[2675] SWP: „So radikal ist die Jugendorganisation der AfD“ vom 18.08.2023, in: www.swp.de, ohne Abrufdatum
[2676] Rothfuß, Rainer: „Es ist gut, dass patriotische Leute im #Landtag sitzen und #Politik für die eigenen Leute machen“ vom 17.12.2023; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.12.2023, Kanal: „Dr. Rainer Rothfuß“, abgerufen am 14.03.2024.

noch Überlegungen gegeben, die JA auszugliedern. Davon könne nun im August 2024 keine Rede mehr sein.[2677] Dies zeige abermals die große Bedeutung der JA für die AfD.

Im Rahmen des AfD-Bundesparteitags 2025 in Riesa (SN) äußerte Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST), dass der damalige AfD-Bundessprecher Bernd Lucke die Jugendorganisation 2013 *„nicht so nahe an die Partei heranlassen wollte"* und deshalb auf die bis zum 31. März 2025 gültige Fassung des § 17a der AfD-Bundessatzung bestand. Für Tillschneider habe sich *„diese Struktur"* – gemeint war damit die vormals in § 17a geregelte Autonomie der als eigenständiger Verein organisierten JA – jedoch *„überlebt"*, sodass man die Jugendorganisation enger an die Partei binden müsse.[2678]

Auch Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) äußerte noch im Rahmen des AfD-Bundesparteitags 2025, dass er *„sehr zufrieden"* mit der Jugendorganisation sei.[2679]

Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) betonte im November 2022 im Gespräch mit Martin Sellner seine hohe Meinung über den Parteinachwuchs und nannte dabei ausdrücklich die JA:

> *„Und dabei bin ich sogar ehrlich gesagt ganz guter Dinge. Weil ich sehe es so bei vielen Leuten bei uns in der Fraktion, bei jungen Leuten, also bei Referenten, oder Praktikanten, die nachwachsen. […] Also vorwiegend sehr gut ausgebildete, studierte, junge Männer, die sehr idealistisch sind, die sehr, auch, belastbar sind, die Dinge aushalten und nicht irgendwie direkt laufen gehen, wenn es mal böse Presse gibt oder so. […] Insofern bin ich da, auch was ich so bei der JA mitkriege, oder auch im Vorfeld, bin ich da wirklich guter Dinge."*[2680]

Bernd Schattner (MdB, RP) besuchte die 10-Jahres-Feier der JA im Juni 2023 in Mainz und äußerte in einem Facebook-Beitrag, dass er *„an der Seite der Junge Alternative für Deutschland"* stehe.[2681]

[2677] SWP: „So radikal ist die Jugendorganisation der AfD" vom 18.08.2023, in: www.swp.de, ohne Abrufdatum.
[2678] Tillschneider, Hans-Thomas: „‚Zeit für Deutschland': 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV" am 12.01.2025, abgerufen am 16.01.2025.
[2679] Münzenmaier, Sebastian: „Afd-Parteitag: Sebastian Münzenmaier im phoenix-Interview spricht über die junge Alternative", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „phoenix", abgerufen am 16.01.2025.
[2680] Sellner, Martin: „MSLive #153 – Mit Roger Beckamp über Migration und Fußball" vom 29.11.2022, in: www.odysee.com, Kanal: „Martin Sellner" am 29.11.2022, abgerufen am 13.12.2022.
[2681] Schattner, Bernd: Facebook-Eintrag vom 18.06.2023, abgerufen am 11.09.2024.

In einem am 22. Februar 2024 veröffentlichten Video solidarisierten sich mehrere Funktionäre der AfD Nordrhein-Westfalen mit der JA. Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) äußerte darin:

> *„Die Stimme der Jugend ist der Schlüssel zur Veränderung. Ich stehe zur Jungen Alternative, weil ihre Generation nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, sich für die Zukunft Deutschlands einzusetzen.“*[2682]

Roger Beckamp führte wie folgt aus:

> *„Ich stehe zur Jungen Alternative, weil mich die Meinung von Faeser und Haldenwang nicht interessiert.“*[2683]

Gunnar Beck (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, NW) verlautbarte Folgendes:

> *„Ich stehe zur JA, weil ihre Mitglieder in jungen Jahren und zu Beginn ihres Berufslebens alles für die AfD aufs Spiel setzen.“*[2684]

Im Rahmen des „Europäischen Kommunalpolitischen Kongresses“ am 17. Februar 2024 äußerte Guido Reil (zum damaligen Zeitpunkt MdEP NW) unter Bezugnahme auf ein JA-kritisches Schreiben des AfD-Kreisverbands Mettmann (NW):

> *„Aber was ich finde, was nicht geht: Dass sich ein Kreisvorstand hinstellt und sich von unserer Jugendorganisation distanziert und die auffordert, aus der Partei auszutreten. Also ich möchte mal daran erinnern, dass die Landesverbände Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und wahrscheinlich auch bald Brandenburg auch als gesichert rechtsextrem eingestuft sind. Sollen wir uns von denen auch trennen? Das sind unsere stärksten Landesverbände. Das sind unsere Speerspitzen. Also wir dürfen uns nicht weiter vorführen lassen und wir dürfen uns vor allem nicht spalten lassen. Das haben – das haben in der Vergangenheit schon viele versucht. Auch viele Bundessprecher. Und alle sind damit gescheitert. Und alle Versuche, die AfD und die JA auseinanderzureden, werden*

[2682] Schmidt, Eugen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 22.02.2024, Kanal: „ja.nrw“, abgerufen am 22.08.2024.
[2683] Beckamp, Roger: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 22.02.2024, Kanal: „ja.nrw“, abgerufen am 22.08.2024.
[2684] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 22.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.

scheitern. Wir brauchen unsere Jugendorganisation und wir stehen hinter der JA, liebe Freunde!"[2685]

Vor dem Hintergrund des Beschlusses des VG Köln, der die Rechtmäßigkeit der Hochstufung der JA zur gesichert extremistischen Bestrebung feststellte, solidarisierte sich Björn Höcke (MdL TH) am 7. Februar 2024 abermals mit der JA:

„Deswegen bin ich stolz auf unsere Jugend, die den freiheitlich-demokratischen Geist und das rechtsstaatliche Denken der alten Bundesrepublik nicht mehr aus eigenem Erleben kennt und trotzdem mutig für diese Werte eintritt. In einer Zeit des politischen Umbruchs, die Gefahr läuft, in einen neuen Obrigkeitsstaat einzumünden, ist es besonders wichtig, daß alle Freiheitsfreunde zusammenhalten. Wir Älteren, die noch den direkten Vergleich haben, müssen uns vor unsere Parteijugend stellen. Gemeinsam treten wir für eine freiheitliche Demokratie ein. Wir stellen uns gegen einen Extremismus von Oben, gegen den Regierungsextremismus, der von keinem Verfassungsschutz bekämpft, sondern viel mehr exekutiert wird."[2686]

[2685] Reil, Guido: Facebook-Eintrag vom 20.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.
[2686] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 07.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.



Auf Social-Media-Kanälen fanden sich außerdem eine Reihe von weiteren Solidaritätserklärungen von führenden AfD-Akteuren, darunter die AfD Saarland[2687], Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN)[2688], Birgit Bessin (zum damaligen Zeitpunkt MdL und Landesvorsitzende, mittlerweile MdB, BB)[2689], Jürgen Pohl (zum damaligen Zeitpunkt MdB, TH)[2690], Dirk Spaniel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BW)[2691], Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST)[2692], René Bochmann (MdB, SN)[2693] und Benjamin Nolte (MdL BY).[2694]

[2687] AfD Saarland: Instagram-Eintrag vom 09.02.2024, abgerufen am 27.02.2024.
[2688] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 07.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[2689] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 07.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[2690] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Instagram-Story vom 07.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.
[2691] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 08.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.
[2692] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 08.02.2024, abgerufen am 09.02.2024.
[2693] Junge Alternative für Deutschland: Telegram-Beitrag vom 09.02.2024, abgerufen am 19.02.2024.
[2694] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 09.02.2024, abgerufen am 09.02.2024.

Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) veröffentlichte eine Instagram-Story, die ihn an einem Stand der JA Rheinland-Pfalz zeigt, mit der Überschrift *„‚Verfassungsschutz'? Interessiert uns nicht."*[2695]

Joachim Paul (MdL RP) erklärte die JA in einem Video auf Instagram für nicht extremistisch, weil Extremismus für ihn einen Gewaltbezug beinhalte:

> *„Ja, liebe JA! Wie man so hört, hat der Verfassungsschutz euch zu Extremisten erklärt. Mitglieder der JA sind auf allen Ebenen mittlerweile in der parlamentarischen oder in der kommunalpolitischen Arbeit eingebunden. Sie stellen jeden Tag, jede Woche, jeden Monat Anträge und Anfragen, um das Leben der Bürger in ihrem Alltag zu verbessern. Warum sollten Extremisten sich diese Mühe und diese Arbeit machen? Auf diese Frage gibt es offenkundig keine Antwort. Wenn man hier, am Deutschen Eck, in Richtung Rhein schaut, an die Quelle des Rheins, dort gibt es eine Demokratie, die viel älter ist als die Bundesrepublik: die Schweiz. Und in der Schweiz gibt es auch Institutionen, und sie sagen ganz klar: Ins Visier kann nur der geraten, der seine politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen will. Alles andere sei nicht extremistisch, alles andere ginge diese Behörden nichts an. Nicht nur in Sachen „direkte Demokratie" kann die Schweiz ein Vorbild sein, sondern auch in dieser Angelegenheit. Und deswegen heißt es für uns und für viele Funktionäre: Wir stehen hinter der JA! Das ist so und das wird auch so bleiben!"*[2696]

Zwar ist es verfassungsschutzrechtlich unbedenklich, zu fordern, dass Inlandsnachrichtendienste nur bei Vorliegen eines Gewaltbezugs tätig werden sollen. Paul macht in seinem Statement allerdings deutlich, dass er bzw. die AfD („*Wir*") trotz der Feststellung des Verfassungsschutzes, dass die JA Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verfolgt, weiter vorbehaltlos hinter der JA stehen.

Die AfD Saarland schrieb auf X:

> *„Die Schmutzkampagnen gegen die AfD nehmen im Superwahljahr 2024 kein Ende! Nun hat es die Jugendorganisation der @AfD, die ‚Junge Alternative' getroffen. [...] Klare Sache: Dem Establishment schwimmen aktuell die Felle weg*

[2695] Junge Alternative für Deutschland: Instagram-Story vom 08.02.2024, abgerufen am 08.02.2024.
[2696] Paul, Joachim: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 14.02.2024, Kanal: „joachim_paul_afd", abgerufen am 22.08.2024.

und man zieht alle Register, um einen größtmöglichen Schaden an der Opposition zu erwirken. Wir lassen uns nicht einschüchtern und sprechen unsere Solidarität zur #JA aus!"[2697]

Christina Baum (MdB, BW/ST), damalige Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, veröffentlichte auf Facebook eine Solidaritätserklärung, in der es heißt:

„Kein Verfassungsschutzgutachten und auch nicht dieser aktuelle Gerichtsbeschluss sollten uns davon abhalten, an der Seite unserer Jungen Alternative für Deutschland zu stehen."[2698]

Teil des Facebook-Eintrags ist eine Grafik mit folgender Beschriftung:

„Ich stehe zu unserer Jugend! Sie sind die Zukunft der AfD und die Zukunft für Deutschland!"[2699]

Die AfD Brandenburg veröffentlichte eine Solidaritätserklärung der damaligen Landesvorsitzenden Birgit Bessin, in der es u. a. hieß:

„Erinnert euch zurück, wer als kritischer Bürger in der Corona-Zeit sich mit ähnlichen Anfeindungen unberechtigterweise auseinandersetzen musste...! Ich kenne nur JAler die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Deshalb stehe ich auch weiter zu unserer JA."[2700]

Thorsten Weiß, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, schrieb am 6. Februar 2024 auf X:

„Der Angriff auf die #JungeAlternative ist vor allem ein Angriff auf die #AfD. Jetzt heißt es zusammenstehen, Fördermitglied werden, spenden und unterstützen. Unsere Parteijugend muss sich auf uns verlassen können! #jetzterstrecht"[2701]

Am 7. Februar 2024 ging Weiß nochmals vertieft auf das aus seiner Sicht politische Urteil ein und kritisierte die aus seiner Sicht *„lächerliche Urteilsbegründung"*:

„Das Etikett ‚Rechtsextremismus' ist inzwischen zu einer inhaltsleeren Diffamierung verkommen. Nun hat das Kölner Verwaltungsgericht einen Eilantrag gegen

---

[2697] AfD Saarland: Tweet vom 09.02.2024, abgerufen am 27.02.2024.
[2698] Baum, Christina: Facebook-Eintrag vom 08.02.2024, abgerufen am 11.09.2024.
[2699] Ebd.
[2700] Bessin, Birgit: Facebook-Eintrag vom 07.02.2024, abgerufen am 14.03.2024.
[2701] Weiß, Thorsten: Tweet vom 06.02.2024, abgerufen am 07.02.2024.

die Einstufung der Jungen Alternative abgewiesen. Der Beschluss ist noch nicht rechtskräftig, aber es zeigt, dass es in unserem Land gefährliche Defizite in der demokratischen Gewaltenteilung gibt. Es war ein politisches Urteil und folgt der groß angelegten Kampagne zur Kriminalisierung der Opposition. Man spekuliert darauf, dass Repressionen gegen unsere Parteijugend leichter umzusetzen sind und natürlich ist das nur der erste Schritt. Umso wichtiger ist es, dass wir uns nicht gegen einander ausspielen lassen. Niemand in der JA verfolgt Umsturzpläne, wir stehen geschlossen für die Werte der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Dazu gehört aber eben auch zwingend die freie Debatte – ohne diese ist eine Demokratie nicht möglich! An der lächerlichen Urteilsbegründung sehen wir, dass der ‚Rechtsextremismus'-Begriff aufwendig uminterpretiert werden musste, damit die Vorwürfe überhaupt aufrechterhalten können. Nach diesen Maßstäben wäre die CDU vor der Ära Merkel genau ‚rechtsextremistisch' gewesen. Lassen wir uns nichts einreden und verteidigen wir gemeinsam unsere demokratischen Rechte! Nie war es so wichtig wie heute!"[2702]

Bereits nach Bekanntwerden der Einstufung der JA als gesichert extremistische Bestrebung durch das BfV im Frühjahr 2023 erklärten mehrere AfD-Mandatsträger ihren Eintritt in die JA als Fördermitglieder.

Enrico Schult (MdL MV und Vorsitzender der AfD Mecklenburg-Vorpommern) erklärte:

> *„Ich stelle mich als Landessprecher demonstrativ hinter unsere Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern und habe heute sogleich eine Fördermitgliedschaft abgeschlossen".*[2703]

Nikolaus Kramer (MdL MV) erklärte zu diesem Anlass, bereits seit mehreren Jahren Fördermitglied zu sein und forderte *„jeden Parteifreund [auf] es mir gleichzutun."*[2704] Das damalige AfD-Bundesvorstandsmitglied Harald Weyel (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) schrieb zu diesem Anlass auf Facebook:

> *„Der Verfassungsschutz – eine Meinungspolizei, die es in den meisten demokratischen Staaten nicht gibt – verschärft seine Unterdrückung der Opposition*

[2702] Weiß, Thorsten: Telegram-Beiträge vom 07.02.2024, abgerufen am 14.03.2024.
[2703] Schult, Enrico: Facebook-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.
[2704] Kramer, Nikolaus: Facebook-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 02.05.2023.

in Form der Jungen Alternative. Ich nehme das zum Anlass, Fördermitglied zu werden."[2705]

Auch Horst Förster (MdL MV) trat der JA zu diesem Zeitpunkt als Fördermitglied bei und verband dies mit einer Solidaritätsbotschaft.[2706]

Björn Höcke (MdL TH) schrieb zu diesem Anlass:

„Der #Verfassungsschutz ist Teil des praktizierten Regierungsextremismus. Er schützt diejenigen, die Deutschland überwinden wollen und attackiert die Kräfte, die sich gegen die Zerstörung zur Wehr setzen. Der VS muss demokratisiert oder aufgelöst werden."[2707]

René Springer (MdB, BB) schrieb auf X:

„Keine der betroffenen Organisationen [Anm.: JA, IfS, EinProzent] ist rechtsextrem. Es geht darum, den Höhenflug der AfD zu stoppen. Dieser verzweifelte Schritt macht das „Schwert" #Verfassungsschutz nur noch stumpfer. Wenn unser Rechtsstaat noch funktioniert, werden Gerichte diese Entscheidung aufheben."[2708]

Der sächsische AfD-Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) schrieb auf Facebook:

„Unsere Junge Alternative Sachsen – das sind fleißige, fröhliche, feine junge Leute. Der Extremismus-Vorwurf der neuen Stasi-Behörde ist absurd"[2709].

Die Bedeutung der JA für die Gesamtpartei zeigte sich auch im Lichte des Wahlkampfs für die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024. Mitglieder der JA engagierten sich im Wahlkampf, insbesondere durch Unterstützung bei Wahlkampfveranstaltungen oder durch das Anbringen von Wahlplakaten.[2710] Die Jugendorganisation war bei vielen Wahlkampfveranstaltungen auch mit eigenen Ständen präsent.[2711]

[2705] Weyel, Harald: Facebook-Eintrag vom 25.05.2023, abgerufen am 31.05.2023.
[2706] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 03.05.2023, abgerufen am 11.09.2024.
[2707] Höcke, Björn: Tweet vom 26.04.2023, abgerufen am 28.04.2023.
[2708] Springer, René: Tweet vom 26.04.2023, abgerufen am 27.04.2023.
[2709] Urban, Jörg: Facebook-Eintrag vom 01.05.2023, abgerufen am 02.05.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. I. 1. a. aa.)
[2710] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 21.07.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2711] Junge Alternative Brandenburg: Instagram-Einträge vom 13.09.2024, 09.09.2024, 03.09.2024 und 18.08.2024, abgerufen am 14.10.2024.

Darüber hinaus veröffentlichten die JA-Landesverbände Brandenburg, Sachsen und Thüringen die gemeinsame Kampagne *„Können wir Deutschland noch retten? JA!“*[2712] Sie besteht aus verschiedenen Produkten, insbesondere JA-Wahlvideos[2713] [2714], einem Webgame[2715] (*„Deutschlandretter24“*), einem Musikvideo, sowie eigenen JA-Wahlplakaten[2716].

Die intensiven Verbindungen der AfD zur JA im Kontext des Wahlkampfs für die Landtagswahlen in den drei ostdeutschen Bundesländern lassen sich auch daran aufzeigen, dass das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten die gemeinsame Wahlkampferöffnungsveranstaltung der AfD Thüringen, Brandenburg und Sachsen am 20. Juli 2024 in Arnstadt (TH) moderierte.[2717]

Nach der Wahl positionierten und solidarisierten sich mehrere hochrangige AfD-Funktionäre mit Mitgliedern der JA. Grund dafür war die mediale Berichterstattung zum Abspielen des *„JA-Abschiebesongs“* auf der Wahlparty der AfD Brandenburg am 22. September 2024.[2718] Dabei spielten Anwesende das Lied *„Wir schieben sie alle ab!“* aus der genannten Wahlkampagne ab. Mehrere anwesende JA-Mitglieder hielten dabei ein Schild mit der Aufschrift *„Millionenfach abschieben!“* hoch.[2719]

Auf der AfD-Pressekonferenz am 23. September 2024 zu den Ergebnissen der Landtagswahl in Brandenburg äußerte sich der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende René Springer (MdB, BB) wie folgt:

> *„Also, dieser Abschiebesong, der gestern gespielt wurde, war Teil der Kampagne der JA Brandenburg. Und das ist ja nicht unüblich in Parteien, dass die Jugend Grenzen austestet und dazu gehört das sicherlich auch. Was ich aber*

[2712] Ausführlich hierzu: Kapitel E. I. 1. b.
[2713] Junge Alternative Sachsen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 31.08.2024, Kanal: „jungealternativesachsen“, abgerufen am 14.10.2024.
[2714] Junge Alternative Brandenburg: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 08.09.2024, Kanal: „ja_brandenburg“, abgerufen am 14.10.2024.
[2715] Junge Alternative Thüringen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 01.08.2024, Kanal: „ja_thueringen“, abgerufen am 14.10.2024.
[2716] Junge Alternative Sachsen: Instagram-Eintrag vom 27.07.2024, abgerufen am 14.10.2024.
[2717] Leisten, Anna: „Wahlkampfstart live aus Thüringen: Mit Björn Höcke, Hans-Christoph Berndt und Jörg Urban“ vom 20.07.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 14.10.2024.
[2718] RBB: „AfD-Anhänger singen in Potsdam ‚Wir schieben sie alle ab‘“ vom 23.09.2024, in: www.rbb24.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2719] Ebd.

nie verstehen werde, ist, wie man sich über so einen Song aufregen kann, während man die Forderung der Jusos, die vor einiger Zeit erhoben wurde, bis zum neunten Monat abzutreiben, einfach so dahinplätschert. […]. Dagegen ist so ein Song harmlos und die JA hat eine großartige Arbeit im Wahlkampf geleistet und dann sei es ihr vergönnt, dass am Wahlkampfabend eben mal der Song gespielt wurde."[2720]

Der AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) äußerte sich auf der Pressekonferenz wie folgt:

„Wir reden hier über die Jugend, auch die hat einen sehr tollen Wahlkampf gemacht hier in Brandenburg mitgeleistet, auch im Übrigen in den anderen Landtagswahlkämpfen, und auch sie hat das Recht, ausgelassen zu feiern. Ja, und ich meine, es wurde ja erst schon gesagt, sie haben ein Lied gesungen, was in keinster Weise, in irgendeiner Art verboten ist oder auf einem, irgendeinem Index steht."[2721]

In einem Interview im Deutschlandfunk am 23. September 2024 verteidigte René Springer (MdB, BB) abermals das Abspielen des Liedes und stellte dar, dass dieses auch zum Erfolg bei jungen Wählerinnen und Wählern beigetragen habe:

„Wir haben ja nun auch in den Wahlen gezeigt, dass, wo übrigens dieser Abschiebesong Teil auch der Kampagne unserer Jugendorganisation war, dass wir damit einen deutlichen Wählerzuwachs erzielen konnten. […]. Wir reden hier von der Jugendorganisation der AfD. Diese Jugendkultur hat eben eigene Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Und wenn wir sehen, dass heute ein so großer Teil der Jungwähler sich für die AfD entscheidet, hat das ja offenbar auch gut funktioniert."[2722]

Auch für den Bundestagswahlkampf 2025 plante die Junge Alternative eine „*eigene Jugendkampagne*", die sich an der JA-Kampagne für die Landtagswahlen im September 2024 orientieren sollte. Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna

[2720] Springer, René: „Wahlnachlese Brandenburg: Alice Weidel, Tino Chrupalla & Christoph Berndt! – AfD" vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.10.2024.
[2721] Chrupalla, Tino: „Wahlnachlese Brandenburg: Alice Weidel, Tino Chrupalla & Christoph Berndt! – AfD" vom 23.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 14.10.2024.
[2722] DLF: „Die AfD nach Brandenburg, Interview Rene Springer, VS AfD in Brandenburg" vom 23.09.2024, in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 14.10.2024.

Leisten skizzierte das Vorhaben in einem am 8. Januar 2025 veröffentlichten Interview mit COMPACT:

> *„Wir arbeiten aktuell schon an einer eigenen Jugendkampagne für den Winterwahlkampf. Wir haben uns jetzt relativ schnell auch überlegt, dass wir da genauso wie im Sommer, wie wir in Brandenburg die Kampagne mit sehr wenig Ressourcen, sehr wenig Manpower auf die Beine gestellt haben, genau das gleiche jetzt auch im Bund tun werden.“*[2723]

Sollte die Kampagne tatsächlich konzipiert worden sein, waren die Inhalte während des Wahlkampfs der AfD jedenfalls nicht öffentlich wahrnehmbar. Letztlich war die JA im Bundestagswahlkampf 2025 deutlich weniger präsent als in den Landtagswahlkämpfen im Herbst 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. So veröffentlichte die JA keine eigenen Wahlvideos in den sozialen Medien, kein Musikvideo und keine eigenen Plakate. Auch eigene Stände der JA bei Wahlkampfveranstaltungen des AfD-Bundesverbands konnten nicht festgestellt werden.

Wenngleich die JA als Verband im Wahlkampf insgesamt zurückhaltend agierte, waren doch einzelne Mitglieder und Funktionäre der JA im Wahlkampf vor Ort unterstützend tätig. Beispielhaft dafür können folgende öffentlich bekundeten Aktivitäten angeführt werden:

Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Kevin Michalzik betreute gemeinsam mit dem stellvertretenden AfD-Landesvorsitzenden und Co-Fraktionsvorsitzenden Oliver Kirchner (MdL ST) einen Infostand der AfD Sachsen-Anhalt.[2724]

Alexander Tschich (damaliger Landesvorsitzender JA Mecklenburg-Vorpommern) betreute gemeinsam mit Daniel Fiß einen Infostand zur Unterstützung des Sprechers der AfD Mecklenburg-Vorpommern Leif-Erik Holm (MdB, MV).[2725]

Tim Demuth (damaliger Beisitzer im Landesvorstand der JA Baden-Württemberg) unterstütze die AfD beim Anbringen von Wahlplakaten in Böblingen (BW).[2726]

[2723] Leisten, Anna: „Anna Leisten: ‚Die Junge Alternative muss bleiben!‘“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 09.01.2025.
[2724] AfD Sachsen-Anhalt: Instagram-Eintrag vom 07.02.2025, abgerufen am 19.03.2025.
[2725] Tschich, Alexander: Instagram-Eintrag vom 12.02.2025, abgerufen am 12.02.2025.
[2726] Demuth, Tim: Instagram-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 19.03.2025.

Die JA Baden-Württemberg teilte einen Tweet von Markus Frohnmaier (MdB, BW), in dem dieser Bilder der Bundeswahlveranstaltung am 9. Februar 2025 in Heidenheim (BW) veröffentlichte und kommentierte dies mit *„Alice für Deutschland“*.[2727]

d. Beschäftigungsverhältnisse zwischen Mitgliedern der JA und AfD-Mandatsträgerinnen und -trägern

Die enge Verbindung zwischen Partei und Jugendorganisation zeigt sich auch in Beschäftigungsverhältnissen von (damaligen) Mitgliedern der JA bei Mandatsträgerinnen und -trägern der AfD.

David Christopher Eckert, von November 2017 bis Juni 2019 Vorsitzender der JA Berlin[2728] [2729], ist Büroleiter des AfD-Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré (BB).[2730]

Marvin Neumann arbeitet als persönlicher Referent des letzten JA-Vorsitzenden und AfD-Bundestagsabgeordneten Hannes Gnauck.[2731]

Die ehemalige Vorsitzende der JA Niedersachsen (von April 2021 bis September 2022)[2732] [2733], Rebecca Seidler, arbeitet als Mitarbeiterin der AfD-Bundestagsfraktion.[2734]

Steven Hellmuth war von Juni 2021 bis März 2025 Vorstandsmitglied der JA Sachsen-Anhalt[2735] [2736]. Zudem war er Mitarbeiter des stellvertretenden AfD-Bundessprechers Stephan Brandner.[2737]

2727 Junge Alternative Baden-Württemberg: Tweet vom 09.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.
2728 Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 29.11.2017, abgerufen am 06.11.2024.
2729 Junge Alternative Berlin: „Pressemitteilung“ vom 30.06.2019, in: www.jungealternative-berlin.de, abgerufen am 17.07.2019.
2730 LinkedIn: „David Christopher Eckert“, in: www.linkedin.com, abgerufen am 05.10.2023.
2731 Freilich: „Das materialisierte Volk und die Junge Alternative“ vom 14.07.2023, in: www.freilich-magazin.de, abgerufen am 19.07.2023.
2732 Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 25.04.2021, abgerufen am 26.04.2021.
2733 Junge Alternative Niedersachsen: Instagram-Eintrag vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.
2734 AfD Fraktion im Bundestag: „EU-Irrsinn: Nun wollen Sie unsere Führerscheine! Dr. Dirk Spaniel & Klaus Gagel – AfD-Fraktions-TV“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 25.09.2023, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag“, abgerufen am 05.10.2023.
2735 Junge Alternative für Deutschland: „Junge Alternative Sachsen-Anhalt“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 14.10.2024.
2736 Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 26.06.2021, abgerufen am 28.06.2021.
2737 Rechercheplattform zur Identitäre Bewegung: Tweet vom 26.09.2022, abgerufen am 26.09.2022.

Dante Riedel war von November 2022 bis März 2025 stellvertretender Vorsitzender der JA Thüringen[2738]. Er ist Mitarbeiter von Stephan Brandner (MdB, TH).[2739]

Tim Csehan (von September 2019 bis Oktober 2021 stellvertretender Landesvorsitzender der JA Nordrhein-Westfalen)[2740] [2741] ist Büroleiter von Matthias Helferich (MdB, NW).[2742]

Alexander Tschich (von November 2021 bis März 2025 Vorsitzender der JA Mecklenburg-Vorpommern)[2743] [2744] [2745] und Wendelin Fessl (von November 2022 bis März 2025 stellv. Vorsitzender der JA Mecklenburg-Vorpommern)[2746] sind Mitarbeiter der AfD-Fraktion im Landtag Mecklenburg-Vorpommerns.[2747]

Alexander Claus, von November 2022 bis März 2025 Beisitzer im Vorstand der JA Thüringen[2748], ist Fraktionsreferent der AfD im Thüringer Landtag.[2749]

Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der JA Sachsen-Anhalt (von Juni 2021 bis Juni 2023)[2750] [2751] Maximilian Tischer ist Mitarbeiter von Jan Nolte (MdB, HE).[2752] [2753]

[2738] Engelhardt, Eric: Instagram-Eintrag vom 27.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.
[2739] Brandner, Stephan: Facebook-Eintrag vom 10.12.2023, abgerufen am 13.12.2023.
[2740] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Landeskongress 2019: Neuer Vorstand gewählt!" vom 23.09.2019, in: https://jungealternative-nrw.de, abgerufen am 25.09.2019.
[2741] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Facebook-Eintrag vom 03.10.2021, abgerufen am 04.10.1021.
[2742] Beckamp, Roger: Facebook-Eintrag vom 14.09.2022, abgerufen am 11.09.2024.
[2743] Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 28.11.2021, abgerufen am 29.11.2021.
[2744] Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern – AfD MV: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[2745] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 03.12.2023, abgerufen am 04.12.2023.
[2746] Alternative für Deutschland Mecklenburg-Vorpommern: Facebook-Eintrag vom 26.11.2022, abgerufen am 29.11.2022.
[2747] „Arbeiten Rechtsextremisten für die AfD im Schweriner Landtag?", in: Ostsee-Zeitung, Ausgabe Rostock vom 23.05.2023, S. 16.
[2748] Engelhardt, Eric: Instagram-Eintrag vom 27.11.2022, abgerufen am 28.11.2022.
[2749] Claus, Alexander: Facebook-Profilseite, abgerufen am 27.02.2024.
[2750] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 26.06.2021, abgerufen am 28.06.2021.
[2751] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Instagram-Story vom 11.06.2023, abgerufen am 12.06.2023.
[2752] TAZ: „Risiko im Reichstag" vom 26.10.2019, in: www.taz.de, abgerufen am 11.09.2024.
[2753] DER SPIEGEL: „Zieht ein rechtsextremer Soldat in den Landtag ein?" vom 28.05.2021, in: www.spiegel.de, abgerufen am 14.10.2024.

e. Funktion der JA als Multiplikator / Katalysator für neurechte Konzepte / Begriffe in der AfD

Die JA fungierte darüber hinaus für die Gesamtpartei als Multiplikator bzw. Katalysator für verfassungsschutzrelevante neurechte[2754] Begriffe, Ideologeme und Konzepte. Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten veranschaulichte diese Funktion in einem am 8. Januar 2025 veröffentlichten Interview mit COMPACT:

> *„Es gibt viele Leute, die haben keine Abos bei Info-DIREKT, die haben keine Abos bei COMPACT. [...] Dieses Bewusstsein muss erstmal geschaffen werden und das ist Aufgabe meiner Meinung nach der JA, dass wir dieses Bewusstsein herstellen. Deswegen auch dieser Kongress [Anm.: JA-Bundeskongress im Oktober 2022 in Apolda], dass wir eben dafür sorgen, dass [...] dieses Bewusstsein besteht und wenn das abgeschlossen ist, wenn die Partei versteht, okay, wir brauchen solche Leute, dann kann man auch sagen, okay, vielleicht ist das nicht der Platz, aber unsere Aufgabe ist es gerade, über die Junge Alternative, weil wir da [...] unseren Wirkkreis sozusagen haben in der Partei. Eine andere Form gibt es nicht. Die haben wir ja letztendlich erst angestoßen, dass du sozusagen als COMPACT-Reporter auch auf einem Bundesparteitag oder so vor Ort sein kannst. Ist ja auch darauf zurückzuführen, dass wir uns überhaupt in den letzten Jahren dafür so stark gemacht haben und dass wir nicht aufgehört haben. [...]. Wir konnten nur innerhalb, weil wir halt eben Teil dieser AfD sind, dafür überhaupt das so bewirken.“*[2755]

Benedikt Kaiser (Mitglied des rechtsextremistischen Vereins Ein Prozent, Publizist beim rechtsextremistischen Verlag Antaios), formulierte diese Aufgabe für die JA innerhalb einer *„Mosaik-Rechten“* im Rahmen seiner Buchpräsentation auf dem Sommerfest des aufgelösten und neu gegründeten Instituts für Staatspolitik im Juli 2023:

[2754] Wie bereits in Kapitel D. III ausgeführt, wird der Begriff der Neuen Rechten in Politikwissenschaft und im Verfassungsschutzverbund bisweilen unterschiedlich definiert. Unter die Bezeichnung Neue Rechte wird hier ein informelles Netzwerk von Gruppierungen, Einzelpersonen und Organisationen gefasst, in dem nationalkonservative bis rechtsextremistische Kräfte zusammenwirken, um anhand unterschiedlicher Strategien teilweise antiliberale und antidemokratische Positionen in Gesellschaft und Politik durchzusetzen. Soweit im Folgenden auf „neurechte“ Inhalte und Personen verwiesen wird, handelt es sich bei diesen daher nur um solche, die jedenfalls Anhaltspunkte für rechtsextremistische Positionen vertreten und damit eine verfassungsschutzrechtliche Relevanz entfalten.

[2755] Leisten, Anna: „Anna Leisten: ‚Die Junge Alternative muss bleiben!‘“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „COMPACTTV“, abgerufen am 09.01.2025.

> *„Wir haben das Problem bzw. die Grundkonstellation so, dass das gesamte rechte Lager von liberal-gemäßigt bis rechts, pronunziert rechts nun mal das Lager der Outlaws ist, der Ausgestoßenen, der Außenseiter. Das heißt also, wir müssen immer die Extrameile gehen, wir müssen immer ein Schritt besser sein. Und wem das nicht Ansporn ist, zu lesen, Wissen zu konsumieren, Wissen zu verarbeiten und dann eben auch in der Parteiarbeit Wissen weiter zu tragen, der hat aus meiner Sicht auch ein bisschen sein Schicksal verfehlt, denn wir brauchen das und das natürlich im Umkehrschluss nicht bedeutet, dass man irgendwie komplexe weltanschauliche Theorien jedem eintrichtern muss, das glaube ich nicht. Bei der Vermittlungsarbeit zur Basis geht immer eine Komplexitätsreduzierung […] einher, das gehört dazu. Man bricht Dinge herunter, man macht Dinge sagbarer, einfacher und komplexe Dinge kürzt man auch zu und spitzt sie auch zu. Und das ist im Grunde so diese Aufgabe, die ich in der JA auch sehe: Dass sie Theorien zum Beispiel aus dem neurechten außerparlamentarischen Lager konsumiert, dass sie das Wissen verarbeitet, dass sie auch in die Diskussion geht. Und dass sie dieses Wissen dann heruntergebrochen in ihre Partei- und JA-Strukturen hineinträgt, um dort zu hoffen, dass es eben viele Leute gibt, die die Inhalte auch verinnerlichen und die dann entsprechend auch überzeugen natürlich, in der Sache überzeugend weitertragen können.“*[2756]

Exemplarisch kann die Funktion des Katalysators und Multiplikators der JA für neurechte Konzepte und Begriffe an ebendiesem Benedikt Kaiser und seiner Verbindung zur JA skizziert werden. Dessen Konzept und die dazugehörige Monographie „Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts“ wurden erst in der JA rezipiert und multipliziert, bevor sie in der AfD emergierten. So richtete die JA viele Veranstaltungen aus, die Kaiser als Redner zu Gast hatten oder aber sich mit dessen Konzept auseinandersetzten.

Die JA Brandenburg richtete am 30. Oktober 2020 eine Podiumsdiskussion zwischen Benedikt Kaiser und Dimitrios Kisoudis (Grundsatzreferent des Co-Bundessprechers

[2756] Kaiser, Benedikt: „Die Konvergenz der Krisen. Buchpräsentation mit Benedikt Kaiser“; veröffentlicht in: www.odysee.com am 18.08.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 16.11.2024.

Tino Chrupalla) aus. Thematisch wurden die Denkrichtungen „Solidarischer Patriotismus“ vs. „Ordnungsstaat“ diskutiert. Daran nahmen zahlreiche Vertreter der JA Brandenburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen teil.[2757]

Ebenfalls die JA Brandenburg veröffentlichte am 5. Dezember 2020 einen Podcast mit Benedikt Kaiser, in dem über das Sozialprogramm der AfD und das Konzept des „Solidarischen Patriotismus“ gesprochen wurde.[2758]

Der Bundesverband der JA rief in einem Facebook-Eintrag vom 20. August 2021 zur Lektüre des Buchs „Solidarischer Patriotismus“ auf:

> *„Der Solidarische Patriotismus ist der Pfad einer authentischen Alternative für #Deutschland und die rechte Antwort auf die #Globalisierung und die sozialen sowie wirtschaftlichen Probleme von heute. Für jeden ‚JAler‘ eine absolute Pflichtlektüre.“*[2759]

Die JA Nordrhein-Westfalen veröffentlichte am 4. Mai 2022 ihren Podcast „Basislager“ zum Thema „Soziale Frage“ und sprach mit Benedikt Kaiser über dessen Konzept.[2760]

Die JA Sachsen-Anhalt veranstaltete im April 2023 einen Vortragsabend mit Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt noch MdEP, heute MdB, SN) und Benedikt Kaiser zum „Solidarischen Patriotismus“.[2761]

Die Inhalte der Monographie und das Konzept „Solidarischer Patriotismus“ gelangten auch unter Mithilfe der JA in die Gesamtpartei, sodass in den Jahren nach Erscheinung des Buchs vermehrt Veranstaltungen in der AfD mit Benedikt Kaiser und dessen Konzept organisiert wurden. So veranstaltete der AfD-Kreisverband Havelland (BB) am 18. April 2023 eine Gesprächsrunde mit Benedikt Kaiser zu dessen Monographie „Solidarischer Patriotismus“.[2762]

[2757] Junge Alternative Brandenburg: Facebook-Eintrag vom 13.11.2020, abgerufen am 16.11.2020.
[2758] Junge Alternative Brandenburg: „#1 mit Benedikt Kaiser – Sozialprogramm der AfD, Kalkar, Meuthen und Solidarischer Patriotismus“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 05.12.2020, Kanal: „mit offenem Visier“, abgerufen am 16.09.2024.
[2759] Junge Alternative für Deutschland: Facebook-Eintrag vom 20.08.2021, abgerufen am 27.09.2023.
[2760] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: „Basislager Ep. VIII: Soziale Frage – mit Benedikt Kaiser“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 04.05.2022, Kanal: „Junge Alternative NRW“, abgerufen am 27.09.2023. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 3.)
[2761] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Facebook-Eintrag vom 28.04.2023, abgerufen am 27.09.2023.
[2762] AfD Havelland: Facebook-Eintrag vom 13.04.2023, abgerufen am 27.09.2023.

Noch deutlicher zeigte sich die Rolle der JA bei der Multiplikation neurechter Themen und Theorieansätze bei Kaisers kaplaken-Essay „Die Partei und ihr Vorfeld".

An der „JA-Sachsen-Akademie" der sächsischen JA am 14. Mai 2022 nahm Benedikt Kaiser teil und referierte zum Thema „Die Partei und ihr Vorfeld".[2763]

Die JA Bayern veranstaltete eine Podiumsdiskussion unter dem Thema „Partei, Vorfeld & Parlament" am 6. August 2022 in Greding (BY). Daran nahmen Benedikt Kaiser, der damalige JA-Bundesvorsitzende Carlo Clemens (MdL NW), Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) und der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Sven Kachelmann teil.[2764]

Der AfD-Kreisverband Düsseldorf (NW) führte am 3. März 2023 einen Vortragsabend mit Benedikt Kaiser in Düsseldorf durch. Der Kreisverband sprach von einem *„gelungenen Abend"*.[2765]

Matthias Helferich (MdB, NW) lud Benedikt Kaiser zu seiner Veranstaltung in Dortmund (NW) am 21. Mai 2022 ein und diskutierte *„über die Partei und ihr Vorfeld sowie innerparteiliche Solidarität."*[2766]

Björn Höcke (MdL TH) warb in einem Facebook-Eintrag vom 4. Juni 2022 für Kaisers Essay „Die Partei und ihr Vorfeld".[2767]

Thore Stein (MdL MV) veranstaltete am 27. Oktober 2023 in Bergen auf Rügen (MV) einen Diskussionsabend mit Benedikt Kaiser zur Frage „Welche Bedeutung hat das politische Vorfeld für den langfristigen Erfolg der AfD?"[2768]

Es ist zu konstatieren, dass die JA für die Gesamtpartei eine herausgehobene Rolle hatte. Insbesondere die satzungsmäßigen Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeiten und die personellen Karrieren hochrangiger JA-Funktionäre verdeutlichen einen nicht

---

[2763] Junge Alternative Sachsen: Facebook-Eintrag vom 16.05.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2764] Junge Alternative Bayern: Facebook-Eintrag vom 07.08.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2765] AfD Kreis Düsseldorf: Facebook-Eintrag vom 03.03.2023, abgerufen am 27.09.2023.
[2766] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 22.05.2022, abgerufen am 27.09.2023.
[2767] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 04.06.2022, abgerufen am 23.02.2024. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel E. II. 3.)
[2768] AfD Kreisverband Vorpommern-Rügen: Facebook-Eintrag vom 15.09.2023, abgerufen am 27.09.2023.

unwesentlichen Einfluss der JA auf die AfD. Darüber hinaus konnte aufgezeigt werden, dass die JA als „Innovationsmotors" und Katalysator für neurechte Ideen, Begriffe und Konzepte in der AfD wirkte.

f. Distanzierungsbemühungen der Gesamtpartei von der JA

aa. Parteiordnungsmaßnahmen

Beispielhaft für Distanzierungsbemühungen der Gesamtpartei von der JA können folgende Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder der JA angeführt werden.

Anna Leisten, damalige Beisitzerin im JA-Bundesvorstand und Landesvorsitzende der JA Brandenburg, wurde im August 2023 vom AfD-Bundesvorstand wegen ihrer Teilnahme an der von der Identitären Bewegung organisierten „Remigrationsdemo" im Juli 2023 sowie wegen des Zeigens einer extremistisch konnotierten Geste in den sozialen Medien abgemahnt.[2769] Der AfD-Bundesvorstand kann nach § 7 der Bundessatzung Abmahnungen aussprechen, wenn *„ein Mitglied gegen die Satzung oder gegen Grundsätze oder die Ordnung der Partei"* verstößt.[2770] Dennoch muss konstatiert werden, dass die ausgesprochene Abmahnung die niedrigste Sanktion des AfD-Bundesvorstands ist und im Lichte der Positionierungen Leistens als Lippenbekenntnis zu werten ist. Dies belegt auch Leistens eingangs bereits dargelegtes prominentes Auftreten in den Landtagswahlkämpfen 2024.[2771]

Am 11. Dezember 2023 forderte der AfD-Bundesvorstand den bayerischen AfD-Landesvorstand auf, ein Parteiausschlussverfahren gegen Daniel Halemba (MdL BY und damaliges Landesvorstandsmitglied der JA Bayern) zu initiieren und ihm seine Mitgliedsrechte sofort zu entziehen. Das Parteiausschlussverfahren wurde im September 2024 mit einem Vergleich beendet. Demnach soll Halemba eine Ämtersperre erhalten, die für 18 Monate gelten soll.[2772] Seit Oktober 2023 ist Halemba Mitglied des Bayerischen Landtags.[2773] Am 27. Oktober 2023, drei Tage vor der konstituierenden

[2769] WELT: „Warum die AfD die Chefin der Jungen Alternative in Brandenburg abmahnt" vom 09.08.2023, in: www.welt.de, ohne Abrufdatum.
[2770] Alternative für Deutschland: „§ 7 Abs. 3 AfD-Bundessatzung" vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.
[2771] Vgl. S. 841.
[2772] DER SPIEGEL: „Daniel Halemba darf in der AfD bleiben" vom 30.09.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 14.10.2024.
[2773] BR24: „AfD-Spitze geht auf Distanz zu Halemba: Ausschluss gefordert" vom 12.12.2023, in: www.br.de, abgerufen am 20.08.2024.

Sitzung des Bayerischen Landtags, wurde gegen Halemba ein Haftbefehl erlassen. Der Haftbefehl und die entsprechende Festnahme stehen im Kontext mit einer Hausdurchsuchung der Polizei am 14. September 2023 im Haus der Burschenschaft Teutonia Prag zu Würzburg. Hintergrund der polizeilichen Maßnahme waren Hinweise auf das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen sowie Volksverhetzung.[2774] So seien bei Feierlichkeiten der Burschenschaft deutlich „Sieg-Heil"-Rufe von Nachbarn vernehmbar gewesen. Darüber hinaus wurden NS-Devotionalien, antisemitische Schriften sowie ein Gästebuch beschlagnahmt, in dem sich ein Eintrag mit dem Spruch „Sieg Heil" findet, der mit Halembas Namen signiert ist. In Halembas Zimmer fand die Polizei ferner den Ausdruck eines SS-Befehls von Heinrich Himmler vom 28. Oktober 1939.[2775] Ende Oktober wurde Halemba im baden-württembergischen Kirchheim unter Teck schließlich wegen des Verdachts der Volksverhetzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen festgenommen. Das Amtsgericht Würzburg setzte später den Haftbefehl unter Auflagen außer Vollzug.[2776]

Der vom AfD-Bundesvorstand geforderte Parteiausschluss gründet jedoch ungeachtet der erheblichen Vorwürfe des Neonazismus primär auf dem Vorwurf, dass Halemba Mitglieder nicht satzungskonform in die AfD aufgenommen hat, sodass diese für ihn bei der Aufstellung der Listenkandidaten für die Landtagswahl votieren konnten. Halemba soll insbesondere die von der Satzung geforderte Wohnsitzprüfung der Antragstellenden nicht vorgenommen haben.[2777] Der AfD-Landesvorstand belegte Halemba aufgrund der Unregelmäßigkeiten bei der Kandidatenaufstellung mit einer zweijährigen Ämtersperre.[2778] Auf dem AfD-Landesparteitag im Januar 2024 forderten 57 % der Abstimmenden Halemba wegen des dargestellten Sachverhalts auf,

[2774] BR24: „Haftbefehl gegen AfD-Mann Halemba – Anwalt weist Vorwürfe zurück" vom 28.10.2023, in: www.br.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2775] TV Mainfranken: „Sieg-Heil-Spruch, NS-Gegenstände, SS-Befehl – Staatsanwaltschaft gibt Ermittlungsdetails im Fall Halemba bekannt" vom 31.10.2023, in: www.tvmainfranken.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2776] ZEIT: „Haftbefehl gegen AfD-Politiker Halemba aufgehoben" vom 23.01.2024, in: www.zeit.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2777] BR24: „Causa Halemba: Die schwere Entscheidung des Landesvorstands" vom 14.12.2023, in: www.br.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2778] Bayerische Staatszeitung: „Ermittlungen wegen Volksverhetzung eine Ämtersperre wegen Tricksereien vor der Wahl" vom 30.01.2024, in: www.bayerische-staatszeitung.de, abgerufen am 20.08.2024.

sein Abgeordnetenmandat niederzulegen. Halemba lehnte dies ab.[2779] Im Oktober 2024 wurde bekannt, dass seitens des AfD-Bundesvorstands entschieden wurde, aufgrund dieses Sachverhalts keinen Parteiausschluss Halembas anzustrengen und lediglich eine 18-monatige Ämtersperre aufrechtzuerhalten. Der Sachverhalt um die strafrechtlichen Vorwürfe wegen der o. g. NS-Devotionalien, antisemitischen Schriften und des „Sieg Heil"-Gästebucheintrags ist von dieser Entscheidung nicht umfasst. Hinsichtlich dessen äußerte der Bundesvorstand, erst bei dem Vorliegen belastbarer Erkenntnisse aus dem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren Konsequenzen prüfen zu wollen.[2780]

Im Februar 2024 wurde gegen den damaligen stellvertretenden JA-Bundesvorsitzenden Nils Hartwig ein Parteiausschlussverfahren initiiert. Das Ausschlussverfahren wurde vom AfD-Landesvorstand beantragt. Der Anlass dafür war eine Nachricht von einem Mailaccount, der Hartwig gehören soll und von dem aus im Sommer 2023 eine soziale Einrichtung mit dem Hinweis auf eine Mitarbeiterin angeschrieben worden sei, diese sei eine *„knallharte Nazi"*. Der Mail seien Bilder aus den sozialen Medien angefügt worden, die die Frau mit einschlägig rechtsextremistischen Symbolen zeigen sollen.[2781] Infolge des damals noch schwebenden Ausschlussverfahrens erklärte Hartwig am 22. Februar 2024 seinen sofortigen Rücktritt vom Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden der JA Nordrhein-Westfalen, ohne allerdings auf Bundesebene sein Amt als stellvertretender JA-Bundesvorsitzender aufzugeben.[2782] Im Dezember 2024 war Hartwig sodann erstinstanzlich aus der AfD ausgeschlossen worden.[2783]

bb. Inhaltlich-ideologische Distanzierungsbemühungen

Auf Landes- und Kreisverbandsebene der AfD waren vereinzelt auch inhaltlich-ideologische Distanzierungsbemühungen gegenüber der JA festzustellen.

[2779] DER SPIEGEL: „AfD-Politiker Halemba soll Mandat niederlegen" vom 13.01.2024, in: www.spiegel.de, abgerufen am 20.08.2024.
[2780] BR24: „AfD-Bundesvorstand bestätigt: Halemba darf in der Partei bleiben" vom 24.10.2024, in: www.br.de, abgerufen am 24.10.2024.
[2781] WDR: „Fake-Mails, Hausbesuche und ein Parteiausschlussverfahren: Es gärt in der NRW-AfD" vom 06.02.2024, in: www.wdr.de, abgerufen am 06.02.2024.
[2782] Hartwig, Nils: Tweet vom 22.02.2024, abgerufen am 22.08.2024.
[2783] Kölner Stadt-Anzeiger: „Wie die NRW-AfD die Junge Alternative loswerden will" vom 05.12.2024, in: www.ksta.de, abgerufen am 07.04.2025.

Der JA Hessen wurde vonseiten der AfD Hessen verweigert, mit einem eigenen Stand auf dem Landesparteitag im September 2024 in Hofheim am Taunus (HE) präsent zu sein. Die AfD Hessen führte die Teilnahme mehrerer JA-Mitglieder an einer Demonstration der Identitären Bewegung in Wien (AUT) als Begründung an.[2784] Im Zuge dessen distanzierte sich auch der hessische JA-Landesvorstand von den Mitgliedern, die an dieser Demonstration teilgenommen hatten. In einem Mitgliederbrief äußerten sie sich wie folgt:

> *„Wir als Vorstand der Jungen Alternative Hessen distanzieren uns ausdrücklich von der Identitären Bewegung und den Mitgliedern, die an der betreffenden Demonstration am 27.07.2024 in Wien teilgenommen haben. Es entspricht nicht den Werten, die wir als Jungpolitiker vertreten, sich mit extremistischen Gruppen gemein zu machen. Unser Handeln muss immer im Einklang mit den Grundsätzen der JA und der AfD stehen. Daher möchten wir euch darüber informieren, dass die betroffenen Mitglieder auf Ordnungsmaßnahmen geprüft werden. Sollten weitere Verstöße auftreten, insbesondere die Teilnahme an Veranstaltungen, die im Widerspruch zu den Beschlüssen der JA oder der AfD stehen, können diese Maßnahmen bis hin zu einem Ausschluss führen.“*[2785]

Kurz zuvor hatte sich der JA-Landesvorstand um eine Distanzierung von dem von der Identitären Bewegung vertretenen *„ethnischen Volksbegriff“* bemüht:

> *„Die Identitäre Bewegung steht auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD aus gutem Grund. Einer der zentralen Gründe ist der ethnische Volksbegriff, den die IB vertritt. Die IB propagiert eine ethnisch-biologische Definition von ‚Volk‘, die auf Rasse und Abstammung basiert. […]. Die IB setzt sich für die Idee eines ‚ethnokulturellen‘ Europas ein, in dem Ethnien klar voneinander getrennt bleiben sollen. Dieser biologistische Ansatz steht im Widerspruch zu den Grundsätzen der AfD. Die AfD hingegen vertritt einen patriotischen Volksbegriff, der sich primär auf nationale Zugehörigkeit und kulturelle Identität bezieht, nicht jedoch auf ethnische oder rassische Merkmale.“*[2786]

[2784] Freilich-Magazin: „AfD Hessen unter Druck: JA und interne Spannungen sorgen für Unruhe“, in: www.freilich-magazin.de vom 06.09.2024, abgerufen am 06.09.2024.
[2785] Danner, Nico: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 10.09.2024.
[2786] Kolek, Patrick: Tweet vom 06.09.2024, abgerufen am 06.09.2024.

Diese Aussagen lehnen sich erkennbar an die im Januar 2021 seitens der AfD veröffentlichte „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" an. Ebenso wie diese erscheint aber auch dieser Mitgliederbrief der JA Hessen nicht geeignet, sich glaubhaft vom ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff zu distanzieren. So handelte es sich nur um einen internen Mitgliederrundbrief, der von der JA Hessen nicht öffentlich gemacht wurde. Ferner distanzierte sich die JA Hessen auch nicht von konkreten Aussagen zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff. Auch der Ankündigung von Parteiordnungsmaßnahmen gegen JA-Mitglieder folgten – zumindest öffentlich wahrnehmbar – keine entsprechenden Schritte. Nicht zuletzt zeigt auch die mutmaßlich durch die AfD Hessen initiierte Neubesetzung des JA-Landesvorstands mit Jochen Roos (MdL HE) als damaligen Landesvorsitzenden, dass es sich nicht um glaubhafte Distanzierungen von verfassungsschutzrechtlich relevanten Aussagen und Positionen handelt.[2787] Roos unterstützte den AfD-Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich (MdB, NW) nach dessen Bewerbungsrede auf dem AfD-Landesparteitag im Januar 2025.[2788] Darüber hinaus veröffentlichte Roos auf der Plattform X Beiträge mit fremdenfeindlichen Inhalten.[2789] [2790]

Ein weiteres Beispiel für Versuche einer inhaltlich-ideologischen Distanzierung von der JA ist das in sozialen Medien verbreitete Schreiben des AfD-Kreisverbands Mettmann (NW) aus Februar 2024, das die JA als Gefahr für die Gesamtpartei darstellt. In dem Text wird Jungfunktionärinnen und -funktionären in der JA vorgeworfen, immer offener von einem *„ethnisch reinen deutschen Volk"* zu träumen. In Videos und Chatverläufen sei eine *„sich mehr und mehr radikalisierende Sprache"* zu finden. Daneben würden *„Aktionen von anderen politisch aktiven Gruppen gutgeheißen, die öffentlich mit verbotenen Symbolen aus dem Dritten Reich kokettieren."*[2791]

Im Lichte der in diesem Zusammenhang aufgekommenen parteiinternen Diskussion und als Gegenreaktion auf das Schreiben des AfD-Kreisverbands Mettmann (NW) brachte Rüdiger Lucassen (MdB, NW) auf dem AfD-Landesparteitag in Marl (NW) am 24. Februar 2024 einen Antrag mit dem Titel „Aufruf zur Solidarität mit der Jungen

---

[2787] Frankfurter Rundschau: „Hessische AfD-Abgeordnete übernehmen rechtsextreme ‚Junge Alternative'", in: www.fr.de vom 26.06.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[2788] Roos, Jochen: Tweet vom 09.01.2025, abgerufen am 10.01.2025.
[2789] Roos, Jochen: Tweet vom 15.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[2790] Roos, Jochen: Tweet vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[2791] AfD Kreisverband Mettmann: Facebook-Eintrag vom 13.02.2024, abgerufen am 11.09.2024.

Alternative (JA)“ ein, der zwar Teil der Tagesordnung war, letztlich aber nicht behandelt wurde. In einem Interview mit dem österreichischen Heimatkurier führte Lucassen zur Intention des Antrags aus:

> *„Mein Antrag richtet sich nicht an die erneute Diffamierung unserer Partei durch den sogenannten Verfassungsschutz. Mir geht es um den richtigen Umgang der AfD mit diesem Angriff auf unsere Parteijugend. […] Wenn wir jetzt anfingen, unsere eigene Parteijugend im Stich zu lassen, verspielten wir damit unsere Glaubwürdigkeit. Mehr noch: Unser Bekenntnis für Deutschland würde die moralische Grundlage verlieren.“*[2792]

Lucassen skizzierte anschließend konkrete Schritte der AfD:

> *„Zum einen sollten wir beim Rechtsstaatsprinzip bleiben und individuelles Fehlverhalten nicht auf eine gesamte Organisation übertragen. […] Zum zweiten sollten wir (auch organisatorisch) deutlich machen, dass die JA zur AfD gehört und von ihr auch weiterhin unterstützt wird. Ich rege an, eine engere Einbindung der Jungen Alternative in die AfD zu prüfen. Zum einen würde dies den verfassungsrechtlichen Schutz, den eine politische Partei genießt, auf die JA ausdehnen. Zum anderen würde es die Strategie des Verfassungsschutzes durchkreuzen, die eindeutig auf eine weitere Spaltung des patriotischen Lagers abzielt.“*[2793]

In einem Interview mit dem Landesvorsitzenden der JA Nordrhein-Westfalen, Felix Cassel, bekräftigte er seine Äußerungen nochmals.[2794] In den Aussagen Lucassens wird deutlich, dass eine etwaige engere Einbindung der Jugendorganisation in die Gesamtpartei nicht aus Gründen einer angestrebten inhaltlich-ideologischen Disziplinierung der JA erfolgen solle, sondern vielmehr aus protektionistischen Gründen gegenüber staatlichen Maßnahmen.

[2792] Heimatkurier: „Rüdiger Lucassen (AfD): Wir dürfen unsere Parteijugend nicht im Stich lassen“ vom 15.02.2024, in: www.heimatkurier.at, abgerufen am 16.02.2024.
[2793] Ebd.
[2794] Lucassen, Rüdiger: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 25.02.2024, Kanal: „Junge Alternative NRW“, abgerufen am 26.02.2024.

cc. Formale Neustrukturierung des Verhältnisses zwischen Gesamtpartei und Jugendorganisation

Bereits seit der Hochstufung der JA zur gesichert extremistischen Bestrebung im April 2023 und insbesondere nach einer gesellschaftlichen Debatte um ein AfD-Verbot nach der Veröffentlichung einer CORRECTIV-Recherche im Januar 2024 zum Vernetzungstreffen in Potsdam (BB) kamen in der AfD Stimmen auf, die eine stärkere personelle und organisatorische Einhegung der Jugendorganisation forderten. Zwar war in der Folge in einzelnen Landesverbänden die Neubesetzung von JA-Landesvorstandsposten mit jungen AfD-Mandatsträgern festzustellen, eine organisatorische Distanzierung der AfD von der damaligen JA erfolgte zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht. Entsprechende Vorschläge stießen zum Teil auch auf Widerstand. So untermauerte Björn Höcke (MdL TH) im Februar 2024 abermals seine Unterstützung bei einer Podiumsdiskussion im Rahmen der 24. Winterakademie des mittlerweile aufgelösten und neu gegründeten Institut für Staatspolitik in Schnellroda (ST), indem er in einem ausführlichen Statement seine Position zur JA und mögliche Überlegungen zu einer Eingliederung oder Abtrennung der JA in die Gesamtpartei ausführte:

> *„Alles, was in Richtung Abspaltung der JA geht, wird von mir den entschlossensten Widerstand erleben. Das kann ich an der Stelle sehr, sehr deutlich sagen. Jede Panikmache und das muss ich auch mal so deutlich hier und heute sagen, die es in einigen Gremien und Spitzengremien der Partei gibt, ist abzulehnen und muss der Rationalität weichen. Keinen Jota zurück vor den kruden, absurden realitätsfremden Interpretationen, ja vor den Irrsinnsinterpretationen der Bundesregierung, der Landesregierung, des Verfassungsschutzes bezüglich der Realität. Keinen Jota zurückweichen. Das muss unsere klare Verortung sein. Die JA ist die Jugendorganisation unserer Partei. Sie ist nicht integriert in die Partei. Das hat Vorteile, das hat Nachteile. Man kann und ich bin ein Freund davon, über die Totalintegration der JA sprechen. Das wäre dann das Juso-Modell, das heißt jeder junge Mensch ist dann bis zu seinem 35. Lebensjahr gleichzeitig nicht nur, wenn er Parteimitglied ist, Parteimitglied, sondern auch Mitglied der Jungen Alternative. Das bedeutet ein wenig weniger Bedeutung, weil man dann nur noch auf dem, auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften unterwegs ist, aber den Schutz der Mutterpartei. Eine Abgliederung, eine Abstoßung der JA, wie sie auch von einigen Protagonisten der Partei diskutiert*

wird, wäre der Beginn einer Salamitaktik, an dessen Ende ganz logischerweise der Verbots-, das Verbotsbegehren, der Verbotsantrag gegen die Mutterpartei stände. Und selbst wenn die AfD jetzt abgestoßen würde von der Mutterpartei und wenn die AfD, die JA dann relativ schnell verboten werden kann als Verein, das ist ja dann mit der Verordnung eines Innenministers möglich, bedeutet das ja nicht nur für die JA massive Nachteile, nämlich: Hausdurchsuchungen, Vermögenseinzug, etc. pp, sondern das wird immer die verbotene Jugendorganisation der Mutterpartei sein. Wir werden immer damit dann negativ kontextualisiert werden. Die JA werden wir niemals loswerden, das wird immer das Narrativ gespielt werden, das ist die ehemalige, jetzt verbotene Jugendorganisation der AfD. Zusätzlich kommen noch juristische Fragestellungen, die mit hineinspielen. Nach der, mit Verlaub, etwas kruden Logik der Unvereinbarkeitsliste der AfD, die ich immer wieder herzhaft kritisiert habe, müssten ja dann ehemalige JA-Funktionäre, und da sind einige prominente mittlerweile dabei, die Mitgliedsrechte entzogen werden. Das wäre die logische Konsequenz. Also die JA-Funktionäre oder die JA, würde auf die Unvereinbarkeitsliste gesetzt werden müssen nach der parteiinternen Logik und die ehemaligen Funktionäre der JA könnten nicht mehr Mitglied der, der der Mutterpartei sein. Also solche Auswirkungen muss man wirklich vor Augen haben und deswegen müssen wir der einsetzenden Salamitaktik Widerstand entgegenbringen und deswegen sage ich, auch weil ich vor dem Hintergrund, dass jetzt einige Landesparteitage in wichtigen Westländern stattfinden, von dem ein oder anderen Engagement, von der ein oder anderen Aktivität gehört habe, bitte ich auch, dass wir, dass wir uns uns solidarisch erklären, dass wir auch Landesparteitage nutzen mit einschlägigen Resolutionen. Ich weiß, dass in NRW sowas jetzt geplant ist, um zu zeigen: Wir stehen vor unserer Jugendorganisation. Wir lassen uns nicht spalten. Und ich wünsche solchen Aktivitäten, solchen Antragsaktivitäten jetzt in NRW oder vielleicht auch in Baden-Württemberg maximale Erfolge. Also: Ja zur JA und unbedingte Solidarität.“[2795]

[2795] Höcke, Björn: Teilnahme an einer Podiumsdiskussion mit Christoph Berndt, Erik Lehnert und Götz Kubitschek; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2024, Kanal: „Kanal Schnellroda“, abgerufen am 12.03.2024.

Seine Überlegungen wurden im Rahmen der Veranstaltung auch zustimmend von Hans-Christoph Berndt (MdL BB) geteilt.[2796]

Laut Presseberichterstattung hatte hingegen Roman Reusch (AfD-Bundesvorstandsmitglied) in einer Sitzung des AfD-Bundesvorstands im Februar 2024 gefordert, die JA auf dem AfD-Bundesparteitag im Juni 2024 aus der Satzung der AfD *„abzugliedern"*. Im Bundesvorstand sei man sich hingegen bewusst, dass es dafür keine Mehrheit auf dem Bundesparteitag geben würde. Zwar habe der Bundesvorstand laut dem Bericht grundsätzlich Problembewusstsein gezeigt, es aber bei einer Ermahnung zur Zurückhaltung belassen. Auf dem Bundesparteitag wurde dann auch nicht über das Thema beraten und entsprechend keine derartige Entscheidung getroffen.[2797]

(1) Bundesvorstandsantrag zur JA-Auflösung und Neugründung einer Jugendorganisation

Die monatelangen parteiinternen Diskussionen um eine Neustrukturierung des Verhältnisses der AfD zur Jugendorganisation kulminierten schließlich in einem vom AfD-Bundesvorstand am 2. Dezember 2024 mehrheitlich beschlossenen Satzungsänderungsantrag für den Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN), der die Aberkennung der JA als offizieller Jugendorganisation der AfD sowie die Neugründung einer Jugendorganisation vorsah. Der Antrag beinhaltete zudem, dass der AfD-Bundesvorstand bis Mai 2025 alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren zur ersten Mitgliederversammlung einer neuen Jugendorganisation einladen solle, auf der ein Jugendstatut beschlossen werden solle. Nach Genehmigung des Jugendstatuts durch den AfD-Bundesvorstand solle die JA schließlich ihre Anerkennung als offizielle Jugendorganisation der AfD verlieren. Die neue Jugendorganisation solle sich an dem sogenannten Juso-Modell orientieren, sodass alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren automatisch der Jugendorganisation angehören würden. Im Umkehrschluss würden grundsätzlich alle Mitglieder der Jugendorganisation AfD-Mitglied sein, wodurch sie damit der Schiedsgerichtsbarkeit der AfD unterworfen wären.[2798]

[2796] Ebd.
[2797] „Nach Höckes Pfeife", in: DER SPIEGEL Nr. 11 vom 09.03.2024, S. 30.
[2798] Tagesschau: „AfD will sich von Jugendorganisation trennen", in: www.tagesschau.de vom 03.12.2024, abgerufen am 28.03.2025.

Nach dem Bekanntwerden dieser Pläne des AfD-Bundesvorstands betonten dessen Vertreter explizit, dass es sich bei der Neustrukturierung der Jugendorganisation nicht um eine Distanzierung von der JA handele. Der AfD-Co-Bundessprecher Tino Chrupalla (MdB, SN) versicherte, dass man die Jugendorganisation nicht „*loswerden möchte oder auflösen möchte*“:

> „*Vielleicht ergänzend, weil das teilweise ja auch falsch in den Medien dargestellt wird, dass der AfD-Bundesvorstand die JA loswerden möchte oder auflösen möchten, also das ist mitnichten der Fall. Des Weiteren geht das überhaupt nicht, die AfD-Mutterpartei kann eine Jugendorganisation, noch dazu die JA gar nicht auflösen. Das könnte sie nur im Ernstfall selbst tun, weil das ein eigenständiger Verein ist. Und so wie es auch gerade erwähnt wurde, die JA hat dort selbst eine sehr gute Vorarbeit geleistet in der Umstrukturierung und das wird auch Bestandteil eines Antrages auf dem Bundesparteitag sein.*“[2799]

Ähnlich äußerte sich auch der stellvertretende AfD-Bundessprecher Kay Gottschalk (MdB, NW) in einem Interview mit dem Sender phoenix am 3. Dezember 2024:

> „*Wir haben sehr vertraulich schon lange über eine Neustrukturierung, einen Reformprozess innerhalb der JA gesprochen. Also insoweit kann auch nicht die Rede sein, dass wir uns von einer Jugendorganisation trennen wollen. Wir brauchen die Jugend. Die Jugend ist gut.*“[2800]

Dass die Neustrukturierung nicht wegen der inhaltlich-ideologischen Ausrichtung der JA geschehen sollte, stellte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) am 4. Dezember 2024 heraus:

> „*Abgliederung der JA, weil zu radikal. Man sollte nicht jede Meldung der Presse wortwörtlich übernehmen. Eine Jugendorganisation muss eine scharfe Zunge haben und Akzente setzen. Der vom Regierungsschutz unterstellte Extremismus ist für mich kein Entscheidungskriterium. Fakt ist: Der Bundesvorstand hat*

[2799] Chrupalla, Tino: „Deutschland droht eine Kriegskoalition! Presseerklärung von Alice Weidel & Tino Chrupalla“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag“, abgerufen am 28.03.2025.

[2800] Gottschalk, Kay: „Junge Alternative: AfD-Bundestagsabgeordneter Gottschalk dementiert Trennung von Jugendorganisation“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 28.03.2025.

beschlossen, einen Satzungsänderungsantrag auf dem kommenden Bundesparteitag einzubringen. Ziel ist eine stärkere, gut aufgestellte und besser finanzierte Jugendorganisation mit größerer Bindung zwischen Partei und Jugend. Gleichzeitig ist es wichtig, die Fürsorgepflicht der Partei gegenüber ihrer Jugend, die sich in diesen Zeiten besonders ins Feuer stellt, ernst zu nehmen. Das neue Modell bietet diesen Schutz. Wer von Meuthianern spricht, versucht mit alten Methoden, unlautere parteipolitische Vergleichen zu ziehen, um jeden Reformprozess zu unterbinden."[2801]

Kay Gottschalk (MdB, NW) entgegnete in dem oben genannten Interview auf die Frage, warum man eine Neugründung der Jugendorganisation brauche, Folgendes:

„Das ist, ich finde, eine Weiterentwicklung wie in einer Liebesbeziehung. Wir entwickeln diese Beziehung jetzt weiter, wollen sie […] auf eine neue Stufe stellen. […]. Also eine viel, viel engere Bindung – was ja immer in einer Partnerschaft positiv ist – an die Mutterpartei an der Stelle. […] Man ist unter 36 und man muss Parteimitglied sein und ich finde, das ist richtig. Das ist wie in der richtigen Familie dann auch. Und insoweit rücken wir näher aneinander ran, das ist der Punkt. Und wir wollen natürlich auch dann entsprechend mit unserer Jugend auch weiter vernünftige Prozesse anstoßen, damit wir auch bei den Menschen draußen und bei den jungen Leuten ankommen. Also insoweit nichts, was jetzt […] einer Auflösung oder einer Neugründung gleichkäme, sondern ich nenne das Weiterentwicklung. Und das ist auch richtig nach fast 10 Jahren."[2802]

In verschiedenen Verlautbarungen von AfD-Funktionären und -Funktionärinnen wurden auch punitive Motive für die Pläne zur Neustrukturierung der Jugendorganisation der Partei skizziert. Die Mutterpartei habe mit der neugegründeten Jugendorganisation Sanktions- und Durchgriffsmöglichkeiten in Bezug auf sämtliche Mitglieder der Jugendorganisation, weil für diese dann künftig eine AfD-Mitgliedschaft obligatorisch würde. Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) formulierte das im Rahmen einer mündlichen Presseerklärung am 3. Dezember 2024 wie folgt:

[2801] Hohloch, Dennis: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 04.12.2024.

[2802] Gottschalk, Kay: „Junge Alternative: AfD-Bundestagsabgeordneter Gottschalk dementiert Trennung von Jugendorganisation", veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „phoenix", abgerufen am 28.03.2025.

„Die Reorganisation der Jugendorganisation ist wichtig, um die Jugendorganisation zukünftig näher an die Partei einzubinden. Und zwar wollen wir, dass die Mitglieder der Jugendorganisation auch zeitgleich Mitglied der AfD sind. Und das haben wir momentan nicht. Und dementsprechend streben wir eine Reorganisation hier an, dass wir eine größere Schnittmenge zu den Mitgliedern auch der Jugendorganisation haben zu der zukünftigen, die deutlich anders aufgestellt sein wird als die jetzige. [...] Das ist deshalb so wichtig, damit die Mutterpartei, die Alternative für Deutschland, auch Durchgriffsmöglichkeiten hat auf die Jugendorganisation, die sie derzeit nicht innehat.“[2803]

Auch der rheinland-pfälzische AfD-Landtagsabgeordnete und ehemalige JA-Bundesvorsitzende Damian Lohr stellte eine aus seiner Sicht mit der Neustrukturierung verbundene stärkere Disziplinierungsmöglichkeit in den Vordergrund. Maßstab für solche Disziplinierungen seien – so Lohr – allerdings nicht die Bewertungen des Verfassungsschutzes:

„In jedem Fall würde die neue Struktur für mehr Disziplin sorgen. Dabei geht es gar nicht darum, die Jugendorganisation einzuschränken, aber zumindest entfällt der Blankoscheck für Leute, die sich nicht ihrer Verantwortung für die Partei und Jugendorganisation bewusst sind. Dabei gilt selbstverständlich nicht der VS oder der politische Gegner als Maßstab. Wer groben Unfug produziert, muss diszipliniert werden können.“[2804]

Neben diesen disziplinierenden Motiven führten einzelne AfD-Funktionäre auch organisatorische Vorteile der geplanten Neustrukturierung an. Dazu zählte insbesondere die zukünftige Reduzierung von bürokratischen Prozessen für die Jugendorganisation, weil diese zukünftig von der Mutterpartei übernommen würden. Damian Lohr (MdL RP) skizzierte, dass durch die in die Mutterpartei vollständig integrierte

[2803] Weidel, Alice: „Deutschland droht eine Kriegskoalition! Presseerklärung von Alice Weidel & Tino Chrupalla“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag, abgerufen am 28.03.2025.
[2804] Freilich: „AfD-Jugend vor Neuanfang: So denken die Ex-Vorsitzenden über die JA-Reform“ vom 17.12.2024, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 28.03.2025.

Jugendorganisation *„quasi 90 Prozent der Bürokratie für die Jugendorganisation"* entfallen würde. So könne man sich *„auf das Wesentliche konzentrieren. Die politische Arbeit."*[2805]

Diese organisatorischen Elemente wurden mit protektiven Motiven der Neustrukturierung ergänzt. Herausgestellt wurde dabei vor allem der Schutz der Jugendorganisationen vor staatlichen Exekutivmaßnahmen wie einem Vereinsverbot. Das ehemalige JA- und AfD-Bundesvorstandsmitglied Carlo Clemens (MdL NW) nannte dies als wesentliches Motiv für die Neugründung und Integration der Jugendorganisation in die Gesamtpartei:

> *„Hauptgrund ist der Schutz der Jugendorganisation vor einem Vereinsverbot. Auch wenn gerne darauf verwiesen wird, dass Bundesinnenministerin Faeser selbst im Innenausschuss betont hat, dass die JA unter den Schutz des Parteienprivilegs falle, kann ich nur davor warnen, den Worten politischer Gegner blind zu vertrauen."*[2806]

Der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende René Springer (MdB, BB) sah in der Neustrukturierung ausschließlich Vorteile für alle Beteiligten und warnte vor einem möglichen Vereinsverbot der JA:

> *„Dass, was jetzt passieren wird, ist, dass wir die Jugendorganisation im Grunde stärken, sie wird größer werden, sie wird mehr Mitglieder haben, sie wird auch besser finanziell ausgestattet werden. Und insofern ist das eigentlich eine win-win-Situation für alle Beteiligten nämlich für die heutigen Jugendlichen, die sich [...] in der JA engagieren, aber eben auch für die Bundes-AfD, die jetzt ein Konzept hat, das die Junge Alternative auch schützt vor der übergriffigen Nancy Faeser. Denn wir wissen ja, mit Verbotsforderungen wird ja um sich geworfen. [...] Wir wollen verhindern, dass eine übergriffige Innenministerin unsere Jugendorganisation verbietet. Und jetzt haben wir sie unter den Schutzschirm der Partei genommen, und insofern ist das für alle ein großartiger Erfolg."*[2807]

[2805] Ebd.
[2806] Ebd.
[2807] Springer, René: „AfD-Parteitag: Interview mit René Springer", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „phoenix", abgerufen am 16.01.2025.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) argumentierte ähnlich. Zudem erklärte er, dass er mit der damaligen JA *„sehr zufrieden“* sei. Eine inhaltlich-ideologische Distanzierung von der gesichert extremistischen Jugendorganisation ist darin nicht zu erkennen:

> *„Es gibt zwei schlagende Argumente dafür. Ich bin mit der Jungen Alternative sehr zufrieden, ich persönlich bin ja noch Mitglied der Jungen Alternative, darf das noch sein. Aber Punkt 1 ist, wir haben alle erlebt, wie Nancy Faeser momentan etwas durchdreht. Wenn Sie sich an das Compact-Verbot erinnern, ein Presseorgan, das einfach mal per Federstrich verboten wird unter Rückgriff aufs Vereinsrecht. Und das ist ja was, was sie rein theoretisch auch einfach mal machen könnte mit der JA, das wäre auch nicht rechtmäßig, da würden wir vielleicht danach vor Gericht gewinnen, aber erstmal hätten wir ein Riesenproblem. Das können wir vermeiden dadurch, dass die JA ein Teil der Partei wird. Und der zweite Punkt ist, wir haben viele junge Mitglieder auch in der AfD, die bisher aber noch nicht in der JA organisiert sind. Und wenn wir uns für so ein Modell entscheiden, wie es uns heute vorliegt, was wir später debattieren werden, dann haben wir automatisch die Mitgliedszahlen der [...] Jugendorganisation verdoppelt bis verdreifacht. Und das sorgt natürlich auch für mehr Schlagkraft bei den Jugendlichen.“*[2808]

Innerhalb der JA gab es nach Bekanntwerden des Satzungsänderungsantrags des AfD-Bundesvorstands entschiedene Kritik an diesem Vorhaben. Infolgedessen beschloss der JA-Bundeskonvent am 4. Dezember 2024, den Satzungsentwurf des AfD-Bundesvorstands abzulehnen.[2809] Die Kritik richtete sich indes nicht per se gegen eine stärkere Integration der Jugendorganisation in die AfD, sondern vielmehr gegen die geplante Auflösung der JA und Neugründung einer anderen Jugendorganisation. Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten kritisierte das Ansinnen einer Auflösung der JA insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Bundestagswahl:

[2808] Münzenmaier, Sebastian: „Afd-Parteitag: Sebastian Münzenmaier im phoenix-Interview spricht über die junge Alternative“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „phoenix“, abgerufen am 16.01.2025.

[2809] ZEIT: „Sie wollen sich einfach nicht unterordnen“, in: www.zeit.de vom 05.12.2024, abgerufen am 28.03.2025.

> *„Eine Auflösung unserer Organisation ist zum jetzigen Zeitpunkt völlig falsch, und wir haben viele andere wichtige Aufgaben zu meistern. Wir stecken aktuell in den Vorbereitungen unserer Jugendkampagne zur Bundestagswahl 2025 – wir freuen uns auf einen guten Wahlkampf mit allen Landesverbänden."*[2810]

Leisten wiederholte ihre Kritik in einem am 8. Januar 2025 veröffentlichten Interview mit COMPACT. Darin stellte sie heraus, dass die AfD schon seit Langem eine Jugendorganisation wolle, die vollständig kontrollierbar sei:

> *„Die AfD wollte eigentlich immer eine Jugendorganisation, die sie auch stückweise kontrollieren können. Und das war all die Jahre immer zu merken und auch zu spüren. Man hat uns versucht kleinzuhalten. [...] Es geht im Kern darum, dass hier versucht wird, die Stimmen stillzubekommen, die man sich eben von der Parteispitze nicht mehr wünscht. Und das steckt dahinter und das hat auch Frau Weidel deutlich gemacht. Sie hätte sich ja auch hinstellen können und sagen können, ich stehe voll und ganz zu unserer Jugendorganisation und ich möchte diese schützen vor einem drohenden Verbot. Das hat sie nicht getan [...]. Aber es war ganz eindeutig, was sie gesagt hat. Ihr geht es um die Kontrolle und Ihnen geht es darum, dass die Junge Alternative nicht mehr so besteht, wie wir sie kennen."*[2811]

Der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Sven Kachelmann verglich das Vorhaben des AfD-Bundesvorstands negativ mit dem Wirken des ehemaligen AfD-Bundessprechers Bernd Lucke:

> *„Prof. Dr. Lucke – sind Sie es? Die #JungeAlternative wird sich jedenfalls nicht auflösen. Wer seine eigene Parteijugend so abschießen will, sollte sein Amt räumen."*[2812]

Fabian Küble, zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls JA-Bundesvorstandsmitglied, wies darauf hin, dass es auch zum damaligen Zeitpunkt schon möglich gewesen sei, JA-Mitglieder bei Fehlverhalten zu sanktionieren. Er begründete dies mit der – oftmals –

[2810] Leisten, Anna: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 03.12.2024.
[2811] Leisten, Anna: „Anna Leisten: ‚Die Junge Alternative muss bleiben'", veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 09.01.2025.
[2812] Kachelmann, Sven: Tweet vom 02.12.2024, abgerufen am 04.12.2024.

satzungsbedingten Notwendigkeit einer AfD-Mitgliedschaft für JA-Vorstandsmitglieder:

> *„Das ‚Argument‘ dadurch endlich die Möglichkeit zu bekommen JA Mitglieder sanktionieren zu können, hört man öfter und auch schon länger, wird deshalb jedoch nicht sinnvoller.*
> *Fakt ist: Alle Vorstände der JA und damit letztlich alle relevanten Personen, müssen seit jeher laut Satzung auch in der AfD sein. Diese unterliegen daher bereits heute der AfD Schiedsgerichtsbarkeit.*
> *Ledeglich normale Mitglieder, die keine Funktionäre sind, müssen nicht in der AfD sein und könnten daher im Zweifel auch nicht durch diese sanktioniert werden.*
> *ABER: mir ist kein Fall bekannt, in dem Mitglieder der JA nach grobem Fehlverhalten nicht sanktioniert worden wären, zumal nach expliziter Aufforderung durch die Mutterpartei.*
> *Ebenfalls Fakt ist: die Parteigerichtsbarkeit braucht auf Grund der durch das Parteiengesetz gestellten hohen Anforderungen sehr viel länger um Personen zu sanktionieren oder im Zweifel sogar auszuschließen, als es die JA als Verein kann. In den meisten mir bekannten Fällen hat die #JA sogar schneller gehandelt als die #AfD, die teils sogar garnicht gehandelt hat (wegen den hohen rechtlichen Voraussetzungen), während die JA Sanktionen ergriffen hat.*
> *Daher ist dieses ‚Argument‘ ebenso alt wie unsinnig und hat mit der realen Praxis nur sehr wenig zu tun.“*[2813]

(2) Abstimmung über Satzungsänderungsanträge auf dem AfD-Bundesparteitag 2025 in Riesa (SN)

Auf dem AfD-Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) hatten die Delegierten schließlich die Wahl zwischen zwei Satzungsänderungsanträgen, die jeweils vom AfD-Bundesvorstand und vom JA-Bundeskonvent eingebracht worden waren. Den Satzungsänderungsantrag des AfD-Bundesvorstands unterstützten neun AfD-Landesvorstände und alle ehemaligen JA-Bundesvorsitzenden der letzten zehn

[2813] Küble, Fabian: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 31.03.2025.

Jahre. Er sah die Neugründung einer Jugendorganisation mit dem Namen „Patriotische Jugend“ vor, die *„ein rechtlich unselbstständiger Teil der Partei“* sein sollte. Mitglieder dieser neuen Jugendorganisation sollten alle AfD-Mitglieder unter 36 Jahren sein, die ihren Beitritt erklärten. Sie wären der Schiedsgerichtsbarkeit unterworfen. Der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (MdB, BB) stellte den Antrag auf dem Bundesparteitag vor:

> *„Wir sind die Jugend der Partei. Die Partei ist unsere Mutter. Das abzulehnen, ergibt in sich keinen Sinn. Eine Autonomie von der eigenen Partei einzufordern als Grundlage ist bestenfalls eine stark abstrahierte Ansicht dessen, was und wie eine Parteijugend strukturiert sein sollte. [...]. Bringen wir gemeinsam eine in der Partei organisierte, professionelle, gut strukturierte, disziplinierte, gut finanzierte, schlagkräftige und repräsentative Jugendorganisation auf den Weg. Am Ende steht die AfD auf den Wahlzetteln und der Wahlerfolg unserer AfD zum Wohle unseres geliebten Vaterlandes ist die Maxime unseres Handelns. Deswegen bitte ich euch um eure Zustimmung.“* [2814]

Ergänzend brachte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) ein:

> *„Dieser Satzungsentwurf ist gut überlegt, er ist über ein Jahr vorbereitet und fand seinen Anstoß in einer Diskussion des Bundesvorstandes und des Vorstandes der Jungen Alternative vor über einem Jahr. Er sieht vor, dass die Junge Alternative oder die neue Jugendorganisation mit der Partei näher zusammenwachsen. Das bedeutet auf der einen Seite, dass man der Jugendorganisation mehr Möglichkeiten bieten muss: finanziell, strukturell und personell. Eine professionelle Jugendorganisation braucht genau diese Möglichkeiten. Eine professionelle Partei auf der anderen Seite braucht allerdings auch Sicherheit. Sicherheit, dass Personen, die sich innerhalb dieser Jugendorganisation bewegen und Politik machen, kein Schindluder mit unserer Partei treiben. Und das hat nichts mit einem Generalverdacht zu tun, das ist völlig normal in jeder Beziehung. Man braucht Sicherheit, um gemeinsam zusammen arbeiten zu können und dementsprechend ist es notwendig, die neue Jugendorganisation*

[2814] Gnauck, Hannes: „Zeit für Deutschland“: 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

zusammen in die Partei zu integrieren und gleichzeitig unter die Schiedsgerichtsbarkeit der Partei zu stellen."[2815]

Der Antrag des JA-Bundeskonvents sah indessen ebenfalls eine engere Einbindung der JA in die AfD vor, beinhaltete allerdings die Aufrechterhaltung der organisatorischen Autonomie der JA. Der Antrag sah für die Mitglieder der Jugendorganisation zudem keine obligatorischen AfD-Parteimitgliedschaft vor. Die Vorstellung des Antrags verband der damalige stellvertretende JA-Bundesvorsitzende Sven Kachelmann mit dem Vorwurf gegenüber dem AfD-Bundesvorstand, die eigene Parteijugend nicht angemessen in die Neustrukturierungsüberlegungen einbezogen zu haben:

„Man kann so einen Reformprozess, eine tiefgreifende Veränderung, nur mit, und damit meine ich allen Mitgliedern der Jugendorganisation gestalten und nicht ohne sie oder gegen deren Willen. […] Diese Idee wurde nie ausgereift und dieser Antrag des AfD-Bundesvorstands hat mit einem Juso-Modell nichts zu tun. Nichts, aber auch gar nichts. Denn er geht viel weiter über das Ziel hinaus als die Jusos es wollten. […] Wir erleben staatliche Repressionen noch und nöcher. Wenn man die Sorge hat, es kommt ein Vereinsverbot der JA, die Sorge kann ich euch gerne in Teilen nehmen. Denn Folgendes ist doch der Fall. Was wird denn passieren, wenn wir heute sagen: Nicht die Junge Alternative ist die Jugendorganisation der AfD, die JA wird es am Montag immer noch geben […]. Wenn man sagt, wir wollen die Jugend schützen, dann muss man auch sagen: Dieser Entwurf, der zahlt auf das Konto, unsere Jugend, die jetzt besteht, zu schützen nicht ein. Er macht den aktuellen Zustand noch schlechter."[2816]

In der Sache noch deutlicher positionierte sich Eric Engelhardt, der damalige Vorsitzende der JA Thüringen. Er nannte die Eingliederung einer neuen Jugendorganisation eine *„Vernichtung"* der bisherigen JA:

„Der Antrag, der hier im Raum steht, ist weder im Interesse noch der Wille der Jungen Alternative. Richtig ist, dass man sich grundsätzlich für einen Reform-

---

[2815] Hohloch, Dennis: „Zeit für Deutschland": 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 26.01.2025.
[2816] Kachelmann, Sven: „Zeit für Deutschland": 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2", veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

> *prozess ausgesprochen hat. Dieser Antrag ist aber keine Reform, keine Verbesserung, sondern eine Abgliederung und letztlich eine Vernichtung der Jungen Alternative.“*[2817]

Nach der Debatte über die beiden Anträge, in der die Befürworter des Antrags des AfD-Bundesvorstands kommunikativ überlegen wirkten, fand letztlich ein leicht modifizierter Antrag des AfD-Bundesvorstands eine Mehrheit von 71,92 %.[2818] Der modifizierte Antrag enthielt gegenüber der Parteijugend u. a. das Entgegenkommen, dass die neue Jugendorganisation ihren Namen eigenständig bestimmen kann.

Aufgrund des genannten Beschlusses des Bundesparteitags ist die JA seit dem 1. April 2025 nicht mehr die Jugendorganisation der AfD. Der Beschluss sieht zudem vor, dass bis spätestens Ende 2025 eine erste Mitgliederversammlung der neuen Jugendorganisation abgehalten wird, mit der diese offiziell gegründet, ein Jugendstatut beschlossen und ein Vorstand gewählt wird. Zukünftig sind nach § 17a Abs. 4 AfD-Bundessatzung alle Parteimitglieder bis zur Vollendung des 36. Lebensjahrs, die ihren Beitritt zur Jugendorganisation erklärt haben, auch Mitglied der Jugendorganisation. Minderjährige Mitglieder der künftigen Jugendorganisation, die aufgrund ihres Alters noch kein Parteimitglied werden können, unterliegen ebenfalls der Schiedsgerichtsbarkeit der AfD.[2819]

Im Nachgang des Bundesparteitags formulierten Vertreter der JA Kritik an dessen Entscheidung. Die JA Schleswig-Holstein kritisierte, dass die Älteren in der Mutterpartei der Jugend einen *„Dolch in den Rücken gerammt“* hätten. Dies verband man mit der Ankündigung, die noch zu gründende, neue Jugendorganisation inhaltlich und personell dominieren zu wollen:

> *„Die Boomer haben der Jugend den Dolch in den Rücken gerammt aber wir wanken nur und fallen nicht. Wir werden auch die neue JA SH dominieren und unseren aktuellen Kurs weiter fortsetzen. […] Rechts-woken Irrlichtern wie Hohloch, Gottschalk oder Lambrou, die hoffen das die neue JA harmloser, ruhiger*

[2817] Engelhardt, Eric: „Zeit für Deutschland“: 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[2818] Alternative für Deutschland: „Zeit für Deutschland“: 16. AfD-Bundesparteitag live aus Riesa – Tag 2“, veröffentlicht in: www.youtube.com am 12.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[2819] Alternative für Deutschland: „§ 17a AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 12.01.2025, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

und weniger aktiv sein wird, empfehlen wir Schleswig-Holstein auch nach der Neugründung der JA besser zu meiden".[2820]

Auch die JA Bayern verwendete diese Metapher.[2821]

Insgesamt überwog in den Aussagen der JA jedoch die Position, dass man sich nun auf die Zusammenarbeit nach der formalen Neustrukturierung freue. So verlautbarte die JA Nordrhein-Westfalen am 13. Januar 2025, dass sich nun lediglich die *„Hülle"* ändere, der Inhalt der Jugendorganisation jedoch fortgeführt werde:

„[D]as Versprechen, dass der Geist der Jugendorganisation nicht verschwindet, nur weil man ihn eine andere Hülle steckt. Wir freuen uns auch die noch engere Zusammenarbeit."[2822]

Die JA Nordrhein-Westfalen geht demnach von einer hochgradigen Kontinuität zwischen JA und neuer Jugendorganisation aus.

Arthur Hammerschmidt, damaliges Landesvorstandsmitglied der JA Baden-Württemberg, äußerte sich am 15. Januar 2025 gegenüber der Heilbronner Stimme ähnlich:

„Wir sehen keinen großen Unterschied im Arbeiten zwischen dem Zustand vor dem Parteitagsbeschluss und dem Arbeiten in der künftigen Jugendorganisation."[2823]

Auch Björn Höcke (MdL TH) bekannte im Nachgang zum Bundesparteitag, auf dem er sich nicht öffentlich in die Diskussion eingebracht hatte, dass er zwar hinter einer engeren Anbindung der JA an die Gesamtpartei stehe, aber die zur Wahl gestellten Satzungsänderungsanträge inhaltlich und strukturell defizitär gewesen seien. Wenngleich die JA nach dem Bundesparteitag der Verlierer sei, werde sich für Höcke in Thüringen nichts am *„guten Verhältnis"* zwischen der AfD und Jugendorganisation ändern. Die formale Neustrukturierung habe keine Auswirkungen auf den *„Geist"*, der in Thüringen gelebt werde:

[2820] Junge Alternative Regionalverband Südholstein: Instagram-Story vom 13.01.2025, abgerufen am 14.01.2025.
[2821] Junge Alternative Bayern: Tweet vom 14.01.2025, abgerufen am 15.01.2025.
[2822] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Tweet vom 13.01.2025, abgerufen am 15.01.2025.
[2823] Heilbronner Stimme: „Nach Parteitagsbeschluss: Junge Alternative in Heilbronn will sich bald auflösen" vom 14.01.2025, abgerufen am 28.03.2025.

„Für mich ist der Wermutstropfen des Bundesparteitages die Entscheidung zur JA. Dabei will ich betonen, daß auch ich die stärkere Integration der JA in die Mutterpartei befürwortet habe. Aber das jetzt beschlossene Vorgehen verläuft nicht in Richtung ‚Juso-Modell‘. Ich will es kurz machen: Sowohl der Antrag des Bundesvorstandes als auch jener der JA waren noch etwas unausgegoren. Ersterer atmete zu viel Funktionärsgeist. Hier schien es so, als wollte man die jungen Leute zu sehr an die Kandare nehmen, auch um den Preis, die Innovationsfähigkeit der Jugend über Gebühr zu beschneiden. Und beim JA-Antrag hatte man das Gefühl, daß den jungen Fohlen nicht bewußt genug ist, daß auch die weitläufigste Weide nicht ohne Zaun auskommt.
Daß zwei gegensätzliche Anträge auf der Tagesordnung zu finden waren, weist darauf hin, daß der Prozeß der Konsensfindung noch Zeit gebraucht hätte. Vielleicht war er nicht lang genug, vielleicht war er nicht breit genug angelegt, vielleicht hatte er nur die falsche Sukzession?
Ich weiß es nicht, aber ich bin sicher, daß mit etwas mehr Ruhe ein Konsens hätte erzielt werden können, der in einen gemeinsamen Antrag beim nächsten Parteitag gemündet wäre und keine Verlierer produziert hätte. […]
Nun gilt es in der Lage zu leben, die die Entscheidung nach sich zieht. Die Defizite des beschlossenen Antrages werden zu Nachjustierungen führen müssen, so meine Vermutung.
In Thüringen wird sich am guten Verhältnis zu unserer Jugend nichts ändern, das versichere ich. Hier geht es nicht um Formalien, sondern um den Geist, den wir leben.“[2824]

(3) Beschluss der JA-Auflösung auf dem Bundeskongress in Apolda (TH)

Infolge des Bundesparteitagsbeschlusses zur Neustrukturierung der JA beantragten sieben JA-Landesverbände (Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen) zusätzlich zu dem bereits geplanten regulären JA-Bundeskongress am 1. Februar 2025 einen außerordentlichen Bundeskon-

[2824] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 16.01.2025.

gress zur Selbstauflösung der JA. Das Ziel war es, die Vermögenswerte und Markenrechte der JA an die AfD zu überschreiben, sodass die neue Jugendorganisation gegebenenfalls erneut den Namen Junge Alternative tragen könnte.[2825]

Auf dem regulären 12. Bundeskongress der JA am 1. Februar 2025 in Apolda beschlossen die Mitglieder dann, dass die Auflösung des Vereins künftig mit einfacher Mehrheit möglich sei; zuvor war hierfür eine 9/10-Mehrheit notwendig.[2826] [2827] Entschieden wurde auch, dass das Vereinsvermögen der JA nach einer Auflösung des Vereins an den Verein Ein Prozent sowie an den AfD-Bundesverband transferiert werde. [2828]

Sodann stimmten die Mitglieder der JA auf dem sich anschließenden außerordentlichen Bundeskongress der Auflösung des Vereins Junge Alternative mit Wirkung zum 31. März 2025 zu. Dieses Ergebnis gab die JA auf ihrer Website bekannt:

> *„Danke für über eine Dekade patriotischen Aktivismus!*
> *Mit Wirkung zum 31. März 2025 wird der nicht eingetragene (rechtlich selbstständige) Verein Junge Alternative Deutschland aufgelöst. Das hat der XIII. Bundeskongress am 01.02.2025 in Apolda einstimmig beschlossen. Er tritt sodann in die Liquidationsphase ein.*
> *Innerhalb der AfD wird sich eine neue Jugendorganisation gründen, die rechtlich nicht als selbstständiger Verein organisiert ist. Dieses Verfahren (Auflösung und anschließende Neugründung) ist gemäß der beschlossenen Satzungsänderungen der AfD zwingend.“*[2829]

Nach der beschlossenen Auflösung äußerte sich der damalige thüringische JA-Landesvorsitzende und JA-Bundesvorstandsmitglied Eric Engelhardt wie folgt:

> *„Die Junge Alternative ist tot, lang lebe die Junge Alternative.“*[2830]

[2825] Freilich-Magazin: „JA-Landesverbände beantragen außerordentlichen Bundeskongress zur Selbstauflösung“ vom 14.01.2025, in: www.freilich-magazin.com, abgerufen am 15.01.2025.
[2826] DIE ZEIT: „Der Widerstand scheint gebrochen“ vom 01.02.2025, in: www.zeit.de, abgerufen am 01.02.2025.
[2827] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Instagram-Story vom 01.02.2025, abgerufen am 01.02.2025.
[2828] DIE ZEIT: „Junge Alternative löst sich auf“ vom 01.02.2025, in: www.zeit.de, abgerufen am 03.02.2025.
[2829] Junge Alternative für Deutschland: „Website“, in: www.jungealternative.net, abgerufen am 28.03.2025 über web.archive.org mit Datum 13.03.2025.
[2830] Engelhardt, Eric: Tweet vom 01.02.2025, abgerufen am 01.02.2025.

Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Fabian Küble stellte auf die Notwendigkeit einer starken Jugendorganisation für die AfD ab:

> *„Die @JA_Deutschland wurde heute einstimmig aufgelöst. Gründen wir die Junge Alternative als neue AfD Jugendorganisation entsprechend der neuen Statuten zeitnah neu. Die AfD braucht als Partei der Zukunft eine starke Jugend!“*[2831]

Die JA Nordrhein-Westfalen betrachtete die Neustrukturierung nicht als *„Abschied“*, sondern als *„Neuanfang“* und versprach, sich auch zukünftig vollumfänglich für die Mutterpartei einzusetzen:

> *„Auch wenn damit 10 Jahre Vereinsgeschichte zu Ende gehen, sehen wir es nicht als Abschied, sondern als Neuanfang. Wir werden auch in der neuen Jugendorganisation 100%igen Einsatz für die AfD, die deutsche Jugend und und unsere Heimat zeigen. Wir bleiben jung, patriotisch und rebellisch. Die Hülle der JA fällt weg - ihre Seele wird weiterleben.“*[2832]

Die Reaktionen auf die Auflösung der bisherigen JA sprechen für eine personelle und inhaltlich-ideologische Kontinuität zwischen JA und der noch zu gründenden neuen Jugendorganisation.

Nach dem Beschluss des AfD-Bundesparteitags bzw. nach der beschlossenen Auflösung des Bundesverbands der JA hatten sich bereits mehrere JA-Landesverbände aufgelöst.

So beschloss die JA Rheinland-Pfalz am 28. Januar 2025 ihre Auflösung.[2833]

Mit Wirkung zum 22. Februar 2025 hatte sich der JA-Landesverband Sachsen *„mit all seinen Untergliederungen aufgelöst“*. Die JA Sachsen führte an, dass man über den bisherigen Instagram-Account *„auch in Zukunft über die Jugendarbeit der AfD“* informieren werde.[2834]

2831 Küble, Fabian: Tweet vom 01.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.
2832 Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.
2833 Trierischer Volksfreund: „AfD-Jugendorganisation im Land löst sich auf - aber nur für kurze Zeit“ vom 15.02.2025, in: www.volksfreund.de, abgerufen am 09.04.2025.
2834 Junge Alternative Sachsen: Instagram-Eintrag vom 30.03.2025, abgerufen am 01.04.2025.

Die JA Schleswig-Holstein löste sich im Rahmen eines Landeskongresses am 9. März 2025 auf. Die Auflösung wurde in den sozialen Medien wie folgt kommentiert:

> *„Mit einem entschlossenen Blick in die Zukunft wurde heute die Auflösung der Jungen Alternative Schleswig-Holstein sowie der Regionalverbände Ostküste und Westküste beschlossen (Südholstein folgt im Laufe dieses Monats). Mit dieser historischen Entscheidung machen wir den Weg frei für die Gründung einer neuen, stärkeren und noch enger an unsere Mutterpartei angebundene Jugendorganisation. Diese Entscheidung ist kein Abschied, sondern ein notwendiger Schritt, um den Herausforderungen unserer Zeit besser begegnen zu können.*
> *Die politische Landschaft erfordert von uns mehr Geschlossenheit, Widerstandskraft und strategische Weitsicht. Die zunehmenden Repressionen durch die herrschenden linksradikalen Kräfte haben gezeigt, dass unsere Strukturen überarbeitet werden müssen, um unser Anliegen und unsere Mitglieder besser zu schützen. Mit einer Neugründung stellen wir sicher, dass unsere Ideen nicht nur fortbestehen, sondern kraftvoller, denn je in die Zukunft getragen werden.*
> *Wie der der Phönix aus der Asche erheben wir uns nicht geschwächt, sondern gestärkt aus diesem Prozess. Was am heutigen Tage scheinbar endet, ist in Wahrheit der Beginn einer neuen Ära. Die Ideale, für die wir stehen, werden nicht verblassen – wie werden sich erneuern, gefestigt durch Erfahrung und geleitet von der Überzeugung, dass unsere nationale Sache eine Zukunft hat.*
> *An alle unsere Mitglieder und Sympathisanten: Unser Weg geht weiter, mit neuer Energie und klarer Ausrichtung. Der Kampf für unser Heimatland endet nicht, er beginnt von Neuem – entschlossener, organisierter und geeinter. Tretet noch heute in die AfD ein und helft mit Deutschland wieder großartig zu machen.*
> *[...]*
> *Unsere Kanäle in den Sozialen Medien bleiben bis auf Weiteres bestehen, mit dem Ziel sie später besenrein an die neue AfD Jugendorganisation zu übergeben.“*[2835]

[2835] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Instagram-Eintrag vom 09.03.2025, abgerufen am 09.04.2025.

Die JA Sachsen-Anhalt löste sich ebenfalls am 9. März 2025 auf einem dafür einberufenen Landeskongress auf:

> *„Mit dem Landeskongress am vergangenen Wochenende steht fest: Die Junge Alternative Sachsen-Anhalt löst sich auf. Gleiches gilt für die Regionalverbände. [...] Neben vielen Erinnerungen bleibt uns auch ein Auftrag: Weiter für das Deutschland von morgen zu streiten und zu kämpfen! [...] Und wir werden in der neuen Jugendorganisation zur politischen Wende beitragen.“* [2836]

Die Mitglieder der JA Berlin beschlossen auf dem Landeskongress am 21. März 2025 einstimmig die Auflösung des Landesverbands. Bis zur *„Einladung durch den AfD-Bundesvorstand zur Gründungsversammlung“* wolle man sich *„trotzdem als junge AfD-Mitglieder treffen“*.[2837]

Die JA Nordrhein-Westfalen löste sich ebenfalls am 21. März 2025 auf einem dafür einberufenen Landeskongress auf.[2838] In einem Tweet äußerte der Landesverband, dass man *„weiterhin hinter unserer Partei und vor allem hinter unserem Vorfeld“* stünde. Darüber hinaus gab die JA Nordrhein-Westfalen bekannt, dass man 2.500 Euro an den Ein Prozent-Solifonds und 2.000 Euro an den rechtsextremistischen Online-Aktivisten Shlomo Finkelstein gespendet habe.[2839]

Auf einem Landeskongress am 22. März 2025 beschlossen die Mitglieder der JA Bayern die Auflösung des Landesverbands.[2840]

Ebenfalls am 22. März 2025 löste sich die JA Mecklenburg-Vorpommern auf. In einem Instagram-Eintrag zur Auflösung äußerte die JA MV, dass *„dieser Schritt [...] keinen Abschied, sondern vielmehr einen Neuanfang“* markiere.[2841]

Die JA Baden-Württemberg beschloss auf dem Landeskongress am 27. März 2025 die Auflösung des Landesverbands.[2842]

[2836] Junge Alternative Sachsen-Anhalt: Instagram-Eintrag vom 12.03.2025, abgerufen am 12.03.2025.
[2837] Junge Alternative Berlin: Instagram-Eintrag vom 23.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2838] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Instagram-Eintrag vom 22.03.2025, abgerufen am 28.03.2025.
[2839] Junge Alternative Nordrhein-Westfalen: Tweet vom 21.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2840] Schmid, Franz: Tweet vom 22.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2841] Junge Alternative Mecklenburg-Vorpommern: Instagram-Eintrag vom 23.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[2842] Junge Alternative Baden-Württemberg: Instagram-Eintrag vom 29.03.2025, abgerufen am 09.04.2025.

Am 28. März 2025 beschlossen die Mitglieder der JA Hamburg die Auflösung des Landesverbands. Dazu erklärte die AfD Hamburg, dass *„[m]it dem Beschluss […] die Tätigkeit der bisherigen Strukturen"* ende.[2843]

Im Rahmen des Landeskongresses der JA Thüringen am 29. März 2025 beschlossen dessen Mitglieder die Auflösung des Landesverbands. Zugleich wurde angekündigt, dass *„[i]m Herbst diesen Jahres […] die neue Jugendorganisation innerhalb der Partei gegründet"* werde.[2844]

Die Auflösung der JA Brandenburg wurde am 30. März 2025 von den Mitgliedern auf einem Landeskongress in Nauen (BB) beschlossen.[2845]

Ende März 2025 waren somit bereits zwölf Landesverbände aufgelöst.

3. Zwischenfazit

Wie zuvor dargelegt, sind sowohl die Anhängerinnen und Anhänger des ehemaligen Flügels als auch die ehemaligen Mitglieder der Jungen Alternative bei einer anzustellenden Gesamtwürdigung hinsichtlich Anhaltspunkten für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu berücksichtigen.

Während die Anhänger des ehemaligen Flügels inzwischen in vielen Fällen in der Partei agieren, wirkten die ehemalige JA und ihre Mitglieder in den vergangenen Jahren fortlaufend und zunehmend strategisch in die Partei hinein. Dies hat u. a. dazu geführt, dass ehemalige JA-Mitglieder vermehrt auch in der Gesamtpartei in wichtige Positionen gelangt sind, sei es als Mandatsträger bzw. Mandatsträgerinnen oder Funktionäre bzw. Funktionärinnen der Gesamtpartei oder als Mitarbeitende in Fraktionen, Geschäftsstellen oder bei Abgeordneten. Durch die Besetzung dieser strategischen Schaltstellen war es den Mitgliedern der JA möglich, ihre politischen Positionen auch in die Gesamtpartei zu tragen, dort zu verbreiten und somit auch Einfluss auf die Ausrichtung der AfD zu nehmen. Dieser Befund wiegt vor dem Hintergrund der vom VG Köln im Eilverfahren als rechtmäßig bestätigten Hochstufung der JA zur

---

[2843] AfD Hamburg: „JA Hamburg beschließt Auflösung" vom 31.03.2025, in: www.afd-hamburg.de, abgerufen am 01.04.2025.
[2844] Junge Alternative Thüringen: Instagram-Eintrag vom 30.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[2845] Niedermeyer, Felix: Instagram-Eintrag vom 30.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.

gesichert extremistischen Bestrebung nochmals schwerer und muss bei der Gesamtabwägung entsprechend gewürdigt werden.

Wenngleich die JA zum 31. März 2025 aufgelöst wurde und im Laufe des Jahres 2025 eine neue Jugendorganisation innerhalb der AfD gegründet werden soll, deuten die oben angeführten Aussagen von ehemaligen JA-Funktionären und Funktionärinnen und AfD-Funktionären und Funktionärinnen auf eine hohe personelle und inhaltlich-ideologische Kontinuität der Jugendorganisation hin. Auch die beiden Bundessprecher brachten zum Ausdruck, dass sie von einer personellen Kontinuität zwischen bisheriger JA und der künftigen Parteijugendorganisation ausgehen. So bejahten beide die Frage, ob die *„Mitglieder der JA [...] auch in der künftigen Jugendorganisation Mitglied sein"* würden (Chrupalla: *„Genau";* Weidel: *„Ja, richtig."*).[2846]

Sollte die neue Jugendorganisation sich tatsächlich den Namen „Junge Alternative" geben, würde diese Kontinuität damit nochmals unterstrichen werden.

Die relative Zurückhaltung der JA im Bundestagswahlkampf ist vor dem Hintergrund des erheblich öffentlichkeitswirksamen inhaltlichen und organisatorischen Engagements der Jugendorganisation in den Landtagswahlkämpfen der östlichen Bundesländer im Herbst 2024 bemerkenswert. Es stellt sich die Frage, ob darin möglicherweise eine inhaltlich-ideologische Distanzierung bzw. „Entfremdung" zwischen der Gesamtpartei AfD und der JA zum Ausdruck kommt. Dem stehen allerdings eindeutig die aufgeführten zahlreichen Solidaritätsbekundungen und anhaltend positiven Positionierungen gegenüber der JA aus der AfD heraus, insbesondere auch von hochrangigen AfD-Funktionären, entgegen.

Die beschriebene relative Zurückhaltung des JA-Bundesverbands und der Landesverbände im Bundestagswahlkampf dürfte vielmehr vor allem auf die Verärgerung eines nicht unwesentlichen Teils der JA-Funktionäre ob des kommunikativen Umgangs der AfD mit der JA im Kontext des Bundesparteitagsbeschlusses zur Neustrukturierung der Jugendorganisation zurückzuführen sein.

Vertreter der AfD begründeten die Neustrukturierung der Jugendorganisation vereinzelt damit, dass man damit die Möglichkeiten zur Disziplinierung der Mitglieder der

---

[2846] Weidel, Alice und Chrupalla:, Tino „Deutschland droht eine Kriegskoalition! Presseerklärung von Alice Weidel & Tino Chrupalla", veröffentlicht in: www.youtube.com am 03.12.2024, Kanal: „AfD-Fraktion Bundestag", abgerufen am 28.03.2025.

Jugendorganisation bei Fehlverhalten verbessern würde. Darin könnte möglicherweise die Absicht einer gewissen inhaltlich-ideologischen Distanzierung von den Aktivitäten der bisherigen JA zu erkennen sein, wenn denn tatsächlich erst nach der nun erfolgten Neustrukturierung der Parteijugendorganisation Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber sich extremistisch äußernden bzw. betätigenden Mitgliedern der Jugendorganisation bestehen würden. Dem ist allerdings nicht so. So wies z. B. Fabian Küble in seinem Tweet vom 3. Dezember 2024[2847] zutreffend darauf hin, dass solche Sanktionsmöglichkeiten – aufgrund der verpflichtenden parallelen Parteimitgliedschaft von JA-Vorstandsmitgliedern – bereits zuvor bestanden haben, allerdings nur in wenigen Fällen genutzt wurden.

Handlungsleitend für die organisatorische Eingliederung der künftigen Jugendorganisation dürften hingegen vor allem protektive Motive, nämlich die damit erzeugten höheren Hürden für ein Verbot der Jugendorganisation, gewesen sein. So bekundeten diverse führende Mitglieder der Partei die Befürchtung, dass die JA vereinsrechtlich verboten werden könnte. Im Zuge dieser Diskussionen kam es aber nur in wenigen Einzelfällen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit den von der JA vertretenen politischen Positionen oder den entsprechenden Äußerungen ihrer Mitglieder. Vielmehr belegen die diversen positiven Bezugnahmen und öffentlichen Solidaritätsbekundungen noch wenige Wochen und Monate vor der Entscheidung zur Trennung von der bisherigen JA, dass selbst in den Vorstandsgremien der AfD eine große Zufriedenheit mit der Arbeit der JA und ihren politischen Positionen vorherrschte. So verwiesen mehrere Mitglieder des Bundesvorstands, u. a. auch die beiden Bundessprecher, im Vorfeld des Bundesparteitags 2024 auf die strukturellen Aspekte der Neuorganisation als Grund für diesen Prozess.

Zusammenfassend bleibt somit festzuhalten, dass trotz vollzogener Trennung der AfD von der JA als bisherige offizieller Jugendorganisation und der relativen Zurückhaltung der JA-Verbände im Bundestagswahlkampf keine grundsätzliche Entfremdung zwischen Partei und Mitgliedern der Jugendorganisation zu erkennen ist. Vielmehr unterstreichen die Äußerungen von führenden JA- und AfD-Funktionären seit Januar 2025, dass damit zu rechnen ist, dass die bisherigen JA-Mitglieder im Wesentlichen auch künftig weiter für die bzw. in der AfD aktiv sein werden und damit ihre

[2847] Küble, Fabian: Tweet vom 03.12.2024, abgerufen am 31.03.2025.

bisher als JA-Mitglieder vertretenen, erwiesen rechtsextremistischen Positionen weiterhin auch in der Gesamtpartei AfD vertreten und verbreiten werden.

F. Belege für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bundestagswahlkampf

I. Meinungsäußerungen und sonstige Verhaltensweisen

1. Menschenwürde

a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

aa. Vertreten eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

Wie die obigen Ausführungen belegen, wurden während der Verdachtsfallbearbeitung zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte dafür festgestellt, dass die AfD einen ethnischen Volksbegriff vertritt. Diesem liegt eine nicht verfassungskonforme Differenzierung zwischen Deutschen mit und ohne Einwanderungshintergrund zugrunde, die deutschen Staatsangehörigen mit Migrationsgeschichte die Anerkennung als gleichberechtigte bzw. gleichwertige Mitglieder der rechtlich verfassten Gemeinschaft versagt.[2848]

Im Folgenden ist zu prüfen, ob die im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs diesbezüglich angefallenen Äußerungen und Positionen der AfD eine Mäßigung in ihrer Haltung zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff erkennen lassen oder ob in dieser Hinsicht qualitativ und quantitativ eine Bestätigung oder noch stärkere Betonung zu konstatieren ist.

(1) Grundsätzliche Unterscheidung zwischen Deutschen mit Migrationsgeschichte und autochthonen Deutschen

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in der er sich folgendermaßen äußerte:

> *„Uns alle führt die Sorge um unsere Heimat immer wieder auf die Straße und natürlich am 23. Februar an die Wahlurne. Und was besorgt die meisten? […] Es ist nicht die wirtschaftliche Lage unseres Landes, die besorgt uns auch. […]*

[2848] OVG NRW, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 197.

> *Aber es besorgt uns, dass es in der Zukunft kein deutsches Volk mehr geben wird. Und deshalb gehen wir auf die Straße."*[2849]

Den Vorwurf, dass die AfD das deutsche Volk abweichend vom Volksbegriff des Grundgesetzes ethnisch definiere, bestätigte Helferich:

> *„Das Bundesamt für Verfassungsschutz diffamiert uns ja als rechtsextremistischen Verdachtsfall. Und wisst ihr, was man uns vorwirft? Dass wir den Erhalt des deutschen Staatsvolkes und Deutschlands als Land der Deutschen betreiben. Ja, wenn der Vorwurf ist, dass wir wollen, dass es auch in hundert Jahren noch ein deutsches Volk gibt, dann sind wir schuldig im Sinne der Anklage. Und das treibt uns heute auf die Straße. Wir wollen, dass unser Deutschland auch in hundert Jahren noch besteht."*[2850]

Helferichs Aussage zielt erkennbar darauf ab, Deutschland als das Land der ethnisch Deutschen und nicht etwa als Land der deutschen Staatsangehörigen zu postulieren.

Lars Hünich (MdL BB) teilte am 14. Januar 2025 einen Tweet der Kolumnistin Anabel Schunke, in dem diese zwischen *„Menschen mit Migrationshintergrund"* und *„Biodeutschen"* unterschied:

> *„Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich fremd in diesem Land? Hat mal jemand die ‚Biodeutschen' gefragt, wie fremd sie sich in ihrem eigenen Land mittlerweile fühlen? Wie es für Menschen wie mich und viele andere ist, die keine zweite Heimat haben, in die sie zurückkehren können, wenn hier alles den Bach runter geht. Wie es für die Deutschen ist, deren Kinder in der Kita oder Grundschule oft die einzigen sind, die noch Deutsch als Muttersprache sprechen? Wie es für uns ist, durch Innenstädte zu gehen und häufig kaum noch ein Wort Deutsch zu hören?"*[2851]

Während die bloße Kritik an der fehlenden Sprachkompetenz von Zugewanderten und Kindern mit Migrationsgeschichte per se noch keine Verfassungsschutzrelevanz entfaltet, ist die hier erfolgte Gegenüberstellung von *„Menschen mit Migrationshintergrund"* und *„Biodeutschen"* Ausdruck der biologistisch-rassistischen Grundannahme,

---

[2849] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 10.02.2025.
[2850] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 10.02.2025.
[2851] Hünich, Lars: Retweet eines Tweets vom 14.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

dass die ethnische Abstammung eines Menschen unabhängig von der Staatsbürgerschaft die tatsächlich ausschlaggebende Komponente darstelle.

Lena Kotré (MdL BB) schilderte im Rahmen einer Veranstaltung der Jungen Tat am 14. Dezember 2024 in der Schweiz ihre Bedenken hinsichtlich muslimischer Migrantinnen und Migranten:

> *„Ja und ich hab immer ein bisschen Bauchschmerzen genau bei diesem Thema, mit der direkten Demokratie, die ja in der Schweiz wunderbar funktioniert, aber du kommst aus Nordrhein-Westfalen und es gibt in Nordrhein-Westfalen Schulklassen, da ist nicht ein einziges Kind mehr wirklich deutsch, da haben wir eine riesen Einwanderung aus dem muslimischen Kulturkreis und da hab ich einfach die Sorge – bei uns in Brandenburg ist das überhaupt kein Problem – da habe ich zum Beispiel die Sorge: Was ist denn, wenn diejenigen einfach mal ein Gesetz initiieren: ‚Es darf kein Schweinefleisch mehr an Schulen geben' oder ‚Lehrerinnen müssen verschleiert werden'. Die hätten dann im Prinzip ja die Mehrheit, das bereitet mir so ein bisschen Bauchschmerzen. […] Dann wäre dann Remigration wahrscheinlich wieder der Schlüssel."*[2852]

Kotré skizziert es hier als Negativszenario, die Stimmen muslimischer Zugewanderter, welche sie als nicht *„wirklich deutsch"* ansieht, könnten im Rahmen der demokratischen Teilhabe ins Gewicht fallen, und deutet dies als Zeichen eines fortschreitenden Verdrängungsprozesses zu Lasten autochthoner Deutscher. Sie schreibt muslimischen Zugewanderten damit einen abgewerteten rechtlichen Status zu und wendet sich gegen die Garantie der Menschenwürde. Kotré stellt zudem Deutsche und muslimische Zugewanderte als zwei distinkte Entitäten dar, die sich gegenseitig verdrängen, nicht aber verbinden könnten.

Ausgehend vom ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ist in einigen Aussagen der AfD und ihrer Funktionärinnen und Funktionäre die starke Überhöhung ethnischer Kriterien und die Unterordnung des Einzelnen unter ein entsprechendes Kollektiv festzustellen.

Björn Höcke (MdL TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl in Arnstadt (TH) auf. In seiner Rede forderte er

---

[2852] Kotré, Lena: Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion am 14.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.12.2024, Kanal: „Junge Tat", abgerufen am 30.12.2024.

„Schluss mit identitätszerstörender Einwanderung“ und betonte die vermeintliche Notwendigkeit einer *„relativen Homogenität“* Deutschlands:

> *„Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Der Zerfall der inneren Sicherheit, der Zerfall unseres Sozialstaats bzw. die Plünderung unseres Sozialstaats, der Zerfall der schulischen Bildung in Deutschland, vor allen Dingen auch das Auflösen einer relativen Homogenität, ist bedingt durch eine unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten. Gerade der letzte Punkt ist so enorm wichtig, wenn man Demokratiefreund ist. Denn Demokratie braucht, um zu leben und zu funktionieren, einen Konsens. Sie braucht die Existenz einer Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist, die in einem konfliktträchtigen Prozess das miteinander ausgehandelt hat, was man gut findet und was man schlecht findet. Sie braucht ein Wertefundament, damit sie blühen kann. Nur wenn es ein gemeinsames Wertefundament gibt, können Kompromisse gefunden werden. Nur dann kann Demokratie überhaupt gelebt werden. Das bedeutet relative Homogenität. Und diese relative Homogenität ist in Deutschland, zumindest in den Ballungsgebieten, schon weitestgehend zerstört. Deswegen müssen wir jetzt unbedingt den Bremsklotz einlegen. Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik. Und dann kommen die Kartellparteienpolitiker und sagen, ja, das geht ja nicht. Wir leben in einer globalisierten Welt mit Reisefreiheit, mit Bewegungsfreiheit. Das sind doch alles Menschenrechte. Ja, sage ich dann. Das mag ja alles so sein. Aber das Heimatrecht, das Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden, ist auch Teil meiner Menschenwürde.“*[2853]

Höcke beschreibt in seinen Ausführungen die *„relative“* ethnokulturelle Homogenität als essentiell für sozialen Frieden und Demokratie. Er stellt zudem auf die unbedingte Erforderlichkeit einer über Jahrhunderte gewachsenen *„Vertrauensgemeinschaft“* ab, welche erst die Basis für ein *„gemeinsames Wertefundament“* darstelle. Ethnische Inhomogenität führt seiner Ansicht nach zum Verlust der Identität und zu negativen gesellschaftlichen Entwicklungen. Auf diese Weise wird Migrantinnen und Migranten *„aus kulturfremden Kontexten“* pauschal eine zerstörerische Wirkung zugeschrieben.

[2853] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b. aa.)

Höcke imaginiert zudem ein *„Heimatrecht"* als Teil seiner Menschenwürde, welches ihm das *„Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden"*, einräume. Er schreibt damit sich selbst als Bestandteil der *„Vertrauensgemeinschaft"* einen höheren rechtlichen Status zu und missachtet im Gegenzug die Menschenwürde Zugewanderter.

Ähnlich hatte sich Björn Höcke bereits in einem Tweet vom 21. Dezember 2024 geäußert, in dem er schrieb:

> *„Wer noch in der alten BRD aufgewachsen ist oder in der DDR, der wird sich eingestehen müssen, daß er sein Heimatland nicht wiedererkennen kann. Alle Gewißheiten sind in Frage gestellt, alles ist ins Rutschen geraten: Wo sind unsere Werte, wo unsere Vertrauensgemeinschaft, wo ist das Deutschland, auf das die Welt bewundernd schaute? Wir müssen eingestehen: von ihm, von uns ist kaum noch etwas da. Reicht die Restsubstanz noch, um neu zu beginnen?"*[2854]

Mit Blick auf die Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt vom Vortag, die sechs Todesopfer und eine Vielzahl von Verletzten forderte, äußerte Höcke:

> *„Obwohl ich ein Kämpferherz habe, kann ich diese Frage gerade nicht zustimmend beantworten. Heute spüre ich nur tiefe Traurigkeit. […] Der französische Schriftsteller Michel Houellebecq führte vor kurzem in einem Interview aus, daß es zwei Arten von Menschen gibt, nämlich gute und böse. Heute, einen Tag nach #Magdeburg, fällt es mir schwer ihm zu widersprechen."*[2855]

Thorsten Weiß (MdA) teilte den Beitrag durch einen Retweet.[2856]

Höcke reißt in seinem Text zunächst erneut die durch ihn als ethnisch weitgehend homogen imaginierte *„Vertrauensgemeinschaft"* an, um dann anlässlich der Amokfahrt von Magdeburg auf die *„zwei Arten von Menschen"* – *„gute und böse"* – einzugehen. Er suggeriert damit letztlich die Existenz einer ethnischen Komponente in der Unterscheidung zwischen Gut und Böse.

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) im Januar 2025 deutete Björn Höcke (MdL TH) erneut einen durch Überfremdung verursachten Heimatverlust an:

[2854] Weiß, Thorsten: Retweet eines Tweets vom 21.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.
[2855] Ebd.
[2856] Ebd.

„Heimat verliert man nicht nur dadurch, dass man fremd im eigenen Land wird oder zur Flucht und Vertreibung gezwungen wird. Heimat verliert man auch dadurch, dass die Heimat verstellt wird, dass die Identifikation mit dem Landschaftsgefüge der Heimat nicht mehr möglich wird. Und das ist das, was Windindustrieanlagen Deutschland verursachen. Wir verlieren unsere Heimat dadurch, dass wir uns nicht mehr mit unserer Heimat identifizieren können."[2857]

(2) Unterscheidung im Zusammenhang mit dem Thema Kriminalität

Die Differenzierung zwischen Deutschen mit und ohne Migrationsgeschichte war im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs auch in Verlautbarungen der AfD zu den Themen Kriminalität und Straftaten festzustellen.

Im Rahmen seiner Rede im Vorfeld eines Bürgerdialogs am 8. Januar 2025 äußerte Gottfried Curio (MdB, BR) bezüglich der in der Silvesternacht 2024/2025 verübten Straftaten:

„Und angeblich waren darunter zwei Drittel Deutsche. Aber wir haben nicht geruht und die Vornamen erfragt. Und unter diesen Vornamen zeigt sich wieder mal, dass diese Deutschen im Wesentlichen Mohammed, Ali, Yusuf, Hassan heißen. Das sind die Deutschen, die hier Randale machen, die Stress machen zu Silvester, die Silvester bewusst missverstehen als eine Lizenz zum Bürgerkrieg, anstatt zu einem fröhlichen Feiern und zum Begrüßen des neuen Jahres. Das brauchen wir hier nicht, meine Damen und Herren."[2858]

Im weiteren Verlauf seiner Rede warnte Curio zudem vor einer *„Entheimatung der Deutschen"*:

„Denn eines muss verhindert werden, liebe Mitbürger. Eine Entheimatung der Deutschen in ihrem eigenen Land, in Deutschland. Das wollen wir nicht, dass sich unser Lebensgefühl verändert. Dass immer mehr öffentliche Räume zu Angsträumen werden, das haben die Deutschen nicht verdient in ihrem Land."[2859]

[2857] Höcke, Björn: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
[2858] Curio, Gottfried: Rede vor einem Bürgerdialog in Marzahn-Hellersdorf (BR) am 08.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „Beatrix von Storch", abgerufen am 09.01.2025.
[2859] Ebd.

Curio zieht bereits eingangs die Aussage, dass zwei Drittel der Straftäter Deutsche seien, in Zweifel („*angeblich*") und stellt anschließend durch die Betonung der Vornamen vorrangig auf deren vermeintliche Migrationsgeschichte ab. Er suggeriert damit, es handele sich eigentlich nicht wirklich um Deutsche. Auch seine Warnung vor einer „*Entheimatung der Deutschen in ihrem eigenen Land*" verdeutlicht dies.

Ronald Gläser (zum damaligen Zeitpunkt MdA und stellvertretender AfD-Landesvorsitzender, seit der Bundestagswahl 2025 MdB, BR) äußerte sich auf der Veranstaltung am 8. Januar 2025 in ähnlicher Weise über die Straftaten in der Silvesternacht:

> *„Es ist ja Zeit, über Vornamen zu reden, immer nach einer Silvesternacht reden wir über Vornamen. […] Wir wollen niemanden bloßstellen, nur, weil er Hakan oder Yusuf heißt. Wir haben es ja schon gerade gehört. Viele von den abgefragten Namen, viele von den Tatverdächtigen heißen ja so. Aber es gibt auch viele, die Hakan oder Yusuf heißen, die führen ein normales Leben. Aber wir stellen fest in der Kriminalitätsstatistik, dass da halt sehr viele Ausländer drin sind und über diese Dinge soll nicht gesprochen werden und wir wollen das ändern. […] Und warum müssen wir nach Vornamen fragen? Weil der Berliner Senat vor drei Jahren der Polizei verboten hat, dieses Kriterium Migrationshintergrund bei jugendlichen Strafverdächtigen überhaupt zu erfassen. […] Inzwischen sind schon wieder neue Festnahmen dazugekommen, die noch nachgemeldet wurden. Aber ein Teil der Vornamen sind bekannt. Und sie decken sich natürlich genau mit dem, was unsere Befürchtung ist. Da ist auch mal ein Martin oder ein Benjamin dabei. Aber weit überwiegend sind diese [Anm.: anhand einer Geste in Anführungsstriche gesetzt] ‚deutschen' Straftäter oder Tatverdächtigen, haben halt einen ausländisch klingenden Namen, so dass wir insgesamt von 80% Tätern reden können bei den Silvester-typischen Verbrechen als Tatverdächtige. Das kann doch nicht sein, dass wir in unserem Land nicht mehr wie 1980 oder im Jahr 2000 ein normales Silvester feiern können, weil wir so viele illegale Masseneinwanderung haben."*[2860]

Ronald Gläser bringt in seinen Ausführungen zunächst durch die Begriffe „*Ausländer*" und „*Migrationshintergrund*" und schließlich sehr deutlich durch das Setzen von An-

---

[2860] Gläser, Ronald: Rede vor einem Bürgerdialog in Marzahn-Hellersdorf (BR) am 08.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.01.2025, Kanal: „Beatrix von Storch", abgerufen am 09.01.2025.

führungszeichen („*deutsche[n] Straftäter*“) zum Ausdruck, dass er den in Rede stehenden Personen ungeachtet ihrer Staatsbürgerschaft den Status vollwertiger Deutscher nicht zugesteht.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) anlässlich in der Silvesternacht verübter Straftaten in einem Tweet vom 7. Januar 2025. Darin veröffentlichte er eine assoziative Gegenüberstellung zum Namen Mohammed, welcher einerseits der *„[beliebteste] Erstname für Neugeborene in Berlin 2024“* und andererseits *„[h]äufigster Erstname unter den ‚deutschen' Tätern an Silvester in Berlin 2024“* sei. Dazu kommentierte er:

> *„Thema Vornamen in Berlin. Silvester 2040 kann heiter werden.“*[2861]

Auch Schmid spricht Personen mit dem Namen Mohammed durch die Verwendung von Anführungszeichen („*deutschen‘ Tätern*“) grundsätzlich ab, Deutsche sein zu können. Des Weiteren prognostiziert er für künftige Silvesternächte in Berlin eine überproportionale Kriminalitätssteigerung durch den angeblich steigenden Anteil von Kindern mit vermeintlicher Migrationsgeschichte.

(3) Forderung der vollständigen Assimilierung

Der hessische Co-Landessprecher Robert Lambrou (MdL HE) kam in seinem Grußwort auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) auf die vermeintliche Notwendigkeit einer Assimilierung zu sprechen:

> *„Wir als AfD fordern, dass sich Migranten in Deutschland integrieren, ja assimilieren und keine Parallelgesellschaften aufbauen. […] Und liebe Freunde… und das ist das Wichtigste: Wir von der AfD fordern ein Ende, ein sofortiges Ende dieser völlig unverantwortlichen und staatsgefährdenden Masseneinwanderung. Es muss Schluss sein!“*[2862]

Die von Lambrou im Namen der Partei („*wir als AfD*“) formulierte Forderung nach Assimilierung, also einer vollständigen Angleichung Zugewanderter an die autoch-

[2861] Schmid, Franz: Tweet vom 07.01.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[2862] Lambrou, Robert: Grußwort auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE; veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.

thone deutsche Bevölkerung, verlangt die gänzliche Abkehr jedweder anderen kulturellen Prägung oder Identität und stellt daher einen Anhaltspunkt für ein ethnisch-abstammungsmäßiges Volksverständnis dar.[2863]

bb. Ethnopluralismus als Teil eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs

(1) Kollektive Identitäten aufgrund der gleichen Kultur

Auch während des Bundestagswahlkampfs wurde durch Vertreterinnen und Vertreter der AfD die Migrationspolitik wiederholt als planvoll eingesetztes Vehikel zur Schwächung und Schädigung Deutschlands dargestellt und eine Bedrohung der ethnischen und kulturellen „Identität" des deutschen Volkes behauptet.

In seinem Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) unterstellte der hessische Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz beispielsweise einen „*Umbau der Bevölkerung*", der mit der Beseitigung von Traditionen und der Zerstörung der Identität einhergehe:

> *„Meine Damen und Herren, das Beispiel Karneval zeigt, wie wir schleichend entwöhnt werden von den Traditionen unserer Vorfahren. Auf der bunten Todesliste stehen ausnahmslos alle unsere Feste, unsere Riten, unsere Bräuche – die Entwöhnung von allem, was uns als Gesellschaft ausmacht, was uns heilig ist. Es geht rasend voran mit dem Umbau der Bevölkerung. Und mit jedem Weiteren, der hier hineingeflutet wird, steigt die Macht dieser Gruppe und steigt auch deren Unberechenbarkeit. […] Auf jeden Fall sind es genau diese Menschen, die uns die Identität nehmen und das Feiern und Weitertragen unserer Bräuche schlicht und einfach auslöschen. […] Wir schauen nicht zu, wie Deutschland jeden Tag ein wenig mehr verreckt, und wir lassen es nicht zu, dass unsere Werte in die Gosse getrieben werden, meine Damen und Herren. […] Und wir werden tun, was unausweichlich ist. […] Wir werden sie ausweisen: die Illegalen, die Straftäter und solche, die hier nichts zum Wohle unserer Gesellschaft beitragen wollen. Nennen Sie es Abschiebung, nennen Sie es Ausweisung, nennen Sie es Remigration – es ist mir scheißegal! Mein österreichischer Mitarbeiter sagt dazu ‚Ausschaffung' und irgendwie gefällt mir dieses Wort*

[2863] VG Berlin, Beschl. v. 28.05.2020, VG 1 L 95/20, bestätigt durch OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 19.06.2020, 1 S 55/20.

> *am besten: Ausschaffung. Ausschaffung – auch für den eingeschleppten Familiennachzug, meine Damen und Herren. Wir werden es schaffen, solche Leute auszuschaffen.“*[2864]

Das eingangs formulierte Eintreten für Traditionen und Bräuche entfaltet für sich genommen keinerlei Verfassungsschutzrelevanz. Schulz imaginiert hier jedoch einen planvollen Angriff einer nicht näher benannten Gruppe auf alles, *„was uns als Gesellschaft ausmacht“*, und warnt, dass mit *„jedem Weiteren, der hier hineingeflutet wird [...] die Macht dieser Gruppe“* steige. Traditionen und Bräuche werden hier dementsprechend als Elemente einer kollektiven Identität verstanden, die es vor fremden Einflüssen zu schützen gelte. Die Ausführungen zielen insgesamt erkennbar auf den Erhalt von Deutschland als Land der ethnisch Deutschen ab.

Auch die AfD Hessen forderte in einem Beitrag vom 17. Februar 2025 den *„Schutz unserer Kultur und Identität“* vor der Gefahr durch *„multikulturelle Experimente“*:

> *„Deutschland muss Deutschland bleiben - Schutz unserer Kultur und Identität! Über Jahrhunderte gewachsene Werte, Traditionen und regionale Identitäten werden durch unkontrollierte Masseneinwanderung und multikulturelle Experimente gefährdet. Wir setzen uns für eine Politik ein, die unsere Heimat bewahrt: Stärkung der deutschen Leitkultur, Schutz vor Parallelgesellschaften und ein klares Bekenntnis zu den Wurzeln unseres Landes. Heimat ist nicht verhandelbar!“*[2865]

Die Forderung nach einer Leitkultur ist nicht verfassungsschutzrelevant. Die AfD Hessen suggeriert hier jedoch, dass die Regierung mit der ethnischen Zusammensetzung experimentiere, und deutet an, dass der Schutz eben dieser Kultur in einem Einwanderungsland nicht gewährleistet und sogar die Heimat insgesamt gefährdet sei.

René Springer (MdB, BB) behauptete in einem Tweet vom 26. Januar 2025 ebenfalls einen zerstörerischen Einfluss der derzeitigen Migrationspolitik auf Deutschland:

[2864] Schulz, Uwe: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.
[2865] AfD Hessen: Facebook-Eintrag vom 17.02.2025, abgerufen am 24.02.2025.

> *„Die Grünen hingegen wollen an der totalen Zerstörung Deutschlands durch Massenmigration festhalten. Spätestens heute weiß jeder, für welchen Wahnsinn diese Partei steht!"*[2866]

Springer kritisiert damit nicht lediglich die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern äußert, dass diese an der angeblichen *„totalen Zerstörung Deutschlands"* festhielten, die Zerstörung mithin bereits von allen regierenden Parteien betrieben werde und schreibt dieser Vorgehensweise umfassend existenzvernichtende Folgen zu.

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) stellte in einem Videobeitrag vom November 2024 die Migrationspolitik der Bundesregierung als Instrument einer willentlichen Schädigung des Volkes dar:

> *„Sie wollen weiter Masseneinwanderung und damit unser Volk, unsere Gemeinschaft schädigen. [...] Liebe Freunde, es ist kein Menschenrecht, in Deutschland zu sein. Und es ist ethisch geboten, diejenigen, die uns Schaden zufügen, wieder außer Landes zu schaffen. Wir werden im großen Stil abschieben. Wir haben Hunderttausende, die wir abschieben müssen, die eben von uns alimentiert werden. Das ist schon, ich würde sagen, fast schon kriminell von der Bundesregierung, dass sie an Leute hier unsere harte Arbeit, das Geld, verteilt, damit sie bleiben, obwohl sie gar nicht berechtigt sind. Ich kann auch nicht nach Polen gehen und sagen, ich will jetzt hier bei euch leben und gebt mir mal Geld. Aber genau das passiert hier hunderttausendfach, wenn nicht gar millionenfach in Deutschland. Und das ist geschuldet eben der linksgrünen Politik für Masseneinwanderung zum Schaden von Deutschland."*[2867]

Obgleich Kotré seine Aussage im zweiten Teil auf ausreisepflichtige Personen reduziert, verletzt er im vorliegenden Redebeitrag die Menschenwürde von Migrantinnen und Migranten, indem er auf den im Nationalsozialismus verwendeten Begriff der Volksschädigung rekurriert und dies monokausal auf die Einwanderung bezieht.

[2866] Springer, René: Tweet vom 26.01.2025, abgerufen am 05.02.2025.

[2867] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 28.11.2024, Kanal: „SteffenKotre", abgerufen am 18.12.2024.

(2) Die These des Großen Austauschs und alternative Begriffe

Auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs rekurrierten Funktionärinnen und Funktionäre der AfD in ihren Äußerungen weiterhin vielfach auf das Narrativ eines planvoll betriebenen Großen Austauschs und verwendeten in diesem Zusammenhang auch alternative Termini und Wortneuschöpfungen wie „Ersetzungsmigration" oder „Bevölkerungsaustausch". Dies erfolgte ungeachtet wiederholter gerichtlicher Entscheidungen, die die These vom politisch forcierten Großen Austausch zu Lasten einheimischer Deutscher als tatsächlichen Anhaltspunkt für eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung einstufen. Die diesem Vorwurf zugrunde liegende Annahme, Migrantinnen und Migranten gefährdeten durch ihren Zuzug das deutsche Volk in seiner Existenz, verletze wiederum, so die Gerichte, Zugewanderte in ihrer Menschenwürde. Gereon Bollmann (MdB, SH) schrieb im Dezember 2024 in einer Weihnachtsnachricht auf seiner Internetseite:

> *„Wir leiden immer mehr unter der zunehmenden Massenmigration, hinter der sich der geplante Austausch unseres Volkes verbirgt. Heimlich still und leise läuft das internationale Programm der Globalisten ohne Unterbrechung weiter. Dies ist eben keine Verschwörungstheorie, sondern in den entsprechenden Planungen unserer Gegner (compact for migration, resettlement migration, WEF, usw.) fest verankert. Wir werden von Jahr zu Jahr immer weniger, und niemand regt sich auf."* [2868]

Bollmann äußert hiermit seine Befürchtung, die autochthonen Deutschen würden planvoll in ihrem Bestand reduziert, und bringt damit die aus seiner Sicht fundamentale Bedeutung der ethnischen Homogenität zum Ausdruck. Damit exkludiert er Deutsche mit Migrationsgeschichte, die nie Teil einer Gemeinschaft mit den eigentlichen Deutschen werden könnten.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Sven Tritschler schrieb im November 2024 Bezug nehmend auf die Schlagzeile „OECD-Länder verzeichnen Höchststand an Migration – starker Zuwachs auch in Deutschland" in ironisierender Weise:

> *„dER gRoßE auSTaUsCH iST EInE vERSchWöRUNgStHeORiE!"*[2869]

[2868] Bollmann, Gereon: „Beste Wünsche für ein kraftsparendes Weihnachtsfest" vom 22.12.2024, in: https://gereon-bollmann.de, abgerufen am 23.12.2024.
[2869] Tritschler, Sven: Tweet vom 14.11.2024, abgerufen am 14.11.2024.

Steffen Kotré (MdB, BB) veröffentlichte am 4. Dezember 2024 auf X ein Video, in welchem er von einem *„großen Bevölkerungsaustausch“* sprach. [2870]

In einem Tweet vom 16. Dezember 2024 rekurrierte er zudem auf das Narrativ der *„Ersetzungsmigration“*:

> *„Der Horror ist endlich vorbei. Unser Land hat jetzt die Möglichkeit, sich gegen Gängelung, Überwachung, Enteignung und Ersetzungsmigration zu wehren. Macht alle mit – jetzt kommt es auf jeden Einzelnen an!“* [2871]

Lena Kotré (MdL BB) wiederum konstatierte in einem Tweet vom 7. November 2024 eine *„Ersetzungsmigration, die unsere Existenz in Frage stellt.“*[2872]

In einem auf Telegram verbreiteten Wahlkampfvideo zur Bundestagswahl 2025 forderte der Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) am 10. Dezember 2024 einen Einbürgerungsstopp für Syrer und *„Schluss mit Ersetzungsmigration, Zeit für Remigration“*.[2873]

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) kommentierte am 1. Dezember 2024 auf X eine vermeintliche Aussage des Premierministers von Großbritannien folgendermaßen:

> *„Keir Starmer sagt klipp und klar: Massenmigration und offene Grenzen sind ein globalistisches Experiment, und ihre verheerenden Folgen sind keine Irrtümer etablierter Politik, sondern Teil einer bewusst verfolgten Agenda. Erstmals gibt damit ein westlicher Staatsmann - zudem ein linksliberaler – zu, dass die Ersetzungsmigration einem Plan folgt und kein Versagen darstellt.*
>
> *Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Diese Frage wird in Zukunft unseren Kontinent prägen! Die Antwort kann nur lauten: Remigration, Remigration und nochmals Remigration!“*[2874]

Starmer selbst hatte in seinem Redebeitrag nicht von *„Ersetzungsmigration“* gesprochen, jedoch von einem *„Experiment der offenen Grenzen“*.

2870 Kotré, Steffen: Videobeitrag, veröffentlicht in: Tweet vom 04.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré“, abgerufen am 18.12.2024.
2871 Kotré, Steffen: Tweet vom 16.12.2024, abgerufen am 18.11.2024.
2872 Kotré, Lena: Tweet vom 07.11.2024, abgerufen am 11.11.2024.
2873 Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlich in: Telegram-Beitrag vom 10.12.2024, Kanal: „Robert-Teske“, abgerufen am 16.12.2024.
2874 Springer, René: Tweet vom 01.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) teilte am 29. November 2024 auf X einen Tweet von Marvin Neumann (Mitarbeiter eines MdB), in dem dieser ebenfalls die Kritik des Premierministers von Großbritannien Keir Starmer an der Migrationspolitik aufgriff und in den Kontext des Großen Austauschs stellte:

> *„Keir Starmer hat hiermit im Prinzip erklärt, dass der Große Austausch – also die Transformation Großbritanniens in eine mit Massenmigration demographisch und ethnographisch transformierte, globalistische (‚global Britain') Siedlungszone – absichtliche Politik der Konservativen und Motiv hinter Brexit gewesen sei. Ausgerechnet Starmer, der Mann, dessen Regierung vor wenigen Wochen noch etliche Engländer für genau solche Meinungen eingesperrt hat. Das ist natürlich vor allem nur der Versuch, sich und seine Partei von der Verantwortung für das Migrationschaos reinzuwaschen, aber dass jetzt von links (!) mit diesem Narrativ gearbeitet wird, ist schon eine Zäsur."*[2875]

In diesem Beitrag wird nicht nur das Narrativ eines planvoll betriebenen Großen Austauschs bedient, bei dem das ethnisch deutsche Volk durch den Zuzug von Migrantinnen und Migranten in seiner Existenz gefährdet werde. Vielmehr erfolgt eine Erweiterung um eine antisemitisch konnotierte verschwörungstheoretische Komponente, indem die Transformation in eine *„ethnographisch transformierte, globalistische [...] Siedlungszone"* prognostiziert wird.

Kevin Michalzik (damaliger Beisitzer im Bundesvorstand der Jungen Alternative) teilte einen Tweet des Magazins Krautzone vom 31. Dezember 2024. Unter Verweis auf demografische Daten zur Einwohnerschaft von Hannover (NI) wird darin unter anderem behauptet:

> *„In Städten wie #Hannover findet der Bevölkerungsaustausch ungebremst statt. Nur noch 38 Prozent der Hannoveraner Jugendlichen haben keinen Migrationshintergrund – 62 Prozent haben ausländische Wurzeln."*[2876]

In der Zeit des Bundestagswahlkampfs reagierten zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der AfD auf eine Aussage der ehemaligen Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (*„[V]or allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen."*) und nahmen diese

[2875] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 29.11.2024, abgerufen am 19.12.2024.
[2876] Michalzik, Kevin: Retweet eines Tweets vom 31.12.2024, abgerufen am 31.03.2025.

ebenfalls zum Anlass, gegen einen vermeintlich stattfindenden „Bevölkerungsaustausch" zu agitieren.

Thorsten Weiß, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, beispielsweise veröffentlichte am 19. Januar 2025 auf X ein Bild ihres Tweets mit folgendem Wortlaut:

> *„Sind wir erschöpft? Ja.*
> *Sind wir enttäuscht?*
> *Sehr. Dürfen wir deshalb aufgeben? Nein. Vor allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen."*

Weiß schrieb dazu:

> *„‚Demographie wird Fakten schaffen.' Der Bevölkerungsaustausch ist eine rechtsextreme Verschwörungstheorie."*[2877]

Eugen Schmidt (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW) schrieb über die Aussage Cheblis auf Telegram:

> *„Dieser Satz kann nur als eine klare Drohung gegenüber all jenen verstanden werden, die – um es mit Merkels Worten zu sagen – schon ‚etwas länger hier leben'. Was wir derzeit erleben, zeige wie diese ‚Fakten' in die Tat umgesetzt werden: Schulklassen, in denen kaum noch Deutsch gesprochen wird, und Stadtviertel, die längst zu Parallelgesellschaften geworden sind. Über 35% der Jugendlichen in Deutschland haben bereits einen Migrationshintergrund - und die Zahlen steigen weiter.*
> *Der Bevölkerungsaustausch, vor dem die AfD seit Jahren warnt, ist keine Theorie mehr, sondern Realität, Und er wird gezielt gefördert - durch Vertreter der Asylindustrie und Aktivisten wie Chebli, die ihre Absichten nicht einmal mehr verbergen.*
> *Wir müssen uns entschieden gegen diese Entwicklung wehren! Es darf nicht passieren, dass kulturfremde Migranten mit Unterstützung antideutscher Akteure unser Land übernehmen. […] Die AfD ist die einzige Partei, die sich dieser*

[2877] Weiß, Thorsten: Tweet vom 19.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

Herausforderung entschlossen stellt. Am 23. Februar haben Sie die Wahl: Setzen Sie Ihr Kreuz für Deutschland - für unsere Zukunft, unsere Kultur und unsere Kinder!"[2878]

Markus Frohnmaier (MdB, BW) äußerte sich am 20. Januar 2025 auf X in ähnlicher Weise:

„Die etablierten Medien tun alles, um den sogenannten ‚Bevölkerungsaustausch' als rechtsextreme Verschwörungstheorie abzustempeln. Doch währenddessen verkündet SPD-Liebling Sawsan Chebli kühl: ‚Demographie wird Fakten schaffen'.
Welche Fakten meint sie genau?
Ist das eine klare Ansage – oder sogar eine Drohung?"[2879]

Richard Graupner (MdL BY) kommentierte die Aussage Cheblis auf Telegram wie folgt:

„Nun ist es Frau Chebli nicht vorzuwerfen, dass sie eine Tatsache benennt. Der Bevölkerungsaustausch ist Realität und er ist in vollem Gange. Frau Chebli weiß das. Wir wissen das. Aber Frau Chebli freut sich darüber und sie fordert indirekt mehr davon. Die AfD hingegen fordert aus diesem Grunde Remigration. Denn auch Remigration wird Fakten schaffen! Fakten jedoch zugunsten, und nicht zu Lasten des deutschen Volkes. — Darum am 23.02. mit beiden Stimmen AfD"[2880]

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) schrieb in einem Tweet vom 21. Januar 2025:

„Wir wollen keinen Bevölkerungsaustausch, Sawsan!
Die #SPD-Politikerin Sawsan Chebli hetzt ihre muslimischen Anhänger zur Übernahme Deutschlands auf: ‚Demographie wird Fakten schaffen.' Die #Regierung schweigt. Ich nicht:"

Der Tweet enthielt zudem ein Video, in dem Kleinwächter äußerte:

„Hier appelliert Sawsan Chebli in absolut rassistischer Art und Weise an die dritte und vierte Generation der Einwanderer, dass sie trotz aller Frustration nicht aufgeben sollen, sondern durch Demografie, also Kinderkriegen, Fakten

[2878] Schmidt, Eugen: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.
[2879] Frohnmaier, Markus: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.
[2880] Graupner, Richard: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 21.01.2025.

> *schaffen sollen. Und Fakten schaffen bedeutet natürlich eben diese Unterwanderung unseres Landes mit Ausländern, mit Migranten unumkehrbar zu machen. […] Und während das ja immer von den migrantischen Communities und auch einer Sawsan Chebli weit von sich gewiesen worden war, dass in irgendeiner Weise eine Absicht eines, Stichwort Bevölkerungsaustausches bestehe, argumentiert sie hier selbst damit. […] Und wenn Demografie tatsächlich Fakten schafft, warum sollten wir uns als Deutsche gegen solche Fakten bitteschön nicht wehren können?"*[2881]

Die AfD Berlin teilte einen Tweet des Kanals „AfD Hauptstadtfraktion" vom 24. Januar 2025 mit folgendem Wortlaut:

> *„Im Berlin Abgeordnetenhaus geht es hoch her: […] SPD-Chebli träumt vom Bevölkerungsaustausch durch Geburtenquote*
>
> *Einzig seriöse Fraktion: Wir."*[2882]

Reimond Hoffmann, bis Februar 2024 Landesvorstandsmitglied der AfD Baden-Württemberg, teilte am 19. Januar 2025 auf Telegram die Aussage der SPD-Politikerin und kommentierte diese wie folgt:

> *„Sawsan Chebli sagt es ganz klar: Sie will den großen Austausch und die deutsche Bevölkerung zur Minderheit machen. Das Spannende ist: Die Ablehnung von Ersetzungsmigration wird vom Verfassungsschutz verfolgt. Aber die Forderung der Ersetzungsmigration wird nicht verfolgt. Absolut verrückt."*[2883]

Am 20. Januar 2025 veröffentlichte er zudem ein Videostatement mit folgenden Aussagen:

> *„Sawsan Chebli will euch euer Land wegnehmen. Sie sagt den Migranten: kämpft dafür! Demografie wird Fakten schaffen. […] Was bei der politischen Rechten als Verschwörungstheorie durch den Verfassungsschutz eingestuft wird, nämlich die Ersetzungsmigration, genau das befürwortet Sawsan Chebli*

[2881] Kleinwächter, Norbert: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 21.01.2025, Kanal: „NKleinwaechter", abgerufen am 24.01.2025.
[2882] AfD Berlin: Retweet eines Tweets vom 24.01.2025, abgerufen am 05.02.2025.
[2883] Hoffmann, Reimond: Telegram-Beitrag vom 19.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.

als SPD-Politikerin. Sie hetzt somit gegen das deutsche Volk und wünscht eine Minorisierung. Kämpfen wir dagegen!"[2884]

Die dargelegten Äußerungen zeichnen das Bild eines planvollen Wirkens politischer Akteure, welches auf eine demografische Veränderung zum existenziellen Nachteil der autochthonen Deutschen hinauslaufe, und verbreiten damit völkische Narrative. Sie belegen zudem die Anschauung, Menschen mit Migrationsgeschichte könnten kein vollwertiger Teil des deutschen Volkes werden. Auf diese Weise erfolgt eine menschenwürdewidrige Überhöhung eines konstruierten ethnisch-kulturellen Kollektivs und die Exklusion von Menschen mit Migrationsgeschichte.

Von Seiten der AfD wurden auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs weiterhin Positionen vertreten, wonach die etablierten Parteien gezielt einen Bevölkerungsaustausch herbeiführten, um sich ein neues Wahlvolk zu schaffen und auf diesem Weg neue, ihnen zustimmende Wählerinnen und Wähler zu generieren.

Gereon Bollmann (MdB, SH) beispielsweise schrieb im Januar 2025 auf Facebook über Wahlberechtigte mit Migrationsgeschichte:

> *„Mehr als das Zünglein an der Waage: 12 Prozent der Wahlberechtigten haben Migrationshintergrund [...] Die Zahl der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund ist in Deutschland in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Das ist nicht zuletzt eine Folge der von den Altparteien geradezu aggressiv betriebenen Einbürgerungspolitik. Ein offenes Geheimnis ist dabei, daß durch ein ‚neues', nämlich eingebürgertes, Wahlvolk links-grüne Mehrheiten zementiert werden sollen."*[2885]

Damit bringt Bollmann deutlich zum Ausdruck, dass die Einbürgerungen planvoll erfolgten und dem eigenen Machterhalt der regierenden Parteien dienten.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in welcher er sich in ähnlicher Weise äußerte:

> *„Und auch wenn wir uns überlegen, dass die Staatsangehörigkeit schon nach fünf Jahren übertragen werden soll. [...] Und natürlich führt das dazu, dass sich*

[2884] Hoffmann, Reimond: Videostatement; veröffentlicht in: Tweet vom 20.01.2025, Kanal: „Reimond Hoffmann", abgerufen am 21.01.2025.
[2885] Bollmann, Gereon: Facebook-Eintrag vom 20.01.2025, abgerufen am 20.01.2024.

der Charakter unseres Volkes verändert. Aber ich glaube, das wollen die etablierten Parteien. Sie wissen, dass wir sie nicht mehr wählen werden, und deshalb wollen sie uns austauschen. Und das werden wir nicht zulassen."[2886]

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, schrieb am 14. November 2024 auf X:

„Die Ersetzungsmigration ist die größte Gefahr für unser Volk. Der Wähleraustausch aber ist die größte Gefahr für die Demokratie & untergräbt ihre Legitimation. Sehr gefährlich."[2887]

Fraglich ist, ob die Feststellungen zum Ethnopluralismus dadurch relativiert wurden, dass Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN) im COMPACT-Magazin eine größere Annäherung an migrantische Wählerschaften befürwortet hat. So äußerte er in einem Interview mit Jürgen Elsässer:

„Wir haben nun mal, gerade in Westdeutschland, viele Menschen mit Migrationshintergrund. Es gibt Leute, die integriert sind, aber auch Gruppen, die ihre Eigenidentität bewahren und dennoch deutschfreundlich sind. Auch ihnen müssen wir sagen: Wir haben etwas für euch zu bieten, wir können gemeinsam Dinge klären, indem wir uns gegenseitig respektieren. Das Zauberwort heißt Respekt.
Ich denke, dass diese Erweiterung notwendig ist, wenn wir wirklich Regierungspartei werden wollen. [...] Ich will jetzt auch keine große Verschmelzung, aber die Leute sind da, sie organisieren sich und stehen in fast allen politischen Fragen auf unserer Seite. [...]
Denn eines muss klar sein: Remigration hin oder her – es ist offensichtlich, dass die Völkerwanderung, die hier im letzten Jahrzehnt stattgefunden hat, bleibende Folgen haben wird. [...]
Was ich allerdings sage, ist, dass der Fehler sowohl der Linken als auch der Rechten in diesem Fall darin liegt, dass sie die Einwanderer alle über einen Kamm scheren – bei Muslimen sowieso. Wofür ich werbe, ist, dass man sich

[2886] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland", abgerufen am 10.02.2025.
[2887] Küble, Fabian: Tweet vom 14.11.2024, abgerufen am 15.11.2024.

die Mühe macht, die einzelnen Gruppen, die wir hier haben, auseinanderzunehmen. […]

Wenn wir uns wirklich nur auf ein rein ethnisches Prinzip beschränken würden, das heißt, wir sagen, wir sind die Partei der rein ethnisch Deutschen und alle, die das nicht sind – selbst wenn sie uns inhaltlich zustimmen –, die vertreten wir nicht, dann werden wir scheitern. Dann werden sich alle Ausländer, auch diejenigen, die uns mögen, mit unseren linksliberalen Eliten zusammentun und uns plattmachen. Ohne neue Verbündete werden wir das Land nicht verändern können. Das heißt, wir sind in gewisser Weise gezwungen, über den sicheren Grund der eigenen ethnischen Gruppe hinauszugehen und zu sagen: Wer ist ein Partner, ohne dass er uns ins unserer ethnisch-kulturellen Identität infrage stellt, wer respektiert uns so, dass er uns das zugesteht, was unsere Tradition, unsere eigene Art zu leben, unser Deutschtum – um dieses Wort mal zu benutzen – betrifft. Ich möchte vor allem warnen: Ich halte das Remigrationsthema für wichtig, aber es ist nicht das Entscheidende und das Einzige.“[2888]

Vordergründig akzeptiert Krah damit eine partielle Zusammenarbeit mit Menschen mit Migrationsgeschichte. Gleichwohl macht er deutlich, dass dies aus rein pragmatischen Gründen zur Generierung einer größeren Wählerschaft und aus Anerkennung der demografischen Gegebenheiten tut. Er hält weiterhin an dem ethnopluralistischen Grundgedanken fest, indem er *„keine große Verschmelzung“* fordert und sich *„gezwungen“* sieht, über den *„sicheren Grund der eigenen ethnischen Gruppe hinauszugehen“*. Dass Krah damit nicht von seinem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff abweicht, sondern, wie er selbst sagt, *„Ansprechpartner“* sucht, *„die überhaupt ein konservatives Mindset mitbringen“*[2889], deutet sich auch in seiner Solidaritätsbekundung mit Ümit Özdag, Chef der türkischen völkisch-nationalistischen Zafer-Partei, an.[2890] Überdies ist die Äußerung bislang innerhalb der AfD nicht rezipiert worden und steht den im Übrigen festgestellten Belegen entgegen, sodass aus ihr nicht auf eine Aufgabe des in der AfD vorherrschenden ethnischen Volksbegriffs geschlossen werden kann.

[2888] „„Remigration ist nicht entscheidend‘“, in: COMPACT, Ausgabe 3/2025, S. 16 f.
[2889] Ebd.
[2890] Vgl. WELT: „Wenn AfD-Mann Krah das ‚Einsetzen der Erdogan-Dämmerung‘ wittert“ vom 21.03.2025, in: www.welt.de, abgerufen am 21.03.2025.

Eine Relativierung der Feststellungen zum Volksbegriff innerhalb der Gesamtpartei ist auch nicht in dem folgenden Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) von Andreas Lichert (MdL HE) zu sehen:

> *„Und liebe Pressevertreter, Hefte raus! Die Grundrechte und insbesondere die Meinungsfreiheit sind für uns nicht verhandelbar! Und da können sich die Altparteien noch so sehr hinter dem Inlandsgeheimdienst verstecken. Und die Regierung kann noch so viel Angst vor Majestätsbeleidigung haben. Das wird uns in unserem Weg nicht erschüttern. Und jetzt muss ich noch mal kurz ein bisschen technisch werden, aber das muss jeder hier im Raum verstanden haben, was gewissermaßen die juristische Figur ist, mit der unsere Verfolgung durch den Inlandsgeheimdienst überhaupt nur gerechtfertigt werden soll. Es ist der ethnische Volksbegriff, weil wir angeblich die deutsche Staatsbürgerschaft nur an bestimmte Ethnien-Abstammungen knüpfen wollen. Und das wäre tatsächlich so: Würden wir das wollen, stünde nicht mehr der einzelne Mensch, das Individuum im Vordergrund, sondern seine Gruppenzugehörigkeit und das wäre tatsächlich eine Verletzung der Menschenwürde, eine Verletzung von Artikel 1 des Grundgesetzes. Das Problem ist nur, das ist eine Lüge, eine blanke Lüge. Die Beschlusslage der Partei ist eindeutig. Jeder soll die Chance haben, Deutscher zu werden. Aber am Ende einer gelungenen Integration und nicht als Blankoscheck vorneweg durch Blitzeinbürgerung.*
> *Ich konnte das Geraune fast schon hören. ‚Das sagt er ja jetzt nur so. Das ist ein Feigenblatt. Das muss er jetzt sagen.' Nein, muss ich nicht. Stattdessen will ich was anderes sagen. Ich meine das nämlich von ganzem Herzen. Denn mit Ausländern, die nach Deutschland kommen und mit uns gemeinsam an einer guten Zukunft Deutschlands und seiner Bürger bauen wollen, mit denen haben wir viel mehr gemeinsam als mit den Deutschland-Abschaffern in den Altparteien. Ganz egal wie lang der deutsche Stammbaum ist. Dankeschön! Und weil das so ist, werden wir am 23. Februar abräumen."*[2891]

[2891] Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 03.02.2025.

Die Behauptung, ein entsprechender nicht verfassungsschutzrelevanter Volksbegriff entspreche der Beschlusslage der Partei, ist nicht zutreffend. Lichert spielt hier mutmaßlich auf die durch die AfD während des laufenden erstinstanzlichen verwaltungsgerichtlichen Verfahrens abgegebene „Erklärung zum deutschen Staatsvolk und zur deutschen Identität" an. Dieser kommt nach Bewertung des OVG NRW jedoch keine entlastende Wirkung zu; sie ist an sich zweideutig und es liegen einige Anhaltspunkte dafür vor, dass die Abgabe aus taktischer Motivation heraus erfolgte.[2892] Die Behauptung ist singulär und stellt sich daher aufgrund der in diesem und den voranstehenden Kapiteln getroffenen Feststellungen nicht als das vorherrschende Volksverständnis in der AfD dar.

cc. Zwischenfazit

Die Auswertung der während des Bundestagswahlkampfs der AfD angefallenen Äußerungen belegt weiterhin ein ethnisch-kulturelles Volksverständnis, dem die Annahme zugrunde liegt, das deutsche Volk bestehe nicht aus der Gesamtheit aller Staatsangehörigen, sondern aus der Gesamtheit der „ethnischen" Deutschen.

Auch die Beschreibung eines vermeintlich politisch forcierten Verdrängungsprozesses zu Lasten der autochthonen Deutschen in Form eines Großen Austauschs war weiterhin in dieser Form oder unter Verwendung alternativer Begrifflichkeiten wie „Bevölkerungsaustausch" oder „Ersetzungsmigration" in zahlreichen Fällen festzustellen.

Belege für ein deterministisches Identitätsverständnis, in dem Menschen anhand ihrer ethnischen Herkunft einer imaginierten, feststehenden kollektiven Identität zugeordnet und Migrantinnen und Migranten als schädlich für die „deutsche" Identität und Kultur dargestellt werden, fielen ebenfalls im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs weiterhin an.

In der Gesamtschau ist daher keine Mäßigung oder ein Abrücken von den unter E. I. 1. a. cc. festgestellten Positionen im Vorwahlzeitraum erkennbar.

[2892] OVG NRW, Urt. v. 13.5.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 209; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 349, 378, 653, 754, 938; vgl. hierzu bereits auch die Ausführungen im Kapitel A. Einführung, S. 19 f.

b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

aa. Zusammenhang zwischen Herkunft und Gewaltneigung

(1) Unterstellung einer überproportionalen Neigung zu Gewalt

Auch im Zeitraum vor der Bundestagswahl 2025 waren zahlreiche Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD festzustellen, die einen direkten Zusammenhang zwischen der Herkunft von Menschen und ihrer Kriminalitäts- bzw. Gewaltneigung insinuieren.

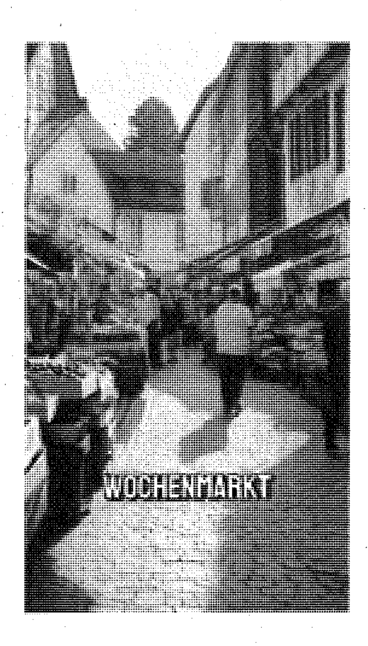
Am 20. Januar 2025 wurde bekannt, dass die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) der Landesmedienanstalten bei der Prüfung eines Wahlwerbespots der AfD Brandenburg vom 14. September 2024 „entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte" festgestellt hat. Die Medienanstalt Berlin-Brandenburg (mabb) hatte die Prüfung in Auftrag gegeben. In der Folge erging ein entsprechender Bescheid der mabb, demzufolge die AfD Brandenburg das Video entweder entfernen oder für Jugendliche unter 16 Jahren unzugänglich machen muss.[2893] Am 24. Januar 2025 gab die AfD Brandenburg bekannt, beim Verwaltungsgericht Potsdam (BB) Klage gegen den Bescheid eingereicht zu haben.[2894]

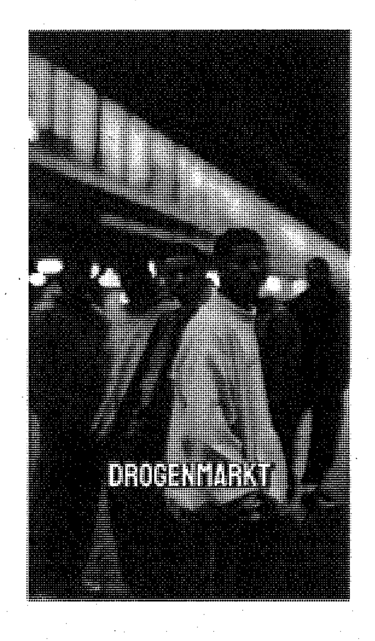
Das KI-generierte, etwa einminütige Video beginnt und endet mit dem Satz *„Du entscheidest ..."* und stellt jeweils ein als positiv und ein als negativ bewertetes Szenario gegenüber, wobei der visuelle Kontrast der gewählten Bildsequenzen eine tragende Rolle spielt. So werden Abbildungen von weißen Menschen ausschließlich in positive, Abbildungen nicht-weißer Menschen ausschließlich in negative Kontexte gesetzt. Durch das Zusammenwirken von Text und Bild wird gezielt der Eindruck hervorgerufen, dass nicht-weiße Menschen eine grundsätzliche Neigung zu Kriminalität besäßen. Durch den Begriff „Überfremdung" und das dazugehörige Bild wird dem Islam zudem ein invasiver Charakter zugeschrieben. Auch werden nicht-weiße sowie muslimische Menschen stets für die Repräsentation eines Gegenentwurfs zum „Ideal" genutzt, weshalb hier eine implizite gruppenbezogene Abwertung dieser Menschengruppen zu beobachten ist. So heißt es in dem Wahlwerbespot konkret:

[2893] RBB24: „Brandenburger AfD muss Zugriff auf Wahlkampf-Video beschränken" vom 20.01.2025, in: www.rbb24.de, abgerufen am 29.01.2022.
[2894] Tagesspiegel: „Prüfung von Wahlwerbespot: Medienanstalt rügt AfD-Video - Partei bringt Klage auf den Weg" vom 24.01.2025, in: www.tagesspiegel.de, abgerufen am 29.01.2025.

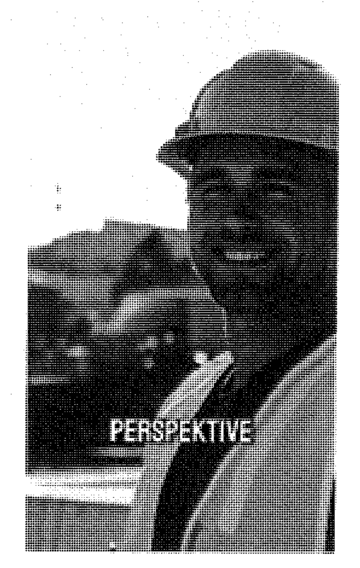
> *„Du entscheidest, ob die Ortsmitte deiner Heimatstadt einen Wochenmarkt behält oder einen Drogenmarkt bekommt. Ob die Züge endlich wieder pünktlich fahren oder der Bahnhof zum Tatort wird.*
> *Du entscheidest, ob Eltern ihre Kinder morgens mit gutem Gewissen zur Schule schicken können. Oder ob die Angst vor Gewalt auf dem Schulhof schlaflose Nächte bringt. Ob Brandenburg überhaupt noch Perspektive bedeutet oder Wohlstandsverlust und Überfremdung. Du entscheidest, ob dein hart erarbeitetes Geld für Fahrradwege in Peru oder heile Straßen in der Heimat verwendet wird. Ob es in deine Zukunft investiert wird oder in die Zukunft von Fremden. Du entscheidest, ob Brandenburg das Land der Kiefernwälder bleibt oder zum Land der Windradmonster verkommt.*
> *Ob es sanierte Kitas und Schulen gibt oder neue Asylheime. Du entscheidest, ob es so weitergeht wie bisher. Oder ob es eine Wende gibt. Du entscheidest.“*[2895]

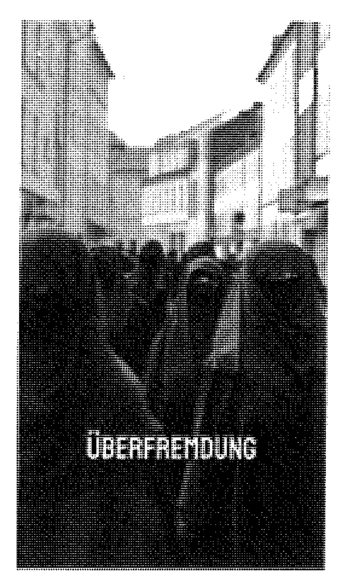
Beispielhaft werden in dem Werbespot folgende bildliche Gegenüberstellungen gezeigt:





[2895] Springer, René: Videobeitrag; veröffentlicht in: Retweet eines Tweets vom 14.09.2024, Kanal: „BrandenburgAfD“, abgerufen am 21.01.2025.



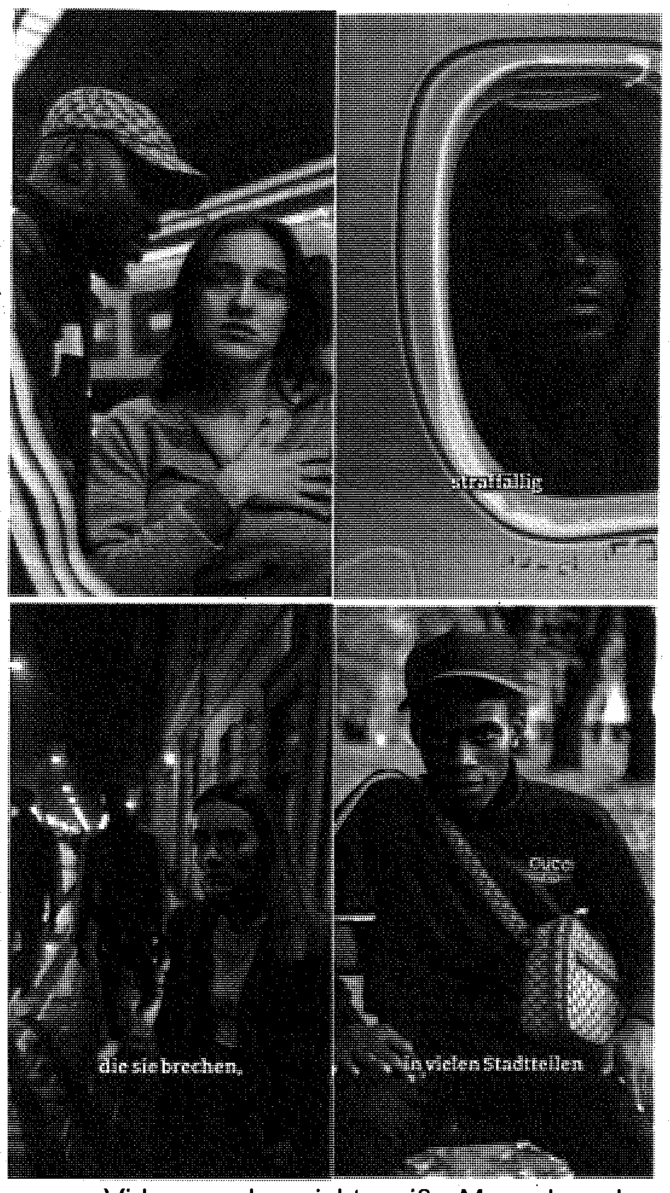


Unmittelbar nach Bekanntwerden der Prüfung des Videos aus dem Jahr 2024 durch die KJM veröffentlichte die AfD Brandenburg am 26. Januar 2025 anlässlich des Bundestagswahlkampfs ein weiteres Video, das dem Wahlkampfspot aus September 2024 in Inhalt und Form ähnelt und ebenfalls stereotype und abwertende Darstellungen enthält. So heißt es darin:

> *„In einem Deutschland, in dem Rentner Pfandflaschen sammeln müssen, um über die Runden zu kommen. […] Wo du jede Minute in der Bahnhofsgegend angespannt bleibst, weil du weißt, dass Übergriffe durch die üblichen Verdächtigen zur Normalität gehören. […] In einem Deutschland, wo Clankriege und Drogenhandel in vielen Stadtteilen zum Alltag gehören. Wo Gesetze gemacht werden, aber die, die sie brechen, keine Konsequenzen zu fürchten haben. Doch in diesem Deutschland sehen wir auch eine Chance. Eine Chance für Veränderung. Für ein Land, das wieder auf seine Bürger hört. Für Politiker, die Verantwortung übernehmen müssen, wenn sie unser Land vorsätzlich in den Ruin führen, dafür Konsequenzen zu tragen haben und einen beruflichen Neuanfang außerhalb der Berliner Politiklandschaft machen müssen. Und es ist Zeit für Remigration. Migranten ohne gültiges Bleiberecht müssen konsequent und zügig in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Besonders für straffällig gewordene Migranten darf es keine Toleranz geben."*[2896]

Folgende Bilddarstellungen sind im Video unter anderem zu sehen:

[2896] AfD Brandenburg: Videobeitrag; veröffentlicht in: Instagram-Eintrag vom 26.01.2025, Kanal: „afd_brandenburg", abgerufen am 27.01.2025.



Auch in diesem neueren Video werden nicht-weiße Menschen demnach ausschließlich in negative Kontexte gesetzt und beispielsweise als Straftäter und potenzielle Bedrohung für weiße Frauen dargestellt. In der Gesamtschau suggeriert das Video daher ebenfalls eine grundsätzliche Neigung nicht-weißer Personen zu Kriminalität und Gewalt und wertet diese Menschengruppe somit pauschal ab. Offenkundig erfolgte auch in Anbetracht drohender juristischer Konsequenzen keine Mäßigung seitens des brandenburgischen AfD-Landesverbands.

Ähnlich einzuordnen ist ein Facebook-Reel, welches der AfD-Landesverband Hessen am 27. Dezember 2024 veröffentlichte und in welchem die fünf hessischen Spitzenkandidaten zitiert werden. In einer Sequenz des Videos wird zudem eine Grafik gezeigt, die in stereotypisierender Weise nicht-weiße Männer mit bedrohlichen Blicken

sowie den Text „*Die Frage ‚Suchst du Stress?‘ nicht mehr hören.*“ abbildet. Dazu wurde der hessische Spitzenkandidat Jan Nolte (MdB, HE) wie folgt zitiert:

> „*Wir stellen Sicherheit und Ordnung wieder her. Weil wir Deutschland wieder sicher machen, wirst Du diese Frage nicht mehr hören.*“[2897]

(2) Entindividualisierende Darstellung von Migrantinnen und Migranten als aggressiv-gewalttätiges Kollektiv

In der Phase vor der Bundestagswahl äußerten sich Funktionärinnen und Funktionäre der AfD zudem weiterhin in einer Weise, die Zugewanderte und Geflüchtete pauschal als aggressives Kollektiv darstellt und diese Personengruppe somit unter Generalverdacht stellt.

Die nordrhein-westfälische Europaabgeordnete Irmhild Boßdorf beispielsweise verfasste anlässlich des Schwerpunktthemas „Migration – Wir platzen aus allen Nähten!“ im Dezember 2024 einen Gastkommentar für Info-DIREKT. Darin äußerte sie sich in pauschalisierender Weise über „nichteuropäische männliche Migranten“, die sie als gewalttätige Tätergruppe autochthonen Deutschen gegenüberstellte:

> „*Ob in den Niederlanden, in Frankreich, in Deutschland oder in Österreich: Die Gewalt auf den Straßen erreicht ein neues Höchstmaß. Es geht dabei nicht ‚nur‘ um Überfälle, nicht ‚nur‘ um Schläge ins Gesicht. Es geht auch um Vergewaltigungen, oft sogar in der Gruppe. Es geht um erbarmungslose Bandenkriege von Wien bis Brüssel. Es geht um materielle Verteilungskämpfe.*
> *Ein Phänomen nichteuropäischer männlicher Migranten*
> *Ob man das rasant an Fahrt aufnehmende Phänomen, das immer jüngere Täter gebiert, nun als Gewalt von Cliquen, Banden, Rackets oder Gangs beschreibt: Es ist in der Regel ein Phänomen nichteuropäischer männlicher Migranten. Einheimische Opfer, fremde Täter – das ist die eine Konstante, die uns zeigt, dass zunehmende Migration zunehmende Unsicherheit schafft.*“[2898]

Unter der Zwischenüberschrift „‚*Schutzsuchende‘ als Täter*“ führte Boßdorf ferner aus:

[2897] AfD Hessen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Facebook-Eintrag vom 27.12.2024, Kanal: „AfD Hessen“, abgerufen am 05.03.2025.
[2898] Info-DIREKT: „Multikulti schafft Unsicherheit“ vom 31.12.2024, in: www.info-direkt.eu, abgerufen am 07.01.2025.

„Die andere Konstante, aber neueren Datums – das ist Gewalt von ‚Schutzsuchenden' gegen Schutzsuchende. [...] Etablierte Politik und weisungsgebundene Behörden wollen nicht wissen, dass ihre Agenda der offenen Grenzen Folgen hat. Brutale Folgen. Es zeigt sich hier im Kleinen – den Flüchtlingsheimen/Migrationsstätten –, was auch im Großen gilt: Wird der Gewalt durch Fremde nicht Einhalt geboten, verlieren wir Sicherheit, Lebensqualität und das Recht auf Unversehrtheit."[2899]



Am Folgetag warb Boßdorf in einem Tweet unter Verwendung des beigefügten Titelbilds von Info-DIREKT für ihren Gastkommentar.[2900]

Boßdorf beschreibt es hier als eine *„Konstante"*, also unveränderliche Gegebenheit, dass sich Deutsche als *„Einheimische Opfer"* und nichteuropäische Zugewanderte als *„fremde Täter"* gegenüberstehen. Auf diese Weise bringt sie zum Ausdruck, ein friedliches Zusammenleben für gänzlich aussichtslos zu halten, und würdigt Migrantinnen und Migranten pauschal herab.

In ähnlicher Weise äußerte sich auch Björn Höcke (MdL TH) in seinem Redebeitrag auf einer durch den AfD-Landesverband Bayern organisierten Gedenkveranstaltung am 22. Januar 2025 anlässlich der Gewalttat in Aschaffenburg (BY):

„Diejenigen, die unsere Mädchen und Frauen in Bus und Bahn dumm anmachen, diejenige, die unsere Mädchen und Frauen gruppenvergewaltigen, diejenigen, die kleine Kinder vor den Augen ihrer Eltern vor fahrende Züge werfen, diejenigen, die Menschen mit Macheten in kleine Stücke hacken, diejenigen, die kleine Kinder mit dem Messer niedermetzeln, sie heißen für gewöhnlich nicht Jonas und Tobias, Niklas, Marvin oder Max und Moritz. [...]
25 Messerattacken am Tag in Deutschland statistisch gesehen. Sehr geehrte Anwesende, liebe Mitbürger, die Kartellparteienpolitiker, die haben Deutschland, obwohl wir noch gar nicht im Krieg stehen, Gott sei Dank noch nicht im

---

[2899] Ebd.
[2900] Boßdorf, Irmhild: Tweet vom 01.01.2025, abgerufen am 07.01.2025.

> *Krieg stehen mit Russland, sie haben Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem killing field im Frieden gemacht.“*[2901]

Die nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Enxhi Seli-Zacharias äußerte sich anlässlich der Gewalttat in Aschaffenburg (BY) folgendermaßen:

> *„Schon wieder Messertote.*
> *Schon wieder ein afghanischer Täter. Und schon wieder stirbt ein Kind. Wann rafft es der letzte Horst, dass die unzivilisierten #Messermörder fast ausnahmslos aus arabsichen Ländern importiert wurden?“*[2902]

Am 23. Januar 2025 veröffentlichte Steffen Kotré (MdB, BB) ein Video, in dem er ausgehend vom selben Sachverhalt behauptet, dass *„mit der fremden Kultur“* auch *„Kriminalität und die Morde mit ins Land“* kämen:

> *„Es bedarf nicht nur Grenzsicherung, sondern Remigration. […] Abschiebung im großen Stil und Brot, Bett und Seife. Das heißt keinen einzigen Euro mehr für jemanden, der abgelehnt ist, der nicht in unserem Land sein darf und der sich auch sonst wie hier bei uns nicht integriert. Und dieses Programm gibt es nur mit der AfD. Aber wenn wir jetzt gucken, wie die Medien darauf reagieren, dann sind immer andere schuld, aber nur nicht die, die hier diese Leute ins Land gelassen haben. Dann sind es mal die Männer, die schuld sein sollen. Nein, es liegt nicht daran, dass es Männer sind, sondern Leute aus kulturfremden Räumen, die von fast Kriminellen in den Behörden und in der Bundesregierung hier reingelassen worden sind. Und es liegt auch nicht daran, dass sie jung sind. Denn Deutsche machen sowas nicht. Deutsche stechen keine kleinen Kinder ab, um es ganz klar zu sagen.“*[2903]

Steffen Kotré schrieb in einem Tweet vom 22. Januar 2025:

> *„DAS SCHLACHTEN GEHT WEITER*
> *Die Messerangriffe, die unweigerlich mit der gescheiterten Migrationspolitik zusammenhängen, reißen nicht ab. […] Mitverantwortlich sind Merkel und alle, die*

[2901] Höcke, Björn: Redebeitrag am 22.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 27.01.2025.
[2902] Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 28.01.2025.
[2903] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 23.01.2025, Kanal: „SteffenKotre“ abgerufen am 24.01.2025.

die Invasion unseres Landes ermöglicht haben. […] Jetzt hilft nur eines: Konsequente Remigration. Wir werden diesen importierten Terror beenden und dafür sorgen, dass unsere Heimat wieder sicher wird.
Wir lassen es uns nicht bieten, dass Menschen in unserem Land abgeschlachtet werden!"[2904]

Das AfD-Bundesvorstandsmitglied Dennis Hohloch (MdL BB) kommentierte in einem Videobeitrag vom 27. Dezember 2024 die Debatte nach der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt mit sechs Todesopfern und zahlreichen Verletzten wie folgt:

> *„Liebe Freunde, schaut euch mal an, was die Berliner Polizeipräsidentin hier geschrieben hat: ‚Messer sind brandgefährlich.' Wusste ich noch gar nicht. Also wenn ich in der Küche arbeite, ist das meistens nicht so. Aber ich kann euch mal sagen, was brandgefährlich ist: Talahons, Illegale, Traumatisierte, Schützlinge, Flüchtlinge, Schutzsuchende, Flüchtende und vor allem Politiker, die die alle ins Land lassen."*[2905]

In einem Tweet vom 8. Dezember 2024 hatte Hohloch den Sturz des Assad-Regimes in Syrien außerdem in zynischer Weise als „*Rückschlag für die heimische Messerindustrie*" bezeichnet:

> *„Ab jetzt dürften die Asylausgaben ja drastisch sinken. Aber auch ein schwerer Rückschlag für die heimische Messerindustrie. #Syrien #Assad"*[2906]

Auf der Wahlkampfveranstaltung des rheinland-pfälzischen AfD-Landesverbands am 8. Februar 2025 in Kusel (RP) bezeichnete die Landratskandidatin Alejandra Catalina Monzon, Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Kusel (RP), Geflüchtete als „*Prädatoren*":

> *„Gerade weil ich als ehemalige Exil-Argentinierin und Tochter von politisch Verfolgten den Wert des Asylrechts sehr schätze, verurteile ich einen Missbrauch durch Asyl-Erschleicher und Flüchtlingssimulanten aufs Allerschärfste.*
> *Unsere Mütter und Großmütter haben für unser Recht auf sexuelle Selbstbestimmung ihre Röcke gegen Hosen getauscht und BHs verbrannt und diese*

[2904] Kotré, Steffen: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2905] Hohloch, Dennis: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 27.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.
[2906] Hohloch, Dennis: Tweet vom 08.12.2024, abgerufen am 19.12.2024.

Prädatoren kommen hierher, nehmen uns Frauen als ihre Beute, verhöhnen unsere friedvollen Männer als schwach, mobben unsere Kinder und stechen im Wahn wahllos jeden ab, der zufällig ihren Weg kreuzt. Darum bin ich für Remigration mit vollem Recht und Anspruch. Verbrecher gehören bestraft und Täterprofile klar benannt. Es sind keine Flüchtlinge und es sind auch keine politisch verfolgten Freiheitskämpfer. Das Erstaufnahmelager gehört geschlossen und ein Gewerbegebiet darauf erbaut." [2907]

Monzon unterstellt Geflüchteten hier nicht nur eine pauschale Neigung zu Gewalt und stellt sie als unberechenbare Gefahr dar, sondern entmenschlicht sie durch den Tiervergleich zusätzlich und verletzt somit ihre Menschenwürde.

Nicole Baer (Beisitzerin im Landesvorstand der AfD Schleswig-Holstein) sendete am 9. Januar 2025 einen Tweet, in dem sie ein Lied verbreitete und kommentierte zustimmend mit „*Hammer Lied*". Im Text des Lieds hieß es:

„Seid alle nicht gern hier, aber kommt trotzdem in Massen
Seid alle nur Geflüchtet aus eurem Land vor dem Krieg
Aber wollt nicht mehr zurück jetzt, wo es euren Krieg dort nicht mehr gibt
Die Hand, die euch füttert, gehört geliebt und nicht bekriegt
Ich sag's euch ganz ehrlich, ihr habt unser Deutschland nicht verdient […]
Genug ist genug, ihr seid leider kein Segen, sondern Fluch […]
Man gab euch alles doch, ihr bekamt den Hals nicht voll genug, sag Deutschland
Sag Deutschland, wann wird der Rückflug denn gebucht?"[2908]

Den vorangegangenen Äußerungen ist gemein, dass sie auf einer Gegenüberstellung der als Opfer stilisierten autochthonen deutschen Bevölkerung auf der einen und der als pauschal bedrohlich und gewalttätig dargestellten Migrantinnen und Migranten auf der anderen Seite basieren. Die zitierten Funktionärinnen und Funktionäre der AfD propagieren somit einen Antagonismus, dessen Grundlage das ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis bildet.

[2907] Monzon, Alejandra Catalina: Rede auf der Wahlkampfveranstaltung am 08.02.2025 in Kusel; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 10.02.2025.
[2908] Baer, Nicole: Musikvideo; veröffentlicht in: Tweet vom 09.01.2025, Kanal: „NicBa71", abgerufen am 20.01.2025.

Der Europaabgeordnete Arno Bausemer (ST) veröffentlichte am 9. Januar 2025 einen Facebook-Eintrag, in dem er zustimmend über das abgebildete fremdenfeindliche Plakat der tschechischen Partei SPD (Freiheit und Direkte Demokratie) berichtete. Hierauf war die übersetzte Aussage *„Engpässe im Gesundheitswesen werden nicht durch ‚importierte Chirurgen gelöst"* zu lesen. Bausemer bezeichnet die Kritik an dem Plakat als *„Maulkorb"*, signalisierte seine Unterstützung und machte sich den Inhalt damit zu eigen:



> *„Der Vorsitzende hatte dieses Plakat gepostet und soll jetzt wegen angeblichen Rassismus vor Gericht gestellt werden.*
> *‚Engpässe im Gesundheitswesen werden nicht durch ‚importierte Chirurgen' gelöst. Stoppt den EU-Migrationspakt!'*
> *Es muss ja wohl in einer freien Gesellschaft sein, dass man als Opposition die massiv steigende Messer-Kriminalität auch mit drastischen Bildern thematisiert. Egal ob im EU-Parlament oder in unseren nationalen Parlamenten - wir lassen uns von den Verursachern dieses Asyl-Chaos niemals einen Maulkorb verpassen!*
> *Von daher teile ich gerne das Bild und unterstütze damit die Partei meines tschechischen Fraktionskollegen Dr. Ivan David."*[2909]

Martin Reichardt (Beisitzer im AfD-Bundesvorstand und MdB, ST) kam im Rahmen eines Wahlkampfabends in Merseburg (ST) am 7. Februar 2025 auf eine Anhörung im Bundestag zu sprechen, die sich mit der Zunahme von Gewalt gegen Frauen beschäftigte. Dazu äußerte er:

> *„Aber die gesamte Diskussion da fiel von Seiten der etablierten Politik nicht ein einziges Mal die Frage nach Einwanderung, nach Gruppenvergewaltigung von Deutschen durch Migrantengruppen, nichts. [...] Und da sage ich euch ganz deutlich, die Analyse der Gründe ist ganz einfach: Wenn ich Hunderttausende und Millionen aus Kulturen hole, in denen Frauen nichts gelten, in denen sie*

[2909] Bausemer, Arno: Facebook-Eintrag vom 09.01.2025, abgerufen am 10.01.2025.

> *noch gesteinigt werden, wenn sie irgendwo den falschen Mann angeguckt haben, dann muss ich mich nicht wundern, dass in Deutschland das Leben für Frauen und Mädchen unsicherer wird. Und da haben sich diese ganzen Linken und die Union in einer Weise versündigt an unseren Frauen und an unseren Mädchen. Das werden wir ihnen nicht durchgehen lassen und ich werde es ihnen auch im Familienausschuss immer und immer wieder sagen. Es sind nicht die Männer. Es sind die Männer, die wir hierhergeholt haben und die hier nicht hergehören, weil sie ein frauenverachtendes Weltbild haben. Und es ist umgekehrt eben auch nicht so, dass es ein generelles Problem zwischen Frauen und Männern gibt, sondern es ist ein im Wesentlichen importiertes Problem."*[2910]

Reichardt insinuiert hier eine Neigung von Migranten aus dem arabischen und afrikanischen Raum zu Sexualdelikten und verunglimpft sie damit. Er postuliert außerdem in exkludierender Weise, dass Menschen aus bestimmten Kulturen prinzipiell *„hier nicht hergehören"* und setzt sie damit in ihrer Menschenwürde herab.

Im weiteren Verlauf seiner Rede thematisierte Reichardt den Fachkräftemangel in Deutschland und äußerte:

> *„Es kommen keine Fachkräfte, es kommen zu 90 und mehr Prozent Leute, die hier in die Sozialsysteme einwandern und die […] vielleicht im Niedriglohnsegment irgendwo […] noch gerade so vielleicht ihren Lebensunterhalt verdienen können. […] Wir kriegen nicht nur keine Fachkräfte, sondern wir kriegen Messerkriminalität, 36.000 Messerangriffe, wir kriegen Dutzende von Morden, wir kriegen jeden Tag zwei Gruppenvergewaltigungen und das alles für einen Gegenwert an Fachkräften von quasi null. […] Da kann man wohl schwer von einer deutschen Fremdenfeindlichkeit sprechen. Ich sehe da eher die Zahlen, die von einer offensichtlich importierten Inländerfeindlichkeit sprechen lassen müssten."*[2911]

Reichardt (MdB, ST) hatte sich bereits in einem Tweet vom 25. November 2024 in vergleichbarer Weise geäußert, als er schrieb:

> *„Mehr als 600 Frauen wurden Silvester 2015 Opfer sexueller Straftaten. Mehrheitlich wurden diese Taten von sogenannten Flüchtlingen verübt. […] Seitdem*

[2910] Reichardt, Martin: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabend in Merseburg (ST) am 07.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Heimatliebe 062", abgerufen am 12.02.2025.
[2911] Ebd.

hat sich das Leben von Frauen in Deutschland verändert. Gruppenvergewaltigungen, Morde, sind in Deutschland 2024 alltäglich geworden. Keine Frau ist mehr sicher, zu keiner Zeit, an keinem Ort. […] Aber keiner benennt den Grund, warum die Gewalt gegen Frauen explosionsartig zugenommen hat. Wenn sie es täten, müssten sie ihre Mitschuld eingestehen, denn sie haben massenweise Männer in unser Land geholt, die dem frauenfeindlichen islamistischen Weltbild folgen.“[2912]

Der stellvertretende AfD-Bundessprecher Kay Gottschalk (MdB, NW) äußerte sich in einem am 25. Januar 2025 veröffentlichten Gespräch mit Sven Tritschler (MdL NW) zur Zulassung der Landesliste zur Bundestagswahl und zu aktuellen Entwicklungen in der Migrationspolitik. Dabei insinuierte er auf sarkastische Weise, beim Verweis deutscher Medien auf psychische Erkrankungen von migrantischen Gewalttätern handele es sich durchweg um bloße Schutzbehauptungen:

„Also ich glaube, die Botschaft sollte man den Menschen auch mittragen, wenn ihr wirklich wollt, dass eure Kinder wieder sicher zur Schule gehen, wenn ihr wollt, dass eure Töchter am Freitag auch sicher von der Diskothek nach Hause kommen, und wenn ihr wollt, dass einfach im Park eure Kinder nicht von irgendwelchen, meistens – ich weiß auch gar nicht, ob nur psychisch Gestörte nach Deutschland einwandern. Deutschland muss das Land sein, in dem die meisten psychisch Gestörten sind.“[2913]

(3) Nutzung von Begriffen wie „Messermigration“

Von Seiten der AfD bzw. ihrer Funktionärinnen und Funktionäre wurden Personen mit Migrationsgeschichte auch im Vorwahlzeitraum in pauschalisierender Weise durch die Verwendung des Präfixes „Messer“ verunglimpft. Wortneubildungen wie „Messermigration“, „Messerzuwanderung“ oder „Messermigranten“ stellen in herabwürdigender Weise eine direkte Kausalität zwischen Migration und der Zunahme von Straftaten mit Stichwaffen her.

[2912] Reichardt, Martin: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.
[2913] Gottschalk, Kay: Gespräch mit Sven Tritschler; veröffentlicht in: Tweet vom 25.01.2025, Kanal: „Sven W. Tritschler“, abgerufen am 28.01.2025.

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Christian Blex agitierte in seiner Rede auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt (NW) am 15. Februar 2025 beispielsweise gegen „*Messerzuwanderung*“:

> „*Sie haben afrikanische, arabische Armutszuwanderung, komplett kulturfremd – Messerzuwanderung – in unser Land gelassen.*“[2914]

Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte in einem Video vom 23. Januar 2025:

> „*Deutschland steht am Abgrund der inneren Sicherheit. Oeynhausen, Solingen, Mannheim, Magdeburg und jetzt Aschaffenburg. Wir haben unsere innere Sicherheit verloren. Schuld daran ist die Grenzöffnung. Schuld daran sind all diejenigen, die uns einreden wollen, unsere Gesellschaft müsse sich multi-kulturell öffnen und kulturfremde Menschen in unser Land lassen. Das ist Schuld daran. Und wir sehen, wie wird das jetzt kaschiert. Natürlich würde ich nicht gern in der Haut der linksgrün-Woken stecken, die mitverantwortlich für die Morde sind, die geleugnet haben, dass mit der fremden Kultur eben auch die Kriminalität und die Morde mit ins Land kommen. Wir hatten es schon vor Jahren im Deutschen Bundestag formuliert, Einwanderung ist immer auch Messereinwanderung.*“[2915]

In einem auf X veröffentlichten Video äußerte Lena Kotré (MdL BB) am 22. Januar 2025 angesichts des vorangegangenen durch einen Afghanen verübten Messerangriffs auf eine Kita-Gruppe in Aschaffenburg (BY):

> „*Remigration hätte das Leben des Kindes und des Mannes, der versucht hat, das Kind zu beschützen, retten können. Es ist unfassbar und es macht mich als Mutter wahnsinnig betroffen, wenn ich das höre. Man gibt morgens sein Kind in der Kita ab und wird es dann am Abend nicht mehr wiedersehen, weil diese ungezügelte Masseneinwanderung von Messermigranten in unser Land hier Einzug gehalten hat. […] Wir brauchen keine Zuwanderung aus Afghanistan. Wir brauchen keine Zuwanderung von Menschen, die nichts Gutes hier im*

[2914] Blex ,Christian: Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt am 15.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.02.2025, Kanal: „hamburger – junge“, abgerufen am 20.02.2025.

[2915] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 23.01.2025, Kanal: „SteffenKotre“ abgerufen am 24.01.2025.

Sinne haben. Und wir brauchen schon gar keine Zuwanderung von Messermigranten. [...] Liebe Freunde, das ist eine Machtdemonstration von Messermigranten und es ist auch eine Landnahme von diesen Menschen.“[2916]

Lena Kotré (MdL BB) beschrieb in einem anderen Tweet vom selben Tag *„[d]iese Morde“* außerdem als *„systematisch“*:

„Das sind keine Einzelfälle! Diese Morde passieren systematisch und werden immer häufiger, bis wir endlich die Remigration durchsetzen und unser Land wieder unter Kontrolle bekommen. Selbst der Anschlag von Magdeburg ist mittlerweile aus den Medien und den Köpfen verschwunden – so häufig töten Migranten in Deutschland! Die beiden Toten von heute gehen auf das Konto von CDU, SPD, Grünen und FDP.“[2917]

Die AfD-Landtagsfraktion Brandenburg schrieb in einem Tweet, den die Landtagsabgeordnete Lena Kotré (BB) am 23. Januar 2025 weiterverbreitete:

„Die Bevölkerung möchte keine Messermigration!“[2918]

Kotré forderte in ihrem dazugehörigen Tweet außerdem:

„Messermigration beenden, robuste Remigration starten!“[2919]

Beatrix von Storch (MdB, BR) schrieb in einem Tweet vom 28. November 2024:

„Wir brauchen keine Messer-Verbotszonen. Nirgends. Wir brauchen nur weniger von diesen Messer-Männern, die ständig mit einem Messer durch die Gegend laufen, in unserem Land.“[2920]

Der AfD-Bundesverband schrieb in einem Tweet vom 3. Januar 2025:

„Nicht die Böller verletzen Menschen – sondern Migranten, die mit illegalen Böllern auf unsere Polizisten zielen. Nicht die Messer bringen Menschen um – sondern Messermigranten, die auf einfältige ‚Messerverbote‘ pfeifen.“[2921]

[2916] Kotré, Lena: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 22.01.2025, Kanal: „KotreLena“, abgerufen am 24.01.2025.
[2917] Kotré, Lena: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2918] Kotré, Lena: Tweet vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2919] Ebd.
[2920] Storch, Beatrix von: Tweet vom 28.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2921] AfD: Tweet vom 03.01.2025, abgerufen am 17.01.2025.

Denselben Text enthielt auch ein unter dem Titel „Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote!" veröffentlichter Text von AfD Kompakt.[2922]

Der damalige Landtagsabgeordnete Hans-Jürgen Goßner (mittlerweile MdB, BW) veröffentlichte am 23. Januar 2025 eine Grafik mit einem Flugzeug und der Aufschrift „*Zeit für eine Abschiebeoffensive*!" auf Facebook und schrieb hierzu:

> *„Hinter jedem Messermann steckt ein Altparteienpolitiker, der ihn eingeladen hat! #Aschaffenburg #Remigration"*[2923]

Oliver Kirchner (MdL ST) sprach im Rahmen eines Wahlkampfabends in Merseburg (ST) am 7. Februar 2025 sogar von *„Messer-Fachmännern"* und *„Messer-Dschihad"*:

> *„Wir haben hier noch eigene Straftäter, dann müssen wir nicht noch Straftäter praktisch hier nach Deutschland importieren und wenn ich hier sehe, dass Menschen Frauen und Kinder vor Züge stoßen, die Kinder sterben, die Mütter überleben und die ohne ihre Kinder weiterleben müssen, sowas gab es vor 2015 in Deutschland nicht. Habe ich noch nie gehört, dass es sowas gab. 36.000 Messerangriffe in drei Jahren. 36.000 Messerangriffe in drei Jahren. Das ist der Messer-Dschihad, den die ISIS angekündigt haben, der islamische Staat angekündigt hat und genau das passiert hier auf unseren Straßen. Die messern sich an unserer Aufnahmegesellschaft ab und wir bezahlen den ganzen Spaß. [...] Wie gesagt, Schlauchboot-Fachkräfte und Balkanrouten-Wissenschaftler, da habe ich die Nase voll von. Von Messer-Fachmännern natürlich auch."*[2924]

Ungeachtet dessen, dass es sich bei einigen der vorstehenden Äußerungen um Reaktionen auf Gewalttaten handelt, können diese angesichts der fortgesetzten Agitation seit der Verdachtsfalleinstufung nicht als spontane emotionale Entgleisungen eingeordnet werden. Vielmehr handelt es sich um ein bewusstes und parteiintern weit verbreitetes Argumentationsmuster, welches auch im Vorwahlzeitraum weiter genutzt wurde. Die dargelegten Verlautbarungen, die Begriffe wie „*Messerzuwanderung*", „*Messermigranten*" oder „*Messer-Fachmänner*" beinhalten, sind in Bezug auf

[2922] AfD Kompakt: „Nicht Autos, Messer oder Böller sind das Problem: Zeit für Abschiebungen statt Verbote" vom 03.01.2025, in: https://afdkompakt.de, abgerufen am 17.01.2025.
[2923] Goßner, Hans-Jürgen: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2924] Kirchner, Oliver: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabend in Merseburg (ST) am 07.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Heimatliebe 062", abgerufen am 12.02.2025.

Diktion und Inhalt erkennbar darauf gerichtet, Geflüchteten und Zugewanderten ihre Menschenwürde abzusprechen.

(4) Assoziation von multikulturell geprägten Gesellschaften mit Gewalt und Kriminalität

Die verzerrende Darstellung multikultureller Gesellschaften als dysfunktional, unsicher und instabil durch Funktionärinnen und Funktionäre der AfD setzte sich auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs fort. Die multikulturell geprägte Gesellschaft wird dabei als Gegenentwurf zu der über Jahrhunderte gewachsenen „*Vertrauensgemeinschaft*"[2925] ethnischer Deutscher und als gleichbedeutend mit dem Niedergang Deutschlands beschrieben. In diesem Kontext werden gesamtgesellschaftliche Negativentwicklungen – insbesondere mit Blick auf die Verbreitung von Kriminalität und Gewalt – simplifizierend und tatsachenwidrig als ausschließlich oder überwiegend migrationsinduziert dargestellt.

Björn Höcke (MdL TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl in Arnstadt (TH) auf. In der Rede nahm er wie bereits in vorangegangenen Aussagen[2926] erneut Bezug auf die „*Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist*" und die Schädigung Deutschlands durch „*Multi-Kulti-Dekadenz*" und „*millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten*":

> „*Schluss mit der Ausplünderung unseres Sozialstaates. Schluss mit Gender-Gaga und Multi-Kulti-Dekadenz. Schluss mit identitätszerstörender Einwanderung. Schluss mit Kriegstreiberei. Aber ja zur Zukunft unseres Vaterlandes. [...] Die Migration ist die Mutter aller Krisen. Der Zerfall der inneren Sicherheit, der Zerfall unseres Sozialstaats bzw. die Plünderung unseres Sozialstaats, der Zerfall der schulischen Bildung in Deutschland, vor allen Dingen auch das Auflösen einer relativen Homogenität, ist bedingt durch eine unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung aus kulturfremden Kontexten. Gerade der letzte Punkt ist so enorm wichtig, wenn man Demokratiefreund ist. Denn Demokratie braucht, um zu leben und zu funktionieren, einen Konsens. Sie braucht die Existenz einer Vertrauensgemeinschaft, die über Jahrhunderte gewachsen ist, die in einem*

[2925] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a. aa.)

[2926] vgl. Kapitel E. I. 2. c.

konfliktträchtigen Prozess das miteinander ausgehandelt hat, was man gut findet und was man schlecht findet. Sie braucht ein Wertefundament, damit sie blühen kann. Nur wenn es ein gemeinsames Wertefundament gibt, können Kompromisse gefunden werden. Nur dann kann Demokratie überhaupt gelebt werden. Das bedeutet relative Homogenität. Und diese relative Homogenität ist in Deutschland, zumindest in den Ballungsgebieten, schon weitestgehend zerstört. Deswegen müssen wir jetzt unbedingt den Bremsklotz einlegen. Wir brauchen eine 180-Grad-Wende in der Migrationspolitik. Und dann kommen die Kartellparteienpolitiker und sagen, ja, das geht ja nicht. Wir leben in einer globalisierten Welt mit Reisefreiheit, mit Bewegungsfreiheit. Das sind doch alles Menschenrechte. Ja, sage ich dann. Das mag ja alles so sein. Aber das Heimatrecht, das Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden, ist auch Teil meiner Menschenwürde.“[2927]

Wie bereits in Kapitel F. I. 1. a. ausgeführt, beschreibt Höcke eine *„relative“* ethnokulturelle Homogenität als essentiell für sozialen Frieden und Demokratie. Er stellt zudem auf eine über Jahrhunderte gewachsene *„Vertrauensgemeinschaft“* ab, welche die Basis für ein *„gemeinsames Wertefundament“* darstelle. Gemessen an diesen Anforderungen scheint Höcke unter einer *„relativen“* ethnokulturellen Homogenität tatsächlich aber eher eine nahezu absolute bzw. vollständige Homogenität als Grundbedingung für sozialen Frieden anzusehen. Ethnische Inhomogenität indessen führt seiner Ansicht nach unweigerlich zum Verlust der Identität und zu negativen gesellschaftlichen Entwicklungen. Auf diese Weise wird Migrantinnen und Migranten *„aus kulturfremden Kontexten“* pauschal eine zerstörerische Wirkung zugeschrieben. Höcke postuliert zudem ein *„Heimatrecht“* als Teil seiner Menschenwürde, welches ihm das *„Recht, nicht fremd im eigenen Land zu werden“*, einräume. Er schreibt damit sich selbst als Bestandteil der *„Vertrauensgemeinschaft“* einen höheren rechtlichen Status zu und missachtet im Gegenzug die Menschenwürde Zugewanderter.

Zudem setzte Höcke in seiner Rede die *„Multikulturalisierung“* Deutschlands mit dessen *„Deformation“* gleich:

[2927] Höcke, Björn: Redebeitrag auf der Wahlkampfveranstaltung in Arnstadt (TH) am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV“, abgerufen am 03.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. a. aa.)

„Herr Merz, Herr Spahn, Herr Söder, ihr habt euch schuldig gemacht, weil ihr die Multikulturalisierung dieses Landes, die Deformation dieses Landes ohne Widerspruch über euch ergehen habt lassen, aus machtpolitischen Gründen, weil ihr in eurer Partei ja noch was werden wolltet.“[2928]

Anlässlich des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY) schrieb Björn Höcke (MdL TH) am 23. Januar 2025 auf Facebook:

„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! […] Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen.“[2929]

Der brandenburgische AfD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete René Springer schrieb in einem Tweet vom 12. Dezember 2024:

„Multikulturelle Gesellschaften sorgen für soziale Auflösung.“[2930]

In einem anderen Beitrag vom 29. November 2024 konstatierte Springer:

„Die multikulturelle Gesellschaft zerstört die Substanz unseres Bildungswesens. […] Wenn in Deutschland vom Fachkräfteproblem gesprochen wird, dann sollte hier als allererstes angesetzt werden! Wir können keine Fachkräfte generieren, wenn unser inklusiv-multikultureller Ansatz die Entwicklung unseres Nachwuchses dermaßen torpediert. Auch hier ist #Remigration die Antwort!“[2931]

Springer hält es für erforderlich, nicht-deutschen Kindern den Zugang zum Bildungswesen zu verwehren oder zumindest einzuschränken, um Nachteile für *„die Entwicklung unseres Nachwuchses“* zu vermeiden. Sofern eine solche Ungleichbehandlung

---

[2928] Ebd.
[2929] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 2.)
[2930] Springer, René: Tweet vom 12.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2931] Springer, René: Tweet vom 29.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

an ethnischen Gesichtspunkten festgemacht werden soll, hätte dies eine menschenwürdewidrige Ungleichbehandlung von Kindern zur Folge.

Der brandenburgische Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré veröffentlichte am 30. Dezember 2024 auf X ein Interview, welches er dem Deutschland-Kurier gegeben hatte. Darin bezeichnete er die Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt, die sechs Tote und etliche Verletzte zur Folge hatte, faktenwidrig als *„islamistisches Attentat“* und führte aus:

> *„Aber wir sehen, das ist die Frucht der Saat, die die Altparteien über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland gesät haben. Und wir schauen jetzt ins neue Jahr. Wir werden nicht länger ruhen. Und wir werden alles daran setzen, dass wir diese Politik der multikulturellen Umgestaltung Deutschlands beenden. Dass wir hier in Deutschland wieder Deutschland noch entdecken können.“*[2932]

Der hessische Bundestagsabgeordnete Jan Nolte äußerte in seinem Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) im Hinblick auf die kommende Legislaturperiode:

> *„Das deutsche Volk ist in Not und es gibt viele Deutsche, die haben keine vier Jahre mehr. In diesen vier Jahren werden doch wieder Menschen durch vollziehbare Ausreisepflichtige umgebracht werden. […]*
> *Ja, und ich hätte dann gerne, dass Robert Habeck mal zu den Schülern geht, zu den vielen Schülern, die vor laufenden Kameras von Migrantengangs verprügelt und gedemütigt wurden. […] Die sollen zu den Eltern des 13-jährigen Finn fahren, den man auf einem Kieler Schulhof ins Herz gestochen hat, oder die sollen zu den Eltern hier in Wiesbaden fahren, des neunjährigen Jungen, den wollten zwei Migranten zwingen, einen brennenden Böller in den Mund zu nehmen. Meine Damen und Herren, wir versinken in Barbarei und Gewalt. Das ist keinen Tag länger auszuhalten. […]*
> *Und es ist extrem, hier über Jahre eine Massenmigration durchzuführen, die Deutschland nachhaltig verändert, auch aus demografischen Gründen, die dazu führt, dass wir Parallelgesellschaften im Land haben, die dazu führt, dass die Sicherheitslage immer schlechter wird, unter denen das Sozialsystem kollabiert, ohne dass irgendjemand das deutsche Volk jemals gefragt hätte, wollt ihr*

[2932] Kotré, Steffen: Interview mit dem Deutschland-Kurier; veröffentlicht in: Tweet vom 30.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré“, abgerufen am 02.01.2025.

> *eigentlich, dass Deutschland sich in dieser Art und Weise nachhaltig verändert?"*[2933]

Steffen Kotré (MdB, BB) stellte in einem auf der Plattform X veröffentlichten Videobeitrag ebenfalls einen Zusammenhang zwischen *„Masseneinwanderung"* und *„erhöhter Kriminalität"* her:

> *„Es gibt weniger Abschiebungen als im Vorjahr. Was bedeutet das? Das bedeutet, dass die Verantwortlichen der Altparteien gar nicht abschieben wollen. Sie wollen weiter Masseneinwanderung und damit unser Volk, unsere Gemeinschaft schädigen. Wir wissen, Masseneinwanderung führt zu erhöhter Kriminalität. Sie führt dazu, dass unser Sozialstaat ausgehöhlt wird, wir bald kein Geld mehr haben. Und gelegentlich leider tötet Massenmigration auch. [...] Liebe Freunde, es ist kein Menschenrecht, in Deutschland zu sein. Und es ist ethisch geboten, diejenigen, die uns Schaden zufügen, wieder außer Landes zu schaffen. Wir werden im großen Stil abschieben. Wir haben Hunderttausende, die wir abschieben müssen, die eben von uns alimentiert werden. Das ist schon, ich würde sagen, fast schon kriminell von der Bundesregierung, dass sie an Leute hier unsere harte Arbeit, das Geld, verteilt, damit sie bleiben, obwohl sie gar nicht berechtigt sind. [...] Aber genau das passiert hier hunderttausendfach, wenn nicht gar millionenfach in Deutschland. Und das ist geschuldet eben der linksgrünen Politik für Masseneinwanderung zum Schaden von Deutschland."*[2934]

Die oben angeführten Aussagen spiegeln die Überzeugung von AfD-Funktionärinnen und Funktionären wider, wonach die Wandlung der Bevölkerungsstruktur hin zu einer multikulturellen Gesellschaft die autochthone Bevölkerung in ihrer Sicherheit und Unversehrtheit existenziell gefährde. Indem Zugewanderten pauschal vorgeworfen wird, Deutschland durch „Auflösung" der Gesellschaft, Schädigung des Volkes und „Barbarei" zu bedrohen, erfolgt eine massive Herabwürdigung dieser Personengruppe.

[2933] Nolte, Jan: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 03.02.2025.

[2934] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 28.11.2024, Kanal: „SteffenKotre", abgerufen am 18.12.2024.

bb.Zuschreibung okkupatorischer Absichten bzw. der Übernahme Deutschlands

Im Vorwahlzeitraum waren weiterhin auch Aussagen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD festzustellen, in denen Migrantinnen und Migranten okkupatorische Absichten zugeschrieben werden.

Die hessische Europaabgeordnete Christine Anderson deutete in einem Tweet vom 11. Dezember 2024 eine anlässlich des Zusammenbruchs des Assad-Regimes durchgeführte Versammlung von Syrern in Essen (NW) als *„Machtdemonstration"* und unterstellte den Beteiligten, sich zu *„neuen Herren aufschwingen"* zu wollen:

> *„Die Polizei ist völlig überfordert, der Autoverkehr bricht teilweise zusammen. So sieht es aus, wenn ein ehemals stabiles Land in #Parallelgesellschaften zersplittert. Wo sich die respektlosen Gäste von einst mittlerweile zu den neuen Herren aufschwingen & machen, was sie wollen. Es ist nicht nur der Jubel zum Sturz von #Assad, es ist auch eine #Machtdemonstration gegenüber den schwachen Deutschen. Allerdings: Assad ist jetzt weg & damit auch euer Fluchtgrund! Geht nach Hause, feiert dort & vor allem: baut euer Land wieder auf! Ich wünsche gute Heimreise! #Remigration"*[2935]

Die Aussage insinuiert, syrische Geflüchtete hätten es sich zum Ziel gesetzt, Deutschland zu erobern und die *„schwachen Deutschen"* zu dominieren.

Noch schärfer äußerte sich am 8. Januar 2025 Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, in einem Tweet:

> *„Die Invasoren führen sich bereits auf wie die neuen Herrn im Lande."*[2936]

Martin Renner (MdB, NW) sprach in einem Facebook-Eintrag vom 11. November 2024 mit Blick auf die Migrationspolitik von einer *„Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden"*:

> *„Heute feiern wir das Begräbnis des heiligen Martin. […] Die heutigen Politiker – obwohl schon lange vom wahren christlichen Glauben abgefallen – benutzen regelmäßig die Mantelteilung des Heiligen um Barmherzigkeit und Nächsten-*

[2935] Anderson, Christine: Tweet vom 11.12.2024, abgerufen am 13.12.2024.
[2936] Küble, Fabian: Tweet vom 08.01.2025, abgerufen am 08.01.2025.

> *liebe gegenüber den in unser Land hereinbrechenden Migranten von den Bürgern einzufordern. Aber dieser Ansatz ist grundsätzlich verlogen, schief und in die Irre führend. […] Auch und gerade in Zeiten der Invasoren-Problematik der neuerlich hierher Hereindrängenden. Mitmenschlichkeit ist und bleibt eine individuelle Angelegenheit und kein staatlich aufgeplusterter und durch Scheinargumente vorgetragener Popanz, der die christlich begründete Pflicht zur Eigenvorsorge und Eigenverantwortung des Individuums, seiner Familie und auch seiner Gemeinde – auch Subsidiarität genannt – negiert und auch zerstören will."*[2937]

Steffen Kotré (MdB, BB) sprach in einem Tweet vom 22. Januar 2025 im Kontext des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY) von einer „*Invasion unseres Landes*" und „*importierte[m] Terror*"[2938].
Durch den Rückgriff auf das Bild einer Invasion, also ein militärisches Eindringen feindlicher Truppen in fremde Räume, zeichnen Renner und Kotré hier das Szenario eines überfallartigen, massenhaften und feindlichen Eindringens nach Deutschland und suggerieren letztlich die Notwendigkeit der kompromisslosen Verteidigung und Zurückdrängung.

Der AfD-Landesverband Schleswig-Holstein agitierte im Januar 2025 auf Facebook gegen „*Talahons*"[2939] und bezeichnete diese als „*Jogginghosen-Krieger*":

> *„Keinen Bock auf ‚Talahons'? Am 23. Februar AfD wählen! Deutschland, das Land der Dichter und Denker - oder mittlerweile das Land der Schattenboxer und Bauchtaschen? Während Goethe und Schiller im Grab rotieren, versammeln sich auf TikTok die ‚Talahons': Gucci-Cap, Einweg-Vape und ein ‚Bruder, was los?!' auf den Lippen. Wer kennt sie nicht, die jungen Migranten, die selbstsicher vor den Kameras posen? Doch genug ist genug! Unsere Innenstädte verkommen zu Laufstegen für Jogginghosen-Krieger, die sich in der Spiegelung der Schaufenster bewundern. Während fleißige Bürger arbeiten,*



[2937] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 11.11.2024, abgerufen am 07.02.2025.
[2938] Kotré, Steffen: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2939] Der in der Jugendsprache verbreitete Begriff „Talahon" ist eine mit Stereotypen behaftete Bezeichnung für junge Männer mit zumeist muslimisch geprägter Migrationsgeschichte.

chillt diese spezielle Gruppe an ‚Kulturbereicherern' in Shisha-Bars und postet Videos mit Fake-Louis-Vuitton-Gürteln."[2940]

Mary Khan-Hohloch (MdEP, HE) verglich im Dezember 2024 die Situation der Ukraine im russischen Angriffskrieg mit jener Deutschlands angesichts der Migrationspolitik:

„Statt sich derartig verbissen in die Eskalation geopolitischer #Konflikte hineinzusteigern, sollte die #EU lieber für den Schutz der eigenen Grenzen sorgen! [...] Die #Ukraine verteidigt ihre Souveränität. Aber warum verwehrt man uns dasselbe? Wer sich nicht um die #Sicherheit und #Integrität der eigenen Grenzen kümmert, sorgt für Chaos, Kriminalität und sozialen Zerfall. Und das ist keine Prognose, sondern eine Bestandsaufnahme. Grenzschutz rettet Leben! #Deutschland muss wieder handlungsfähig werden. Unsere Grenzen müssen kontrolliert und illegale Migration gestoppt werden. #Schengen ist tot und begraben. Dass die EU zum 1. Januar 2025 auch noch Bulgarien in die Freizügigkeit aufzunehmen will, zeigt: Auch das neue Kabinett von der Leyen verfolgt die radikale Migrationspakt-Agenda ungebrochen und ist fest entschlossen, unser #Europa der souveränen Nationen zu einem Siedlungsgebiet zu machen."[2941]

Khan-Hohloch zieht hier einen völlig unsachlichen Vergleich zwischen den die Existenz der Ukraine bedrohenden Auswirkungen des russischen Angriffskriegs mit den Folgen der Migrationspolitik für Deutschland. In Kombination mit der Unterstellung, Deutschland werde zum *„Siedlungsgebiet"* gemacht und dadurch in seiner Integrität und Souveränität verletzt, wird Migrantinnen und Migranten eine den Bestand des Landes gefährdende Wirkung zugeschrieben.

In den oben dargelegten Äußerungen werden Geflüchtete und Zugewanderte kollektiv als kulturfremde Eindringlinge und Invasoren verunglimpft, welche Deutschland erbeuten und beherrschen wollten. Menschen mit Migrationsgeschichte werden auf diese Weise pauschal als erhebliche Bedrohung für Deutschland dargestellt, die es konsequent abzuwehren gelte. Die fortlaufende Diffamierung und Verächtlichmachung dieser Personengruppe, die in letzter Konsequenz auch zu einer abgewerteten Behandlung der Betroffenen führt, verstoßen gegen das Prinzip der Menschenwürde.

[2940] AfD Schleswig-Holstein: Facebook-Eintrag vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[2941] Khan-Hohloch, Mary: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.

cc. Konstruktion einer kulturellen Inkompatibilität und Regressivität von Migranten

Weiterhin lassen sich in Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD Postulate einer generellen Inkompatibilität und Regressivität von Migrantinnen und Migranten sowie Geflüchteten finden.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) machte in einem am 11. Februar 2025 veröffentlichtem Interview pauschal die arabische bzw. islamische Kultur für Respektlosigkeit, Verwahrlosung und soziale Konflikte verantwortlich:

> *„Sie müssen sich jetzt auch vorstellen, Sie sagten jetzt gerade, wir sind an vielen Asylunterkünften, Sie sind gar nicht an Asylunterkünften vorbeigefahren, das waren schlichtweg normale Mietswohnungen. Sie haben einen Ausschnitt aus der Lebensrealität hier, vor allem aus dem Gelsenkirchener Süden gesehen, also viel Müll, der einfach schlichtweg abgelagert wird von Menschen, die den Müll teilweise einfach aus dem Fenster rauswerfen. Wenn jetzt wärmere Bedingungen wären, würden Sie sehen, wie es dann vor den jeweiligen Eingangstüren aussieht, man grillt dann gerne, plötzlich auf dem Bürgersteig, also alles das, was für Sie kulturfremd ist, wird dann hier gelebt, weil schlichtweg bestimmte Bevölkerungsethnien hier in einer Masse angekommen sind und wir kennen das Problem, keine Wohnsitzauflage, dann fährt man dahin, wo man eben jemanden kennt und dann passiert das, was wir da hinten wahrnehmen, es ist ein Straßenzug an arabischen Geschäften. […] Sie müssen sich vorstellen, wir reden vom Bevölkerungsaustausch, dafür landen wir im Verfassungsschutzbericht. […] Das ist eine reine Umvolkung, die man hier erlebt. Sie sehen teilweise zu bestimmten Uhrzeiten, dass Kinder von sechs, sieben Jahren kleine Mädchen schon Kopftücher tragen. Sie können auch gerne durch die Innenstadt, Sie sehen allein die Masse, die Masse, ich kenne das von früher nicht. Es ist die Masse von immer jünger werdenden Mädchen, die Kopftuch tragen. Das ist nicht die deutsche Kultur. […]*
>
> *Diese völlige enthemmte Respektlosigkeit, die in dieser Gesellschaft Einzug erhalten hat. Und ich sage Ihnen das ganz deutlich, das hat sehr wohl mit einer bestimmten Kultur zu tun. Das ist so. Das hat mit einer Kultur zu tun und das wollen einige aber hier einfach schlichtweg ignorieren. […] Aber ich erlebe immer wieder in dieser Gesellschaft, dass Menschen tatsächlich so einen Bogen*

> *machen, weil sie einfach immer wieder den Konflikten aus dem Weg gehen. Das ist so spürbar, wie die Deutschen und das sind dann die Bio-Deutschen, von denen Sie gerade gesprochen haben, die gehen den Konflikten aus dem Weg. Sie meiden, sie wechseln lieber die Straßenseite, weil sie sagen, das ist mir zu heikel. Und ich finde, das ist so traurig, wie die Selbstbehauptung in diesem Land so dermaßen nachgelassen hat. Aber wen wundert es? Es wird von dieser Politik vorgelebt."*[2942]

Seli-Zacharias klassifiziert Geflüchtete in ihren Ausführungen pauschal als *„kulturfremd"*, stellt andererseits aber auch auf *„bestimmte Bevölkerungsethnien"* ab und offenbart damit, dass ihre abwertende Haltung letztlich auf dem ethnischen Volksbegriff fußt. Dies wird auch durch die Gegenüberstellung von *„Bio-Deutschen"* und *„Talahons"* verdeutlicht und mündet in der Feststellung einer *„Umvolkung"*. Seli-Zacharias geht es somit keineswegs um die Kritisierung desolater Zustände im Umfeld von Unterkünften für Geflüchtete, sondern um die pauschale Verächtlichmachung dieser Personengruppe.

Thorsten Weiß (MdA) schrieb in einem Telegram-Beitrag vom 23. Januar 2025 unter Bezugnahme auf den Messerangriff eines Afghanen auf eine Kitagruppe in Aschaffenburg (BY):

> *„Die Massenzuwanderung von Menschen aus gewaltaffinen mittelalterlichen Kulturen ist tödlich. Trotzdem wird diese Entwicklung gefördert und Abschiebungen planmäßig verhindert."*[2943]

In einem Tweet vom 25. November 2024 prangerte das AfD-Bundesvorstandsmitglied Martin Reichardt (MdB, ST) an, eine *„verfehlte Migrationspolitik und Asylmissbrauch"* habe zum *„100000fachen Import von Menschen aus zutiefst rückständigen und frauenfeindlichen Kulturen geführt"*.[2944]

Der Kandidat der AfD Thüringen für die Bundestagswahl 2025 Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) veröffentlichte auf TikTok am 17. Januar 2025 ein Wahlkampfvideo, in dem er die Remigration von *„Illegalen und nicht Integrierbaren"* forderte:

[2942] Seli-Zacharias, Enxhi: Aussagen im Interview mit Hallo Meinung; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.02.2025, Kanal: „Hallo Meinung", abgerufen am 12.02.2025.
[2943] Weiß, Thorsten: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2944] Reichardt, Martin: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.

> *„Deiner Oma droht Altersarmut. Deutschlands Sozialkassen sind leergeplündert. Offene Grenzen, Toleranzbesoffenheit des deutschen Establishments haben dafür gesorgt, dass kein Geld mehr für unsere Großeltern da ist. […] Im Februar diesen Jahres hast du die Wahl. Altersarmut für Oma und Opa oder Remigration von Illegalen und nicht Integrierbaren."*[2945]

Die oben stehenden Aussagen unterstellen, dass Zugewanderte aus bestimmten Kulturen angesichts ihrer Herkunft per se nicht integrierbar seien und werten sie damit pauschal ab. Die Forderungen nach einer generellen Remigration solcher vermeintlich nicht integrierbarer Migrantinnen und Migranten stehen im Gegensatz zu einem rechtlich gebotenen differenzierenden, individuelle Gegebenheiten berücksichtigenden Vorgehen und weisen den Betroffenen damit einen rechtlich niedrigeren Status zu als Personen aus anderen Kulturen.

dd.Forderung kollektiver Rückführungsmaßnahmen

Im Zeitraum vor der Bundestagswahl 2025 waren überdies weiterhin zahlreiche Äußerungen festzustellen, welche die kollektive Rückführung von Migrantinnen und Migranten fordern. Dabei wurde vorrangig auf die „Remigration" all jener Personen abgestellt, die für vermeintliche Missstände in Deutschland verantwortlich gemacht werden.

Anlässlich des vorangegangenen durch einen Afghanen verübten Messerangriffs auf eine Kita-Gruppe in Aschaffenburg (BY) nahm Björn Höcke (MdL TH) in einem Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025 Bezug auf seine bereits in der Vergangenheit[2946] formulierte Forderung nach einem groß angelegten *„Remigrationsprojekt"* in Verbindung mit einer *„Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit'"*:

> *„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! Als ich vor einigen Jahren in ‚Nie zweimal in den denselben Fluß' den fortgeschrittenen Prozeß des deutschen Staatszerfalls beschrieb, führte ich zu möglichen Gegenmaßnahmen aus: ‚Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird*

[2945] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 17.01.2025, Kanal: „robert-teske", abgerufen am 03.02.2025.
[2946] Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 396 f.

man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ‚Wohltemperierten Grausamkeit', wie es Peter Sloterdijk sagte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.' Und ich mahnte, was oft unterschlagen wird, aus meiner ethischen Verantwortung heraus im folgenden Satz an: ‚Man sollte daher so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen.' Ich setzte damit bewußt einen Kontrapunkt zur damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die den Migrantentsunami über Deutschland hinweggehen ließ, weil sie die unschönen Bilder an der Bundesgrenze fürchtete. Ich tat es, wohl wissend, Opfer von Haß und Hetze durch das polit-mediale Establishment zu werden, weil ich ahnte, wie grausam die Folgen für Deutschland werden würden. Die Bluttat von Aschaffenburg steht für diese grausamen Folgen. […] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!"[2947]

Höcke knüpft hier an seine Ausführungen im 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß" an und erneuert seine Forderung, im Rahmen der Remigrationspolitik auch Maßnahmen zu ergreifen, die dem moralischen Empfinden der Bevölkerung seiner Einschätzung nach zuwiderlaufen könnten. Auch stellt er humanes und konsequentes Handeln einander implizit gegenüber. Seine Aussage, es gebe *„kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht"*, lässt den Schluss zu, sich hierbei nicht an international geltendes Recht gebunden zu sehen. Eine rechtliche Schlechterstellung von Menschengruppen auf Grundlage eines imaginierten *„Recht[s] eines souveränen Volkes"* wäre letztlich willkürlich und würde die Betroffenen in ihrer Menschwürde verletzen.

[2947] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 3. a.)

Das Bundesvorstandsmitglied Heiko Scholz (MdL HE) kommentierte die Gewalttat von Aschaffenburg am 22. Januar 2025 mit folgendem Wortlaut:

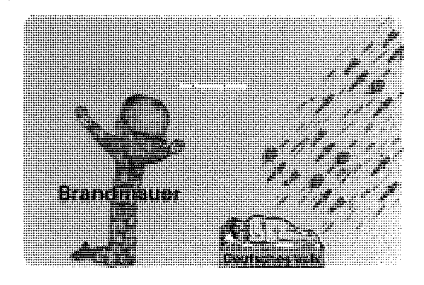
> *„Ich kann, ich will (!) es nicht mehr lesen! Deshalb #Remigration! Konsequente Remigration!*
>
> *‚Unser Gesindel haben wir im Land, wir brauchen keines aus dem Ausland zusätzlich importieren.' Otto Landsberg (1869-1957), deutsch-jüdischer Sozialdemokrat (#SPD) und Justizminister in der Weimarer Republik im Kabinett Scheidemann –*
>
> *#Aschaffenburg"*[2948]

Das in Bezug genommene Zitat Landsbergs konnte hier nicht verifiziert werden. Unabhängig von dessen Kontext macht sich Scholz aber die Formulierung zu eigen, die Regierung importiere *„Gesindel"* aus dem Ausland. Zwar äußerte er dies mit Bezug auf einen konkreten Gewalttäter, schließt aber sogleich die pauschalisierende Forderung nach umfassenden Rückführungsmaßnahmen an.

Thorsten Weiß (MdA) schrieb am 22. Januar 2025 auf X:

> *„Der Täter ist Afghane! Abgeschlachtet hat er einen 2-jährigen Jungen. Millionenfache Remigration jetzt! #Aschaffenburg"*[2949]

Lena Kotré (MdL BB) teilte am 23. Januar 2025 den Tweet eines anderen Nutzers, der die Forderung *„#Remigration statt #Brandmauertote"*[2950] und das beigefügte Bild beinhaltete.



Nach der Amokfahrt eines Afghanen am 13. Februar 2025 in München (BY) veröffentlichte der bayerische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Landesvorsitzende Rainer Rothfuß auf Telegram einen Videobeitrag, in dem er seine Auffassung des Begriffs „Remigration" erläuterte:

[2948] Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 22.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.
[2949] Weiß, Thorsten: Tweet vom 22.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[2950] Kotré, Lena: Retweet eines Tweets vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.

> *„Und da geht es nicht nur um die Abschiebung schwerer Straftäter, sondern auch um die Rückführung vieler Hunderttausender, die kaum integrierbar sind in unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme, es sei denn, es handelt sich um die sozialen Sicherungssysteme."* [2951]

Der bayerische AfD-Landesverband verabschiedete am 23. November 2024 auf seinem Landesparteitag in Greding (BY) einstimmig die „Bayerische Resolution für Remigration". Diese wurde vom stellvertretenden Landesvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Rainer Rothfuß eingereicht und fordert die Abschiebung von *„Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit"*:

> *„Personengruppen mit schwach ausgeprägter Integrationsfähigkeit und -willigkeit sollen mittels obligatorischer Rückkehrprogramme in ihre Heimat rückgeführt und bei der dortigen Reintegration in ihre Herkunftsgesellschaft sowie beim (Wieder-)Aufbau ihrer Heimat unterstützt werden."*[2952]

Die AfD Bayern und ihr stellvertretender Landesvorsitzender Rothfuß halten demnach eine Abschiebung von Straftätern und Ausreisepflichtigen nicht für ausreichend, sondern erweitern die Zielgruppe um Personen, die für *„kaum integrierbar"* gehalten werden. Eine entsprechend auslegungsweite und willküroffene Einstufung erfolgt offenbar unabhängig von einer möglichen individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit.

Im Vorwahlzeitraum waren zudem zahlreiche Äußerungen von Vertretern der AfD festzustellen, in denen pauschal *„millionenfache"* Remigration gefordert wurde.

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) beispielsweise hielt am 3. Januar 2025 auf der Aufstellungsversammlung der AfD Nordrhein-Westfalen zur Bundestagswahl 2025 eine Rede, in der er äußerte:

> *„Was soll denn die Antwort sein auf all das Blut von Einheimischen, was in unseren Innenstädten fließt? Die Antwort kann nur lauten: Remigration, millionenfache Remigration!"*[2953]

[2951] Rothfuß, Rainer: Videobeitrag; veröffentlicht in: Telegram-Beitrag vom 13.02.2025, Kanal: „rainerrothfuss", abgerufen am 14.02.2025.
[2952] Alternative für Deutschland Landesverband Bayern: „Bayerische Resolution für Remigration zum Landesparteitag in Greding am 24.11.24".
[2953] Helferich, Matthias: Rede auf der Aufstellungsversammlung am 03.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.01.2025, Kanal: „Matthias Helferich MdB", abgerufen am 03.02.2025.

Der thüringische Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) forderte in einem Wahlkampfvideo vom 15. Januar 2025 auf TikTok Remigration und *„millionenfache"* Abschiebungen, um soziale Probleme in Deutschland zu lösen:

> *„Was? Natürlich können wir millionenfach abschieben! Alleine über den Berliner Flughafen werden jedes Jahr 23 Millionen Passagiere bewegt. Und in Frankfurt sind es sogar 59 Millionen! Remigration wäre also ohne Probleme machbar und bietet nur Vorteile: Mehr Platz, günstigere Mieten, weniger Kriminalität, geringere Steuerlast. Das Problem ist, es ist einfach nicht gewollt. Viele Menschen profitieren nämlich von dieser Masseneinwanderung und wollen, dass es genauso weitergeht. Mit uns, mit der Alternative für Deutschland, wird es das nicht geben. Denn wir stehen für eine Kehrtwende in der Migrationspolitik. Wenn Du diese Kehrtwende auch möchtest, dann musst du am 23. Februar zur Bundestagswahl die Alternative für Deutschland wählen. Und zwar mit beiden Stimmen."*[2954]



Dominik Kaufner (MdL BB) teilte am 12. Dezember 2024 auf X einen Tweet von Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) mit der beigefügten Grafik. Dazu schrieb Kaufner:

> *„#Remigration kann so einfach sein. Klappt übrigens auch millionenfach."*[2955]

Am 14. Dezember 2024 schrieb er:

> *„Wir benötigen nicht nur ein Ende der illegalen Migration, sondern vor allem eine großangelegte #Remigration. Millionenfach."*[2956]

In einem weiteren Tweet vom 21. Dezember 2024 schrieb Kaufner:

> *„Mir ist es übrigens vollkommen gleich, ob Ausländer ihren Hass auf uns #Deutsche nun mit dem #Islam oder sonst irgendwie begründen. Die nie enden wollenden Diskussionen um religiöse oder politische Motive, um psychische Störungen, Traumata und ein Gefühl der Fremdheit im Aufnahmeland verstellen*

[2954] Teske, Robert: Videobeitrag; veröffentlicht in: TikTok-Eintrag vom 15.01.2025, Kanal: „robert-teske", abgerufen am 03.02.2025.
[2955] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 14.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.
[2956] Kaufner, Dominik: Tweet vom 14.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.

> *den Blick auf eine einfache Wahrheit: Millionenfache #Migration ist das Problem und millionenfache #Remigration ist die Lösung.“*[2957]

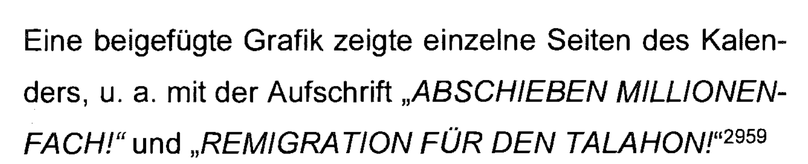
Am Rande der Wahlkampfveranstaltung der AfD in Erfurt (TH) am 22. Februar 2025 posierten Mitglieder der Jungen Alternative mit einem Banner mit der Aufschrift „*REMIGRATION RETTET LEBEN!*“. Sophie Elli Wolfram (JA ST) verbreitete ein entsprechendes Foto auf Instagram:[2958]



Die AfD Saarland bewarb im Januar 2025 auf X ihren „Abschiebekalender“, welchen sie im Gegenzug für Spenden für den Bundestagswahlkampf anbot:

> *„+++ Unser neuer Abschiebekalender ist da+++*
> *Für jede Spende ab 25,- € erhaltet ihr gratis unseren neuen Abschiebekalender. Nutzt dazu den Verwendungszweck ‚Wahlkampf 2025‘ und euren Namen + Anschrift, damit wir euch den Kalender zuschicken können.“*




Eine beigefügte Grafik zeigte einzelne Seiten des Kalenders, u. a. mit der Aufschrift „*ABSCHIEBEN MILLIONENFACH!*“ und „*REMIGRATION FÜR DEN TALAHON!*“[2959]

Die wiederholt formulierte Forderung nach millionenfacher Remigration geht grundsätzlich weit über den Kreis der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen hinaus. Dies weist darauf hin, dass der Aufenthaltsstatus nicht als Grundlage für die Forderung

---

[2957] Kaufner, Dominik: Tweet vom 21.12.2024, abgerufen am 06.01.2025.
[2958] Wolfram, Sophie Elli: Instagram-Eintrag vom 26.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[2959] AfD Saarland: Tweet vom 23.01.2025, ohne Abrufdatum.

nach Abschiebungen herangezogen werden soll. Vielmehr dürften hiervon Menschen betroffen sein, die dem Verständnis der AfD zufolge nicht als deutsch gelten.

Der AfD-Kreisverband Karlsruhe (BW) verteilte im Januar 2025 im Rahmen des Bundestagswahlkampfs Medienberichten zufolge Wahlkampfmaterial in Form eines „Abschiebeticket[s]" an 30.000 Haushalte. Der im Stil eines One-Way-Flugtickets gestaltete Flyer richtet sich an *„illegale Einwanderer"* und hat als Zielort *„sicheres Herkunftsland"*. Check-In-Zeit ist der Tag der Bundeswahl sowie die Uhrzeit der Öffnung der Wahllokale (*„08-18:00"*). Erst auf der Rückseite des „Flugtickets" erfolgt eine Konkretisierung der Forderungen, u. a. dass die Zahlung von Bürgergeld an die Staatsbürgerschaft geknüpft sein soll. Ebenso findet sich auf dem Ticket der *Slogan „Nur Remigration kann Deutschland noch retten"* sowie die Aussagen *„Zuhause ist es auch schön"* und *„Staatsbürger werden nicht abgeschoben"*.[2960] [2961]



Funktionärinnen und Funktionäre der AfD weisen mediale Kritik an den Remigrationsforderungen der Partei und am Rekurs auf den Begriff Remigration vielfach mit dem vermeintlichen Argument zurück, es gehe lediglich um eine rechtsstaatskon-

[2960] AfD Karlsruhe: „Abschiebeflyer", in: https://afd-ka.de, abgerufen am 14.01.2025.
[2961] T-online: „AfD schockiert mit ‚Abschiebeticket'" vom 13.01.2025, in: www.t-online.de, abgerufen am 14.01.2025.

forme und gebotene Rückführung nicht aufenthaltsberechtigter Ausländer. Das häufig geäußerte Postulat einer *„millionenfachen Remigration"* steht aber im Widerspruch zur viel geringeren Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Personen.

Marc Bernhard (MdB, BW) nahm zu der Verteilung der „Abschiebetickets" wie folgt Stellung:

> *„Kartellparteien drehen durch wegen 'Abschiebeticket'*
> *Weil unser Kreisverband in Karlsruhe über einen Wahlwerbeflyer die Durchsetzung geltenden Rechts fordert, nämlich die umgehende Abschiebung von Illegalen, scheinen einige Vertreter der Altparteien völlig die Contenance zu verlieren. In diesem Zusammenhang wird wie üblich mit billigen Tricks agiert, indem bestimmte Inhalte weggelassen bzw. aus dem Zusammenhang gerissen werden."*[2962]

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß (BY) äußerte sich in einem Interview mit der AfD Bayern folgendermaßen zur Kritik an der Verwendung des Begriffs „Remigration":

> *„Ja, das Wort Remigration wurde uns total vermiest durch eine Psy-Op, also das heißt durch psychologische Kriegsführung, konzertierte Aktionen mithilfe von Correctiv, der Bundesregierung, 1300 Organisationen, die uns angegriffen haben und den Begriff Remigration letztendlich zum Stein des Anstoßes auserkoren haben. Remigration wurde sofort gleichgesetzt mit Deportation von Millionen von Menschen. Es wurde dann angeknüpft sogar in irrsinniger Weise an die Herrschaft des Nationalsozialismus. Es wurde Deportation im Zuge von Wannsee 2.0 heraufbeschworen. Ein Irrsinn. Wirklich psychologische Kriegsführung gegen die AfD, Manipulation der Massen."*

Die Remigration der angesprochenen Personengruppen wird dabei von Rothfuß als Wiederherstellung einer *„natürliche[n] Ordnung"* dargestellt:

> *„Und da ist es mir ganz wichtig gewesen, jetzt mal einen Punkt zu setzen hier und zu sagen, Moment, Remigration ist ein wissenschaftlicher Begriff. Dahinter*

[2962] Bernhard, Marc: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 14.01.2025.

> *steckt ein ausgeklügeltes und sogar humanes Konzept. Es ist die Wiederherstellung von Ordnung, natürliche Ordnung, Durchsetzung von Recht und Ordnung."*[2963]

Die AfD-Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) befürwortete in ihrer Dankesrede anlässlich ihrer Wahl zur Kanzlerkandidatin der AfD für die Bundestagswahl 2025 auf dem AfD-Bundesparteitag in Riesa (SN) die Verwendung des Begriffs „Remigration":

> *„Die Versorgung von Asylbewerbern von Geld- auf Sachleistungen umstellen, Sozialleistungen für Nicht-Aufenthaltsberechtigte streichen und Rückführung im großen Stil durchführen. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn es dann Remigration heißen soll, dann heißt es eben RE-MIGRATION."*[2964]

Weidel geht hier nicht näher auf den Umfang der geforderten Rückführungen ein. Dabei ist anzunehmen, dass die Verwendung des Begriffs „Remigration" gezielt als Provokation dienen soll und absichtlich nicht näher in einen Kontext eingegliedert wird, um sowohl die innerparteilichen Stimmen der Forderung einer pauschalen Remigration (*„millionenfache Remigration"*[2965]) zu bedienen, dabei gleichzeitig in ihrer Rede jedoch keine rechtliche Angriffsfläche zu bieten. Die Aussage stellt daher isoliert betrachtet keinen Anhaltspunkt für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Weidel verwendet hier aber bewusst einen Begriff, der im Sprachgebrauch der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten fest etabliert ist. Auch in der AfD selbst konnten Anhaltspunkte für eine Verwendung des Begriffs in der vom OVG NRW dargelegten Form festgestellt werden. Die Bezugnahme hierauf lässt jedenfalls auf eine fehlende Distanzierung seitens der Co-Bundessprecherin und -Bundesfraktionsvorsitzenden im Hinblick auf eine verfassungsfeindliche Verwendung des Begriffs in ihrer Partei schließen.

[2963] Rothfuß, Rainer: Aussagen im Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.11.2024, Kanal: „AfD Bayern TV", abgerufen am 25.11.2024.

[2964] Weidel, Alice: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

[2965] Beispielhaft: Boßdorf, Irmhild: Bewerbungsrede auf der Europawahlversammlung am 30.07.2023, veröffentlicht im Livestream „Live: Tag 2 der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 30.07.2023, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 01.08.2023.

ee. Zwischenfazit

Im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs waren die Themenfelder Asyl und Migration weiterhin besonders bedeutsam in der Agitation der AfD. Dabei stand die Auseinandersetzung mit konkreten Straftaten im Zentrum. Die Partei und ihre Funktionärinnen und Funktionäre nahmen dabei das gewalttätige Verhalten Einzelner zum Anlass, Zugewanderte in abwertender Weise als allgemein bedrohliches Kollektiv darzustellen. Bisweilen brachten Vertreterinnen und Vertreter der AfD auch zum Ausdruck, dass bestimmte Straftaten überhaupt erst mit dem Zuzug von Migranten „importiert" worden seien. Männlichen Zuwanderern wurde darüber hinaus pauschal eine erhöhte Neigung zu Sexualstraftaten unterstellt, die auf ihre „Kultur" und ein damit vermeintlich verbundenes archaisches Frauenbild zurückgeführt wurde.

Die im Vorwahlzeitraum festgestellte Agitation war insgesamt erkennbar darauf ausgerichtet, Migrantinnen und Migranten pauschal herabzusetzen und mithin geeignet, Menschen mit Migrationsgeschichte in ihrer Menschenwürde zu verletzen. Verglichen mit Äußerungen, die im übrigen Zeitraum der Verdachtsfallbeobachtung angefallen sind, war während des Bundestagswahlkampfs keine Mäßigung festzustellen

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Wie bereits im Kapitel E. I. 1. c. aufgeführt, finden sich im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung zahlreiche tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsschutzrelevante Positionierung der AfD gegenüber Musliminnen und Muslimen und dem Islam insgesamt. Fraglich ist, ob seitens der AfD auch während des Bundestagswahlkampfs eine muslim- und islamfeindliche Positionierung fortgesetzt wurde oder aber eine inhaltliche Mäßigung festzustellen ist. Dies gilt es im Folgenden zu prüfen.

Für die Zeit des Bundestagswahlkampfs lassen sich weiterhin Verlautbarungen von Funktionärinnen und Funktionären der AfD ermitteln, die vorwiegend auf den muslimischen Glauben oder Aspekte der Religionsausübung Bezug nehmen und eine muslimfeindliche Einstellung belegen könnten. Wie in den bereits dargelegten Zitaten werden auch in den hiesigen Äußerungen pauschal negative Werturteile über den Islam und seine Anhängerinnen und Anhänger verbreitet, die letztere ausgrenzend etwa als gewalttätig, bedrohlich und unerwünscht stilisieren.

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

aa. Bewusste Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen: Pauschale Beschreibung als gewalttätig und gefährlich

So veröffentlichte Katrin Ebner-Steiner (MdL BY) etwa im Januar 2025 den Tweet eines Users namens Julian Adrat mit folgendem Inhalt:

> *„Jetzt ganz langsam und damit ich es klar verstehe: mehr als HUNDERT Jugendliche jagen einen 13-Jährigen, um ihn in Berlin abzustechen!? Der Junge flüchtet in Todesangst in einen EDEKA und versteckt sich zwischen Getränkekästen. Eine POLIZEIHUNDERTSCHAFT rückt an, um Bio-Deutsches Blut vorm jämmerlichen Verrecken zu retten. Und es wird klar: der Geburtendschihad ist längst zum Bürgerkrieg mutiert. Unsere Jungs sind nicht mehr sicher. Je jünger der Jahrgang desto gefährdeter. Deutschland! WACH AUF!“*[2966]

In dieser Äußerung wird ein einzelner Vorfall zwischen Jugendlichen an einer Berliner Schule von Ebner-Steiner dazu instrumentalisiert, um die Gesamtheit aller Menschen muslimischen Glaubens zu diskreditieren. Dabei unterstellt sie ihnen, sich gegenüber autochthonen Deutschen bewusst gewalttätig zu verhalten und einen regelrechten *„Bürgerkrieg“* zu forcieren. Der Bezeichnung *„Bio-Deutsches Blut“* erinnert dabei stark an die rassenideologische Vorstellung der Nationalsozialisten vom „Deutschblüter“, also die Blutsverwandtschaft als exklusiv determinierendes Merkmal einer vermeintlich deutschen Abstammung.

Darüber hinaus erscheint der Begriff *„Geburtendschihad“* insofern problematisch, als er erstens eine überdurchschnittlich hohe Fortpflanzungsrate muslimischer Frauen impliziert und die Geburt muslimischer Kinder als unerwünscht kennzeichnet. Zweitens deutet er einen kollektiven Kampf im Sinne eines Heiligen Kriegs zwischen muslimischer Minderheits- und autochthon-christlicher Mehrheitsbevölkerung an, der langfristig einer strategischen Verdrängung letzterer diene.

Enxhi Seli-Zacharias (MdL NW) kommentierte im Januar 2025 eine Aussage der ehemaligen Berliner Staatssekretärin Sawsan Chebli (*„[V]or allem der 3. und 4. Generation sage ich: Dieses Land ist auch Euer unser Land. Kämpft dafür. Demographie wird Fakten schaffen.“*), welche sie als *„Sassan Kabul“* bezeichnet, in ähnlicher Weise:

[2966] Ebner-Steiner, Katrin: Retweet eines Tweets vom 22.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.

„Sassan Kabul meint damit den Geburten-Dschihad. #dschihad“[2967]

In den vorbenannten Äußerungen werden der Islam und dessen Gläubige von den beiden AfD-Vertreterinnen pauschal als (existenzielle) Bedrohung für die autochthone Bevölkerung dargestellt und damit Ängste und Vorbehalte ihnen gegenüber geschürt. Dies führt zu einer Abwertung und Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen, die nicht länger anhand ihrer individuellen Handlungen gemessen, sondern lediglich als Teil eines vermeintlich gewalttätigen, gefährlichen und planvoll agierenden muslimischen Kollektivs betrachtet werden.

Ein weiterer Beitrag, den die JA Schleswig-Holstein am 28. Februar 2025 auf X veröffentlichte, zielt ebenfalls auf eine Ausgrenzung von Musliminnen und Muslimen ab, nimmt jedoch im Gegensatz zu den vorherigen Äußerungen keine Zuschreibung einer angeblich erhöhten Gewaltneigung vor:

> *„Ob #Weihnachten oder #Ramadan – am schönsten feiert es sich doch stets daheim. In diesem Sinne #EidMubarak und Gute Heimreise.“*[2968]

Menschen muslimischen Glaubens werden auch in diesem Beitrag als grundsätzlich unerwünscht dargestellt und ihnen eine *„Heimreise“* nahegelegt. In der Gesamtschau wird ihnen seitens der AfD auf Basis ihrer Religionszugehörigkeit somit letztlich die Subjektqualität abgesprochen, was der Menschenwürdegarantie zuwiderläuft.

bb. Angebliche Verdrängung der europäischen Bevölkerung durch den Islam

Es finden sich im Bundestagswahlkampf weitere Äußerungen, in denen das Narrativ einer angeblichen Verdrängung der einheimischen deutschen Bevölkerung durch muslimische Personen behauptet wird.

In einer Rede auf einer Kundgebung in Cottbus (BB) am 30. Dezember 2024 anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt prangerte Hans-Christoph Berndt (MdL BB) eine vermeintliche *„Überfremdung“* in Deutschland an und bezeichnete Nordrhein-Westfalen als *„Kalifat“*:

> *„Und wir erleben sie jetzt dieses Silvester, wie seit Jahren Silvester, wo migrantische Gangs den Bürgerkrieg proben und proben dürfen. Und mit Böllern auf die Leute schießen dürfen. Wo der Staat eine unglaubliche Toleranz zeigt. Aber*

[2967] Seli-Zacharias, Enxhi: Tweet vom 20.01.2025, abgerufen am 28.01.2025.
[2968] Junge Alternative Schleswig-Holstein: Tweet vom 28.02.2025, abgerufen am 04.03.2025.

> *dieser Staat ist nicht tolerant, das ist kein liberaler, schwacher Staat. Das haben wir in den Corona-Zeiten gesehen. Und wir sehen es auch immer da, wo sich Widerstand gegen die Überfremdung regt. Wir sehen es zum Beispiel in dem Kalifat Nordrhein-Westfalen.*"[2969]

Ein Kalifat ist dem islamischen Glauben folgend ein Herrschaftsamt, das durch einen Kalifen als Nachfolger des Propheten Mohammed vertreten wird, der die religiöse und politische Führung der islamischen Gemeinde eines bestimmten Territoriums mit absoluter Machtfülle einnimmt. Die hier getätigte Behauptung Berndts rekurriert somit nicht nur auf einen angeblich stattfindenden Verdrängungsprozess („*Überfremdung*"), sondern betrachtet diesen für Teile der Bundesrepublik sogar bereits als abgeschlossen.

Auch Lena Kotré (MdL BB) schilderte im Rahmen einer Veranstaltung der rechtsextremistischen Jungen Tat am 14. Dezember 2024 in der Schweiz ihre Bedenken hinsichtlich muslimischer Migrantinnen und Migranten, die *„uns [...] das Land streitig machen"* wollten:

> *„Und das Christentum muss immer geschützt werden, immer, immer – vor allem vor Einwanderern, die aus dem muslimischen Kulturkreis kommen, es ist einfach so. Ich habe große Sorge vor einer Islamisierung meiner Heimat. [...] Und viele Menschen aus diesem Kulturkreis, die in den letzten Jahren erst zu uns gekommen sind, die wollen uns hier im Prinzip das Land streitig machen, das ist meine feste Überzeugung. Es sind selbstverständlich nicht alle und es sind auch in großen Teilen nicht diejenigen, die schon länger hier sind, aber wir müssen da auf der Hut sein in meinen Augen.*"[2970]

Lena Kotré warnt auf der genannten Veranstaltung vor einer vermeintlichen *„Islamisierung"* und Verdrängung des Christentums durch den *„muslimischen Kulturkreis"*. Damit unterstellt sie dem Islam und seinen Gläubigen einen grundsätzlichen Macht- und Herrschaftsanspruch. Die Behauptung, dies beziehe sich nicht auf alle Musliminnen und Muslime, wirkt in keiner Weise relativierend, da sie damit explizit nur einzelne Personen ausnimmt und das mehrheitliche Bild sogar noch verstärkt.

[2969] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag in Cottbus vom 30.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.12.2024, Kanal: „Stefan Böhme", abgerufen am 02.01.2025.
[2970] Kotré, Lena: Aussagen im Rahmen einer Podiumsdiskussion am 14.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 29.12.2024, Kanal: „Junge Tat", abgerufen am 30.12.2024.

Ebenfalls von einer *„Islamisierung“* sprach Dimitri Schulz (MdL HE) im „Endzeit-Podcast“ vom 13. Februar 2025 und führt diese als Beweggrund für seine politische Betätigung an.[2971]

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) im Januar 2025 sagte Sven Tritschler (MdL NW) in seiner Rede zu einem Sachantrag mit dem Titel „Einer weiteren Islamisierung treten wir entgegen“:

> *„Ich rede aus dem Grund, weil ich Kölner Abgeordneter bin. Und jeden Morgen, wenn ich zur Arbeit fahre, fahre ich an der Großmoschee in Ehrenfeld vorbei. Das ist Ihnen vielleicht ein Begriff. Und für mich ist das eine Machtdemonstration. Und den Bürgern wurde damals versprochen: ‚Ja ihr kriegt jetzt diese Moschee, aber es wird nie der Muezzin von da rufen. Und vor zwei Jahren hat Frau Reker, die ist Ihnen vielleicht bekannt. Das ist die Dame mit der ‚Armlänge Abstand‘, ein – hat dann den Muezzinruf gestattet. Und sowas erleben wir immer mehr, in immer mehr Städten. Ich weiß, dass das nicht in allen Bereichen in Deutschland im Moment so akut ist. Aber für uns in Nordrhein-Westfalen mit dem Ballungszentrum, mit dem Ruhrgebiet, ist es ein Problem. Und wir möchten diese muslimischen Machtdemonstrationen nicht in unseren Städten haben. Das gehört nicht in unser Land. Das heißt nicht, dass irgendjemand seine Religion nicht frei ausüben kann. Aber wir wollen keine Landnahme, keine Machtdemonstration mitten in unseren Städten. Wir sehen, wo das hinführt. Das führt zu Parallelgesellschaften, das führt zur Spaltung unserer Gesellschaft. Das lehnen wir ab. Unsere Leitkultur muss vorherrschen. Und die heißt nun mal: Kein Muezzinruf und keine Großmoscheen.“*[2972]

Auch der Antragsteller des hiesigen Sachantrags, Pascal Pfannes (Co-Sprecher des Kreisverbands Augsburg), argumentierte in ähnlicher Weise:

> *„Es ist absolut richtig, dass wir hier keine Pauschalisierung vornehmen sollten. Eine Pauschalisierung wäre zu sagen: ‚Diese und diese Religion, die hindern wir an der Ausübung‘. Dass wir da uns gegen die Glaubensfreiheit in dem einen*

[2971] Schulz, Dimitri: Podcast „Endzeit-Podcast“ vom 13.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 13.02.2025, Kanal: „EndzeitreporterMcM“, abgerufen am 14.02.2025.

[2972] Tritschler, Sven: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.

oder anderen Bereich aussprechen würden. Das tun wir aber nicht. Die islamische Religionsausübung ist nicht dadurch eingeschränkt, wenn wir sagen: ‚Wir lassen nicht mehr diese islamischen Herrschaftssymbole in unseren Städten zu: der Muezzinruf und das Minarett.'"[2973]

In den beiden vorbenannten Äußerungen wird nicht nur die muslimfeindliche Vorstellung deutlich, Menschen muslimischen Glaubens verdrängten die autochthone Bevölkerung, sondern hier tritt darüber hinaus eine grundsätzliche Ablehnung der Präsenz und Glaubensbetätigung von Musliminnen und Muslimen in Deutschland zu Tage. In der pauschalen Forderung, den Muezzinruf oder den Bau von Minaretten zu verbieten, zeigt sich eine islamfeindliche Vorstellung, wonach die Religionsfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG für Angehörige des muslimischen Glaubens nicht oder allenfalls eingeschränkt gelten soll. Wie auch das OVG NRW bereits festgestellt hat, wird die Menschenwürdegarantie schon dadurch verletzt, dass Musliminnen und Muslimen allein wegen ihrer Religionszugehörigkeit der Bau bestimmter religiöser Bauten versagt werden soll, während andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Gebäude errichten dürfen.[2974]

cc. Pauschale Verunglimpfung als Islamisten

Die bereits dargelegten Äußerungen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs basieren insbesondere auf einer pauschalen Zuschreibung einer erhöhten Gewaltaffinität und einem Macht- und Herrschaftsanspruch von Menschen muslimischen Glaubens und behaupten eine angebliche Verdrängung der autochthon-deutschen Bevölkerung. Darüber hinaus lassen sich weitere feststellen, die im Kern darauf abzielen, den Islam und seine Glaubensgemeinschaft pauschal mit dem Islamismus gleichzusetzen. Dabei instrumentalisieren AfD-Funktionärinnen und -Funktionäre insbesondere Gewalttaten, die von Muslimen oder Islamisten verübt wurden, um die Religion der Tatverdächtigen als ursächlich für diese Gewaltausübungen darzustellen.

Albrecht Glaser (zum damaligen Zeitpunkt MdB, HE) schrieb beispielhaft am 21. Dezember 2024 anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt:

2973 Pfannes, Pascal: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

2974 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241; siehe hierzu auch die Bewertung der entsprechenden Forderung im Bundestagswahlprogramm, S. 992.

C. MUSLIM- UND ISLAMFEINDLICHE AUSSAGEN UND POSITIONEN

„Magdeburg: Es wird zunächst die wichtigste Information unterschlagen. Er ist Saudi und das kann man sofort feststellen. Und er ist Arzt. Er ist also kein aufgehetzter Fußsoldat, der Befehle von seinem Iman ausführt, sondern Überzeugungstäter, der das große Ganze im Blick hat.
Was ist das große Ganze? Der Kampf des Islam gegen Christen und Juden, wie es in vielen Suren des heiligen Koran steht. Ein ‚göttlicher' Befehl an alle Muslime, dem sie weltweit nachzukommen haben.
Dabei gehen sie taktisch schlau vor. Wenn sie in Staaten eine kleine Minderheit sind, verhalten sie sich möglichst unauffällig. Sie nennen das ‚Taquia', d. h. Verstellung. Es ist ein bewußtes Täuschungsmanöver, das Teil des religiösen Verhaltenscodex ist. Ab einer gewissen numerischen Größe in einer nicht muslimischen Umgebung setzen sie die Nadelstich-Strategie ein. Sie provozieren und fordern lästig: Forderung nach Gebetsräumen überall, in Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz.
Dann fordern sie Halal-Speisen in Kantinen, Schulen und Kindergärten. Dann kämpfen sie für Rechtsänderungen, um das Schächten zu legalisieren, das aus Tierschutzgründen in unserem Rechtsraum verboten ist. Dann bekämpfen sie die Manifestationen christlicher Kultur, wie das von Kreuzen als Schmuck, in öffentlichen Einrichtungen, eben auch Weihnachtsmärkte. Sie greifen sie solange physisch an, bis nach einem Zwischenstadium der Befestigungen, was sie bereits zur Farce werden läßt, dieser lange gepflegte Brauch als Provokation der islamischen Mitbürger stilisiert wird und sie danach endlich abgeschafft werden.
Der saudische Arzt überblickt das Alles und leistet seinen Beitrag zur Eskalation des Glaubenskrieges, der in über 30 Suren des Korans mit den Beschreibungen von Tötungsmodalitäten illustriert wird.
Die Meldung, es sei kein unterstützendes Umfeld bisher festgestellt worden, ist töricht und der Versuch, verharmlosende Parolen in die Welt zu setzen. Ein muslimischer Christenmörder hat immer ein unterstützendes Umfeld. Das ist die ‚Umma', die Gemeinschaft der Muslime weltweit, die solche Mordtaten immer mit Wohlgefallen begleitet. Die abgeschmackten Formeln des Bedauerns, die den Standarterklärungen der etablierten Politiker sehr ähneln, von den Repräsentanten der Islam-Verbände sind Täuschungshandlungen, welche uns Abendländler einschläfern sollen.

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

Bei dem Täter von Hanau, an dessen strafrechtlicher Schuldfähigkeit nach Aussagen eines erfahrenen Gerichtspsychiaters gezweifelt werden darf (er hat schließlich auch seine Mutter und sich selbst getötet), hatte jedoch keinerlei ‚Umfeld'. Er ist also weder ein Vertreter des militanten Rechtsradikalismus, als welchen die Politik und die Medien ihn mit Fleiß umdekorieren wollen, noch im strafrechtlichen Sinn ein Mörder.

Das Ähnliche dürfte wohl auch für den Täter von Halle gelten. Von einem Umfeld ist auch dort nichts bekannt geworden. Wenn auch nur der Hauch eines solchen Verdachts sich hätte erweisen lassen, wäre davon unablässig in Politik und Medien die Rede gewesen. Da er sich ebenfalls selbst getötet hat, verbieten sich Spekulationen über seine Schuldfähigkeit und seine Motive. Dennoch war und ist er stets zitierter Beweis für den Antisemitismus in Deutschland.

Wir erleben also wieder das Trauerspiel der Unterdrückung der tödlichen muslimischen Gefahr und damit der Täuschung der Angehörigen über den wahren Hintergrund des Leides, das ihnen zugefügt worden ist.

Es kommt die nahe Wahl hinzu. Die Lebenslügen von nützlicher Migration und der im Prinzip friedlichen monotheistischen Religion des Islam, die zwar ein paar ‚Islamisten' hervorbringt. Aber die haben mit dem wahren Islam (zu deutsch: Unterwerfung) nichts zu tun."[2975]

Glaser instrumentalisiert die Amokfahrt eines Einzeltäters, um mit eindrücklichen Worten seine muslim- und islamfeindliche Vorstellung darzulegen, wonach ein weltweiter Glaubenskrieg des Islam gegen Juden und Christen stattfinde. So sei dieser – faktenwidrig als islamistisch benannter – Gewaltakt bloßer Ausdruck eines *„göttliche[n]' Befehl[s] an alle Muslime [...] weltweit"*, die Herrschaft des Islam durchzusetzen. Die weltweite muslimische Gemeinschaft unterstütze solche *„Christenmorde"* und Worte des Bedauerns seitens islamischer Repräsentanten seien in diesem Zusammenhang bloße *„Täuschungshandlungen"*. Glaser spricht gar von einer *„tödlichen muslimischen Gefahr"* und bestreitet in Gänze die Existenz einer friedlichen Ausprägung des Islam. Teil des von ihm behaupteten Glaubenskriegs sei – neben den Gewaltausübungen – auch ein weitaus subtileres, taktisches Vorgehen der mus-

---

[2975] Glaser, Albrecht: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 23.01.2025.

limischen Minderheitsbevölkerung in einem (christlichen) Staat, um mittels Provokation, Forderungen und bewusster Täuschung die ursprünglichen Bräuche eines Staates abzuschaffen und *„die Manifestationen christlicher Kultur“* zu bekämpfen.

Auch Steffen Kotré (MdB, BB) äußerte sich auf X am 21. Dezember 2024 in einem Video zur Amokfahrt auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Ähnlich wie Glaser setzt er in seinen Ausführungen alle Musliminnen und Muslime mit Vertretern und Kräften des aggressiven Islam gleich und betont, *dass „die Scharia, der Islam“* nicht zu Deutschland gehörten:

> *„Wir trauern um die Opfer des Terroranschlags auf dem Weihnachtsmarkt in Magdeburg. Und wenn sich nun die Politiker jeder Couleur der Altparteien, hier auch in Trauer üben, dann ist das heuchlerisch. Denn sie haben diesen Zustand herbeigeführt, in dem sowas möglich ist. Die Sicherheitsbehörden, die wollten diesen Anschlag nicht verhindern, sie hatten genügend Hinweise. […] Die AfD möchte ein Deutschland, wie es von der inneren Sicherheit und von den Interessen der Bevölkerung vor 30, 40 Jahren gegeben hat, wo man die Bevölkerung geschützt hat, wo man solche Leute aus dem Verkehr gezogen hat, und vor allem ganz wichtig, wo man die Grenzen kontrolliert hat und auch die Leute, die hier reinkommen. Wir haben es wieder mit einem Phänomen zu tun, dass Kulturfremde hier entsprechend Terror reinbringen ins Land. Und das ist unverständlich. Und wir werden alles dafür tun, dass sowas nicht passiert, wenn wir denn in der Macht sind. Islamistische Anschläge oder einfach Anschläge wie dieser hier, der mit dem Islam zu tun hat, sind unverständlich. Denn die Scharia, der Islam, gehören nicht zu Deutschland. Und auch hier wieder sehen wir, dass wir eingeschleppte Probleme haben und dass wir Deutsche friedlich miteinander umgehen, aber die Aggressivität, die Morde und auch der Verlust der inneren Sicherheit auf das Konto von Ausländern gehen.“*[2976]

Insgesamt werden in diesen Äußerungen Menschen, die sich zum islamischen Glauben bekennen, pauschal als potenziell lebensbedrohliche Gewalttäter dargestellt und dem Islam ein aggressiver Macht- und Herrschaftsanspruch unterstellt. Dem steht auch nicht entgegen, dass es sich bei den zuvor genannten Äußerungen um solche handelt, die sich auf konkrete Gewaltexzesse bezogen. Bei spontanen, als Reaktion

[2976] Kotré, Steffen: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 21.12.2024, Kanal: „Steffen Kotré“, abgerufen am 02.01.2025.

auf eine konkrete Gewalttat abgegebenen Äußerungen kann es sein, dass vereinzelt zu generalisierenden Verantwortungszuschreibungen und gruppenbezogenen erniedrigenden Bezeichnungen gegriffen wird, die mit etwas zeitlichem Abstand nicht in gleicher Form verwendet worden wären und weder sichere Rückschlüsse auf die Grundhaltung der betreffenden Person zulassen noch repräsentativ für die Gesamtpartei sind.[2977] Gerade letzteres ist hier jedoch aufgrund der umfassenden Beleglage nicht der Fall. Vielmehr zeigen die zahlreichen Zitate in vorherigen und auch in diesem Kapitel auf, dass bewusst mit generalisierenden Zuschreibungen gearbeitet wird und sich dies konsequent bei konkreten Terroranschlägen fortsetzt.

dd.Zwischenfazit

Die während des Bundestagswahlkampfs angefallenen Äußerungen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern belegen weiterhin eine muslim- und islamfeindliche Agitation der AfD.

Der Fokus liegt in den hiesigen Aussagen insbesondere in der Behauptung einer vermeintlichen Verdrängung einer autochthon-christlichen Mehrheitsbevölkerung durch muslimische Personen. Die – auch im Bundestagswahlprogramm – behauptete „Islamisierung" wird dabei als regelrechter (gewaltsamer) Kollektivkampf im Sinne eines Heiligen Kriegs stilisiert, an dem sich auch die muslimischen Frauen mit einem „Geburtendschihad" beteiligten. Der Islam und dessen Gläubige werden von den AfD-Funktionärinnen und -Funktionären pauschal negativ als (existenzielle) Bedrohung dargestellt. Als Anknüpfungspunkt für diese Argumentationslinie wird dabei seitens der AfD auf (vermeintlich) durch Muslime oder Islamisten ausgeübte Straftaten und Tötungsdelikte verwiesen. So wird etwa die Amokfahrt eines saudischen Staatsbürgers auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt im Dezember 2024 wiederholt thematisiert.

Die festgestellten Äußerungen lassen in der Gesamtschau keinerlei Mäßigung im Vergleich zu den in Kapitel E. I. 1. c. festgestellten Positionen erkennen. Insgesamt sind die hiesigen Aussagen weiterhin dazu geeignet, Ängste und Vorbehalte gegenüber dem Islam und Menschen muslimischen Glaubens zu fördern.

[2977] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 234; siehe dazu bereits oben S. 915 f.

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung festgestellten antisemitischen Agitationen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern auch während des Bundestagswahlkampfs fortgesetzt wurden.

Als Basis der hiesigen Ausführungen dienen die in Kapitel E. I. 1. d. angeführte Begriffsbestimmung und die dort skizzierten ideologischen Erscheinungsformen. Dabei meint der Sammelbegriff Antisemitismus im Kern eine feindselige Positionierung gegenüber als homogene Gruppe imaginierte Jüdinnen und Juden, denen aufgrund ihrer (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Religion und/oder Herkunft mit Hass, Vorurteilen oder Ressentiments begegnet wird. Diese Positionierung richtet sich gegen die Diskriminierungsverbote des Art. 3 Abs. 3 GG, die als Konkretisierung der Menschenwürde in Art. 1 Abs. 1 GG zu verstehen sind.[2978] **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

aa. Antisemitisch konnotierte Codes und Chiffren

Wie oben bereits dargelegt, tritt Antisemitismus seit dem Ende der NS-Diktatur in verbalisierter Form nur selten als unverstellter Judenhass, sondern vorrangig in Form sprachlicher Codes und Chiffren auf („Umwegkommunikation"). Beispielhaft wurde in diesem Zusammenhang auf die Chiffren „George Soros" und „die Familie Rothschild" verwiesen, die sinnbildhaft für den finanziell und politisch omnipotenten Juden stehen, welcher im Hintergrund steuernden Einfluss auf westliche Gesellschaften ausübe, um daraus Macht und finanziellen Reichtum für sich und seinesgleichen zu generieren.

Des Weiteren verbinden sich diese Chiffren in den letzten Jahren zunehmend mit teils verschwörungstheoretischen Narrativen, etwa mit den Erzählungen einer „globalen Elite", einer „von Globalisten gesteuerten Weltregierung" oder dem „Great Reset".

Die rechtsextremistische Erzählung vom „Deep State" (deutsch: „Tiefer Staat") fügt sich in diese Erzählungen ein und meint einen „Staat im Staate", auch „Schattenstaat" genannt, in dem verdeckte Machtstrukturen oder Gruppierungen angeblich illegitimen Einfluss auf eine staatliche Regierung nehmen. Im Umkehrschluss wird mit diesem

---

[2978] Vgl. BVerfGE 144, 20,Rn. 541.

negativ konnotierten politischen Schlagwort der vermeintlich fremdgesteuerten Staatsregierung („Marionetten") ein souveränes politisches Handeln abgesprochen. Diese verschwörungstheoretische Vorstellung, der Staat werde nicht von seiner offiziellen Regierung, sondern von einem verborgenen Machthaber regiert, findet sich insbesondere in antisemitischem Kontext wieder. So werden in diesem Zusammenhang vornehmlich Repräsentanten einer angeblich weltweit agierenden „jüdischen Hochfinanz" als steuernde Machthaber ausgemacht, die „im Hintergrund die Strippen ziehen" und im Geheimen die Weltpolitik lenkten.

Norbert Kleinwächter (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BB) veröffentlichte anlässlich der Wahl Donald Trumps zum amerikanischen Präsidenten im November 2024 einen Videobeitrag auf X, in dem er sich explizit auf den *„Deep State"* und *„George Soros"* bezieht und damit antisemitische Codes bedient:

> *„Das Wichtigste ist aber ein Versprechen, das Donald Trump gegeben hat und für das er natürlich immer als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt wurde. Das Versprechen lautet nämlich, diesen Deep State auszuhöhlen. Trump hat oft vom Deep State gesprochen, hat oft von Akteuren gesprochen, die im Endeffekt die Zügel in der Hand halten und sozusagen die Politiker sogar noch dominieren. Und hier ist die historische Aufgabe, den Beweis zu erbringen, dass es diesen Deep State tatsächlich gibt und die Akteure hinter Schloss und Riegel zu bringen. Wir sehen ja ihr Wirken auch in Europa. Wir sehen es in der parlamentarischen Versammlung des Europarats beispielsweise, in der ich auch bin, wo wir dann sehen, dass in den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte lauter Richter gewählt werden sollen, die aus George Soros Open Society Foundation kommen. Also diese ganze Philanthropie, die ein Bill Gates machen, die ein George Soros machen und so weiter, die haben politischen Einfluss auch in Europa. Trump sagt, das ist ein Deep State, der im Endeffekt die Politik dominiert außerhalb der demokratischen Institutionen. Trump hat nun als US-Präsident meiner Ansicht nach die Pflicht, genau diesen Deep State absolut auszuradieren. Denn es kann nicht sein, dass es außerhalb der demokratischen Institutionen, außerhalb der demokratischen Wahlen noch irgendwas gibt, was eigentlich die Politik leitet. Und wenn wir diesen Deep State los sind, wenn wir diese Philanthropie los sind, wenn es die tatsächlich gibt mit ihrem negativen*

> *Einfluss, mit ihrem antidemokratischen Gehabe, dann haben wir auch in Europa wieder eine bessere Chance auf Demokratie und freie Entfaltung."*[2979]

Auch Hans-Christoph Berndt (MdL BB) teilte auf X einen Tweet von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN), welcher auf die antisemitische Chiffre der „*Globalisten*" zurückgriff, die angeblich demokratische Wahlen zu beeinflussen versuchten:

> *„In #Georgien wird das Wahlergebnis ignoriert und erklärt die pro-westliche Präsidentin, über das Ende ihrer Amtszeit einfach im Amt zu bleiben. In #Rumänien wird die Wahl kassiert, weil der Sieger nicht passt. Das ist ‚unsere Demokratie' der Globalisten. Völker, wehrt Euch!"*[2980]

In ähnlicher Weise sprach Christine Anderson (MdEP, HE und parlamentarische Geschäftsführerin der ESN-Fraktion) zum Jahresbeginn 2025 auf Facebook von den „*globalen*" und „*falschen Eliten*":

> *„Auch in diesem Jahr wird die politische & gesellschaftliche Achterbahnfahrt des Wahnsinns weitergehen. Die globalen Eliten werden nicht aufhören, unsere Freiheit, unsere Selbstbestimmung und unsere Nationen von innen heraus anzugreifen. Und wir werden niemals aufhören, uns mit aller Macht dagegen zu wehren. Die Dinge kommen in Bewegung. Der Wandel wird spürbar. Und das macht diese falschen Eliten noch gefährlicher, weil sie merken, daß die Zeit ab jetzt gegen sie läuft. Seien wir also weiter wehrhaft, trotzig und immun gegen das Gedankengift, welches sie uns über ihre Medien verabreichen wollen. Seien wir weiter Selbstdenker. Bleiben wir weiter kritisch und misstrauisch, jedoch ohne dabei in Paranoia zu verfallen. Trotz allem einen klaren Geist zu behalten ist essentiell. Denn Spaltung & Paranoia zu verbreiten gehört auch zu ihrem Plan. Bleiben wir daher alle zusammen weiter stark, wach und geistig unabhängig. Mehr als je zu vor bin ich mir heute sicher: WIR WERDEN GEWINNEN!"*[2981]

Explizit benennt Anderson die „*globalen Eliten*" als externe Machthaber, die „*unsere Nationen von innen heraus anzugreifen*" und die Menschen zu spalten versuchten. In Anlehnung an die antisemitische Legende der „Brunnenvergiftung" spricht sie

---

[2979] Kleinwächter, Norbert: Videobeitrag; veröffentlicht in: Tweet vom 06.11.2024, Kanal: „NKleinwaechter", abgerufen am 11.11.2024.
[2980] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 06.12.2024, abgerufen am 19.12.2024.
[2981] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 02.01.2025, abgerufen am 07.01.2025.

überdies von einem *„Gedankengift“*, das diese *„falschen Eliten“* den Menschen über die Medien verabreichen wollten.

bb.Weitere antisemitische Aussagen und Positionen

Neben den antisemitisch konnotierten Chiffren und Codes, die im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs angefallen sind, konnte ein weiterer Beleg eines AfD-Abgeordneten festgestellt werden, welcher neben dem Begriff „Globalisten“ auch Argumentationsmuster eines sekundären Antisemitismus enthält.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verbreitete anlässlich der öffentlichen Kritik an der Unterstützung der AfD durch Elon Musk am 31. Dezember 2024 auf X einen englischsprachigen Fremdbeitrag, den er mit einer deutschen Übersetzung kommentierte. Dieser enthält ein geschichtsrevisionistisches Narrativ, das letztlich an die „Schuldkult“-Erzählung angelehnt ist und antisemitische Ressentiments fördert. So übersetzte Berndt den Beitrag wie folgt:

> *„‚Was jetzt in Deutschland passiert, entscheidet die Zukunft Europas. Wenn die Deutschen endlich ihren Weltkriegs-Schuldkomplex loswerden, war es das für die Globalisten. Deutschland ist/war ihre wichtigste Bastion. Deshalb drehen sie so durch, wenn Musk die @AfD unterstützt.‘“*[2982]

Darin kommt die Behauptung zum Tragen, Jüdinnen und Juden profitieren indirekt vom Holocaust. So diene – der Argumentation folgend – der angebliche deutsche „*Weltkriegs-Schuldkomplex*“ letztlich der Zementierung „globalistischer“ Machtverhältnisse. Diese Erzählung rekurriert unmittelbar auf die sekundär-antisemitische Strategie einer Täter-Opfer-Umkehr, wonach Jüdinnen und Juden vorgeworfen wird, sie steckten hinter dieser „Jahrhundert-Lüge“ des Holocausts und profitierten von dieser auf Deutschlands Kosten.

Wie im gesamten Begutachtungszeitraum wurde auch im Bundestagswahlkampf vereinzelt Solidarität mit Israel ausgesprochen. So äußerte die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) am 2. Februar 2025 im Interview bei Caren Miosga im Kontext einer Gedenkveranstaltung des Bundestags zum Holocaust mit einem Zeitzeugen:

[2982] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.12.2024, abgerufen am 02.01.2025. (Doppelverwendung eines Belegs aus dem Kapitel F. I. 4.)

> *„Wir haben dort ebenfalls der Rede, der sehr andächtigen Rede, gelauscht. Und wir haben auch Beifall geklatscht, natürlich. Und für uns steht die Existenz Israels an erster Stelle. Ich weiß, dass das Framing ein komplett anderes ist, das mediale Framing. Aber es ist nun mal so. Wir gedenken dem Holocaust zusammen mit den Juden in der AfD. Das ist eine Vereinigung bei uns.“*[2983]

Zwar ist die Anerkennung des Existenzrechts Israels eine Selbstverständlichkeit, deren einmalige Behauptung nicht dazu führen würde, zahlreiche Anhaltspunkte für Antisemitismus zu relativieren. Angesichts der äußerst geringen Dichte an festgestellten Belegen bestätigt es jedoch die Bewertung, dass eine vorherrschende antisemitische Grundtendenz in der Partei auch in der Phase des Bundestagswahlkampfs nicht feststellbar war. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass es sich hier um ein deutliches und allgemeines Bekenntnis der höchsten Führungsperson der AfD handelt, das anders als die Mehrheit der im übrigen Begutachtungszeitraum festgestellten Solidaritätsbekundungen auch nicht gleichzeitig mit antimuslimischen Narrativen kombiniert wurde.

cc. Zwischenfazit

Die wenigen in der Zeit des Bundestagswahlkampfs angefallenen antisemitischen Äußerungen von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundes- und Landesebene sind hinsichtlich ihrer Codierung und thematischen Schwerpunktsetzung bis auf einen Ausreißer ähnlich aufgebaut. Es konnte im besagten Zeitraum weiterhin kein unverstellt geäußerter Hass gegen Menschen jüdischer Herkunft festgestellt werden.

Zumindest vereinzelt kann jedoch weiterhin die Verwendung klassischer antisemitischer Narrative belegt werden. Diese offenbaren sich aber ausschließlich durch Andeutungen, Codes und Chiffren („George Soros“, „Globalisten“, „globale Eliten“ oder „Deep State“). Überwiegend sind diese Belege Ausdruck eines politischen Antisemitismus, der Jüdinnen und Juden in verschwörungstheoretischer Manier als Strippenzieher des Weltgeschehens imaginiert. Lediglich ein Beleg ließ sich ermitteln, der auf die Ideologieform des sekundären Antisemitismus rekurriert.

[2983] ARD: „Was für ein Deutschland wollen Sie, Frau Weidel?“; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.

In der Gesamtschau weisen die festgestellten Verlautbarungen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs – wie auch schon im bisherigen Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung – weder in der Qualität noch in der Anzahl eine solche Intensität auf, dass von einem innerhalb der AfD vorherrschenden antisemitischen Weltbild gesprochen werden kann. Der Eindruck, dass zuletzt eher weniger antisemitische Aussagen in der Partei festzustellen waren, hat sich hier bestätigt. Entsprechend kann weiterhin keine Verdichtung antisemitischer Anhaltspunkte hin zu einer Gewissheit festgestellt werden.

2. Demokratieprinzip

Anknüpfend an Kapitel E. I. 2. ist in diesem Unterkapitel zu prüfen, ob gegen das Demokratieprinzip gerichtete Aussagen und Positionen im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs in gleichem Maße angefallen sind oder ob eine Mäßigung oder Verschärfung im Hinblick auf solche stattgefunden hat.

Mehrere Abgeordnete sowie Funktionärinnen und Funktionäre der AfD äußerten sich im Zeitraum zwischen dem Koalitionsbruch Anfang November bis hin zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 diesbezüglich relevant.

a. Inabredestellen der Volkssouveränität der Bundesrepublik Deutschland – angebliche Steuerung durch die USA

Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Rainer Rothfuß äußerte im Dezember 2024 in einem Interview mit COMPACT, in der Bundesrepublik herrsche eine von ausländischen Mächten gelenkte Politik, die Deutschland *„unsouverän“* halte:

> *„Wir wissen mittlerweile aber auch, dass sogar das State Department in den USA eingreift, Personal unterhält, auch Mittel bereitstellt, um die AfD möglichst als politische Kraft in Deutschland klein zu halten. Was ist der Grund? Deutschland soll ja unsouverän bleiben, soll ja weiterhin eben den Interessen Brüssels und Washingtons dienen können und das geht eben nur mit Parteien, die diesen Schwur gesprochen haben, alles für Brüssel, alles für Washington. Und da sind wir außen vor. Und das muss man eben auch immer mit einbeziehen. In dieser innenpolitischen Situation spielt eben die geopolitische Interessenlage mit rein.*

Deutschland darf, soll nicht souverän werden. Das würden wir mit der AfD als Deutschland sicherlich werden. Deswegen diese Einflussnahme"[2984]

Rothfuß unterstellt hier, dass die USA (zu dem Zeitpunkt der Aussage) dedizierte Mitarbeiter beschäftige, deren Aufgabe es sei, Deutschland durch die Unterdrückung der AfD zu destabilisieren und auf die deutsche Regierung Einfluss zu nehmen, um sie dahingehend zu steuern, einzig im Interesse der USA und der EU (*„Brüssel"*) zu agieren. Dabei spricht Rothfuß nicht nur von einer geplanten Einflussnahme, sondern stellt die Souveränität der Bundesrepublik zu diesem aktuellen Zeitpunkt gänzlich in Abrede.

Ähnliches äußerte Rothfuß in einem Interview im Vorfeld des Bundesparteitags 2025 der AfD in Riesa (SN) einen Monat später:

> *„Wir wollen nicht mehr der Vasall und die Melkkuh Brüssels sein und auch nicht mehr Washingtons, sondern wir wollen einfach unseren eigenen Standpunkt entwickeln. Wir wollen den eigenen Interessen dienen. Wir wollen gute konstruktive Beziehungen haben nach Westen wie nach Osten. und das taugt eben denen in Brüssel nicht, die meinen, die Richtung vorgeben zu können."*[2985]

Auf dem Bundesparteitag selbst suggerierte Björn Höcke (MdL TH) als Antragsteller im Rahmen eines Sachantrags die Außenpolitik betreffend, die Bundesrepublik sei ein *„Objekt fremder Interessen"*:

> *„Wenn der Bundesfachausschuss den Antrag übernimmt, freut uns das natürlich. Es ist ja letztlich nur 'ne Petitesse, aber doch 'ne bedeutende. Weil wir ja im Augenblick – und das ist der Status quo – ja tatsächlich Objekt fremder Interessen jetzt schon sind. Und die Aufgabe der AfD ist es eben, dass Deutschland wieder frei und souverän und selbstbestimmt wird. Das ist unser Auftrag. Und deswegen müssen wir das ‚sein' einfügen und sind dann auch glattgezogen im Bundestagsprogramm."*[2986]

Die vorgenannten Aussagen diffamieren durch die Unterstellung fehlender Souveränität nicht nur die Bundesrepublik Deutschland und ihre Regierung, sondern zielen

---

[2984] Rothfuß, Rainer: COMPACT-Interview; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.12.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 12.12.2024.

[2985] Rothfuß, Rainer: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

[2986] Höcke, Björn: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

auch darauf ab, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die politischen Prozesse Deutschlands zu schwächen.

b. Inabredestellen der Pressefreiheit

Auch die Pressefreiheit wurde im Rahmen des Bundestagswahlkampfs von einigen AfD-Abgeordneten in Frage gestellt.

So teilte der Bundestagswahlkandidat Markus Matzerath (mittlerweile MdB, NW) am 17. Dezember 2024 auf Facebook einen Beitrag des AfD-Stadtverbands Stolberg (NW), in dem von *„Versagerparteien“* die Rede war, welche die Medien kontrollierten:

> *„Bitte spenden Sie und helfen Sie mit, dass unser Land nicht von einem Regierungschaos ins nächste stürzt. Die Medien sind fest in der Hand der Versagerparteien.“*[2987]

Volker Richter (MdL HE) veröffentlichte am 4. Januar 2025 auf Facebook einen Eintrag, der bezogen auf die Regierungsparteien folgende Aussage trifft:

> *„Sie haben Schützenhilfe von der vierten Macht im Staat, welche sich nicht als freie und unabhängige Journalisten begreifen, sondern ihre persönliche politische Meinung in einer Form des Erziehungsjournalismus zu Tage bringen, die jeder Beschreibung spottet.“*[2988]

Die Unterstellung, die etablierten Medien agierten lediglich im Interesse der Regierungsparteien und beeinflussten auf diese Weise Wahlentscheidungen, ist dazu geeignet, die Legitimität von Wahlergebnissen bei Bürgerinnen und Bürgern generell in Zweifel zu ziehen, weil diese nicht ungefiltert den eigentlichen Wählerwillen zum Ausdruck brächten.

[2987] Matzerath, Markus: geteilter Facebook-Eintrag vom 17.12.2024, abgerufen am 27.01.2025.
[2988] Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 04.01.2025, abgerufen am 13.02.2025.

c. Nutzung von Begriffen wie „Systempartei“, „Kartellpartei“, „Blockpartei“

In der Wahlkampfphase konnten regelmäßig Rede- und Social-Media-Beiträge festgestellt werden, in welchen die etablierten Parteien und insbesondere die Regierungsparteien durch die Nutzung verschiedener Begriffe diffamiert werden. Insbesondere die Bezeichnung als „Kartellpartei“, welche neben einer Diffamierung auch zusätzlich die Unterstellung eines illegalen Handelns beinhaltet, kann in einer Vielzahl von Aussagen festgestellt werden:

So teilte Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BR; mittlerweile MdB, BB) im November 2024 einen Tweet des Thüringer Landesvorsitzenden Björn Höcke (MdL TH) mit folgendem Inhalt:

> *„Fakt ist aber auch, daß die BILD und die Kartellparteien seit vielen Jahren für die sog. ‚Energiewende‘ trommeln, deren Rückgrat die Windenergie sein soll. Die BILD wird immer noch gelesen, die Kartellparteien mehrheitlich gewählt... #Demokratie funktioniert nicht mit Stimmungsmache, sondern nur mit gut informierten, nicht manipulierbaren und weitsichtigen Bürgern.“*[2989]

Auch der damalige JA-Bundesvorsitzende Hannes Gnauck (zudem AfD-Bundesvorstandsmitglied und MdB, BB) sprach im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg in einem Tweet vom 4. Dezember 2024 von einer *„Eskalationsdiplomatie der Kartellparteien“*.[2990]

Am 8. Januar 2025 schrieb Fabian Küble (zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand und zudem für die AfD Mitglied des Stadtbezirksbeirats Plauen) in einem Beitrag auf X:

> *„Die Altparteien haben uns alles genommen: Heimat, Freiheit, Sicherheit. Die Kartellparteien sind unser Unglück“*[2991]

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) schrieb am 4. Dezember 2024 auf X anlässlich des Besuchs eines Politikers in Georgien:

[2989] Frömming, Götz: Retweet eines Tweets vom 17.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2990] Gnauck, Hannes: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2991] Küble, Fabian: Tweet vom 08.01.2025, abgerufen am 08.01.2025.

„Man kann in der Bundesrepublik nicht ständig vor einem angeblichen Untergang der Demokratie warnen, gezielt die Opposition bekämpfen und dann in ein anderes Land reisen, um dort den Sturz einer demokratisch gewählten Regierung zu unterstützen. Kartellpolitiker wie Roth sind der Inbegriff der Altparteien-Heuchelei und einer fremdinteressengesteuerten Außenpolitik.“[2992]

Götz Frömming (zum damaligen Zeitpunkt MdB, BR; mittlerweile MdB, BB) sprach in einem Tweet vom Dezember 2024 von *„Kartellparteien“*:

„Unter dem Vorwand, die Sicherheit im Bundestag zu erhöhen, planen die Kartellparteien eine Art Berufsverbot für unsere Mitarbeiter, sofern sie Mitglied in eingestuften AfD-Landesverbänden oder Vorfeldorganisationen sind.“[2993]

Auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) stellte der der hessische Landtagsabgeordnete und Bundesvorstandsmitglied Heiko Scholz ebenfalls auf das Narrativ eines bestehenden Kartells innerhalb der Regierung ab. In seinem Redebeitrag bezeichnete Scholz die Regierungsparteien als skrupelloses *„Altparteienkartell“*:

„Abschiebungen, wie vorige Woche in Hessen, werden zu Wahlkampfzwecken vorgetäuscht. Wie dumm hält eigentlich diese Frau Faeser unseren deutschen Wähler? […] Kein Land dieser Welt kann eine derartige unqualifizierte und unkontrollierbare Migrationsflut verkraften. Und sobald wir in Regierungsverantwortung sind, werden wir dem ein Ende bereiten. Wir, das Volk, sind der Souverän und nicht die Erfüllungsgehilfen eines skrupellosen, machtbesetzenden Altparteienkartells, liebe Freunde.“[2994]

Lena Kotré (MdL BB) schrieb in einem Tweet vom 10. November 2024:

„Kennt die Gier der Kartell-Politiker überhaupt noch Grenzen? In Berlin und Brandenburg offenbar nicht!“[2995]

Sie wiederholte die Nutzung des Kartellbegriffs in einem Beitrag auf dem Netzwerk X, wo sie in einem Tweet vom 25. November 2024 u. a. eine Schlagzeile der JUNGEN FREIHEIT mit Bezug zum Thema Einwanderung („Einwanderung ins Sozialsystem –

[2992] Springer, René: Tweet vom 04.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2993] Frömming, Götz: Tweet vom 16.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2994] Scholz, Heiko: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 06.03.2025.
[2995] Kotré, Lena: Tweet vom 10.11.2024, abgerufen am 11.11.2024.

Nur noch jeder dritte Bürgergeld-Empfänger ist Bio-Deutscher“) teilte und dazu schrieb:

> *„Diese zwei Meldungen stehen repräsentativ für die politische Kultur der deutschen Polit-Elite seit Generationen: Alles für andere, nichts für die eigenen Leute. Von Linkspartei bis CDU - die Kartellparteien können nicht anders und werden für immer ausschließlich antideutsch handeln.*
> *Weil die AfD hier eine Ausnahme bildet, werden wir nicht nur politisch, sondern auch geheimdienstlich bekämpft. In ihrer Vorstellung ist es geradezu antisozial, für das eigene Volk einzustehen - ungefähr so, wie ein misshandeltes Kind als erwachsener Mensch aggressiv auf genuine Zuwendung reagiert, weil es Gewalt für eine normale zwischenmenschliche Beziehung hält.*
> *Wir müssen die Kartellpolitiker vollständig absetzen. Deswegen: Werdet Mitglied in der AfD, engagiert euch, macht mit bei der Rettung unseres Landes! Jeder wird gebraucht.“*[2996]

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) verwendete in ähnlicher Manier den Begriff der *„Blockparteien“*, als sie die Warnung des hessischen Innenministers, auf den Plattformen der sozialen Medien sammelten sich zum Teil *„ungefilterte Meinungen, darunter auch gezielte Falschnachrichten“* zum Anlass für folgende Äußerung nahm:

> *„Nun möchte die CDU gegen ‚ungefilterte Meinungen‘ vorgehen mithilfe des willfährigen Geheimdienstes/Verfassungsschutzes. Die Blockparteien zeigen immer mehr ihr wahres Gesicht. Das ist Zensur der Meinungsfreiheit.“*[2997]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) äußerte in einer Rede am 30. Dezember 2024 auf einer Kundgebung in Cottbus (BB) anlässlich der Amokfahrt auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt:

> *„Und das zeigt doch die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit dieser späten BRD. Die ganze Hässlichkeit und Erbärmlichkeit der Lage, in die uns CDU, SPD, FDP und Grüne gebracht haben. […] Ja, wir haben es in diesem Jahr noch nicht geschafft, die Vorherrschaft dieser Altparteien zu brechen. Aber liebe Freunde, wir sind sehr dicht davor. Und gerade nach den Wahlen im Osten in*

[2996] Kotré, Lena: Tweet vom 25.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[2997] Weidel, Alice: Tweet vom 15.01.2025, abgerufen am 17.01.2025.

> *diesem Sommer und nachdem, wie es sich jetzt in diesen Parlamenten entwickelt hat, ist doch dieses Parteienkartell dabei, sein Ansehen zu verspielen, seine Legitimation zu verspielen. Bei jedem, der auch nur halbwegs neutral die Sache sieht, haben diese Parteien doch offenkundig ihre Glaubwürdigkeit verloren. [...] Elon Musk sagt wiederholt ‚Nur die AfD kann Deutschland retten!'. Nur die AfD kann Deutschland retten. Und das Kartell von Staatsparteien und Staatsmedien bekommt Schnappatmung."*[2998]

Von „*Kartellparteien*" sprach auch Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) in einem Tweet vom 17. März 2025.[2999]

Tatsächlich konnten im Laufe des Wahlkampfs zahlreiche weitere Instanzen dokumentiert werden, in denen demokratischen Parteien ein Zusammenschluss zu einem Kartell unterstellt wurde. Da diese Zitate jedoch noch weitere für dieses Kapitel relevante Aussagen enthielten und um eine Doppelverwendung zu vermeiden, wurden sie an anderer Stelle in diesem Kapitel behandelt.[3000]

Die Häufigkeit, in welcher in diesem kurzen Zeitraum die Unterstellung eines „*Parteienkartells*" geäußert wurde, weist darauf hin, dass der Begriff und seine Wortabwandlungen innerhalb der Parteirhetorik etabliert sind. Zusätzlich kann anhand dessen die Wahlkampfstrategie identifiziert werden, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Unabhängigkeit der übrigen Parteien zu schwächen.

[2998] Berndt, Hans-Christoph: Redebeitrag in Cottbus vom 30.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 31.12.2024, Kanal: „Stefan Böhme", abgerufen am 02.01.2025.
[2999] Schmid, Franz: Tweet vom 17.03.2025, abgerufen am 31.03.2025.
[3000] Folgende, bereits anderweitig innerhalb dieses Kapitels referenzierte Aussagen verwenden ebenfalls die Unterstellung eines „Parteienkartells": Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 16.01.2025; Moosdorf, Matthias: Tweet vom 22.12.2024, abgerufen am 16.01.2025; Brandner, Stephan: Rede am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025; Höcke, Björn: Redebeitrag am 24.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 27.01.2025; Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 24.01.2025, abgerufen am 27.01.2025; Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.01.2025, abgerufen am 18.02.2025; Bernhard, Marc: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 06.02.2025; Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.02.2025, abgerufen am 07.02.2025; Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 18.02.2025.

d. Gleichsetzung der Bundesrepublik etwa mit dem Nationalsozialismus und der DDR oder allgemein mit einer Diktatur

Es konnten auch im Rahmen des Bundestagswahlkampfs Belege generiert werden, in denen Politikerinnen und Politiker der AfD die Bundesrepublik Deutschland mit totalitären Systemen gleichsetzen. Hierbei werden sowohl Parallelen zum historischen Nationalsozialismus und der ehemaligen DDR gezogen als auch generell totalitäre Methoden unterstellt.

So schrieb Volker Richter (MdL HE) am 2. Februar 2025 auf Facebook:

> *„Wie Grüne, SPD und Linke eine Massenpsychose auslösen und dabei den inneren Frieden riskieren.*
> *Die Skrupellosigkeit mit der manche Menschen miteinander umgehen, zeigte sich in den vergangenen Jahren in vielen totalitären Systemen. Dabei waren die jeweiligen Ideologien moralische Rechtfertigungen für zutiefst unmenschliches Verhalten.*
> *Das ist vielen bekannt, was liegt nun also näher, als eigenes skrupelloses Verhalten einer gegnerischen politischen Kraft zu unterstellen und so entsprechend eine Vielzahl an Menschen, die mit Sicherheit das Gute wollen und nichts böses, für sich zu instrumentalisieren?*
> *Hiermit halte ich fest: Diese Methodik der totalitären Herrschaft über die eigene Bevölkerung hat Deutschland voll im Griff."*[3001]

Stephan Brandner (MdB, TH) trat am 18. Januar 2025 beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl auf. Dabei diffamierte er Katrin Göring-Eckardt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) als *„Frau Reichsmarschall Eckardt"*:

> *„Ja, ihr kennt immer die schnaufende Göring-Eckardt im Nacken mit der Stoppuhr. Irgendeiner sagt mir mal, ich weiß gar nicht, ob man das hier wiederholen darf. Manche nennen sie Frau Reichsmarschall-Eckardt. Mache ich mir nicht zu eigen, Gott will, ich habe es nur gehört. Aber ihre Attitüde, ihr Gehabe ist tatsächlich manchmal so, wie man sich das vorstellt in den Geschichtsbüchern."*[3002]

[3001] Richter, Volker: Facebook-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 13.02.2025.
[3002] Brandner, Stephan: Rede am 18.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025.

Auch wenn Brandner hier explizit betont, er mache sich diese Aussage *„nicht zu eigen"*, so kann doch durch seine Wiedergabe dessen davon ausgegangen werden, dass er die Bezeichnung zumindest als korrekt empfindet und sie sich rein aus taktischen Gründen nicht zuschreiben lassen möchte, da er sich der Problematik bewusst ist.

Die Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW) ließ im Rahmen der AfD-Wahlkampfveranstaltung am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) einen Videobeitrag einspielen, in dem das Erstatten einer Strafanzeige durch Robert Habeck gegen einen Mann, der ihn durch das Verbreiten eines Memes mit dem Aufdruck *„Schwachkopf professional"* beleidigt hatte, thematisiert wird. In dem Einspieler äußert sich Alice Weidel folgendermaßen zu dem Sachverhalt:

> *„Das gehört zur Meinungsfreiheit dazu. Und ich finde, man darf das nicht verbieten. Wenn jemand die Meinung hat, dass ein anderer keine Ahnung hat – wie ein Kinderbuchautor von Wirtschaft und Energie – dann darf er doch ‚Schwachkopf' sagen. Was ist daran so falsch? Es ist nicht mal falsch, oder?"*[3003]

Über das juristische Vorgehen Habecks gegen derartige Äußerungen sagt Weidel zudem:

> *„Das ist ein Element der Einschüchterung. Das kennt man aus der DDR, dann ist man da gleich nach Hohenschönhausen geschafft worden. Ich kann nur jedem empfehlen, sich das mal anzugucken, was die mit den Menschen, mit Regimekritikern, die Honecker als Faschisten bezeichnet hat, was man mit den Menschen in Hohenschönhausen gemacht hat."*[3004]

Nicht nur diffamiert Weidel Robert Habeck dadurch, dass sie implizit dessen Bezeichnung als *„Schwachkopf"* zustimmt, sie unterstellt ihm ebenfalls, die Strafanzeige wegen Beleidigung als Einschüchterung analog zu den Methoden der damaligen DDR anzuwenden.

Auf dem Bundesparteitag der AfD in Riesa (SN) am 11. Januar 2025 ließ sich Christine Anderson (MdEP, HE) im Rahmen eines Saalantrags zu dem Thema aus und sagte:

[3003] Weidel, Alice: Videoeinspieler auf der Wahlkampfveranstaltung am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 03.02.2025.
[3004] Ebd.

> *„Unser Antrag wurde fristgerecht eingereicht, aber versehentlich hat er keinen Eingang in das Antragsbuch gefunden, weswegen ihn wir jetzt als Saalantrag stellen. Die Antragssteller, als da wären: meine Wenigkeit, der KV Fulda, Andreas Lichert, Jan Nolte, Uwe Schulz, Pierre Lamely, Nicole Hess, Anja und Arno Arndt, beantragen, in unser Wahlprogramm die Abschaffung des §188 StGB – im Volksmund als ‚Majestätsbeleidigung' bekannt – aufzunehmen. Der Punkt ist einfach der, liebe Freunde. Der Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck hört ja nun nicht auf, ein Schwachkopf zu sein, nur weil er diese, wie ich finde, doch sehr zutreffende Bezeichnung strafrechtlich sanktionieren lässt. Nein, es macht es schlimmer. Es macht ihn zu einem totalitären Schwachkopf. Liebe Freunde, ein freiheitlicher Rechtsstaat, der strafrechtliche Normen missbraucht, um Bürger wegen Kritik an Regierungsmitgliedern zu schikanieren, zu verfolgen und zu kriminalisieren, hört eben auf, ein freiheitlicher Rechtsstaat zu sein. Durch die Aufnahme dieser Forderung unterstreichen wir einmal mehr, dass einzig und allein die AfD für den freiheitlichen Rechtsstaat einsteht."*[3005]

Damit kritisiert Anderson nicht nur die Strafrechtsnorm des § 188 StGB, sondern behauptet zugleich, die Bundesrepublik sei nicht länger ein Rechtstaat.

Martin Renner (MdB, NW) setzte in der Wahlkampfperiode weiterhin das durch ihn auch schon in der Vergangenheit regelmäßig angewendete rhetorische Stilmittel ein, die etablierten Parteien mit verschiedensten, an die SED angelehnten Wortkreationen zu diffamieren.

So schrieb er am 13. Januar 2025 auf Facebook:

> *„Allen ‚System-Pfuschern' der ‚Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands' (NSED) und des polit-ökonomisch-medialen Machtkartells sei lächelnd gesagt:*
> *‚Ihr erlebt gerade Euer blaues Wunder.'*
> *Und – Euch zur Erinnerung: Blau ist die Farbe der ‚Alternative für Deutschland'"*[3006]

Am 4. Februar 2025 schrieb Martin Renner (MdB, NW) auf Facebook:

[3005] Anderson, Christine: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.
[3006] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 13.01.2025, abgerufen am 03.02.2025.

„Deutschland ist kurz vor dem Ende und der große Wumms wird in Bälde Deutschland endgültig in den Abgrund stürzen.
Deshalb darf am 23.2.2025 keine Partei dieses Altparteien-Kartells mehr gewählt werden.
Wie konnte es passieren, dass in unserem Deutschland alle Parteien der ‚Neuen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (N-SED)'- außer der AfD - so irre, so undemokratisch und so totalitär geworden sind.
Ich erkläre das seit 12 Jahren ständig und leicht nachvollziehbar in Hunderten von Vorträgen."[3007]

e. Bezeichnung der Bundesrepublik als Diktatur im Zusammenhang mit konkreten Sachthemen

aa. Angeblich mangelnde Gewaltenteilung bzw. Aushöhlung demokratischer Prozesse

Auch die Negierung der Gewaltenteilung kam im fortgesetzten Beobachtungszeitraum vereinzelt vor.

Der Bundestagswahlkandidat Stefan Möller (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) trat am 18. Januar 2025 in Arnstadt (TH) beim Wahlkampfauftakt der AfD Thüringen für die Bundestagswahl als Redner auf. Dort äußerte er:

„Dieser Staat ist repressiv geworden und zwar ziemlich unverblümt. Wenn man beispielsweise jetzt die Forderung von Nancy Faeser anguckt, dass Polizisten entlassen werden, nur weil sie in der falschen Partei sind. Oder wenn wir anschauen, dass diese Woche ein Soldat entlassen worden ist aus dem Knast, der dort reingekommen ist, weil er sich nicht hat impfen lassen, weil er keine Lust hatte, eine experimentelle Impfung zu ertragen. Das ist Deutschland 2024 und das ist Deutschland noch 2025 und das müssen wir ändern. Denn das, was diese Politiker, unsere Konkurrenten, unsere [Anm.: zeigt Anführungsstriche] Demokratie nennen, das ist gar nicht unsere Demokratie, sondern das, was sie meinen, ist deren Macht. Es geht um deren Macht. Denn mit Demokratie hat das alles nicht viel zu tun, für Demokratie reicht's nicht, dass man wählen gehen

[3007] Renner, Martin: Facebook-Eintrag vom 04.02.2025, abgerufen am 07.02.2025.

kann, das gibt's auch in Staaten, die nicht demokratisch sind. Denn dazu muss es auch entsprechend fair zugehen. Da gehört ne ganze Menge mehr dazu."[3008]

bb. Angebliche Gewaltausübung gegen die Bevölkerung und politische Gegner

Mehrere Social-Media- und Redebeiträge aus den Reihen der AfD unterstellten der Regierung gewaltsames Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Dabei ist insbesondere der Vorwurf hervorzuheben, die Regierung übe durch die vermeintliche Hinnahme von Gewalttaten durch Migranten (passiv) Gewalt an dem deutschen Volk aus und sei dadurch für diese Gewalttaten mitverantwortlich.

Christine Anderson (MdEP, HE) schrieb am 26. Januar 2025 auf Facebook:

> „*Blut klebt an den Händen der Kartell-Politiker. Wie viele tote oder vergewaltigte Kinder, Frauen und Männer wollen wir noch hinnehmen, während unsere Grenzen weiter ungeschützt offenstehen? Wie lange wollen wir uns noch von hunderttausenden - längst abschiebepflichtigen - Illegalen ausnutzen und auf der Nase herumtanzen lassen? Wer die Grenzen nicht schützt und Migration nicht kontrolliert, reißt unser Land absichtlich ins Chaos. Alle Statistiken beweisen es. CDU Kanzlerkandidat Friedrich Merz ist ein Lügner, ein Schwätzer und ein erbärmlicher Wendehals. Wir brauchen keine machtgeilen Politdarsteller. Wir brauchen STACHELDRAHT, BETON und PUSHBACKS! Jetzt!*"[3009]

Im Februar 2025 wurde auf journalistenwatch.com ein Artikel von Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlicht. Darin stellte sie u. a. die Gewalttat von Aschaffenburg (BY) als Ergebnis einer „*gegen das deutsche Volk gerichtete[n] Migrationswaffe*" dar:

> „*Da schickst du dein kleinen zweijährigen Jungen morgens in die Kita und siehst ihn nicht lebend wieder, weil ein Monster, das nicht mehr hätte im Land sein dürfen, dein Augenlicht ausgelöscht hat. [...] Was für ein Skandal! Alle Menschen mit totrotgrüner Gesinnung heucheln nun wieder Anteilnahme und spucken den Opfern und ihren Familien im nächsten Augenblick ins Gesicht, indem Sie zu Demonstrationen gegen all die politischen Kräfte aufrufen, die die Menschen in diesem Land vor solchen monströsen Gewalttaten und die gegen das deutsche Volk gerichtete Migrationswaffe schützen wollen.*

[3008] Möller, Stefan: Rede am 18.01.2025 in Arnstadt; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 03.02.2025.

[3009] Anderson, Christine: Facebook-Eintrag vom 26.01.2025, abgerufen am 18.02.2025.

Sie machen am Rande dieser Demos Selfies mit selbstzufriedenem Lächeln und sagen so jedem Menschen in Deutschland, dass Ihnen die Morde und das Metzeln völlig egal sind. Sie demonstrieren nicht gegen die Mörder oder die fehlgeleitete Migrationspolitik. Sie zeigen der großen Mehrheit der jüngst Befragten, die sich ein Ende der entztlichen und folgenschweren Migrationspolitik wünschen, den ausgestreckten Mittelfinger. Bitte erklären Sie ihren Wählern endlich, dass sie gar nicht gewillt sind, die Wähler und ihre Kinder ernsthaft zu schützen. Erklären Sie, dass Sie ihre hart erarbeiteten Steuergelder an Sozialmigranten und feindliche Fremde umverteilen möchte.

Sie sind in Wahrheit empathielose, politische Geisterfahrer und die Totengräber des Vertrauens der Menschen in diesen Staat und seine Organe. Und sie gehen dabei über Leichen: Die unrühmliche Mehrheit des Deutschen Bundestages hat am Freitag den CDU Zuwanderungsbegrenzungsgesetzentwurf abgelehnt, den sich 69 Prozent der Befragten wünschten laut ‚Tagesspiegel' wünschten. Das alles macht die Menschen unfassbar wütend, denn sie sehen, welche Parteien auf die Mord- und Vergewaltigungsopfer der Masseneinwanderung spucken. [...]

In Wahrheit ist die Brandmauer keine Heldentat. Sie ist weit entfernt davon. Sie ist so etwas wie die Garantie auf ein Dauerabo auf Regierungsbeteiligung der Deutschland feindlich gesinnten parlamentarischen Minderheit. Mit Demokratie hat diese Brandmauer nichts zu tun. Mit Grabsteinen, Deutschlandvernichtung, Krieg, Armut und Elend leider eine ganze Menge."[3010]

Höchst verbreitete den Beitrag im Nachgang auch auf Facebook.[3011]

Matthias Moosdorf (MdB, SN) kommentierte in einem Facebook-Eintrag vom 21. Dezember 2024 die Amokfahrt in Magdeburg (ST) folgendermaßen:

„Die Verbrecher der Kartellparteien sind für die Tat mitverantwortlich. Das moralisierende Wegschauen ist Teil einer Politik, in der Einheimische wie Fischfutter behandelt werden. Sie dürfen zahlen, sollen das Maul halten, wenn sie es nicht tun, schuriegelt man sie.

[3010] Journalistenwatch: „Höchst brisant: Empathielose politische Geisterfahrer. Die Brandmauer des Grauens besteht allein zum Machterhalt einer Minderheit" vom 02.02.2025, in: htts://journalistenwatch.com, abgerufen am 07.02.2025.

[3011] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 02.02.2025, abgerufen am 07.02.2025.

Die kommende Bundestagswahl könnte diesem Irrsinn ein Ende machen, wenn... Ja, wenn die Deutschen endlich aufwachen würden. Stattdessen wieder nur dümmliches Framing."[3012]

Ebenso schrieb er in einem Tweet am folgenden Tag zu dem Thema:

„Magdeburg zeigt noch einmal deutlich, wie sehr diese Kartellparteien abgewirtschaftet haben. […] Der ganze linke Verbrecherclan schaut weg. So lange bis sie ihre Krokodilstränen vergießen können. Diese gelten jedoch eher ihrem Kontroll- und damit Machtverlust als den Opfern ihrer Politik. Im Mittelalter hätte man Politiker mit diesem Karma nicht nur abgewählt. Einstweilen bleibt nur, die AfD zu wählen. Wir sind die einzige Partei, die die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wird - wenn wir dazu genügend Stimmen haben!"[3013]

Der damalige Co-Vorsitzende der JA Thüringen, Eric Engelhardt, veröffentlichte am 1. März 2025 ein Video auf X, in dem er ausführt:

„Jemand bricht in deine Wohnung ein, verletzt deine Mutter und du sagst zum Einbrecher: ‚Du siehst aber traumatisiert aus. Hier, nimm noch etwas Geld.' Das ist die Realität in Deutschland. Millionen brechen in dein Land ein, verletzen Deutsche und du bezahlst sie noch. Die politische Elite führt einen Kampf gegen das eigene Volk. Sie wollen, dass unser Land ruiniert, unsere Sicherheit zerstört und unsere Identität vernichtet wird. Das lassen wir nicht zu. Deutschland ist unsere Heimat, eine Heimat, die es nicht nochmal gibt. Deswegen wehren wir uns dagegen, damit auch deine Mutter wieder sicher leben kann."[3014]

Gerhard Schenk (MdL HE) schrieb am 12. Februar 2025 auf Facebook:

„Zensur, Hausdurchsuchungen, Druck am Arbeitsplatz. Die Opposition ist einem immensen Verfolgungsdruck ausgesetzt. Nur so können anscheinend die Altparteien ihren Kurs der wirtschaftlichen und kulturellen Zerstörung weiter fortsetzen. Absicht? Unvermögen?"[3015]

Harald Laatsch, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, bezeichnete die Bundesrepublik Deutschland in einem Tweet vom 20. Dezember 2024 als *„Unrechtsstaat"*:

[3012] Moosdorf, Matthias: Facebook-Eintrag vom 21.12.2024, abgerufen am 16.01.2025.
[3013] Moosdorf, Matthias: Tweet vom 22.12.2024, abgerufen am 16.01.2025.
[3014] Engelhardt, Eric: Tweet vom 01.03.2025, abgerufen am 04.03.2025.
[3015] Schenk, Gerhard: Facebook-Eintrag vom 12.02.2025, abgerufen am 13.02.2025.

> *„Jetzt plant die Bundesregierung eine offizielle Urlaubsreiseerlaubnis für Menschen die angeblich aus dem Land ‚flüchten' mussten.*
> *Deutschland ist ein Unrechtsstaat gegen seine eigene Bevölkerung. Damit das so bleibt haben sich die Täter das Bundesverfassungsgericht gesichert."*[3016]

Der Deutschland-Kurier veröffentlichte am 18. Februar 2025 einen Videobeitrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit dem Titel „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!" auf seinem YouTube-Kanal. Darin agitierte Nolte gegen die *„Kartellparteien"* und die *„Deutschlandabschaffer[n] von CDU und CSU"*:

> *„Liebe Patrioten, liebe Freunde der Freiheit, liebe User und Zuseher des Deutschland-Kuriers, mein Name ist Benjamin Nolte und ich bin Abgeordneter für die AfD im Bayerischen Landtag. Unser Brauchtum und unsere Traditionspflege, einst Zeichen unserer Identität und unseres Stolzes, wurde von den Kartellparteien in den letzten Jahren zur Zielscheibe ihrer Kulturvergessenheit gemacht. Allen voran von den Deutschlandabschaffern von CDU und CSU. Einst konservative Wertebewahrer sind CDU und CSU heute nur noch kulturmarxistische Marionetten. Von Heimatliebe und Respekt für unsere Traditionen ist nichts mehr übrig, außer vielleicht in Wahlkampfreden."*[3017]

Der AfD-Kreisverband München (BY) teilte am 23. Januar 2025 auf Facebook einen Artikel von www.dushanwegner.com mit folgendem Inhalt:

> *„Als gestern ein Afghane in Aschaffenburg ein 2-jähriges Kind und einen 41-Mann zu Tode messerte (nius.de, 22.1.2025), war ich, wie viele von uns, zunächst einfach nur von Schmerz und Wut ergriffen.*
> *Nach aktuellem Informationsstand war der 28-jährige Afghane im Jahr 2022 nach Deutschland gekommen (nius.de, 22.1.2025). Er wurde von den Behörden dem ‚Betäubungsmittel-Milieu' zugerechnet, eine Umschreibung für Drogenkonsument und/oder Drogendealer. […] In ihrem Bemühen, Deutschland den maximalen Schaden zuzufügen, wollte die Regierung offenbar tausende Afghanen im wehrfähigen Alter nach Deutschland fliegen lassen. Etwas davon wurde wohl*

[3016] Laatsch, Harald: Tweet vom 20.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.

[3017] Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 18.02.2025.

umgesetzt. War der Täter von Aschaffenburg einer von diesen Baerbock-Besuchern? Einige Mitarbeiter der deutschen Botschaften im Ausland, dem ‚grünen' Außenministerium unterstellt, scheuen offenbar nicht einmal vor Gesetzesbruch zurück, um afghanischen Männern den Weg nach Deutschland zu ermöglichen (rp-online.de, 28.06.2024). Legal? Illegal?

Für die Grünen ‚scheißegal' - Hauptsache zum Schaden Deutschlands.

(Täuscht euch nicht: Das ist nicht nur ein deutsches Phänomen: Auch in anderen EU-Ländern erlebt man seit Jahren, wie Flugzeugladungen junger, gesunder Männer aus Afrika landen und von verhuschten NGO-Schergen schnell und geplant in die Gesellschaften eingeschleust werden. Das alles wird von bösen Kräften orchestriert, die vermutlich weit über Baerbock stehen, aber Figuren wie die Wohlfrisierte als öffentliches Gesicht benötigen.)

Als Essayist ist es meine Aufgabe, meine Bestürzung in Worte zu bringen, und zwar auf eine Weise, die nach Ludwig Wittgenstein ‚der Fliege den Weg aus dem Fliegenglas weist'. Doch was kann man noch formulieren, was nicht bereits formuliert worden ist?

Dass das Blut der Opfer importierten Terrors an den Händen der Gutmenschen klebt? [...]

CDU und FDP könnten jederzeit, gemeinsam mit der AfD, den Migrationswahnsinn und das unnötige Sterben durch ausreisepflichtige Gewalttäter beenden. Doch sie tun es nicht.

Bei SPD und Grünen sind Partei und Wählerschaft moralisch dermaßen ‚durch', dass die die Toten ganz bewusst in Kauf nehmen, um ihren Migrationswahnsinn durchzuziehen, bis zum blutigen Ende. [...]

Brandmauer steht für die Verweigerung jeder Zusammenarbeit oder Koalition mit der AfD - wie hoch der Preis an Menschenleben damit auch sei. Die Azteken-Priester opferten einst ihre Kinder durchs Messer und auf blutigste Weise, um die Götter zu besänftigen. Die deutsche Brandmauer-Ideologie opfert das Leben von Kindern und Eltern, liefert sie buchstäblich ans Messer, wohl um irgendwelchen höheren Migrations-Mächten zu gefallen.

Das ist die Realität im Deutschland des Jahres 2025: Die Brandmauer ist eine gefährliche Ideologie, und sie hat Deutschland noch immer im Griff.

Der (bislang) beinharte Ideologe Friedrich Merz ist bereit, wöchentlich den Tod von Menschen für seine Brandmauer-Ideologie in Kauf zu nehmen.“[3018] [3019]

Der AfD-Kreisverband München (BY) macht sich durch Teilen des Beitrags ohne kritische Auseinandersetzung den Inhalt zu eigen.

f. Allgemeine Diffamierung der staatlichen Institutionen

Ebenfalls konnten im Zeitraum ab dem Koalitionsbruch weiterhin mehrere Instanzen festgestellt werden, in denen Funktionärinnen und Funktionäre der AfD staatliche Institutionen allgemein diffamieren.

So unterstellten mehrere AfD-Politikerinnen und Politiker staatlichen Institutionen beispielsweise die planvolle Zerstörung oder Vernichtung Deutschlands:

Marc Bernhard (MdB, BW) verunglimpfte am 31. Januar 2025 auf X die etablierten Parteien als *„Kartellparteien“*, *„Deutschlandzerstörer“* und *„Antidemokraten“*:

„Sie wollen die Grenzen einfach nicht schließen: Kartellparteien zerstören Deutschland!
Das heutige pseudo-‚demokratische‘ Schauspiel ist vorbei. Angesichts der täglichen Messerübergriffe, Gruppenvergewaltigungen und Toten war dieses Gerangel mehr als nur unwürdig für unser Parlament. Nicht die Sicherheit und das Leben der Menschen, sondern ‚Brandmauern‘ und Wahlkampftaktik spielen für die Kartellparteien offenkundig die wichtigste Rolle.
Das ‚Zustrombegrenzungsgesetz‘ hat bloß rein kosmetischen Charakter, doch nicht einmal diesen minimalen Schritt sind die Deutschlandzerstörer bereit, zu gehen. Die absurde Debatte über dieses Gesetz beweist, dass die Altparteien unsere Grenzen nicht schützen wollen.
Grüne, FDP, SPD, Linke und CDU sind klar unwählbar. Diese Antidemokraten haben heute eindrücklich unter Beweis gestellt, dass sie nicht das Wohle Deutschlands und das der Bürger im Sinne haben.“[3020]

[3018] AfD München: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025. .
[3019] Wegner, Dushan: „Brandmauertote, die Opfer einer Ideologie“ vom 23.01.2025, in: www.dushan-wegner.de, abgerufen am 24.01.2025.
[3020] Bernhard, Marc: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 06.02.2025.

Tomasz Froelich (damaliger stellvertretender JA-Bundesvorsitzender; MdEP, HH) verbreitete einen Tweet von Marvin Neumann (ehemaliger Bundesvorsitzender der JA und Mitarbeiter eines MdB) aus Januar 2025. Darin kommentierte Weber einen ZEIT-Artikel anlässlich der Wahl des Begriffs „Biodeutsch" als „Unwort des Jahres" mit folgendem Wortlaut:

> *„Das BRD-Sprachregime mag keine Begriffe, die an die Existenz von Abstammungsdeutschen erinnern. Nicht sonderlich überraschend, aber wieder symptomatisch für einen ethnozidal-antideutsch ausgearteten Verfassungspluralismus."*[3021]

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, postete am 15. Januar 2025 (unter Nutzung seines Pseudonyms „Fabian Keubel") den folgenden Beitrag auf X, der von der JA Sachsen-Anhalt geteilt wurde:

> *„Eine Unvereinbarkeitsliste auf der obskure Kleinstorganisationen, nicht aber verbrecherische Massenorganisationen wie die Altparteien stehen, obwohl letzte Deutschland so schweren Schaden zugefügt haben, wie niemand sonst, ist letztlich halt auch nur ein absurder Witz."*[3022]

Küble und die JA Sachsen-Anhalt diffamieren hier nicht nur die von ihm sogenannten Altparteien, sondern unterstellen ihnen auch illegale, größtmöglichen Schaden verursachende Machenschaften, welche sie zu der Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste der AfD qualifizieren müssten.

Auf dem Wahlkampfabschluss des hessischen AfD-Landesverbands am 20. Februar 2025 in Neuhof (HE) trat der hessische Bundestagsabgeordnete Uwe Schulz als Redner auf. Dort bezeichnete er die regierenden Parteien in Deutschland unter anderem als *„globalisierte bunte Vasallen"*:

> *„Der Fisch stinkt vom Kopf. Und daher ist es so wichtig, die Köpfe zu ändern. Anstelle von Schwachköpfen brauchen wir Schlauköpfe, auch wenn sie blonde Zöpfchen tragen. Anstelle von Deutschland-Vernichtern brauchen wir Deutschland-Retter. Anstelle von globalisierten bunten Vasallen brauchen wir Ritter des*

[3021] Froelich, Tomasz: Retweet eines Tweets vom 13.01.2025, abgerufen am 01.04.2025.
[3022] Junge Alternative Sachsen-Anhalt, Retweet eines Tweets vom 15.01.2025, abgerufen am 07.03.2025.

Grundgesetzes. Wir brauchen Kämpfer, die unsere Farben Schwarz-Rot-Gold ganz offen und voller Stolz tragen und tapfer unser Heimatland Deutschland zurückerobern. Gehen Sie daher zur Wahl, bringen Sie noch ein paar Kumpels mit und beobachten Sie ab 18 Uhr die Leute, die ihre Wählerstimmen auszählen."[3023]

Im Rahmen der von der AfD Bayern organisierten Gedenkveranstaltung anlässlich einer Gewalttat in Aschaffenburg vom 22. Januar 2025 äußerte Björn Höcke (MdL TH) in seinem Redebeitrag:

> *„Die Kartellparteienpolitiker, die haben Deutschland, obwohl wir noch gar nicht im Krieg stehen, Gott sei Dank noch nicht im Krieg stehen mit Russland, sie haben Deutschland in den letzten Jahren und Jahrzehnten zu einem killing field im Frieden gemacht. […]*
> *Die Deutschen sind in den letzten Jahren und Jahrzehnten vom politmedialen Establishment in Deutschland in Angst und Schuld gehalten worden. Und wenn sie nicht langsam wach werden, wenn sie nicht langsam den aufrechten Gang lernen, dann wird von ihnen schon in Bälde nichts mehr übrig sein […]. Ich kann die Namen nicht mehr aufzählen, die unschuldig in den letzten Jahren ums Leben gekommen sind durch eine verfehlte Politik der offenen Grenzen."*[3024]

Er äußerte außerdem in einem Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025:

> *„Die Beileidsbekundungen der Kartellparteienpolitiker sind flach, hohl und stereotyp. Entweder ist das ihrer Empathielosigkeit geschuldet oder dem Wissen, daß sie durch die Politik der offenen Grenzen, die sie alle bis heute mittragen, große Schuld auf sich geladen haben. Als bezeichnend und gleichzeitig beschämend empfand ich den Beitrag der CDU-Spitzenfunktionärin Julia Klöckner auf X. Sie schrieb: ‚Es sind immer wieder Männer. Nicht Frauen. #Aschaffenburg' Wahrscheinlich um von der Jahrhundertschuld der CDU abzulenken, scheut diese Dame nicht davor zurück, Männer gegen Frauen auszuspielen und unsere Gesellschaft auch noch in dieser Hinsicht zu polarisieren. Um es nochmal deutlich auszusprechen: Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen*

[3023] Schulz, Uwe: Redebeitrag auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Hessen in Neuhof (HE); veröffentlicht in: www.youtube.com" am 20.02.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 06.03.2025.
[3024] Höcke, Björn: Redebeitrag am 24.01.2025 in Aschaffenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 24.01.2025, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 27.01.2025.

> *illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch!*
> *[...] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!"*[3025]

Andreas Galau (MdL BB) teilte am 23. Januar 2025 einen Telegram-Beitrag von Björn Höcke (MdL TH) mit diesem Inhalt.[3026]

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) schrieb in einem Tweet vom 17. November 2024:

> *„Die CDU steht neben vielen Dingen - der Massenmigrationspolitik der Ära Merkel, machthungriger Opportunismus, inhaltliche Widerstandslosigkeit etc. - vor allem für ein unsouveränes Vasallendeutschland, das den vaterländischen Verrat als Realpolitik kaschiert."*[3027]

Am 14. Januar 2025 unterstellte Klaus Gagel (MdL HE) auf Facebook, die Regierungsparteien der vergangenen 20 Jahre hätten nicht im Interesse Deutschlands gehandelt:

> *„Während des vergangenen Wochenendes wurde in Riesa auf unserem Bundesparteitag über die Kanzlerkandidatur unserer Spitzenkandidatin Alice Weidel ab- und mit großer Mehrheit dafür gestimmt.*
> *Die AfD stellt damit erstmals einen Kanzlerkandidaten. Die deutschen Bevölkerung hat damit nun auch endlich Aussicht auf eine potentielle Kanzlerin, die tatsächlich deutsche Interessen vertritt. Und dies ist auch bitter notwendig. Nach*

[3025] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b.)
[3026] Galau, Andreas: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[3027] Springer, René: Tweet vom 17.11.2024, abgerufen am 18.12.2024.

über zwanzig Jahren antideutscher Politik der Altparteien steht unser Land so schlecht da wie noch nie in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik.“[3028]

In weiteren Aussagen wurden den etablierten Parteien Korruption sowie unlautere Methoden zur Machtergreifung bzw. zum Machterhalt unterstellt:

René Springer (AfD-Landesvorsitzender und MdB, BB) sprach in einem Tweet vom 2. Dezember 2024 von einer *„inkompetente[n], in großen Teilen korrupte[n] Parteienelite“*.[3029]

Nicole Höchst (MdB, RP) veröffentlichte im Januar 2025 auf Facebook folgende Aussage:

> *„Wer erinnert sich noch an ein Deutschland, in dem Recht und Ordnung herrschte? Ohne Hunderttausende illegale Migranten? Ohne tägliche Messerangriffe und Gruppenvergewaltigungen? Wahrscheinlich ist dieser Mangel an Vorstellungskraft ein Ergebnis der Manipulation des herrschenden Politmedienkartells, das Angst um seine Macht hat?“*[3030]

In seinem Redebeitrag auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) bezeichnete Andreas Lichert (MdL HE) die Regierungsparteien als *„linksgrüne Ökosozialisten“*, die primär nicht die besten Interessen des Landes im Sinn hätten:

> *„Aber jetzt setzen wir uns mal kurz eine linksgrüne Brille auf und sagen doch, doch, das stimmt alles, der Mensch ist schuld und überhaupt. Selbst dann müsste man den linksgrünen Ökosozialisten in Deutschland in den Arm fallen, denn die machen so unfassbar viel dummes Zeug, das nicht nur sauteuer ist, sondern vor allen Dingen dem Klima überhaupt nichts bringt. Überhaupt gar nichts.“*[3031]

[3028] Gagel, Klaus: Facebook-Eintrag vom 14.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.
[3029] Springer, René: Tweet vom 02.12.2024, abgerufen am 18.12.2024.
[3030] Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 24.01.2025, abgerufen am 27.01.2025.
[3031] Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

g. Zwischenfazit

Auch im Zeitraum des Bundestagswahlkampfs ließen sich zahlreiche Aussagen von AfD-Politikerinnen und Politikern feststellen, die sich gegen das Demokratieprinzip richten. So fiel in der Vorwahlzeit eine Vielzahl verschiedener dem Demokratieprinzip widriger Äußerungen betreffend fast aller Gliederungspunkte aus Kapitel E. I. 2. an.

Besonders das Inabredestellen der Pressefreiheit stellt im Rahmen des Wahlkampfs eine besondere Untergrabung demokratischer Prozesse dar, da es dazu geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung in eine unabhängige Berichterstattung zu schwächen, und darauf abstellt, die Wählerinnen und Wähler in ihrer Wahlentscheidung zu verunsichern.

Ebenfalls ist die Häufigkeit des Gebrauchs von Begrifflichkeiten wie *„Kartellparteien"* im Wahlkampf hervorzuheben. Durch die immer wiederkehrende Verwendung dieses und daran angelehnter Begriffe von verschiedenen AfD-Politikern kann davon ausgegangen werden, dass es sich hierbei um eine innerparteilich akzeptierte Wahlkampfrhetorik handelt.

Anhand der Vielzahl der angefallenen Belege sowie deren inhaltlicher Intensität kann auch im Hinblick auf das Demokratieprinzip keine Mäßigung während des fortgesetzten Beobachtungszeitraums im Vorwahlzeitraum festgestellt werden.

3. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip zielt, wie oben bereits dargelegt, auf die Bindung und Begrenzung der öffentlichen Gewalt zum Schutz der individuellen Freiheit ab. Es umfasst als bestimmende Merkmale etwa die Gewaltenteilung – also die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt (Art. 20 Abs. 3 GG) und Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte – und das Gewaltmonopol des Staats.

Während des im voranstehenden begutachteten Zeitraums konnten seitens der AfD das Rechtsstaatsprinzip tangierende Positionen festgestellt werden, wenngleich deren Anzahl und Qualität nicht drauf schließen lassen, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird. Es fanden sich vornehmlich Verlautbarungen mit offener Widerstandsrhetorik und einer eklatanten Infragestellung des Gewaltmonopols.

Rechtsstaatsprinzip

Es ist zu prüfen, ob die während der Verdachtsfallbearbeitung angefallenen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip fortbestehen oder aber im Wahlkampfzeitraum eine diesbezügliche mäßigende oder verstärkende Veränderung stattgefunden hat. Diesbezüglich sind zwei Äußerungen zu betrachten, die beide von Björn Höcke (MdL TH) stammen.

So forderte er im Januar 2025 auf X, die Europäische Konvention der Menschenrechte auszusetzen:

> *„Der Syrer Alaa S. kommt nur 6 Jahre nach dem Mord an Daniel H. aus dem Gefängnis und wird n i c h t abgeschoben. Die Europäische Konvention der Menschenrechte wird vom Gericht für diese Entscheidung herangezogen, um das Prinzip ‚Täterschutz vor Opferschutz' praktizieren zu können. Ich frage mich: Was ist mit den Menschenrechten der Deutschen und warum setzt man die Konvention nicht aus, wenn offenkundig der Staatszerfall in Deutschland droht? Letztlich ordnen die Richter - und mit ihr die Kartellparteien - die Existenz des Staates dem Recht bzw. der Auslegung des Rechtes unter. Finde den Fehler! Ich wiederhole hier eine alte Einsicht, wenn ich sage: Es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht!"*[3032]

Höcke bekundet hier, dass er die Entscheidung des VG Chemnitz aus 2021, wonach der Syrer Alaa S einem Abschiebungsverbot unterliegt, für unbeachtlich hält und stellt insofern die Bindung an Recht und Gesetz in Frage. Begründet wurde das Abschiebeverbot für Alaa S. mit der Unvereinbarkeit einer Abschiebung nach Syrien mit Art. 3 EMRK („Niemand darf der Folter oder unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden."). Die von Höcke geäußerte Forderung, die Europäische Konvention der Menschenrechte in Gänze auszusetzen, um einen verurteilten Straftäter ohne deutsche Staatsbürgerschaft – trotz vorliegender menschenrechtlicher Bedenken und humanitärer Gründe, die einer Abschiebung entgegenstehen – abzuschieben, ist in letzter Konsequenz als rechtsstaatswidrig zu werten und steht im Widerspruch zu Deutschlands völkerrechtlicher Verpflichtung als EMRK-Mitglied.

[3032] Höcke, Björn: Tweet vom 25.01.2025, abgerufen am 27.01.2025.

Höcke kritisiert dabei nicht nur die konkrete Gerichtsentscheidung des VG Chemnitz, was noch nicht verfassungsschutzrelevant wäre. Vielmehr fordert er die allgemeine Außerkraftsetzung bindender Menschenrechte – die auch die Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes tangieren –, und zielt damit letztlich auf die (widerrechtliche) Rückführung von Menschen mit Migrationsgeschichte ab, die seiner völkisch-ethnischen Vorstellung nach kein Bleiberecht in Deutschland haben.

Gemäß Art. 6 Abs. 3 EU-Vertrag sind die Grundrechte, wie sie in der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gewährleistet sind und wie sie sich aus den gemeinsamen Verfassungsüberlieferungen der Mitgliedstaaten ergeben, im Übrigen als allgemeine Grundsätze Teil des Unionsrechts. Damit missachtet Höcke auch den grundsätzlichen Vorrang des Unionsrechts. Es trifft zwar zu, dass dieser nur gilt, weil die Bundesrepublik als souveräner Staat selbst entscheiden konnte, aufgrund von Art. 23 GG und den Zustimmungsgesetzen zu den europäischen Verträgen Kompetenzen abzugeben.[3033] Insofern wäre dies durch Gesetzesänderung wieder abänderbar, wie die AfD es auch mit der Gründung eines Bund europäischer Nationen anzustreben scheint.[3034] Dies ist jedoch nicht Gegenstand der hiesigen Aussage. Höcke möchte das aktuell geltende Recht nicht bei der Entscheidung über die Abschiebung angewendet sehen und ignoriert damit den Grundsatz des Vorrangs des Gesetzes.

Dass sich Björn Höcke hinsichtlich der Rückführung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht an Recht und Gesetz gebunden sieht, veranschaulicht darüber hinaus ein von ihm veröffentlichter Facebook-Eintrag vom 23. Januar 2025 anlässlich des Messerangriffs in Aschaffenburg (BY):

> *„Die Kartellparteienpolitik der Aufnahme von Millionen illegaler Immigranten aus fremden Kulturen zerstört den im Grundgesetz beschriebenen Souverän und Staat. Sie ist in der Tat verfassungswidrig und extremistisch! Als ich vor einigen Jahren in ‚Nie zweimal in den denselben Fluß‘ den fortgeschrittenen Prozeß des deutschen Staatszerfalls beschrieb, führte ich zu möglichen Gegenmaßnahmen aus: ‚Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird*

[3033] Vgl. Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 93, Rn. 82c.
[3034] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 86: „Dieser Bund europäischer Nationen, den wir als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft anstreben, wahrt die weitgehende Souveränität seiner Mitgliedsstaaten nach innen und ermöglicht die Koordination im Auftreten nach außen."

> *man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ,Wohltemperierten Grausamkeit', wie es Peter Sloterdijk sagte, herumkommen. Das heißt, dass sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.' Und ich mahnte, was oft unterschlagen wird, aus meiner ethischen Verantwortung heraus im folgenden Satz an: ,Man sollte daher so human wie irgend möglich, aber auch so konsequent wie nötig vorgehen.' Ich setzte damit bewußt einen Kontrapunkt zur damaligen Bundeskanzlerin Merkel, die den Migrantentsunami über Deutschland hinweggehen ließ, weil sie die unschönen Bilder an der Bundesgrenze fürchtete. Ich tat es, wohl wissend, Opfer von Haß und Hetze durch das polit-mediale Establishment zu werden, weil ich ahnte, wie grausam die Folgen für Deutschland werden würden. Die Bluttat von Aschaffenburg steht für diese grausamen Folgen. [...] Trump weiß, es gibt kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht. Die unschuldigen Opfer der immigrationsbedingten Gewalt in Deutschland werden nicht mehr lebendig werden. Und die Toten von Aschaffenburg werden nicht die letzten gewesen sein. Trotzdem haben die Menschen in Deutschland am 23. Februar die Möglichkeit den fatalsten Irrweg der deutschen Nachkriegsgeschichte zu beenden – den der identitäts- und staatsauflösenden Politik der offenen Grenzen. Es ist Zeit für Deutschland!"*[3035]

Höcke erneuert hier seine im 2018 erschienenen Gesprächsband „Nie zweimal in denselben Fluß" formulierte Forderung, im Rahmen der Remigrationspolitik auch solche Maßnahmen zu ergreifen, die dem moralischen Empfinden der Bevölkerung zuwiderlaufen könnten.[3036] Dass er sich hinsichtlich der Rückführungen von Migrantinnen und Migranten nicht an international geltendes Recht gebunden sieht, bekräftigt vor allem seine abermalige Äußerung, es gebe *„kein internationales Recht, das das Recht eines souveränen Volkes brechen könnte, selbst darüber zu entscheiden, mit wem es zusammenleben will und mit wem nicht"*. Seine Ausführungen belegen in letzter Konsequenz eine willkürliche rechtliche Schlechterstellung von Menschengruppen auf Basis eines imaginierten *„Recht[s] eines souveränen Volkes"*, was diese

---

[3035] Höcke, Björn: Facebook-Eintrag vom 23.01.2025, abgerufen am 04.02.2025. (Doppelverwendung des Belegs aus Kapitel F. I. 1. b.)

[3036] Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 396 f.

in ihrer Menschwürde verletzen würde und auch dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderläuft.

Im Gegensatz zum vorherigen Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung, in dem vereinzelt Äußerungen mit Widerstandsrhetorik und Infragestellungen des Gewaltmonopols seitens der AfD-Vertreterinnen und -Vertreter festgestellt wurden, fanden sich im hiesigen Begutachtungszeitraum lediglich zwei Äußerungen eines Landtagsabgeordneten, die das Rechtsstaatsprinzip tangieren. Die betreffenden Aussagen stellen in argumentativ ähnlicher Weise die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt in Frage und enthalten eine rechtsstaatswidrige Forderung zur „Remigration" unter Missachtung geltenden Rechts (etwa durch Außerkraftsetzung völkerrechtlich garantierter Menschenrechte).

Anknüpfend an die Feststellung in Kapitel E. I. 3. lassen diese beiden Äußerungen weiterhin nicht den Schluss zu, dass die Partei von einer gegen das Rechtsstaatsprinzip verstoßenden Tendenz beherrscht wird, weshalb auch nicht von einer Verdichtung der festgestellten Verdachtsmomente zur Gewissheit ausgegangen werden kann.

4. Positionierungen zum Nationalsozialismus

Im voranstehend begutachteten Zeitraum wurden auf allen Parteiebenen Positionierungen der AfD zum Nationalsozialismus festgestellt (siehe hierzu Kapitel E. I. 4). Während eine ausdrückliche Befürwortung, Rechtfertigung oder Verherrlichung des Nationalsozialismus in den obigen Ausführungen nicht zum Tragen kam, fanden sich hingegen unterschiedliche Formen der Verharmlosung des NS-Regimes und seiner Verbrechen. Darüber hinaus belegen einige der Äußerungen eine Negation der fortlaufenden aus dem Nationalsozialismus resultierenden moralischen und rechtlichen Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland.

Im Folgenden ist zu prüfen, ob während des Bundestagswahlkampfs weiterhin Positionierungen der AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zum Nationalsozialismus festzustellen sind, die Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellen und inwieweit sich aus diesen entweder eine Mäßigung oder aber eine weitere Verdichtung der Verdachtsmomente erkennen lässt.

a. Beschönigende und verharmlosende Darstellung des Nationalsozialismus

Im untersuchten Wahlkampfzeitraum ist ein Sachverhalt bekannt geworden, der eine unmittelbar positive Haltung eines AfD-Kommunalpolitikers gegenüber dem historischen Nationalsozialismus zum Ausdruck bringt und in dieser expliziten Deutlichkeit im Vergleich zu den sonstigen AfD-Positionierungen zum NS-Regime eine Ausnahme darstellt.

In einem Presseartikel vom 20. Februar 2025 wurde ein Foto veröffentlicht, das Steffen Kühn (Mitglied im Stadtrat Gräfenhainichen und im Wittenberger Kreistag, ST) auf einem Gruppenfoto zeigt, auf welchem er vor einer modifizierten Reichskriegsflagge von 1933 mit Reichsadler und Eisernem Kreuz posiert. Eine neben ihm abgebildete Person zeigt auf diesem Foto den Hitlergruß:[3037]

[3037] Mitteldeutsche Zeitung: „AfD-Politiker unter Druck: Foto mit Hitlergruß aufgetaucht“ vom 20.02.2025, in: www.mz.de, abgerufen am 07.03.2025.



Zwar fällt die von den Nationalsozialisten verwendete Reichskriegsflagge mit Eisernem Kreuz – also ohne Darstellung eines Hakenkreuzes – in Deutschland nicht unter das Verbot von NS-Symboliken nach § 86a StGB, doch wird sie vornehmlich von Rechtsextremisten als Ersatz für die verbotene Hakenkreuzflagge genutzt. Die Verwendung des Hitlergrußes hingegen ist strafbar nach § 86a StGB. Steffen Kühn distanziert sich offenkundig nicht von derartigen den Nationalsozialismus verherrlichenden Darstellungen, sondern scheint im Gegenteil eine gemeinschaftliche Gruppenposition zu vertreten.

Der AfD-Stadtrat und Bundestagskandidat Taras Maygutiak (BW) wurde im November 2024 wegen des Verwendens verfassungswidriger Kennzeichen (§ 86a StGB) verurteilt, nachdem er in einem Facebook-Eintrag – offensichtlich in gleichsetzender Absicht – eine Hakenkreuz- und eine Regenbogenfahne nebeneinander eingestellt hatte. Das Gericht wertete die Abbildungen nicht, wie von Maygutiak vorgebracht, als dokumentarisch gerechtfertigte und deshalb straffreie Darstellungsform.[3038]

[3038] Badische Neueste Nachrichten: „Amtsgericht Offenburg: AfD-Stadtrat Maygutiak wegen Hakenkreuz-Post verurteilt" vom 24.11.2024, in: https://bnn.de, abgerufen am 29.01.2025.

b. Ablehnung der für die Bundesrepublik Deutschland aus dem NS-Regime folgenden rechtlichen, finanziellen und moralischen Verantwortlichkeiten

Wie oben bereits dargelegt, können sich Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung bereits dann ergeben, wenn die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und die nach 1945 entstandene Erinnerungskultur von Vertreterinnen und Vertretern der AfD in pauschaler und geschichtsrevisionistischer Manier als „Schuldkult" diskreditiert werden. Diesem rechtsextremistischen Narrativ folgend sei die Erinnerung an den Nationalsozialismus den Deutschen als angebliche „Kollektivschuld" von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs aufgezwungen worden, um Deutschland und das deutsche Volk fortgesetzt unterdrücken und finanziell ausbeuten zu können. Eine damit verbundene – zu großen Teilen völkerrechtlich bindende – moralische, rechtliche und finanzielle Verantwortungsübernahme wird dabei pauschal zurückgewiesen und die Dimension und Singularität der nationalsozialistischen Verbrechen negiert.

Besonders eindrücklich erscheint in diesem Zusammenhang ein Videobeitrag des bayerischen Landtagsabgeordneten Benjamin Nolte mit dem Titel „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!", der vom Deutschland-Kurier am 18. Februar 2025 auf YouTube veröffentlicht wurde:

> *„Während linke Ideologen fordern, Straßennamen zu ändern, Denkmäler abzureißen und alles, was nach deutscher Geschichte riecht, auszulöschen, klatschen CDU und CSU artig Beifall. Brauchtum und Tradition, für diese Leute nur etwas, das stört. Stattdessen schwelgt man lieber in multikulturellen Utopien und belehrt uns, warum wir uns für unsere eigene Geschichte schämen sollten. Wir von der AfD sagen, es reicht. Unser Brauchtum und unsere Tradition sind kein Relikt aus der Vergangenheit. Sie sind Teil unserer Identität und unserer Zukunft. Wir stehen für den Schutz von Denkmälern und Traditionen. Abrissbirnen gehören auf Baustellen, aber nicht an unsere Geschichte. Gedenkkultur*

> *ohne Schuldkult. Wir gedenken mit Respekt unserer Ahnen Werk und das ohne uns ständig auf Knien zu entschuldigen."*[3039]

Zwar knüpft die Äußerung hier zunächst an die politische Diskussion an, ob Straßennamen von bestimmten Personen – auch solchen, die zu anderen Zeiten als dem Nationalsozialismus, beispielsweise dem Kaiserreich lebten – abzuändern seien. Aufgrund der Allgemeinheit seiner Ausführungen und der Tatsache, dass viele der diskutierten Fälle Personen mit nationalsozialistischen Bezügen betreffen, bezieht er die diesbezügliche Erinnerungspolitik auch mit ein. Nolte diffamiert so die geleistete Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, welche er als regelrechte Auslöschung *„deutscher Geschichte"*, Denkmäler und Traditionen verunglimpft. Mit seiner Formulierung *„Gedenkkultur ohne Schuldkult"* lehnt er jede weitere Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus ab, wodurch die aus der NS-Vergangenheit gezogenen Lehren nicht länger bedeutsam für die heutige Politik wären. Vielmehr solle der deutschen Geschichte nicht schambehaftet, sondern in positivem Sinne (*„mit Respekt"*) gedacht werden, ohne sich *„ständig auf Knien [...] entschuldigen"* zu müssen. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wird damit als lästig dargestellt. Seine Ausführungen stehen der identitätsprägenden Bedeutung des Nationalsozialismus für die verfassungsrechtliche Ordnung im Sinne eines Gegenentwurfs grundsätzlich entgegen.

Ähnlich – wenn auch weniger radikal – argumentierte auch Hans-Thomas Tillschneider (MdL ST) in einem Tweet vom 26. Januar 2025. Darin teilte dieser einen Beitrag über die Grußbotschaft von Elon Musk während der Wahlkampfauftaktveranstaltung der AfD in Halle (ST) am Vortag und kommentierte ihn wie folgt:

> *„Bin #ElonMusk unendlich dankbar für seine Rede. Mit seiner Unterstützung werden wir unser Verhältnis zu unserer Geschichte normalisieren. Vernünftige, wohldosierte, historische Beschäftigung mit der #NS-Zeit ja, aber Schluß mit dem Schuldkult! Vergangenheit vergehen lassen! #AfD"*[3040]

Auch Hans-Thomas Tillschneider fordert einen *„Schlussstrich"* hinsichtlich des *„Schuldkult[s]"* und empfiehlt, die *„Vergangenheit vergehen zu lassen"*. Er verlangt

---

[3039] Nolte, Benjamin: „Heimat, Tradition, Identität – die AfD verteidigt, was die Altparteien verraten haben!"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 18.02.2025, Kanal: „Deutschland Kurier", abgerufen am 18.02.2025.
[3040] Tillschneider, Hans-Thomas: Tweet vom 26.01.2025, abgerufen am 29.01.2025.

hier keine ganzheitliche Überwindung der Erinnerungskultur, sondern billigt zumindest noch eine *„vernünftige, wohldosierte, historische Beschäftigung“* mit der NS-Vergangenheit. Der von ihm verwendete „Schuldkult“-Begriff marginalisiert jedoch bereits für sich genommen die verbrecherische Dimension des Nationalsozialismus und die daraus resultierende historische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.

In diesem Zusammenhang sind auch die folgenden Verwendungen des Begriffs zu bewerten:

Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB, nach der Bundestagswahl 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) hielt am 8. Februar 2025 in Paderborn (NW) eine Wahlkampfrede, in der von den *„Schuldkultmühlen des Establishments“* sprach:

> *„Und ich bin froh, dass diese Menschen sich zu uns stellen, häufig sogar mutiger sind, weil sie nicht durch die Schuldkultmühlen des Establishments getrieben wurden und uns auch animieren zu sagen: ‚Kämpft um unsere gemeinsame Heimat. Wir stehen an eurer Seite.‘“*[3041]

Mit den *„Schuldkultmühlen des Establishments“* greift Helferich die Vorstellung auf, wonach die etablierten Parteien die von den Siegermächten nach dem Zweiten Weltkrieg angeblich auferlegte „Kollektivschuld“ des deutschen Volkes aktiv reproduzierten und sich damit letztlich der Unterdrückung durch selbige beugten.

In der am 2. Februar 2025 ausgestrahlten Talkshow „Caren Miosga“ zeigte sich die Co-Bundessprecherin und Kanzlerkandidatin der AfD Alice Weidel (MdB, BW) verärgert darüber, dass man *„Schuldkult“* mittlerweile *„nicht mehr sagen“* dürfe. Auf die Nachfrage der Moderatorin hin, ob sie den Begriff, also *„ein Vokabular aus dem Bereich des neurechten und rechtsextremen Geschichtsrevisionismus“*, bewusst benutze, erwiderte Weidel:

> *„Schuldkult ist Schuldkult. Nein, ja, natürlich nicht. Aber es ist ja auch völlig egal. Also mittlerweile ist ja auch sämtliche Sachen, die man nicht mehr sagen darf.*

[3041] Helferich, Matthias: Wahlkampfrede am 08.02.2025 in Paderborn; veröffentlicht in: www.youtube.com am 08.02.2025, Kanal: „Utopia TV Deutschland“, abgerufen am 10.02.2025.

Man darf Schwachkopf nicht mehr sagen zu einem totalen unfähigen Energie- und Wirtschaftsminister."[3042]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) verwendete im Dezember 2024 auf X die geschichtsrevisionistische Bezeichnung „*Weltkriegs-Schuldkomplex*", die inhaltlich letztlich ebenfalls an die „Schuldkult"-Erzählung anknüpft. So verbreitete er dort anlässlich der öffentlichen Kritik an der Unterstützung der AfD durch Elon Musk einen englischsprachigen Fremdbeitrag und kommentierte diesen mit dessen deutscher Übersetzung:

„‚Was jetzt in Deutschland passiert, entscheidet die Zukunft Europas. Wenn die Deutschen endlich ihren Weltkriegs-Schuldkomplex loswerden, war es das für die Globalisten. Deutschland ist/war ihre wichtigste Bastion. Deshalb drehen sie so durch, wenn Musk die @AfD unterstützt.'"[3043]

Neben der wiederholten Verwendung des rechtsextremistischen Begriffs des „Schuldkults" fanden sich in den während des Bundestagswahlkampfs angefallenen Verlautbarungen auch Argumentationsmuster, die als Täter-Opfer-Umkehr zu beschreiben sind, die Verbrechen des Nationalsozialismus verharmlosen und die Verantwortung des Deutschen Reiches für den Zweiten Weltkrieg negieren.

Fabian Küble, der zum damaligen Zeitpunkt Beisitzer im JA-Bundesvorstand war und zudem für die AfD dem Stadtbezirksbeirat Plauen (SN) angehört, etwa kommentierte am 19. Februar 2025 den folgenden Fremdbeitrag auf X:

„Man stelle sich vor, der britische Premier Chamberlain hätte im September 1939 den Polen gesagt: ‚Selbst schuld am Krieg mit Hitler, er hat euch doch davor ein Angebot für einen Deal gemacht. Warum musstet ihr so stur sein?' Reagan dreht sich im Grab rum, wenn er sieht wie Trump sich schwach an Putin anschleimt."[3044]

Küble antwortete diesbezüglich:

„Das wäre richtig gewesen. Dann wäre uns allen, vor allem Großbritannien selbst, viel erspart geblieben. Stattdessen gab es Weltkrieg. Offenbar wollen

---

[3042] ARD: „Was für ein Deutschland wollen Sie, Frau Weidel?"; veröffentlicht in: www.ardmediathek.de am 02.02.2025, abgerufen am 03.02.2025.

[3043] Berndt, Hans-Christoph: Tweet vom 31.12.2024, abgerufen am 02.01.2025. (Doppelverwendung eines Belegs aus dem Kapitel F. I. 1.d.)

[3044] Küble, Fabian: Tweet vom 19.02.2025, abgerufen am 04.04.2025.

> *Leute wie sie das wieder. Sie sind gefährlich. Gut das Trump damit nun Schluss macht.“*[3045]

Indem Küble die ursprüngliche Äußerung zustimmend kommentiert, beschuldigt er Polen in faktenwidriger Weise der Kriegstreiberei. Mit der Behauptung, Polen sei wesentlicher (Mit-)Verursacher des Zweiten Weltkriegs, nimmt Küble eine perfide Täter-Opfer-Umkehr vor, die das NS-Regime (als eigentlich Schuldigen) gänzlich von seiner Verantwortung freispricht. Diese Sichtweise widerspricht sämtlichen Ergebnissen der historischen und politikwissenschaftlichen Forschungen der vergangenen Jahrzehnte. Überdies stellt dies eine Verharmlosung derjenigen Verbrechen dar, die das NS-Regime gegen Polen und auf besetztem polnischem Territorium begangen hat.

Einen weiteren geschichtsrelativierenden Aspekt greift ein von Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, ab Februar 2025 MdB, SN) am 9. November 2024 geteilter Tweet mit folgendem Inhalt auf:

> *„Am 9. November, diesem geschichtsträchtigen Gedenktag, geht einem auf, dass es gar keinen Gedenktag für die größte ethnische Säuberung aller Zeiten gibt, die Vertreibung der Deutschen aus dem östlichen Europa.*
> *Und das bei etwa 14 Millionen Betroffenen! #Ostpreußen #Schlesien“*[3046]

Krah befürwortet einen Gedenktag für die angeblich *„größte ethnische Säuberung aller Zeiten“*, mit der er auf die Flucht und Vertreibung deutscher Minderheiten aus den ehemaligen Ostgebieten nach dem Zweiten Weltkrieg rekurriert. Es erscheint besonders verwerflich, diese Aussage ausgerechnet am 9. November zu veröffentlichen – also an jenem Gedenktag, der an die von den Nationalsozialisten initiierten Pogrome gegen Jüdinnen und Juden im Deutschen Reich im Jahr 1938 erinnert. Denn die Reichspogromnacht markiert den historischen Beginn des Holocaust. In seiner Äußerung nimmt Krah somit eine Relativierung vor, indem er den systematischen NS-Genozid an sechs Millionen Jüdinnen und Juden und weiteren Minderheiten mit der Zwangsmigration der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aufwiegt. Im Ergebnis verharmlost er damit die verbrecherische Dimension des NS-Regimes und nimmt indirekt ebenfalls eine Täter-Opfer-Umkehr, vor, da er die Verantwortlichkeit der Nationalsozialisten in Bezug auf den Beginn des Zweiten Weltkriegs, ohne

[3045] Ebd.
[3046] Krah, Maximilian: Retweet eines Tweets vom 09.11.2024, abgerufen am 27.11.2024.

dessen Ausbruch es nicht zur millionenfachen Vertreibung von Deutschen gekommen wäre, bewusst ausklammert.

c. Nationalsozialistisch geprägter Sprachgebrauch

Wie bereits in Kapitel E. I. 4. dargelegt, fand in der Partei nach der Verurteilung Björn Höckes (MdL TH) 2023 wegen der SA-Losung „Alles für Deutschland!" im Zeitraum der Verdachtsfallbearbeitung keine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit einer solchen Rhetorik statt. Stattdessen wurden die diesbezüglichen Gerichtsurteile bewusst verharmlosend von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern kommentiert – auch von der Co-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel.

Im Zuge des Bundestagswahlkampfs etablierte sich der Ausruf „Alice für Deutschland" als Wahlkampfspruch. Er wurde etwa auf dem Bundesparteitag im Januar 2025 in Riesa (SN) in einer Rede Jörg Urbans (MdL SN) zum offiziellen Wahlspruch in Sachsen ernannt[3047] und von mehreren Mitgliedern auf Schildern des AfD-Bundesvorstands (Peter Boehringer (MdB, BY, stellvertretender Bundessprecher, Mitglied der Bundesprogrammkommission), Hannes Gnauck (MdB, BB, Beisitzer), Dennis Hohloch (MdL BB, Schriftführer) und Heiko Scholz (MdL HE, Beisitzer) auf der Bühne beworben:[3048]



[3047] T-online: „AfD-Parteitag - Die Maske ist gefallen" vom 11.01.2025, in: www.t-online.de, abgerufen am 24.03.2025.
[3048] Livestream zum AfD-Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

Am selben Tag veröffentlichte Björn Höcke (MdL TH) auf X ein Foto des Bundesparteitags, auf welchem er Alice Weidel (MdB, BW) zu deren formeller Wahl zur AfD-Kanzlerkandidatin durch die Partei gratulierte. Dazu schrieb er:

> *„Alice für Deutschland! #AfDBPT“*[3049]

Am 25. Januar 2025 wurden beim Wahlkampfauftakt der AfD Sachsen-Anhalt in Halle abermals blaue Schilder mit der Aufschrift *„Alice für Deutschland*" verteilt. So war etwa Tim Pöhlmann (Kreisvorstandsmitglied der AfD Mittelsachsen und damaliger Vorsitzender der JA Mittelsachsen) auf Facebook mit einem solchen Pappschild zu sehen.[3050] Zudem sollen laut Medienberichterstattung auch Baseball-Caps mit dem Slogan als Textaufdruck auf der Veranstaltung zu sehen gewesen sein.[3051]

Auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD Hessen am 1. Februar 2025 in Neu-Isenburg (HE) verwendete auch der hessische Co-Landessprecher Andreas Lichert (MdL HE) den Slogan „Alice für Deutschland“ in einem Redebeitrag:

> *„Und weil das so ist, werden wir am 23. Februar abräumen. Und weil wir die beste Kandidatin haben. Du bist nicht nur die Kanzlerin der Herzen und der Hirne. Am 23. Februar wirst du die Kanzlerin aller Deutschen! Alice für Deutschland!“*

Daraufhin skandierte das Publikum: *„Alice für Deutschland! Alice für Deutschland*!“[3052]

Auch Oliver Kirchner (MdL ST) griff den Slogan in einer Rede auf dem Wahlkampfabschluss der AfD Sachsen-Anhalt am 22. Februar 2025 in Magdeburg (ST) auf.[3053]

Auf einer Wahlkampfveranstaltung der AfD Brandenburg am 14. Februar 2025 in Frankfurt/Oder (BB) trat der als Björn Banane bekannte Björn Winter auf und trug dort unter Einbindung des Publikums seinen Song „Alice für Deutschland“ vor. Hans-Christoph Berndt (MdL BB) schloss seine Rede auf der Veranstaltung ebenfalls mit dem Ausruf „Alice für Deutschland“, woraufhin erneut das Lied von Björn Banane

---

[3049] Höcke, Björn: Tweet vom 11.01.2025, abgerufen am 03.02.2025.

[3050] Pöhlmann, Tim: Facebook-Eintrag vom 25.01.2025, abgerufen am 24.03.2024.

[3051] Stern: „AFD-WAHLKAMPFAUFTAKT - Und übermorgen die Macht!“ vom 25.01.2025, in: www.stern.de, abgerufen am 24.03.2025.

[3052] Lichert, Andreas: Redebeitrag am 01.02.2025 in Neu-Isenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 01.02.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 03.02.2025.

[3053] Kirchner, Oliver: Redebeitrag am 22.02.2025 in Magdeburg; veröffentlicht in: www.youtube.com am 22.02.2025, Kanal: „Landesverband AfD Sachsen-Anhalt“, abgerufen am 24.03.2025.

gesungen wurde. Berndt und weitere Redner des Abends standen dabei klatschend und teilweise mitsingend im Hintergrund auf der Bühne.[3054]

Des Weiteren kann die Nutzung des Hashtags „*#AlicefürDeutschland*“ in den sozialen Medien im Wahlkampfzeitraum für dreizehn weitere Abgeordnete der Bundes- und Landesebene belegt werden.[3055]

Die AfD setzt sich also weiterhin nicht kritisch mit der SA-Losung „Alles für Deutschland“ auseinander. In offensichtlich provozierender Absicht wurde vielmehr die phonetisch nahezu gleichlautende Formel „Alice für Deutschland“ auf Wahlkampfveranstaltungen und auch auf dem jüngsten Bundesparteitag vom Bundesvorstand selbst umso häufiger verwendet und skandiert.

d. Zwischenfazit

Unter den im Wahlkampfzeitraum angefallenen Äußerungen zum Nationalsozialismus von AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten der Bundesebene bis zur Kommunalebene fanden sich insbesondere solche, die auf dem im geschichtsrevisionistischen Diskurs üblichen „Schuldkult“-Narrativ fußen. Eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Sinne der vorherrschenden Erinnerungspolitik wird hierbei abgelehnt und die aus der NS-Diktatur resultierende moralische und rechtliche Verantwortlichkeit der Bundesrepublik Deutschland negiert oder zumindest herabgewürdigt. Vereinzelt wird dies auch mit Argumentationsmustern der Täter-Opfer-Umkehr verbunden, wodurch die verbrecherischen Handlungen des NS-Regimes insgesamt verharmlost und die zugrunde liegende menschenfeindliche Ideologie beschönigt werden.

[3054] Björn Banane: „AfD WINTER FEST IN FRANKFURT (ODER)“ am 14.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Björn Banane“ am 14.02.2025, abgerufen am 31.03.2025.

[3055] Hess, Martin: Facebook-Eintrag vom 19.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Münzenmaier, Sebastian: Facebook-Eintrag vom 27.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Höchst, Nicole: Facebook-Eintrag vom 28.12.2024, abgerufen am 24.03.2025; Winhart, Andreas: Facebook-Eintrag vom 30.12.2024, abgerufen am 24.03.2025, Frohnmaier, Markus: Facebook-Eintrag vom 07.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Kaufmann, Michael: Facebook-Eintrag vom 11.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 12.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Tritschler, Sven: Facebook-Eintrag vom 18.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Nguyen, Anna: Facebook-Eintrag vom 20.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Frömming, Götz: Facebook-Eintrag vom 25.01.2025, abgerufen am 24.03.2025; Bachmann, Carolin: Facebook-Eintrag vom 14.02.2025, abgerufen am 24.03.2025; Tabor, Tommy: Facebook-Eintrag vom 17.02.2025, abgerufen am 24.03.2025. Wald, Daniel: Facebook-Eintrag vom 23.02.2025, abgerufen am 24.03.2025.

Mit dem modifizierten Ausruf „Alice für Deutschland“ wurde ein der SA-Losung „Alles für Deutschland“ phonetisch ähnlicher Slogan provozierend im Wahlkampf eingesetzt, u. a. durch Björn Höcke oder durch den Bundesvorstand selbst. Eine kritische Auseinandersetzung ist somit auch hier weiterhin nicht erkennbar.

Die unmittelbar befürwortende Positionierung eines AfD-Kommunalpolitikers zum historischen Nationalsozialismus blieb im untersuchten Zeitraum des Bundestagswahlkampfs eine singulär festgestellte Ausnahme und kann insoweit nicht mit Blick auf die Partei generalisiert werden.

In der Gesamtschau der aufgeführten Belege lässt sich keine die Partei insgesamt prägende positive Positionierung der AfD zum historischen Nationalsozialismus feststellen. Anhaltspunkte für eine geschichtsrevisionistische Relativierung der Dritten Reichs sind jedoch in der AfD weiterhin verbreitet.

II. Bundestagswahlprogramm 2025

Das auf dem Bundesparteitag am 11./12. Januar 2025 in Riesa (SN) beschlossene Wahlprogramm für die Bundestagswahl umfasst 177 Seiten.

Neben dem Grundsatzprogramm sind Wahlprogramme die wichtigsten programmatischen Schriften einer Partei. Mit letzterem gibt die Partei eine Schrift heraus, mit der sie ihre politischen und gesellschaftlichen Ziele und Vorhaben für die kommende Legislaturperiode öffentlich kommuniziert. Besondere Relevanz erhalten Wahlprogramme somit durch die Tatsache, dass sie im Gegensatz zu den meist zeitlich beständigeren Grundsatzprogrammen immer nur für die Dauer der jeweiligen Legislatur beschlossen werden und somit regelmäßig neu verfasst und ausgehandelt werden müssen. So können durch den Vergleich von Wahlprogrammen auch programmatische Änderungen oder aber Kontinuitäten einer Partei festgestellt werden. Da Programme nach intensiven und langwierigen innerparteilichen Diskussionen durch den Bundesparteitag als höchstem Parteigremium verabschiedet werden, können sie unmittelbar der Bundespartei zugerechnet werden. Im Falle der AfD wurde das Bundestagswahlprogramm auf dem Bundesparteitag mit nur wenigen Enthaltungen einstimmig angenommen, wodurch die breite Akzeptanz in der Partei nochmals unterstrichen wird.

Das Bundestagswahlprogramm ist somit von Relevanz im Hinblick auf die Bewertung des Auftritts der Partei. Im Folgenden ist es deshalb auf tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bewerten.

1. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Zu prüfen ist, ob die AfD auch in ihrer repräsentativen programmatischen Schrift einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff vertritt. Die AfD spricht an mehreren Stellen von einer spezifischen europäischen oder deutschen Identität und Kultur, die es zu schützen gelte. So bringt sie zum Ausdruck, dass sie die Bewahrung der europäischen Kulturen und Identitäten als zentrale gemeinsame Interessen einer neu zu gründenden europäischen Gemeinschaft sieht.[3056] Auch stellt sie die Forderung nach einer *„deutsche[n] Leitkultur statt ‚Multikulturalismus"'* auf.[3057]

[3056] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 140.
[3057] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 170.

Speziell heißt es im Abschnitt „Familie und Demografie“:

> *„Kinder sichern nicht nur den Fortbestand unserer Gesellschaft, weil sie die Bindeglieder in der Folge der Generationen sind. Sie sind für die Eltern auch sinnstiftend und geben dem Leben jenseits materieller Güter eine Bedeutung. Kinder stehen sowohl für eine sich stetig ändernde Zukunft als auch für die Weitergabe der eigenen Kultur, der Traditionen und Fähigkeiten ihres Volkes. Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine Geburtensteigerung und damit die demografische Wende in Deutschland an, die nicht nur das individuelle Glück der Eltern, sondern auch unsere Kulturweitergabe sicherstellt und die Sozialsysteme stabilisiert.“*[3058]

Dass diese *„Kulturweitergabe“* aus Sicht der AfD in der aktuellen Situation aufgrund der demografischen Entwicklung und der Migrationsströme gefährdet ist, wird auch im darauffolgenden Abschnitt deutlich:

> *„Die Geburtenrate liegt in Deutschland seit Mitte der 1970er Jahre weit unterhalb des Niveaus zur Bestandserhaltung. Inzwischen gibt es dringenden Handlungsbedarf, weil damit nicht nur ein Kulturabbruch droht, sondern auch der Zusammenbruch unserer Sozialversicherungen.“*[3059]

Ferner heißt es im Kapitel „Zeit für Zusammenhalt – Kultur und Medienpolitik“:

> *„Unsere Identität ist geprägt durch unsere deutsche Sprache, unsere Werte, unsere Geschichte und unsere Kultur. Letztere ist durch das Christentum, das antike Erbe, die Aufklärung, volkstümliche Traditionen sowie unsere künstlerischen und wissenschaftlichen Werke wesentlich beeinflusst. Die deutsche Leitkultur beschreibt unseren Wertekonsens, der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet. Sie sorgt für den Zusammenhalt der Gesellschaft und ist Voraussetzung für das Funktionieren unseres Staates. Die gemeinschaftsstiftende Wirkung der deutschen Kultur ist Fundament unseres Grundgesetzes und kann nicht durch einen Verfassungspatriotismus ersetzt werden.“*[3060]

Die voranstehenden Äußerungen sind jedoch insgesamt nicht verfassungsschutzrelevant. Die Forderung nach einer gemeinsamen kulturellen Basis exkludiert für sich

[3058] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 145.
[3059] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 146.
[3060] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 170.

genommen nicht etwa Menschen mit Migrationsgeschichte, da eine Leitkultur nicht gleichzusetzen ist mit einem gänzlichen Zwang zur Assimilation.

Damit weicht das Wahlprogramm deutlich von den festgestellten Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären hierzu ab.

2. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Im Wahlprogramm finden sich in geringem Umfang Aussagen, die als Anhaltspunkte für eine pauschale Herabwürdigung von Migrantinnen und Migranten herangezogen werden können. So heißt es bezogen auf Asyl- und Migrationspolitik:

> *„In den vergangenen Jahrzehnten wurden die politischen Rahmenbedingungen in Deutschland so ausgestaltet, dass das Land zum Hauptanziehungspunkt insbesondere für Armutsmigranten aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Afrika geworden ist. Zusätzlich entfalten deutsche Sozialsysteme eine enorme Sogwirkung und setzen gewaltige Migrationsströme in Bewegung. In Verbindung mit der unverantwortlichen Politik der offenen Grenzen, die die unkontrollierte, millionenfache Zuwanderung noch befeuert, sendet die Bundesregierung damit den Interessen unseres Landes völlig entgegengesetzte Signale aus. Die Folgen davon sind ungesteuertes Bevölkerungswachstum, Überforderung der Staatsfinanzen, signifikant ansteigende Kriminalität, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und des Wohnungsmarktes.“*[3061]

Migrantinnen und Migranten wird implizit der Fluchtgrund abgesprochen, indem behauptet wird, allein der deutsche Sozialstaat provoziere bereits die Einreise *„gewaltige[r] Migrationsströme“*. Die aus dieser behaupteten Motivation heraus eingewanderten Menschen werden so als elementare und alles überragende Ursache für gesamtgesellschaftliche Problemlagen angeführt.

Im Unterabschnitt „Jugendstrafrecht“ des Kapitels „Innere Sicherheit“ findet sich zudem die folgende pauschale und unbelegte Behauptung:

[3061] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 100.

> *„Die Anzahl jugendlicher und heranwachsender Straftäter hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen; besonders auffällig sind hierbei Personen mit Migrationshintergrund."*[3062]

Damit werden besonders Deutsche mit Migrationsgeschichte unter den Generalverdacht erhöhter Kriminalität gestellt.

Das Wahlprogramm enthält zudem die konkrete Forderung nach „Remigration":

> *„Unser Maßnahmenkatalog zur Umkehr dieses migrationspolitischen Staatsversagens heißt Remigration und umfasst folgende Maßnahmen, die bereits heute der geltenden Rechtslage entsprechen oder sich jedenfalls mittels verfassungskonformer Gesetzesänderungen umsetzen lassen:*
>
> - *Wir werden vollziehbar ausreisepflichtige Personen konsequent abschieben und bestehende Fehlanreize (Bürgergeld, Bleiberechte für Ausreisepflichtige, Turboeinbürgerung) abstellen. Ebenso werden wir in diesem Zusammenhang Anreize zur freiwilligen Rückkehr ausbauen.*
> - *Wenn der Fluchtgrund entfällt – wie aktuell in Syrien –, endet der Schutzanspruch, der zeitlich begrenzt ist und keinesfalls eine Anwartschaft auf eine dauerhafte Einwanderung begründet. Hierzu sind umgehend Widerrufsverfahren einzuleiten und Verhandlungen mit den Herkunftsländern aufzunehmen. Hierin sehen wir ein großes Remigrationspotential, welches auch durch die Herkunftsländer selbst eingefordert wird.*
> - *Ausländische Gefährder, Extremisten und schwere Straftäter werden wir vorrangig zurückführen.*
> - *Die Ausweisung ausländischer Straftäter insbesondere bei Gewalt-, Drogen- und Sexualdelikten sowie bei der organisierten und Clankriminalität werden wir deutlich erleichtern.*
> - *Dem Import ausländischer Konflikte auf deutschem Boden werden wir nicht länger tatenlos zusehen. Das gilt für die Ausrufung des Kalifats genauso wir für muslimischen Antisemitismus. Die Remigration ausländischer Straftäter werden wir auch in diesem Zusammenhang deutlich erleichtern."*[3063]

[3062] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 118.
[3063] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 101.

Der Terminus „Remigration“ wurde durch einen Beschluss des Bundesparteitags bewusst in das Programm eingefügt, nachdem er im ursprünglichen Entwurf nicht enthalten gewesen war. Im hier zitierten Fall wird er scheinbar synonym für Abschiebungen ausreisepflichtiger Personen verwendet und bezieht sich in allen Fällen auf Forderungen, aus denen keine Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ableitbar sind. Gleichwohl handelt es sich um den gezielten Rekurs auf einen Begriff, der innerhalb der AfD – wie oben in Kapitel E. I. 1. b, S. 257 (Verweis OVG). umfassend dargelegt – mehrheitlich in einem fremdenfeindlichen Kontext benutzt wird. Eine überzeugende Abkehr von dieser gängigen Praxis ist aufgrund der bloßen programmatischen Verbalbekundung – die gleichsam überdeutlich den Hinweis enthält, alle aufgezählten Maßnahmen entsprächen der geltenden Rechtslage – nicht zu sehen. Der willentliche Rekurs auf einen Begriff, den Gerichte in der üblichen Verwendungspraxis der AfD als Anhaltspunkt für menschenwürdewidrige Bestrebungen bewerten, legt nahe, dass die Partei beim Postulat einer konsequenten „Remigration“ über die im Wahlprogramm genannten Fallkonstellationen hinaus Ausweisungen durchsetzen will und sich nicht etwa nur auf die generell oder unmittelbar ausreisepflichtigen Ausländer[3064] beschränken möchte. Die ständige Forderung bei Parteiveranstaltungen, in Social-Media-Posts oder auf Wahlkampfauftritten nach einer *„millionenfachen Remigration“* (siehe oben) übersteigt die Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Menschen um ein Vielfaches. Insgesamt stehen jedoch auch die tendenziell fremdenfeindlichen Bekundungen im Wahlprogramm deutlich hinter den in sonstigen Äußerungen von Parteivertreterinnen und -vertretern festgestellten Anhaltspunkten zurück.

3. Muslim- und Islamfeindliche Aussagen und Positionen

Vergleichsweise konkretisierte Anhaltspunkte finden sich in Bezug auf eine mögliche Verletzung der Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen sowie eine verfassungsschutzrelevante Positionierung gegenüber dem Islam als Religion.

[3064] Die Zahl der ausreisepflichtigen Ausländer in Deutschland betrug Ende 2024 220.808 Menschen, davon 178.512 Geduldete und 42.296 unmittelbar Ausreisepflichtige. Vgl. Statista: „Anzahl der ausreisepflichtigen und geduldeten Ausländer in Deutschland von 2015 bis 2024“, in: de.statista.com, abgerufen am 12.04.2025.

So wurde das Wahlprogramm durch einen Änderungsantrag um die folgende Aussage ergänzt:

„Der Bau von Minaretten und der Muezzinruf sind zu untersagen." [3065]

Hierzu hatte bereits das OVG Nordrhein-Westfalen in seiner Entscheidung vom 13. Mai 2024 festgestellt, dass in der pauschalen, unabhängig von möglichen allgemein geltenden baurechtlichen Vorgaben, erhobenen Forderung, den Bau von Moscheen oder Minaretten zu verbieten, eine konkrete Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen liegt, die deren Menschenwürdegarantie dadurch verletzt, dass ihnen allein wegen ihres Glaubens der Bau bestimmter religiöser Gebäude unmöglich gemacht werden soll, während Christen oder andere Religionsgemeinschaften vergleichbare religiöse Bauten errichten dürfen.[3066]

Im Rahmen der Aussprache zu diesem Antrag wurde durch den Vertreter der Bundesprogrammkommission und durch weitere Redner auf die Problemlage hinsichtlich der gerichtlichen Auseinandersetzungen mit dem Verfassungsschutz hingewiesen, was letztlich aber nicht verhinderte, dass die Mehrheit der Delegierten dem Antrag zustimmte. Die Aussage, dass die AfD den Islamunterricht ablehnt, weil nur so der Herausbildung von Parallelgesellschaften entgegengewirkt werden könne, sollte laut Änderungsantrag eigentlich aus „rechtlichen Gründen" gestrichen werden. Letztlich zog die Bundesprogrammkommission diesen Antrag aber zurück, sodass sich die Aussage nun doch im Programm wiederfindet. Daher ist davon auszugehen, dass sich die AfD bewusst mit der Bewertung der Thesen durch das Gericht als verfassungsfeindlich auseinandersetzte und sie ungeachtet dessen in das Programm aufnahm. Besonders mit Blick darauf, dass das Programm im Übrigen weitestgehend verfassungsschutzrechtlich neutrale Thesen enthält, kommt der reflektierten Entscheidung für die Aufnahme gerade dieser Forderung besonderes Gewicht zu, da sie offensichtlich als unverhandelbar galt.

Weiterhin hatte der ursprüngliche Leitantrag noch an mehreren Stellen den Begriff *„Islamisierung"* enthalten.[3067] Dieser wurde zwar durch einen Änderungsantrag der

---

[3065] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 124.
[3066] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241.
[3067] AfD: „Leitantrag der Bundesprogrammkommission" vom 28.11.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum, S. 63, 65, 79.

Bundesprogrammkommission selbst an zwei Stellen durch den Terminus des *„politischen Islam“* ersetzt. Begründet wurde dies lediglich mit einer „redaktionellen Korrektur“. Diese Änderungsanträge lassen vermuten, dass eher taktisch motiviert auf den eigentlich bevorzugten Begriff verzichtet wird. Dies führte im Übrigen nicht dazu, den Begriff der behaupteten „Islamisierung“ gänzlich aus dem Programm zu streichen. So wird beispielsweise die vermeintliche „Islamisierung“ zu einem existenzbedrohenden Problem hochstilisiert, indem es heißt:

> *„Eine breite Mehrheit der Bürger vertraut nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur sicheren Energieversorgung tragfähige Lösung finden werden.“*[3068]

Neben diesen Positionen zum Islam insgesamt finden sich im Programm außerdem an einigen Stellen auch Aussagen, die exklusiv und pauschal Musliminnen und Muslime mit bestimmten Problemen in Verbindung bringen. So heißt es:

> *„Ehen von in Deutschland lebenden Muslimen, die auf Polygamie, Zwangsheirat und Kinderehen beruhen, laufen der deutschen Rechtsordnung und der öffentlichen Ordnung entgegen. [...] Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau.“*[3069]

und:

> *„Jüdisches Leben wird in Deutschland vorwiegend von juden- und israelfeindlichen Muslimen bedroht.“*[3070]

Die Aussagen finden sich im Abschnitt „Innere Sicherheit“ unter der Zwischenüberschrift „Gewalt und Extremismus entschieden bekämpfen“ und sind entsprechend in diesem Kontext zu bewerten. Relevant ist hier, dass Positionen zu Polygamie, Zwangsheirat, Kinderehen und der Unterdrückung von Frauen explizit nur auf Musliminnen und Muslime bezogen werden, wobei der Eindruck erweckt wird, dies sei gleichsam charakteristisch für Menschen muslimischen Glaubens. Mit der unbelegten pauschalen Behauptung, muslimischer Antisemitismus dominiere in Deutschland,

---

[3068] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 128.
[3069] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 124.
[3070] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 123.

wird das rechtsextremistische Gefährdungspotenzial ausgeblendet und eine generalisierende Verantwortungszuschreibung vorgenommen.

Besonders sticht auch die folgende Forderung hervor:

> *„Das Tragen von Burka und Niqab in der Öffentlichkeit wollen wir auch in Deutschland untersagen – ähnlich wie in Frankreich, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und der Schweiz. Das Vermummungsverbot ist diesbezüglich durchzusetzen.*
> *Wir fordern ein Kopftuchverbot in öffentlichen Einrichtungen und insbesondere in Schulen nach dem Vorbild anderer europäischer Länder.“*[3071]

Die im zweiten Teil des Zitats genannte Forderung eines vollständigen Verbots des Tragens eines Kopftuchs, das die Gesichtspartie freilässt, und nicht nur die zur Neutralität verpflichteten Staatsbediensteten, sondern beispielsweise auch Besucherinnen umfassen würde, ist mit Art. 4 GG unvereinbar. So hat das Bundesverfassungsgericht selbst für das Tragen von Kopftüchern in Schulen durch Lehrerinnen entschieden, dass ein pauschales Verbot verfassungswidrig ist.[3072] Einschränkungen sind demnach nur in Einzelfällen zur Wahrung der staatlichen Neutralität oder des Schulfriedens und dann auch nur konfessionsübergreifend zulässig.

Dass die AfD jedoch sämtliche Einrichtungen und auch Besucherinnen meint, zeigt die diesbezügliche Diskussion auf dem Bundesparteitag. Im Zuge der Aussprache hielt Christian Loose (MdL NW) eine Gegenrede mit dem Hinweis, dass diese Forderung – im Gegensatz zu einem Verbot der Vollverschleierung – viele türkische Frauen mit Kopftuch betreffe, die bei Umsetzung dieser Forderung nicht mehr in die Bibliothek oder ins Rathaus gehen könnten. Ein Verbot eines solchen religiösen Symbols sei *„viel zu weit drüber“*. Damit werde man eine *„extrem große Wählerschaft“* etwa in Nordrhein-Westfalen von *„Türken, die auch Kopftuch tragen“* verprellen. Diese wollten nicht von AfDlern gegängelt werden, die sagen *„Aber mit Kopftuch kommst du hier nicht rein!“*[3073]

Daraufhin erwiderte Krzysztof Walczak (MdHB) in seinem Antwortbeitrag:

[3071] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 125.
[3072] BVerfG, Beschl. v. 27.01.2025, 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10.
[3073] Loose, Christian: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.(ab 10:14:10 (Std:Min:Sek))

„Also was der Herr Loose gesagt hat, stimmt schlicht und ergreifend nicht. Selbstverständlich kann eine türkische Frau in eine Bibliothek gehen. Sie muss eben vorher das Kopftuch abnehmen, so. Das... [Anm.: Unruhe im Plenum] also...Entschuldigung, worüber reden wir hier? Und wenn ich das noch mal sagen darf, ja? Ich glaube, gerade vor dem Hintergrund dessen, dass das Kopftuch doch in vielen Lebenssituationen auch einfach ein Unterdrückungsinstrument gegenüber der Frau ist, möchte ich gerne, dass die Frauen ihre Kopftücher abnehmen. So. Ich möchte den verfassungsrechtlichen Bedenken - dem entgegentreten, dass ich schlicht und ergreifend sage: Es ist nicht verfassungsfeindlich, etwas zu fordern, was andere demokratische, laizistische Staaten wie Frankreich oder früher vor Erdogan die Türkei gemacht haben. Das in unser Programm zu schreiben ist nicht verfassungsfeindlich. Im Gegenteil: Es ist fortschrittlich, weil wir nicht möchten, dass durch eine Religion hier eine Gesellschafts- und ein Frauenbild importiert wird, das nichts mit unseren Werten zu tun hat."[3074]

Mithin wurde die Forderung entgegen ausgesprochenen Bedenken zur Vereinbarkeit einer solchen Regelung mit dem Grundgesetz ins Programm aufgenommen. Im Übrigen ist die Formulierung eines *„Kopftuchverbots nach dem Vorbild europäischer Länder"* irreführend, da sich die zuvor genannten Verbote, wie auch von der AfD hier ausdrücklich skizziert, nur auf Burka und Niqab und damit eben nur auf die Vollverschleierung und nicht das reine Kopftuch beziehen. Der Hinweis Walczaks, in Frankreich bestehe eine entsprechende Rechtslage, ist unzutreffend.[3075] Somit wird der Eindruck erweckt, die AfD schlage eine gemäßigte Maßnahme vor, die allerdings Musliminnen in ihrer Religionsfreiheit erheblich verletzt. Aufgrund der Tatsache, dass die Betroffenen dadurch faktisch vom Zugang zu öffentlichen Einrichtungen ausgeschlossen würden, schlägt sich diese Diskriminierung auch auf deren Menschenwürde durch.

Insbesondere ist keine Relativierung der festgestellten Anhaltspunkte in der folgenden Äußerung zu sehen:

[3074] Walczak, Krzysztof: Redebeitrag auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV", abgerufen am 16.01.2025.

[3075] Zur Rechtslage in Frankreich: Art. 1 des Gesetzes Nummer 2010-1192 vom 11. Oktober 2010 betreffend die Verschleierung des Gesichts im öffentlichen Raum besagt: Niemand darf im öffentlichen Raum eine Bekleidung tragen, die dazu dient, das Gesicht zu verschleiern.

> *„Die AfD steht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit nach Art. 4 Grundgesetz. Muslime, die sich integrieren und unsere Grundordnung und die Grundrechte anerkennen, sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Der politische Islam stellt allerdings in seiner teils gewaltbereiten Ausprägung die größte Gefahr für die christlich-abendländische Kultur in Deutschland dar."*[3076]

Vor dem Hintergrund, dass anschließend unter der Zwischenüberschrift *„Einer weiteren Ausbreitung des Islam treten wir entgegen"* die oben genannten Forderungen aufgestellt werden, ist das voranstehende Bekenntnis als reine Verbalbekundung zu bewerten, zumal im Folgesatz der Islam sogleich mit Islamismus in Verbindung gebracht wird.

4. Demokratieprinzip

Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind im Bundestagswahlprogramm auch zum Demokratieprinzip festzustellen.

So zeichnet die AfD in ihrem Programm das Bild einer Regierung, die vorsätzlich gegen die Interessen ihres eigenen Volkes handele, und rückt sie in die Nähe diktatorischer Regime:

Im Kapitel „Digitales", Unterabschnitt „Kampf gegen Desinformation" heißt es:

> *„Auch die Bundesregierung selbst nutzt den Einfluss auf Social-Media-Plattformen direkt zur Überwachung und Steuerung des Gedankenaustausches ihrer Bürger. […] Eine Demokratie braucht kein ‚Wahrheitsministerium' und muss die Meinungen ihrer Bürger ertragen – sonst wird sie zur Diktatur."*[3077]

Mit dem Begriff des *„Wahrheitsministerium[s]"* rekurriert die AfD auf die Dystopie „1984" von George Orwell, in der eine gleichnamige Behörde in einem totalitären Überwachungsstaat die Nachrichten und Geschichte des Landes zu manipulativen Zwecken beliebig umschreibt. Mit Bezug zu dem vorherigen Satz wird deutlich, dass die AfD nicht nur vor antidemokratischen Tendenzen in der Zukunft warnt, sondern

[3076] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 121.
[3077] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 49.

bereits jetzt der Bundesregierung unterstellt, ihre Bürger bis in die Gedanken auszuspionieren.

Zum Thema Klima formuliert die AfD:

> *„Dass inzwischen sogar Tiere und Kinder als ‚Klimaschädlinge' hingestellt werden, ist ein lebensfeindlicher moralischer Tiefpunkt. Es wird hierbei klar, dass die derzeitige ‚Klimapolitik' gegen das Volk gerichtet ist, Angst erzeugen soll und so unsere Freiheit bedroht.*
> *Die wegen der behaupteten ‚Klimakatastrophe' bereits eingeleitete ‚Große Transformation' (‚The Great Reset') bedroht unsere Freiheit in erschreckendem Ausmaß. Die AfD lehnt dieses Ziel und den damit verbundenen Gesellschaftsumbau vehement ab. Dazu gehört auch der ‚Green Deal' der EU, der die europäische Wirtschaft und somit unseren Wohlstand zerstört. […]*
> *Die Profiteure der derzeitigen Klimapolitik sind ausschließlich Politiker, internationale Konzerne mit ihren Lobbys und politiknahe NGOs. Interessengruppen und ihre unterstützenden Parteien schaffen so zunehmend Tätigkeitsfelder für ihre eigene Klientel – ohne jede Wertschöpfung und ohne positiven Einfluss auf die Umwelt."*[3078]

Die Partei unterstellt damit, dass die etablierte Politik willentlich den Interessen des eigenen Volkes schade und dies einzig dem persönlichen Profit der handelnden Akteure diene. Mit dem Vorwurf eines vermeintlich angestrebten „Great Reset" unterstellt die AfD den politischen Verantwortungsträgern, einen tiefgreifenden Gesellschaftsumbau zu verfolgen, der die individuelle Freiheit bedrohe.

Nochmals verstärkt wird dieser Gedankengang in dem Kapitel „Demokratie und Rechtsstaat – Das Volk ist der Souverän", in dem es im einleitenden Teil heißt:

> *„Die Parteien sollen an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken (Art. 21, Abs. 1 GG), sie aber nicht beherrschen. In unserem Land hat sich jedoch eine politische Klasse herausgebildet, die nicht nur den Umbau des Staates im Sinne ihrer linksgrünen Ideologie verfolgt, sondern gleichzeitig auch die Erhaltung ihrer Macht, ihres Status und ihres materiellen Wohlergehens anstrebt. Sie zerstört die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes, unsere Wirtschaft und damit unseren Wohlstand. Instrumente der Zerstörung sind Globalisierung,*

[3078] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 78 f.

> *Kulturrelativismus, Diversität und vermeintliche ‚Gendergerechtigkeit'. Dazu nutzt sie die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und ihres informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung."*[3079]

Unter der Zwischenüberschrift „Für eine Sicherung der Bürgerrechte" wird sodann mit der folgenden Äußerung abermals die Geltung der Freiheitsrechte in der Bundesrepublik in Frage gestellt:

> *„Staaten und nichtstaatliche Organisationen wirken darauf hin, auf Grundlage von einseitig bevorzugten, zuweilen auch pseudowissenschaftlichen Theorien die Bürger- und Freiheitsrechte systematisch einzuschränken."*[3080]

Auch die im Kernteil bereits erwähnte Skizzierung einer unfreien Medienlandschaft findet sich in dem Abschnitt „Keine Zensur in der öffentlichen Debatte":

> *„Über Subventionen, Unternehmensbeteiligungen und regierungspolitische Werbefinanzierung übt die Regierung auch Einfluss auf private Medien aus. Diese parteipolitische Medienbeeinflussung lehnen wir ab."*[3081]

Überdies sieht die AfD die Gewaltenteilung in der Bundesrepublik als massiv beschädigt an, indem es im Unterabschnitt „Gewaltenteilung gewährleisten" heißt:

> *„Das parteienstaatliche parlamentarische Regierungssystem hat die Gewaltenteilung ausgehöhlt und zu einer Verlagerung der Staatsgewalt in die Parteizentralen geführt."*[3082]

Auch hinsichtlich der Kultur und Medienpolitik spricht die AfD von einer Manipulation durch alle etablierten Parteien:

> *„Mit rund 9 Milliarden Euro Gebührenaufkommen zuzüglich Werbeeinnahmen ist der deutsche öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht nur der teuerste der Welt, sondern er verfügt auch über ein Vielfaches an Finanz- und Personalressourcen aller privaten Medien insgesamt. Der strukturell, personell und finanziell eng mit*

[3079] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 128.
[3080] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 128.
[3081] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 132.
[3082] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 134.

den etablierten Parteien vernetzte Apparat nutzt diese Macht entgegen den Anforderungen des Medienstaatsvertrags gezielt zur Meinungsmache bis hin zur Manipulation."[3083]

Damit zeichnet die AfD das Bild einer nicht-souveränen Bundesrepublik, in der weder Meinungs- oder Pressefreiheit noch Gewaltenteilung vorherrschten, und die von einer politischen Führung regiert werde, die ihrem Volk vorsätzlich und aus Eigennutz schade. Damit erweckt sie beim Leser insgesamt den Eindruck einer dysfunktionalen Demokratie.

5. Zwischenfazit

Zusammenfassend kann zum Bundestagswahlprogramm 2025 wie auch zu vorausgehenden programmatischen Texten festgestellt werden, dass dieses im Vergleich zu individuellen Äußerungen von Parteimitgliedern weniger explizite Positionierungen enthält, die für sich allein betrachtet als Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gewertet werden könnten.

Der Leitantrag und die vorgenommenen Änderungen zeigen das Bemühen der AfD, bestimmte Begriffe in einem offiziellen Wahlprogramm zu vermeiden. Andererseits wurden jedoch mit den Forderungen nach einem Minarett- und einem Kopftuchverbot in allen öffentlichen Einrichtungen gezielt und reflektiert menschenwürdewidrige Positionen eingenommen. Auch die Implementierung des Remigrationsbegriffs dürfte vor dem Hintergrund der oben getätigten Ausführungen nicht als bloße Provokation, sondern als klares Bekenntnis zu dem Begriff und seinen überwiegend fremdenfeindlichen Auslegungsfacetten innerhalb der Partei zu verstehen sein. Auffällig ist zudem, dass programmatische Äußerungen, die das Bild eines schadhaft gegen das eigene Volk handelnden Parteienkartells und eines nicht souveränen Staates zeichnen, im Vergleich zu den Anhaltspunkten für einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff oder fremdenfeindliche Bestrebungen offen kommuniziert werden. Dies lässt den Schluss zu, dass die Partei aus taktischen Erwägungen im Wahlprogramm insoweit gemäßigter auftritt, als sie das Festhalten am ethnischen Volksbegriff, das einen wesentlichen Bestandteil der Entscheidungsgründe des OVG NRW zu Lasten der AfD

[3083] Bundestagswahlprogramm der AfD 2025, S. 173 f.

ausmachte, weniger deutlich zum Ausdruck bringt als die genannten Anhaltspunkte für Verstöße gegen das Demokratieprinzip.

Das Wahlprogramm ist der AfD – wie eingangs dargelegt – uneingeschränkt zuzurechnen. Gleichzeitig dürften Wahlprogramme generell im Vergleich zu medienwirksamen Veranstaltungs- oder Presseauftritten eher wenig Resonanz erfahren. Die adäquate Einstufung der AfD ist insoweit nur unter Berücksichtigung auch sonstiger Verlautbarungen im Rahmen einer Gesamtschau möglich. Dabei wird ersichtlich, dass programmatische Texte, wie auch im Fall des vorliegenden Wahlprogramms, bereits aus taktisch-strategischen Gründen zurückhaltender und neutraler formuliert sind, als dies vielfach bei verfassungsschutzrelevanten Äußerungen von Parteivertreterinnen und -vertretern in anderen Kontexten festzustellen ist.

III. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Die strukturellen Verbindungen zwischen Mitgliedern und Gliederungen der AfD auf der einen und Organisationen der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten auf der anderen Seite waren auch im Wahlkampfzeitraum zu konstatieren.

Über die strategische Zusammenarbeit in diesem neurechten Netzwerk sprach Jean-Pascal Hohm (MdL BB) in einem am 16. Januar 2025 gemeinsam mit Philip Stein veranstalteten X-Space. Dort sagte er unter anderem:

> *„Also das ist halt ein ständiger Kampf, in dem wir uns befinden und es geht halt in meinen Augen darum, darüber hast du ja auch schon mit Benedikt [Anm.: Kaiser] und anderen unzählige Male gesprochen, wir sind ja ein Mosaik. Und jeder hat eben seine Aufgabe und vielleicht ist die Entwicklung mit der Jungen Alternative, wie sie sich in den letzten Monaten entwickelt hat, die Entscheidung, jetzt die AfD-Jugend neu aufzubauen, auch Anlass darüber zu sprechen, ob wir vielleicht wieder mehr außerparlamentarische und außerhalb der Partei stehende aktivistische Jugendgruppen brauchen. Also die Entwicklung der Jungen Alternative ist vielleicht ja auch eine Antwort darauf gewesen, dass Organisationen wie die IB sich zurückziehen mussten. Also Spiegel TV hat das ja einige Male unterstellt, aus einer anderen Perspektive, aber vielleicht muss man*

darüber auch reden und vielleicht hat jemand eben die Jungen Alternative in den letzten Jahren auch verstanden als Ersatz-IB, aber als Ersatz-IB, also dann doch lieber das Original, weißt du, und das hast du glaube ich richtig zusammengefasst. […] Die Partei ist schon das wichtigste Instrument, was wir haben im Kampf um unsere Heimat und alles andere ist sehr wichtig, die Arbeit, die Ein Prozent macht, die Verlage machen etc. Du kennst das alles besser als ich, aber trotzdem brauchen wir definitiv eine starke parlamentarische Vertretung und alle, die sich eben, egal ob als Mitglied der Jugendorganisation oder als Mitglied der Partei, der eben verschrieben haben, müssen eben auch für diesen Erfolg der Partei alles geben.“[3084]

In einem Tweet solidarisierte sich die JA Nordrhein-Westfalen anlässlich ihrer Auflösung auch mit dem Vorfeld:

„Auch wenn für unseren heutigen Landeskongress die Auflösung der JA NRW auf der Tagesordnung steht, stehen wir weiterhin hinter unserer Partei und vor allem hinter unserem Vorfeld. Wir bleiben der Sache treu.“[3085]

1. COMPACT

Seit November 2024 sind zahlreiche weitere Verbindungen zwischen der AfD und dem COMPACT-Magazin feststellbar. COMPACT flankierte etwa den Wahlkampf der AfD mit einer ausführlichen Berichterstattung, u. a. in zwei Reportagen. So begleitete der COMPACT-Mitarbeiter Paul Klemm Teile des Landesverbands Rheinland-Pfalz im Bundestagswahlkampf 2025.[3086] In dem Video kommen auch Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) und Alexander Jungbluth (MdEP, RP) zu Wort. Zuvor hatte Klemm bereits die Junge Alternative Thüringen porträtiert.[3087]

Am 5. Dezember 2024 führte die AfD Schleswig-Holstein gemeinsam mit dem COMPACT-Moderator Paul Klemm die Veranstaltung „AfD im Dialog“ durch.[3088]

[3084] Hohm, Jean-Pascal: X-Space mit Philip Stein; veröffentlicht in: Tweet vom 16.01.2025, Kanal: „JeanPascal_Hohm“, abgerufen am 23.01.2025.
[3085] Junge Alternative NRW: Tweet vom 21.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.
[3086] AfD RP: Reportage über den Wahlkampf 2025; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 16.02.2025, abgerufen am 17.02.2025.
[3087] JA TH: Reportage über die JA TH; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 25.09.2024, abgerufen am 26.09.2024.
[3088] AfD Schleswig-Holstein: „Erfolgreiche Veranstaltung der AfD Schleswig-Holstein mit CompactTV-Moderator Paul Klemm!“ vom 07.12.2024, in: www.afd-sh.de, abgerufen am 07.04.2025.

Hans-Christoph Berndt (MdL BB) führte gemeinsam mit COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer Anfang Dezember 2024 eine Pressekonferenz im Landtag Brandenburg durch. Dort zeigte er seine Nähe zu Elsässer und COMPACT, indem er COMPACT seinen Dank aussprach. Er begründete seine Aussagen damit, dass sich COMPACT um die Demokratie des Landes verdient gemacht habe und sich weiter darum verdient mache.[3089] Zuvor gab er COMPACT, ebenfalls im Dezember 2024, ein Interview[3090] und war davor im November 2024 zweimaliger Gast im TV-Studio von COMPACT.[3091] [3092]

Roland Ulbrich (ehemaliger MdL und nun einfaches AfD-Mitglied, BB) veröffentlichte in der Dezember-Ausgabe 2024 einen Artikel im COMPACT-Magazin.[3093]

Carolin Bachmann (MdB, SN) war im Dezember 2024 als Gesprächsgast im COMPACT-Studio verwies am Ende der Sendung auf ihr langjähriges Abonnement und warb für das COMPACT-Magazin:

> *„Ich bin übrigens Abonnent. Schon ganz viele Jahre! [...] Kann ich nur jedem empfehlen, abonniert die COMPACT!“[3094]*

In einem am 20. Dezember 2024 von COMPACT veröffentlichten Kommentar spricht Bachmann das COMPACT-Publikum direkt an und teilt diesem vermeintlich exklusive und brisante Neuigkeiten nach einem Besuch der Bundeswehrkaserne Frankenberg mit.[3095]

Im Januar 2025 berichtete Christina Baum (MdB, BW/ST) aus dem COMPACT-Studio im Nachgang des Bundesparteitags in Riesa (SN) von der Veranstaltung.[3096] Sie

---

[3089] Berndt, Hans-Christoph: Gemeinsame Pressekonferenz mit COMPACT am 04.12.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 07.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3090] Berndt, Hans-Christoph: Interview mit COMPACT im Landtag Brandenburg; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 03.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3091] Berndt, Hans-Christoph: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 22.11.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3092] Berndt, Hans-Christoph: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 27.11.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3093] „Rechtsbruch gegen Rechts“ in: COMPACT, Ausgabe 12/2024, S. 33 ff.
[3094] Bachmann, Carolin: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 18.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3095] Bachmann, Carolin: Berichtet über Besuch in Bundeswehrkaserne; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 20.12.2024, abgerufen am 07.04.2025.
[3096] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV“ am 13.01.2025, abgerufen am 07.04.2025.

war wie zuvor schon im März[3097] [3098], November[3099] und Dezember[3100] 2024 Teil der Sendung „COMPACT.DerTag".

Das damalige JA-Bundesvorstandsmitglied Anna Leisten (BB) trat im Januar 2025 im Rahmen eines ausgiebigen Interviews mit Paul Klemm bei COMPACT TV in Erscheinung. Das Gespräch thematisierte die Zukunft der JA, wobei Leisten wiederholt auf die große Bedeutung der JA für die AfD hinwies und für einen Erhalt plädierte.[3101]

Der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (BB) zog in einem Interview mit COMPACT beim AfD-Wahlkampfauftakt am 25. Januar 2025 in Halle (Saale) ein positives Fazit.[3102]

Ebenfalls im Januar 2025 veröffentlichte COMPACT zwei Sendungen, in denen Maximilian Krah (zu dem Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) und Jürgen Elsässer, Chefredakteur von COMPACT, über die Perspektiven der AfD sprachen.[3103] [3104]

Beim Bundesparteitag in Riesa (SN) im Januar 2025 war COMPACT vor Ort und führte mehrere Interviews mit Vertretern der AfD, so auch mit Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW).[3105] Diese stand dem Magazin außerdem im Dezember 2024 und März 2025 für zwei Interviews im Bundestag zur Verfügung.[3106] [3107]

[3097] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 13.03.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3098] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 19.03.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3099] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 15.11.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3100] Baum, Christina: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 20.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3101] Leisten, Anna: Interview mit Paul Klemm zur Zukunft der JA; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 08.01.2025, abgerufen am 09.01.2025.
[3102] Kotré, Steffen: Interview mit COMPACT bei Wahlkampfauftakt 2025 in Halle (Saale); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 26.01.2025, abgerufen am 02.04.2025.
[3103] Krah, Maximilian: Studiogast in COMPACT-Sendung, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 16.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3104] Krah, Maximilian: Studiogast in Interviewformat, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 19.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3105] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT während Bundesparteitag 2025 in Riesa; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 11.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3106] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zu Aus der Regierung; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 17.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3107] Weidel, Alice: Interview mit COMPACT zu Bundestagsdebatte; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 18.03.2025, abgerufen am 08.04.2025.

Hannes Gnauck (MdB, BB) stand COMPACT für ein Interview zur Verfügung, welches Jürgen Elsässer am 31. Januar 2025 auf X verbreitete.[3108]

Steffen Kotré (MdB, BB) gab COMPACT am Rande des AfD-Wahlkampfauftakts ein kurzes Interview.[3109] Außerdem schrieb er am 31. Januar 2025 auf X:

> *„Im Gespräch mit alternativen Medien wie @AUF1TV und @COMPACTMagazin: Heute ist ein historischer Tag und unabhängige Medien verdienen unsere volle Unterstützung."*[3110]

Er retweetete außerdem den Post, in dem COMPACT das Video verbreitete.[3111]

Paul Klemm führte auf der Wahlparty der AfD zur Bundestagswahl am 23. Februar 2025 Interviews mit Tino Chrupalla (MdB, SN), René Springer (MdB, BB), Sebastian Münzenmaier (MdB, RP) und Björn Höcke (MdL TH).[3112]

Letzterer hatte bereits auf dem Parteitag im Januar 2025 in einem Interview seine Einschätzung zur Wahl von Alice Weidel als Kanzlerkandidatin geäußert und verwies darauf, dass beide dieselben Parteiinhalte verträten.[3113]

Das Mitglied des Bundesvorstands Peter Boehringer (MdB, BY) gab COMPACT TV zudem im Februar 2025 ein Interview[3114] und war im März 2025 Studiogast bei COMPACT.[3115]

Zuletzt veröffentlichte COMPACT im März 2025 einen zugesendeten Videokommentar von Peter Bystron (MdEP, BY) zum Präsidentschaftswahlkampf in Rumänien.[3116]

[3108] Gnauck, Hannes: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Tweet vom 31.01.2025, Kanal: „JurgenElsasser", abgerufen am 08.04.2025.
[3109] Korté, Steffen: Interview mit COMPACT zum Wahlkampfauftakt in Halle (Saale); veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 26.01.2025, abgerufen am 02.04.2025.
[3110] Kotré, Steffen: Tweet vom 31.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3111] Kotré, Steffen: Interview mit COMPACT; veröffentlicht in: Tweet vom 31.01.2025, Kanal: „COMPACTMagazin", abgerufen am 08.04.2025.
[3112] Chrupalla, Tino/Springer, René/Münzenmaier, Sebastian/Höcke, Björn: Interviews mit COMPACT zur Bundestagswahl; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 24.02.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3113] Höcke, Björn: Interview mit COMPACT zum Bundesparteitag, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 12.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3114] Boehringer, Peter: Interview mit COMPACT am Rande einer Gedenkveranstaltung am 16.02.2025 in München, veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 16.02.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3115] Boehringer, Peter: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 17.03.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3116] Bystron, Petr: Kommentar bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 10.03.2025, abgerufen am 26.03.2025.

Im Februar 2025 wurde im Rahmen der Sendung „COMPACT.DerTag" ein Statement von Rainer Rothfuß (MdB, BY) zum Anschlag in München eingespielt, bei dem am 13. Februar 2025 durch ein in einen Demonstrationszug gesteuertes Auto zwei Menschen zu Tode kamen.[3117]

Rothfuß war bereits im Dezember 2024 in zwei Sendungen von COMPACT als Studiogast in Erscheinung getreten. Dabei äußerte er sich zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und zu seinem Treffen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sicherheitsrats der Russischen Föderation Dimitri Medwedew[3118] sowie über die Remigrationspläne der AfD.[3119] Seine Nähe zu COMPACT unterstrich Rothfuß in der TV-Sendung mit dem demonstrativen Abschluss eines COMPACT-Abonnements, für das er wie folgt warb:

> *„Genau, macht das ihr auch, wir müssen so guten Journalismus wirklich unterstützen! Und ich liebe eure Artikel, weil sie immer voller Fakten sind, auch mit Grafiken, mit Daten, die man danach dann auch in Diskussionen verwenden kann."*[3120]

Am 29. Januar 2025 gab Rothfuß während einer Kundgebung des sogenannten Wirtschaftswarntags in Berlin dem COMPACT-Mitarbeiter Dominik Reichert ein Interview.[3121]

Für die Ausgaben vom November 2024, Januar 2025 und Februar 2025 gestaltete das Magazin ein Heftcover mit Bezugnahme auf die AfD. Im Fokus stand dabei jeweils die Spitzenkandidatin der AfD bei der Bundestagswahl 2025, Alice Weidel (MdB, BW).

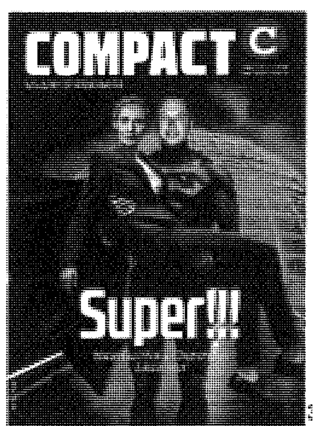
[3117] Rothfuß, Rainer: Statement bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 14.02.2025, abgerufen am 01.04.2025.
[3118] Rothfuß, Rainer: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 05.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3119] Rothfuß, Rainer: Studiogast bei COMPACT TV; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 08.12.2024, abgerufen am 12.12.2024.
[3120] Ebd.
[3121] Rothfuß, Rainer: Interview mit COMPACT beim Wirtschaftswarntag am 29.01.2025 in Berlin; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „COMPACTTV" am 30.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.



[3122]



[3123]



[3124]

Weiterhin schaltete die AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt in den COMPACT-Magazinen 11/2024 bis 04/2025 abermals Werbeanzeigen.[3125] [3126] [3127] [3128] [3129] Somit ist davon auszugehen, dass die Landtagsfraktion weiterhin Fraktionsmittel für die Werbung im COMPACT-Magazin verwendet hat.

2. Ein Prozent

Fabian Jank (MdL BB) verkündete am 20. November 2024 auf Instagram, dass er ab 2025 seine Diätenerhöhung an den Solifonds von Ein Prozent spenden werde und teilte den Link zu dessen offizieller Internetseite. Dazu schrieb er:

> *„Der Solifonds hilft denjenigen, die für unsere Weite und Ideale in der ersten Reihe kämpfen, aber statt Diäten zu kassieren einen hohen Preis für ihr Engagement bezahlen: Sei es in Form von linkem Terror, Hausdurchsuchungen oder Gerichtskosten. Ganz aktuell hilft Ein Prozent identitären Aktivisten, bei denen wegen eines harmlosen Graffitis zum ‚Stolzmonat' das SEK anrückte, die Tür aufsprengte und die Wohnung völlig verwüstete (siehe Fotos). Während Vergewaltiger und Messer-Männer mit lächerlichen Strafen davonkommen, zeigt der*

[3122] Titelseite: COMPACT 11/2024.
[3123] Titelseite: COMPACT 1/2025.
[3124] Titelseite: COMPACT 2/2025.
[3125] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 11/2024, S. 61.
[3126] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 1/2025, S. 35.
[3127] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 2/2025, S. 25.
[3128] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 3/2025, S. 35.
[3129] Anzeige, in: COMPACT-Magazin 4/2025, S. 27.

> *Linksstaat bei Aktivisten völlig überzogene Härte. Umso wichtiger ist es, die Opfer solcher politischen Repression nicht alleine zu lassen. Gemeinsam sind wir stark!"*[3130]

Im Januar 2025 veröffentlichte Ein Prozent zwei „Studien". Eine zum Thema „Eine Frage des Überlebens – Wer ist Deutscher?" und eine weitere zum Thema „Die Angst vor dem Verbot – Was der Volksbegriff für die AfD bedeutet". Als Begründung für die Veröffentlichung der „Studien" führt Ein Prozent aus:

> *„Wir halten dagegen, damit jeder Aktivist, Politiker und interessierte Bürger die Fakten kennt. Es ist der Beginn einer juristischen und gesellschaftlichen Gegenstrategie der politischen Rechten. Wir brauchen diese Diskussion genau jetzt, denn wenn unsere Gegner sich durchsetzen, wird es nicht mehr möglich sein, sich in diesem Land politisch zu organisieren. Der bloße Hinweis auf unsere Identität und unsere Jahrtausende alte Geschichte wird zum Verbotsgrund. Es ist tatsächlich eine Frage des Überlebens – für die AfD, alle Patrioten und unser Volk!"*[3131]

Über den konkreten Inhalt der Broschüre zum möglichen Verbot heißt es:

> *„Eine weitere Bedrohung, der wir entgegentreten müssen, ist die Angst vor einem Parteiverbot. Jüngste Beispiele wie das Vereinsverbot gegen* Compact *oder die Panik innerhalb der AfD zeigen, wie gelähmt manche Akteure auf solche Drohungen reagieren. Unsere zweite Studie, ‚Die Angst vor dem Verbot', analysiert, warum ein Parteiverbot für die AfD juristisch unwahrscheinlich ist und wie wichtig es ist, sich nicht von der Angst leiten zu lassen. Echte Alternativen entstehen durch Mut und Prinzipientreue, nicht durch Rückzug."*[3132]

In einem weiteren Beitrag vom gleichen Tag heißt es zur besagten Studie:

> *„Die Diskussion um ein Verbot der AfD und die rechtlichen wie politischen Implikationen zeigen: Der politische Druck auf Opposition und Patrioten wächst.*

[3130] Jank, Fabian: Instagram-Eintrag vom 20.11.2024, abgerufen am 21.11.2024.
[3131] Ein Prozent: „Zwei Studien: ‚Wer ist Deutscher' und AfD-Verbot", vom 06.01.2025, in: www.ein-prozent.de, abgerufen am 01.04.2025.
[3132] Ebd.

Doch was bedeutet ein Parteiverbot tatsächlich? Wie sieht die rechtliche Grundlage aus, und welche Strategien sollten rechte Kräfte angesichts dieser Herausforderungen verfolgen?"[3133]

Die Broschüre bewarb Matthias Helferich (MdB, NW) am 9. Januar 2025 auf seinem Telegram-Kanal.[3134] Am 23. Januar 2025 warb er auf Telegram abermals für Ein Prozent.[3135]

Marie-Thérèse Kaiser (Kommunalmandatsträgerin und Mitarbeiterin der AfD-Bundesgeschäftsstelle, NI) moderierte seit Januar 2025 insgesamt fünf weitere Folgen im Kanal „Wir klären das!".[3136]

Jean-Pascal Hohm (MdL BB) moderierte im gleichen Kanal am 27. März 2025 eine Folge zum Thema „Die linke Propaganda-Maschine: das ‚Zentrum für politische Schönheit'".[3137] Er teilte außerdem einen Tweet von Philip Stein, dem Vorsitzenden von Ein Prozent, vom 12. Januar 2025.[3138]

Die JA Nordrhein-Westfalen erklärte am 21. März 2025 in einem Tweet unter der Überschrift „Wie bleiben der Sache treu" anlässlich ihrer Auflösung, dass sie u. a. 2.500 Euro an den Ein Prozent Solifonds gespendet habe.[3139]

[3133] Ein Prozent: „Studie #03 Die Angst vor dem Verbot – Was der Volksbegriff für die AfD bedeutet", vom 06.01.2025, in: www.einprozent.de, abgerufen am 01.04.2025.
[3134] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 09.01.2025, abgerufen am 09.01.2025.
[3135] Helferich, Matthias: Telegram-Beitrag vom 23.01.2025, abgerufen am 24.01.2025.
[3136] Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „2024 war wild"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 29.01.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „Sechs Tote in Magdeburg. Und nun?"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 06.02.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „Das neue Wahlgesetz in der Realität"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 18.02.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „ISOLATION für Deutschland?"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 26.02.2025, abgerufen am 02.04.2025; Kaiser, Marie-Thérèse: Folge „Darf der Staat so mit ‚Verbrechern' umgehen?"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 06.03.2025, abgerufen am 02.04.2025.
[3137] Hohm, Jean-Pascal: Folge „Die linke Propaganda-Maschine: das ‚Zentrum für politische Schönheit'"; veröffentlicht in: www.youtube.com, Kanal: „Wir klären das!" am 27.03.2025, abgerufen am 01.04.2025.
[3138] Hohm, Jean-Pascal: Retweet eines Tweets vom 12.01.2025, abgerufen am 08.04.2025.
[3139] Junge Alternative NRW: Tweet vom 21.03.2025, abgerufen am 24.03.2025.

3. Menschenpark Veranstaltungs UG (ehemals Institut für Staatspolitik) / Verlag Antaios

Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) teilte auf X am 28. November 2024 einen Tweet der Sezession, in dem diese auf einen Artikel Dominik Kaufners (MdL BB) hinwies.[3140] Kaufner veröffentlichte in der Zeitschrift Sezession einen Gastbeitrag mit dem Titel „Eine Nachlese zum Volkstrauertag - von Dominik Kaufner".[3141] Am 5. Dezember 2024 teilte er außerdem einen Tweet von Benedikt Kaiser. Darin veröffentlichte Kaiser Fotos zu einem Austauschtreffen in Berlin auf Einladung von Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW), an dem neben Helferich und Kaufner des Weiteren auch Thorsten Weiß (MdA), Christina Baum (MdB, BW/ST), Roger Beckamp (zum damaligen Zeitpunkt MdB, NW), Martin Sellner und Götz Kubitschek teilnahmen.[3142]

Der Bundestagswahlkandidat Robert Teske (zum damaligen Zeitpunkt MdL, mittlerweile MdB, TH) veröffentlichte am 20. Januar 2025 einen Beitrag auf Telegram, in dem er Kurt Hättasch, AfD-Stadtrat in Grimma (SN) und Mitglied der Gruppierung Sächsische Separatisten, verteidigte und einen entsprechenden Artikel der Sezession teilte. Mitglieder der Gruppierung waren im November 2024 festgenommen worden, da ihnen die Gründung einer rechtsterroristischen Vereinigung vorgeworfen wird.[3143]

4. Identitäre Bewegung Deutschland

Hinsichtlich der Verbindungen zur IB konnten seit November 2024 insbesondere einige Bezugnahmen auf die Führungsfigur der deutschsprachigen Identitären Bewegung, Martin Sellner, festgestellt werden.

Bei einem Austauschtreffen in Berlin auf Einladung von Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-

[3140] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 28.11.2024, abgerufen am 19.12.2024.
[3141] Sezession: „Eine Nachlese zum Volkstrauertag - von Dominik Kaufner" vom 28.11.2024, in: www.sezession.de, abgerufen am 19.12.2024.
[3142] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 05.12.2024, abgerufen am 06.01.2024.
[3143] Teske, Robert: Telegram-Beitrag vom 20.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.

Bundestagsfraktion, NW), nahmen Dominik Kaufner (MdL BB), Thorsten Weiß (MdA), Christina Baum (MdB, BW/ST) und Roger Beckamp (MdB, NW) gemeinsam mit u. a. Martin Sellner teil.[3144]

In seiner Instagram-Story vom 20. November 2024 dankte Matthias Helferich (zum damaligen Zeitpunkt fraktionsloser MdB und AfD-Mitglied, seit 2025 Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, NW) dem regionalen IB-Ableger Revolte Rheinland, der seit Dezember 2023 auf der Unvereinbarkeitsliste der AfD steht.[3145] Am 14. Januar 2025 teilte er außerdem einen Tweet von Martin Sellner.[3146]

Franz Schmid (MdL BY sowie damaliger Bundesschatzmeister der JA und Vorsitzender der JA BY) bewarb am 1. Dezember 2024 auf Twitter die IB-Gruppe Sachsengarde:

> *„Den ersten Advent feiere ich mit der @sachsengarde! Das Video sieht hervorragend aus, das wäre doch mal eine Reise nach Chemnitz wert“*[3147]

Hans-Christoph Berndt (MdL BB, Fraktionsvorsitzender) teilte auf X am 22. Dezember 2024 einen Tweet von Martin Sellner.[3148]

Jean-Pascal Hohm (MdL BB) teilte ebenfalls einen Tweet von Martin Sellner vom 10. Januar 2025.[3149]

5. PI-NEWS

Martin Reichardt (MdB, ST) teilte im November 2024 wiederholt Beiträge und Artikel von PI-NEWS.[3150]

Gereon Bollmann (MdB, SH) veröffentlichte am 9. November 2024 auf Facebook einen Beitrag, in dem er PI-NEWS angesichts des 20-jährigen Jubiläums lobte:

[3144] Kaufner, Dominik: Retweet eines Tweets vom 05.12.2024, abgerufen am 06.01.2024. (Doppelverwendung eines Belegs im selben Kapitel)
[3145] Helferich, Matthias: Instagram-Story vom 20.11.2024, abgerufen am 21.11.2024.
[3146] Helferich, Matthias: Retweet eines Tweets vom 14.01.2025, abgerufen am 20.01.2025.
[3147] Schmid, Franz: Tweet vom 01.12.2024, abgerufen am 08.04.2025.
[3148] Berndt, Hans-Christoph: Retweet eines Tweets vom 22.12.2024, abgerufen am 03.01.2025.
[3149] Hohm, Jean-Pascal: Retweet eines Tweets vom 10.01.2025, abgerufen am 23.01.2025.
[3150] Reichardt, Martin: Tweet vom 09.11.2024, abgerufen am 15.01.2025; Reichardt, Martin: Telegram-Beitrag vom 15.11.2024, abgerufen am 15.01.2025.

„PI-News begann seine Arbeit, als die meisten anderen alternativen politischen Onlinemedien noch nicht geboren waren. Jetzt feiern sie 20-jähriges Jubiläum. [...] ‚Es ist schon eine Leistung für sich, 20 Jahre lang ein unternehmerisches Medienprojekt zu betreiben. Wenn es auch noch unter repressiven Bedingungen geschieht, ist dies der Bewunderung wert. Sich nicht einschüchtern zu lassen, ist ein herausragendes Verdienst von PI-News.'"

Die AfD Schleswig-Holstein teilte den Beitrag am 11. November 2024.[3151]

Am 10. November 2024 wurde durch PI-NEWS auf YouTube eine Danksagung von Martin Reichardt (MdB, ST) veröffentlicht. Darin äußerte dieser:

„20 Jahre PI-NEWS, das sind 20 Jahre unabhängige Berichterstattung, das sind 20 Jahre Kampf für Wahrheit, das sind 20 Jahre Engagement dafür, dass in Deutschland die Meinungsfreiheit erhalten bleibt. Das ist aller Ehren wert und das ist insbesondere auch eine herausragende Leistung, auch im Bereich der alternativen Medien. Wir müssen wissen, die alternativen Medien, sie werden nicht durch üppige Zwangsgebühren finanziert, sie erhalten keine politische Unterstützung, ganz im Gegenteil, wir wissen es in Deutschland, sie werden oft vom Establishment bekämpft, an die Seite gedrängt und ausgegrenzt. Darum sind 20 Jahre Kampf im Bereich der alternativen Medien wirklich eine herausragende Leistung. Hierfür gebührt PI-NEWS nicht nur ein Glückwunsch, sondern auch der Dank der Alternative für Deutschland und auch der Dank aller derer Menschen in Deutschland, die sich gegen das politisch-mediale Kartell auf die Straße begeben und die an vielen Stellen ihren Unmut kundtun möchten. Gerade auch im Bereich der Corona-Maßnahmen-Politik war PI-NEWS eine der Institutionen, die kritische Berichterstattung möglich gemacht hat. Auch hier hat PI-NEWS seinen Beitrag dazu geleistet, dass eine Impfpflicht verhindert wurde und dass die Freiheit von Millionen Menschen erhalten geblieben ist. All diese Punkte tragen dazu bei, dass es heute in Deutschland eine politische Kraft gibt mit der AfD, die die politischen Fragen und die politischen Interessen der Bürger in den Parlamenten vertritt und auch, dass es einen medialen Bereich gibt, nämlich die alternativen Medien, in denen regierungskritische Meinungen noch zu

[3151] AfD Schleswig-Holstein: geteilter Facebook-Eintrag vom 11.11.2024, ohne Abrufdatum.

Worte kommen. Ich denke, wir können Folgendes sagen. Die alternativen Medien auf der einen Seite und die Alternative für Deutschland auf der anderen Seite sind der Garant dafür, dass in Deutschland Meinungsfreiheit, Einigkeit und Recht und Freiheit erhalten bleiben. Darum vielen Dank PI-NEWS, herzlichen Glückwunsch für 20 Jahre freiheitliche Berichterstattung und auf die nächsten 20 gemeinsam. Vielen Dank."[3152]

Auch Christine Anderson (MdEP, HE) veröffentlichte im November 2024 eine Videobotschaft anlässlich des Jubiläums. Darin äußerte sie:

„Und die Wahl in den USA ist so ausgegangen, wie sie ausgegangen ist, weil es eine Plattform gibt, auf der man wirklich die reine Wahrheit erfährt und das ist Twitter oder jetzt heißt sie X. Aber in Deutschland haben wir auch ein Portal, was eben genau diese Arbeit schon seit Jahrzehnten im Prinzip macht und das ist PI-NEWS und ich kann euch nur wirklich ermuntern und ermutigen, bitte guckt euch PI-NEWS an, dort kriegt ihr Informationen, die ihr von ARD, ZDF nicht bekommt. Wir brauchen alternative Medien und wir müssen vor allem auch sicherstellen, dass die sogenannten Misinformationen und Desinformationen, wie das ja jetzt immer gelabelt wird, dass die auch einen Counterpart haben. Denn wir wollen mal festhalten, die Misinformationen und Desinformationen, von wem kommen die denn? Die kommen von ZDF, ARD und von den ganzen Mainstream Medien. Und vor allem: das Hauptquartier der Misinformationen in den letzten Jahren war in der Tat die EU-Kommission. So, also herzlichen Glückwunsch an PI-NEWS. Und die Welt wird in Zukunft eine andere sein und ich werde alles dafür tun, um das weiter voranzutreiben und dass wir endlich wieder in Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit leben können."[3153]

Karsten Hilse (MdB, SN) wird in einem PI-NEWS-Videobeitrag vom 21. November 2024 gezeigt, in dem er äußerte, PI-NEWS werde *„in der alternativen Medienlandschaft [...] wirklich gebraucht."*[3154]

[3152] Reichardt, Martin: Videobotschaft vom 10.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 10.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 11.11.2024.
[3153] Anderson, Christine: Videobeitrag vom 17.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 17.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 19.11.2024.
[3154] Hilse, Karsten: Videobotschaft vom 21.11.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 21.11.2024, Kanal: „PI-NEWS TV", abgerufen am 22.11.2024.

Am 29. März 2025 veröffentlichte Martin Renner (MdB, NW) eine Kolumne bei PI-NEWS mit dem Titel „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht".[3155]

6. Zwischenfazit

Das für die Zeit bis November 2024 festgestellte Ergebnis der fortgesetzten strukturellen Verbindungen zwischen Mitgliedern und Teilorganisationen der AfD und der JA zu Akteuren der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten hat auch für die darauf folgenden Monate Bestand. Besonders zu COMPACT konnten dabei enge Verbindungen festgestellt werden, die im Zuge des Bundestagswahlkampfs nochmals deutlicher zutage traten.

IV. Fazit zu Belegen für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bundestagswahlkampf

Auch im Untersuchungszeitraum nach November 2024, der insbesondere die Wahlkampfphase betraf, bestätigte sich der Befund, dass sich die tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung – insbesondere unter Berücksichtigung ihrer menschenwürdewidrigen Ausrichtung – zur Gewissheit verdichtet haben.

Die dabei berücksichtigten Aussagen stammen durchweg von hochrangigen Vertreterinnen und Vertretern der Partei, darunter zahlreiche Bundes- und Landtagsabgeordnete, deren jeweilige regionale Herkunft eine breite Verteilung auf verschiedene west- und ostdeutsche Bundesländer aufweist. Eine entsprechende Streuung war auch bei den Veranstaltungsorten und den Verantwortlichen für Äußerungen in den sozialen Medien gegeben. Die herangezogenen Aussagen haben insoweit eine hohe Repräsentanz für die AfD insgesamt.

Vor allem waren weiterhin tatsächliche Anhaltspunkte für einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff in einer die Gesamtpartei prägenden Dichte feststellbar. Diese fanden sich in einer Vielzahl von Äußerungen des AfD-Spitzenpersonals im Rahmen realweltlicher Wahlkampfauftritte, aber auch in Print- und Digitalmedien.

[3155] PI-News: „Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht" vom 29.03.2025, abgerufen am 04.04.2025.

FAZIT ZU BELEGEN FÜR BESTREBUNGEN GEGEN DIE FREIHEITLICHE DEMOKRATISCHE GRUNDORDNUNG IM BUNDESTAGSWAHLKAMPF

Die AfD unterscheidet unverändert zwischen ethnisch Deutschen und solchen mit Migrationsgeschichte in einer Weise, die letztere herabwürdigt. Durch die Migration drohe, so der pauschale Vorwurf, ein irreversibler Heimatverlust und eine nicht mehr korrigierbare Überfremdung. Die Partei beschränkt sich nicht auf eine zumindest in Ansätzen sachbezogene Kritik an vermeintlichen oder tatsächlichen Problemen im Zusammenhang mit Einwanderung und Integration, sondern sieht bereits in der bloßen Präsenz einer hohen Anzahl von Menschen mit Migrationsgeschichte eine nicht hinnehmbare Zumutung für einheimische Deutsche.

Eine besondere Bedrohung liege – einer Reihe von AfD-Äußerungen zufolge – darin, dass die wachsende Zahl deutscher Staatsbürger und -bürgerinnen mit Migrationsgeschichte den Entfremdungsprozess zu Lasten autochthoner Deutscher weiter forciere und beschleunige, deren Interessen damit auch bei Wahlen immer weniger Berücksichtigung fänden. Nicht zuletzt wird in einer Vielzahl von AfD-Aussagen in menschenwürdewidriger Weise insbesondere männlichen Migranten eine pauschale und gleichsam ethnokulturell bedingte Neigung zu Gewalt und Kriminalität unterstellt. Sofern Migration überhaupt bei AfD-Vertreterinnen und Vertretern auf Akzeptanz stößt, wird dies oftmals an eine vollständige Assimilation geknüpft.

Unverändert orientiert sich die AfD am ideologischen Konzept des Ethnopluralismus, das von der Notwendigkeit ethnokulturell geschlossener, distinkter Entitäten ausgeht. Deren Vermischung führe unweigerlich zur Zerstörung der kulturellen Identität, die es aber unbedingt zu erhalten gelte, um globalistischen Entwicklungen entgegenwirken zu können. Von dieser ethnopluralistischen Grundprämisse ausgehend polemisierten AfD-Repräsentantinnen und -Repräsentanten auch im jüngsten Untersuchungszeitraum mit etlichen Äußerungen fortwährend gegen den vermeintlichen Großen Austausch oder eine angebliche „Ersetzungsmigration". Auf den pejorativen Begriff des „Passdeutschen", den das OVG NRW explizit als sehr deutlichen Anhaltspunkt für Bestrebungen gegen die Menschenwürde gewertet hat,[3156] wurde indessen weitestgehend verzichtet.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem oder ein Abrücken vom ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff ist in der AfD nicht zu konstatieren. Wenn einzelne Akteure wie zuletzt Maximilian Krah (zu dem Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN)

[3156] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 220. Vgl. Kapitel E. I. 1. a. aa (3).

oder Andreas Lichert (MdL HE) die ethnozentristische Ausrichtung der Partei verbal relativieren oder zu relativeren scheinen, so entkräftet dies vor dem Hintergrund einer Vielzahl diesbezüglich eindeutiger Positionierungen in der Gesamtschau nicht den Befund, dass die AfD ein insgesamt mit der Menschenwürde von Bevölkerungsminderheiten nicht zu vereinbarendes Volksverständnis vertritt.

Formulierungen, die dieses ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis zusätzlich belegen könnten, sind im Wahlprogramm der AfD indes nicht enthalten. Dieses beschränkt sich im Wesentlichen auf die nicht verfassungsschutzrelevante Forderung nach einer deutschen Leitkultur. Üblicherweise sind programmatische Texte der AfD aus strategischen Erwägungen in einem tendenziell gemäßigten Duktus verfasst und somit in Bezug auf Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung weniger aussagekräftig als sonstige Äußerungen von Parteimitgliedern. Insofern ist die wahlprogrammatische Zurückhaltung nicht geeignet, die Fülle der quantitativ und qualitativ weitergehenden Aussagen zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff zu relativieren, zumal eine inhaltliche Auseinandersetzung oder gar Distanzierung von solchen Aussagen unterbleibt.

Auch im Hinblick auf fremdenfeindliche Äußerungen, die gleichsam eine Konkretisierung des ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs darstellen, haben sich im nachgelagerten Untersuchungszeitraum seit November 2024 die entsprechenden Anhaltspunkte weiter verdichtet. Als topgesetztes Wahlkampfthema vieler Parteien war die Migrationspolitik ein den Schwerpunkten der AfD besonders entgegenkommendes Agitationsfeld. Nicht zuletzt die Anschläge in Magdeburg und Aschaffenburg boten der AfD zusätzliches Instrumentalisierungspotenzial. Im Zusammenhang mit solchen in ihrer Brutalität schockierenden Attentaten sind zu einer gewissen Schärfe neigende und in der Tendenz pauschalisierende Äußerungen in der verfassungsschutzrechtlichen Bewertung nur eingeschränkt zu berücksichtigen. Verallgemeinernde Negativzuschreibungen finden sich aber bei der AfD im gesamten Begutachtungszeitraum, weshalb diesbezügliche Aussagen zu Migrantinnen und Migranten in der Wahlkampfzeit nicht als emotional geprägte sprachliche Überspitzungen anzusehen sind, sondern auf der grundlegenden Annahme basieren, Menschen mit Migrationsgeschichte neigten essenziell in besonderem Maße zu Gewalt. Weit über die Forderung einer restriktiveren Migrations- und Asylpolitik hinausgehend verunglimpft die

AfD Einwanderungsgesellschaften generell als „multikriminell“, unterstellt Migrantinnen und Migranten eine faktische Invasion oder Okkupation Deutschlands, bezichtigt diese, den deutschen Sozialstaat vorsätzlich auszuplündern, und zeichnet insgesamt ein Bild kultureller Inkompatibilität. Die Herabsetzung männlicher Migranten als „Messermänner“ erfolgt bei der AfD nicht etwa „nur“ im Kontext konkreter Straftaten, sondern pauschalisierend und oftmals insinuierend, Messergewalt sei erst infolge der arabischen Einwanderung in Deutschland aufgetreten, was auch im häufigen Gebrauch des Begriffs „Messermigration“ zum Ausdruck kommt.

Hervorzuheben ist ferner der ständige und offensive Rekurs der AfD auf den Begriff Remigration. Trotz der Beteuerungen, die avisierten Maßnahmen sollten strikt rechtskonform umgesetzt werden, lässt die häufige Forderung nach „millionenfacher Remigration“ nur den Schluss zu, dass die AfD nicht an rechtsstaatlich gebotenen Einzelfallprüfungen, sondern an kollektiven Rückführungsprogrammen interessiert ist. Der dabei von der Partei propagierte und postulierte Millionenansatz übersteigt die Zahl der tatsächlich ausreisepflichtigen Migrantinnen und Migranten um ein Vielfaches. Die Verwendungspraxis des Begriffs Remigration weist bei der AfD insofern häufig eine menschenrechts- und rechtsstaatswidrige Konnotationsebene auf. Ungeachtet dessen beschloss die AfD auf ihrem Bundesparteitag in Riesa (SN) noch nachträglich, die Bezeichnung „Remigration“ explizit in das offizielle Wahlprogramm aufzunehmen, was die Spitzenkandidatin Alice Weidel pointiert und prägnant in ihrer Parteitagsrede zusätzlich unterstrich. Es geht der AfD offensichtlich um eine Normalisierung des Terminus „Remigration“, nachdem Teile der Parteiführung und insbesondere die Co-Bundessprecherin Weidel selbst den Begriff nach den Anfang 2024 bekannt gewordenen CORRECTIV-Recherchen zum sogenannten Potsdamer Treffen noch über längere Zeit gemieden hatten. Mit dem erneuten Versuch, den Remigrationsbegriff im allgemeinen politischen Diskurs zu etablieren, strebt die AfD – unzutreffenderweise – eine dahingehende Deutungshoheit an, dass gemäß ihrem Sprachgebrauch die Bezeichnung für völlig rechtmäßige Maßnahmen stehe.

Die fremdenfeindliche Ausrichtung der AfD kam während des Wahlkampfs besonders drastisch in Bild- und Fotostrecken zum Ausdruck, die Parteiaktivisten den eigenen Posts in sozialen Medien zur Verstärkung ihrer Aussagen beifügten. Oft handelt es sich dabei um plakativ-rassistische Gegenüberstellungen zwischen autochthonen

Deutschen und Menschen mit Migrationsgeschichte. Auf der einen Seite sind beispielsweise hellhäutige Männer zu sehen, die offen, sympathisch und tatkräftig auftreten, oder weiße Frauen, die angsterfüllt, unsicher und bedroht erscheinen. Auf der anderen Seite finden sich Darstellungen von männlichen Migranten, die dunkel, bedrohlich und aggressiv wirken, oder von vollverschleierten muslimischen Frauen, die als Kollektiv den generalisierenden Eindruck absoluter Inkompatibilität mit der deutschen Gesellschaft vermitteln sollen. Eine weitere Darstellungsweise besteht darin, in gleichsam gehässiger Weise sich über angestrebte Massenabschiebungen zu belustigen. In diesem Zusammenhang griff die AfD besonders häufig auf Memes mit „Abschiebefliegern" zurück. Diese erinnern nicht zuletzt an die rassistische „Deutschlandretter24-Kampagne" der Jungen Alternative anlässlich der Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024, als – ähnlich wie im Bundestagswahlkampf – offensiv eine „millionenfache Remigration" gefordert wurde.

Muslim- und islamfeindliche Äußerungen und Positionen, die eine besondere Ausprägung allgemeiner Fremdenfeindlichkeit darstellen, waren ebenso im Wahlkampfzeitraum bei der AfD feststellbar. Diesbezüglich verfassungsschutzrelevante Aussagen fanden sogar im Bundestagswahlprogramm ihren Niederschlag. Dort ist etwa die Forderung eines konsequenten Minarettverbots enthalten. Ein solches Postulat hat das OVG NRW ausdrücklich als menschenwürdewidriges Anliegen bezeichnet.[3157] Das von der AfD programmatisch zudem geforderte Kopftuchverbot, das nicht nur zur Neutralität verpflichtete Staatsbedienstete und auch nicht nur einzelne Institutionen, sondern alle Besucherinnen von jeglichen öffentlichen Einrichtungen umfassen soll, würde Musliminnen mit Kopftuch massiv vom gesellschaftlichen Leben ausschließen und ist daher unter Berücksichtigung verfassungsgerichtlicher Rechtsprechung[3158] nicht als menschenwürdekonform zu bewerten.

In zahlreichen sonstigen Äußerungen wurde dem Islam pauschal die Vereinbarkeit mit der hiesigen Kultur abgesprochen. Auch rückten Vertreterinnen und Vertreter der AfD den Islam durch die Gleichsetzung mit Islamismus oft in die Nähe von Extremismus und terroristischer Gewalt. Eine häufige und aggressive Polemik bestand auch

[3157] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 241. Vgl. S. 992.
[3158] BVerfG, Beschl. v. 27.01.2025, 1 BvR 471/10, 1 BvR 1181/10.

im Vorwurf von Parteiaktivisten, muslimische Frauen gefährdeten mit einem „Geburtendschihad" das deutsche Volk in seinem Bestand. Insgesamt ist bei den muslim- und islamfeindlichen Aussagen der AfD im Bundestagswahlkampf, auch unter Berücksichtigung diesbezüglicher Positionen im Wahlprogramm, zumindest eine Bestätigung der bereits im vorausgegangenen Untersuchungszeitraum festgestellten verfassungsfeindlichen Positionen zu erkennen.

Wie im gesamten Begutachtungszeitraum waren auch während des Bundestagswahlkampfs antisemitische Äußerungen der AfD von nachrangiger Bedeutung. Sie traten „lediglich" im Rekurs auf antisemitische bzw. dem Antisemitismus Vorschub leistende Chiffren wie „Deep State" oder „Globalisten" auf. In diesem Kontext ist auch die wiederholte Agitation gegen den als antisemitische Projektionsfläche instrumentalisierten jüdisch-stämmigen Investor George Soros zu nennen.

Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen das Demokratieprinzip als einem zentralen Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung konnten auch in der Wahlkampfzeit festgestellt werden. So agitierte die Partei im Wahlkampf wiederholt gegen Regierungsverantwortliche mit der Unterstellung, diese handelten bewusst volksschädigend, weshalb Deutschland demokratischen Standards nicht mehr genüge. Die AfD zielte mithin darauf ab, das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen, in deren Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie in demokratische Entscheidungsabläufe nachhaltig zu erschüttern, was letztlich eine Delegitimierung der politischen Ordnung insgesamt impliziert. In gleicher Weise gegen das Demokratieprinzip gerichtet waren pauschale Vorwürfe der AfD, die Bundesrepublik sei ein nicht-souveräner Staat, unterdrücke systematisch Meinungs- und Pressefreiheit und werde von „Kartellparteien" beherrscht, die lediglich Partikularinteressen gegen das eigene Volk verfolgten. Die Ablehnung der gegenwärtigen politischen Ordnung kulminierte auch im jüngsten Untersuchungszeitraum in der wiederholten Gleichsetzung der Bundesrepublik Deutschland mit diktatorischen Systemen. Demokratiefeindliche Aussagen nach dem oben skizzierten Muster fanden sich – wie dargelegt – auch im Bundestagswahlprogramm. Insgesamt haben sich die Anhaltspunkte für eine demokratiefeindliche Ausrichtung der AfD weiter verdichtet.

Fazit zu Belegen für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung im Bundestagswahlkampf

Analog zur vorangegangenen Begutachtungsphase fielen auch während des Wahlkampfs kaum Anhaltspunkte für gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichtete Bestrebungen an. Als Ausnahme davon können lediglich Äußerungen von Björn Höcke (MdL TH) herangezogen werden, der in zwei Fällen die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt in Frage stellte.

Bei der Positionierung zum historischen Nationalsozialismus war im Wahlkampfzeitraum im Fall eines AfD-Kommunalpolitikers zwar eine eindeutig und offen NS-befürwortende Haltung feststellbar, doch fällt ein solcher Einzelfall – auch mit Blick auf die nachrangige Stellung des Betroffenen in der Partei – für die gutachterliche Gesamtbetrachtung der AfD nicht ins Gewicht. Viel bedeutsamer ist indessen die nach wie vor zu konstatierende Verwendung des geschichtsrevisionistischen Begriffs „Schuldkult" von Vertretern der AfD, der darauf abzielt, die Aufarbeitung des historischen Nationalsozialismus und die für das demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland prägende Erinnerungskultur zu desavouieren, was wiederum zumindest mittelbar die Dimension der nationalsozialistischen Gewalt- und Massenverbrechen relativiert. Hervorzuheben ist ferner die Weigerung der Partei, sich auch nur in Ansätzen mit der Verurteilung Björn Höckes wegen mehrfacher Verwendung der verbotenen SA-Losung „Alles für Deutschland" inhaltlich auseinanderzusetzen. Stattdessen verwendete die AfD umso häufiger den phonetisch nahezu gleichklingenden – straf- und verfassungsschutzrechtlich irrelevanten – Wahlslogan „Alice für Deutschland" im Wahlkampf zur Unterstützung ihrer Spitzenkandidatin. Der demonstrativen Nutzung dieses Slogans lag offensichtlich auch der Wille zur gezielten Provokation zugrunde.

Die Haltung der AfD zum historischen Nationalsozialismus bleibt insoweit ambivalent. Geschichtsrevisionistische Positionierungen sind weiterhin festzustellen, jedoch nicht in einem die Partei prägenden Ausmaß.

Auch im Wahlkampfzeitraum unterhielt die AfD Verbindungen zur verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten. Besonders hervorzuheben ist diesbezüglich das Verhältnis zur COMPACT-Magazin GmbH, die den Wahlkampf der AfD durch die Bereitstellung reichweitenstarker Interviewplattformen intensiv unterstützte. Erwähnenswert sind ferner die fortgesetzten Kontakte der Partei zur Identitären Bewegung, u. a. auch zu deren Führungsfigur im deutschsprachigen Raum Martin Sellner. Mit dem Verein

Ein Prozent, dem islamfeindlichen Online-Medium PI-NEWS sowie der Menschenpark Veranstaltungs UG bzw. dem Verlag Antaios pflegt die AfD darüber hinaus Kooperationsformen zu weiteren zentralen Akteuren der Neuen Rechten, wobei das jeweilige Verhältnis von gegenseitiger Wertschätzung, Positivkommentierung und Unterstützung geprägt ist.

Die im vorstehenden Kapitel zusammengetragenen Belege sind durchweg auf ranghohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der AfD zurückzuführen, darunter mehrheitlich Abgeordnete des Europaparlaments, des Bundestags sowie der Landtage und Abgeordnetenhäuser. Sie verteilen sich überdies mit Blick auf die regionale Herkunft der für die Aussagen verantwortlichen Personen auf west- und ostdeutsche Landesverbände und damit auf das gesamte Bundesgebiet. Mithin spiegeln die aufgeführten Anhaltspunkte die in der Partei vorherrschende Grundtendenz wider.

Im Zusammenhang mit der AfD-Spitzenkandidatin und Co-Bundessprecherin Alice Weidel fielen im Wahlkampfzeitraum vergleichsweise wenige eigene Aussagen an, die für sich genommen als Anhaltspunkte für Bestrebungen der Partei gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung heranzuziehen wären. Dies kann jedoch nicht als entlastend für die Gesamtpartei gewertet werden. Die Kanzlerkandidatin der AfD dürfte nämlich vor allem aus taktischen Gründen bei öffentlichkeitswirksamen Medienauftritten und reichweitenstarken TV-Formaten dem Grundsatz einer professionellen Mäßigung gefolgt sein, um das maximale Wählerpotenzial für sich und die Partei auszuschöpfen. Gleichzeitig distanzierte sich Weidel bei gemeinsamen Wahlkampfauftritten mit AfD-Akteuren, die sich explizit extremistisch äußerten, zu keinem Zeitpunkt vom Inhalt dieser Aussagen. Auch die Aufnahme der beiden erwiesenen Rechtsextremisten Matthias Helferich (MdB, NW) und Maximilian Krah (MdB, SN) in die AfD-Bundestagsfraktion ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Co-Bundessprecherin und Co-Fraktionsvorsitzende Weidel verfassungsfeindlichen Positionen in der AfD nicht entgegentritt.

In der Gesamtschau der im nachgelagerten Untersuchungszeitraum zusammengeführten Anhaltspunkte ist festzustellen, dass sich die zur Gewissheit verdichtete verfassungsfeindliche Ausrichtung der Partei weiter bestätigt hat.

G. Abschließende Bewertung

I. Tatsächliche Anhaltspunkte von hinreichendem Gewicht und hinreichender Zahl zur Gewissheit verdichtet

Als Ergebnis der vorangegangenen gutachterlichen Prüfung ist festzustellen, dass sich die in Bezug auf die Alternative für Deutschland als Gesamtpersonenzusammenschluss im Folgegutachten AfD 2021 konstatierten Anhaltspunkte in wesentlichen Teilen – insbesondere im Hinblick auf den ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff der Partei – inzwischen zur Gewissheit verdichtet haben und eine entsprechende extremistische Prägung der Gesamtpartei festgestellt werden muss. Das an ethnischen Kriterien anknüpfende Volksverständnis der AfD zielt darauf ab, bestimmte Bevölkerungsgruppen von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen, sie einer nicht verfassungskonformen Ungleichbehandlung auszusetzen und ihnen einen rechtlich abgewerteten Status zuzuschreiben. Dieses ausgrenzende Volksverständnis strahlt maßgeblich auf die fremden- und minderheitenfeindlichen Positionen in der Partei aus; es ist Ausgangspunkt und ideologische Grundlage für eine kontinuierliche Agitation gegen bestimmte Personen oder Personengruppen, mit der diese pauschal diffamiert und verächtlich gemacht sowie irrationale Ängste und Ablehnung gegenüber diesen geschürt werden. Soweit hinsichtlich anderer Dimensionen, insbesondere bezüglich des Demokratieprinzips, tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung vorliegen, haben sich diese auch verdichtet, allerdings quantitativ wie qualitativ nicht in einem Maß, dass sie als prägend für die Gesamtpartei einzustufen wären.

Bei der Bearbeitung der AfD durch die Verfassungsschutzbehörden war bereits zu Beginn augenfällig, dass die programmatischen Schriften, insbesondere das Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2016, nur wenige bzw. vereinzelte Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung enthielten. Dem standen bereits frühzeitig zahlreiche verfassungsschutzrelevante Äußerungen von Funktionärinnen und Funktionären sowie Spitzenvertreterinnen und -vertretern der Partei gegenüber, die die programmatischen Texte überlagerten, diese zumindest relativierten und in der Gesamtschau die eigentliche Ausrichtung der Partei in der politischen Praxis zusehends stärker bestimmten. Im vorliegenden Gutachten hat sich dieser Befund abermals bestätigt. So weichen besonders die Feststellungen hinsichtlich des in weiten Teilen nicht verfassungsschutzrelevanten Bundestagswahlprogramms eklatant

von den parallel im Wahlkampf getätigten Äußerungen ab. Den vielfach verfassungsschutzrechtlich relevanten Äußerungen von führenden Funktionärinnen und Funktionären kommt in der Abwägung mit programmatischen Texten für die tatsächliche und zutreffende Bewertung der Partei eine deutlich gewichtigere Rolle zu.

Begründen tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einen extremistischen Verdachtsverfall oder sind diese zur Gewissheit einer gesichert extremistischen Bestrebung verdichtet, ist das Bundesamt für Verfassungsschutz zur Beobachtung entsprechender Bestrebungen und Tätigkeiten seinem gesetzlichen Auftrag folgend nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet. Im Falle der AfD liegen nach dem Prüfergebnis inzwischen die Voraussetzungen der zweitgenannten Alternative vor, weshalb die Partei als gesichert rechtsextremistische Bestrebung einzustufen ist.

Die Bewertung der Gesamtpartei orientiert sich dabei an dem eingangs genannten Maßstab. Danach ist eine gesichert extremistische Bestrebung anzunehmen, wenn die Gesamtorganisation von einer die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnenden Grundtendenz – bezogen auf mindestens eines der drei zentralen Merkmale Menschenwürde sowie Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip – beherrscht wird. Die verfassungsfeindlichen Verhaltensweisen müssen den Gesamtcharakter des Personenzusammenschlusses prägen.[3159] Dabei ist nicht nur auf die festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte bzw. die festgestellten Bestrebungen abzustellen, sondern auch darauf, inwieweit beispielsweise taugliche Distanzierungshandlungen einer Zurechnung entgegenstehen könnten. Die Überzeugung von einer verfassungsfeindlichen Grundhaltung kann allein aus einer Gesamtbetrachtung der vielfältigen Verhaltensweisen der Partei und ihrer Funktionäre gewonnen werden, die erst in dieser Zusammenschau ein eindeutiges Bild ergeben. Dabei ist auch prognostisch zu beurteilen, ob gemäßigtere Strömungen in der Partei noch die Möglichkeit der Einflussnahme haben, die vorherrschende extremistische Grundtendenz nachhaltig umzukehren, oder ob sie nur noch eine sehr untergeordnete, nicht durchsetzungsfähige Rolle einnehmen. Eine das vorherrschende ethnisch-abstammungsmäßige Volksverständnis und diesbezüglich die extremistische Grundausrichtung der AfD in Frage stellende oder ggf. sogar

[3159] Vgl. dazu und zum Nachfolgenden: Kapitel C. Rechtliche Vorgaben.

potenziell zurückdrängende relevante Kraft konnte im Begutachtungszeitraum indessen nicht festgestellt werden.

Im Folgenden werden die dargelegten Feststellungen hinsichtlich der für die freiheitliche demokratische Grundordnung konstitutiven Merkmale Menschenwürde sowie Demokratie- und Rechtstaatsprinzip in einer Gesamtschau gewürdigt. Dabei werden auch möglicherweise entlastende Faktoren berücksichtigt, die gegen eine verfassungsfeindliche Prägung der AfD und damit gegen eine Einstufung der Partei als gesichert extremistische Bestrebung sprechen könnten.

1. Einfluss des ehemaligen Flügels

Im Folgegutachten AfD 2021 wurde der Einfluss des aufgelösten Flügels umfassend berücksichtigt, was auch durch den damals noch engen zeitlichen Zusammenhang zur Einstellung der Aktivitäten und damit einhergehend der Ungewissheit über die weitere Entwicklung der Teilgruppierung bedingt war. Das VG Köln stellte bezüglich des Flügels fest, dass er jedenfalls bis zu seiner Auflösung im Frühjahr 2020 gesichert extremistische Bestrebungen verfolgt hatte. Dass das VG Köln danach nur noch eine weitere Bearbeitung als Verdachtsfall für zulässig erachtete, war dem Umstand geschuldet, dass das strukturelle Bestehen des Personenzusammenschlusses nach dessen Auflösung nicht mehr mit Gewissheit belegt werden konnte. Die Rechtmäßigkeit der Einstufung als gesichert extremistische Bestrebung wurde durch das OVG NRW nochmals bestätigt.[3160]

Die weitere Betätigung relevanter Flügel-Anhängerinnen und Anhänger in der AfD konnte auch im Rahmen der fortgeführten Beobachtung festgestellt werden. Sie sind in der Partei nach wie vor eng vernetzt und betreiben ihre politische Agenda fort. Allerdings geschieht dies nicht mehr unter der Struktur des Flügels oder in Form informeller Nachfolgeaktivitäten, weshalb die Bearbeitung als eigenständiger Verdachtsfall zum 1. Januar 2024 eingestellt wurde. Die ehemaligen Anhängerinnen und Anhänger des Flügels werden seitdem größtenteils im Rahmen des Verdachtsfalls AfD beobachtet. Sie wirken weiter in der Partei, die sie mit ihren fortbestehenden verfassungsfeindlichen Positionen in zum Teil erheblichem Maße weiterhin prägen. Darüber hinaus gibt es vereinzelt AfD-Veranstaltungen wie das „Preußenfest", die auf die Strukturen des

[3160] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1216/22.

ehemaligen Flügels zurückgreifen. Als Vernetzungsevent knüpft das jährlich stattfindende „Preußenfest“, das zuletzt am 14. September 2024 durchgeführt wurde, nunmehr als AfD-Veranstaltung an das frühere „Kyffhäusertreffen“ des Flügels an (siehe hierzu Kapitel E. III. 1.).

Das mitprägende und reichweitenstarke Fortwirken ehemaliger Flügel-Anhängerinnen und Anhänger in der Gesamtpartei wird auch daran ersichtlich, dass eine Vielzahl der festgestellten verfassungsschutzrelevanten Aussagen von AfD-Mitgliedern im Begutachtungszeitraum auf Personen zurückgeht, die bereits im Flügel-Gutachten zitiert wurden. Besonders herauszustellen sind die ehemaligen Flügel-Führungspersonen Christine Anderson, Christina Baum, Björn Höcke, Enrico Komning, Hans-Thomas-Tillschneider und Thorsten Weiß, die allesamt im Kapitel E. dieses Gutachtens mit verfassungsschutzrelevanten Aussagen zitiert werden. Zu Christine Anderson, Björn Höcke, Hans-Thomas-Tillschneider und Thorsten Weiß liegen zudem entsprechende Erkenntnisse aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs vor (vgl. Kapitel F.).

Überdies werden in Kapitel E. Anhaltspunkte zu den früheren Flügel-Anhängerinnen und Anhängern Jeannette Auricht, Birgit Bessin, Torben Braga, Siegbert Droese, Katrin Ebner-Steiner, Oliver Kirchner, Steffen Kotré, Nikolaus Kramer, Daniel Freiherr von Lützow, Benjamin Nolte, Ulrich Oehme, Christian Blex, Stefan Möller, Martin Reichardt (aktuelles Bundesvorstandsmitglied), Thomas Röckemann, Thomas Rudy, Heiko Scholz[3161] (aktuelles Bundesvorstandsmitglied), Dirk Spaniel, Roland Ulbrich und Jörg Urban angeführt. Zu Katrin Ebner-Steiner, Oliver Kirchner, Steffen Kotré, Benjamin Nolte, Christian Blex, Stefan Möller, Richard Graupner, Martin Reichardt sowie Heiko Scholz werden zudem in Kapitel F. verfassungsschutzrelevante Aussagen aus dem Zeitraum des Bundestagswahlkampfs dargestellt. Im Ergebnis zeigt sich, dass Anhängerinnen und Anhänger des ehemaligen Flügels inzwischen weit über dessen frühere Kernländer Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen hinaus den Diskurs in der AfD und ihre politische Ausrichtung mitprägen. Ihre im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehenden Positionen spiegeln inzwischen parteiweit die vorherrschende Grundtendenz wider.[3162]

[3161] Im „Gutachten zur Einstufung des ‚Flügel‘ als erwiesen extremistische Bestrebung“ aus 2020 wurde Heiko Scholz nicht aufgeführt, da im damaligen Erhebungszeitraum keine Sicherung von durch ihn getätigten Äußerungen erfolgt ist, denen sich Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung entnehmen ließen.

[3162] Vgl. Flügel-Gutachten 2020, S. 251 ff.

2. Verdichtung tatsächlicher Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung

Die tatsächlichen Anhaltspunkte, die im Begutachtungszeitraum für die Bewertung des Einstufungsstatus anfielen, basieren vornehmlich auf Äußerungen von Parteimitgliedern insbesondere der Führungsebenen sowie von Mandatsträgerinnen und -trägern. Der inhaltliche Schwerpunkt dieser verfassungsschutzrelevanten Aussagen liegt weiterhin bei menschenwürdewidrigen Positionierungen.

a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen

Hinsichtlich der ethnisch-abstammungsmäßigen Aussagen ist in der gesamten Partei keine Abkehr, Zurückhaltung oder Mäßigung feststellbar. Solche Positionen prägen die AfD inzwischen, ungeachtet zwischenzeitlich ergangener Gerichtsentscheidungen zu deren rechtlichen Bewertung, auf allen Ebenen. Sie bilden oftmals den Kern sämtlicher festgestellter menschenwürdewidriger Aussagen, da auch den spezifisch fremdenfeindlichen Äußerungen die Vorstellung zugrunde liegt, es bestehe ein durch Abstammung konstituiertes, „wahres" deutsches Volk neben dem durch die Staatsbürgerschaft definierten Staatsvolk im Sinne des Grundgesetzes.

Die AfD vertritt weiterhin fortgesetzt einen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff, der eine grundlegende Unterscheidung zwischen Menschen mit und Menschen ohne Migrationsgeschichte bedingt. Diesbezügliche Aussagen sollen die Angst schüren, als ethnisch Deutsche(r) in einen Minderheitenstatus zu verfallen, und bedienen eine hierauf ausgerichtete Bedrohungskommunikation. Einem ethnisch möglichst homogenen Staatsvolk werden positive Attribute zugeschrieben, während einer als zu weitgehend empfundenen Heterogenisierung der Gesellschaft der soziale Zerfall durch die zwingende Zunahme von Kriminalität als unabwendbare dystopische Folge gegenübergestellt wird. Besonders plakativ kommt diese Differenzierung anhand ethnischer Kriterien in dem Begriff der/des „Passdeutschen" zum Ausdruck, der deutsche Staatsangehörige in letzter Konsequenz in „echte" und „unechte" Deutsche unterteilt und damit einen ethnischen Volkskörper neben der Gesamtheit aller Staatsangehörigen konstruiert. Zuwanderung wird von Vertreterinnen und Vertretern der AfD im Wesentlichen nur insoweit akzeptiert, als diese mit einer Assimilation einhergeht, die eine gänzliche Aufgabe der eigenen Kultur und die Unterordnung unter die deutsche Kultur

fordert und Personen mit Migrationsgeschichte somit letztlich zur Aufgabe ihrer kulturellen Identität zwingen würde.

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff ist auch grundlegend für das in der neurechten Ideologie nach wie vor zentrale Konzept des Ethnopluralismus, das eine strikte Trennung zwischen unterschiedlichen Ethnien und Kulturen als Voraussetzung für deren Erhalt postuliert. Diese ethnokulturelle Substanz wiederum sieht die AfD – dem ethnopluralistischen Denkansatz folgend – in Deutschland aufgrund einer vorgeblich gezielten politischen Beeinflussung der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung in hohem Maße als gefährdet an. Die Kritik an diesem vermeintlich gesteuerten „volkszerstörerischen" Prozess zu Lasten „einheimischer" Deutscher äußern Funktionärinnen und Funktionäre der AfD durch den vielfachen und regelmäßigen Rekurs auf das Verschwörungsnarrativ des Großen Austauschs, oft auch unter Verwendung alternativer Begriffe gleicher Bedeutung wie „Bevölkerungsaustausch" oder „Ersetzungsmigration". Vertreterinnen und Vertreter der AfD scheuen in ihrer völkischen Agitation aber auch nicht davor zurück, einen NS-belasteten Begriff wie „Umvolkung" zu nutzen oder in einer die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen relativierenden Weise von einem „Genozid" am deutschen Volk zu sprechen.

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff stellt für die AfD die zentrale Grundlage ihrer politischen Ziele dar und wird ungeachtet aktuell jeweils vorherrschender Themen – sei es die COVID-19-Pandemie, der Krieg in der Ukraine oder die gesellschaftliche Debatte um die Migrationspolitik – stetig vertreten und in die Positionierungen der Partei eingebettet. Es handelt sich somit um eine Konstante, die aber durchaus sprachlichen Entwicklungen unterliegt. Damit Chiffren wie der Große Austausch weiterhin den Zweck der Abgrenzung zum klassisch neonazistischen Sprachgebrauch erfüllen können, ist insoweit die neurechte Strategie der kontinuierlichen Fortentwicklung entsprechender Begrifflichkeiten auch bei der AfD festzustellen. So empfiehlt beispielsweise Björn Höcke, den englischen Begriff der „Replacement Migration" zu verwenden. Oftmals werden entsprechende Formulierungen sogar bewusst mit dem Hinweis verbunden, man dürfe sie nicht mehr äußern. Darin offenbart sich letztlich, dass den Äußernden der extremistische Kern ihrer Äußerungen sogar bewusst ist – etwa aufgrund gerichtlicher Bestätigungen der von den Verfassungsschutzbehörden vorgenommenen Bewertungen – und dennoch eine kritische Auseinandersetzung hiermit unterbleibt.

Die hohe Frequenz und Regelmäßigkeit, mit der entsprechende Äußerungen von AfD-Vertreterinnen und -Vertretern getätigt werden, belegen insofern eine quantitative Verfestigung der Anhaltspunkte. Mit Blick auf das ethnische Volksverständnis ist festzustellen, dass diesbezüglich verfassungsschutzrechtlich relevante Positionen über alle Parteiinstanzen und -Hierarchieebenen hinweg vorherrschend sind. So finden sich Belege von Bundesvorstandsmitgliedern einschließlich der Co-Bundessprecherin Alice Weidel (MdB, BW), daneben von zahlreichen Bundestagsabgeordneten der vergangenen und der aktuellen Legislaturperiode sowie von der Partei selbst in Gestalt der AfD-Bundestagsfraktion, des Bundesverbands, eines der AfD zuzuordnenden Vereins sowie des JA-Bundesverbands. Auf Landesebene waren einschlägige Äußerungen von Landtagsabgeordneten bzw. Mitgliedern von Abgeordnetenhäusern festzustellen, sowie von Mitgliedern der Landesvorstände, ferner Äußerungen der Landesverbände der AfD und der JA. Auf kommunaler Ebene wurden vornehmlich Kreisverbände, Kreisvorstandsmitglieder und kommunale Mandatsträgerinnen und Mandatsträger berücksichtigt, die als solche repräsentativ für diese Ebene stehen.

Der Rechtsprechung des OVG NRW folgend[3163], wurde grundsätzlich auf die Einbeziehung von Äußerungen einfacher Mitglieder verzichtet. Nur im Ausnahmefall wurden solche herangezogen, soweit eine Zurechnung zur Partei, etwa aufgrund deren Bezugnahme oder eines parteilichen Kontexts, geboten war. Es handelt sich daher um eine große Anzahl an Belegen von Führungspersonen der AfD bzw. ihren Untergliederungen und Teilorganisationen. Diese Belege erstrecken sich regional auch nicht nur auf einzelne, bereits durch die Landesbehörden für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch eingestufte Landesverbände. Vielmehr ergibt sich ein bundesweites Bild, in dem auch in der Vergangenheit vergleichsweise „gemäßigt" auftretende Landesverbände und deren jeweilige Funktionärinnen und Funktionäre aufgrund einschlägiger Äußerungen in die Betrachtung einzubeziehen waren. Zwar bestehen hinsichtlich der inhaltlichen Ausrichtung der Landesverbände Unterschiede, jedoch ist mit Blick auf den hier betrachteten ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff festzustellen, dass dieser zum Grundkonsens in der Partei geworden ist. Relevante Gegenpositionen oder überzeugende Distanzierungen waren nicht festzustellen. Insofern erfolgte auch keine Abkehr etwa im Hinblick auf die Entscheidungen des OVG NRW

[3163] Vgl. Kapitel C. I. 4., S. 58 f.

oder weiterer Gerichte. Vielmehr ist gerade auch aufgrund der Häufigkeit entsprechender Äußerungen keinesfalls ein Rückgang der Anhaltspunkte zu verzeichnen. Völkische Aussagen, insbesondere die Verwendung von völkisch-rassistischen Schlagworten wie „Umvolkung", wurden auch nach der Entscheidung des OVG NRW oft wiederholt. Speziell von Funktionärinnen und Funktionären aus den Bundes- und Landesverbänden konnten gerade im zweiten und dritten Quartal 2024 sowie im Bundestagswahlkampf 2025 wiederholt einschlägige Äußerungen festgestellt werden. Besonders auch die Landtagswahlkämpfe in den Bundesländern Sachsen, Thüringen und Brandenburg waren geprägt von einer fortlaufenden völkischen Agitation. Diese wurde von Rednerinnen und Rednern aus dem gesamten Bundesgebiet geteilt oder akzeptiert, indem beispielsweise auch die Bundessprecherin und der Bundessprecher an den Wahlkampfabschlussveranstaltungen teilnahmen und die dort vertretenen Positionen öffentlich nicht kritisch stellten, sondern durch ihr unterstützendes und gemeinsames Auftreten förderten.

Der Bewertung im Hinblick auf die Verdichtung steht auch nicht entgegen, dass völkische Positionierungen in großer Anzahl besonders bei den Abgeordneten Maximilian Krah und Christina Baum festgestellt wurden. Beide Akteure waren temporär Mitglieder im Bundesvorstand, haben diese Funktion aber mittlerweile aufgegeben oder wurden nicht wiedergewählt. Gleichwohl repräsentieren sie weiterhin die Partei in besonderem Maße aufgrund ihrer Eigenschaft als Bundestagsabgeordnete.[3164] Zu diesen Belegen kommen zudem in großer Zahl Belege von anderen vergleichbar relevanten Personen oder Organisationseinheiten hinzu.

Die angeführten Zitate markieren eine nicht-verfassungskonforme Unterscheidung zwischen deutschen Staatsbürgerinnen und -bürgern und solchen ohne Migrationsgeschichte, die eine Schlechterstellung der erstgenannten zur Folge hat.

Dies wird besonders deutlich in dem ausdrücklichen Bekenntnis des Brandenburger Spitzenkandidaten und AfD-Fraktionsvorsitzenden Hans-Christoph Berndt zum ethnischen Volksbegriff im Rahmen des Landtagswahlkampfs. Dieses Volksverständnis ist Ausgangspunkt und Grundlage seines politischen Denkens und beabsichtigten Wirkens. So äußerte er in einem Interview im August 2024, solange noch 20, 30 oder

[3164] Inwieweit in dem Ausscheiden aus dem Bundesvorstand ein der Verdichtung zur Gewissheit entgegenstehendes Moment zu sehen ist, wird ausführlich näher unter Betrachtung der Zusammensetzung des Bundesvorstands und den Einzelheiten zum Ausscheiden geprüft.

40 Millionen Deutsche im Land seien, bestehe noch die Möglichkeit, die Dinge zum Besseren zu wenden, wozu er aber nur die AfD in der Lage sieht. Damit wird deutlich, dass die übrigen 40 bis 60 Millionen Deutsche keine Deutschen im Sinne dieses völkischen Konzepts sind und mit deren rechtlicher Schlechterstellung im Falle einer Regierungsübernahme durch die AfD zu rechnen wäre. Bei einem Wahlkampfauftritt in Werder (Havel, BB) im September 2024 äußerte Bernd explizit und unmissverständlich, die AfD halte *„auch am Volk, am ethnischen Volksbegriff und am Volk fest. Das Volk ist eine Wirklichkeit.“* Auch an anderen Stellen wurden diese politischen Prämissen offenkundig. So forderte die AfD Sachsen in ihrem Wahlprogramm für die Landtagswahl die Einführung eines Begrüßungsgelds nur für solche deutschen Kinder, deren beide Elternteile ausschließlich die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff bildet somit inzwischen den Grundkonsens in der Partei. Anders als noch in den Gutachten 2019 und 2021 konnten in öffentlichen Äußerungen keine gewichtigen gegenteiligen Äußerungen und Positionierungen festgestellt werden. Insoweit liegt somit eine auch quantitative Verdichtung der Anhaltspunkte zur Gewissheit vor.

b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen

Der ethnisch-abstammungsmäßige Volksbegriff setzt sich konsequent in konkret fremden- und minderheitenfeindlichen Positionen der AfD fort. Einem häufig skizzierten Bedrohungsszenario liegt die pauschale Negativzuschreibung zugrunde, Menschen mit Migrationsgeschichte seien zuallererst und weit überwiegend verantwortlich für Gewalt und Kriminalität. Tatsächliche und vermeintliche Gewalttaten, speziell mittels Stichwaffen, werden instrumentalisiert, um eine verallgemeinernde Aussage über eine angebliche kollektive Gewaltneigung bestimmter Ethnien zu konstruieren. Durch Formate wie den „Einzelfallticker“ wird suggeriert, es werde eine repräsentative und objektive Faktenlage gesammelt. Letztlich wird hierdurch aber nur ein undifferenzierter Kausalzusammenhang zwischen Migration und Gewalt insinuiert. Vertreterinnen und Vertreter der AfD nutzen dafür diffamierende und komplexitätsreduzierende Begriffe wie den der *„Messermigration“*. Die generell behauptete Neigung zur Gewalt wird auch besonders mit Sexualdelikten verknüpft. So wird simplifizierend und generalisierend

behauptet, dass männliche Migranten bestimmter Ethnien aufgrund eines rückständigen Frauenbilds und ihrer kulturellen Prägung in besonderem Maße zur Begehung sexuell motivierter Gewalttaten neigten und damit eine Gefahr für ethnisch deutsche Frauen darstellten.

Mit einer vermeintlichen kulturellen Inkompatibilität der Zugewanderten begründen Vertreterinnen und Vertreter der AfD explizite Forderungen nach einer „konsequenten Remigration“. In der Gesamtschau der Äußerungen wird deutlich, dass diese Forderung der AfD nicht bloß auf die konsequente Durchsetzung des Asyl- und Ausländerrechts abzielt, sondern eine systematische Abschiebung bestimmter Bevölkerungsgruppen unabhängig von ihrer individuellen und vom Gesetz festgelegten Schutzbedürftigkeit intendiert. Dies kommt etwa im plakativen Postulat der JA nach „*millionenfacher Abschiebung*“ im Zuge der „Deutschlandretter24“-Kampagne zum Ausdruck. Auch im Bundestagswahlkampf formulierten Vertreter der AfD immer wieder die Forderung nach „millionenfacher Remigration“.

Insgesamt konzentriert und fokussiert sich die AfD weiterhin mit großer Intensität auf den Migrationsdiskurs, um die eigenen fremdenfeindlichen Positionen zu propagieren und die Reichweite der Partei zu vergrößern. Bereits mengenmäßig nehmen im begutachteten Zeitraum die diesbezüglichen Belege großen Raum ein. Sie stammen auch zum überwiegenden Teil von führenden Vertreterinnen und Vertretern der AfD. So ist auffällig, dass die fremdenfeindlichen Äußerungen durch eine breite Basis an Abgeordneten des Bundestags, der Landesparlamente sowie des Europaparlaments unterlegt sind. Darunter befinden sich auch Belege der beiden Co-Bundessprecher, von Alice Weidel sogar mehrere. Wie auch im Kapitel zu ethnisch-abstammungsmäßigen Äußerungen wurde zudem eine Vielzahl an Belegen der Landes- und Kreisverbände sowie der Jugendorganisation JA festgestellt.

Besonders hervorzuheben sind zahlreiche Belege des AfD-Bundesverbands selbst, die auf eine verfestigte fremdenfeindliche Haltung in der obersten Führungsstruktur der AfD schließen lassen. Zudem konnten Äußerungen von insgesamt zwölf von 14 stimmberechtigten Bundesvorstandsmitgliedern und damit einem Großteil des aktuellen Bundesvorstands festgestellt werden. Die große Zahl einschlägiger Äußerungen auf Ebene der Kreisverbände lässt zudem den Schluss zu, dass fremdenfeindliche Positionierungen in der AfD auch in der Fläche fest verortet sind.

ABSCHLIEßENDE BEWERTUNG

Auch im Hinblick auf die Fremdenfeindlichkeit ist eine konsequente Beibehaltung der Narrative und damit eine quantitative Verfestigung der tatsächlichen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festzustellen. Eine Mäßigung ist nicht ersichtlich. Dies kommt beispielsweise in dem rassistischen Posting des AfD-Bundesverbands auf X (ehemals Twitter) aus September 2024 zum Ausdruck, das mit der bildlichen Darstellung eines blutverschmierten Messers in der Hand eines schwarzen Menschen und dem Schriftzug *„Deutschlands Höllensommer hat nichts mit dem Klima zu tun"* auf perfide Weise gegen Migrantinnen und Migranten hetzt. Auch in den Wahlkämpfen zu den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im September 2024 und im Bundestagswahlkampf fiel eine Vielzahl aktueller und aussagekräftiger Belege an.

Bei ihren Äußerungen setzt die AfD auch in diesem Bereich auf die auch von der Neuen Rechten verwendete Strategie der Metapolitik sowie die zum ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff bereits konstatierte Weiterentwicklung des Diskurses. Metapolitik bezeichnet die Besetzung zunächst unpolitischer Themen mit politischen Botschaften und ist insbesondere bei der Jugendorganisation der AfD feststellbar, die mit der popkulturell inspirierten „Deutschlandretter24"-Kampagne unverhohlen fremdenfeindliche bzw. offen rassistische Bilder vor allem im Wege eines PC-Spiels sowie eines Songs kreiert hat und damit versucht, politische Inhalte in gesellschaftliche Debatten einzubringen. Eine sprachliche Adaption ist etwa in der zunehmenden Verwendung des Begriffs „Talahon" zu sehen. Das Wort stammt aus der Jugendkultur und bezeichnet Männer mit arabischem Migrationsgeschichte. Da der Begriff bisweilen als Selbstzuschreibung genutzt wird und nicht ausschließlich negativ konnotiert ist, wählt die JA mit Formeln wie „Talahons raus" eine vermeintlich harmlose Umschreibung der klassischerweise aus dem rechtsextremistischen Sprachgebrauch bekannten Forderung „Ausländer raus".

Die fremdenfeindlichen Aussagen der AfD sind im Lichte der aktuellen gesellschaftlichen Diskussion um die Migrationspolitik zu betrachten. Die Korrelation von Migration mit Gewaltdelikten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Stichwaffengebrauch, findet vermehrt auch Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch. Dies gilt in besonderem Maße für Spontanäußerungen mit Bezug zu konkreten Gewaltdelikten. Gewisse sprachliche Exzesse als emotionale Reaktion auf solche Gewalttaten sind zwar

im Rahmen der verfassungsschutzrechtlichen Bewertung nur eingeschränkt verwertbar, wie das OVG NRW festgestellt hat. Die hier festgestellten Äußerungen der AfD unterscheiden sich jedoch grundlegend von aktuellen gesellschaftlichen Debatten im Zusammenhang mit Fällen von Migrantengewalt, da sie unabdingbar mit dem ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff verbunden sind und keinerlei Differenziertheit erkennen lassen. So belegen die zahlreichen Zitate, dass die AfD z. B. nicht lediglich auf eine konsequente Durchsetzung des Asylrechts drängt. Vielmehr geht es ihr darum, den eingangs dargelegten Konnex zwischen Migration einerseits und Gewalt, Bedrohung und Krisenszenario andererseits herzustellen. So ist speziell bezüglich des Kapitels zu fremden- und minderheitenfeindlichen Aussagen und Positionen die Gesamtbetrachtung essenziell. Auch wenn einzelne sprachliche Entgleisungen im demokratischen Diskurs verfassungsschutzrechtlich nicht relevant sind, gilt dies nicht für die in dieser Pauschalität, Quantität und Kontinuität festgestellten Äußerungen. Dies gilt auch dann, wenn eine Diskursverschiebung dahingehend festzustellen sein sollte, dass im Einzelfall sogar von der AfD genutzte Begrifflichkeiten wie „*Messermänner*" auch in nicht verfassungsfeindliche Debatten Eingang finden.

In Verbindung mit dem zuvor festgestellten ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff der AfD ist daher auch im Hinblick auf deren fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte zur Gewissheit festzustellen.

c. Muslim- und islamfeindliche Aussagen und Positionen

In der AfD sind weiterhin fortgesetzt tatsächliche Anhaltspunkte für muslim- und islamfeindliche Bestrebungen festzustellen. Diese treten in Form bewusst ausgrenzender Äußerungen auf. Musliminnen und Muslime werden als grundsätzlich unerwünscht dargestellt, oftmals aufgrund einer angenommenen beziehungsweise behaupteten generellen Inkompatibilität des Islam mit der zentraleuropäischen Kultur. Dabei werden z. T. Deutsche und Musliminnen und Muslime in den Aussagen sprachlich gegenübergestellt, womit der Eindruck erweckt wird, es handele sich um Gegensatzpaare dergestalt, dass eine Person muslimischen Glaubens nicht Deutsch sein könne.

ABSCHLIEßENDE BEWERTUNG

Musliminnen und Muslime werden generalisierend als gewalttätig oder kriminell und in religiöser Hinsicht als islamistisch bezeichnet. Durch einzelne Muslime verübte Gewaltverbrechen werden seitens AfD-Vertreterinnen und -Vertretern für die pauschale Zuschreibung krimineller Eigenschaften auf alle Musliminnen und Muslime instrumentalisiert, bis hin zur Darstellung muslimischer Gläubiger als durch (tödliche) Gewaltkriminalität determinierte Menschen. Insbesondere im Falle von Messern als Tatwaffe werden von AfD-Vertreterinnen und Vertretern oftmals Formulierungen genutzt, die auf eine pauschale Abwertung und Kriminalisierung der gesamten muslimischen Glaubensgemeinschaft ausgerichtet sind.

Zudem wird Musliminnen und Muslimen unterstellt, einen zielgerichteten aggressiven Verdrängungsprozess gegenüber der christlich-jüdischen Kultur voranzutreiben.

Bei der Islam- und Muslimfeindlichkeit handelt es sich um einen Unterfall der Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit. Die beiden Formen sind oftmals nicht trennscharf voneinander abzugrenzen. Eine gesonderte Darstellung wurde hier dennoch gewählt, da die Muslimfeindlichkeit unter dem Gesichtspunkt des Art. 4 GG speziell zu würdigen ist und ihr auch in den Verlautbarungen der AfD eine besondere Rolle zukommt. Zu den verschiedenen Ausprägungen der Islam- und Muslimfeindlichkeit sind quantitativ weniger Anhaltspunkte angefallen als zu den die Grundtendenz der AfD prägenden Merkmalen „ethnisches Volksverständnis“ und „Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit“ im Allgemeinen. Die muslimfeindlichen Aussagen knüpfen aber qualitativ an das Folgegutachten AfD 2021 an. Die diesbezüglich propagierten Positionen, die bereits zur Grundlage der Einstufung der AfD zum Verdachtsfall herangezogen wurden, verfolgt die AfD in Kenntnis der Beanstandungen also weiterhin. Ein Rückgang der entsprechenden Verdachtsmomente ist somit nicht festzustellen. Dies gilt umso mehr, als keine nennenswerten, Musliminnen und Muslime vor pauschalen Negativzuschreibungen in Schutz nehmenden Gegenpositionen (mehr) öffentlich zu konstatieren sind.

Es finden sich zwar nur wenige einschlägige Belege von AfD-Kreis- und Landesverbänden, doch sind beispielsweise im Bundestagswahlprogramm der Gesamtpartei vergleichsweise konkretisierte Anhaltspunkte in Bezug auf eine mögliche Verletzung der Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen sowie eine verfassungsschutzrelevante Positionierung der AfD gegenüber dem Islam als Religion enthalten. In großer Zahl sind zudem relevante Äußerungen von Einzelpersonen festzustellen, insbe-

sondere von Funktionärinnen und Funktionären der Landesebene, sowie Mandatsträgerinnen und -trägern der Partei in Landesparlamenten, im Bundestag oder im Europaparlament. Zudem handelt es sich dabei oftmals um besonders wirkmächtige islam- und muslimfeindliche Positionen. Dies gilt besonders für die verfassungsfeindlichen Forderungen nach einem generellen Minarettverbot und einem umfassenden Kopftuchverbot, das sämtliche öffentliche Einrichtungen und auch nicht nur die zur Neutralität verpflichteten Staatsbediensteten selbst, sondern auch Besucherinnen erfassen soll. Diese Forderungen wurden von der Partei offenbar als derart essentiell qualifiziert, dass sie in das ansonsten im Vergleich zu den Individualäußerungen gemäßigtere Bundestagswahlprogramm aufgenommen wurden.

Angesichts der fortdauernden Verbreitung islam- und muslimfeindlicher Positionen ist festzustellen, dass sich die entsprechenden verfassungsschutzrelevanten Anhaltspunkte weiter verdichtet haben. Als Unterfall der Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit und in Anbetracht der erheblichen inhaltlichen Überschneidungen zwischen den verschiedenen Ausprägungen sind islam- und muslimfeindliche Äußerungen indessen nicht isoliert mit Blick auf die Gesamtpartei zu bewerten. Vielmehr tragen sie als Komponente der fremden- und minderheitenfeindlichen Ausrichtung der AfD in ihrer Gesamtheit die diesbezüglich festgestellte Verdichtung zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung mit.

d. Antisemitische Aussagen und Positionen

Die Relevanz antisemitischer Aussagen und Positionen und damit entsprechender Anhaltspunkte für die AfD insgesamt ist schwieriger zu bestimmen, als dies bei den vorausgegangenen verfassungsfeindlichen Ausprägungen der Fall ist.

Im Wesentlichen äußerten sich antisemitische Haltungen oder Positionen in der AfD – gleichsam mittelbar – über die Verwendung antisemitisch konnotierter Chiffren. Besonders kommt dies in der Bezugnahme auf jüdische oder von den Äußernden jüdisch gelesene Personen wie George Soros oder Bill Gates oder etwa in der Erzählung von einem angeblichen „Great Reset" oder „(globalistischen) Finanzeliten" zum Ausdruck. Auch wenn im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung keine expliziten, offen rassistischen antisemitischen Äußerungen in der AfD festzustellen waren, so bedienten

sich Funktionsträgerinnen und Funktionsträger der AfD aber – wie in der Neuen Rechten häufiger festzustellen – einer Umwegkommunikation zur Verbreitung judenfeindlicher Ressentiments. Die genannten Chiffren haben sich derart fest etabliert, dass eine offene Bekundung nicht mehr erforderlich ist, um die entsprechenden Narrative zu transportieren. Aus diesem Grund ist auch der politische Antisemitismus, dem die Behauptung einer Steuerung des weltpolitischen Geschehens durch das Judentum zugrunde liegt, in den Feststellungen vorherrschend. Da die Äußerungen in vielen Fällen ein Konglomerat an mehrdeutigen Begrifflichkeiten enthalten, die ihren antisemitischen Wesensgehalt verschleiern, ergibt sich deren Bewertung als verfassungsschutzrelevant gerade im Bereich des Antisemitismus oftmals nur im Gesamtkontext der Äußerungen.

In diese Gesamtschau wurden auch die Reaktionen der Partei auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 einbezogen, die keine Belege für Antisemitismus enthalten, aber gleichwohl auch nicht geeignet sind, die festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte zu relativieren. So gab es zwar Solidaritätsbekundungen mit Israel und den Opfern des Anschlags. Allerdings wurde im Fortgang der innerparteilich durchaus nicht unumstrittenen Solidaritätsbekundungen der argumentative Fokus auf die Verurteilung des islamistischen Terrors sowie auf von Migrantinnen und Migranten aus muslimisch geprägten Ländern angeblich ausgehende Gefahren und damit auf ein zentrales Themenfeld der AfD verschoben.

Die hier festgestellten Anhaltspunkte sind aber vor allem quantitativ nicht derart intensiv ausgeprägt, dass eine entsprechende antisemitische Grundtendenz in der Partei festzustellen ist. Es handelt sich im Wesentlichen um Äußerungen von Einzelpersonen. Diese haben z. T. Mandate inne und repräsentieren die Partei entsprechend. In Bezug auf den Bundesverband konnten im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung allerdings keine, auch keine chiffrierten, antisemitischen Äußerungen festgestellt werden. Auch ist festzustellen, dass sich gerade in jüngster Zeit insgesamt zusehends weniger Anhaltspunkte feststellen ließen. Dabei fällt auch ins Gewicht, dass sich die Spitzenkandidatin Alice Weidel im Bundestagswahlkampf uneingeschränkt solidarisch mit Israel erklärte. Es liegen also nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht antisemitischer Bestrebungen der AfD vor. Dieser Verdacht hat sich allerdings nicht zur Gewissheit verdichtet.

e. Demokratieprinzip

Im Zuge der Verdachtsfallbearbeitung konnte ebenfalls eine weitere Verdichtung der Anhaltspunkte für Bestrebungen der AfD gegen das Demokratieprinzip festgestellt werden. Funktionärinnen und Funktionäre der Partei haben in ihren Äußerungen wiederholt die Legitimation demokratischer Entscheidungsprozesse in Zweifel gezogen, eine demokratiewidrige Fremdsteuerung Deutschlands behauptet, demokratisch legitimierte Institutionen mit totalitären Regimen gleichgesetzt und damit insgesamt darauf hingearbeitet, das Vertrauen der Bevölkerung in die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik und das Funktionieren der demokratischen Prozesse zu erschüttern. Die diversen Gerichtsentscheidungen und die in ihnen aufgeführten Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip haben nicht zu einer kritischen innerparteilichen Reflexion und Anpassung der entsprechenden Positionen geführt. Der im Folgegutachten AfD 2021 festgestellte Verdacht besteht insofern fort. Die verdichteten Anhaltspunkte lassen aber derzeit nicht mit Gewissheit auf eine demokratiefeindliche Prägung der Gesamtpartei schließen.

Im Begutachtungszeitraum waren allerdings zumindest starke Verdachtsmomente für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip festzustellen. Dabei wurde weniger die Demokratie als Staatsprinzip der Bundesrepublik Deutschland explizit angegriffen. Vielmehr wurde vordergründig ein Bild gezeichnet, nach dem die AfD die Demokratie vor den Regierenden schützen müsse, denen ihrerseits unterstellt wird, das Demokratieprinzip zu missachten.

Die Bundesrepublik wird im Zuge des antidemokratischen Diskurses der AfD als nicht souveräner Staat dargestellt, der von fremden, oftmals in den USA verorteten Interessen, gesteuert sei. Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Institutionen handelten damit vorsätzlich gegen existenzielle Anliegen des eigenen Volkes, weshalb Deutschland die irreversible Auflösung drohe.

Bei der Bewertung der Zitate wurde berücksichtigt, dass Kritik an der Regierung oder an einzelnen Parteien – auch in polemischer oder pointierter Form – nicht verfassungsschutzrelevant ist. Jedoch wurden mit den festgestellten Äußerungen Regierungsvertreterinnen und -vertreter fortwährend pauschal in agitatorischer, teilweise diffamierender und verunglimpfender Weise angegriffen. Regierungs- wie Oppositionsparteien werden so beispielsweise fortgesetzt als *„Kartellparteien“* bezeichnet, womit ihnen

dem Grunde nach ein illegales kollusives Zusammenwirken gegen die eigene Bevölkerung unterstellt wird. Hierbei wird bisweilen eine Gleichsetzung mit Diktaturen, vor allem dem Nationalsozialismus und der DDR, vorgenommen. Die AfD hält der Bundesregierung illegale, rechtsstaatswidrige Methoden und Maßnahmen vor, um ihr Handeln mit dem Vorgehen historischer Unrechtsregime auf eine Stufe zu stellen.

Die Agitation gegen die staatlichen Institutionen konnte dabei vermehrt in Krisenzeiten festgestellt werden, wie der COVID-19-Pandemie, dem Ukraine-Krieg und der vor allem kurz nach Kriegsausbruch thematisierten Gefahr einer Energiemangellage.

Auch bezüglich des Demokratieprinzips wurden Anhaltspunkte in erheblichem Umfang bei führenden Repräsentantinnen und Repräsentanten der Partei festgestellt, wie beispielsweise die Behauptung des Co-Bundessprechers Tino Chrupalla zur vermeintlichen Nicht-Souveränität Deutschlands zeigt. Bei der Belegzusammenstellung wurde ebenfalls berücksichtigt, dass das OVG NRW in seiner Entscheidung zur Verdachtsfalleinstufung der AfD angemerkt hat, es sehe zwar Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip, *„jedoch nicht in der Häufigkeit und Dichte wie vom Bundesamt angenommen“*[3165]. Obwohl das Gericht nicht näher spezifiziert hat, welche Belege es im Einzelnen als nicht tragfähig erachtet, wurden die im vorliegenden Gutachten angeführten Zitate nach einem im Vergleich zum Folgegutachten AfD 2021 nochmals strengeren Maßstab ausgewählt. Polemische, die verantwortlichen Akteure und Institutionen diffamierende Kritik in Bezug auf die deutsche Migrationspolitik wurde – sofern dort einschlägig – lediglich in den Unterkapiteln E. I. 1. a. Ethnisch-abstammungsmäßige Aussagen und Positionen oder E. I. 1. b. Fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und Positionen als Beleg angeführt. Vergleichbares gilt für die durch das OVG NRW als besonders relevant eingestuften Äußerungen in der Chatgruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern“[3166], die im vorliegenden Gutachten im Kapitel E. I. 3. zum Rechtsstaatsprinzip Berücksichtigung finden.

Die unter diesem strengen Maßstab zusammengetragenen Anhaltspunkte sind quantitativ umfangreich und in der Partei verbreitet. Insoweit haben sich die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Demokratieprinzip in der Gesamtheit zu einem starken

---

[3165] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 256.
[3166] OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff.

Verdacht verdichtet, ohne allerdings diesbezüglich in Bezug auf die AfD insgesamt den Grad der Gewissheit zu erreichen.

f. Rechtsstaatsprinzip

Auch während der Verdachtsfallbearbeitung konnten wieder Äußerungen von Mandatsträgerinnen und -trägern der AfD auf Bundes- und Landesebene – nicht allerdings von Mitgliedern des Bundesvorstands – festgestellt werden, die als tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen das Rechtsstaatsprinzip zu werten sind. Es handelt sich um Anhaltspunkte, die quantitativ und qualitativ hinter denen zurückbleiben, die in Bezug auf gegen die Menschenwürde gerichtete Bestrebungen der AfD festzustellen waren. Der Verdacht von gegen das Rechtsstaatsprinzip gerichteten Bestrebungen der AfD besteht demnach fort, eine Verdichtung hin zur Gewissheit ist allerdings nicht zu konstatieren.

Einzelne Exponentinnen und Exponenten stellten mit ihren Äußerungen das staatliche Gewaltmonopol in Frage und beriefen sich auf ein vermeintliches Widerstandsrecht. Fabian Jacobi (MdB, NW) etwa postulierte, für ihn gebe es im Umgang mit dem Staat – als Replik auf dessen vermeintlich angedrohtes Handeln gegen oppositionelle Kräfte – *„keine roten Linien“* mehr. Der Bundestagsabgeordnete Enrico Komning (MV) plädierte für eine Bewaffnung der Bürgerinnen und Bürger, um sich angesichts einer staatlich geförderten *„Wehrlosigkeit gegenüber Gewaltmigranten“* auch unter Waffeneinsatz schützen zu können. Christina Baum (MdB, BW/ST) rief Polizistinnen und Polizisten dazu auf, das staatliche Gewaltmonopol nicht gegen das eigene Volk auszuüben, sondern sich mit diesem gemeinsam gegen den Staat aufzulehnen.

Unverhohlen wird der Rechtsstaat in internen Chats der Gruppe „Alternative Nachrichtengruppe Bayern“ in Frage gestellt, in denen es heißt, für einen Kurswechsel seien ein Umsturz und eine Revolution erforderlich. Diese Chats bewertete das OVG NRW als wertig im Hinblick auch die Einstufung der AfD als Verdachtsfall.[3167] Die Gesprächsverläufe begründeten den Verdacht, so das Gericht, dass Vertreterinnen und Vertreter der AfD ihre wahren politischen Zielsetzungen nach außen hin verschleierten. Ein vollständiges Bild sei anhand der Chats aber nicht zu erlangen.

[3167] Dazu und zum Nachfolgenden: OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 258 ff. (dort unter dem Gesichtspunkt des Demokratieprinzips).

Angesichts dieser Informationslücke und der Tatsache, dass die übrigen hier festgestellten Anhaltspunkte – wie bereits im Folgegutachten AfD 2021 – quantitativ hinter den voranstehend geprüften Merkmalen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erheblich zurückbleiben, liegt im Hinblick auf Bestrebungen gegen das Rechtstaatsprinzip keine zur Gewissheit verdichtete Erkenntnislage vor.

g. Positionierung zum Nationalsozialismus

Im Begutachtungszeitraum konnten geschichtsrevisionistische Äußerungen, die die historische Schuld des Dritten Reichs relativierten oder die historische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit fundamental in Zweifel ziehen, weiterhin festgestellt werden. Es handelt sich insoweit um eine Bekräftigung der Verdachtsmomente. Verherrlichende oder apologetische Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus waren aber auch während der Verdachtsfallbearbeitung nicht prägend für die AfD, weshalb im Ergebnis keine Verdichtung entsprechender Anhaltspunkte zur Gewissheit zu konstatieren ist.

Der Nationalsozialismus steht der freiheitlichen demokratischen Grundordnung diametral entgegen. Befürwortende Positionierungen zum Nationalsozialismus sind daher gleichermaßen mit der Menschenwürde, dem Demokratie- und dem Rechtsstaatsprinzip unvereinbar.

Bei dem überwiegenden Teil der im Gutachten festgestellten Positionierungen zum Nationalsozialismus handelt es sich um revisionistische Relativierungen der nationalsozialistischen Willkürherrschaft. Zum einen erfolgt dies etwa, indem nicht der Nationalsozialismus in Gänze verherrlicht, wohl aber einzelne historische Ereignisse verzerrt werden. So wird in einigen Fällen entgegen jeglichen geschichtswissenschaftlichen Forschungsstands die Verantwortung des Deutschen Reichs für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs in Abrede gestellt und diese stattdessen Polen zugeschrieben.

Stellenweise ist zudem festzustellen, dass in der Rhetorik der Partei bzw. ihrer Vertreterinnen und Vertreter auf Texte aus der Zeit des Nationalsozialismus, wie beispielsweise Gedichte oder Lieder, zurückgegriffen wird und eine Abgrenzung hiervon – wenn überhaupt – lediglich pauschal erfolgt, indem unter Außerachtlassung des historischen Kontexts der Bedeutungsgehalt für den Nationalsozialismus heruntergespielt wird.

Überdies ist z. B. bei dem reichweitenstarken AfD-Repräsentanten Björn Höcke der Rekurs auf einen nationalsozialistischen Sprachgebrauch mit Begriffen wie „*Volksschädigung*" festzustellen. Auch nach der Verurteilung Höckes wegen der Verwendung der SA-Losung „*Alles für Deutschland*" fand in der Partei keine kritische inhaltliche Auseinandersetzung mit einer solchen Rhetorik statt. Vielmehr wurden die diesbezüglichen Gerichtsentscheidungen von Parteivertreterinnen und -vertretern, einschließlich der Co-Bundessprecherin und Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel, bewusst verharmlosend kommentiert.

Relativierungen des Nationalsozialismus waren in der AfD auch dergestalt festzustellen, dass das nationalsozialistische Unrecht mit aktuellen Sachverhalten gleichgesetzt wurde. So wurde etwa der Umgang mit Ungeimpften während der COVID-19-Pandemie mit der Judenverfolgung im Nationalsozialismus auf eine Stufe gestellt. Insgesamt betten sich die festgestellten relativierenden Äußerungen in die Behauptung ein, die vorherrschende Erinnerungspolitik in Deutschland sei verzerrt und rücke den Nationalsozialismus zu sehr in den Fokus. Ähnlich sind Positionen zu bewerten, die die Singularität der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen in Zweifel ziehen. Am deutlichsten kommt die revisionistisch motivierte Kritik der AfD an der Erinnerungspolitik in dem vielfachen Vorwurf eines angeblich gesellschaftspolitisch forcierten „Schuldkults" zum Ausdruck.

Die auch im Begutachtungszeitraum angefallenen Belege verdeutlichen, dass eine Abkehr der AfD von entsprechenden revisionistischen Thesen nicht stattgefunden hat.

Gleichwohl ist die Zahl der Belege aber zu gering, um eine Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte für den Nationalsozialismus relativierende Bestrebungen der Gesamtpartei zu begründen. Insofern fügt sich der Befund in die charakteristischen Narrative der Neuen Rechten ein, die regelmäßig zumindest verbal eine Abgrenzung vom historischen Nationalsozialismus vornimmt.

3. Verbindungen zu Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem rechtsextremistischen Spektrum

Die strukturelle Vernetzung der AfD mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen, Organisationen und Einzelpersonen, insbesondere zu solchen aus dem verfassungsschutzrelevanten neurechten Netzwerk, bestehen weiterhin in erheblichem Maße fort.

Diesen neurechten Organisationen kommt die Funktion eines außerparlamentarischen Vorfelds zu, das im Rahmen einer metapolitischen Strategie Positionen in den gesamtgesellschaftlichen Diskurs einzubringen sucht, während die AfD ergänzend oder parallel dazu auf parlamentarischer Ebene die entsprechenden Ideen vertreten und letztlich politisch umsetzen soll. Die neurechten Akteure nehmen dabei unterschiedliche Rollen und Funktionen ein und sind damit Teil eines strategischen Gesamtkonzepts.

So konnte festgestellt werden, dass weiterhin ungeachtet der Nennung auf der Unvereinbarkeitsliste enge Kontakte zu Aktivistinnen und Aktivisten der Identitären Bewegung bestehen. Diese existieren insbesondere zur formal aufgelösten Jungen Alternative, was beispielsweise die Teilnahme Anna Leistens an der „Remigrationsdemo" am 29. Juli 2023 in Wien (AUT) veranschaulicht. Darüber hinaus unterstützen diverse Mandatsträger der AfD selbst die IBD beispielsweise durch Spenden oder öffentliche Solidaritätsbekundungen. Der Lebenslauf einzelner Aktivistinnen und Aktivisten aus dem Umfeld der IBD deutet zudem darauf hin, dass diese zunehmend als Sprungbrett für eine Anstellung als Mitarbeiterin oder Mitarbeiter bei Abgeordneten der AfD im Deutschen Bundestag oder anderen Parlamenten dient. Auch die partielle Distanzierung von der IB-Regionalgruppe Revolte Rheinland und deren Aufnahme auf die Unvereinbarkeitsliste sind nicht dazu geeignet, als glaubhafte Distanzierung bewertet zu werden. So wurde die Organisation nach Aussage von Bundespolitikern vor allem aus strategischen Gründen und weniger wegen ihrer inhaltlichen Positionen auf die Liste gesetzt. Weiterhin waren im Nachgang zur Entscheidung auch kritische Stimmen von Mandats- und Funktionsträgern und -trägerinnen festzustellen, die einer konsequenten Distanzierung entgegenstehen.

Auch die rechtsextremistische COMPACT-Magazin GmbH nimmt als reichweitenstärkstes neurechtes Publikationsorgan weiterhin die Funktion eines wichtigen

Sprachrohrs für politische Thesen der AfD ein. Führende Parteiangehörige treten regelmäßig in den Medienformaten der COMPACT auf. Zuletzt fungierte das Unternehmen als Wahlkampfunterstützerin für die Partei. Zwar erfolgte im Zusammenhang mit dem Verdacht unzulässiger Parteienfinanzierung eine förmliche Distanzierung des Bundesvorstands von dem COMPACT-Projekt „Die Blaue Welle rollt". Gemeinsame Auftritte von relevanten Akteuren bei COMPACT-Veranstaltungen zeigen jedoch, dass auf Arbeitsebene weiterhin gegenseitige Solidarisierungen stattfinden. Insbesondere nach dem Verbot der COMPACT-Magazin GmbH am 16. Juli 2024, dessen Vollzug ausgesetzt ist und das derzeit im Hauptsachverfahren gerichtlich überprüft wird, erfolgten ungeachtet der im Eilrechtsbeschluss des BVerwG vom 14. August 2024 festgestellten Anhaltspunkte für menschenwürdewidrige Positionen[3168] Solidaritätsbekundungen durch die AfD, u. a. auch durch die beiden Bundessprecher Alice Weidel und Tino Chrupalla. Auch unterstützte das Publikationsunternehmen die AfD durch Berichterstattung im Bundestagswahlkampf, indem es den Wahlkampf der AfD eng und wohlwollend begleitete.

Enge Verbindungen bestehen weiterhin zum rechtsextremistischen Verein Ein Prozent e.V., der als Dienstleister für neurechte Projekte in Erscheinung tritt und beispielsweise mit dem Podcast „Lagebesprechung" eine reichweitenvergrößernde Plattform für AfD-Vertreterinnen und -Vertreter zur Verfügung stellt. Fördermitgliedschaften und Spenden belegen wiederum auch umgekehrt eine Unterstützung des Vereins durch die Partei. Auch konnten maßgebliche Zahlungen durch AfD- und JA-Gliederungen an die Teilorganisation Archetyp GmbH festgestellt werden.

Im Hinblick auf die ideologische Ausrichtung der AfD sind besonders auch die Verbindungen zum mittlerweile aufgelösten und umstrukturierten Institut für Staatspolitik (IfS, mittlerweile Menschenpark Veranstaltungs UG) sowie dem ihm nahestehenden Verlag Antaios herauszustellen. Das ehemalige IfS fungiert durch seine Akademien in Schnellroda sowie Formate wie dem Podcast „Kanal Schnellroda" als intellektuelle Austausch- und Vernetzungsplattform und als Ort ideologischer Schulung. Damit ist es für die verfassungsschutzrelevante Neue Rechte von essenzieller Bedeutung, da dort Narrative etabliert und weiterentwickelt werden, mit denen letztlich u. a. der extremistische Kern einzelner Äußerungen verschleiert werden soll. Für den Begutach-

[3168] BVerwG, Beschl. v. 14.08.2024, 6 VR 1.24, juris, Rn. 32 ff., siehe dazu bereits oben, S. 712.

tungszeitraum konnte weiterhin ein enger Austausch belegt werden. So traten Führungskräfte der AfD beim (ehemaligen) IfS als Teilnehmer oder Redner auf, veröffentlichten Beträge in der dem Institut zuzurechnenden Zeitschrift Sezession bzw. eigene Publikationen im Verlag Antaios oder standen für Interviews in der Kanal Schnellroda-Gesprächsreihe „Am Rande der Gesellschaft" zur Verfügung. Besonders in der Person Götz Kubitscheks zeigt sich die enge Verbindung zu relevanten Mitgliedern der AfD, wobei hier vor allem das enge Verhältnis zu Björn Höcke herauszustellen ist.

Die festgestellten Belege verdeutlichen, dass die AfD auch im Laufe der Verdachtsfallbearbeitung kontinuierlich mit rechtsextremistischen Akteuren komplementär zusammenwirkte. Diese Kooperation wird besonders von Akteuren aus dem solidarisch-patriotischen Lager forciert, doch strömungsübergreifend und bis in die höchsten Führungsebenen sind etablierte Verbindungen festzustellen, die über einzelne Kennverhältnisse weit hinausgehen und ebenfalls ein strukturelles Verhältnis gegenseitiger finanzieller, organisatorischer und öffentlichkeitswirksamer Unterstützungsleistungen belegen. Diese blieben ungeachtet zwischenzeitlich erfolgter Einstufungen als gesichert rechtsextremistisch und teilweise auch nach deren gerichtlicher Bestätigung (IBD) grundsätzlich bestehen. Bezüglich der Verbindungen ist somit eine quantitative und qualitative Verdichtung der Anhaltspunkte festzustellen. Solche Verbindungen sind allerdings – im Vergleich zu unmittelbaren Belegen für Bestrebungen gegen die einzelnen Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – für die Bewertung der Partei insgesamt von untergeordneter und eher indikatorischer Bedeutung.

4. Prägender Einfluss der extremistischen Strömungen auf die Gesamtausrichtung der Partei

Gegenstand der folgenden Ausführungen sind organisatorische und strukturelle Maßnahmen bzw. Entwicklungen der Partei und ihrer Gremien, die die festgestellte inhaltliche Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte zur Gewissheit einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung in Frage stellen oder relativieren könnten. Denkbar wäre etwa, dass strukturelle Vorkehrungen gemäßigteren Akteuren – zumindest theoretisch – noch die Möglichkeit eröffnen könnten, ihre eigenen Positionen parteiintern gegen die vorherrschende extremistische Grundtendenz durchzusetzen.

Im Folgenden werden daher zum einen disziplinarische Maßnahmen der Partei selbst betrachtet, mit denen diese möglicherweise eine Distanzierung von extremistischen Tendenzen, beispielsweise durch Parteiausschlussverfahren, erwirken will. Zum anderen sind die aktuellen Zusammensetzungen relevanter Gremien zu bewerten, um einen Rückschluss auf die parteiinterne Willensbildung und die Rolle rechtsextremistischer Akteure zu ziehen. Dabei ist auch die Entwicklung relevanter Personen, deren Äußerungen im hiesigen Gutachten dominieren, dahingehend zu analysieren, inwiefern ihnen weiterhin ein bestimmender Einfluss zukommt. Auch die Rolle der zwischenzeitlich formal aufgelösten gesichert rechtsextremistischen Jungen Alternative ist noch einmal dahingehend abschließend zu bewerten, inwiefern sich die Gesamtpartei möglicherweise von ihren extremistischen Positionen abgrenzt. Schließlich sind auch die Bundesparteitage, denen für die Ausrichtung der Partei eine maßgebliche Bedeutung zukommt, im Hinblick auf das Hervortreten von Anhaltspunkten rechtsextremistischer Tendenzen besonders zu betrachten.

a. Parteiliche Distanzierungsbemühungen

Für parteiliche Distanzierungsbemühungen könnte sprechen, dass die Partei in der Vergangenheit zahlreiche Parteiausschlussverfahren initiiert oder sonstige Rügen ausgesprochen hat. Das OVG NRW hat diesbezüglich in Bezug auf die Prüfung des Verdachtsfalls konkretisiert, dass ein durch eine Vielzahl von Äußerungen, die für sich genommen hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bieten, begründeter Verdacht nur entkräftet werden kann, wenn konkret diesen Äußerungen entgegengetreten wird oder sie durch Entwicklungen in der Partei überholt oder aus sonstigen Gründen obsolet sind.[3169] Auf Parteiordnungsmaßnahmen bezogen bedeutet dies, dass damit nur der sich aus der Äußerung ergebende Anhaltspunkt beseitigt oder abgemildert werden kann, nicht jedoch die Verdachtsmomente, die sich aus vergleichbaren Äußerungen ergeben, gegen die keine Maßnahme ergriffen wurde.[3170] Zudem müsste die Partei offenlegen, „*welche genauen Aussagen aus welchen Gründen vom Bundesvorstand missbilligt und welche Parteiordnungsmaßnahmen letztlich ergriffen worden sind*".[3171] Es ist damit ein öffentlich wahrnehmbares

3169 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 188, 305; BVerwG, Urt. v. 07.12.1999, 1 C 30.97, juris, Rn. 34, vgl. hierzu auch ausführlich Kapitel C. I. 4.
3170 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 190.
3171 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.

Entgegentreten gegenüber einem Verdacht verfassungsfeindlicher Bestrebungen erforderlich.

Das OVG NRW hat diese Voraussetzungen mit Blick auf die Einstufung als Verdachtsfall aufgestellt. Möglicherweise könnten in Bezug auf die Feststellung einer gesichert rechtsextremistischen Bestrebung gegebenenfalls bereits geringere entlastende Momente zweifelsbegründend wirken. Dessen ungeachtet steht aber die grundsätzliche Vorgabe nicht in Frage, dass auch auf der Ebene des erwiesenen Extremismus jedenfalls keine von dem jeweiligen konkreten rechtsextremistischen Vorhalt unabhängigen Aspekte eine Rolle spielen können. Den Distanzierungsbemühungen muss zu entnehmen sein, dass eine Auseinandersetzung mit den konkreten als tatsächliche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung zu wertenden Äußerungen stattfindet. Im Rahmen der nachfolgenden Prüfung werden daher die in der Entscheidung aufgeführten Kriterien angewandt, wobei – wie oben dargelegt – bereits niedrigere Entlastungsanforderungen Berücksichtigung finden.

aa. Parteiausschlussverfahren und sonstige Disziplinierungsmaßnahmen

Im Begutachtungszeitraum fanden die nachfolgend aufgeführten Maßnahmen statt, die im Hinblick auf eine mögliche Entlastung einzuordnen sind. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass hier keine abschließende Auflistung aller Parteiausschlussverfahren vorgenommen werden kann. Die Partei ist nicht verpflichtet, diese öffentlich zu machen, sodass nur diejenigen Maßnahmen bewertet werden können, über die hier – vornehmlich durch Presseberichterstattung – Kenntnis besteht. Im Übrigen werden nur solche Parteiordnungsmaßnahmen betrachtet, die zumindest auch im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Äußerungen oder Tätigkeiten standen und nicht etwa nur parteiinternes Fehlverhalten sanktionieren sollten und damit entsprechend dem oben Gesagten offensichtlich keine taugliche Distanzierung begründen können.

Im August 2023 sprach der Landesvorstand der AfD Brandenburg eine Abmahnung gegen Anna Leisten aus (siehe Kapitel E. III. 2. f. aa.). Grundlage der Maßnahme war die Feststellung durch den Landesvorstand, dass Leisten im Juli 2023 an der von der Identitären Bewegung organisierten „Remigrationsdemo" in Wien (AUT) teilgenommen und in den sozialen Medien eine rechtsextremistisch konnotierte Geste, den sogenannten White-Power-Gruß, gezeigt hatte. Die Abmahnung stellt die niedrigste Sank-

tionsmöglichkeit dar und ist im Lichte der Positionierungen Leistens als vergleichsweise milde zu werten. Eine vollständige Distanzierung von den verfassungsfeindlichen Positionen der Leisten fand in diesem Zuge nicht statt. Vielmehr ist Leisten weiterhin stark in die AfD Brandenburg und die JA eingebunden, was auch ihre prominente Rolle in den Landtagswahlkämpfen 2024 erneut zeigte.

Ebenfalls wegen Zeigens des White-Power-Grußes wurde im Dezember 2023 gegen den Landtagsabgeordneten Joachim Paul vom Landesverband Rheinland-Pfalz eine zweijährige Ämtersperre verhängt.

Die beiden Beispiele belegen den unterschiedlichen Umgang mit einem ähnlich gelagerten Sachverhalt. Während Leisten nur mit einer vergleichsweise milden Abmahnung belegt wurde, ist die Sanktion Ämtersperre für Paul deutlich einschneidender.

Wie bereits im Kapitel E. III. 2. f. aa. dargelegt, erfolgten auch gegen den bayerischen Landtagsabgeordneten Daniel Halemba Parteiordnungsmaßnahmen. Trotz erheblicher und strafrechtlich relevanter Vorwürfe beziehen sich diese dabei allerdings nur auf parteiorganisatorische Vorwürfe, insbesondere auf den Vorwurf der nicht satzungskonformen Aufnahme von Neumitgliedern. Ungeachtet dessen, dass die Staatsanwaltschaft u. a. wegen Volksverhetzung ermittelt und Anklage erhoben hat, erklärte der Bundesvorstand in einer Mitteilung, er nehme erst dann möglicherweise hierzu eine Bewertung vor, wenn sich relevante Erkenntnisse im Rahmen des Verfahrens ergäben.[3172] Im September 2024 entschied das Landesschiedsgericht Bayern, dass Halemba entgegen dem Antrag des Bundesvorstands in der Partei verbleiben könne, allerdings für die Dauer von 18 Monaten keine Parteiämter ausfüllen dürfe. Die durch den Landesverband Bayern verhängten Maßnahmen und Äußerungen zu Halemba sind nicht geeignet, als taugliche Distanzierung von seinen verfassungsschutzrelevanten Verhaltensweisen angeführt zu werden.

Im Nachgang der Landtagswahl in Hessen 2023 wurden Beziehungen des in den Landtag gewählten AfD-Kandidaten Sascha Herr in das neonazistische Spektrum bekannt. Die AfD Hessen beschloss daraufhin, eine Aufnahme Herrs in die AfD-Landtagsfraktion zu verweigern und ein Parteiausschlussverfahren gegen ihn einzuleiten. Herr trat in der Folge aus der AfD aus, nahm jedoch auch danach an zumindest einer

[3172] BR: „AfD-Bundesvorstand bestätigt: Halemba darf in Partei bleiben“ vom 24.10.2024, in: www.br.de, abgerufen am 24.10.2024.

Veranstaltung der AfD auf Kreisebene teil. Vorwürfe bezüglich Kontakten Herrs in den Neonazismus waren der AfD Wiesbaden laut Presseberichten bereits seit mindestens 2021 bekannt gewesen.[3173] [3174] [3175]

Roland Ulbrich (zum damaligen Zeitpunkt MdL SN) trat Anfang Januar 2024 (s. Kapitel E. I. 4. a.) als Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts zurück, nachdem er sich in dieser Funktion in einem Verfahren auf das Reichsbürgergesetz von 1935 bezogen und damit auch parteiintern Kritik auf sich gezogen hatte. In der Folge wurde gegen ihn ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, woraufhin er von sich aus Ende Januar 2024 die AfD-Landtagsfraktion in Sachsen verließ.[3176] Ulbrich kandidierte dennoch für ein Direktmandat bei der Landtagswahl am 1. September 2024 und machte Wahlkampf mit dem sächsischen Landesvorsitzenden der AfD.[3177]

Im Juni 2024 war bekannt geworden, dass die AfD Nordrhein-Westfalen einen Parteiausschluss des zum damaligen Zeitpunkt fraktionslosen Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich anstrebe.[3178] Helferich, der im Februar 2024 in den Landesvorstand gewählt worden war, wurden vom Landesvorstand unter anderem fremdenfeindliche Äußerungen und parteischädigendes Verhalten vorgeworfen. Mit Einleitung des Verfahrens wurden ihm durch den Landesvorstand mit sofortiger Wirkung seine Mitgliedsrechte entzogen, was auch durch das Landesschiedsgericht bestätigt wurde.[3179] Helferich zufolge sollte mit diesem Schritt seine Kandidatur für den Bundesvorstand der AfD verhindert werden.[3180] Das Ausschlussverfahren ist noch nicht abgeschlossen.[3181] Helferich erhielt trotz der Vorwürfe aus anderen Landesverbänden Solidaritätsbekundungen von diversen AfD-Vertreterinnen und Vertretern. Im Zuge der Bundestagswahl im Februar 2025 wurde Matthias Helferich über die Landesliste der AfD Nordrhein-

---

[3173] Hessenschau: „Neue AfD-Fraktion im Landtag will Abgeordneten nicht aufnehmen“ vom 10.10.2023, in: www.hessenschau.de, abgerufen am 05.11.2024.
[3174] Frankfurter Rundschau: „Hessen: Sascha Herr war beim AfD-Gänseessen willkommen" vom 23.01.2024, in: www.fr.de, abgerufen am 05.11.2024.
[3175] Frankfurter Rundschau: „Hessen: Sascha Herr verlässt nach Neonazi-Skandal die AfD“ vom 27.10.2023, in: www.fr.de, abgerufen am 05.11.2024.
[3176] mdr: „Umstrittener AfD-Politiker Ulbrich tritt aus Fraktion aus“ vom 31.01.2024, in: www.mdr.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3177] Ulbrich, Roland: Pressemitteilung vom 13.08.2024, in: www.ulbrich-afd.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3178] Deutschlandfunk: „Rechtsextremismus - NRW-AfD strebt Parteiausschluss des Bundestagsabgeordneten Matthias Helferich an“ vom 07.06.2024, in: www.deutschlandfunk.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3179] Stern: „Abgeordneter Helferich soll Parteifreunde bedroht haben“ vom 21.07.2024, in: www.stern.de, abgerufen am 16.10.2024.
[3180] Helferich, Matthias: Facebook-Eintrag vom 27.08.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3181] Helferich, Matthias: Tweet vom 31.10.2024, abgerufen am 07.11.2024.

Westfalen gewählt und anschließend auch erstmals in die Bundestagsfraktion der AfD aufgenommen.[3182]

Im Juni 2024 erklärte die AfD Brandenburg, Parteiordnungsmaßnahmen gegen zwei kommunale Mandatsträger der AfD einleiten zu wollen, die im Kreistag Oberspreewald-Lausitz (BB) eine Fraktionsgemeinschaft mit der rechtsextremistischen Partei Die Heimat (vormals NPD) planten.[3183]

Bereits quantitativ ist den hier bekannt gewordenen Parteiordnungsmaßnahmen im Vergleich zur Vielzahl der angeführten verfassungsschutzrelevanten Äußerungen von mehreren Hundert Parteimitgliedern nur geringes Gewicht beizumessen. Dies gilt umso mehr, als die aufgeführten Ordnungsmaßnahmen auch qualitativ nicht geeignet sind, eine durchgreifend entlastende Wirkung in Bezug auf die verfassungsschutzrechtliche Einstufung der AfD zu entfalten.

So spielten mehrheitlich jedenfalls auch parteitaktische Erwägungen eine Rolle. Ferner fanden die Verfahren regelmäßig nur auf öffentlichen Druck statt. Auch wurden pauschal Rügen erteilt, die keine explizite inhaltliche Distanzierung von den verfassungsschutzrelevanten Positionen enthielten, mithin also nicht geeignet waren, den festgestellten Anhaltspunkten im Sinne der vom OVG NRW formulierten Anforderungen qualifiziert entgegenzuwirken. In den Fällen, in denen eine Rüge aufgrund inhaltlich rechtsextremistischer Äußerungen erteilt wurde, erfolgte dies nur dann, wenn – wie im Falle Helferichs oder Leistens – offen neonazistisches oder rassistisches Verhalten im Raum stand, das also über den geglätteten und weniger angreifbaren Diskurs der rechtsextremistischen Neuen Rechten erkennbar hinausging. Rügen für Positionierungen, die im vorliegenden oder in vorausgegangenen Gutachten sowie durch Gerichte als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen bewertet wurden, erfolgten nicht – auch nicht bei solchen Akteuren, die diese besonders exponiert und pointiert in der Partei vertreten.

Zwar sind solche untauglichen Distanzierungsbemühungen in der verfassungsschutzseitigen Bewertung nicht als zusätzlich belastend zu berücksichtigen. Sie sind jedoch

---

[3182] WDR: „Rechtsextreme Aussagen: AfD-Fraktion nimmt Helferich nun doch auf" vom 25.02.2025, in: www.wdr.de, abgerufen am 01.04.2025.
[3183] rbb: „Brandenburger AfD beschließt Parteiausschluss von abtrünnigen Mitgliedern" vom 25.06.2024, in: www.rbb24.de, abgerufen am 16.10.2024.

auch nicht geeignet, die bestehenden Anhaltspunkte zu entkräften oder gar Zweifel an der getroffenen Feststellung einer Verdichtung zur Gewissheit zu begründen.

bb.Umgang mit der Jungen Alternative

Während der Verdachtsfallbearbeitung zeigte sich, dass die damalige JA als Jugendorganisation für die Partei fortlaufend eine hervorgehobene Rolle einnahm. Die Verbindungen zwischen Mutterpartei und Jugendorganisation existierten bis zur formalen Auflösung der JA am 31. März 2025 weiterhin auf der satzungsbezogenen und strukturellen Ebene. Die vielfältigen Verknüpfungen auf der personellen Ebene bestehen auch nach der JA-Auflösung fort, da ein großer Teil der JA-Mitglieder weiterhin Mitglied in der AfD ist. Innerhalb des Begutachtungszeitraums waren allenfalls punktuelle Distanzierungen der AfD von ihrer Jugendorganisation zu konstatieren. Meist handelte es sich dabei um Parteiordnungsmaßnahmen, die nicht wegen inhaltlicher Verfehlungen, sondern aufgrund von Satzungsverstößen initiiert wurden. Beispielhaft dafür ist der bereits erwähnte Umgang mit Daniel Halemba (MdL BY), dessen Verbleib in der AfD letztlich vom Landesschiedsgericht vorläufig unter Auflagen genehmigt wurde, oder auch mit Nils Hartwig, der nach Einleitung eines Parteiausschlussverfahrens in seinem AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen sein dortiges Amt als stellvertretender JA-Landesvorsitzender aufgab, auf Bundesebene aber weiterhin bis zur Auflösung der JA als stellvertretender Vorsitzender der Jugendorganisation fungierte.

Der Umgang mit der JA änderte sich auch nicht, nachdem die Hochstufung der Jugendorganisation zur gesichert rechtsextremistischen Bestrebung durch das BfV im April 2023 bekannt gegeben worden war. Die innerparteilichen Reaktionen waren in der deutlichen Mehrheit von Solidaritätsbekundungen von AfD-Funktionärinnen und -Funktionären geprägt. Parteiliche Distanzierungsbemühungen waren nur punktuell – und dann lediglich von Kreisverbänden und einzelnen Personen – zu vernehmen. Keines der damaligen Mitglieder des AfD-Bundesvorstands ließ nach der Feststellung des BfV erkennen, sich nun von der JA zu distanzieren oder für deren Einhegung einzutreten. Vielmehr setzten sich die Beziehungen in gleicher Qualität und Quantität fort: Weiterhin kandidierten JA-Mitglieder für Mandate der AfD auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene, sodass die Jugendorganisation ihre Funktion als Nachwuchsreserve für zukünftige AfD-Mandatsträgerinnen und -träger weiter ausübte. Auch war keine Abkehr von der Praxis einer engen strukturellen Zusammenarbeit

durch das Begründen von Beschäftigungsverhältnissen zwischen AfD-Politikerinnen und -Politikern und JA-Mitgliedern festzustellen. Die intensiven personellen Verbindungen zwischen AfD und JA lassen sich auch an der Besetzung des AfD-Bundesvorstands veranschaulichen. Bereits dem auf dem AfD-Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN) gewählten Vorstand gehörten zwei zu dem Zeitpunkt aktive JA-Mitglieder an. Im aktuellen AfD-Bundesvorstand ist die ehemalige JA mit ihrem letzten Bundesvorsitzenden Hannes Gnauck und zwei weiteren ehemaligen Landesfunktionären präsent. Im Übrigen bekundeten zahlreiche hochrangige AfD-Mitglieder demonstrativ, etwa durch den öffentlich bekannt gegebenen Abschluss von Fördermitgliedschaften, ihre Solidarität mit der damaligen Jugendorganisation.

In den Landtagswahlkämpfen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg zeigte sich zudem, dass der damaligen JA nicht nur ein weiter Gestaltungs- und Aktionsfreiraum eingeräumt wurde, sondern dass ihr Engagement eine ausdrücklich positive Würdigung durch die Parteiführung erfuhr. Explizit anerkennend zum Wahlkampfeinsatz der Jugendorganisation äußerte sich beispielsweise der Co-Bundessprecher Tino Chrupalla, selbst im Wissen um die evident fremdenfeindliche JA-Kampagne „Deutschlandretter24“. Deren unverhohlen rassistischen Inhalt verharmloste Chrupalla mit Verweis darauf, es handele sich lediglich um eine *„Überspitzung“*. Der Bundestagsabgeordnete und brandenburgische Landesvorsitzende René Springer äußerte dazu beschönigend, die Jugend habe eben ihre eigenen Mittel und Wege, um Wähler anzusprechen. Die JA fungierte uneingeschränkt als nützliche und effektive Unterstützerin im Wahlkampf, ohne dass eine kritische Auseinandersetzung mit ihren rechtsextremistischen Inhalten erfolgt wäre. Auch die wegen rechtsextremistischer Aktivitäten mit Parteiordnungsmaßnahmen belegte damalige brandenburgische JA-Landesvorsitzende und Beisitzerin im JA-Bundesvorstand Anna Leisten trat im Wahlkampf exponiert in Erscheinung. Insgesamt fanden die Landtagswahlkämpfe 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen also eine deutliche Unterstützung durch die damalige JA.

Die Ergebnisse des AfD-Bundesparteitags 2025 zur formalen Neustrukturierung des Verhältnisses zwischen der AfD und ihrer Jugendorganisation, mit denen die Aberkennung der JA als offizielle Jugendorganisation der AfD sowie die Auflösung derselben zum 31. März 2025 einhergingen, hätten auf eine damit beabsichtigte inhaltliche Distanzierung der AfD von ihrer gesichert rechtsextremistischen Jugendorganisation hindeuten können.

Tatsächlich begründeten AfD-Funktionärinnen und -Funktionäre die Neustrukturierung vereinzelt damit, dass nach der Eingliederung bessere Disziplinierungsmöglichkeiten gegenüber den Mitgliedern der Jugendorganisation bestehen würden. Letztlich bestand aber bereits zuvor gegenüber den Landes- und Bundesvorstandsmitgliedern der JA eine uneingeschränkte innerparteiliche Disziplinierungsmöglichkeit, da für diese Vorstandsmitglieder eine AfD-Mitgliedschaft obligatorisch war. Primär wurde die Auflösung der JA und Neugründung der Jugendorganisation mit der Realisierung einer engeren Anbindung der Jugendorganisation an die Gesamtpartei aus protektiven Motiven hinsichtlich staatlicher Exekutivmaßnahmen begründet. Ein explizit formuliertes Ziel, nach der Neuorganisation extremistische Verhaltensweisen in der Jugendorganisation künftig unterbinden zu wollen, war – jedenfalls öffentlich – nicht wahrnehmbar. Zudem deuten Aussagen von AfD- und damaligen JA-Vorstandsmitgliedern auf eine starke personelle und inhaltlich-ideologische Kontinuität zwischen der gesichert rechtsextremistischen JA und der neuen Jugendorganisation hin.

In der Gesamtschau lässt sich festhalten, dass öffentliche Distanzierungen und Interventionen der AfD in Bezug auf die JA nur vereinzelt und regelmäßig nicht aufgrund verfassungsschutzrechtlich relevanter Verhaltensweisen ihrer Mitglieder festzustellen waren.

b. Aktuelle Zusammensetzung des Bundesvorstands

Gemäß § 14 der AfD-Bundessatzung obliegt dem Bundesvorstand die Leitung der Partei. Er führt die Geschäfte auf Grundlage der Beschlüsse des Bundesparteitags und des Konvents.[3184] Es ist deshalb zu berücksichtigen, ob die Zusammensetzung des AfD-Bundesvorstands die festgestellte Verdichtung der Anhaltspunkte zu einer gesichert extremistischen Bestrebung in Frage stellen könnte.

Im aktuellen Bundesvorstand sind jedoch keine Personen erkennbar, die der verfassungsfeindlichen Prägung der Gesamtpartei entgegenwirken würden. Vielmehr sind die Mitglieder des Bundesvorstands mehrheitlich selbst mit verfassungsschutzrelevanten Äußerungen aufgefallen (vgl. insbesondere Kapitel E. I. 1. a. und E. I. 1. b.).

[3184] Alternative für Deutschland: „§ 14 Abs. 1 AfD-Bundessatzung“ vom 29.11.2015, zuletzt geändert am 30.06.2024, in: www.afd.de, ohne Abrufdatum.

aa. Neuzusammensetzung infolge des Bundesparteitags 2024

Der auf dem Bundesparteitag am 29. und 30. Juni 2024 in Essen (NW) gewählte Bundesvorstand spiegelt eine große personelle Kontinuität wider, besonders bei den Ämtern des geschäftsführenden Bundesvorstands. In den meisten Wahlgängen trat nur ein Bewerber bzw. eine Bewerberin an. Die Kandidatinnen und Kandidaten wurden im Vergleich zu früheren Wahlen zum großen Teil mit deutlich höherer Zustimmung gewählt. So steigerten sich Alice Weidel von 67,3 % (2022) auf 79,77 % (2024) und Tino Chrupalla sogar von nur 53 % (2022) auf 82,7 % (2024) der Delegiertenstimmen. Neu in den Bundesvorstand gewählt wurden Kay Gottschalk, Alexander Jungbluth, Dirk Brandes, Heiko Scholz und Hannes Gnauck.

Kay Gottschalk folgte als stellvertretender Bundessprecher auf Mariana Harder-Kühnel (MdB, HE), die nicht wieder kandidiert hatte. Der Bundestagsabgeordnete Gottschalk gehört dem Landesverband Nordrhein-Westfalen an, der bisher in vergleichsweise geringerem Umfang mit verfassungsschutzrelevanten Äußerungen aufgefallen ist. Nach seiner Wahl in den Bundesvorstand engagierte sich Gottschalk im Wahlkampf anlässlich der Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen am 1. September 2024.[3185] Gottschalk trat als Redner mit u. a. Jörg Urban (MdL SN) und Maximilian Krah (zum damaligen Zeitpunkt MdEP, mittlerweile MdB, SN) auf der Veranstaltung zum Beginn des Landtagswahlkampfs der AfD Sachsen am 13. Juli 2024 in Dresden auf.[3186] Zudem nahm er an Veranstaltungen mit dem den rechtsextremistischen AfD-Landesverband Thüringen repräsentierenden René Aust (MdEP, TH) teil.[3187] Darüber hinaus nahm Gottschalk aktiv in der Funktion des Moderators am „Preußenfest“ im September 2024 teil. Das seit 2022 vom gesichert rechtsextremistischen Landesverband Sachsen-Anhalt jährlich als Parteiveranstaltung der AfD unter Federführung des stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans-Thomas Tillschneider ausgerichtete „Preußenfest“ steht in der Tradition des 1. Flügeltreffens Sachsen-Anhalt im Jahr 2020, das zugleich die letzte offizielle Veranstaltung des rechtsextremistischen Flügels vor dessen formeller Selbstauflösung war. Bei der Veranstaltung im September 2024 war u. a. der rechtsextremistische Publizist Jürgen Elsässer anwesend.

[3185] AfD Kreisverband Nordsachsen: Facebook-Eintrag vom 22.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.
[3186] AfD Sachsen: Facebook-Eintrag vom 12.07.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3187] Aust, René: Facebook-Eintrag vom 24.08.2024, abgerufen am 02.09.2024.

Durchgeführt wurde die Veranstaltung in der Gaststätte „Zum Schäfchen" in Schnellroda,[3188] die auch als Austragungsstätte von Veranstaltungen des aufgelösten und neustrukturierten Instituts für Staatspolitik und des Verlags Antaios dient.[3189] Auch in der Zeit des Bundestagswahlkampfs war keine mäßigende Einflussnahme durch Gottschalk festzustellen. So äußerte er sich nicht nur selbst in fremdenfeindlicher Weise[3190], sondern beteiligte sich beispielsweise auch an einer Veranstaltung mit Jan Wenzel Schmidt (MdB, ST) am 7. Februar 2025 in Sachsen-Anhalt und bewarb am 22. Januar 2025 eine Veranstaltung der AfD Nordrhein-Westfalen mit dem damaligen Europaabgeordneten Maximilian Krah (mittlerweile MdB, SN).[3191] [3192] Außerdem trat Gottschalk am 15. Februar 2025 gemeinsam mit Christian Blex (MdL NW) als Redner auf einer Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt (NW) auf.[3193]

Auf Grund der dargelegten Sachverhalte und insbesondere der Unterstützung zweier von der jeweiligen Landesbehörde für Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch kategorisierter AfD-Landesverbände sowie seiner aktiven Teilnahme am „Preußenfest" ist nicht davon auszugehen, dass Gottschalk mäßigend auf die Gesamtpartei einzuwirken sucht und somit gegen eine rechtsextremistische Prägung der Gesamtpartei eintritt. Vielmehr zeugt das Verhalten seit seiner Wahl davon, dass er mit den rechtsextremistischen Kräften in der AfD zusammenarbeitet.

Mit Alexander Jungbluth (MdEP, RP) und vor allem Hannes Gnauck (MdB, BB) wurden zudem zwei langjährige Protagonisten der Jungen Alternative in den AfD-Bundesvorstand gewählt. Insbesondere mit der Wahl ihres damaligen Bundesvorsitzenden Gnauck in den AfD-Bundesvorstand erhielt die gesichert rechtsextremistische JA zusätzliche Einflussmöglichkeiten auf den Bundesverband der Partei.

Mit Dirk Brandes (MdB, NI) und Heiko Scholz (MdL HE) wurden zudem zwei medial eher als gemäßigt eingestufte AfD-Politiker als Beisitzer in den Bundesvorstand gewählt.

[3188] Reichardt, Martin: Facebook-Eintrag vom 18.07.2024, abgerufen am 30.07.2024.
[3189] Sezession: „Sommerfest 2023 – jetzt anmelden!" vom 17.04.2023, in: www.sezession.de, abgerufen am 07.11.2024.
[3190] Vgl. Kapitel F. I. 1. b. aa.
[3191] Gottschalk, Kay: Facebook-Eintrag vom 09.02.2025, abgerufen am 14.02.2025.
[3192] Gottschalk, Kay: Facebook-Eintrag vom 22.01.2025, abgerufen am 14.02.2025.
[3193] Livestream zur Wahlkampfveranstaltung in Lippstadt am 15.02.2025; veröffentlicht in: www.youtube.com am 15.02.2025, Kanal: „hamburger – junge", abgerufen am 20.02.2025.

Brandes nahm jedoch Auftritte zusammen mit Maximilian Krah (ehemals MdEP, mittlerweile MdB, SN) wahr. So waren beide Redner auf einer Veranstaltung der AfD Niedersachsen in Hannover am 20. September 2024.[3194] Beide posierten im Anschluss an die Veranstaltung für ein gemeinsames Foto. Ferner veröffentlichte Brandes in den sozialen Medien Einträge mit verfassungsschutzrechtlich relevanten Inhalten: So teilte er am 6. September 2024 auf Facebook eine Website mit dem Titel „Messerinzidenz". Dabei handelt es sich um einen vermeintlichen „*Live-Tracker für Messergewalt in Deutschland*", um angeblich eine größere Transparenz bezüglich solcher Delikte herzustellen.[3195] Zudem bezeichnete er die COVID-19-Pandemie ab 2020 als „*P(l)andemie*".[3196] Mit diesem in der AfD verbreiteten Begriff wird vielfach verschwörungstheoretisch suggeriert, bei der COVID-19-Pandemie habe es sich um einen gesteuerten Prozess der politischen Eliten zur Durchsetzung repressiver Maßnahmen gegen die Bevölkerung gehandelt.

Heiko Scholz (MdL HE) nahm am 20. Juli 2024 am Wahlkampfauftakt der AfD Brandenburg für die Landtagswahl am 22. September 2024 teil. Im Kontext der Veranstaltung äußerte er, es sei „*Zeit für einen Brandenburger Ministerpräsidenten Dr. Christoph Berndt*".[3197] Es ist also bei Scholz und Brandes nicht davon auszugehen, dass sie mäßigend auf die Partei einwirken. Vielmehr dürften sie die Zusammenarbeit mit den vorherrschenden extremistischen Kräften in der Partei fortsetzen.

Insgesamt stammen im aktuellen Bundesvorstand fünf von 14 stimmberechtigten Mitgliedern bereits aus gesichert rechtsextremistischen Teilorganisationen bzw. Landesverbänden der AfD und repräsentieren diese auf höchster Führungsebene. Dass die übrigen Landesverbände nicht als gesichert rechtsextremistisch eingestuft sind, lässt jedoch nicht den Umkehrschluss auf eine relevante Einflussnahme gemäßigterer Akteure zu. Während der Verdachtsfallbearbeitung sind kontinuierlich Anhaltspunkte für einen in der AfD vertretenen ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff sowie eine fremden- und muslimfeindliche Grundausrichtung der Partei angefallen, die nicht zuletzt von Bundesvorstandsmitgliedern stammen.

[3194] AfD-Landesverband Bremen: Facebook-Eintrag vom 23.09.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3195] Brandes, Dirk: Facebook-Eintrag vom 06.09.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3196] Brandes, Dirk: Facebook-Eintrag vom 21.08.2024, abgerufen am 05.11.2024.
[3197] Scholz, Heiko: Facebook-Eintrag vom 20.07.2024, abgerufen am 05.11.2024.

So wurden insbesondere in den Kapiteln E. I. 1.b. und F. I.1. b. zur Fremdenfeindlichkeit bei insgesamt zwölf von 14 Mitgliedern Anhaltspunkte festgestellt und in den Ausführungen betreffend den ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff bei sechs von 14, in den Kapiteln zur Muslim- und Islamfeindlichkeit noch bei zwei Bundesvorstandsmitgliedern. Auch in den weiteren Kapiteln betreffend die Positionierung zum Nationalsozialismus, die Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Akteuren und das Demokratieprinzip wurden jeweils Belege von Bundesvorstandsmitgliedern herangezogen, in dem zuletzt genannten sogar von zehn von 14 Mitgliedern. In den die Verdichtung vor allem tragenden Kapiteln betreffend ethnisch-abstammungsmäßige sowie fremdenfeindliche Äußerungen und Positionen wurden im Übrigen Belege der Bundespartei verwendet, die sowohl vor als auch nach der Wahl des neuen Bundesvorstands datierten. Mit Blick auf die diesbezüglich vorherrschende Grundtendenz ist eindeutig eine Kontinuität festzustellen.

Nach Implementierung des neuen Bundesvorstands ist also keine Mäßigung in der AfD festzustellen. Gerade im Hinblick auf das Kapitel betreffend die Fremdenfeindlichkeit ist eher das Gegenteil der Fall, wie etwa der Beitrag zum „*Höllensommer*" und die begleitende rassistische Bildsprache oder auch die vom Co-Bundessprecher Chrupalla begrüßte „Deutschlandretter24"-Kampagne unterstreichen.

Die Zusammensetzung des aktuellen Bundesvorstands ist deshalb auch unter Berücksichtigung der Neumitglieder nicht geeignet, die festgestellten Belege für Bestrebungen gegen die Menschenwürde und damit die vorherrschende extremistische Grundausrichtung der Partei zu relativieren.

bb.Zwischenzeitliche Aufgabe von Funktionen oder Ämtern bestimmender Akteure

Mit dem Ausscheiden von Christina Baum (MdB, BW/ST), Maximilian Krah (ehem. MdEP, mittlerweile MdB, SN) und Harald Weyel (bis März 2025 MdB, NW) gehören drei Personen dem Bundesvorstand nicht mehr an, die als Funktionäre und Anhänger des ehemaligen Flügel bzw. als Anhänger des solidarisch-patriotischen Lagers anzusehen sind.

Vor dem Hintergrund, dass zahlreiche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen auch in diesem Gutachten zusammengetragen wurden, die auf Äußerungen

von Christina Baum und Maximilian Krah zurückgehen, ist deren Rolle in der Gesamtpartei zu prüfen und insbesondere zu klären, ob ihr Ausscheiden aus dem Bundesvorstand einen Bedeutungsverlust widerspiegelt, der die Relevanz ihrer verfassungsschutzrelevanten Aussagen für die AfD insgesamt relativiert. Dies wäre der Fall, wenn ihr Ausscheiden aus dem Bundesvorstand glaubhaft mit einer Distanzierung der Partei von den rechtsextremistischen Positionierungen einherginge.

Christina Baum

Christina Baum wurde erstmalig 2022 in den Bundesvorstand gewählt. Ihre Wahl belegte eine beträchtliche Anhängerschaft innerhalb der Partei und damit einhergehende Einflussmöglichkeiten in der AfD. Baums Äußerungen sind also als repräsentativ und damit auch relevant für die Gesamtpartei anzusehen.

Der Bundesparteitag der AfD im Juni 2024 in Essen (NW) hat Christina Baum (MdB, BW/ST) nicht erneut in den Bundesvorstand der Partei gewählt. Die Gesamtumstände legen nahe, dass die aktuelle Parteiführung aus strategischen Gründen eine Mehrheit auf dem Parteitag gegen Baum organisiert haben könnte. Baum unterlag bei den Abstimmungen mit ca. 42 % zu 52 % gegenüber ihrem ebenfalls aus Baden-Württemberg stammenden Kontrahenten Marc Jongen (MdEP).

Über die Einflussmöglichkeiten eines Bundesvorstandsamts verfügt Baum mithin nicht mehr. Gleichwohl kann aufgrund dieses – vergleichsweise knappen – Ergebnisses nicht darauf geschlossen werden, dass die von Baum vertretenen rechtsextremistischen Positionen in der AfD auf weit verbreitete Kritik gestoßen wären. Tatsächlich dürfte nicht zuletzt die Konstellation in Baums Heimatlandesverband Baden-Württemberg und die dortigen konkurrierenden Lager für Baums Misserfolg verantwortlich sein. Der Sieg von Baums Mitbewerber Jongen dürfte auf die Unterstützung durch die Co-Bundessprecherin Alice Weidel zurückzuführen sein, die als persönliche innerparteiliche Gegnerin von Baum bekannt ist.

Baum nimmt gleichwohl weiterhin ein Bundestagsmandat wahr. Auch erfolgte keine inhaltliche Distanzierung von ihren Äußerungen durch den Bundesverband. Die Vielzahl der angeführten Zitate von Baum belegt vielmehr, dass sie weiterhin mit menschenwürdewidrigen Äußerungen in der Partei wirkt. Ein Parteiausschlussverfahren oder sonstige Disziplinierungsmaßnahmen hat die AfD nach hiesigem Kenntnisstand

nicht durchgeführt, obwohl – wie in den Belegkapiteln aufgeführt – zahlreiche eindeutige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festzustellen waren und diese auch Gegenstand des Verfahrens vor dem OVG NRW waren. So finden sich mit Stand 14. Oktober 2024 auf der Website des vom Bundesverband herausgegebenen Magazins AfD Kompakt unter der Rubrik „Aus dem Bundesverband" drei Beiträge von Christina Baum.[3198] Zwar trug die Partei im Verfahren vor dem OVG NRW vor, gegen sie ein Parteiausschlussverfahren zu prüfen. Erkenntnisse dahingehend, ob dieses tatsächlich initiiert wurde, liegen hier nicht vor und stehen im Übrigen im Widerspruch zu den vorgenannten Zitierungen im Mitgliedermagazin und dem ansonsten uneingeschränkten Auftreten Baums für die Partei. Für das OVG NRW besteht damit letztlich ein starker Verdacht, dass die behauptete Prüfung von Parteiordnungsmaßnahmen gegen Baum bereits seinerzeit prozesstaktisch motiviert war.[3199]

Auch ihre erneute Aufstellung als Wahlkreiskandidatin für ein Bundestagsmandat in Sachsen-Anhalt belegen ihren anhaltenden Rückhalt in der Partei.[3200]

Festzuhalten bleibt demnach, dass mit dem Ausscheiden Baums eine relevante Vertreterin des ehemaligen Flügels nicht mehr im Bundesvorstand vertreten ist und vor diesem Hintergrund an Einfluss eingebüßt hat. Gleichwohl steht diese Bewertung nicht der Berücksichtigung ihrer verfassungsschutzrechtlich relevanten Äußerungen entgegen, denn eine inhaltliche Distanzierung der AfD von Baum bzw. ihren extremistischen Positionen, die den hieran anzustellenden Anforderungen genügen würde, ist nicht erkennbar. Auch die fortgesetzte Ausübung eines Bundestagsmandats als Mitglied der AfD-Fraktion unterstreicht Baums nach wie vor vorhandene Bedeutung für die Partei.

Maximilian Krah

Am 13. Mai 2024 wurde bekannt, dass Maximilian Krah auf eine weitere Kandidatur für den Bundesvorstand verzichten wolle. Anlass für den vorzeitigen Austritt aus dem Bundesvorstand war u. a. die Kritik an seiner Person nachdem DER SPIEGEL über seine Verbindung zu dem kremlnahen Politiker Oleg Voloshin berichtet hatte. Krah

3198 Alternative für Deutschland: „Aus dem Bundesverband" vom 14.10.2024, in: www.afdkompakt.de, abgerufen am 14.10.2024.
3199 OVG NRW, Urt. v. 13.05.2024, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.
3200 Vgl. dazu Kapitel D. III. 3.

bestreitet, Geld oder andere Leistungen von Voloshin oder über das pro-russische Medium Voice of Europe angenommen zu haben.

Krah selbst begründete seine Entscheidung, nicht erneut für den Bundesvorstand zu kandidieren, mit der aufgrund der Bundestagswahl 2025 zu erwartenden Mehrarbeit im Bundesvorstand. Er wolle sich auf die Arbeit im EU-Parlament konzentrieren und eine Pause bei der Vorstandsarbeit einlegen.

Die hessischen Co-Landessprecher Robert Lambrou (MdL HE) und Andreas Lichert (MdL HE) forderten in einem Antrag vom 22. Mai 2024 an den Bundesvorstand u. a. die Suspendierung der Mitgliedsrechte Krahs sowie seinen Ausschluss aus der AfD-Delegation und ID-Fraktion im Europäischen Parlament. Unterstützt wurde dieser Antrag laut Parteikreisen durch die Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Innerhalb des Bundesvorstands wurde Krah besonders scharf von Co-Bundessprecher Tino Chrupalla und Marc Jongen (damals MdB, mittlerweile MdEP, BW) kritisiert.[3201]

Als Reaktion verkündete Krah noch am 22. Mai 2024 seinen Rücktritt aus dem Bundesvorstand der AfD.[3202] Er kam damit vermutlich einem Ausschluss bzw. einer Abwahl aus dem Bundesvorstand zuvor. Beim Bundesparteitag der AfD im Juni 2024 in Essen (NW) trat Krah nicht erneut für den Bundesvorstand an. Darüber hinaus wurde er nicht in die neue AfD-Delegation im Europäischen Parlament aufgenommen. Krah kündigte jedoch an, als fraktionsloser Abgeordneter weiterhin für die AfD im Europäischen Parlament zu arbeiten.[3203] Seine Nichtaufnahme in die Delegation kritisierte er mit der Begründung, andere Parteien (insbesondere auf europäischer Ebene) sollten der AfD nicht vorschreiben dürfen, wer Teil der Delegation werde.[3204]

Ungeachtet eines seitens des Bundesvorstands im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024 verhängten Auftrittsverbots war Krah im parallel einsetzenden Wahlkampf für die sächsische Landtagswahl am 1. September 2024 präsent.

[3201] AUF1: Telegram-Beitrag vom 22.05.2024, abgerufen am 22.05.2024.
[3202] WELT: „Spitzenkandidat Krah verlässt AfD-Bundesvorstand - Keine Auftritte im Wahlkampf mehr" vom 22.05.2024, in: www.welt.de, abgerufen am 23.05.2024.
[3203] tagesschau: „Europaparlament: AfD wirft Krah aus EU-Delegation" vom 10.06.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 01.04.2025.
[3204] Ebd.

Der Landesvorsitzende Jörg Urban (MdL SN) bezeichnete ihn in einem am 23. August 2024 veröffentlichen Interview bei COMPACT als *„guten Wahlkämpfer"*.[3205] Zu einem potenziellen Konflikt um Krah äußerte sich Urban ausweichend. Krah war bis zu den Abschlussveranstaltungen in den Wahlkampf für die Landtagswahl in Sachsen eingebunden. Er trat nach der Wahl auch außerhalb von Sachsen, zum Beispiel bei einer Kundgebung am 2. September 2024 in Lübben (BB), im Wahlkampf für die Landtagswahl in Brandenburg am 22. September 2024 auf.[3206]

Krah vertritt zahlreiche Positionen, die die extremistische Ausrichtung der Partei forcieren und vertiefen. Die Sanktionierung in Form eines Auftrittsverbots während des Europawahlkampfs ist keine hinreichende Distanzierung der Parteiführung von Krahs verfassungsschutzrelevanten Kernpositionen (insbesondere ethnisches Volksverständnis, Fremden- und Islamfeindlichkeit), sondern lediglich eine temporär-taktische Maßnahme. Krah gab in einem Interview mit dem Sachsen Fernsehen vom 26. Juli 2024 an, er wolle zukünftig *„historische Themen"* erst nach dem Wahlkampf besprechen, und konzediert damit selbst eine nur temporäre Zurückhaltung. Im Übrigen hat sich die AfD-Parteiführung zu keinem Zeitpunkt von den unverhohlen völkischen und rassistischen Äußerungen Krahs in seiner Monographie „Politik von rechts" distanziert. Sanktionierungs- und Distanzierungsmaßnahmen gegen Krah sind damit kein authentischer Ausdruck von Mäßigung, sondern taktisch motivierte Versuche, den Interessen der AfD schadenden Skandalen vorzubeugen.[3207]

Zur Bundestagswahl 2025 kandidierte Maximilian Krah schließlich als Direktkandidat im Wahlkreis Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II (SN), wo er mit 44,2 % der Erststimmen gewählt wurde. Im Februar 2025 wurde Krah zudem in die Bundestagsfraktion der AfD aufgenommen. Gegenüber der tagesschau berichtete Krah zudem, von der Co-Bundessprecherin und -Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel (MdB, BW) zur Begrüßung umarmt worden zu sein.[3208] Auch die aktuellen Entwicklungen um die Person

[3205] Urban, Jörg: „Jörg Urban (AfD): ‚Das wird zu Unruhe führen'"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2024, Kanal: „COMPACTTV", abgerufen am 06.11.2024.
[3206] Krah, Maximilian: Teilnahme an einer Kundgebung in Lübben am 02.09.2024; veröffentlicht in: www.youtube.com am 02.09.2024, Kanal: „Weichreite TV", abgerufen am 05.11.2024.
[3207] Auch bezüglich des Vortrags der AfD, der Bundesvorstand habe am 13. Februar 2022 beschlossen, eine Parteiordnungsmaßnahme gegen Krah auszusprechen, sah das OVG NRW – wie bzgl. der dort angekündigten Maßnahmen zu Christina Baum – einen starken Verdacht hinsichtlich eines prozesstaktischen Vorgehens und erkannte dadurch bedingt keine Minderung der Aussagekraft der Belege, vgl. OVG NRW, Urt. v. 13.05.2025, 5 A 1218/22, juris, Rn. 227.
[3208] tagesschau: „Konstituierende Sitzung AfD-Fraktion nimmt SS-Verharmloser auf" vom 25.02.2025, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 01.04.2025.

Krah zeugen daher keinesfalls von einer Distanzierung der Parteispitze bzw. der AfD gegenüber seiner Person.

c. Bewertung der Stellung von Björn Höcke innerhalb der Gesamtpartei

Im Rahmen der Verdachtsfallbearbeitung haben sich zahlreiche besonders gewichtige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus Reden und Äußerungen des Co-Sprechers des Thüringischen Landesverbands der AfD Björn Höcke entnehmen lassen.

Höcke war mit Andreas Kalbitz die Gründungs- und Führungsfigur des ehemaligen Flügels. Um ihn entstand im Jahr 2019 ein Personenkult, der sich bei Veranstaltungen etwa regelmäßig durch das anhaltende Skandieren seines Namens ausdrückte.[3209] Mit der Auflösung des Flügels entfiel die Rolle als Führungs- und Galionsfigur einer inoffiziellen, aber wirkmächtigen Teilorganisation. Zudem hat er nie formell auf Bundesebene für ein Amt kandidiert. Es stellt sich also die Frage, ob die Repräsentanz und Resonanz Höckes in der Gesamtpartei zurückgegangen sind und seine Aussagen deshalb an Relevanz für die verfassungsschutzseitige Bewertung der Partei insgesamt verloren haben könnten. Um dies einzuschätzen, ist auch Höckes Stellung innerhalb des eigenen Landesverbands Thüringen und das Gewicht des Landesverbands in der Gesamtpartei zu berücksichtigen.

Der von der zuständigen Landesbehörde für Verfassungsschutz als erwiesen rechtsextremistisch eingestufte Landesverband Thüringen ist zuletzt im Zusammenhang mit der dortigen Landtagswahl im September 2024 über die Landesgrenzen hinaus wahrnehmbar in Erscheinung getreten. Zu dem zentralen Slogan der Wahlkampagne „Der Osten macht's!“ bemerkte der Landesverband am 8. August 2024 auf seiner Facebook-Seite:

> *„Der Osten machts!*
> *Ganz bewusst haben wir uns für diesen Slogan und dieses Motto für die aktuelle Wahlkampagne entschieden, denn die Wende in Deutschland wird nicht aus Berlin kommen, sondern aus dem Osten. Leiten Sie gemeinsam mit uns diese*

[3209] Vgl. bereits Flügel-Gutachten 2020, S. 15.

Wende bei der Landtagswahl am 1. September ein. Nutzen Sie die Gelegenheit, mit ihrer Stimme für die AfD ein historisches Signal über Thüringen hinaus für ganz Deutschland zu senden – als Startschuss für eine bessere Zukunft in Wohlstand, Würde und Freiheit! #derOstenmachts"[3210]

Die offensive Aussage der AfD Thüringen, entschlossen als Landesverband auf eine politische Wende in ganz Deutschland hinwirken zu wollen, unterstreicht einen auf die Gesamtpartei ausgerichteten Gestaltungsanspruch. Dieser Gestaltungsanspruch spiegelt sich auch in den Aktivitäten Höckes wider, wenngleich er derzeit keine konkreten Ambitionen in Bezug auf bundespolitische Ämter oder Mandate äußert, dies für die Zukunft jedoch auch nicht ausschließt. Basis der – nach wie vor vorhandenen – machtpolitischen Bedeutung Höckes in der Gesamtpartei sind der Landesverband Thüringen, seine relative innerparteiliche Popularität, die nicht zuletzt auch auf dem Erfolg der AfD Thüringen beruht, sowie seine fortdauernden Verbindungen zu Akteuren des ehemaligen Flügels und die Einbindung in neue Netzwerke innerhalb der AfD.

Höcke kann bereits aufgrund seiner für die AfD Thüringen wahrgenommenen Ämter überregional agieren. So nimmt er als Co-Landessprecher an der innerparteilichen Willensbildung im Rahmen gemeinsamer Entscheidungsfindungen von Bundes- und Landesführungen teil. Als Fraktionsvorsitzender der AfD Thüringen erweitert er seine Wirkmacht über das etablierte Format gemeinsamer Treffen der AfD-Fraktionsvorsitzenden aus den ostdeutschen Landesverbänden. Höcke und die AfD Thüringen versuchen dabei, insgesamt als Sprachrohr der ostdeutschen AfD-Landesverbände wahrgenommen zu werden.

Höcke tritt außerdem auf Bundesparteitagen und bei informellen Prozessen der Mehrheitsbildung in der Gesamtpartei weiter als relevanter Akteur in Erscheinung. Nach dem Bundesparteitag 2022 in Riesa (SN), wo der ehemalige Flügel und damit auch Höcke noch maßgeblich auf die Mehrheitsbildung eingewirkt hatten, war deren Einfluss auf dem Bundesparteitag und der Europawahlversammlung 2023 in Magdeburg (ST) sowie auf dem Bundesparteitag 2024 in Essen (NW) – angesichts einer zunehmenden Zersplitterung des früheren Flügel-Netzwerks – erkennbar geringer, während einzelne Landesverbände an Bedeutung gewannen.

[3210] AfD Thüringen: Facebook-Eintrag vom 08.08.2024, abgerufen am 05.11.2024.

Zur Entwicklung seiner innerparteilichen Stellung infolge der Auflösung des Flügels erklärte Höcke im Herbst 2023:

> *„Wir sind jetzt zehn Jahre alt. Die harten Richtungskämpfe zu Beginn sind geschlagen worden, war noch notwendig. Das war ja nicht aus Spaß an der Freude, dass wir diese Auseinandersetzungen geführt haben. Die Partei ist weltanschaulich gefestigt [...] und ist jetzt einfach soweit konsolidiert, dass man deutlich spürt, dass der Einfluss von Gemeinschaften, von Strukturen, von Netzwerken, die auf weltanschaulicher Basis operiert haben, weniger geworden ist. In Magdeburg sind gerade was die Personalwahl angeht [...] die Einzelinteressen der Landesverbände durchgeschlagen."*[3211]

Höcke machte jedoch wiederholt deutlich, dass er auch die Gefahr einer „*Melonisierung*" und damit der Aufgabe völkisch-nationalistischer Kernpositionen sieht.[3212] Er geht davon aus, als bekanntester und populärster Vertreter der völkisch-nationalistischen Strömung in programmatischen Grundsatzfragen weiterhin Gewicht und Einfluss einbringen zu können.[3213]

Im Vorfeld des Bundesparteitags 2024 in Essen (NW) war Höcke über den Landesverband Thüringen an Personalabsprachen zur Besetzung des Bundesvorstands beteiligt. Auch in Diskussionen zu Sachanträgen spielte Höcke eine nicht unbedeutende Rolle. So war u. a. seine Unterstützung erforderlich, um einen raschen Austritt aus der europäischen Partei Identität und Demokratie herbeizuführen. Eine von ihm vorgeschlagene Kandidatin für das Bundesschiedsgericht konnte er indes nicht durchsetzen.

Höcke verfügt weiter über belastbare Verbindungen zu Teilen der Anhängerschaft des ehemaligen Flügels. Insbesondere die vom solidarisch-patriotischen Lager dominierten Landesverbände in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Sachsen verfolgen jedoch zunehmend eine eigenständige Parteipolitik, teils in strategischer Kooperation mit der AfD Thüringen, teils in Konkurrenz zu dieser. Innerhalb des solidarisch-patriotischen

---

[3211] Kanal Schnellroda: „Am Rande der Gesellschaft", Folge 36; veröffentlicht in: www.youtube.com am 09.09.2023, Kanal: „Kanal Schnellroda", abgerufen am 11.09.2023.
[3212] Ebd.
[3213] AUF1: Tweet vom 11.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.

Lagers hat mehr und mehr ein Netzwerk um den stellvertretenden AfD-Fraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Sebastian Münzenmaier (MdB, RP), die strategische Führung übernommen.[3214] [3215] [3216]

Wie Höcke am 11. November 2023 in einem Interview mit AUF1 deutlich machte, sieht er sich und die AfD Thüringen als Teil eines *„Mosaikes“*:

> *„Ich habe immer dafür gepredigt, der AfD-Landesverband Thüringen steht dafür, dass die Partei nur ein Teil eines Mosaikes ist und dieses Bewusstsein auch hat, dass wir die Bewegung brauchen. Ich bin natürlich regelmäßig bei PEGIDA, regelmäßig bin ich zu Gast im Vorfeld. Ich war mit meinen Mitstreitern bei den Corona-Spaziergängen und so weiter und so weiter. Um immer wieder deutlich zu machen, Partei ist das eine, aber es ist nur ein Standbein. Und wir brauchen noch andere Standbeine beziehungsweise andere Spielbeine. Wir brauchen vor allen Dingen, […] neudeutsch - Thinktanks, also intellektuelle Zirkel, Institutionen, die unsere Weltanschauung […] grundlegen, ausformulieren, die Leitideen entwickeln, die dann auch zu einer Vereinheitlichung dieser Noch-Opposition beitragen, die dann in Regierung auch mit einer größeren Schlagkraft unterwegs sein kann. Alles das kann Partei nicht leisten. Dazu braucht Partei Vorfeld.“*[3217]

Die Einbindung in dieses *„Mosaik“* zeigte sich u. a. in der Landtagswahlkampagne. So wurde die AfD Thüringen durch das neurechte Vorfeld im Bereich Foto- und Videotechnik vom Filmkunstkollektiv unterstützt.[3218] Dessen neuproduzierter Image-Film über Björn Höcke mit dem bezeichnenden Titel „Der lange Anlauf“ sollte augenscheinlich an den Personenkult um die Galionsfigur des früheren Flügels anknüpfen. [3219] Ferner erhielt die AfD Thüringen Unterstützung des Vorfelds bei der Plakatkampagne u. a. durch den Internetaktivisten und Miterfinder der sogenannten Stolzmonat-Kampagne Patrick Kolek. Nicht zuletzt die Anbindung der AfD Thüringen an lokale Protestbewe-

---

[3214] SWR: „Wie aus Rheinland-Pfalz die Strippen in der AfD gezogen werden“ vom 30.06.2024, in: www.swr.de, abgerufen am 22.10.2024.
[3215] SZ: „AfD – Wer ganz rechts die Strippen zieht“ vom 01.07.2024, in: www.sueddeutsche.de, abgerufen am 22.10.2024.
[3216] ZDF: „Die AfD: alte Grabenkämpfe, neue Fronten“ vom 28.09.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 22.10.2024.
[3217] AUF1: Tweet vom 11.11.2023, abgerufen am 13.11.2023.
[3218] AfD Thüringen: Telegram-Beitrag vom 23.08.2024, abgerufen am 23.09.2024.
[3219] „Der lange Anlauf: Ein Film über Björn Höcke“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 23.08.2024, Kanal: „Björn Höcke“, abgerufen am 02.09.2024.

gungen und sogenannte „Spaziergänger" verschaffte den als Sommer- oder Familienfest bezeichneten und stark eventisierten Wahlkampfveranstaltungen mit Höcke landesweit eine hohe Resonanz.[3220]

In der Gesamtschau ist Höcke demnach auch bundesweit nach wie vor als hochrelevanter und wirkmächtiger Akteur der Partei anzusehen. Er ist weiterhin gut vernetzt und fungiert insbesondere in den vom solidarisch-patriotischen Lager geprägten ostdeutschen Landesverbänden als integrierender Faktor. Es konnten zahlreiche Belege für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung in seinen Positionierungen festgestellt werden, denen von Seiten der Gesamtpartei nicht entgegengetreten wurde.

Bemerkenswert ist dabei auch der Rückhalt, den Höcke im Landtagswahlkampf von Seiten der Parteiführung in Person der Co-Bundessprecherin Alice Weidel erhielt, obwohl diese noch im Jahr 2017 ein letztlich gescheitertes Parteiausschlussverfahren gegen den thüringischen Landesvorsitzenden unterstützt hatte. Die seinerzeit Höcke zur Last gelegten Äußerungen haben sich indessen, wie das vorliegende und vorausgegangene Gutachten belegen, nicht gemäßigt. Zwar ist aus parteipolitischen Gründen eine Begleitung der regionalen Wahlkämpfe durch die Parteiführung naheliegend und kann nicht per se als belastend im Hinblick auf die Gesamtpartei gewertet werden. Weidels Engagement aber reichte über dieses Pflichtmaß hinaus. So war sie auch als Rednerin bei der Wahlkampfabschlussveranstaltung in Erfurt am 31. August 2024 vor Ort, bei der Höcke – von Weidel unkommentiert – fremdenfeindlich agitierte.[3221] Zudem äußerte sie über ihn im Vorfeld der Wahlen in einem ntv-Video vom 16. Mai 2024:

> *„Ich möchte es einfach noch mal klarstellen. Er ist wirklich ein sehr, sehr guter Spitzenkandidat. Der macht einen hervorragenden Job."*[3222]

Im Nachgang hieß es sodann:

> *„Ja, natürlich halte ich Herrn Höcke für einen geeigneten Ministerpräsidenten. Und ich glaube, wenn es Herr Höcke nicht wird, werden keine stabilen Mehrheiten in Thüringen möglich sein."*[3223]

[3220] Kolek, Patrick: Tweets vom 22.07.2024, abgerufen am 31.07.2024.
[3221] Vgl. S. 287, S. 382 und S. 428.
[3222] ntv: „Weidel: AfD geht gegen ‚albernes' Höcke-Urteil in Berufung"; veröffentlicht in: www.youtube.com am 16.05.2024, Kanal: „ntv Nachrichten", abgerufen am 24.10.2024.
[3223] ZDF: „Weidel: Ohne AfD keine stabile Mehrheit" vom 01.09.2024, in: www.zdf.de, abgerufen am 24.10.2024.

Im TV-Duell mit Sarah Wagenknecht reagierte sie, konfrontiert mit der Frage nach konkreten Parteiausschlussmaßnahmen gegen Höcke, nicht.[3224]

Die gegenseitige Unterstützung zwischen Höcke und der Bundesführung der AfD setzte sich auch im Bundestagswahlkampf 2025 fort. So nahm er an der Vorstellung von Alice Weidel als Spitzen- und Kanzlerkandidatin der AfD am 7. Dezember 2024 in Berlin teil.[3225] [3226] Sowohl Chrupalla[3227] als auch Weidel[3228] hoben dabei in ihren Reden Höcke als Landespolitiker namentlich hervor und verknüpften mit ihm persönlich den Wahlsieg in Thüringen. Weidel übernahm außerdem den Sprachgebrauch von Höcke, als sie äußerte:

> *„In Hessen holzt die CDU-Regierung den Märchenwald der Brüder Grimm für Windräder ab. Wir kennen Sie, liebe CDU! Und ich kann euch sagen... Wenn wir am Ruder sind: Wir reißen alle Windkraftwerke nieder. Nieder mit diesen Windmühlen der Schande!“*[3229]

Höcke hatte am 17. Januar 2017 in einer Rede in Dresden (SN) das Holocaust-Mahnmal in Berlin als „*Denkmal der Schande*“ bezeichnet.[3230]

Weidel äußerte sich in einem Interview mit der BILD vom 16. Februar 2025 zu Höcke und dem Parteiausschlussverfahren aus dem Jahr 2017 zudem wie folgt:

> *„Also Björn Höcke und ich, wir verstehen uns sehr gut und wir haben uns über die Jahre kennengelernt. Ich glaube, der Parteiausschluss war damals völlig überzogen. Fehler kann jeder machen. [...] Ich habe ihn kennengelernt und der Mann ist bodenständig. Er ist ein ehemaliger Lehrer, extrem breit gebildet. Das gefällt mir an Leuten, das ist sehr selten geworden bei den Politikern, dass sie*

[3224] WELT: „WELT TV-Duell: Wagenknecht vs. Weidel – moderiert von WELT TV-Chefredakteur Jan Philipp Burgard“; veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.10.2024, Kanal: „WELT Nachrichtensender“, abgerufen am 24.10.2024.
[3225] Lensing, Sascha: Facebook-Eintrag vom 07.12.2024, abgerufen am 24.03.2025.
[3226] tagesschau: „Weidel als Kanzlerkandidatin nominiert“ vom 07.12.2024, in: www.tagesschau.de, abgerufen am 26.03.2025.
[3227] Chrupalla, Tino: Eröffnungsrede auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025 in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[3228] Weidel, Alice: Rede auf dem Bundesparteitag am 11.01.2025 in Riesa (SN); veröffentlicht in: www.youtube.com am 11.01.2025, Kanal: „AfD TV“, abgerufen am 16.01.2025.
[3229] Ebd.
[3230] Vgl. Gutachten AfD und Teilorganisationen 2019, S. 125 f.

> *auch breitengebildet sind oder überhaupt eine Ausbildung haben. Und dementsprechend schätze ich ihn. Und er ist in Thüringen unglaublich beliebt, weil er eben so ist. Er ist eigentlich ein sehr freiheitsdenkender Mensch."* [3231]

Auf die Frage, ob Weidel Höcke geeignet für ein Ministeramt halte antwortete sie:

> *„Ja."*[3232]

Eine Distanzierung der Gesamtpartei bzw. Mitgliedern des Bundesvorstands von Höcke ist also nicht festzustellen. Die herausragenden Wahlsiege lassen vielmehr den Schluss auf eine weiterhin starke Positionierung des solidarisch-patriotischen Lagers innerhalb der Gesamtpartei zu. Höckes Äußerungen sind daher weiterhin als aussagekräftige Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auch der Gesamtpartei zuzurechnen und entsprechend zu bewerten.

II. Fazit zur Verdichtung zur Gewissheit

Die voranstehenden Ausführungen haben gezeigt, dass sich die Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die Menschenwürde aufgrund eines ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriffs, ergänzt durch fremden- und minderheitenfeindliche, inklusive spezifisch muslimfeindliche Äußerungen, zur Gewissheit verdichtet haben. Im Hinblick auf die weiteren Merkmale der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist zudem eine Aufrechterhaltung der Verdachtsmomente und eine weitere Verdichtung festzustellen. Die dargelegten Entwicklungen um die Bundesvorstandswahl im Rahmen des Parteitags in Essen (NW) im Juni 2024, etwaige Distanzierungsansätze im Wege von Parteiordnungsmaßnahmen oder Konzepte zum Umgang mit der Jungen Alternative sowie der Bedeutungswandel relevanter Akteure wurden berücksichtigt. Diese entkräften jedoch nicht die festgestellten Belege, sondern belegen vielmehr das Fehlen vernehmbarer parteiinterner Abgrenzungen oder Gegenpositionen gegenüber den beschriebenen, menschenwürdewidrigen Positionen in der Partei. Entsprechend ist im Unterschied zum letzten Gutachten nicht mehr davon auszugehen, dass es gemäßigteren Kräfte in der AfD noch möglich ist, diese festgestellte verfassungsfeindliche Prägung der Gesamtpartei umzukehren.

[3231] BILD: „AfD-Chefin im BILD-Interview. Weidel gesteht einen großen Fehler" vom 16.02.2025, in: www. bild.de, abgerufen am 17.02.2025.
[3232] Ebd.

III. Vereinbarkeit des Ergebnisses mit Art. 21 GG

Das Ergebnis ist unter dem Gesichtspunkt des Art. 21 GG zu betrachten. Eine politische Partei ist ohne Zweifel ein Personenzusammenschluss, auf den die Vorschriften des Bundesverfassungsschutzgesetzes unmittelbar anwendbar sind.[3233] Dem stehen weder das Selbstbestimmungsrecht der Parteien aus Art. 21 Abs. 1 GG noch das Parteienprivileg aus Art. 21 Abs. 2 bis 4 GG entgegen.[3234] Art. 21 Abs. 2 GG präkludiert lediglich ein administratives Einschreiten gegen Parteien mit der Begründung, sie seien verfassungswidrig, steht aber weder der Beobachtung von noch einer Berichterstattung über politische Parteien entgegen.

Dass ausschließlich das Bundesverfassungsgericht über die Frage der Verfassungswidrigkeit einer Partei nach Art. 21 Abs. 2 GG entscheidet (Art. 21 Abs. 4 GG) bedeutet nicht, dass der Gesetzgeber keine Normen erlassen dürfte, die die Beobachtung von möglicherweise verfassungsfeindlichen Parteien durch den Verfassungsschutz normieren. Der Verfassungsschutz arbeitet im Vorfeld von Verbotsverfahren und berührt dabei notwendig auch den Rechtsstatus der betroffenen Parteien. Das „Parteienprivileg" des Art. 21 Abs. 2 i. V. m. Abs. 4 GG schützt die politischen Parteien lediglich vor einem Verbot durch die Exekutive mit den hiermit verbundenen drastischen Folgen, schließt aber nicht sämtliche anderen Maßnahmen aus, die sich auf die mögliche „Verfassungsfeindlichkeit" einer politischen Partei beziehen und deren Auswirkungen deutlich hinter denen eines Parteiverbots zurückbleiben.[3235] Solche Maßnahmen begründen weder ein Organisations- noch ein Betätigungsverbot, berühren nicht den Bestand von Mandaten und des Parteivermögens. Die betreffende Partei kann weiter an Wahlen teilnehmen, Wahlwerbung betreiben und partizipiert an der staatlichen Parteienfinanzierung. Sie kann Parteiversammlungen und öffentliche Versammlungen

---

[3233] BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, BVerwGE 137, 275 Rn. 20; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3, 4 Rn. 8. Vgl. allgemein zu Parteien als Beobachtungsobjekt S. 30 f.

[3234] BVerfG, Beschl. v. 20.02.2013, 2 BvE 11/12, BVerfGE 133, 100 Rn. 24; BbgVerfG, Urt. v. 20.05.2022, VfGBbg 94/20, juris, Rn. 59 ff.; BVerwG, Urt. v. 21.07.2010, 6 C 22.09, BVerwGE 137, 275 Rn. 20 ff.; VG Köln, Urt. v. 08.03.2022, 13 K 326/21, juris, Rn. 167 ff.; VG Magdeburg, Beschl. v. 07.03.2022, 9 B 273/21.MD, juris, Rn. 44 ff.; VG München, Beschl. v. 25.10.2022, M 20 E 22.4913, juris, Rn. 19; Beschl. v. 17.04.2023, M 30 E 22.4913, juris, Rn. 55 ff.; Schenke/Graulich/Ruthig/Roth, Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3, 4 Rn. 8.

[3235] BbgVerfG, Urt. v. 20.05.2022, VfGBbg 94/20, juris, Rn. 62 f.

durchführen, Publikationen herausgeben und sich in Online- und sog. sozialen Medien äußern.

Eine Beobachtung ist daher grundsätzlich zulässig, wenn sie auf einer gesetzlichen Grundlage beruht, zum Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfolgt und dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit Rechnung trägt sowie die rechtsstaatlichen Gebote der Staatsfreiheit und des fairen Verfahrens nicht außer Acht lässt.[3236] Stellt das BfV das Vorliegen der Beobachtungsvoraussetzungen fest, ist es auch zur Beobachtung verpflichtet.[3237]

Bei der AfD handelt es sich um eine im Deutschen Bundestag vertretene Partei mit hoher Mitgliederzahl. Im Voranstehenden wurden umfangreiche Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festgestellt, die sich hinsichtlich der Menschenwürde zur Gewissheit verdichtet haben. In Anbetracht der Quantität wie auch der Qualität des insoweit zusammengetragenen Materials ist die die Beobachtung als gesichert rechtsextremistische Partei – auch im Lichte von Art. 21 GG – verhältnismäßig.

[3236] BVerfG, Urt. v. 17.01.2017, 2 BvB 1/13, BVerfGE 144, 20 Rn. 418; vgl. Schenke/Graulich/Ruthig/Roth: Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG § 8 Rn. 61 ff.
[3237] Schenke/Graulich/Ruthig/Roth: Sicherheitsrecht des Bundes, 2. Aufl. 2019, BVerfSchG §§ 3,4 Rn. 131.

IV. Vorliegen der Voraussetzungen zur Öffentlichkeitsunterrichtung

Die Voraussetzungen zur Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Einstufung der AfD als gesichert extremistische Bestrebung gemäß § 16 Abs. 1 BVerfSchG liegen vor.

Zunächst haben sich die vormals bereits bei Einstufung als Verdachtsfall festgestellten hinreichend gewichtigen tatsächlichen Anhaltspunkte in der Zwischenzeit – wie in diesem Gutachten dargestellt – derart verdichtet, dass von einer gesichert extremistischen Bestrebung auszugehen ist und damit die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 BVerfSchG erfüllt sind.

Eine Unterrichtung der Öffentlichkeit über die neue Einstufung der AfD ist auch verhältnismäßig. Zwar griffe sie in die Rechte der AfD ein. Dieser Eingriff wäre aber verfassungsrechtlich gerechtfertigt.

Sie dient zunächst dem legitimen Zweck, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen und ist dazu grundsätzlich auch geeignet, indem die Öffentlichkeit in die Lage versetzt wird, die zwischenzeitlichen Entwicklungen zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend darauf zu reagieren. Die Öffentlichkeitsunterrichtung ist auch erforderlich, da die Öffentlichkeit keine andere Möglichkeit hat, Kenntnis von der Einstufung zu erlangen und der Informations- und Warneffekt damit auf anderem Wege nicht erzielt werden könnte. Die Bewertung des Verfassungsschutzes folgt hierbei einem gesetzlichen Auftrag.

Im Rahmen der vorzunehmenden Abwägung zwischen dem öffentlichen Interesse an einer Bekanntgabe der Einstufung der AfD als gesichert extremistische Bestrebung und den damit verbundenen Nachteilen für die AfD ist auch zu berücksichtigen, dass es sich bei dieser um eine politische Partei handelt. Der AfD kommt angesichts ihrer regionalen, deutschland- und europaweiten Repräsentanz – auch in den jeweiligen Gremien und Parlamenten – nach wie vor eine beachtliche politische Bedeutung zu. Dieses öffentliche Interesse ist auch nicht ausschließlich auf die erstmalige Einstufung als Verdachtsfall beschränkt. Vielmehr ist aufgrund der Bedeutung der AfD für die bundesdeutsche Parteienlandschaft für die Öffentlichkeit von Bedeutung, wie das BfV die AfD nach mehrjähriger Fortführung der Begutachtung sowie dem zwischenzeitlichen Ergehen zahlreicher Gerichtsentscheidungen bewertet.

Insofern sind die dargelegten mit einer Bekanntgabe der Einstufung als gesichert extremistische Bestrebung verbundenen Nachteile, beispielsweise ein erschwertes Werben von Anhängern und Wählern, in Abwägung zu stellen. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass bei Feststellung einer Verdichtung der tatsächlichen Anhaltspunkte hin zu einer gesichert extremistischen Bestrebung das mit der Bekanntgabe verbundene Risiko, in der Öffentlichkeit fälschlicherweise als Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung wahrgenommen zu werden, umso geringer erscheint, je gewichtiger die festgestellten tatsächlichen Anhaltspunkte sind.

Den von der AfD ausgehenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung kann schließlich nur dann mit politischen Mitteln entgegengewirkt werden, wenn die Ausrichtung und Entwicklung der Partei der Öffentlichkeit bekannt sind. Das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe überwiegt also.

Anhang

Personenglossar

Das nachfolgende Glossar umfasst alle im Gutachten genannten Personen, die im Zusammenhang mit der AfD oder ihrer Teilorganisationen zuzurechnenden tatsächlichen Anhaltspunkten aufgeführt wurden.

Personen, die nicht im Kontext tatsächlicher Anhaltspunkte, sondern lediglich im Rahmen darstellender Kapitel (etwa zur Parteientwicklung) benannt wurden, sind in der Tabelle mit einem Stern (*) markiert.

Parteiaustritte und -ausschlüsse, laufende Parteiausschlussverfahren oder andere Parteiordnungsmaßnahmen sind – soweit bekannt – mit Fettdruck gekennzeichnet.

Die Funktionsübersicht der gelisteten Personen beruht insbesondere auf Eigenangaben der Partei oder der betreffenden Personen sowie auf im Zuge offener Internetrecherchen erhobenen Informationen. Die Liste erhebt daher keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Soweit es sich bei den Personen um amtierende Funktions- oder Mandatsträger der Bundes- oder Landesebene handelt, wird auf die zusätzliche Nennung von Kreisfunktionen oder -mitgliedschaften verzichtet.

Name, Vorname	Funktion
Abramovych, Artur*	Vorsitzender der JAfD (seit Juni 2021), stellv. Vorsitzender der JAfD (Oktober 2018 bis Juni 2021), einfaches AfD- und JA-Mitglied (BY), Mitarbeiter eines MdB (Stand Februar 2025)
Adam, Michael	Bundesvorstandsmitglied der ChrAfD (seit 2020), Präsident des Landesschiedsgerichts BR (2021 bis 2022), Vorsitzender des KV Pankow (2017 bis 2019)
Anderson, Christine	MdEP, HE (seit Mai 2019), EU-Delegationsleiterin (März 2024 bis Juni 2024)
Auricht, Jeannette	MdA (seit Oktober 2016), stellv. Vorsitzende im LV BR (seit 2018), Landesvorstandsmitglied BR (2016 bis 2018)
Aust, René	MdEP, TH (seit Juli 2024), EU-Delegationsleiter (seit Juni 2024), MdL TH (Oktober 2019 bis Juli 2024), stellv. Sprecher im LV TH (seit 2023), Mitglied der Bundesprogrammkommission,

	stellv. Landesvorsitzender der JA TH (Oktober 2017 bis November 2020), Mitarbeiter der AfD-Fraktion TH (2017 bis 2019)
Bachmann, Carolin	MdB, SN (seit September 2021), Mitarbeiterin eines MdL (2020 bis 2021)
Balzer, Rainer	MdL BW (seit April 2016)
Baer, Nicole	Landesvorstandsmitglied SH (seit November 2024)
Bärsch, Gerhard	MdL HE (seit Oktober 2023)
Baum, Christina	MdB, SN (seit Februar 2025), MdB, BW (September 2021 bis Februar 2025), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Juni 2024), stellv. Vorsitzende im LV BW (Juni 2013 bis März 2017)
Baumann, Bernd	MdB, HH (seit Oktober 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit Oktober 2017), MdHB (2015 bis 2017), Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (2016 bis 2017) stellv. Landessprecher im LV HH (seit November 2017), Landessprecher im LV HH (Oktober 2015 bis November 2017)
Baumann, Jörg	MdL BY (seit Oktober 2023)
Bausemer, Arno	MdEP, ST (seit Juli 2024), Landesvorstandsmitglied ST (Mai 2016 bis spätestens Oktober 2023)
Beck, Gunnar	MdEP, NW (Mai 2019 bis Juli 2024), stellv. EU-Delegationsleiter (Februar 2022 bis Juli 2024)
Beckamp, Roger	MdB, NW (September 2021 bis März 2025), MdL NW (Mai 2017 bis September 2021)
Becker, Carsten	MdB, SL (seit 2025), MdL SL (seit 2022), Vorsitzender AfD SL (seit 2022), JA-Mitglied
Beger, Mario	MdL SN (seit August 2014)

Benkstein, Barbara (geb. Lenk)	MdB, SN (September 2021 bis März 2025), Mitarbeiterin eines MdL (2020 bis 2021)
Bergmüller, Franz	MdL BY (seit November 2018), Bezirksvorstandsmitglied Oberbayern (2018 bis 2024)
Berndt, Hans-Christoph	MdL BB (seit September 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion BB (seit Oktober 2020), stellv. Vorsitzender im LV BB (seit März 2024)
Bernhard, Marc	MdB, BW (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied BW (seit 2017)
Bertram, Alexander	MdA (seit März 2023), stellv. Landesvorsitzender der JA BR (Oktober 2016 bis Januar 2018), Landesvorstandsmitglied der JA BR (Mai 2016 bis Oktober 2016), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BR (2021 bis März 2023)
Bessin, Birgit	MdB, BB (seit Februar 2025), MdL BB (Oktober 2014 bis März 2025), stellv. Vorsitzende der AfD-Fraktion im Landtag BB (Oktober 2017 bis Frühjahr 2022), parlamentarische Geschäftsführerin der AfD-Fraktion im Landtag BB (Oktober 2014 bis Dezember 2017), Vorsitzende im LV BB (April 2022 bis April 2024), stellv. Vorsitzende im LV BB (Juli 2016 bis April 2022), Landesvorstandsmitglied BB (Herbst 2013 bis Frühjahr 2015)
Beyer, Marius	Kommunalmandat in Leipzig (seit Juli 2019), Vorstandsmitglied des KV Leipzig (seit mindestens Juli 2019), Mitarbeiter eines MdL (bis 2024)
Bleck, Andreas	MdB, RP (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied RP (2016 bis 2017), JA-Bundesvorstandsmitglied (Mai 2015 bis spätestens Februar 2018), Mitarbeiter eines MdL (2016 bis 2017)
Blex, Christian	MdL NW (seit Juni 2017), Landesvorstandsmitglied NW (seit Februar 2022), Mitglied der AfD-Fraktion im Landtag NW (Juni 2017 bis September 2022, seit Januar 2024)
Bochmann, René	MdB, SN (seit September 2021), Mitarbeiter eines MdL (2020 bis 2021)

Böhm, Martin	MdL BY (seit November 2018), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BY Landtag (seit Oktober 2023), stellv. Vorsitzender im LV BY (seit September 2019)
Boehringer, Peter	MdB, BY (seit September 2021), stellv. Bundessprecher (seit Juni 2022), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Bohnhof, Peter	MdB, NW (seit Februar 2025), Mitglied des Bundeskonvents (seit mindestens Juni 2024), Kommunalmandat in Dortmund (seit mindestens November 2020), Mitarbeiter der AfD-Fraktion NW (2017 bis mindestens Dezember 2024)
Bollinger, Jan	MdL RP (seit März 2016), Vorsitzender der AfD-Fraktion RP (seit November 2023), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion RP (April 2016 bis April 2021), Vorsitzender im LV RP (seit Mai 2022), stellv. Vorsitzender im LV RP (2019 bis 2022)
Bollmann, Gereon	MdB, SH (seit September 2017), Präsident des Bundesschiedsgerichts (Juni 2022 bis Juni 2024), Vorsitzender des Landesschiedsgerichts SH (2017 bis 2022), Mitglied der Landesprogrammkommission (seit mindestens 2021)
Borrmann, Kai	Bezirksverordneter in BR (seit September 2021), stellv. Vorsitzender des BV Berlin-Mitte (seit 2019)
Boßdorf, Irmhild	MdEP, NW (seit Juni 2024), Vorstandsmitglied des KV Rhein-Sieg (mindestens seit 2023), Mitarbeiterin zweier MdL (2017 bis 2022 sowie 2022 bis 2024)
Bothe, Stephan	MdL NI (seit Oktober 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion NI (seit Oktober 2024), stellv. Vorsitzender im LV NI (seit 2020)
Braga, Thorben	MdB, TH (seit Februar 2025), MdL TH (Oktober 2019 bis März 2025),

	parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion TH (seit Februar 2020), stellv. Sprecher im LV TH (seit November 2020), Landesvorstandsmitglied TH (Februar 2016 bis November 2020), Landesvorstandsmitglied der JA TH (Oktober 2017 bis Dezember 2018), Mitarbeiter der AfD-Fraktion TH (2015 bis 2019)
Brandes, Dirk	MdB, NI (seit September 2021), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024)
Brandner, Stephan	MdB, TH (seit September 2017), zweiter parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2021), stellv. Bundessprecher (seit Dezember 2019), MdL TH (Oktober 2014 bis Oktober 2017)
Braukmann, Martin	MdL SN (seit September 2024), Präsident des Bundesschiedsgerichts (seit Juni 2024), Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts (Januar 2024 bis Juni 2024), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (seit November 2019), Vorsitzender des Landesschiedsgerichts SN (2018 bis 2020)
Braun, Jürgen	MdB, BW (September 2017 bis März 2025), zweiter parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (September 2017 bis September 2019)
Bronson, Hugh	MdA (seit Oktober 2016), stellv. Vorsitzender im LV BR (2014 bis 2016)
Brousek, Antonin	MdA (seit September 2021), **Parteiaustritt August 2023**
Brucker, Erhard	MdB, BY (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied BY (September 2019 bis Januar 2024), Kommunalmandat in Regensburg (seit 2020)
Bühl, Marcus	MdB, TH (seit September 2017), Mitarbeiter der AfD-Fraktion TH (2014 bis 2017)
Büttner, Matthias	MdL ST (seit März 2016), Landesvorstandsmitglied ST (seit September 2020)

Bystron, Petr	MdEP, BY (seit Juli 2024), MdB, BY (September 2017 bis Juli 2024), Vorsitzender im LV BY (November 2015 bis November 2017)
Cassel, Felix	Landesvorsitzender der JA NW (Oktober 2021 bis Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied der JA NW (Oktober 2020 bis Oktober 2021)
Chrupalla, Tino	MdB, SN (seit September 2017), Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2021), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (Oktober 2017 bis September 2021), Bundessprecher (seit November 2019), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Classen, Robin	Landesvorstandsmitglied RP (seit Dezember 2017), Landesvorstandsmitglied der JA RP (Januar 2016 bis April 2019)
Claus, Alexander	Landesvorstandsmitglied der JA TH (Oktober 2017 bis Dezember 2018, November 2022 bis März 2025), Fraktionsreferent der AfD im Thüringer Landtag
Clemens, Carlo	MdL NW (seit Juni 2022), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Juni 2024), JA-Bundesvorsitzender (April 2021 bis Oktober 2022), Landesvorsitzender der JA NW (Juli 2017 bis Oktober 2021)
Cotar, Joana*	MdB, HE (2017 bis März 2025), Bundesvorstandsmitglied (November 2020 bis Juni 2022), Landessprecherin im LV HE (2013 bis Juli 2014), **Parteiaustritt November 2022**
Csehan, Tim	Vorstandsmitglied des BV Herdecke (seit März 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA NW (September 2019 bis Oktober 2021), Mitarbeiter eines MdB (ab 2022)
Curio, Gottfried	MdB, BR (seit September 2017), MdA (September 2016 bis September 2017)
Cyron, Anne	MdL BY (Oktober 2018 bis Oktober 2023)

Danner, Nickolas	Landesvorstandsmitglied JA BW (Juli 2023 bis Oktober 2024)
Demuth, Tim	Landesvorstandsmitglied JA BW (Oktober 2024 bis März 2025)
Deter, Marlon	Landesvorstandsmitglied BB (seit April 2024)
Detert, Uwe	Landesvorstandsmitglied NW (seit Februar 2024)
Dettmar, Kai Uwe	Landesvorstandsmitglied RP (seit Dezember 2017)
Dierkes, Rene	MdL BY (seit Oktober 2023)
Dietz, Thomas	MdB, SN (seit September 2021)
Dornack, Henning	Kommunalmandat in Bitterfeld-Wolfen (seit Juni 2019), Vorstandsmitglied des KV Anhalt-Bitterfeld (seit Januar 2017)
Dornau, Jörg	MdL SN (seit September 2019)
Dorow, Kevin	Landesvorstandsmitglied SH (seit August 2022), Landesvorsitzender der JA SH (Februar 2019 bis spätestens Juni 2021), stellv. Landesvorsitzender der JA SH (spätestens Mai 2018 bis Februar 2019)
Droese, Siegbert	MdEP, SN (seit Juni 2024), MdB, SN (September 2017 bis September 2021), Landesvorstandsmitglied SN (seit Mai 2024), stellv. Vorsitzender im LV SN (Februar 2016 bis September 2017 und Februar 2018 bis Mai 2024), Vorsitzender im LV SN (September 2017 bis Februar 2018)
Drößler, Christopher	MdB, TH (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied der JA TH (November 2022 bis März 2025)
Dünzel, Jonas	MdL SN (seit Oktober 2024), Kommunalmandat in Zwickau (seit Juni 2024), Vorstandsmitglied des KV Zwickau (seit 2021)
Ebenberger, Tobias	MdB, NW, Kreissprecher AfD Rhein-Sieg, stellv. Bezirkssprecher im Bezirk Köln (seit 2024), JA-Mitglied
Ebner-Steiner, Katrin	MdL BY (seit Oktober 2018), Vorsitzende der AfD-Fraktion BY (Oktober 2018 bis

	September 2021 und seit Oktober 2023), stellv. Vorsitzende im LV BY (Oktober 2017 bis September 2019), Landesvorstandsmitglied BY (Oktober 2015 bis Oktober 2017)
Eckert, David Christopher	Vorstandsmitglied des BV Lichtenberg (mindestens seit 2023), Landesvorsitzender der JA BR (November 2017 bis Juni 2019), Mitarbeiter eines MdB (seit Oktober 2017)
Edler, Lion	Landesvorstandsmitglied der JA BB (November 2021 bis November 2023 und April 2016 bis März 2017)
Ehtemai, Meysam*	Vorstandsmitglied im Verein MfD (seit Juni 2023), einfaches AfD-Mitglied, Mitarbeiter der AfD-Fraktion HE (seit mindestens 2021)
Engel, Christian	Vorstandsmitglied des KV Wunsiedel (mindestens seit 2023)
Engelhardt, Eric	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis März 2025), Landesvorsitzender der JA TH (November 2022 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA TH (2020 bis November 2022)
Espendiller, Michael	MdB, NW (seit September 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (2017 bis 2019), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Juni 2013 bis Februar 2014)
Esser, Klaus	MdL NW (seit Juni 2021), stellv. Vorsitzender im LV NW (Februar 2024 bis August 2024), **laufendes PAV**
Eyb, Wolfgang von	Kommunalmandat in Würzburg (seit März 2020)
Farle, Robert	MdB, ST (September 2021 bis März 2025), MdL ST (März 2016 bis Juni 2021), **Fraktionsaustritt September 2022,** **Parteiaustritt November 2023**
Fehre, Micha	MdB, NI (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied NI (seit April 2024),

	stellv. Kreisvorsitzender KV Hannover Stadt (seit April 2024)
Felser, Peter	MdB, BY (seit September 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit Februar 2025)
Fessl, Wendelin	Stellv. Landesvorsitzender der JA MV (November 2022 bis März 2025), Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion MV (2021 bis mindestens Mai 2024), Mitarbeiter eines MdB (2021 bis 2022)
Fest, Nicolaus	MdEP, BR (Mai 2019 bis Juli 2024), Vorsitzender im LV BR (Januar 2020 bis März 2021), **Parteiausschluss Mai 2024**
Fiß, Daniel	Neurechter Aktivist
Fiz, Arnold	Kreisvorstand des KV Bernkastel-Wittlich (mindestens seit 2023), Stellv. Landesvorsitzender der JA RP (Juli 2023 bis März 2025)
Flak, Julian	Bundesvorstandsmitglied (Juli 2015 bis Dezember 2017), Mitglied des Bundeskonvents (September 2015 bis Dezember 2017 und seit Juni 2023), stellv. Vorsitzender im LV SH (seit August 2022), Landesvorsitzender der JA HH (August 2014 bis April 2016)
Förster, Horst	MdL MV (seit Dezember 2017)
Frerk, Adolf	einfaches AfD-Mitglied
Friedhoff, Dietmar	MdB, NI (September 2017 bis März 2025)
Friesen, Anton	MdB, TH (September 2017 bis September 2021), Landesvorsitzender der JA TH (2017 bis 2019), Landesvorstandsmitglied der JA TH (2016 bis 2017), einfaches AfD-Mitglied, Fraktionsreferent TH (2015 bis 2017)
Froelich, Tomasz	MdEP, HH (seit Juni 2024), stellv. JA-Bundesvorsitzender (seit Februar 2019), Landesvorsitzender der JA HH (spätestens Juli 2019 bis August 2021), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BW (2016 bis 2019), Mitarbeiter der EU-Delegation (2019 bis Juni 2024)

Frömming, Götz	MdB, BB (seit Februar 2025), MdB, BR (September 2017 bis Februar 2025), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2019), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Frohnmaier, Markus	MdB, BW (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit Februar 2025), Vorsitzender im LV BW (seit Juli 2022), stellv. Vorsitzender im LV BW (Februar 2020 bis Juli 2022), Landesvorstandsmitglied BW (2013 bis März 2017), JA-Bundesvorsitzender (Mai 2015 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA BW (2013 bis 2015 und 2016 bis 2017)
Gagel, Klaus	MdL HE (seit Oktober 2018)
Gahler, Torsten	MdL SN (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied SN (seit mindestens Februar 2018)
Galau, Andreas	MdL BB (seit Oktober 2014), Landtagsvizepräsident in BB (Oktober 2019 bis Oktober 2024), stellv. Vorsitzender im LV BB (April 2022 bis April 2024), Landesvorstandsmitglied BB (April 2019 bis April 2022 und seit April 2024)
Garbe, Heiner	Kreisvorstand des KV Dortmund (2018 bis 2024), Kommunalmandat in Dortmund (seit 2014)
Gauland, Alexander	MdB, BB (seit September 2017), (September 2017 bis September 2021), Ehrenvorsitzender der AfD (seit 2019), Bundessprecher (Dezember 2017 bis November 2019), stellv. Bundessprecher (April 2013 bis Dezember 2017), MdL BB (September 2014 bis September 2017), Vorsitzender im LV BB (Februar 2014 bis April 2017)
Geitz, Andreas	Kommunalmandat in Hagen (seit 2020)
Geng, Günter	Kommunalmandat in Kehl (seit 2019)

Gerhardt, Peter	MdL TH (seit September 2024), Landesvorstandsmitglied TH (Dezember 2018 bis November 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA TH (November 2019 bis November 2022), Mitarbeiter eines MdL (März 2023 bis August 2024)
Gerlach, Joachim	Einfaches AfD-Mitglied
Gläser, Ronald	MdB, BR (seit Februar 2025), MdA (Oktober 2016 bis März 2025), parlamentarischer Geschäftsführer BR (2021 bis 2025), stellv. Fraktionsvorsitzender BR (2016 bis 2021), stellv. Landesvorsitzender der AfD BR (seit März 2021)
Glaser, Albrecht	MdB, HE (September 2017 bis März 2025), stellv. Bundesvorsitzender (Juli 2015 bis November 2019, Landesvorsitzender der AfD HE (Mai 2013 bis November 2013 und Mai 2015 bis Dezember 2017)
Gnauck, Hannes	MdB, BB (seit September 2021), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024), JA-Bundesvorsitzender (Oktober 2022 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA BB (November 2021 bis November 2023), Landesvorstandsmitglied der JA BB (Januar 2020 bis November 2021)
Gögel, Bernd	MdL BW (seit April 2016), Vorsitzender im LV BW (Februar 2019 bis Februar 2020), stellv. Vorsitzender im LV BW (März 2017 bis Februar 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (Dezember 2017 bis Dezember 2022)
Götz, Benjamin	Landesvorstandsmitglied BW (seit Februar 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA BW (Juli 2023 bis März 2025)
Goßner, Hans-Jürgen	MdB, BW (ab Februar 2025), MdL BW (April 2021 bis April 2025)

Gottschalk, Kay	MdB, NW (seit September 2017), stellv. Bundessprecher (Dezember 2017 bis Dezember 2019 und seit Juni 2024), stellv. Vorsitzender im LV NW (seit Februar 2022)
Graupner, Richard	MdL BY (seit Oktober 2018), Bezirksvorsitzender AfD Unterfranken (seit 2018)
Grobe, Frank	MdL HE (seit Oktober 2018), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion HE (seit 2019)
Günther, Lars	MdL BB (seit September 2019), Landesvorstandsmitglied BB (April 2022 bis April 2024)
Gutner, Ekaterina	Vorstandsmitglied im Verein MfD (seit Juni 2023), einfaches AfD-Mitglied aus BY
Härtel, Andreas	Stellv. Kreisvorsitzender AfD Ulm (seit Oktober 2023)
Hättasch, Kurt	Landesvorstandsmitglied der JA SN (seit mindestens Oktober 2024), Kreisvorstandsmitglied Landkreis Leipzig (Mai 2024 bis mindestens November 2024), Mitarbeiter eines MdL (2024), Kommunalmandat Grimma (seit Juni 2024), **laufendes PAV, möglicherweise Parteiausschluss**
Hahn, Ingo	MdB, BY (seit Februar 2025), MdL BY (Oktober 2018 bis März 2025), Vorsitzender der AfD-Fraktion BY (September 2019 bis September 2021), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BY (November 2018 bis September 2019 und seit Oktober 2023), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Haisenko, Peter	Autor, kein AfD-Mitglied *(Urheber eines durch ein AfD-Mitglied verbreiteten, antisemitischen Artikels)*
Halemba, Daniel	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied der JA BY (Januar 2021 bis Januar 2023), Kreisvorstand Würzburg(seit 2023), Bezirksvorstand Unterfranken(seit 2020), **Parteiordnungsmaßnahmen verhängt, kein Parteiausschluss**

Hammerschmidt, Arthur	Landesvorstandsmitglied der JA BW (Juni 2022 bis März 2025)
Harder-Kühnel, Mariana	MdB, HE (September 2017 bis März 2025), stellv. Bundessprecherin (Juni 2022 bis Juni 2024)
Harlaß, Andreas	Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2018), Pressesprecher AfD SN (seit 2018)
Hartwig, Nils	Stellv. JA-Bundesvorsitzender (Oktober 2022 bis März 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis Oktober 2022), stellv. Landesvorsitzender der JA NW (Oktober 2021 bis Februar 2024 und seit Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied der JA NW (Oktober 2020 bis Oktober 2021)
Hartwig, Roland	MdB, NW (September 2017 bis September 2021), einfaches AfD-Mitglied, persönlicher Referent von Alice Weidel (September 2021 bis Januar 2024)
Haseloff, Daniel	MdL TH (seit September 2024), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion TH (seit September 2024), Landesvorstandsmitglied TH (seit November 2020), Mitarbeiter eines MdL (bis 2024)
Hecht, Christian	MdL ST (seit Juni 2021), Vizepräsident des Bundesschiedsgerichts (2019 bis 2020), Präsident des Landesschiedsgerichts ST (2017 bis 2018)
Helferich, Matthias	MdB, NW (September 2021 bis Februar 2025 fraktionslos, ab Februar 2025 als AfD-Fraktionsmitglied), Landesvorstandsmitglied NW (Februar 2024 bis Juni 2024), **laufendes PAV**
Hellmuth, Steven	JA-Bundesvorstandsmitglied (Februar 2019 bis spätestens September 2020), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Juni 2021 bis März 2025), Mitarbeiter eines MdEP (seit mindestens Februar 2025)
Hempfling, Bernd	Kreisvorstand des KV Dortmund (seit 2020)

Henkel, Uli	MdL, BY (Oktober 2018 bis Oktober 2023), Mitglied des Bundeskonvents (ab 2018)
Heppe, Alexander	Landesvorstandsmitglied RP (seit November 2019)
Herr, Sascha	MdL HE (seit Oktober 2023), **Parteiaustritt November 2023**
Herrig, Thomas	Landesvorstandsmitglied der JA ST (Juni 2021 bis März 2025)
Hess, Martin	MdB, BW (seit September 2017), stellv. Vorsitzender im LV BW (März 2017 bis Februar 2019 und Februar 2020)
Hess, Nicole	MdB, HE (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied HE (seit November 2023)
Hilse, Karsten	MdB, SN (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2020)
Hock, Georg	Landesvorstandsmitglied BY (November 2017 bis September 2019 und seit Oktober 2021)
Höchst, Nicole	MdB, RP (seit September 2017), stellv. Vorsitzende im LV RP (seit Mai 2022), Kuratoriumsmitglied der DES
Höcke, Björn	MdL TH (seit September 2014), Vorsitzender der AfD-Fraktion TH (seit September 2014) Vorsitzender im LV TH (seit August 2013)
Hoffmann, Reimond	Landesvorstandsmitglied BW (Juli 2022 bis Februar 2024), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Juli 2016 bis Februar 2018), stellv. Landesvorsitzender der JA BW (September 2018 bis März 2019), **laufendes PAV**
Hohloch, Dennis	MdL BB (seit September 2019), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion BB (seit Oktober 2019), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2022), Landesvorstandsmitglied BB (April 2019 bis 2021), Landesvorsitzender der JA BB (2015 bis 2020)
Hohm, Jean-Pascal	MdL BB (seit Oktober 2024), Kreisvorstand des KV Cottbus (seit 2021), Landesvorstandsmitglied der JA BB (März 2017 bis

	Juni 2018), Landesvorsitzender der JA BB (ab Juli 2014 bis April 2016)
Holm, Leif-Erik	MdB, MV (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (2017 bis 2023), MdL MV (September 2016 bis November 2017), Vorsitzender im LV MV (2013 bis Februar 2014 und seit November 2014), Vorsitzender der AfD-Fraktion MV (September 2016 bis Oktober 2017), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Huber, Johannes	MdB, BY (September 2017 bis März 2025), **Parteiaustritt Dezember 2021**
Hünich, Lars	MdL BB (seit September 2019), Mitglied des Bundeskonvents (seit Juni 2024)
Hütter, Carsten	MdL SN (seit September 2014), Bundesvorstandsmitglied (seit November 2019), Mitglied des Bundeskonvents (seit mindestens Juni 2024), Landesvorstandsmitglied SN (November 2013 bis Februar 2020)
Jacob, Candy	Einfaches JA-Mitglied in TH
Jacobi, Fabian	MdB, NW (seit September 2017), stellv. Landessprecher im LV NW (Dezember 2017 bis Oktober 2019 und seit Februar 2024), Landesvorstandsmitglied NW (2013 bis Dezember 2017 und Oktober 2019 bis Februar 2024)
Jäger, Florian	MdB, BY (Juli 2021 bis September 2021), Mitglied des Bundeskonvents (2019 bis 2024), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis 2021), **Parteiaustritt Juli 2024**
Janich, Steffen	MdB, SN (seit September 2021)
Jank, Fabian	MdL BB (seit September 2024)
Joa, Matthias	MdL RP (seit März 2016), **Parteiaustritt September 2021**
John, Steffen	MdL BB (seit September 2019), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BB (September 2019 bis September 2024),

	Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (Januar 2018 bis Mai 2018), Mitarbeiter eines MdB (Juni 2018 bis November 2019)
Jongen, Marc	MdEP, BW (seit Juli 2024), MdB, BW (September 2017 bis Juli 2024), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022), Vorsitzender im LV BW (März 2017 bis Februar 2019), Landesvorstandsmitglied BW (2013 bis Februar 2024), Kuratoriumsmitglied der DES (seit Juli 2018)
Jordan, Nicole	Landesvorstandsmitglied HH (Oktober 2015 bis November 2017), Vorsitzende des BV Hamburg-Mitte (seit 2014)
Jungbluth, Alexander	MdEP, RP (seit Juli 2024), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024), Mitglied des Bundeskonvents (seit Juni 2024), Landesvorsitzender der JA RP (April 2018 bis Juli 2021), Landesvorstandsmitglied der JA RP (September 2022 bis spätestens Juli 2024), Mitarbeiter eines MdB (bis Juni 2024)
Kachelmann, Sven	Stellv. JA-Bundesvorsitzender (April 2021 bis März 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (Februar 2019 bis April 2021), Landesvorsitzender der JA BY (November 2017 bis Januar 2023), stellv. Landesvorsitzender der JA BY (Juli 2016 bis November 2017), Landesvorstandsmitglied der JA BY (November 2015 bis Juli 2016)
Kaiser, Benedikt	Kein AfD-Mitglied, Mitarbeiter eines MdEP (seit mindestens Dezember 2024), Mitarbeiter eines MdB (2023 bis 2024 und seit April 2025)
Kaiser, Marie-Thérèse	Kommunalmandat Rotenburg/Wümme (seit 2021), Mitarbeiterin der AfD-Bundesgeschäftsstelle (seit 2019), Mitarbeiterin eines MdB (2019 bis April 2024),

	Mitarbeiterin eines MdL SN (seit März 2022), Mitarbeiterin eines MdB (seit 2024)
Kalbitz, Andreas	MdL BB (September 2014 bis Oktober 2024), Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion BB (November 2017 bis August 2020), parteiloses Mitglied der AfD-Fraktion BB (Mai 2020 bis Oktober 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Mai 2020), Vorsitzender im LV BB (April 2017 bis Juli 2020), stellv. Vorsitzender im LV BB (November 2015 bis April 2017), **Annullierung der Parteimitgliedschaft Mai 2020**
Karakaya, Mertcan	Landesvorstandsmitglied HB (seit 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA HB (März 2019 bis Oktober 2019)
Kaufmann, Malte	MdB, BW (seit September 2021), Mitglied im Bundeskonvent (seit Februar 2018)
Kaufner, Dominik	MdL BB (seit Oktober 2024), Kreisvorstand des KV Havelland (seit 2018)
Keller, Falko	Kommunalmandat in Aschaffenburg (seit 2020), Kreisvorstand des KV Aschaffenburg (seit Oktober 2022)
Khan-Hohloch, Mary	MdEP, HE (seit Juli 2024), stellv. JA-Bundesvorsitzende (Februar 2019 bis Oktober 2022), stellv. Landesvorsitzende der JA HE (spätestens November 2017 bis mindestens Juli 2018), Landesvorstandsmitglied der JA HE (spätestens Juli 2017 bis spätestens November 2017 und spätestens Februar 2019 bis mindestens Oktober 2019)
Kirchner, Oliver	MdL ST (seit März 2016), Vorsitzender der AfD-Fraktion ST (seit März 2018), stellv. Vorsitzender im LV ST (seit 2023), Landesvorstandsmitglied ST (2021 bis 2023)
Kirste, Thomas	MdL SN (seit September 2019)
Kisoudis, Dimitrios	Grundsatzreferent des Bundessprechers (seit Februar 2022), Mitarbeiter eines MdB (November 2017 bis Februar 2022),

	Mitarbeiter eines MdEP (September 2016 bis Januar 2017)
Klauß, Miguel	MdL BW (seit April 2021)
Klecker, Dennis	MdL BW (seit September 2023)
Kleinschmidt, Kurt	MdB, SH (seit Februar 2025), Vorsitzender im LV SH (seit August 2022)
Kleinwächter, Norbert	MdB, BB (September 2017 bis März 2025), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (September 2021 bis Oktober 2023)
Kloß, Alexandra	Mitarbeiterin eines MdB (seit September 2017), Mitarbeiterin der AfD-Fraktion TH (2016 bis 2017)
Kneller, Maximilian	MdB, NW, Landesvorstandsmitglied JA NW (2019 bis 2022)
Koch, Sebastian	stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Dezember 2020 bis Juni 2021), Kreisvorstand des KV Stendal
Kofner, Jurij	Kreisvorstand des KV Miesbach, Mitarbeiter der AfD-Fraktion BY (seit Juni 2020)
Kohl, Hagen	MdL ST (seit März 2016)
Köhler, Gordon	MdL ST (seit Juni 2021), Landesvorstandsmitglied ST (September 2020 bis 2024), Landesvorstandsmitglied der JA ST (November 2017 bis Juni 2021), Mitarbeiter eines MdB (2018 bis 2020), Mitarbeiter der AfD-Landtagsfraktion ST (2020 bis Juni 2021)
Köhler, Severin	Landesvorstandsmitglied BW (bis Februar 2024), Landesvorsitzender der JA BW (Juni 2022 bis Oktober 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA BW (Februar 2020 bis Juni 2022), Landesvorstandsmitglied der JA BW (März 2019 bis Februar 2020), **laufendes PAV**
König, Jörn	MdB, NI (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit Oktober 2023),

	Landesvorstandsmitglied NI (April 2018 bis September 2020), stellv. Vorsitzender im LV NI (März 2015 bis Januar 2018)
Kohler, Martin	Landesvorsitzender der JA BR (Mai 2022 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA BB (Juli 2014 bis Januar 2020), stellv. Landesvorsitzender der JA BR (August 2020 bis Mai 2022)
Kolek, Patrick	Mitarbeiter der AfD-Ratsfraktion Köln (bis mindestens 2020), Mitglied des KV Wuppertal, Influencer Neue Rechte
Komning, Enrico	MdB, MV (seit September 2017), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (seit Oktober 2019), MdL MV (Oktober 2016 bis November 2017), Landesvorstandsmitglied MV (2015 bis November 2023), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion MV (Oktober 2016 bis November 2017)
Koppehel, Nadine	MdL ST (seit Juni 2021)
Korell, Thomas	MdB, ST (seit Februar 2025), MdL ST (Juni 2021 bis März 2025)
Kotré, Lena	MdL BB (seit September 2019), stellv. parlamentarische Geschäftsführerin und stellv. Vorsitzende der AfD-Fraktion BB (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied BB (2017 bis 2022)
Kotré, Steffen	MdB, BB (seit September 2017), Mitglied der Bundesprogrammkommission , Landesvorstandsmitglied BB (seit Februar 2024)
Krah, Maximilian	MdB, SN (seit Februar 2025), MdEP, SN (Mai 2019 bis März 2025), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Mai 2024), stellv. Vorsitzender im LV SN (Februar 2018 bis Februar 2020)
Kramer, Nikolaus	MdL MV (seit September 2016), Vorsitzender der AfD-Fraktion MV (seit Oktober 2017),

	Landesvorstandsmitglied MV (November 2016 bis November 2023), Mitglied des Landesschiedsgerichts MV (November 2014 bis November 2015)
Küble, Fabian	JA-Bundesvorstandsmitglied (Oktober 2022 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA SN (Januar 2019 bis März 2025) Kommunalmandat Plauen (seit Juni 2024)
Kühn, Steffen	Kommunalmandat in Gräfenhainichen (seit Juni 2024), Kreistagsmandat in Wittenberg (seit Juni 2024)
Kühne, Jörg	MdL SN (September 2019 bis September 2024)
Kuffert, Roman	MdL BB (seit Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied BB (April 2022 bis April 2024)
Kuhs, Joachim	MdEP, BW (Mai 2019 bis Juni 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Juni 2022), Bundesvorsitzender der ChrAfD (seit Oktober 2017)
Kuppi, Lars	MdL SN (seit September 2019)
Laatsch, Harald	MdA (seit September 2016), stellv. Vorsitzender im LV BR (Juli 2014 bis Januar 2016)
Ladzinski, Thomas	MdB, SN (seit Februar 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis Oktober 2022)
Lambrou, Robert	MdL HE (seit Januar 2019), Vorsitzender der AfD-Fraktion HE (seit Januar 2019), Landessprecher im LV HE (seit Januar 2019), Vorsitzender im Verein MfD (seit Juni 2023)
Lauerwald, Wolfgang	MdL TH (seit Oktober 2019)
Leisten, Anna	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis März 2025), Landesvorsitzende der JA BB (November 2021 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzende der JA BB (März 2017 bis November 2021),

	Landesvorstandsmitglied der JA BB (April 2016 bis März 2017)
Lehnert, Erik	Kein AfD-Mitglied, Vorstandsmitglied der DES (September 2019 bis Mai 2020), Mitarbeiter eines MdB (2018 bis mindestens 2020), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (seit 2021)
Lensing, Sascha	MdB, NW (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied NW (seit August 2024), Kreisvorstandsmitglied Duisburg (seit 2020), Kommunalmandat Duisburg (seit 2020)
Lichert, Andreas	MdL HE (seit Januar 2019), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion HE (seit Januar 2019), Landessprecher im LV HE (seit November 2021), Landesvorstandsmitglied HE (2015 bis 2017 und Oktober 2019 bis November 2021)
Lichtenheld, Carolin	Landesvorsitzende der JA TH (November 2022 bis März 2025)
Lieschke, Matthias	MdL ST (seit März 2016); Kommunalmandat Wittenberg (seit 2014), Kreisvorsitzender Wittenberg
Limmer, Sylvia*	MdEP, BY (Juli 2019 bis Juli 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2019 bis Juni 2022), **Parteiaustritt Mai 2024**
Lindemann, Gunnar	MdA (seit September 2016), Landesvorstandsmitglied BR (seit März 2021)
Lizureck, Frank Otto	MdL ST (seit Juni 2021)
Lochner, Tim	Oberbürgermeister in Pirna (seit Februar 2024), kein AfD-Mitglied, parteiloser AfD-Kandidat
Lohr, Damian	MdL RP (seit Mai 2016), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion RP (seit 2021), JA-Bundesvorsitzender (Februar 2018 bis Februar 2021), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Januar 2014 bis November 2014), JA-Bundesvorstandsmitglied (Juni 2013 bis Januar 2014),

	Landesvorsitzender der JA RP (August 2014 bis April 2018)
Loth, Hannes	MdL ST (März 2016 bis September 2023), Landesvorstandsmitglied ST (Juni 2018 bis 2024), AfD-Bürgermeister in Raguhn-Jeßnitz (seit September 2023)
Loose, Christian	MdL NW (seit Mai 2017), Kommunalmandat Bochum (Juni 2014 bis 2020), Kreisvorstandsmitglied Bochum (seit 2013)
Lucas, Hartmut	Kommunalmandat in Saale-Orla (Mai 2023 bis Mai 2024), Gebietsvorsitzender in Saale-Orla (seit 2021)
Lucassen, Rüdiger	MdB, NW (seit September 2017), Vorsitzender im LV NW (Oktober 2019 bis Februar 2022)
Lucke, Bernd*	MdEP, NI (Juni 2014 bis Juli 2019), Bundessprecher (April 2013 bis Juli 2015), **Parteiaustritt Juli 2015**
Lützow, Daniel Freiherr von	MdL BB (seit September 2019), stellv. Vorsitzender im LV BB (2015 bis 2022 und seit April 2024)
Maier, Christoph	MdL BY (seit November 2018), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion BY (seit Oktober 2023), Mitglied des Landesschiedsgerichts BY (2013 bis 2015)
Mailbeck, Gabrielle	Bezirksrätin Schwaben (seit November 2023), Kreisvorstandsmitglied Augsburg-Land (seit April 2024)
Malsack-Winkemann, Birgit	MdB, BR (September 2017 bis September 2021), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (November 2020 bis Juli 2023)
Mandic, Dubravko	Mitglied des Landesschiedsgerichts BW (ab 2014), Bundesvorstandsmitglied Patriotische Plattform (ab 2014), Kommunalmandat in Freiburg (Mai 2019 bis April 2021), **Parteiaustritt April 2021**

Matzerath, Markus	MdB, NW (seit Februar 2025), Kommunalmandat Alsdorf (seit Februar 2021)
Mayer, Norbert	MdL SN (seit September 2019), Mitglied des Landesschiedsgerichts SN (seit 2014)
Maygutiak, Taras	Kommunalmandat Offenburg (seit 2014)
Mengel-Stähle, Elisabeth	MdL TH (seit März 2025), Kommunalmandat Saale-Holzland-Kreis (seit Mai 2024)
Mertens, Christian	MdL ST (seit September 2023), Landesvorstandsmitglied ST (bis mindestens März 2025), JA-Bundesvorstandsmitglied (Februar 2018 bis spätestens Februar 2019), Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2021 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA ST (spätestens Juli 2017 bis Juni 2021), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Oktober 2016 bis spätestens Juli 2017), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis 2020), Mitarbeiter eines MdL (2020 bis September 2023)
Meuthen, Jörg*	MdEP, BW (September 2017 bis Juli 2024), Bundessprecher (Juli 2015 bis Januar 2022), MdL BW (März 2016 bis Dezember 2017), Vorsitzender im LV BW (Juli 2015 bis Oktober 2016), stellv. Vorsitzender im LV BW (Januar 2015 bis Juli 2015), Landesvorstandsmitglied BW (November 2013 bis Januar 2015), Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (März 2016 bis September 2017), **Parteiaustritt Januar 2022**
Michalzik, Kevin	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2023 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2023)
Moldenhauer, Jan	MdL ST (seit Juni 2021), Landesvorstandsmitglied ST (seit 2020), Vorstandsmitglied der DES (2019 bis 2021),

	Vorsitzender der Friedrich-Friesen-Stiftung ST (2016 bis 2021), JA-Vorstandsmitglied ST (2016 bis 2018),
Möller, Stefan	MdB, TH (seit Februar 2025), MdL TH (September 2014 bis März 2025), Landessprecher im LV TH (seit 2014)
Moncsek, Mike	MdB, SN (September 2021 bis März 2025), MdL SN (seit September 2024), Landesvorstandsmitglied SN (2017 bis 2020)
Monzon, Alejandra Catalina	Kreisvorsitzende des AfD-Kreisverbands Kusel (seit August 2024)
Moosdorf, Matthias	MdB, SN (seit September 2021), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2020), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis September 2021)
Mücher, Christian	einfaches AfD-Mitglied in ST (seit mindestens Juni 2022), einfaches JA-Mitglied (seit mindestens Februar 2019)
Müger, Maximilian	MdL HE (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied HE (Dezember 2017 bis Dezember 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA HE (Juni 2024 bis September 2024), Landesvorstandsmitglied der JA HE (2018 bis Juni 2024), Mitarbeiter eines MdB (April 2018 bis Oktober 2018), Mitarbeiter eines MdL (Dezember 2018 bis Juni 2023), **Parteiaustritt September 2024**
Müller, Hansjörg	MdB, BY (September 2017 bis September 2021), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion (2017 bis 2019), stellv. Vorsitzender im LV BY (September 2019 bis Oktober 2021)
Müller, Mario	Mitarbeiter eines MdB (seit Juli 2022)
Münzenmaier, Sebastian	MdB, RP (seit September 2017), stellv. Vorsitzender der AfD-Bundestagsfraktion (seit 2019), stellv. Vorsitzender im LV RP (seit 2017), Mitarbeiter der AfD-Fraktion RP (2016 bis Oktober 2017),

	Landesvorsitzender der JA RP (spätestens August 2013 bis spätestens August 2014)
Naujok, Edgar	MdB, SN (seit September 2021)
Naulin, Thomas	Kommunalmandat in Vorpommern-Rügen (Juni 2019), Kreisvorstandsmitglied Vorpommern-Rügen (Mai 2022 bis März 2025)
Neuhoff, Hans	MdEP, NW (seit Juli 2024), Mitglied der Bundesprogrammkommission, Landesvorstandsmitglied NW (seit Februar 2022)
Neumann, Marvin	JA-Bundesvorsitzender (April 2021 bis Mai 2021), Landesvorstandsmitglied der JA BB (ab Juli 2020 bis mindestens Februar 2021), Mitarbeiter eines MdB (seit 2022), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (Juni 2021 bis 2022), **Parteiaustritt Mai 2021**
Nguyen, Anna	MdL HE (seit Oktober 2023), Kommunalmandat Frankfurt (seit 2021)
Nolte, Benjamin	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied BY (November 2017 bis September 2019 und seit Oktober 2021), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Februar 2014 bis März 2014)
Nolte, Jan	MdB, HE (seit September 2017), Landesvorstandsmitglied HE (seit November 2021), JA-Bundesvorstandsmitglied (Juli 2016 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA HE (spätestens ab August 2016 bis spätestens Januar 2019)
Oberhoffner, Jens	MdL SN (seit September 2019)
Oehme, Ulrich	MdB, SN (September 2017 bis September 2021), Bundesvorsitzender der ChrAfD (seit 2015), Landesvorstandsmitglied SN (2016 bis 2017)
Österle, Arthur	MdL SN (seit September 2024)
Ostermair, Alois	Kreisvorstand des KV Miesbach, **Parteiaustritt November 2021**
Paul, Joachim	MdL RP (seit Mai 2016), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion RP (2016 bis 2021), Bundesvorstandsmitglied (November 2019 bis

	Juni 2022), stellv. Vorsitzender im LV RP (Dezember 2017 bis November 2019), Landesvorstandsmitglied RP (2013 bis 2015 und November 2019 bis Mai 2022)
Peterka, Tobias Matthias	MdB, BY (seit September 2017), Landesvorsitzender der JA BY (2013 bis November 2015), Landesvorstandsmitglied der JA BY (November 2015 bis Juli 2016)
Petersen, Olga	MdHB (März 2020 bis Dezember 2024), Landesvorstandsmitglied HH (Januar 2020 bis November 2021), **Fraktionsausschluss Mai 2024,** **laufendes PAV**
Petersen-Brendel, Jan	Kreisvorstand des RV Flensburg-Schleswig, **laufendes PAV seit Mitte 2021**
Pfannes, Pascal	Kreisvorstandsmitglied Augsburg-Land (seit mindestens Juli 2023)
Pfau, Stefan	Stellv. Landesvorsitzender der JA BB (November 2023 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA BB (November 2021 bis November 2023)
Podeswa, Rainer	MdL BW (März 2016 bis August 2023), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (September 2016 bis Januar 2019 und Januar 2023 bis August 2023), Landesvorstandsmitglied BW (seit Februar 2024)
Pöhlmann, Tim	Kreisvorstandsmitglied AfD Mittelsachsen (seit Oktober 2024), Vorsitzender der JA Mittelsachsen (Februar 2024 bis März 2025)
Pöschl, Wolfgang	Kommunalmandat in Cham , Kreisvorstand des KV Cham, **Parteiausschluss Januar 2025**
Pohl, Jürgen	MdB, TH (September 2017 bis März 2025)
Prantl, Thomas	MdL SN (seit September 2019)

Prophet, Jörg	MdL TH (seit September 2024), Kommunalmandat in Nordhausen (2019 bis November 2024)
Protschka, Stephan	MdB, BY (seit September 2017), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 17 bis Juni 2022), Vorsitzender im LV BY (seit Oktober 2021)
Rappenberg, Zakia*	Vorstandsmitglied im Verein MfD (seit Juni 2023), einfaches AfD-Mitglied in HE
Rausch, Daniel	MdL ST (seit März 2016)
Reichardt, Martin	MdB, ST (seit September 2017), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2022), Vorsitzender im LV ST (seit Juni 2018)
Reil, Guido	MdEP, NW (Mai 2019 bis Juni 2024), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Dezember 2019)
Renner, Martin	MdB, NW (seit September 2017), Vorsitzender im LV NW (August 2015 bis Dezember 2017)
Reusch, Roman *	MdB, BB (September 2017 bis September 2021), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2022), Landesvorstandsmitglied BB (November 2015 bis August 2023)
Richter, Volker	MdL HE (seit Oktober 2018)
Riedel, Dante	Stellv. Landesvorsitzender der JA TH (November 2022 bis März 2025), Mitarbeiter eines MdB (seit mindestens Dezember 2023)
Rinck, Frank	MdB, NI (September 2021 bis März 2025), Vorsitzender im LV NI (Mai 2022 bis April 2024), Landesvorstandsmitglied NI (2018 bis 2020)
Röckemann, Thomas	MdL NW (Juni 2017 bis Juni 2022 und seit März 2025), Vorsitzender im LV NW (Dezember 2017 bis Oktober 2019), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (Juli 2015 bis 2017), Kommunalmandat in Minden-Lübbecke (seit 2014)

Roi, Daniel	MdL ST (seit März 2016), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion ST (März 2016 bis November 2016), Landesvorstandsmitglied ST (2013 bis 2014 und 2015 bis 2016), **Ausschluss aus der Landtagsfraktion im Dezember 2024, laufendes PAV**
Roos, Jochen	MdL HE (seit Oktober 2023), Landesvorsitzender der JA HE (Juni 2024 bis März 2025), Kommunalmandat im Landkreis Offenbach (seit 2021) stellv. Landesvorsitzender der JA HE (spätestens ab August 2016 bis spätestens November 2017), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis 2023)
Rothfuß, Rainer	MdB, BY (seit März 2023), stellv. Vorsitzender im LV BY (seit Oktober 2021), Kuratoriumsmitglied der DES (seit 2018), Kommunalmandat in Lindau (seit 2020)
Rottmann, Daniel*	MdL BW (März 2016 bis März 2021), Vorsitzender des KV Ulm/Alb-Donau (seit Oktober 2023)
Rottstedt, Vivien	MdL TH (seit September 2024), Kreisvorstand des KV Mittelthüringen (seit 2022), Landesvorstandsmitglied der JA TH (November 2020 bis März 2025)
Rudy, Thomas	MdL TH (September 2014 bis September 2024)
Ruß, Florian	Stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2021 bis März 2025), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2021)
Sachse, Eckbert	Landesvorstandsmitglied HH (seit November 2021), Mitglied der Bundesprogrammkommission, Kommunalmandat in Wandsbek (seit 2019)
Sänze, Emil	MdL BW (seit April 2016), Vorsitzender im LV BW (seit Juli 2022), Vorsitzender der AfD-Fraktion BW (April 2016 bis Januar 2019), Mitglied des Bundeskonvents, Mitglied der Bundesprogrammkommission

Salinger, Elmar	Kreisvorstand des BV Düsseldorf (seit 2020), Kommunalmandat in Düsseldorf (seit 2020)
Sander, Florian	Kreisvorstand des KV Bielefeld (seit März 2020), Kommunalmandat in Bielefeld (seit Dezember 2020)
Schaffer, Claus	MdL SH (Mai 2017 bis Mai 2022), stellv. Vorsitzender im LV SH (April 2016 bis Juli 2017), **wahrscheinlicher Parteiaustritt spätestens Oktober 2024**
Schalley, Zacharias	MdL NW (seit Mai 2022), Kommunalmandat in Meerbusch (seit 2020), Landesvorstandsmitglied der JA NW (spätestens August 2017 bis September 2019 sowie Oktober 2020 bis Oktober 2022) Mitarbeiter eines MdB (Oktober 2021 bis Mai 2022), Mitarbeiter eines MdL (Juni 2017 bis Juli 2019), Mitarbeiter der AfD-Fraktion NW (August 2019 bis September 2021)
Scharpe, Nicole	Stellv. Landesvorsitzende der JA SN (April 2023 bis Oktober 2024), Landesvorstandsmitglied der JA SN (Dezember 2020 bis März 2025)
Schattner, Bernd	MdB, RP (seit September 2021), stellv. Vorsitzender im LV RP (seit November 2019)
Schenk, Gerhard	MdL HE (seit Oktober 2018)
Schick, Jonas	Kein AfD-Mitglied, Mitarbeiter eines MdB (2018 bis 2021 und 2023), einfaches JA-Mitglied (2016 bis 2017)
Schieske, Lars	MdB, BB (seit Februar 2025), MdL BB (September 2019 bis März 2025)
Schleich, Pascal	MdL HE (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied der JA HE (Oktober 2022 bis Juli 2023 und Juni 2024 bis März 2025)
Schmid, Franz	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied AfD BY, JA-Bundesvorstandsmitglied (Oktober 2022 bis März 2025), Landesvorsitzender der JA BY (Januar 2024 bis März 2025), stellv. Landesvorsitzender der JA BY (Januar 2023 bis

	Januar 2024), Landesvorstandsmitglied der JA BY (Januar 2021 bis Januar 2023)
Schmidt, Eugen	MdB, NW (September 2021 bis März 2025), Leiter der bundesweit tätigen innerparteilichen Gruppierung Russlanddeutsche in der AfD
Schmidt, Jan Wenzel	MdB, ST (seit September 2021), MdL ST (März 2016 bis Juni 2021), Landesvorstandsmitglied ST (seit 2015), Landesvorsitzender der JA ST (August 2015 bis Juni 2021), Vorstandsmitglied JA ST (April bis August 2015)
Schmiedel, Catherine*	Stellv. Vorsitzende im Verein MfD (seit Juni 2023), Vorsitzende des OV Weschnitztal/Überwald
Schneider-Gärtner, Eva Maria	MdL MV (seit Oktober 2021), Mitarbeiterin mehrerer MdL (2017 bis 2021), **Fraktionsaustritt April 2023**
Schnurrbusch, Volker	MdEP, SH (seit März 2025), MdL SH (Mai 2017 bis Mai 2022), Vorsitzender der AfD-Fraktion SH (Mai 2017 bis September 2020), stellv. Vorsitzender im LV SH (2015 bis Juli 2017 und seit August 2022), Mitglied der Bundesprogrammkommission
Schöps, Silke	Kommunalmandat Dresden (seit Mai 2019)
Scholz, Heiko	MdL HE (seit Oktober 2023), Bundesvorstandsmitglied (seit Juni 2024), stellv. Vorsitzender im LV HE (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied HE (Dezember 2017 bis Oktober 2019)
Schrade, Hansjörg	Landesvorstandsmitglied BW (Februar 2022 bis Februar 2023), Kommunalmandat in Reutlingen (seit Dezember 2021), Kreisvorstand des KV Reutlingen (seit 2018)
Schröder, Florian	MdL ST (seit Juni 2021), Kommunalmandat im Saalekreis (seit 2019)
Schuh, Dieter	Einfaches AfD-Mitglied, zitierter Facebook-User

Schult, Enrico	MdL MV (seit Oktober 2021), Vorsitzender im LV MV (seit Oktober 2021)
Schulz, Dimitri	MdL HE (seit Oktober 2018), Gründungsmitglied der JAfD (seit 2018), Schatzmeister JAfD
Schulz, Uwe	MdB, HE (seit September 2017), Mitglied des Bundeskonvents
Schumann, Michael	Landesvorsitzender der JA Hamburg (spätestens Januar 2024 bis März 2025), Mitarbeiter der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (seit 2020)
Schwarzer, Sören	JA-Bundesvorstandsmitglied (April 2021 bis Oktober 2022), Landesvorstandsmitglied der JA SN (Januar 2019 bis Dezember 2019), stellv. Landesvorsitzender der JA SN (Dezember 2019 bis April 2022)
Sebbin, Daniel	Kein AfD-Mitglied, Betreiber Patrialaden
Seidler, Rebecca	Landesvorstandsmitglied NI (Juni 2020 bis August 2021), Landesvorsitzende der JA NI (April 2021 bis September 2022), Mitarbeiterin Bundestagsfraktion (mindestens seit 2023)
Seifert, Dario	MdB, MV (seit Februar 2025), Kommunalmandat in Stralsund (seit 2019), Kreisvorstand des KV Vorpommern-Rügen (Mai 2022 bis 2024), stellv. Landesvorsitzender der JA MV (Juni 2018 bis Februar 2020)
Seitz, Thomas	MdB, BW (September 2017 bis März 2025), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (2015 bis 2017), Mitglied des Bundeskonvents (2017 bis 2019 und 2023 bis 2024), **Parteiaustritt März 2024**
Seli-Zacharias, Enxhi	MdL NW (seit Mai 2022), stellv. Vorsitzende der AfD-Fraktion NW (seit Juni 2022), Kommunalmandat in Gelsenkirchen (seit 2020)

Sell, Alexander	MdEP, BR (seit Juni 2024), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis Juni 2024)
Sesselmann, Robert	Landrat in Sonneberg (seit Juli 2023), MdL TH (Oktober 2019 bis Juli 2023), Landesvorstandsmitglied TH (seit Februar 2018)
Sichert, Martin	MdB, NI (seit Februar 2025), MdB, BY (September 2017 bis Februar 2025), Vorsitzender im LV BY (November 2017 bis 2019), stellv. Vorsitzender im LV BY (2013 bis 2014), Mitglied des Bundeskonvents (ab 2015)
Siegmund, Ulrich	MdL ST (seit März 2016), Landesvorstandsmitglied ST (seit 2016)
Singer, Ulrich	MdL BY (seit Oktober 2018), Vorsitzender der AfD-Fraktion BY (September 2021 bis Oktober 2023)
Spaniel, Dirk	MdB, BW (September 2017 bis März 2025), Landesvorsitzender BW (Februar 2019 bis Februar 2020), **Parteiaustritt Oktober 2024**
Springer, René	MdB, BB (seit September 2017), Vorsitzender im LV BB (seit April 2024), stellv. Vorsitzender im LV BB (April 2022 bis April 2024), Mitarbeiter der AfD-Fraktion BB (2014 bis 2017)
Stauch, Michael	Landesvorstandsmitglied BY (Oktober 2021 bis Januar 2024), Kommunalmandat in Dachau (seit September 2021), Landesvorsitzender der JA BY (Januar 2023 bis Januar 2024)
Stein, Thore	MdL MV (seit Oktober 2021), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion MV (seit Oktober 2021), Mitarbeiter der AfD-Fraktion MV (2017 bis Oktober 2021)
Stein, Udo	MdL BW (seit März 2016)
Steinbach, Erika	Vorsitzende der DES (seit März 2018), einfaches AfD-Mitglied in HE (seit Februar 2022)
Storch, Beatrix von	MdB, BR (seit September 2017), stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion (seit

	Oktober 2017), MdEP, BR (Mai 2014 bis November 2017), stellv. Bundessprecherin (Juli 2015 bis Dezember 2017 und Dezember 2019 bis Juni 2022), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2017 bis Dezember 2019), Vorsitzende im LV BR (Januar 2016 bis November 2017)
Tabor, Tommy	MdA (seit Oktober 2017), Bezirksverordneter Spandau (seit mindestens September 2021), Bezirksvorstandsmitglied Spandau (seit mindestens November 2016)
Tadsen, Jan-Philip	MdL MV (seit Oktober 2021), stellv. Fraktionsvorsitzender der AfD MV, Landesvorstandsmitglied der JA MV (November 2022 bis März 2025), Mitarbeiter der AfD-Fraktion MV (2017 bis Oktober 2021)
Teich, Tobias	MdB, BY (seit Februar 2025), stellv. Vorsitzender im LV BY (Januar 2024), Kommunalmandat in Pfaffenhofen (seit 2022)
Teichner, Felix	MdL BB (seit September 2019), Landesvorstandsmitglied BB (seit April 2022), Kreisvorsitzender der AfD Uckermark
Teske, Robert	MdB, TH (seit Februar 2025), Landesvorstandsmitglied AfD TH (seit Dezember 2024), Landesvorstandsmitglied der JA TH (November 2020 bis November 2022), Landesvorsitzender der JA HB (Oktober 2016 bis März 2019), Büroleiter eines MdL TH (2019 bis Februar 2025)
Thrum, Uwe	MdL TH (seit Oktober 2019)
Tillschneider, Hans-Thomas	MdL ST (seit März 2016), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion ST (seit 2021), stellv. Vorsitzender im LV ST (seit September 2020), Landesvorstandsmitglied ST (Mai 2016 bis Juni 2018), Mitglied der Bundesprogrammkommission

Timm, Paul	MdL MV (seit Oktober 2021), Mitglied des Landesschiedsgerichts MV (seit November 2021), Landesvorstandsmitglied der JA MV (November 2021 bis November 2022), Mitarbeiter der AfD-Fraktion MV (2017 bis 2021)
Tischer, Maximilian	Stellv. Landesvorsitzender der JA ST (Juni 2021 bis Juni 2023), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2021), Mitarbeiter eines MdEP (seit Juli 2024) und MdB (2018 bis mindestens 2021), Kommunalmandat in Möser (seit Juni 2024)
Treichel, Stefan	Kommunalmandat (mindestens seit 2019), **Parteiausschluss 2022**
Treuheit, Bastian	MdB, BY, Mitglied im AfD-Kreisvorstand Fürth/Neustadt a. d. Aisch (seit 2018), Vorsitzender AfD-Ortsverband Zirndorf (seit 2023), JA-Mitglied
Treutler, Jürgen	MdL TH (seit September 2024), Kommunalmandat in Sonneberg (seit 2019)
Tritschler, Sven	MdL NW (seit Mai 2017), stellv. Sprecher im LV NW (Februar 2022 bis Februar 2024 und seit März 2025), Landesvorstandsmitglied NW (2014 bis 2015), JA-Bundesvorsitzender (Mai 2015 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA NW (Februar 2014 bis Juli 2017)
Tschich, Alexander	Landesvorsitzender der JA MV (November 2021 bis März 2025)
Turban, Karl-Heinz	Vorstandsmitglied des BV Tempelhof-Schöneberg (seit 2016)
Ulbrich, Roland	MdL SN (September 2019 bis September 2024), Mitglied des Bundesschiedsgerichts (Juni 2022 bis Januar 2024), **Fraktionsaustritt Januar 2024,** **PAV angekündigt**

Urban, Jörg	MdL SN (seit September 2014), Vorsitzender im LV SN (seit Februar 2018), Vorsitzender der AfD-Fraktion SN (2017)
Vallendar, Marc	MdA (seit September 2016), stellv. Landesvorsitzender der JA BR (2014 bis 2016), Landesvorstandsmitglied der JA BR (Januar 2018 bis spätestens Januar 2019)
Vierfuß, Gerhard	Kommunalmandat in Oldenburg (2019 bis 2021), Mitglied des Landesschiedsgerichts NI (ab September 2018), Mitarbeiter der Landtagsfraktion BB (seit mindestens Mai 2024)
Vierkant, Thorben	Kreisvorstand des KV Halle (seit mindestens 2023), Kommunalmandat in Halle (seit Juli 2024), Landesvorstandsmitglied der JA ST (Dezember 2019 bis Juni 2023)
Vincentz, Martin	MdL NW (seit Mai 2017), Vorsitzender der AfD-Fraktion NW (seit Mai 2022), Landesvorsitzender der AfD NW (seit Februar 2022)
Walbrunn, Markus	MdL BY (seit Oktober 2023), Landesvorstandsmitglied BY (seit Januar 2024), Mitarbeiter eines MdL (2019 bis 2023)
Walczak, Krzystof	MdHB (seit Februar 2020), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion HH (seit Februar 2020), stellv. Vorsitzender im LV HH (seit Januar 2020), Landesvorstandsmitglied HH (2015 bis 2020), stellv. JA-Bundesvorsitzender (Juli 2016 bis Februar 2018), Landesvorsitzender der JA HH (August 2014 bis Februar 2019), Mitarbeiter eines MdB (2017 bis mindestens 2020), Mitarbeiter eines MdL (2017 bis mindestens 2020)
Wald, Daniel	MdL ST (seit April 2018), Kreisvorstand des KV Saalekreis (seit 2016)
Weber, Marvin	Kreisvorstand des KV Paderborn (mindestens seit 2020), Kommunalmandat in Paderborn (mindestens seit 2020)

Weidel, Alice	MdB, BW (seit September 2017), Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion (seit September 2017), Bundessprecherin (seit Juni 2022), Vorsitzende im LV BW (Februar 2020 bis Juli 2022)
Weigand, Rolf	MdL SN (Januar 2018 bis September 2024), Kommunalmandat in Großschirma (seit Oktober 2024), Landesvorsitzender der JA SN (Januar 2019 bis Dezember 2020)
Weiß, Thorsten	MdA (seit Oktober 2016), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion BR (seit November 2021), Landesvorstandsmitglied BR (2016 bis 2020), Landesvorsitzender der JA BR (Dezember 2014 bis November 2017)
Weyel, Harald	MdB, NW (September 2017 bis März 2025), Bundesvorstandsmitglied (Juni 2022 bis Juni 2024), Kuratoriumsmitglied der DES (seit 2019)
Wiehle, Wolfgang	MdB, BY (seit September 2017)
Wiesner, Alexander	MdL SN (seit Oktober 2019), Landesvorsitzender der JA SN (Dezember 2020 bis Oktober 2024)
Winhart, Andreas	MdL BY (seit Oktober 2018), parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion BY (seit September 2021), Bezirksvorstandsmitglied AfD Oberbayern (2015 bis 2017 und seit 2024), AfD Kreisvorstandsmitglied Rosenheim (2015 bis Oktober 2018), Kreisvorsitzender AfD Rosenheim (seit Oktober 2018), Kommunalmandate Rosenheim und Bad Aibling (seit März 2020), Landesvorsitzender der JA Bayern (November 2015 bis Juli 2016)
Wippel, Sebastian	MdL SN (seit September 2014), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2018)
Wirth, Christian	MdB, NW (seit Februar 2025), MdB, SL (September 2017 bis Februar 2025), Vorsitzende im LV SL (Oktober 2020 bis Oktober 2022),

	Mitglied des Landesschiedsgerichts SL (2015 bis 2017) Mitglied des Bundesschiedsgerichts (seit Juni 2024)
Wolf, Alexander*	MdB, HH (seit Februar 2025), MdHB (Februar 2015 bis März 2025), Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (September 2017 bis März 2021), stellv. Vorsitzender der AfD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft (seit März 2021), Bundesvorstandsmitglied (Dezember 2019 bis Juni 2022), stellv. Vorsitzender im LV HH (seit Oktober 2015)
Wolfram, Sophie Elli	Einfaches JA-Mitglied in ST
Wundrak, Joachim*	MdB, NI (September 2021 bis März 2025)
Zerbin, Daniel	MdB, NW (seit Februar 2025), MdL NW (Juni 2022 bis März 2025)
Ziegler, Kay-Uwe	MdB, ST (seit September 2021), Landesvorstandsmitglied ST (seit September 2018)
Zimniok, Bernhard	MdEP, BY (Juni 2019 bis Juli 2024)
Zwerg, Jan Oliver	MdL SN (seit Oktober 2019), parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion SN (seit Oktober 2019), Landesvorstandsmitglied SN (seit Februar 2018)

ANHANG

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
AM	Alternative Mitte
AöR	Anstalt des öffentlichten Rechts
BB	Brandenburg
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BR	Berlin
BV	Bezirksverband
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
ChrAfD	Christen in der AfD
DES	Desiderius-Erasmus-Stiftung
EP	Europäisches Parlament
ESN	Europa der Souveränen Nationen
HB	Hansestadt Bremen
HE	Hessen
HH	Hansestadt Hamburg
IB	Identitäre Bewegung
IBD	Identitäre Bewegung Deutschland
ID	Fraktion Identität und Demokratie
IfS	Institut für Staatspolitik
JA	Junge Alternative
JAfD	Juden in der AfD
KV	Kreisverband
LV	Landesverband
MdA	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhaus
MdB	Mitglied des Bundestags
MdBB	Mitglied der Bremischen Bürgerschaft
MdEP	Mitglied des Europäischen Parlaments
MdHB	Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft

MdL	Mitglied des Landtags
MfD	Mit Migrationshintergrund für Deutschland e.V.
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NW	Nordrhein-Westfalen
OV	Ortsverband
PAV	Parteiausschlussverfahren
PfE	Patrioten für Europa
REP	Die Republikaner
RN	Rassemblement National
RP	Rheinland-Pfalz
RV	Regionalverband
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen